

Biblioteka Główna i OINT
Politechniki Wrocławskiej



100100239030

Handbuch des Deutschtums in Polnisch-Oberschlesien

Eine Sammlung
der im Abtretungsgebiete geltenden Grundgesetze
für die nationale Minderheit

Herausgegeben vom Deutsch-Oberschlesischen Volksbund für
Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderrechte E. V.

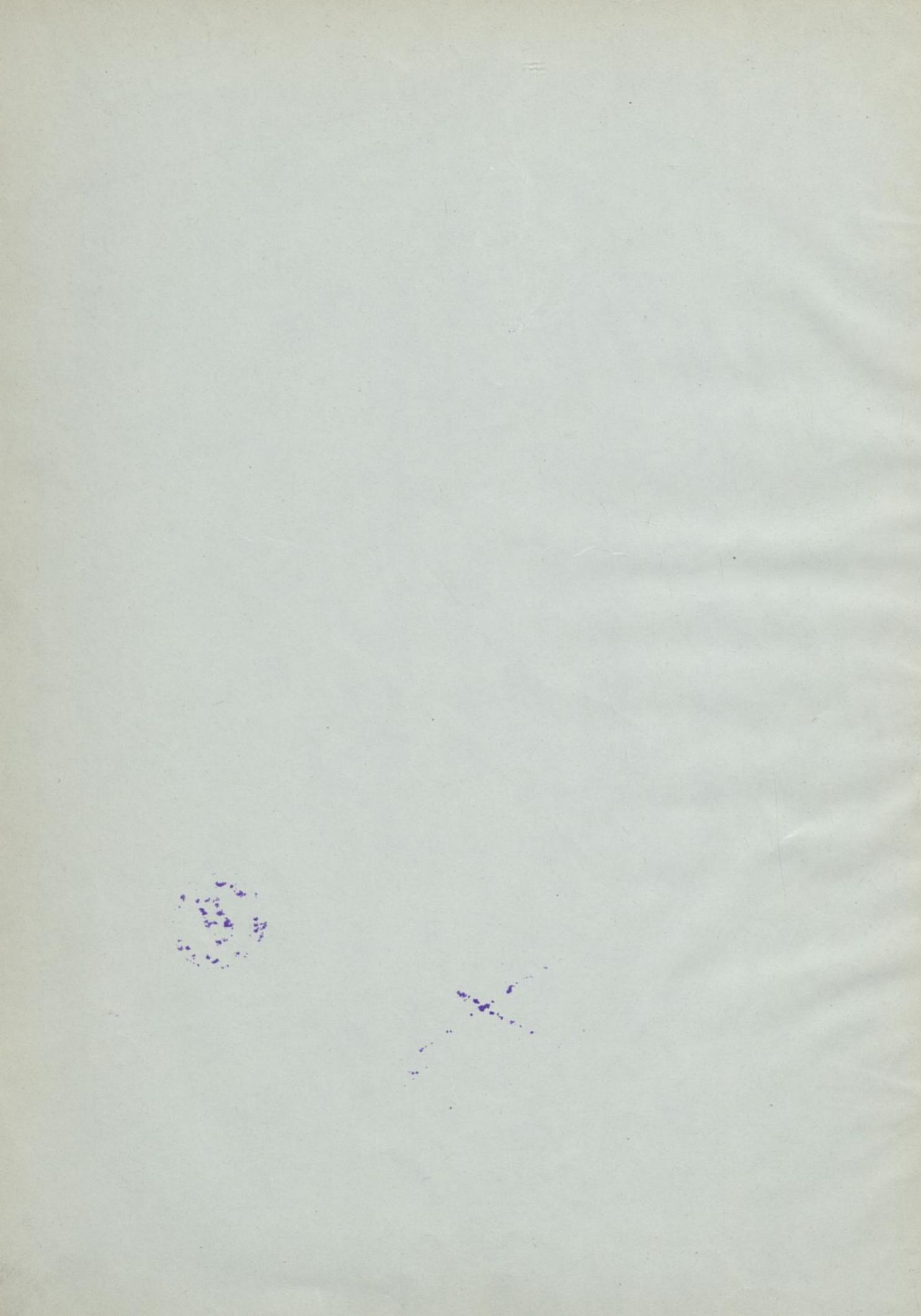
Mit einer Karte von Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz 1922

Verlag der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-A.-G.
vorm. G. Siwinna.

U 456

m



Handbuch des Deutschtums in Polnisch-Oberschlesien

Eine Sammlung
der im Abtretungsgebiete geltenden Grundgesetze
für die nationale Minderheit

Herausgegeben vom Deutsch-Oberschlesischen Volksbund für
Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderrechte G. V.

Mit einer Karte von Polnisch-Oberschlesien.



Kattowitz 1922

Verlag der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-A.-G.
vorm. G. Siminna.

1922. 454.



Inv. 25464.

351640 L/1

Alle Rechte vorbehalten.



Zum Geleit.

Die Abtretung oberschlesischen Gebiets an die Republik Polen stellt uns Deutsche vor völlig veränderte Verhältnisse.

Wir müssen unsere Pflichten als polnische Staatsbürger gewissenhaft erfüllen.

Wir haben als polnische Staatsbürger Deutscher Nationalität das Recht und die sittliche Pflicht, einzutreten für die Erfüllung der von der Republik Polen gegenüber der deutschen Minderheit übernommenen Verpflichtungen.

Das

Handbuch des Deutschstums in Polnisch-Oberschlesien

soll jedem Deutschen die Kenntnis der ihm obliegenden Pflichten und der ihm zustehenden Rechte vermitteln.

Durch gewissenhafte Erfüllung unserer Pflichten und durch die vollkommene Wahrung unserer Rechte werden wir im Zusammenschluß aller Deutschen unser Ziel erreichen:

Bewahrung unseres Volkstums in der Republik Polen.

Kattowitz, Ende Mai 1922.

Deutsch-Oberschlesischer Volksbund für Polnisch-Schlesien
zur Wahrung der Minderrechtsrechte e. V.

Der Vorstand

Carl Freiherr von Reichenstein-Pilgramsdorf,
Vorsitzender.

Uliß,
Geschäftsführer.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	V
1. Auszug aus dem Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919	1
2. Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen vom 28. Juni 1919 (Minderheitenschutzvertrag)	4
3. Botschafterbeschluß vom 20. Oktober 1921 (Genfer Note)	8
4. Polnisches Verfassungsgesetz vom 15. Juli 1920, betreffend das organische Statut der Wojewodschaft Schlesien (Polnisches Autonomiegesetz)	13
5. Verfassung der polnischen Republik vom 17. März 1921	18
6. Deutsch-polnisches Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922	29
Teil I. Allgemeine Bestimmungen	29
Titel I. Das geltende Recht	29
Titel II. Schutz der erworbenen Rechte	32
Titel III. Enteignung	36
Teil II. Staatsangehörigkeit und Wohnrecht	42
Titel I. Staatsangehörigkeitswechsel	42
Titel II. Wirkung des Staatsangehörigkeitswechsels für Ehefrau, Kinder und Pflegebefohlene	46
Titel III. Rechte der Optanten	47
Titel IV. Wohnrecht	49
Titel V. Optionsverfahren	51
Titel VI. Rechtsmittel	53
Teil III. Schutz der Minderheiten	59
Titel I.	59
Titel II.	64
Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	64
Kapitel II. Bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte	64
Kapitel III. Religion	67
Kapitel IV. Unterricht	69
Abschnitt I. Privatunterricht	69
Abschnitt II. Öffentlicher Volksschulunterricht	71
Abschnitt III. Fach- und Fortbildungsunterricht	74
Abschnitt IV. Mittleres und höheres Schulwesen	75
Abschnitt V. Gemeinsame Bestimmungen	79
Kapitel V. Sprache	79
Abschnitt I. Verwaltungssprache	80
Abschnitt II. Gerichtssprache	80
Titel III. Eingaben und Rechtsmittel	83
Teil IV. Soziale Angelegenheiten	86
Titel I. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen. Tarifverträge	86
Titel II. Soziale Versicherungen	92
Kapitel I. Krankenversicherung	92
Kapitel II. Unfallversicherung	93
Kapitel III. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung	96
Kapitel IV. Angestelltenversicherung	99

	Seite
Kapitel V. Allgemeine und Übergangsbestimmungen	102
Kapitel VI. Finanzielle Bestimmungen	104
Kapitel VII. Versicherungen des Eisenbahnpersonals	104
Kapitel VIII. Oberschlesischer Knappschaftsverein	106
Kapitel IX. Zuständigkeit der Gemischten Kommission	106
Teil V. Wirtschaftliche Bestimmungen	107
Titel I. Zollwesen	107
Titel II. Verkehrskarten	125
Titel III. Finanzen	138
Titel IV. Kohle, Bergwerkserzeugnisse	149
Titel V. Wasser	152
Titel VI. Elektrizität	167
Titel VII. Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr	173
Titel VIII. Eisenbahnen	183
Titel IX. Eisenbahnpersonal	239
Teil VI. Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht für Oberschlesien	256
Titel I. Organisation	256
Titel II. Verfahren und Zuständigkeit	261
Schlussprotokoll	272
7. Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abschlußbestimmungsgebiet	278
8. Postscheckabkommen	298

Vorbemerkung.

Die vorliegende Textausgabe der wichtigsten Grundgesetze für die deutsche Minderheit in Polnisch-Schlesien findet ihre Rechtfertigung darin, daß unmittelbar beim Übergange der Staatshoheit an die Republik Polen zahlreiche Existenzfragen wirtschaftlicher und kultureller Art auftauchen werden, die den deutschen Bewohner Polnisch-Schlesiens zwingen, sich mit dem neuen Rechte seiner Heimat vertraut zu machen. An Stelle der in mannigfachen Gesetzblättern und Einzelausgaben verstreuten Texte werden die grundlegenden Vorschriften in einem Bande gesammelt geboten.

Die Auswahl der abzudruckenden Gesetze ergab sich von selbst aus dem Zweck der Zusammenstellung. Sie will dasjenige bringen, was die Grundlagen des staatlichen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens für die Deutschen Polnisch-Schlesiens enthält.

Der Friedensvertrag von Versailles, auf dessen Machtpruch mittelbar der Wechsel der Staatshoheit beruht, beschäftigt sich mit Polen im 8. Abschnitt des III. Teiles, enthaltend die Artikel 87 bis 93. Aus den »Finanziellen Bestimmungen« des IX. Teiles waren Stellen abzudrucken, die sich auf die Übernahme deutscher Reichsschulden durch die Erwerberstaaten sowie auf den Übergang des Staatseigentums an Polen beziehen. Die »Wirtschaftlichen Bestimmungen« des X. Teiles bringen im Art. 268 eine grundlegende Vorschrift über die Zollfreiheit der Roh- oder Fertigerzeugnisse aus dem abgetretenen Gebiete beim Übergange in den deutschen Zollbereich, im Art. 278 die Verpflichtung des Deutschen Reiches zur Anerkennung der von seinen bisherigen Bürgern infolge der Abtretung erworbenen neuen Staatsangehörigkeit und endlich im Art. 297 einige Grundsätze über die Liquidation.

Der Minderheitenschutzvertrag, durch Art. 93 des Friedensvertrages vorbereitet, ist zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan) und der polnischen Republik gleichzeitig mit dem Friedensvertrage geschlossen und in seinem Art. 12 unter die Garantie des Völkerbundes gestellt worden. Er enthält geltendes polnisches Recht, verpflichtet aber auch als völkerrechtliches Abkommen Polen, alle in seinem Bereiche bestehenden und noch zu erlassenden Gesetze mit seinen Vorschriften in Einklang zu bringen.

Die Genfer Note vom 20. Oktober 1921 steht im Zusammenhange mit der am 20. März 1921 erfolgten Abstimmung die neue Grenze fest, zeichnet die Grundlinien für die künftige Wirtschaftsgestaltung in Oberschlesien und bereitet das deutsch-polnische Abkommen vor.

Das polnische Autonomiegesez, ein Bestandteil der polnischen Verfassung, enthält die Vorschriften über die Organisation der Wojewodschaft Schlesien, über die Rechtsgebiete, die der freien Selbstbestimmung des Schlesischen Landtages vorbehalten sind und die wichtigsten Grundsätze der Verwaltung im polnisch-schlesischen Teilgebiet.

Im engen Zusammenhange mit ihm steht die Verfassung der polnischen Republik, die jeder Bewohner Polnisch-Schlesiens kennen muß. Sie gesteht den nationalen, konfessionellen und sprachlichen Minderheiten die freie Entwicklung ihrer völkischen Eigentümlichkeiten zu und verbürgt allen Bewohnern der polnischen Republik die Freiheit des Glaubensbekenntnisses und der Religionsübung.

Es folgt das große deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922, das den größten Teil des Landes einnimmt und für lange Zeit unser wichtigstes Gesetzbuch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete bilden wird. Das Abkommen behandelt in sechs Teilen und 606 Artikeln die Allgemeinen Fragen, Staatsangehörigkeit und Wohnrecht, den Schutz der Minderheiten, Soziale Angelegenheiten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, soziale Versicherung), Wirtschaftliche Fragen und die Gemischte Kommission und den Schiedsgerichtshof.

Das Rechtspflege-Überleitungsabkommen soll dazu dienen, im Interesse der beiderseitigen Bevölkerung die Fortführung der anhängigen Rechtsangelegenheiten zu erleichtern und trifft Bestimmungen insbesondere über die Zuständigkeit der deutschen und polnischen Gerichte nach dem Übergange der Staatshoheit sowie über die Vollstreckung der beiderseitigen Entscheidungen im anderen Staatsgebiete.

Das Postscheckabkommen sucht den bisher zwischen Polnisch-Schlesien und dem Deutschen Reiche bestehenden Postscheckverkehr aufrechtzuerhalten und bringt die erforderlichen wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Vereinbarungen.

Der maßgebende amtliche Text ist beim Minderheitenschutzvertrage und dem Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 der französische, er mußte deshalb unter Beifügung einer deutschen Übersetzung mit abgedruckt werden.

Kattowitz, im Mai 1922.

Der Herausgeber.

1.

Auszug aus dem Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919.

Artikel 88, letzter Absatz

Deutschland verzichtet jetzt zugunsten Polens auf alle Rechte und Ansprüche auf den Teil Oberschlesiens, der jenseits der auf Grund der Volksabstimmung von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Grenzlinie gelegen ist.

Artikel 90

Polen verpflichtet sich, während eines Zeitraumes von fünfzehn Jahren die Ausfuhr der Bergwerkserzeugnisse nach Deutschland aus allen denjenigen Teilen Oberschlesiens zu gestatten, die auf Grund des gegenwärtigen Vertrags an Polen übergehen.

Diese Erzeugnisse bleiben von allen Ausfuhrabgaben sowie allen auf ihrer Ausfuhr lastenden Gebühren oder Beschränkungen frei.

Polen verpflichtet sich desgleichen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der Verkauf der verfügbaren Erzeugnisse dieser Gruben an Käufer in Deutschland unter ebenso günstigen Bedingungen erfolgt, wie der Verkauf gleichartiger Erzeugnisse, die unter entsprechenden Verhältnissen an Käufer in Polen oder in irgend einem anderen Lande verkauft werden.

Artikel 91

Die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in den endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebieten haben, erwerben von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen.

Indes können deutsche Reichsangehörige und ihre Nachkommen, die sich nach dem 1. Januar 1908 in jenen Gebieten niedergelassen haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Genehmigung des polnischen Staates erwerben.

Zwei Jahre lang nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags sind die über achtzehn Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, die in einem der als Bestandteil Polens anerkannten Gebiete ihren Wohnsitz haben, berechtigt, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren.

Polen deutscher Reichsangehörigkeit im Alter von über achtzehn Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben, sind ebenso*) berechtigt, für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren.

Die Option des Ehemannes erstreckt ihre Wirkung auf die Ehefrau, die Option der Eltern erstreckt ihre Wirkung auf Kinder unter achtzehn Jahren.

Allen Personen, die von dem oben vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machen, steht es frei, in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben.

Es steht ihnen frei, das unbewegliche Gut zu behalten, das sie im Gebiete des anderen Staates besitzen, in dem sie vor der Option wohnten.

Sie dürfen ihr gesamtes bewegliches Gut zollfrei in das Land mitnehmen, für das sie optiert haben. Die etwa bestehenden Ausfuhrzölle oder -gebühren werden dafür von ihnen nicht erhoben.

Innerhalb derselben Frist haben die Polen, die deutsche Reichsangehörige sind und sich im Ausland befinden, das Recht — falls dies den Bestimmungen des fremden Gesetzes nicht widerspricht und falls sie nicht die fremde Staatsangehörigkeit erworben haben — die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen auf Grund der von dem polnischen Staat zu erlassenden Vorschriften zu erwerben.

In dem Teile Oberschlesiens, in dem die Volksabstimmung stattfindet, treten die Bestimmungen dieses Artikels erst nach der endgültigen Zuteilung dieses Gebietes in Kraft.

Artikel 92

Umfang und Art der finanziellen Lasten, die Polen vom Deutschen Kaiserreich und von Preußen zu übernehmen hat, werden nach Artikel 254, Teil IX (Finanzielle Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrags festgesetzt.

Der Teil der Staatschuld, der nach der Entscheidung des im genannten Artikel erwähnten Wiedergutmachungsausschusses auf die von der deutschen und preußischen Regierung für die deutsche Besiedlung Polens getroffenen Maßnahmen entfällt, bleibt bei der Berechnung des Polen aufzuerlegenden Anteils außer Betracht.

Die gemäß Artikel 256 des gegenwärtigen Vertrags von dem Wiedergutmachungsausschuss vorzunehmende Abschätzung des gleichzeitig mit den abzutretenden Gebieten an Polen fallenden Guts und Eigentums des Reichs und der deutschen Staaten erstreckt sich nicht auf Gebäude, Wälder und sonstiges Staatseigentum, das dem ehemaligen Königreich Polen gehörte. Diese erwirbt Polen frei und ledig von allen Lasten.

In allen deutschen Gebieten, die auf Grund des gegenwärtigen Vertrags übergehen und endgültig als Bestandteil Polens anerkannt werden, dürfen die Güter, Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen auf Grund des Artikels 297 von der polnischen Regierung nur nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen liquidiert werden:

1. Der Liquidationserlös muss unmittelbar an den Berechtigten ausbezahlt werden;
2. falls letzterer vor dem in Abschnitt VI, Teil X (Wirtschaftliche Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrags vorgesehenen Gemischten Schiedsgerichtshof oder vor einem von diesem Gericht bezeichneten Schiedsrichter nachweist, daß die Ver-

*) Die Übersetzung folgt hier dem englischen Text; im französischen Text heißt es (abweichend von der sonst gleichliegenden Bestimmung im Art. 85) statt »ebenso«: »selbst«.

kaufsbedingungen oder daß von der polnischen Regierung außerhalb ihrer allgemeinen Gesetzgebung ergriffene Maßnahmen den Preis unbillig beeinflußt haben, ist der Gerichtshof oder der Schiedsrichter befugt, dem Berechtigten eine angemessene Entschädigung zuzusprechen, die von der polnischen Regierung bezahlt werden muß.

Alle in dem gegenwärtigen Vertrag nicht geregelten Fragen, die anlässlich der Abtretung der bezeichneten Gebiete entstehen, werden in späteren Übereinkommen geordnet.

Artikel 93

Polen ist damit einverstanden, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte in einen mit ihm zu schließenden Vertrag die Bestimmungen aufnehmen, die sie zum Schutz der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen für notwendig erachten, und genehmigt damit diese Bestimmungen.

Auch ist Polen damit einverstanden, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte in einen mit ihm zu schließenden Vertrag die Bestimmungen aufnehmen, die sie zum Schutz der freien Durchfuhr und einer gerechten Regelung des Handelsverkehrs der anderen Völker für notwendig erachten.

Artikel 254

Die Mächte, denen deutsche Gebietsteile abgetreten werden, übernehmen vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 255 die Verpflichtung zur Zahlung:

1. eines Teiles der Schuld des Deutschen Reichs nach ihrem Stande vom 1. August 1914. Der Wiedergutmachungsausschuß bezeichnet eine bestimmte Gattung von Einkünften, die nach seinem Urteil das rechte Bild von der Zahlungsfähigkeit der abgetretenen Gebietsteile ergeben. Der zu übernehmende Anteil wird alsdann nach dem Durchschnitt der drei Rechnungsjahre 1911, 1912 und 1913 auf Grund des Verhältnisses berechnet, in dem diese Einkünfte in dem abgetretenen Gebietsteil zu den entsprechenden Einkünften des gesamten Deutschen Reichs stehen.

2. eines Teiles der am 1. August 1914 bestehenden Schuld des deutschen Staates, dem das abgetretene Gebiet angehörte. Die Berechnung erfolgt nach dem gleichen Grundsatz wie oben.

Diese Anteile werden von dem Wiedergutmachungsausschuß festgesetzt.

Die Art der Erfüllung der so übernommenen Verpflichtung an Kapital und Zinsen wird von dem Wiedergutmachungsausschuß festgesetzt. Sie kann unter anderem die Form haben, daß die erwerbende Regierung die Verpflichtungen Deutschlands aus den deutschen Schuldverschreibungen, die sich in Händen ihrer eigenen Staatsangehörigen befinden, übernimmt. Falls aber die angewandte Methode Zahlungen an die deutsche Regierung selbst mit sich brächte, erfolgen diese Zahlungen statt dessen an den Wiedergutmachungsausschuß in Anrechnung auf die deutsche Wiedergutmachungsschuld, solange auf diese noch irgendein Betrag rückständig ist.

Aus Artikel 255

2. Soweit Polen in Betracht kommt, wird derjenige Anteil der Schuld, dessen Ursprung der Wiedergut-

machungsausschuß auf Maßnahmen der deutschen und preußischen Regierung zur deutschen Besiedlung Polens zurückführt, von der teilweisen Schuldenübernahme im Sinne des Artikels 254 ausgenommen.

3. Soweit andere abgetretene Gebietsteile als Elsaß-Lothringen in Betracht kommen, wird derjenige Anteil der Schuld des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten, dessen Betrag nach dem Urteil des Wiedergutmachungsausschusses den Aufwendungen des Deutschen Reichs oder der deutschen Staaten für das im Artikel 256 erwähnte Gut und Eigentum entspricht, von der teilweisen Schuldenübernahme im Sinne des Artikels 254 ausgenommen.

Artikel 256

Die Mächte, in deren Besitz deutsches Gebiet übergeht, erwerben gleichzeitig alles Gut und Eigentum des Deutschen Reichs oder der deutschen Staaten, das in diesen Gebieten gelegen ist. Der Wert dieser Erwerbungen wird von dem Wiedergutmachungsausschuß festgestellt und von dem erwerbenden Staate an diesen bezahlt, um der deutschen Regierung auf die Wiedergutmachungsschuld gutgeschrieben zu werden.

Im Sinne dieses Artikels gilt das gesamte Eigentum der Krone, des Deutschen Reichs und der deutschen Staaten sowie das Privateigentum des vormaligen deutschen Kaisers und der anderen königlichen Personen als zum Gut und Eigentum des Deutschen Reichs und der deutschen Staaten gehörig.

Aus Artikel 268

b) Während eines Zeitraums von drei Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags genießen die Roh- oder Fertigerzeugnisse, die aus den vor dem Kriege zu Deutschland gehörigen polnischen Gebieten stammen und herkommen, bei ihrem Eingang in das deutsche Zollgebiet vollständige Zollfreiheit.

Die polnische Regierung wird alljährlich durch einen der deutschen Regierung mitzuteilenden Beschluß die Art und Menge der Erzeugnisse festsetzen, denen diese Befreiung zustatten kommt.

Die Mengen jedes Erzeugnisses, die so jährlich nach Deutschland gesandt werden können, dürfen den Jahresdurchschnitt der im Laufe der Jahre 1911 bis 1913 versandten Mengen nicht überschreiten.

Artikel 278

Deutschland verpflichtet sich, die neue Staatsangehörigkeit, die von seinen Angehörigen gemäß den Gesetzen der alliierten und assoziierten Mächte und gemäß den Entscheidungen der zuständigen Behörden dieser Mächte, sei es auf dem Wege der Einbürgerung, sei es auf Grund einer Vertragsbestimmung etwa erworben ist oder erworben wird, anzuerkennen und auf Grund der neu erworbenen Staatsangehörigkeit diese Reichsangehörigen in jeder Richtung von jeder Pflicht gegenüber ihrem Heimatstaate zu entbinden.

Aus Artikel 297

Die Frage der privaten Güter, Rechte und Interessen in Feindesland findet ihre Lösung gemäß den Grundsätzen dieses Abschnittes und den Bestimmungen der beigefügten Anlage.

b) Soweit der gegenwärtige Vertrag nicht ein anderes bestimmt, behalten sich die alliierten oder assoziierten Mächte das Recht vor, alle den deutschen Reichsangehörigen oder den von ihnen abhängigen Gesellschaften bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags gehörenden Güter, Rechte und Interessen innerhalb ihrer Gebiete, Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer, einschließlich der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag abgetreten werden, zurückzubehalten und zu liquidieren.

Die Liquidation erfolgt nach den Gesetzen des beteiligten alliierten oder assoziierten Staates, ohne dessen Zustimmung der deutsche Eigentümer auch weder über diese Güter, Rechte und Interessen verfügen, noch sie belasten darf.

Deutsche Reichsangehörige, die auf Grund des gegenwärtigen Vertrags von Rechts wegen die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben, gelten nicht als deutsche Reichsangehörige im Sinne dieses Absatzes.

c) Der Kaufpreis oder der Betrag der Entschädigung für die Ausübung des in Absatz b bestimmten Rechtes wird gemäß den Abschätzungs- und Liquidationsgrundsätzen der Gesetzgebung desjenigen Landes festgestellt, in welchem das Gut zurückzubehalten oder liquidiert worden ist.

i) Deutschland verpflichtet sich, seine Angehörigen wegen der Liquidation oder Einbehaltung ihrer Güter, Rechte oder Interessen in den alliierten oder assoziierten Ländern zu entschädigen.

2.

Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen vom 28. Juni 1919 (Minderheitenschutzvertrag).

Artikel 1

Polen verpflichtet sich, daß die in den Artikeln 2 bis 8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als fundamentale Gesetze anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung im Gegensatz oder im Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung ihnen zuwiderlaufen darf.

Artikel 2

Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen und ganzen Schutz ihrer Freiheit zu gewähren. Alle Einwohner Polens sollen ein Recht haben auf freie, öffentliche und private Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder jedes Glaubens, deren Betätigung mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten nicht unvereinbar ist.

Artikel 3

Polen erkennt als polnische Staatsangehörige von Rechts wegen und ohne weitere Formlichkeit die deutschen, österreichischen, ungarischen oder russischen Staatsangehörigen an, die am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages in dem Gebiete wohnen, das auf Grund der Verträge mit Deutschland bzw. Österreich, Ungarn und Russland zu Teilen Polens geworden ist oder wird, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verträge, die sich auf Personen beziehen, die ihren Wohnsitz in diesem Gebiet nach einem bestimmten Zeitpunkt begründet haben. Jedoch sollen die genannten Personen, die über 18 Jahre alt sind, berechtigt sein, unter den in diesen Verträgen geregelten Voraussetzungen für jede andere Staatsangehörigkeit zu optieren, die sie ihnen eröffnen. Die Option des Ehemannes erstreckt ihre Wirkung auf die Ehefrau, die Option der Eltern auf ihre Kinder unter 18 Jahren. Die Personen, die von dem Optionsrecht Gebrauch machen, müssen, sofern der Friedensvertrag mit Deutschland nichts Abweichendes bestimmt, in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat verlegen, für den sie optiert haben. Es steht ihnen frei, das unbewegliche Vermögen zu behalten, das sie im polnischen Gebiete besitzen. Sie dürfen ihr bewegliches Vermögen jeder Art mitnehmen. Es darf ihnen hierbei kein Ausfuhrzoll auferlegt werden.

Artikel 4

Polen erkennt als polnische Staatsangehörige von Rechts wegen und ohne weitere Formlichkeit die Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit an, die in dem genannten

Article Premier

La Pologne s'engage à ce que les stipulations contenues dans les articles 2 à 8 du présent Chapitre soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent d'elles.

Article 2

Le Gouvernement polonais s'engage à accorder à tous les habitants pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

Tous les habitants de la Pologne auront droit au libre exercice, tant public que privée, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Article 3

La Pologne reconnaît comme ressortissants polonais, de plein droit et sans aucune formalité, les ressortissants allemands, autrichiens, hongrois ou russes domiciliés, à la date de la mise en vigueur du présent Traité sur le territoire qui est ou sera reconnu comme faisant partie de la Pologne, mais sous réserve de toute disposition des Traité de paix avec l'Allemagne ou l'Autriche, respectivement, relativement aux personnes domiciliées sur ce territoire postérieurement à une date déterminée.

Toutefois, les personnes ci-dessus visées, âgées du plus de dix-huit ans, auront la faculté, dans les conditions prévues par lesdits Traité, d'opter pour toute autre nationalité qui leur serait ouverte. L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de dix-huit ans.

Les personnes ayant exercé le droit de l'option ci-dessus devront, dans les douze mois qui suivront et à moins de dispositions contraires du Traité de Paix avec l'Allemagne, transporter leur domicile dans l'Etat en faveur duquel elles auront opté. Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire polonais. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé de ce chef aucun droit de sortie.

Article 4

La Pologne reconnaît comme ressortissants polonais, de plein droit et sans aucune formalité, les personnes de nationalité allemande, autrichienne, hongroise ou russe qui sont nées sur ledit territoire

Gebiete von dort wohnhaften Eltern geboren sind, selbst wenn sie selbst bei Inkrafttreten dieses Vertrages dort nicht mehr ihren Wohnsitz haben. Jedoch können diese Personen während der dem Inkrafttreten dieses Vertrags folgenden zwei Jahre vor den zuständigen polnischen Behörden in dem Lande, in dem sie ihren Wohnsitz haben, erklären, daß sie auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten; und sie hören damit auf, als polnische Staatsangehörige angesehen zu werden. Hierbei erstreckt die Erklärung des Ehemannes ihre Wirkung auf die Ehefrau und die der Eltern auf die Kinder unter 18 Jahren.

Article 5

Polen verpflichtet sich, keine Schwierigkeiten bei der Ausübung des Optionsrechtes zu machen, welches in den zwischen den alliierten und assoziierten Mächten einerseits und Deutschland, Österreich, Ungarn oder Russland andererseits bereits geschlossenen oder noch zu schließenden Verträgen vorgesehen ist, soweit diese Verträge den Beteiligten gestatten, die polnische Staatsangehörigkeit zu erwerben oder nicht zu erwerben.

Article 6

Die polnische Staatsangehörigkeit soll von Rechts wegen durch die bloße Tatsache der Geburt auf polnischem Gebiet von jeder Person erworben werden, die keine Staatsangehörigkeit geltend machen kann.

Article 7

Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetze gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen hinderlich sein, im Hinblick auf den Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte, insbesondere auf die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, öffentlichen Dienststellen und Ehren oder auf die Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgend einer Sprache beschränkt, weder in ihren privaten oder Handelsbeziehungen, noch in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder der Veröffentlichungen aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer öffentlichen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen mit einer anderen Sprache als der polnischen vernünftige Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.

Article 8

Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkerlichen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlschafts-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und zu beaufsichtigen mit dem Rechte, hier ihre eigene Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei zu betätigen.

de parents y étant domiciliés, encore qu'à la date de la mise en vigueur du présent Traité elles n'y soient pas elles-mêmes domiciliées. Toutefois, dans les deux ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, ces personnes pourront déclarer devant les autorités polonaises compétentes dans les pays de leur résidence, qu'elles renoncent à la nationalité polonaise et elles cesseront alors d'être considérées comme ressortissants polonais. A cet égard, la déclaration du mari sera réputée valoir pour la femme et celle des parents sera réputée valoir pour les enfants âgés de moins de dix-huit ans.

Article 5

La Pologne s'engage à n'apporter aucune entrave à l'exercice du droit d'option, prévu par les Traité conclus ou à conclure par les Puissances alliées et associées avec l'Allemagne, l'Autriche, la Hongrie ou la Russie et permettant aux intéressés d'acquérir ou non la nationalité polonaise.

Article 6

La nationalité polonaise sera acquise de plein droit, par le seul fait de la naissance sur le territoire polonais à toute personne ne pouvant se prévaloir d'une autre nationalité.

Article 7

Tous les ressortissants polonais seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civiles et politiques sans distinction de race, de langage ou de religion.

La différence de la religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant polonais en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries.

Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant polonais d'une langue quelconque soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière, de religion, de presse, ou de publications de toute nature, soit dans les réunions publiques.

Article 8

Les ressortissants polonais, appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et de mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants polonais. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Artikel 9

In bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen soll die polnische Regierung in den Städten und Bezirken, wo in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsangehörige mit einer anderen Sprache als der polnischen wohnen, angemessene Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, daß in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll die polnische Regierung nicht hindern, in diesen Schulen obligatorischen Unterricht in der polnischen Sprache einzuführen. In den Städten und Bezirken, wo in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsangehörige wohnen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, sind diese Minderheiten berechtigt, einen gerechten Anteil an dem Genuss und an der Verwendung der Summen sicherzustellen, die in den öffentlichen Fonds der städtischen oder anderer Budgets für die Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohltätigkeit ausgesetzt werden. Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Sprache nur in den Teilen Polens Anwendung, die am 1. August 1914 deutsches Gebiet waren.

Artikel 10

Von den jüdischen Gemeinschaften in Polen eingesetzte örtliche Schulausschüsse sollen unter der allgemeinen Aufsicht des Staates die Verteilung des verhältnismäßigen Teiles der Gelder, die aus öffentlichen Mitteln nach Artikel 9 den jüdischen Schulen zugewiesen werden, sicherstellen, ebenso die Organisation und die Leitung dieser Schulen. Die Bestimmungen des Artikels 9 bezüglich des Gebrauchs der Sprachen in den Schulen finden auf diese Schulen Anwendung.

Artikel 11

Die Juden können nicht zu irgendwelchen Handlungen gezwungen werden, die ihren Sabbath verlegen, und dürfen nicht irgendeinen Rechtsnachteil erleiden, wenn sie es ablehnen, am Sabbath vor Gericht zu erscheinen oder Rechtshandlungen vorzunehmen. Jedoch befreit diese Bestimmung die Juden nicht von den allen polnischen Staatsangehörigen auferlegten Verpflichtungen in bezug auf die Erfordernisse des Militärdienstes, der nationalen Verteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Polen erklärt seine Absicht, davon absehen zu wollen, allgemeine oder lokale Wahlen auf einen Sonnabend auszuschreiben oder gutzuheißen. Keine Einschreibungen für Wahlen oder andere Zwecke dürfen obligatorisch an einem Sonnabend stattfinden.

Artikel 12

Polen ist damit einverstanden, daß in dem Umfange, in dem die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen betreffen, die Minderheiten der Rasse, der Religion oder der Sprache angehören, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse bilden, und daß sie unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit der Zustimmung der Mehrheit des Rates des Völkerbundes geändert werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflicht-

Article 9

En matière d'enseignement public, le Gouvernement polonais accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants polonais de langue autre que la langue polonaise, des facilités appropriées pour assurer que dans les écoles primaires, l'instruction sera donnée dans leur propre langue, aux enfants de ces ressortissants polonais. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement polonais de rendre obligatoire l'enseignement de la langue polonaise dans lesdites écoles.

Dans les villes et districts, où réside une proportion considérable de ressortissants polonais appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, ces minorités se verront assuré une part équitable dans le bénéfice et l'affection des sommes qui pourraient être attribuées sur le fonds publics par le budget de l'Etat, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de charité.

Les dispositions du présent article ne seront applicables aux ressortissants polonais de langue allemande que dans les parties de la Pologne qui étaient territoire allemand au 1^{er} août 1914.

Article 10

Des comités scolaires désignées sur place par les communautés juives de Pologne, assureront, sous le contrôle général de l'Etat, la répartition de la part proportionnelle des fonds publics assignés aux écoles juives en conformité de l'article 9, ainsi que l'organisation et la direction de ces écoles.

Les dispositions de l'article 9 concernant l'emploi des langues dans les écoles seront applicables auxdites écoles.

Article 11

Les juifs ne seront pas astreints à accomplir des actes quelconques constituant une violation de leur Sabbath, et ne devront être frappés d'aucune incapacité s'ils refusent de se rendre devant les tribunaux ou d'accomplir des actes légaux le jour du Sabbath. Toutefois, cette disposition ne dispensera pas les juifs des obligations imposées à tous les ressortissants polonais en vue des nécessités du service militaire, de la défense nationale ou du maintien de l'ordre public.

La Pologne déclare son intention de s'abstenir de prescrire ou d'autoriser des élections, soit générales, soit locales, qui auraient lieu un samedi; aucune inscription électorale ou autre ne devra obligatoirement se faire un samedi.

Article 12

La Pologne agrée que, dans la mesure où les stipulations des articles précédents affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations. Les Etats-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon s'engagent à ne pas refuser leur assentiment à toute modification des

ten sich, ihre Zustimmung zu jeder Änderung der erwähnten Artikel, die in gehöriger Form von der Mehrheit des Rates des Völkerbundes beschlossen worden ist, nicht zu verweigern. Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Rates des Völkerbundes das Recht hat, dem Rate jede Übertretung oder die Gefahr einer Übertretung irgendeiner dieser Verpflichtungen zur Kenntnis zu bringen, und daß der Rat dann in einer Weise einschreitet und Anweisungen gibt, die den Umständen nach angemessen und wirksam sind. Polen erklärt sich außerdem damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit, die sich über die diese Artikel betreffenden Rechts- und Tatfragen zwischen der polnischen Regierung und den alliierten und assoziierten Hauptmächten oder jeder anderen Macht, die Mitglied des Rates des Völkerbundes ist, ergibt, diese Meinungsverschiedenheit als eine Streitfrage von internationalem Charakter nach den Bestimmungen des Artikels 14 der Satzung des Völkerbundes betrachtet werden soll. Die polnische Regierung ist damit einverstanden, daß jede Streitfrage dieser Art, wenn die Gegenpartei es verlangt, vor den Ständigen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofes soll keiner Berufung unterliegen und dieselbe Rechtskraft und Geltung haben wie eine Entscheidung, die nach Artikel 12 der Völkerbundssatzung getroffen ist.

dits articles, qui serait consentie en due forme par une majorité du Conseil de la Société des Nations.

La Pologne agrée que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

La Pologne agrée en outre qu'en cas de divergence d'opinion, sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement polonais et l'une quelconque des principales Puissances alliées et associées ou toute autre Puissance, Membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'article 14 du Pacte de la Société des Nations. Les Gouvernement polonais agrée que tout différend de ce genre sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'article 13 du Pacte.

3.

Botschafterbeschuß vom 20. Oktober 1921 (Genfer Note).

Berlin, den 20. Oktober 1921.

Die Botschafterkonferenz übermittelte heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Paris nachstehende Note über die oberschlesische Entscheidung:

Herr Botschafter!

Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober d. J. namens und in ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des Britischen Reichs, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben.

Die genannten Mächte haben gemäß dem Friedensvertrag eine Lösung gesucht, die dem Wunsche der Bevölkerung, wie er in der gemeindeweisen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrats veranlaßt gesehen, den Industriebezirk Oberschlesiens zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß die verschiedenen Volkssteile geographisch zerstreut liegen, andererseits aber stark untereinander vermengt sind, mußte jede Teilung dieses Gebiets dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten verblieben und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen wurden.

In Berücksichtigung dieser Umstände enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des Wirtschaftslebens ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien zu gewährleisten.

Die Deutsche Regierung muß sich auch voll dessen bewußt werden, daß die Alliierten Mächte ihre Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten und daß sie fest entschlossen sind, seinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen.

In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen sich aus irgendeinem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teile anzunehmen, oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der loyalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt ist, behalten sich die Alliierten Mächte, in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die vorgesehene Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. A. Briand

Anlage.

In Erwägung, daß nach dem Wortlaut des Artikels 88, letzter Absatz des Friedensvertrags von Versailles, es ihre Aufgabe ist, in dem der Volksabstimmung unterworfenen Teile Oberschlesiens die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen auf Grund der Volksabstimmung festzusetzen, in Erwägung, daß am 20. März 1921 die Volksabstimmung unter den im Anhang des obenerwähnten Artikels festgesetzten Bedingungen stattgefunden hat, und in Erwägung, daß sowohl nach dem Ergebnis der gemeindeweisen Abstimmung als auch nach der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften die in Betracht kommende Abtretung von Gebieten gewisse Fragen aufwirft, die geregelt werden müssen, beschließen das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrats folgendes:

I. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in dem im Artikel 88 des Friedensvertrags von Versailles bezeichneten Teile Oberschlesiens wird folgendermaßen bestimmt:

Die Grenze folgt der Oder von ihrem Eintritt in das oberschlesische Abstimmungsgebiet bis zur Höhe von Niebotschau, von dort ab verläuft sie nordostwärts, wobei an Polen fallen: die Gemeinden Höhenbirken, Wilhelmstal, Raschütz, Adamowitz, Bogunitz, Lissel, Summin, Zwonowitz, Chwallenitz, Ochojeß, Ober- und Nieder-Wileza, Kriewald, Keniow, Gieraltowitz, Preiswitz, Makoschau, Kunzendorf, Paulsdorf, Ruda, Drzegow, Schlesiengrube, Hohenlinde, während bei Deutschland verbleiben: die Gemeinden Ostrog, Markowitz, Babiß, Gurek, Stodoll, Niederdorf, Pilchowitz, Nieborowitzer Hammer, Nieborowitz, Schönwald, Ellguth-Zaborze, Sosnička, Matthesdorf, Zaborze, Biskupitz, Bobrek, Schomberg; von da aus läuft die Grenze zwischen Roßberg (an Deutschland) und Birkenhain (an Polen); dann wendet sie sich nach Nordwest, wobei auf deutscher Seite verbleiben: die Gemeinden Karf, Miechowitz, Stollarzowitza, Friedrichswille, Ptakowitz, Larischhof, Miedar, Hanussek, Neudorf-Tworog, Kottenslust, Potempa, Keltisch, Zawadzki, Petershof-Pluder, Klein-Lagiewnik, Skrzidlowitz, Gwodzian, Dzielna, Czieschnau, Sorowitski, während auf polnischer Seite verbleiben: Scharlen, Radziontau, Trockenberg, Neu-Repten, Alt-Repten, Alt-Tarnowitz, Rybna, Piassetzna, Boruschowitz, Mikolassa, Drabthammer, Bruschied, Wüstenhammer, Kotfotef, Koschmieder, Pawonkau, Spiegelhof (Gutsbezirk), Groß-Lagiewnik, Glinic, Kochschütz, Lissa, — von da ab fällt die Grenze nordwestwärts mit der alten deutsch-russischen Grenze zusammen, bis zu dem Punkt, wo sie mit der deutsch-polnischen Grenze zu-

sammentrifft, wie sie im Artikel 87*) des Vertrags von Versailles beschrieben ist.

Die im Artikel 87 des Verstailler Vertrags vorgesehene Grenzfestsetzungskommission wird die Grenze an Ort und Stelle ziehen. Sie wird ihre Arbeiten unverzüglich beginnen.

II. Die deutsche und polnische Regierung werden in möglichst kurzer Frist gemäß Artikel 92, letzter Absatz des Friedensvertrags ein Abkommen zum Zwecke der Inkraftsetzung der folgenden Bestimmungen treffen:

a. Eisenbahnen

Die Rechte und Pflichten der Eisenbahnen und Straßenbahnen, soweit sie sich in Privat- oder Kommunalbesitz befinden, bleiben durch ihre Konzessionen geregelt; die Betriebseinheit des Netzes der schlesischen Kleinbahnaktiengesellschaft bleibt für die Dauer von 15 Jahren aufrechterhalten.

Der Betrieb der deutschen Normal- und schmalspurigen Staatseisenbahnen wird im Abstimmungsgebiete für die Dauer von 15 Jahren einer gemischten Verwaltung unterstellt. Die Mengen rollenden Materials, die auf das Abstimmungsgebiet entfallen, werden gemäß Artikel 371**) des Verstailler Vertrags bestimmt werden.

Die Tarife werden einheitlich geregelt. Gemäß Artikel 365***) des Friedensvertrags von Versailles wird jeder Spezialtarif, der zwischen dem deutschen Gebiet und einem Punkte des Abstimmungsgebiets in Kraft ist, auf das gesamte Abstimmungsgebiet Anwendung finden. Der Vorteil jedes Spezialtariffs, der im Abstimmungsgebiete Geltung hat, wird den Waren der gleichen Art zugute kommen, die aus Polen, Deutschland oder aus irgendeinem anderen Lande ausgeführt oder dorthin eingeführt werden.

Die Fahrpläne werden nach den Bedürfnissen der Industrie geregelt, und der Aufenthalt der Arbeiterzüge, die über die Grenze fahren, wird nach Möglichkeit beschränkt werden.

*) Artikel 87 VV lautet:

Artikel 87.

Deutschland erkennt, wie die alliierten und assoziierten Mächte es bereits getan haben, die völlige Unabhängigkeit Polens an und verzichtet zugunsten Polens auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, das begrenzt wird durch die Orla, die Ostgrenze Deutschlands, wie sie im Artikel 27 Teil II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrags festgelegt ist, bis zu einem Punkte etwa 2 km östlich von Lorsendorf, dann durch eine Linie bis zu dem von der Nordgrenze Oberschlesiens gebildeten spitzen Winkel etwa 3 km nordwestlich von Simmenau, dann durch die Grenze Oberschlesiens bis zu ihrem Treffpunkt mit der alten deutsch-russischen Grenze, dann durch diese Grenze bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Memel, dann durch die Nordgrenze von Ostpreußen, wie sie im Artikel 28 des angeführten Teiles II festgelegt ist.

Soweit die Grenzen Polens in dem gegenwärtigen Vertrag nicht näher festgelegt sind, werden sie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten später bestimmt.

Ein aus sieben Mitgliedern zusammengesetzter Ausschuss, von denen fünf durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte, eines von Deutschland und eines von Polen ernannt werden, tritt zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags zusammen, um an Ort und Stelle die Grenzen zwischen Polen und Deutschland festzulegen.

Dieser Ausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Beteiligten bindend.

**) Artikel 371 VV lautet:

Artikel 371.

Unter Vorbehalt besonderer Bestimmungen über die Abtretung der Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen in den

Die Kosten der sozialen und staatlichen Versicherungen zugunsten der Angestellten der schlesischen Eisenbahnen werden der Verwaltung dieser Eisenbahnen zur Last fallen.

Für den Betrieb der Eisenbahnen wird eine einheitliche Verrechnung eingeführt werden, die alle Einnahmen und Ausgaben einschließlich der Unterhaltskosten der Gleise und des Eisenbahnmaterials und die Einzahlungen in die Fonds für Erneuerungsarbeiten umfasst. Die Ausgaben für Neuarbeiten werden besonders verrechnet werden; sie werden von dem Staate getragen, auf dessen Gebiet sie ausgeführt werden. Gewinn oder Verlust werden unter beide Länder je nach der Länge der ihnen gehörenden Eisenbahnlinien und nach der Bedeutung des Verkehrs verteilt werden.

Gebieten, über die Deutschland seine Souveränität aufgibt, und unter Vorbehalt der finanziellen Bestimmungen bezüglich der Konzessionsinhaber und der Ruhegehaltsbezüge der Bahngestellten erfolgt die Abtretung der Eisenbahnen unter folgenden Bedingungen:

1. Sämtliche Eisenbahnanlagen und Einrichtungen müssen vollständig und in gutem Zustand übergeben werden;
2. wird ein Eisenbahnnetz mit eigenem Wagenpark als ganzes von Deutschland an eine der alliierten und assoziierten Mächte abgetreten, so ist dieser Wagenpark vollständig nach der letzten Befländeraufnahme vor dem 11. November 1918, und zwar in normalem Zustand abzuliefern;
3. für Strecken ohne eigenen Wagenpark wird der abzuliefernde Bruchteil des Wagenparks des Eisenbahnnetzes, zu dem diese Strecken gehören, von Sachverständigenausschüssen bestimmt, die durch die alliierten und assoziierten Mächte ernannt werden und in denen Deutschland vertreten ist. Diese Ausschüsse haben dabei die Größe des für diese Strecken bei der letzten Befländeraufnahme vor dem 11. November 1918 verzeichneten Wagenparks, die Länge der Strecken einschließlich der Nebengleise, die Art und den Umfang des Verkehrs zu berücksichtigen. Desgleichen haben sie die Lokomotiven, Personen- und Güterwagen zu bestimmen, die in jedem einzelnen Falle abzutreten sind, die Übernahmebedingungen festzusetzen und die einstweiligen Anstalten zu ihrer Instandsetzung in den deutschen Werkstätten zu treffen;
4. Vorräte, bewegliche Einrichtungsgegenstände und Werkzeuge sind unter denselben Bedingungen wie der Wagenpark abzuliefern.

Die Bestimmungen der obigen Nummern 3 und 4 finden Anwendung auf die Strecken des ehemaligen Russisch-Polen, die von Deutschland auf deutsche Spurweite umgenagelt sind; diese Strecken gelten als abgezweigter Teil des preußischen Staatseisenbahnnetzes.

***) Artikel 365 VV lautet:

Artikel 365.

Die aus den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte kommenden und für Deutschland bestimmten Güter sowie die durch Deutschland aus oder nach den Gebieten der alliierten oder assoziierten Mächte durchgeföhrten Güter genießen von Rechts wegen auf den deutschen Eisenbahnen bezüglich der Gebühren (unter Berücksichtigung aller Vergütungen und Rückvergütungen), bezüglich der Verkehrserleichterungen und in jeder andern Hinsicht die günstigste Behandlung, die für Güter gleicher Art gilt, welche auf irgendeiner deutschen Strecke im Binnenverkehr oder zum Zweck der Aus-, Ein- oder Durchfuhr unter ähnlichen Beförderungsverhältnissen, insbesondere bezüglich der Länge der durchlaufenen Strecken, befördert werden. Das gleiche gilt auf Verlangen einer oder mehrerer alliierter oder assoziiierter Mächte für alle von ihnen namentlich bezeichneten Güter, die aus Deutschland kommen und für ihre Gebiete bestimmt sind.

Auf ein an Deutschland gerichtetes Ersuchen einer alliierten oder assoziierten Macht müssen internationale, nach den Sätzen des vorigen Absatzes aufgestellte Tarife mit Durchgangsfrachtbüchern geschaffen werden.

b. Wasser und Elektrizität

Soweit das Gebiet, in dem sich die Wasserleitungen befinden, nicht ganz einem der beiden Länder zugesprochen wird, bleiben mangels besonderer Abmachung zwischen den Parteien die vorhandenen Leitungen bestehen. Zu diesem Zwecke wird eine gegenseitige Grunddienstbarkeit geschaffen werden. Die Wasserkräfte der Gegend von Tarnowitz und Olszucz werden unter Bedingungen, die den Interessen beider Länder entsprechen, zur Verfügung des ganzen ober-schlesischen Gebietes gestellt.

Der gegenwärtige Betrieb der »Oberschlesischen Elektrizitätswerke« bleibt für drei Jahre aufrecht erhalten. Der polnische Staat wird sodann die Zentrale in Chorzow und das daran angegeschlossene Netz fäustlich erwerben können. Solange ein polnisches Unternehmen nicht errichtet ist, muß die Gesellschaft die Elektrizität in beiden Teilen des Gebietes zu gleichen Bedingungen liefern.

c. Geldwesen

Während eines Zeitraums, der 15 Jahre nicht überschreiten wird, wird die deutsche Mark die einzige gesetzliche Münzeinheit in dem Abstimmungsgebiete bleiben.

Die beiden Regierungen werden durch Vereinbarung beschließen können, dieses Regime vor Ablauf dieses Zeitraums abzuändern. Mangels einer Einigung zwischen den beiden Regierungen und für den Fall, daß eine Abänderung des Münzsystems nötig werden sollte, wird es der gemischten Kommission, die unten vorgesehen ist, obliegen, den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an die deutsche Mark aufhört, die einzige gesetzliche Münzeinheit zu sein.

d. Post

Für die Dauer des Umlaufs deutschen Geldes in der polnischen Zone werden die Post-, Telegraphen- und Telephongebühren in deutscher Währung erhoben.

e. Zollwesen

Die Zollgrenze wird an der neuen politischen Grenze errichtet werden, sobald diese gezogen ist. Die deutsche und polnische Zollgesetzgebung und ihre Zolltarife finden mit folgenden Ausnahmen Anwendung:

1. Während eines Zeitraums von sechs Monaten werden die Waren, die von anderen Ländern nach dem Abstimmungsgebiete gehen, und die die Einfuhrzölle an der deutschen oder polnischen Grenze vor der Teilung Oberschlesiens bezahlt haben, zollfrei die Grenze überschreiten.

2. Während eines Zeitraums von 15 Jahren werden die natürlichen Erzeugnisse, die ihren Ursprung und ihre Herkunft in einer der beiden Zonen des Abstimmungsgebiets haben, und die dazu bestimmt sind, in der anderen Zone verbraucht oder verwendet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen.

3 a. Während eines Zeitraums von 6 Monaten werden die Rohstoffe und Halbfabrikate der industriellen Betriebe der einen der beiden Zonen des Abstimmungsgebiets, die dazu bestimmt sind, in den industriellen Betrieben der anderen Zone verbraucht oder verarbeitet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen. Die Zulassungsscheine für Einfuhr dieser Erzeugnisse

müssen die Absende- und Empfangsstellen namhaft machen.

3 b. Während eines Zeitraums von 15 Jahren werden die Rohstoffe und Halbfabrikate, die ihren Ursprung und ihre Herkunft aus den industriellen Betrieben der einen der beiden Zonen des Abstimmungsgebiets haben und die dazu bestimmt sind, in den Betrieben der anderen Zone verarbeitet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen, wenn sie wieder in ihr Ursprungsland eingeführt werden müssen. Die Zulassungsscheine für die Einfuhr dieser Erzeugnisse müssen die Absende- und Empfangsstellen namhaft machen.

4. Gemäß Artikel 268 des Vertrags von Versailles werden die natürlichen Erzeugnisse oder die Fabrikate, die ihren Ursprung und ihre Herkunft in der polnischen Zone des Abstimmungsgebiets haben, bei ihrem Eingang in das deutsche Gebiet während eines Zeitraums von 3 Jahren von jeder Zollabgabe befreit. Die Frist von 3 Jahren wird mit der Bekanntgabe der neuen Grenze an Deutschland und Polen zu laufen beginnen.

Für die Regelung der Ausfuhr werden beide Länder sich verpflichten, während eines Zeitraums von 15 Jahren die Ausfuhr von Erzeugnissen aus ihren Gebieten zu erleichtern, die für die Industrie des einen oder anderen Teiles des Abstimmungsgebiets unentbehrlich sind. Sie werden hierfür die notwendigen Ausfuhrgenehmigungen erteilen und die Ausführung der Verträge, die zwischen Privatpersonen geschlossen werden, gestatten, unter der Voraussetzung, daß die Einfuhrabgaben von diesen Erzeugnissen bei ihrer Einfuhr in deutsches bzw. polnisches Gebiet gezahlt werden, soweit nicht in den vorhergehenden Paragraphen Ausnahmen vorgesehen sind.

Alle Bestimmungen über das Zollwesen an der neuen deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien, die nicht eine Anwendung der obigen Grundsätze sind, werden als ein gewöhnliches Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und Deutschland angesehen.

f. Kohle, Bergwerkserzeugnisse

Gemäß Artikel 90 des Friedensvertrags von Versailles wird Polen während eines Zeitraums von 15 Jahren von der endgültigen Zuteilung des Gebiets ab die Ausfuhr von Bergwerkserzeugnissen der polnischen Zone des Abstimmungsgebiets nach Deutschland gestatten.

Bezüglich der Kohle werden bei Anwendung dieses Artikels die Bestimmungen der verschiedenen Friedensverträge, Entscheidungen und internationalen Abmachungen zwischen Deutschland, Polen und den Ländern in Betracht gezogen werden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr oberschlesischer Kohle interessiert sind, soweit die Verträge für Deutschland und Polen Verpflichtungen an Kohlenlieferungen enthalten. Deutschland wird während eines Zeitraums von 15 Jahren die Ausfuhr der Bergwerkserzeugnisse seines Gebiets in die polnische Zone des Abstimmungsgebites zu den in Artikel 90 des Versailler Vertrags vorgelehrten Bedingungen gestatten. Die Ausfuhrziffer der Bergbauerzeugnisse, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, wird nach dem Durchschnitt des Umsatzes der Jahre 1911 bis 1913 berechnet werden.

g. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände

Die deutsche und polnische Regierung werden für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Abstimmungsgebiete tätig sind, anerkennen. Diese Verbände werden in der Lage sein, Kollektivverträge für das gesamte Abstimmungsgebiet abzuschließen.

h. Soziale Versicherungen

Die Überweisung der Bestände der deutschen sozialen und staatlichen Versicherungsanstalten an Polen für den ihm zugesprochenen Teil von Oberschlesien wird gemäß den Vorschriften und Bedingungen des Artikel 312*) des Verstailler Vertrags stattzufinden haben. Die Rentenempfänger der sozialen und staatlichen Versicherungsanstalten werden alle Entschädigungen und Pensionen empfangen, die ihnen zugeteilt worden sind.

Die polnische Regierung wird in kürzester Frist in der polnischen Zone besondere Behörden für das Versicherungswesen sowie für die Verwaltungs- und die streitige Gerichtsbarkeit schaffen.

Die örtlichen Kassen, sei es in der polnischen Zone, sei es im gesamten Abstimmungsgebiet (Oberschlesischer Knappschaftsverein, Oberschlesische Bergbauhilfskasse usw.), werden für die Dauer von 15 Jahren aufrechterhalten werden, es sei denn, daß die beiden Regierungen nicht früher dahin übereinkommen, eine Teilung vorzunehmen.

i. Verkehr

Für die Dauer von 15 Jahren wird jeder, der in dem Abstimmungsgebiete einen ordnungsgemäßen Wohnsitz hat oder dort einer regelmäßigen oder beruflichen Tätigkeit nachgeht, kostenlos eine Verkehrskarte erhalten, die es ihm gestattet, ohne weiteres die Grenze zu überschreiten.

*) Artikel 312 VV lautet:

Artikel 312.

Unbeschadet der in anderen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags enthaltenen Abreden verpflichtet sich die deutsche Regierung, derjenigen Macht, an die deutsche Gebiete in Europa abgetreten werden, oder der Macht, die frühere deutsche Gebiete nach Artikel 22 Teil I (Völkerbundslösung) als Mandat veraltet, einen entsprechenden Anteil der von der Reichsregierung oder den Regierungen der deutschen Staaten oder von den unter ihrer Aufsicht tätigen öffentlichen oder privaten Körperschaften angesammelten Rücklagen abzutreten, die für den Dienst der gesamten sozialen und staatlichen Versicherungen in diesen Gebieten bestimmt sind.

Die Mächte, auf welche diese Gelder übertragen werden, sind gehalten, sie zur Erfüllung der aus den Versicherungen entstehenden Verpflichtungen zu verwenden.

Die Bedingungen dieser Übertragung werden durch besondere Übereinkommen zwischen der deutschen Regierung und den beteiligten Regierungen geregelt.

Falls diese besonderen Übereinkommen nicht nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags geschlossen sind, werden die Übertragungsbedingungen in jedem Einzelfall einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Ausschuß unterbreitet, von denen eines von der deutschen Regierung, eines von der anderen beteiligten Regierung und drei von dem Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes unter den Staatsangehörigen anderer Staaten ausgewählt werden. Dieser Ausschuß hat mit Stimmenmehrheit innerhalb einer Frist von drei Monaten nach seiner Bildung Vorschläge aufzustellen, die dem Rat des Völkerbundes zu unterbreiten sind; die Entscheidungen des Rates sind von Deutschland und von dem anderen beteiligten Land mit sofortiger Wirkung als endgültig anzusehen.

j. Allgemeine Bestimmungen

Die im Abstimmungsgebiete geltenden Bestimmungen, insbesondere die auf dem Gebiete des Bergbaues, der Industrie oder des Handels oder auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung bestehenden Vorschriften einschließlich der Überwachungsvorschriften, bleiben in dem an Polen fallenden Teile des Abstimmungsgebietes in Kraft, bis Polen auf diesem Gebiete Bestimmungen erlassen hat, die in seinem ganzen Lande zur Anwendung kommen und an die Stelle der bestehenden Vorschriften treten können. Hierbei versteht es sich jedoch, daß Polen das Recht haben wird, in der schlesisch-polnischen Zone die Änderungen einzuführen, die Deutschland auf seinem Gebiete zu treffen für gut befinden wird.

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 256 des Friedensvertrags werden diese beiden Länder alle Rechte und besonders die Konzessionen und Privilegien, die vor der Teilung von Privatpersonen und Gesellschaften oder anderen juristischen Personen erworben worden sind, auf dem ihnen zugeteilten Gebiet anerkennen und achten.

Polen wird auf die Dauer von 15 Jahren auf die Vorteile aus den Artikeln 92 und 297, betreffend die Enteignung von industriellen Anlagen, Bergwerken oder Lagerungen verzichten, außer wenn nach Ansicht der gemischten Kommission die Enteignung für die Aufrechterhaltung des Betriebs unumgänglich notwendig ist.

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und polnischen Regierung, die sich während eines Zeitraums von 15 Jahren über eine gesetzgeberische Maßnahme eines der beiden Länder ergeben, die den Betrieb von Gesellschaften oder industriellen und Handelsunternehmungen betrifft und in unbilliger Weise die Freiheit dieser Gesellschaften und Unternehmungen in bezug auf die Nationalität ihres Personals, ihrer Administratoren oder ihrer Kapitalien beeinträchtigt, können von der interessierten Regierung dem Völkerbundsrat überwiesen werden, dessen Entscheidung beide Regierungen anzunehmen sich verpflichten.

Die beiden Länder können alle Bestimmungen der Übergangsverwaltung im Einvernehmen miteinander ändern oder aufheben.

k. Nationalitätsrecht, Recht des Wohnsitzes und Schutz der Minderheiten in Oberschlesien

Die Fragen, die sich aus der Nationalität der Personen ergeben, die bei der endgültigen Zuteilung des oberschlesischen Gebiets in dem Polen zugesprochenen Teile ihren Wohnsitz haben, werden gemäß Artikel 91 des Friedensvertrags von Versailles und den Artikeln 3, 4, 5 und 6 des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reiche, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen anderseits geregelt.

Alle Personen, die zu derselben Zeit in diesem Teil des Gebiets ihren Wohnsitz haben und die gemäß Artikel 91 des Friedensvertrags von Versailles das Recht der Option für die deutsche Staatsangehörigkeit ausübt haben, ohne sich der Möglichkeit zu bilden, während der 12 Monate, die der Ausübung ihres Wahlrechts folgen, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, müssen ebenso wie die Personen, die

im § 2 des Artikel 91 des Friedensvertrags von Versailles erwähnt sind, das Recht haben, ihren Wohnsitz 15 Jahre lang vom Tage der endgültigen Zuteilung des Gebiets an gerechnet, in Polen zu behalten.

Die Polen deutscher Staatsangehörigkeit, die über 18 Jahre alt sind und am Tage der endgültigen Zuteilung des Gebiets ihren Wohnsitz in dem Deutschland zugesprochenen Teile haben, sind berechtigt, innerhalb der beiden folgenden Jahre gemäß Artikel 91 des Vertrags von Versailles für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren.

Die Polen, die zu dem gleichen Zeitpunkte ihren Wohnsitz in den Teilen Oberschlesiens haben, die endgültig Deutschland zuerkannt sind, müssen das Recht haben, ihren Wohnsitz in Deutschland 15 Jahre lang von diesem Zeitpunkt an gerechnet, zu behalten. Diese Regel muß auch auf die Polen deutscher Staatsangehörigkeit, die für die polnische Staatsangehörigkeit gemäß des Artikel 91 des Friedensvertrags von Versailles optiert haben, ebenso wie auf polnische Staatsangehörige, die nicht deutsche Reichsangehörige sind, Anwendung finden.

Der Vertrag über den Schutz der Minderheiten, der am 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reiche, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits abgeschlossen wurde, findet Anwendung auf den Teil Oberschlesiens, der endgültig Polen zuerkannt worden ist. Die Billigkeit ebenso wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Oberschlesien erfordert, daß die deutsche Regierung verpflichtet wird, mindestens für die Übergangszeit von 15 Jahren, vom Zeitpunkt der endgültigen Zuteilung des Gebiets an gerechnet, Bestimmungen entsprechend den Artikeln 1, 2, 7, 8, 9 (Abs. 1 und 2), 10, 11 und 12 des genannten Vertrags anzunehmen, soweit es sich um den Teil Oberschlesiens handelt, der endgültig Deutschland zuerkannt worden ist.

Die Bestimmungen des Abkommens, das zwischen der deutschen und der polnischen Regierung geschlossen wird, um die oben zum Ausdruck gebrachten Grundsätze in die Tat umzusehen, begründen sowohl für Deutschland als auch für Polen Verpflichtungen von internationaler Tragweite und werden daher in derselben Weise wie die Bestimmungen des Vertrags vom 28. Juni 1919 unter die Garantie des Völkerbundes gestellt.

Jede Einzel- oder Sammeleingabe von Bewohnern Oberschlesiens an den Völkerbundsrat wegen dieser Bestimmungen oder wegen der Ausführung der Bestimmungen des Vertrags vom 28. Juni 1919 wird, soweit diese Bestimmungen Leute betreffen, die einer nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, derjenigen Regierung eingeschickt werden, in deren Gebiet die Antragsteller ihren Wohnsitz haben. Diese Regierung ist verpflichtet, die Eingabe mit oder ohne Stellungnahme dem Völkerbundsrat zur Prüfung zu übersenden.

Für die Überwachung der Ausführung dieser Maßnahmen werden eingesetzt:

1. Eine gemischte Kommission für Oberschlesien, bestehend aus zwei Deutschen und zwei Polen, die aus Oberschlesien gebürtig sind, und aus einem Präsidenten fremder Nationalität, der von dem Völkerbundsrat bestimmt wird.

2. Ein Schiedsgericht zwecks Entscheidung aller Streitigkeiten privater Natur, die aus der Anwendung des obenerwähnten Abkommens sich ergeben können. Dieser Gerichtshof wird sich aus einem von der deutschen Regierung und einem von der polnischen Regierung ernannten Schiedsrichter zusammensezten. Der Völkerbundsrat wird gebeten werden, den Präsidenten dieses Gerichtshofs zu bestimmen. Alle Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung und die Auslegung des Abkommens müssen nach den Bestimmungen dieser Übereinkunft getroffen werden.

3. Die in dem Artikel 2 vorgesehene vertragliche Regelung wird durch einen deutschen und einen polnischen Bevollmächtigten unter dem Vorstz einer vom Völkerbundsrat bestimmten Persönlichkeit verhandelt werden, die bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien die Entscheidung fällt.

Die deutsche und die polnische Regierung werden aufgefordert, den alliierten Hauptmächten innerhalb acht Tagen nach der gegenwärtigen Entscheidung den Namen des Bevollmächtigten mitzuteilen, den jede von ihnen bezeichnet hat, um unter den oben benannten Bedingungen das Abkommen über die wirtschaftlichen Fragen und über den Schutz der Minderheiten zu verhandeln, das auf der Grundlage des Artikel 2 beschlossen werden soll. Sowie die Bevollmächtigten namhaft gemacht sind, wird der Präsident sie an einen ihm geeignet erscheinenden Ort laden.

4. Sobald die alliierten Hauptmächte der Ansicht sind, daß die Grenzkommission die im Artikel 1 beschriebene Grenze an Ort und Stelle hinreichend festgesetzt hat, und daß die im Artikel 3 vorgesehenen Verhandlungen zur Annahme einer vertraglichen Regelung nach Artikel 2 geführt haben, wird die Abstimmungskommission der deutschen und der polnischen Regierung die in den Absäzen 1 und 2 des § 6 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Vertrages vorgesehenen amtlichen Mitteilungen zugehen lassen.

5. Die deutsche und polnische Regierung werden aufgefordert, innerhalb der nächsten acht Tage ihre Delegierten für die in Artikel 2, 1 vorgesehene gemischte Kommission zu bestimmen. Die gemischte Kommission wird sogleich zusammengetreten, um der Interalliierten Kommission bei den Maßnahmen ihren Beistand zu leisten, die die Überleitung des augenblicklichen Zustandes in die Übergangsverwaltung vorbereiten sollen.

6. Die vorliegende Entscheidung wird der Abstimmungskommission wie auch der deutschen und polnischen Regierung offiziell mitgeteilt werden.

gez. Hardinge of Penshurst, Jules
Cambon, Bonin, R. Jishi.

Paris, den 20. Oktober 1921.

4.

Polnisches Verfassungsgesetz vom 15. Juli 1920, betreffend das organische Statut der Wojewodschaft Schlesien (Polnisches Autonomiegesetz).

Artikel 1

Die Wojewodschaft Schlesien wird sämtliche Polen zugesprochenen schlesischen Gebiete umfassen, sei es von Österreich-Schlesien, sei es auf Grund des Artikels 88 des Versailler Vertrages mit Deutschland vom 28. Juni 1919 (Reichs-Gesetzb. vom 26. April 1920, Nr. 35, Position 200).

Die Wojewodschaft Schlesien wird ein untrennbarer Bestandteil der polnischen Republik sein und autonome Rechte besitzen, entsprechend den Vorschriften des vorliegenden organischen Statuts.

Artikel 2

Die bisherigen Gesetze und Verordnungen, die am Tage der Inkrafttretung des vorliegenden Statuts innerhalb der Grenzen Schlesiens verpflichteten, bleiben weiter in Kraft, sofern sie nicht in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Statuts abgeändert werden.

Artikel 3

Alle Einwohner der Wojewodschaft Schlesien, die das Bürgerrecht der polnischen Republik besitzen, sind gleichberechtigt, und alle Ausnahmegesetze werden mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Statuts aufgehoben.

Artikel 4

Der Gesetzgebung des schlesischen Landtages sind folgende Angelegenheiten vorbehalten:

1. Die Gesetzgebung über den Gebrauch der polnischen und deutschen Sprache im Aufzuhilfendienst aller Zivilbehörden und Ämter im Gebiete Schlesiens,
2. die Gesetzgebung über die Verfassung der schlesischen Verwaltungsbehörden und über die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden sowie die verwaltungstechnische Einteilung Schlesiens,
3. die sanitäre Gesetzgebung im Bereich der öffentlichen Gesundheitspflege und der autonomen sanitären Einrichtungen mit Ausnahme der Vorschriften über die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten und der Tierseuchen,
4. die Gesetzgebung über die Organisation der Polizei und der Gendarmerie,
5. die Gesetzgebung über die Bau-, Wege-, Feuerpolizei und die Unterhaltung der Landwege,
6. die Gesetzgebung über das allgemeine Schulwesen sowie das Fachschulwesen aller Typen und Grade,
7. die Gesetzgebung über die konfessionellen Angelegenheiten unter Ausschluß der kirchlichen Angelegenheiten, die in den Bereich der auswärtigen Politik fallen (Konkordat),

8. die Gesetzgebung über die Armenpflege und die Bekämpfung der Bettelreihe und Landstreichelei,
 9. die Gesetzgebung in allen Angelegenheiten, deren Gegenstand die gesetzmäßige Berufsorganisation der Landwirtschaft, die Organisation des landwirtschaftlichen Kredits, die Zusammenlegung des Besitzes, die landwirtschaftliche Produktion und die Forstproduktion sowie die Bebauung und Urbarmachung der dafür bestimmten Flächen ist, wie z. B. das Forstwesen, die Jagd, der Fischfang, die Viehzucht, der Feldschutz (Feldpolizei) und die Ausrottung der landwirtschaftlichen und Forstschädlinge sind,
 10. die Gesetzgebung über die landwirtschaftlichen Meliorationen,
 11. die Wasserbaugesetzgebung einschließlich der Gesetzgebung über die Wasserbauten, mit Ausnahme der Gesetzgebung über die künstlichen Wasserwege sowie die Regulierung der schiffbaren und der Grenzflüsse,
 12. die Gesetzgebung über die Versorgung der schlesischen Bevölkerung mit elektrischer Kraft für private und öffentliche Zwecke,
 13. die Gesetzgebung für die Sekundärbahnen und Lokalbahnen sowie über den elektrischen und Motorverkehr,
 14. die Gesetze gegen den Wucher sowie die Gesetzgebung zur Bekämpfung der Spekulation auf jedem Gebiete (der Spekulation mit Immobilien, der Zusammensetzung von Waren, die Wohnungssfrage usw.),
 15. die Gesetzgebung über die gemeinnützigen Einrichtungen bzw. über die öffentlichen Arbeiten, die auf Kosten des schlesischen Schatzes ausgeführt werden sollen, sowie über die Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die aus dem schlesischen Schatz unterstützt werden sollen,
 16. die Festsetzung des alljährlichen schlesischen Haushalts und die Bestätigung der Rechnungsabschlüsse, die Einziehung der Wojewodschaftsanleihen, der Verkauf, der Tausch und die Belastung des unbeweglichen Wojewodschaftsvermögens und die Übernahme der finanziellen Garantie durch den schlesischen Schatz.
- Der öffentliche Verkauf von Renten und anderen schlesischen Wojewodschaftsobligationen kann außerhalb der Grenzen Schlesiens nur unter Zustimmung des Finanzministeriums stattfinden;
17. die Auferlegung von Steuern und öffentlichen schlesischen Abgaben entsprechend den Vorschriften des Gesetzes, die im Artikel 5 vorgesehen sind.

Artikel 5

Der Umfang der Angelegenheiten des schlesischen Landtages im Gebiete des Finanzwesens und insbesondere das Verhältnis des schlesischen Steuersystems zum Staatssteuersystem und das gegenseitige Verhältnis der Staatsfinanzverwaltung und der schlesischen Finanzverwaltung werden in gleichlautenden Gesetzen, einem Staatsgesetz und einem schlesischen Gesetze, festgelegt. Der Entwurf dieser Gesetze wird durch den Ministerrat im Einvernehmen mit dem Wojewodschaftsrat festgesetzt.

Bis zu dieser Zeit gelten im Gebiete der Wojewodschaft Schlesien:

1. Die Gesetze über Steuern und Leistungen, die in Schlesien am 1. Januar 1919 rechtsverbindlich gewesen sind,
2. die Gesetze über Steuern und Leistungen, die später durch die deutsche, preußische oder tschechische Regierung und die interalliierten Kommissionen eingeführt worden sind, sofern ihre Gültigkeit durch ein Gesetz des schlesischen Landtages aufrechterhalten wird,
3. die Gesetze über Zusatzsteuern zu den unmittelbaren Steuern, die für die Bedürfnisse der Wojewodschaft durch den schlesischen Landtag beschlossen worden sind und die ohne Zustimmung des Finanzministers 100 Prozent nicht überschreiten dürfen,
4. es werden endlich auch diese Steuern und Abgaben rechtsverbindlich sein, die durch Staatsgesetze im ganzen Gebiete der Republik einheitlich geregelt worden sind, und deren Gültigkeit sich auch auf das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien erstreckt. In diesem Falle treten diese Steuern auf Abgaben an die Stelle der ähnlichen Steuern und Abgaben, die vorher rechtsverbindlich gewesen sind.

Der schlesische Landtag wird berechtigt sein, die bisher in den schlesischen Gebieten erhobenen Steuern zu vereinheitlichen und diejenigen Systeme beizuhalten, die zur Zeit der Übernahme der Regierungsgewalt durch Polen in diesen Gebieten gegolten haben, soweit dies nicht dem oben angeführten Punkt 4 widersprechen sollte.

Die Einnahme aus den Steuern und Abgaben, die in Schlesien erhoben werden, wird in den schlesischen Schatz fließen, der auch die Steuerverwaltung führen wird.

Aus diesen Einnahmen gibt der schlesische Schatz für die allgemein staatlichen Bedürfnisse einen Teil ab, der der Einwohnerzahl und der Steuerkraft Schlesiens entspricht, und in der in der Beilage angegebenen Weise berechnet wird.

Den betreffenden Betrag stellt jedes Jahr der Ministerrat auf Grund von Anträgen des Wojewodschaftsrates fest und veröffentlicht seinen Beschluss so gleich mit einer ausführlichen Begründung.

Es ist jedes Jahr zu berechnen:

1. die Zivilbevölkerung der Wojewodschaft Schlesien = a,
2. die Zivilbevölkerung der polnischen Republik mit der Wojewodschaft Schlesien zusammen = b,
3. die Gesamteinnahmen des schlesischen Schatzes aus den in Schlesien erhobenen Steuern und Ab-

gaben, aber ohne die Einnahme aus der Zusatzsteuer (Punkt 3 Artikel 5) = c,

4. die Gesamteinnahme des Schatzes der Republik und des schlesischen Schatzes aus den Steuern und Abgaben aller Art (ohne Zusatzsteuer) = d,
5. der schlesische Schatz behält für seine eigenen Bedürfnisse einen Teil, der der

$$\frac{c}{2} + \left(\frac{d}{2} \cdot \frac{a}{b} \right) \text{ Formel}$$

gleichkommt,

6. der schlesische Schatz gibt für die allgemeinen Bedürfnisse des Staates einen Teil ab, der folgender Formel gleichkommt:

$$\frac{c}{2} - \left(\frac{d}{2} \cdot \frac{a}{b} \right).$$

Artikel 6

In allen für Schlesien nicht vorbehaltenen Angelegenheiten ist die schlesische Gesetzgebung zuständig, soweit die Wojewodschaft Schlesien ausdrücklich vom Wirkungsbereich des diesbezüglichen Staatsgesetzes ausgeschlossen ist.

Die schlesische Gesetzgebung wird jedoch immer zur Herausgabe von zivilrechtlichen und strafrechtlichen Vorschriften berechtigt sein in Angelegenheiten, die für die schlesische Gesetzgebung vorbehalten sind.

Artikel 7

Die Gesetzgebung über die Sozialversicherung und die Kriegsbeschädigtenfürsorge sowie die Kriegswitwen- und Kriegswaisenfürsorge ist so lange Sache des schlesischen Landtages, als die Gesetzgebung der Arbeiterklasse bzw. den Kriegsbeschädigten, den Kriegswitwen und den Kriegswaisen in der ganzen Republik Polen eine bessere oder wenigstens eine eben solche Fürsorge sichert, wie die in Schlesien geltenden Gesetze.

Artikel 8

Die Zustimmung des schlesischen Landtages erfordert:

1. jede quantitative Einschränkung der Produktion der schlesischen Unternehmen im Gebiete der Kohlenproduktion, des Hüttenwesens, der chemischen Erzeugnisse, des Zements und anderer Produktionszweige, in denen in Schlesien mindestens ebenso viele Arbeiter beschäftigt werden als in den diesbezüglichen Unternehmungen in anderen Teilstädten Polens zusammengenommen,
2. die Einführung von Produktionssteuern oder Monopolen für Kohle, Hüttenprodukte, chemische Erzeugnisse, Zement und andere Produktionszweige, die in Schlesien mindestens ebenso viele Arbeiter beschäftigen als die diesbezüglichen Unternehmungen in anderen Teilstädten Polens zusammengenommen.

Die Handelssteuer oder die Verbrauchssteuer wird nicht als Produktionssteuer angesehen.

Artikel 9

Die Einführung der polnischen Waluta als des einzigen gesetzmäßigen Zahlungsmittels in der Wojewodschaft Schlesien wird im Wege der Verständigung des Finanzministeriums mit dem Wojewodschaftsrat er-

folgen. In der oben angegebenen Weise wird die Art des Überganges zur polnischen Valuta festgesetzt, wobei die Vorschriften des Artikels 10 gelten werden.

Artikel 10

Die Geldwertzeichen in deutscher Valuta, die sich im Besitz der Bevölkerung der Wojewodschaft Schlesien befinden, werden nicht dem Zwangsanlauf zugunsten des Staatschates unterworfen sein, sie werden dagegen auf gleicher Stufe mit den anderen ausländischen Valuten behandelt werden und als solche zu den Transaktionen der Banken und Börsen zuge lassen werden.

Die Vorschriften des Artikels 2 des Gesetzes vom 20. November 1919 über die Valuta im Umfange des früheren preußischen Teilgebietes, nach der alle Verbindlichkeiten in deutscher Mark in polnischer Mark eingelöst werden sollen unter Einhaltung der gleichen nominellen Summe, finden in der Wojewodschaft Schlesien keine Anwendung.

Artikel 11

Die Vereinigung der Eisenbahnverwaltung im Gebiete der Wojewodschaft Schlesien mit der Staats eisenbahnverwaltung wird stufenweise im Einvernehmen der Regierung der Republik mit dem Wojewodschaftsrat bzw. mit dem vorläufigen Wojewodschaftsrat durchgeführt.

Artikel 12

Auf das Eigentum des schlesischen Schatzes geht das Eigentum des früheren Provinzialkommunalverbands von Schlesien über bzw. das Eigentum der Stiftungen und Institute, die sich unter der Oberverwaltung des Provinziallandtages und Provinzialausschusses befinden, sowie das Eigentum des früheren schlesischen Landesfonds und anderer Stiftungen und Institute, die sich unter der Oberverwaltung des Landtages und des Landesausschusses in Troppau (Opawa) befinden.

Artikel 13

Der erste schlesische Landtag wird in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher, geheimer und proportionaler Abstimmung gewählt. Auf je 25 000 Einwohner kommt ein Abgeordneter.

Die Einteilung in Wahlkreise wird vom Ministerrat auf Antrag des vorläufigen Wojewodschaftsrates festgesetzt. Die Wahlen zum schlesischen Landtag müssen spätestens 80 Tage nach der Übergabe des Landes durch die polnischen Behörden stattfinden.

Die Wahlen werden nach der bei den Wahlen zum Landtag der polnischen Republik gültigen Wahlordnung abgehalten, mit dem Vorbehalt, daß das aktive Wahlrecht jeder Person zusteht, die das polnische Bürgerrecht besitzt und am Tage der Übernahme des Landes durch die polnischen Behörden in Schlesien wohnt. Wenn mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Schlesiens manche Vorschriften dieser Wahlordnung keine Anwendung finden können, werden sie durch den Ministerrat auf Antrag des vorläufigen Wojewodschaftsrates durch andere Vorschriften ersetzt.

Artikel 14

Der schlesische Landtag wird ein Gesetz über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien beschließen.

Dieses Gesetz wird im einzelnen die Zusammensetzung des schlesischen Wojewodschaftslandtages, die

Wahlordnung und das Wahlrecht zu diesem Landtage, die Art und Weise des Beschließens und der Bekanntmachung der schlesischen Gesetze evtl. die Einführung des Volksreferendums, das Recht des Landtages auf Ausübung der Kontrolle über die Wirksamkeit des Wojewodschaftsrates, namentlich aber das Recht des Landtages auf Einbringung von Interpellationen an den Wojewoden und den Wojewodschaftsrat, das Recht des Landtages auf Veranstaltung von Enquêtes oder auf Entsendung von Sonderkommissionen im Bereiche der schlesischen Gesetzgebung und der schlesischen Verwaltung, die Zeitdauer der Mandate der wählbaren Mitglieder des Wojewodschaftsrates, den Verwaltungsbereich und die Verfassung der schlesischen Rechnungskammer und andere wichtigere Fragen der Verfassung des schlesischen Landtages, des Wojewodschaftsrates und seiner Verwaltungsabteilungen, des schlesischen Wojewodschaftsamtes und anderer schlesischer Einrichtungen bestimmen.

Artikel 15

Das Gesetz über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien wird in dem Staatsgesetzblatt der Republik und im schlesischen Gesetzblatt nach seiner Unterzeichnung durch das Staatsoberhaupt bekanntgegeben werden. Das Staatsoberhaupt kann seine Unterschrift verweigern, wenn das betreffende Gesetz die Vorschriften des vorliegenden Statuts verletzen sollte.

Der Beschuß des Staatsoberhauptes muß 45 Tage vom Tage der Zustellung des Gesetzes an erfolgen. Die Änderung des in dieser Weise veröffentlichten Gesetzes über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien kann unter Einhaltung der im vorliegenden Artikel aufgeführten Bedingungen erfolgen.

Artikel 16

Der Landtag prüft die Gültigkeit der Wahlen, wenn gegen diese kein Einspruch erfolgt. Über die Gültigkeit der Wahlen im Falle eines Einspruchs entscheidet ein Gericht, das durch ein schlesisches Gesetz bzw. hinsichtlich des ersten schlesischen Landtages durch den schlesischen Landtag eingesetzt wird.

Artikel 17

Die Mitglieder des schlesischen Landtages genießen dieselben Rechte der Abgeordnetenimmunität wie die Abgeordneten des Landtages der polnischen Republik.

Artikel 18

Die Abgeordneten erhalten Tagegelder in einer Höhe, die durch Landtagsbeschuß bestimmt wird. Außerdem steht ihnen das Recht der unentgeltlichen Fahrt auf den Eisenbahnen innerhalb Schlesiens zu.

Artikel 19

Niemand kann für einen der Wahrheit entsprechenden Bericht über eine öffentliche Landtagssitzung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 20

Der Landtag wählt aus sich heraus den Marschall und seine Vertreter. Die Geschäftsordnung des Landtages bestimmt die Rechte und Pflichten des Marschalls, die Wahl der Bizermarschälle und Schriftführer, die Art und Weise und die Zahl der Landtagskommissionen sowie die Art und die Ordnung der Landtagssitzungen.

Artikel 21

Das Staatsoberhaupt beruft den schlesischen Landtag ein, vertagt und schließt ihn. Der Landtag muß zur ersten Sitzung am dritten Dienstag nach dem Wahltag und jedes Jahr im September zu einer ordentlichen Sitzung einberufen werden. Diese Sitzung darf vor der Bewilligung des Haushalts weder vertagt noch geschlossen werden.

Artikel 22

Das Gesetz über die innere Verfassung der Wojewodschaft Schlesien wird die Wahlperiode des schlesischen Landtages bestimmen. Diese Periode darf nicht länger als fünf Jahre dauern, vom Gründungstage des Landtages an gerechnet.

Das Staatsoberhaupt kann den schlesischen Landtag auflösen, in diesem Falle muß es jedoch Neuwahlen ausschreiben, die im Laufe von 75 Tagen vom Auflösungstage ab stattfinden müssen.

Artikel 23

Die gesetzgebende Initiative im schlesischen Landtage steht im Auftrage der Regierung der Republik dem Wojewoden, dem Wojewodschaftsrat und den Landtagsabgeordneten gemäß den Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages zu.

Der Wojewode, der stellvertretende Wojewode, die Mitglieder des Wojewodschaftsrates sowie die durch die Genannten abgeordneten Beamten haben das Recht, im Landtage außer der Reihefolge der eingetragenen Redner zu sprechen. Dasselbe Recht steht dem Minister der Republik zu.

Die schlesischen Gesetze dürfen das vorliegende Statut nicht verletzen, ebensowenig die in dem Verfassungsgesetz der polnischen Republik verbürgten Bürgerrechte, ferner die Vorschriften internationaler in der polnischen Republik geltender Verträge, sowie die Vorschriften anderer Staatsgesetze, die in einem für die schlesische Gesetzgebung nicht vorbehalteten Gebiete Gültigkeit haben.

Artikel 24

Die obersten Verwaltungsorgane der Wojewodschaft Schlesien sind: der Wojewode und der Wojewodschaftsrat.

Artikel 25

Der Wojewodschaftsrat besteht aus dem schlesischen Wojewoden, aus seinen Stellvertretern und aus fünf Mitgliedern, die in proportionaler Abstimmung durch den schlesischen Landtag gewählt werden. Die Vorschriften über die Art und Weise der Wahl dieser Mitglieder wird der schlesische Landtag beschließen.

Den Wojewoden und seinen Stellvertreter ernennt das Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministerrates.

Das Staatsoberhaupt kann auf Antrag des Ministerrates den Wojewoden und seinen Stellvertreter mit Pensionsrecht von ihren Ämtern entbinden.

Artikel 26

Soweit die Staatsgesetze oder die schlesischen Gesetze hinsichtlich ihrer Kompetenzen nichts anderes vorschreiben, vereinigt der Wojewode in sich die Zuständigkeit des Oberpräsidenten der Regierung bzw. des Landpräsidenten.

Der Wojewode ernennt, verabschiedet und versetzt sämtliche niederen und mittleren Beamten der ihm unterstehenden Staatsbehörden in Schlesien und

schlägt dem Staatsoberhaupt durch den Ministerpräsidenten bzw. den diesbezüglichen Ministern, die Ernennung oder die Abberufung der höheren Beamten dieser Behörden vor.

Artikel 27

Der Wojewodschaftsrat genießt die ihm durch das vorliegende Gesetz sowie durch die späteren Staats- oder schlesischen Gesetze verliehenen Rechte, sowie diejenigen Rechte, die durch preußische Gesetze dem Provinzialausschuß verliehen sind.

Artikel 28

Soweit die schlesischen Gesetze nichts anderes vorschreiben, vertritt der Wojewodschaftsrat im ganzen Umfange der schlesischen Gesetzgebung das durch die bisherige Gesetzgebung für die Bestätigung der Verordnungen des Oberpräsidenten oder des Regierungspräsidenten vorgesehene Organ.

Artikel 29

Bis zum Erlaß der Gesetze durch den schlesischen Landtag wird der Wojewodschaftsrat unter Zustimmung des Wojewoden Übergangsvereinbarungen über die Anwendung der polnischen Sprache in den Behörden, Ämtern, Schulen usw. erlassen.

Artikel 30

Der Wojewodschaftsrat versteht bis zu einer anderweitigen Regelung der Angelegenheit durch ein Gesetz oder in dem in Artikel 39 vorgesehenen Wege die Funktionen des Regierungsausschusses, soweit er ein Verwaltungsgericht sein sollte, genügt die Anwesenheit von vier Mitgliedern des Rates und eines durch das Staatsoberhaupt ernannten Richters. In diesem Falle beteiligen sich der Wojewode und sein Stellvertreter nicht an dem Rate.

Artikel 31

Den Wojewodschaftsrat beruft der Wojewode ein; er muß ihn aber einberufen auf Verlangen von drei Mitgliedern des Rates. Der Rat entscheidet mit Stimmenmehrheit in Gegenwart von mindestens drei Mitgliedern, ohne den Wojewoden bzw. seinen Stellvertreter mitzurechnen.

Artikel 32

Dem Wojewoden steht das Recht zu, die Beschlüsse des Rates zu suspendieren, wenn sie sich gegen die Gesetze richten oder die Zuständigkeit des Rates überschreiten. In solchen Fällen übergibt der Wojewode die Sache dem obersten Gericht in Warschau.

Artikel 33

Die für die Staatsverwaltungsangelegenheiten bestimmten höheren Beamten des Wojewodschaftsrates, von Klasse 8 angefangen, ernennt das Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministerrates nach Anhörung des Wojewoden.

Diese Beamten versetzt das Staatsoberhaupt auf Antrag des Wojewoden; er kann sie aber im Laufe der ersten beiden Jahre seit der Übernahme des Landes durch Polen auf Antrag des Wojewodschaftsrates mit dem Recht auf Pension aus dem Amte entfernen.

A r t i k e l 34

Die schlesischen Beamten, Lehrer und Kommunalbeamten leisten den Diensteid nach der Eidesformel und in der für die Beamten der Republik vorgeschriebenen Art und Weise.

Die Mitglieder des Wojewodschaftsrates schwören, daß sie ihre Verpflichtungen gewissenhaft, in Übereinstimmung mit dem Gesetze und in der Absicht, der polnischen Republik zu dienen, erfüllen werden.

A r t i k e l 35

Alle Gerichte fällen ihre Urteile im Namen der polnischen Republik.

A r t i k e l 36

Der Justizminister wird im Einvernehmen mit dem Wojewodschaftsrat ein Appellationsgericht für die Wojewodschaft Schlesien bilden, seinen Sitz bestimmen und im Wege der Verordnung die Veränderungen des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes und des österreichischen Gesetzes über die Organisation der Gerichte einführen, sowie eine Änderung der Einführungsgesetze zu diesen Gesetzen, die zwecks einer vollen Loslösung der Gerichte von Deutschland und der Anpassung ihrer Verfassung an die in der polnischen Republik geltende Verfassung notwendig sind.

Soweit das Staatsgesetz nichts anderes vorschreibt, unterstehen:

1. Dem im Abschnitt 1 bezeichneten Appellationsgericht die Kompetenz des Appellationsgerichts in Breslau und des Kammergerichts in Berlin hinsichtlich der Gebiete von Preußisch-Schlesien sowie des Appellationsgerichts in Krakau und in Brünn hinsichtlich der Gebiete von Österreich-Schlesien.
2. Dem obersten Gericht in Warschau die Zuständigkeit des deutschen Reichsgerichts in Leipzig als Revisions- und Beschwerdeinstanz mit Ausnahme der Übertretungssachen, die durch die Anklageschrift nicht als Verbrechen gekennzeichnet werden. In diesen Sachen wird das in Abschnitt 1 bezeichnete Appellationsgericht die zuständige Instanz zur Entscheidung der gegen die Beschlüsse der Bezirksgerichte eingelegten Beschwerden oder Revisionen bzw. der durch sie als Gerichte der ersten Instanz gefallenen Urteile sein.
3. Dem obersten Gericht in Warschau die Zuständigkeit des obersten Gerichtes in Wien hinsichtlich der Gebiete Österreich-Schlesiens.

A r t i k e l 37

Die Aufsicht über alle ordentlichen Gerichte steht dem Justizminister zu.

A r t i k e l 38

Die Ernennung der Recht sprechenden Beamten erfolgt nach den in der polnischen Republik geltenden Grundlagen, und zwar in den ersten fünf Jahren nach Anhörung des Wojewoden.

A r t i k e l 39

Das schlesische Gesetz wird an Stelle der deutschen und preußischen bzw. der österreichischen Gerichte, die keine ordentlichen Gerichte sind, entsprechende Ver-

waltungsgerichte bis zur Vereinheitlichung der betreffenden Gesetzgebung für ganz Polen festsetzen.

Zwecks unverzüglicher Bildung des schlesischen Verwaltungstrials wird der vorläufige Wojewodschaftsrat entsprechende Übergangsvorschriften erlassen.

A r t i k e l 40

Vom Augenblick der Zuverkennung von Österreichisch-Schlesien an Polen bis zur Übernahme des Landes in Oberschlesien durch Polen wird in Österreichisch-Schlesien eine vorläufige Kommission regieren, die aus dem Regierungskommissar, seinem Stellvertreter und aus fünf durch den Ministerrat ernannten Mitgliedern bestehen wird. Den Kommissar und seinen Stellvertreter ernennt das Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministerrates.

Mit der Übernahme der Regierung in Oberschlesien durch die Republik werden die Verwaltung der Wojewodschaft Schlesien der auf Antrag des Ministerrates durch das Staatsoberhaupt ernannte Wojewode und sein Stellvertreter übernehmen sowie ein vorläufiger aus 20 Mitgliedern bestehender Wojewodschaftsrat, die durch den Ministerrat ernannt werden. Von diesen 20 Mitgliedern werden drei Viertel aus Oberschlesien und ein Viertel aus Österreichisch-Schlesien stammen. Die Ernennung erfolgt auf Antrag des Wojewoden unter Berücksichtigung der örtlichen Verwaltungsbedürfnisse sowie der wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse, sowohl der polnischen als auch der deutschen.

Die Tätigkeit des vorläufigen Wojewodschaftsrates hört mit dem Augenblick der Konstituierung des Wojewodschaftsrates auf, die spätestens zwei Wochen nach dem Zusammentreten des schlesischen Landtages erfolgen muß.

A r t i k e l 41

In den ersten zehn Jahren nach der Übernahme Schlesiens durch Polen darf die Ernennung sämtlicher Beamten, die nicht durch die schlesischen Behörden und Institutionen ernannt oder gewählt worden sind, nicht ohne Anhören des Wojewoden erfolgen.

A r t i k e l 42

Das vorliegende Verfassungsgesetz hebt alle bisherigen, seinen Beschlüssen widersprechenden Vorschriften auf.

A r t i k e l 43

Die Ausführung des vorliegenden Gesetzes wird dem Ministerpräsidenten übertragen.

A r t i k e l 44

Ein Gesetz, durch das das vorliegende Verfassungsgesetz abgeändert und die Rechte der schlesischen Gesetzgebung oder der schlesischen Selbstverwaltung eingeschränkt werden sollen (Artikel 1, 4 bis 12, 13 bis 33, 35 bis 42 und 44), erfordert die Zustimmung des schlesischen Landtages.

A r t i k e l 45

Das vorliegende Gesetz tritt mit dem Tage der Übernahme der Wojewodschaft Schlesien durch die polnische Republik in Kraft.

Der Ministerpräsident
Witos.

Der Marschall
Unterschrift:

5.

Verfassung der polnischen Republik vom 17. März 1921.

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Wir, das polnische Volk, danken der Vorsehung für die Befreiung aus einundehnhundertjähriger Knechtschaft und gedenken mit Dankbarkeit des Muts und der in opferreichem Kampf erprobten Ausdauer unserer Vorfahren, die ihre besten Kräfte ohne Unterlaß der Sache der Unabhängigkeit weihten. Anknüpfend an die glänzende Überlieferung der unvergeßlichen Konstitution vom 3. Mai — das Wohl des ganzen geeinigten und unabhängigen Vaterlandes vor Augen, und vom Wunsche besieelt, seine unabhängige Existenz, Macht und Sicherheit sowie die gesellschaftliche Ordnung nach den ewigen Grundsätzen des Rechtes und der Freiheit zu festigen und zugleich die Entwicklung aller seiner moralischen und materiellen Kräfte zum Wohle der gesamten wiederauferstehenden Bevölkerung zu gewährleisten, Gleichheit, Achtung der Arbeit, gehörige Gesetze und den besonderen Schutz des Staates allen Bürgern der Republik zu sichern — haben wir hiermit auf dem gesetzgebenden Landtag der polnischen Republik dies Verfassungsgesetz beschlossen und festgesetzt.

Teil I

Artikel 1

Der polnische Staat ist eine Republik.

Artikel 2

Die höchste Gewalt in der polnischen Republik gehört dem Volke. Die Organe des Volkes sind auf dem Gebiet der Gesetzgebung Sejm und Senat, auf dem Gebiet der vollziehenden Gewalt — der Präsident der Republik gemeinsam mit den verantwortlichen Ministern, auf dem Gebiet der Rechtsprechung — die unabhängigen Gerichte.

Teil II

Artikel 3

Der Bereich der staatlichen Gesetzgebung umfaßt die Festsetzung der gesamten öffentlichen und privaten Rechte und die Festsetzung der Art ihrer Durchführung.

Es gibt kein Gesetz ohne die in der reglementsmaßen Form zum Ausdruck gekommene Einwilligung des Sejm.

Ein vom Sejm beschlossenes Gesetz erhält bindende Kraft von dem in ihm selbst festgesetzten Zeitpunkt an.

Die polnische Republik baut ihre Organisation auf dem Grundsatz breiter territorialer Selbstverwaltung auf und überweist den Vertretungen dieser Selbstverwaltung einen eigenen, durch staatliche Gesetze näher zu begrenzenden Bereich der Gesetzgebung, insbesondere aus dem Gebiet der Verwaltung der Kultur und der Wirtschaft.

Obrigkeitliche Verordnungen (Rozporządzenia władzy), aus denen Rechte und Pflichten der Bürger

hervorgehen, haben bindende Kraft nur dann, wenn sie auf Grund gesetzlicher Ermächtigung und unter Berufung auf das Gesetz erlassen wurden.

Artikel 4

Ein Staatsgesetz setzt alljährlich den Staatshaushaltssplan für das nächste Jahr fest.

Artikel 5

Die Festsetzung des zahlenmäßigen Heeresbestandes (Präsenzstärke) und die Bewilligung der alljährlichen Rekrutenaushebung kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Artikel 6

Die Aufnahme einer Staatsanleihe, Veräußerung, Vertausch und Belastung unbeweglichen Staatseigentums, die Auflage von Steuern und öffentlichen Abgaben, die Einführung von Zöllen und Monopolen, die Festsetzung des Münzsystems sowie die Übernahme einer Finanzgarantie durch den Staat kann nur durch Gesetzes erfolgen.

Artikel 7

Die Regierung legt alljährlich den Rechnungsabschluß des Staatshaushalts zur parlamentarischen Bestätigung vor.

Artikel 8

Die Art der Ausführung der parlamentarischen Staatsschuldenkontrolle bestimmt ein besonderes Gesetz.

Artikel 9

Zur Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung in finanzieller Hinsicht, zur Prüfung der Rechnungsabschlüsse des Staates und zur alljährlichen Vorlage des Antrags an den Sejm auf Entlastung oder Nichtentlastung der Regierung ist die oberste Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli) berufen; diese stützt sich auf den Grundsatz der Kollegialität und richterlichen Unabhängigkeit ihrer Kollegiumsmitglieder, die nur durch einen mit Drei-Fünftel-Mehrheit der Stimmen gefassten Sejmabschluß ihres Amtes enthoben werden können. Die Organisation der obersten Kontrollkammer und die Art ihrer Wirksamkeit wird im einzelnen durch ein besonderes Gesetz bestimmt.

Der Präsident der obersten Kontrollkammer nimmt eine Stellung ein im Rang der Minister, tritt jedoch nicht in den Ministerrat ein; er ist für seine Amtsführung und die der ihm unterstellten Beamten dem Sejm unmittelbar verantwortlich.

Artikel 10

Das Recht der Gesetzesinitiative steht der Regierung und dem Sejm zu. Gesetzesanträge und Gesetzesentwürfe, die Ausgaben aus dem Staatsgeschäft zur Folge haben, müssen Angaben über die Art ihrer Verwendung und Deckung enthalten.

Artikel 11

Der Sejm setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die auf fünf Jahre, vom Tage der Eröffnung des Sejms an gerechnet, im allgemeinen, geheimen, unmittelbaren, gleichen Verhältniswahlverfahren gewählt werden.

Artikel 12

Das aktive Wahlrecht (prawo wybierania) hat jeder polnische Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der am Tage der Ausschreibung (ogłoszenie) der Wahlen das 21. Lebensjahr vollendet hat, im Besitz aller bürgerlichen Rechte ist und im Wahlbezirk mindestens seit dem Tage vor Ausschreibung der Wahlen im Gesetzblatt (Dziennik Ustaw) seinen Wohnsitz hat. Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Aktive Militärpersonen sind nicht wahlberechtigt.

Artikel 13

Das passive Wahlrecht (prawo wybieralności) hat jeder aktiv wahlberechtigte Bürger, aktive Militärpersonen nicht ausgenommen, ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz, sofern er das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Artikel 14

Vom Wahlrecht (prawo wybocze) dürfen diejenigen Bürger nicht Gebrauch machen, die verurteilt worden sind wegen Vergehen, die nach den Bestimmungen der Wahlordnung den zeitweisen oder dauernden Verlust des aktiven oder passiven Wahlrechts oder auch der Ausübung des Abgeordnetenmandats nach sich ziehen.

Artikel 15

Staatliche Verwaltungs-, Finanz- und Gerichtsbeamte sind nicht wählbar in den Bezirken, in denen sie ihren Dienst versehen. Diese Vorschrift betrifft nicht Beamte, die ihren Dienst bei Zentralbehörden versehen.

Artikel 16

Im Staats- oder Selbstverwaltungsdienst beschäftigte Personen erhalten mit dem Augeblick ihrer Wahl zum Abgeordneten für die Dauer ihres Abgeordnetenmandats Urlaub. Die in Ausübung ihres Abgeordnetenmandats verbrachten Jahre zählen zu den Dienstjahren.

Diese Vorschrift betrifft nicht Minister, Unterstaatssekretäre und Professoren der höheren Lehramtsanstalten (wyższe uczelnie, Hochschulen).

Artikel 17

Ein Abgeordneter verliert mit seiner Berufung zu einer besoldeten Stellung des Staatsdienstes sein Mandat. Diese Vorschrift betrifft nicht die Berufung eines Ministers, Unterstaatssekretärs oder Professors der höheren Lehramtsanstalten.

Artikel 18

Eine Wahlordnung wird die Art und Weise der Wahl der Sejmabgeordneten näher bestimmen.

Artikel 19

Der Sejm prüft die Gültigkeit der nichtbeanstandeten Wahlen. Über die Gültigkeit der beanstandeten Wahlen (Wahlproteste) entscheidet das oberste Gericht (Sąd Najwyższy).

Artikel 20

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Instruktionen ihrer Wähler nicht gebunden.

Die Abgeordneten legen in die Hand des Marschalls vor versammelter Kammer folgendes Gelöbnis ab:

»Ich gelobe feierlich als Sejmabgeordneter der polnischen Republik nach bestem Wissen und Gewissen ausschließlich zum Wohl des polnischen Staates als Ganzes redlich zu wirken.«

Artikel 21

Kein Abgeordneter darf wegen seiner in das Gebiet der Ausübung des Abgeordnetenmandates fallenden Tätigkeit im Sejm oder außerhalb desselben zur Verantwortung gezogen werden, weder für die Dauer seines Mandats noch nach dessen Erlöschen. Für seine Reden und Äußerungen sowie auch Kundgebungen im Sejm ist er nur dem Sejm gegenüber verantwortlich. Wegen Verletzung der Rechte dritter Personen darf er zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden, sofern die Gerichtsbehörde dazu die Einwilligung des Sejm erlangt.

Ein gegen einen Abgeordneten vor Erlangung des Abgeordnetenmandats eingeleitetes strafgerichtliches, verwaltungsstrafrechtliches oder Disziplinarverfahren ist auf Verlangen des Sejm bis zum Erlöschen des Mandats auszusehen.

Die Verjährung gegen einen Abgeordneten im Strafverfahren wird für die Dauer des Abgeordnetenmandats gehemmt.

Während der ganzen Dauer des Mandats darf ein Abgeordneter ohne Einwilligung des Sejm weder zur strafgerichtlichen, verwaltungsstrafrechtlichen oder disziplinaren Verantwortung gezogen noch in Haft genommen werden. Wird ein Abgeordneter bei Verübung eines gemeinen Verbrechens auf frischer Tat ergriffen und ist seine Festnahme zur Sicherung der Aburteilung bzw. zur Unschädlichmachung der Folgen des Vergehens durchaus erforderlich, so ist die Gerichtsbehörde verpflichtet, den Sejmmarschall davon unverzüglich zwecks Erlangung der Einwilligung des Sejms zur Inhaftierung und zur Fortsetzung des Strafverfahrens in Kenntnis zu setzen. Auf Verlangen des Marschalls muß der Festgenommene unverzüglich in Freiheit gesetzt werden.

Artikel 22

Kein Abgeordneter darf weder auf eigenen noch auf fremden Namen staatliche Güter kaufen oder pachten, öffentliche Lieferungen oder Regierungsarbeiten übernehmen oder von der Regierung Konzessionen oder andere persönliche Vorteile annehmen.

Auch darf kein Abgeordneter von der Regierung Auszeichnungen, mit Ausnahme von militärischen, erhalten.

Artikel 23

Ein Abgeordneter darf nicht verantwortlicher Redakteur sein.

Artikel 24

Die Abgeordneten erhalten Tagegelder in der durch Reglement bestimmten Höhe und haben das Recht zur unentgeltlichen Benutzung der staatlichen Verkehrsmittel für Reisen im gesamten Gebiet der Republik.

Artikel 25

Der Präsident der Republik kann den Sejm einberufen, er vertagt und schließt den Sejm und Senat.

Der Sejm muß einberufen werden zur ersten Sitzung auf den dritten Dienstag nach dem Wahltag und alljährlich spätestens im Oktober zu einer ordentlichen Tagung (Session) zwecks Beschlusfassung über den Staatshaushalt, die zahlenmäßige Stärke des Heeres und die Aushebung zum Heer sowie über andere laufende Sachen.

Der Präsident der Republik kann den Sejm jederzeit zu einer außerordentlichen Tagung nach eigenem Ermessen einberufen; er muß das tun auf Verlangen eines Drittels der Gesamtzahl der Abgeordneten, und zwar binnen zwei Wochen.

Andere Fälle, in denen sich der Sejm zu einer außerordentlichen Tagung versammelt, bestimmt die Verfassung.

Die Vertagung erfordert die Einwilligung des Sejm, wenn sie im Laufe derselben ordentlichen Tagung wiederholt werden soll, oder wenn die Unterbrechung länger dauern soll als 30 Tage.

Ist der Sejm im Oktober zur ordentlichen Tagung einberufen, so darf er vor Beschlusfassung über den Staatshaushalt nicht geschlossen werden.

Artikel 26

Der Sejm kann sich durch eigenen, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefassten Beschuß auflösen. Der Präsident der Republik kann den Sejm mit Einwilligung von drei Fünfteln der gesetzlichen Anzahl der Senatsmitglieder auflösen.

In beiden Fällen wird gleichzeitig selbsttätig der Senat aufgelöst.

Neuwahlen finden innerhalb von 90 Tagen vom Tage der Auflösung ab statt, der Wahltermin wird entweder im Sejmbeschuß oder in der Botschaft des Präsidenten über Auflösung des Sejm bestimmt.

Artikel 27

Die Abgeordneten üben ihre Rechte und Pflichten als solche persönlich aus.

Artikel 28

Der Sejm wählt aus seiner Mitte den Marschall, dessen Stellvertreter, die Schriftführer (sekretarze) und Ausschüsse (komisje).

Die Mandate des Marschalls und seiner Stellvertreter dauern über die Auflösung des Sejm hinaus bis zur Konstituierung des neuen Sejm.

Artikel 29

Die Art und Weise und Ordnung der Sejmberatungen, die Art und Anzahl der Ausschüsse, die Zahl der Vizemarschälle und Schriftführer, die Rechte und Pflichten des Marschalls regelt das Reglement des Sejm (Geschäftsordnung).

Der Marschall ernennt die Sejmbeamten, für deren Amtsführung er dem Sejm gegenüber verantwortlich ist.

Artikel 30

Die Sitzungen des Sejm sind öffentlich. Auf Antrag des Marschalls, des Regierungsvertreters oder von 30 Abgeordneten kann der Sejm die Öffentlichkeit ausschließen.

Artikel 31

Niemand darf wegen wahrheitsgetreuer Berichte über öffentliche Sitzungen des Sejm oder der Sejm-ausschüsse zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 32

Zur Rechtsgültigkeit der Beschlüsse ist gewöhnliche Stimmenmehrheit bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der gesetzlichen Gesamtzahl der Abgeordneten erforderlich, sofern die Verfassung nicht abweichende Bestimmungen enthält.

Artikel 33

Die Abgeordneten haben das Recht, sich mit Interpellationen in der durch das Reglement vorgeschriebenen Art an die Regierung oder an einzelne Minister zu wenden. Der Minister ist verpflichtet, mündlich oder schriftlich, spätestens binnen sechs Wochen Antwort zu erteilen oder das Ausbleiben einer sachlichen Antwort in einer begründeten Erklärung zu rechtfertigen. Auf Verlangen der Interpellanten muß die Antwort dem Sejm bekanntgegeben werden. Der Sejm kann die Antwort der Regierung zum Gegenstand der Besprechung und Beschlusfassung machen.

Artikel 34

Der Sejm kann zur Untersuchung besonderer Angelegenheiten außerordentliche Kommissionen aussondern und bestimmen mit dem Recht zur Vernehmung der interessierten Parteien und zur Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Den Tätigkeitsbereich und die Berechtigungen dieser Kommissionen setzt ein Sejm-beschluß fest.

Artikel 35

Jeder Gesetzentwurf, der vom Sejm angenommen ist, wird dem Senat zur Stellungnahme überwiesen. Erhebt der Senat nicht binnen 30 Tagen nach dem Tage des Empfangs des angenommenen Gesetzentwurfs gegen ihn Einwendungen, so ordnet der Präsident der Republik die Verkündung des Gesetzes an. Auf Antrag des Senats kann der Präsident der Republik die Verkündung des Gesetzes vor Ablauf der 30 Tage anordnen.

Beschließt der Senat, einen vom Sejm angenommenen Entwurf zu ändern oder zu verwirfen, so muß er dies dem Sejm binnen den obigen 30 Tagen ansagen und alsdann im Laufe der nächsten 30 Tage den Entwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen dem Sejm zurückstellen.

Nimmt der Sejm die vom Senat vorgeschlagene Änderung mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit an oder verwirft er sie mit einer Mehrheit von $\frac{1}{20}$ der Abstimmenden, so ordnet der Präsident der Republik die Verkündung des Gesetzes in dem durch den erneuten Beschuß des Sejm festgesetzten Wortlaut an.

Artikel 36

Der Senat besteht aus von den einzelnen Wojewodschaften im allgemeinen, geheimen, unmittelbaren, gleichen Verhältniswahlverfahren gewählten Mitgliedern. Jede Wojewodschaft bildet einen Wahlbezirk, wobei die Zahl der Senatsmandate ein Viertel der Zahl der auf die Einwohnerzahl entfallenden Sejm-mandate beträgt. Das aktive Wahlrecht zum Senat hat jeder Wähler zum Sejm, der am Tage der Aus-

schreibung der Wahlen das 30. Lebensjahr vollendet hat und an diesem Tage im Wahlbezirk mindestens seit Jahresfrist seinen Wohnsitz hat; es verlieren jedoch das Wahlrecht nicht die neu angefeindeten Kolonisten, die ihren früheren Wohnort unter Benutzung der Landreform verlassen haben; ebenso verlieren dies Recht nicht Arbeiter, die ihren Aufenthaltsort infolge Änderung der Arbeitsstätte gewechselt haben und Staatsbeamte, die dienstlich versetzt sind. Das passive Wahlrecht hat jeder Bürger, der das aktive Wahlrecht zum Senat besitzt, aktive Militärpersonen nicht ausgenommen, sofern er mit dem Tage der Ausschreibung der Wahlen das 40. Lebensjahr vollendet hat.

Die Wahlperiode des Senats beginnt und endigt mit der Wahlperiode des Sejms.

Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Sejm und des Senats sein.

Artikel 37

Die Bestimmungen der Artikel 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 27, 28, 29, 30, 31, 32 und 33 finden auf den Senat bzw. seine Mitglieder entsprechende Anwendung.

Artikel 38

Kein Gesetz darf mit dieser Verfassung im Widerspruch stehen, noch ihre Bestimmungen verlegen.

Teil III

Artikel 39

Der Präsident der Republik wird auf sieben Jahre von dem zur Nationalversammlung vereinigten Sejm und Senat mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Die Nationalversammlung beruft den Präsidenten der Republik im letzten Vierteljahr seiner siebenjährigen Amtsführung.

Erfolgt die Berufung nicht 30 Tage vor Ablauf der sieben Jahre, so vereinigen sich Sejm und Senat unmittelbar nach Gesetzes (z samego prawa) zur Nationalversammlung auf Einladung des Sejmmarschalls und unter seinem Vorsitz.

Artikel 40

Ist der Präsident der Republik nicht imstande, sein Amt zu führen, oder ist das Amt des Präsidenten der Republik infolge Todes, Verzichts oder aus einem anderen Anlaß verwaist, so vertritt ihn der Sejmarschall.

Artikel 41

Im Fall der Erledigung des Amtes des Präsidenten der Republik vereinigen sich Sejm und Senat sofort auf Einladung des Sejmarschalls und unter seinem Vorsitz unmittelbar nach Gesetzes (z samego prawa) zur Nationalversammlung auf Einladung des Präsidenten.

War der Sejm im Augenblick der Erledigung des Amtes des Präsidenten der Republik aufgelöst, so ordnet der Sejmarschall unverzüglich Neuwahlen zu Sejm und Senat an.

Artikel 42

Übt der Präsident der Republik drei Monate hindurch sein Amt nicht aus, so ruft der Marschall unverzüglich den Sejm zusammen und unterbreitet ihm einen Antrag zur Beschlusssfassung, ob das Amt des

Präsidenten der Republik als erledigt angesehen werden soll.

Der Beschuß, daß das Amt als erledigt angesehen wird, ergeht mit einer Mehrheit von Dreifünftel der Stimmen in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen, d. h. der durch die Wahlordnung festgesetzten Anzahl der Abgeordneten.

Artikel 43

Der Präsident der Republik übt die vollziehende Gewalt aus durch die dem Sejm verantwortlichen Minister und die diese unterstellten Beamten.

Jeder Beamte der Republik muß einem Minister unterstehen, der für dessen Tätigkeit dem Sejm gegenüber die Verantwortung trägt.

Die Ernennungen der Beamten der Zivilkanzlei des Präsidenten der Republik erfolgen unter Gegenzeichnung des Präsidenten des Ministerrates, der für deren Tätigkeit dem Sejm gegenüber verantwortlich ist.

Artikel 44

Der Präsident der Republik unterfertigt die Gesetze zusammen mit den verantwortlichen Ministern und ordnet die Verkündung im Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej (Gesetzblatt der Republik) an.

Der Präsident der Republik hat das Recht, zwecks Ausführung der Gesetze und unter Berufung auf gesetzliche Ermächtigung Ausführungsverordnungen, Verfügungen, Befehle und Verbote zu erlassen und die Durchführung der Gesetze durch Anwendung von Zwang zu sichern.

Das gleiche Recht steht in ihrem Zuständigkeitskreis auch den Ministern und den ihnen unterstellten Behörden zu.

Jeder Regierungsaft des Präsidenten der Republik erfordert zu seiner Gültigkeit die Unterschrift des Präsidenten des Ministerrates und des zuständigen Ministers, die durch die Unterzeichnung des Akts die Verantwortung für ihn übernehmen.

Artikel 45

Der Präsident der Republik ernennt und entläßt den Präsidenten des Ministerrates und auf dessen Antrag die Minister; auf Antrag des Ministerrates besetzt er die in den Gesetzen vorbehaltenen Zivil- und Militäramter.

Artikel 46

Der Präsident der Republik ist zugleich oberster Kriegsherr (zwierzchnik) der bewaffneten Macht des Staates, darf jedoch den Oberbefehl in Kriegszeiten nicht führen.

Den Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht des Staates im Kriegsfalle ernennt der Präsident der Republik auf durch den Kriegsminister vorzulegenden Antrag des Ministerrates, der für die mit der Kommandogewalt in Kriegszeiten verknüpften Akte wie auch für alle Angelegenheiten der Heeresleitung dem Sejm gegenüber die Verantwortung trägt.

Artikel 47

Das Recht des Erlasses und der Mildebung von Strafen sowie des Erlasses der Folgen einer strafgerichtlichen Verurteilung (Gnadenrecht) im Einzelfall steht dem Präsidenten der Republik zu.

Der Präsident darf dies Recht nicht in Anwendung bringen gegenüber Ministern, die, nachdem sie durch den Sejm in den Anklagezustand versetzt waren, verurteilt worden sind.

Amnestien dürfen nur im Wege der Gesetzgebung gewährt werden.

Artikel 48

Der Präsident der Republik vertritt den Staat nach außen, empfängt die diplomatischen Vertreter fremder Staaten und entsendet die diplomatischen Vertreter des polnischen Staates nach fremden Staaten.

Artikel 49

Der Präsident der Republik schließt Verträge mit fremden Staaten und bringt sie zur Kenntnis des Sejm.

Handels- und Zollverträge sowie Verträge, die den Staat finanziell dauernd belasten oder die Bürger verpflichtende Rechtsvorschriften enthalten oder auch eine Änderung der Grenzen des Staates herbeiführen, ebenso Bündnisse erfordern die Einwilligung des Sejm.

Artikel 50

Krieg erklären und Frieden schließen kann der Präsident nur nach vorgängiger Zustimmung des Sejm.

Artikel 51

Für seine amtlichen Handlungen ist der Präsident der Republik weder parlamentarisch noch zivil verantwortlich.

Wegen Landesverrats, Verfassungsbruchs oder wegen strafbarer Vergehen kann der Präsident der Republik nur durch den Sejm auf Grund eines mit einer Mehrheit von Dreifünftel der Stimmen bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten gefassten Beschlusses zur Verantwortung gezogen werden. Zur Verhandlung und Urteilsfällung in solchen Sachen ist das Staatstribunal (tribunal stann) nach den Bestimmungen eines besonderen Gesetzes berufen. Mit dem Augenblick der Versezung in den Anklagezustand durch das Staatstribunal ist der Präsident der Republik vom Amt suspendiert.

Artikel 52

Der Präsident der Republik erhält Bejöldung (Bivilliste, uposażenie) nach den Vorschriften eines besonderen Gesetzes.

Artikel 53

Der Präsident der Republik darf kein anderes Amt bekleiden noch auch dem Sejm oder Senat angehören.

Artikel 54

Vor Übernahme des Amtes leistet der Präsident der Republik in der Nationalversammlung folgenden Eid:

»Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Dreieinigen und gelobe Dir, polnisches Volk, im Amt eines Präsidenten der Republik, das ich übernehme: die Rechte der Republik und vor allem die Verfassungsgesetze heilig zu bewahren und zu schirmen; dem allgemeinen Wohl des Volkes mit allen Kräften treu zu dienen, alles Übel und Gefahr vom Staate wachsam abzuwenden; die Würde des polnischen Namens unentwieg zu schützen; Gerechtigkeit gegen alle Bürger ohne Unterschied als erste Tugend zu betrachten; den

Pflichten des Amtes und des Dienstes mich ganz und ungeteilt zu weihen. So wahr mir Gott helfe und seines Sohnes heilige Marter. Amen.«

Artikel 55

Die Minister bilden den Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten des Ministerrats.

Artikel 56

Der Ministerrat trägt solidarisch die konstitutionelle und parlamentarische Verantwortung für die allgemeine Richtung der Regierungspolitik.

Außerdem tragen sie die einzelnen Minister für sich, jeder in seinem Geschäftsbereich für seine Tätigkeit im Amt, und zwar gleichermaßen für die Übereinstimmung dieser Tätigkeit mit der Verfassung und den anderen Staatsgesetzen, für die Tätigkeit der unterstellten Organe und für die Richtung seiner Politik.

Artikel 57

In demselben Umfang tragen die Minister die Gesamt- bzw. Einzelverantwortung für Regierungsakte des Präsidenten der Republik.

Artikel 58

Zur parlamentarischen Verantwortung zieht der Sejm die Minister mit einfacher Mehrheit. Der Ministerrat und jeder einzelne Minister treten auf Verlangen des Sejm zurück.

Artikel 59

Die konstitutionelle Verantwortung der Minister und die Art ihrer Verwirklichung regelt ein besonderes Gesetz.

Der Beschluß, der einen Minister in den Anklagezustand versetzt, muß bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen gefasst sein.

Die Verhandlung und Urteilsfällung gebührt dem Staatstribunal. Ein Minister kann sich der konstitutionellen Verantwortung nicht durch Verzicht auf sein Amt entziehen. Mit dem Augenblick der Versezung in den Anklagezustand ist der Minister von seinem Amt suspendiert.

Artikel 60

Die Minister und die durch diese abgeordneten Beamten haben das Recht, an den Sejmssitzungen teilzunehmen und außerhalb der Rednerliste das Wort zu ergreifen; an den Abstimmungen können sie teilnehmen, sofern sie Abgeordnete sind.

Artikel 61

Die Minister dürfen kein anderes Amt bekleiden, auch nicht im Vorstand oder in Aufsichtsorganen auf Gewinn berechneter Gesellschaften und Institutionen sitzen.

Artikel 62

Soweit das Amt eines Ministers von einem einstweiligen Leiter des Ministeriums verwaltet wird, finden alle Vorschriften über das Ministeramt auch auf diesen Anwendung.

Der Präsident des Ministerrats überträgt im Bedarfssalle seine Vertretung einem der Minister.

Artikel 63

Die Anzahl, den Tätigkeitsbereich und das gegenseitige Verhältnis der Minister zueinander sowie die Zuständigkeit des Ministerrats, regelt ein besonderes Gesetz.

Artikel 64

Das Staatstribunal setzt sich zusammen aus dem ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs (Sad najwyższy) als Vorsitzenden und aus zwölf Mitgliedern, die zu acht vom Sejm, zu vier vom Senat außerhalb des Kreises dieser Körperschaften gewählt werden.

Wählbar zu Mitgliedern des Staatstribunals sind Personen, die kein Staatsamt bekleiden und im Besitz der Bürgerrechte sind.

Die Wahl der Mitglieder zum Staatstribunal nehmen Sejm und Senat sofort nach Konstituierung für die ganze Wahlperiode des Sejm vor.

Artikel 65

Zu Verwaltungszwecken wird der polnische Staat im Wege der Gesetzgebung in Wojewodschaften, Kreise und städtische und ländliche Gemeinden eingeteilt; diese bilden gleichzeitig die Einheiten der territorialen Selbstverwaltung.

Die Selbstverwaltungseinheiten können sich zur Durchführung der in den Aufgabenkreis der Selbstverwaltung fallenden Aufgaben zu Verbänden zusammenschließen.

Öffentlich rechtlichen Charakter können solche Verbände nur auf Grund eines besonderen Gesetzes erlangen.

Artikel 66

Bei Organisation der staatlichen Verwaltung wird der Grundsatz der Dezentralisation bei möglichster Zusammenfassung der Organe der staatlichen Verwaltung in den einzelnen territorialen Einheiten zu einer Behörde unter einem Vorgesetzten sowie der Grundsatz der Beteiligung der durch Wahl dazu zu berufenden Bürger an der Durchführung der Aufgaben dieser Behörden in den gesetzlich bezeichneten Grenzen befolgt werden.

Artikel 67

Das Recht der Beschlussfassung in Angelegenheiten, die zum Tätigkeitsbereich der Selbstverwaltung gehören, steht aus Wahlen hervorgehenden Räten zu. Die ausführenden Tätigkeiten der wojewodschaftlichen und Kreis-Selbstverwaltung stehen Organen zu, die nach dem Grundsatz gebildet werden, daß durch die Vertretungskörperschaften gewählte Kollegien mit den Vertretern der staatlichen Verwaltungsbehörden unter deren Vorsitz zusammenwirken.

Artikel 68

Neben der territorialen Selbstverwaltung schafft ein besonderes Gesetz eine wirtschaftliche Selbstverwaltung für die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens, insbesondere: Landwirtschafts-, Handels-, Gewerbe-, Handwerker-, Lohnarbeitskammern und andere Institutionen, die zu einer obersten Wirtschaftskammer der Republik zusammengefaßt werden und deren Zusammenarbeiten mit den staatlichen Behörden bei der Leitung des Wirtschaftslebens und auf dem Gebiet der gesetzgeberischen Entwürfe gesetzlich geregelt wird.

Artikel 69

Die Einnahmequellen des Staats und der Selbstverwaltungsverbände werden durch Gesetze genau abgegrenzt.

Artikel 70

Der Staat wird die Aufsicht über die Tätigkeit der Selbstverwaltung durch Selbstverwaltungsausschüsse höherer Ordnung ausüben; diese Aufsicht können jedoch die Gesetze teilweise der Verwaltungsgerichtsbarkeit überweisen.

Die Fälle, in denen die Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane ausnahmsweise der Bestätigung durch Selbstverwaltungsorgane höherer Ordnung oder durch Ministerien bedürfen, werden durch die Gesetze bezeichnet.

Artikel 71

Berufung gegen Bescheide der Organe der Regierung sowohl wie der Selbstverwaltung soll nur an eine höhere Instanz zulässig sein, sofern die Gesetze in dieser Hinsicht nicht Ausnahmen vorsehen.

Artikel 72

Die Gesetze führen den Grundsatz durch, daß gegen erstinstanzliche Strafbescheide der Verwaltungsbehörden den Parteien das Recht der Berufung an das ordentliche Gericht zusteht.

Artikel 73

Zur Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit von Verwaltungsakten im Bereich der Regierungs- wie der Selbstverwaltung wird durch besonderes Gesetz eine Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt, die sich in ihrer Organisation auf das Zusammenwirken von Laien- und richterlichen Faktoren stützt, mit einem Obersten Verwaltungstribunal an der Spitze.

Teil IV**Artikel 74**

Die Gerichte walten des Rechts im Namen der polnischen Republik.

Artikel 75

Verfassung, Zuständigkeit und Verfahrensart aller Gerichte werden im Wege der Gesetzgebung geregelt.

Artikel 76

Die Richter ernennt der Präsident der Republik, sofern nicht das Gesetz abweichende Bestimmungen enthält, jedoch werden die Friedensrichter in der Regel von der Bevölkerung gewählt.

Das Richteramt kann nur von einer Person übernommen werden, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Artikel 77

Die Richter sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes unabhängig und nur den Gesetzen unterworfen.

Gerichtliche Entscheidungen dürfen weder durch die gesetzgebende noch durch die ausführende Gewalt umgestoßen werden.

Artikel 78

Ein Richter kann gegen seinen Willen nur durch richterlicher Entscheidung und nur in den gesetzlich bestimmten Fällen dauernd oder zeitweise seines Amtes entthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden.

Diese Vorschrift berührt nicht den Fall, daß die Versezung des Richters an eine andere Stelle oder in den Ruhestand durch eine im Wege des Gesetzes verfügte Veränderung der Organisation der Gerichte hervorgerufen ist.

Artikel 79

Richter dürfen ohne vorgängige Einwilligung des im Gesetz anzugebenden Gerichts nicht zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen oder in Haft genommen werden, sofern sie nicht auf frischer Tat ergriffen sind, aber auch in diesem Falle kann das Gericht die unverzügliche Haftentlassung verlangen.

Artikel 80

Die Sonderstellung der Richter, ihre Rechte, Pflichten und Besoldung regelt ein besonderes Gesetz.

Artikel 81

Die Gerichte sind nicht berechtigt, die Gültigkeit gehörig verkündeter Gesetze zu prüfen.

Artikel 82

Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gericht sind sowohl in Zivil- wie in Strafsachen öffentlich, sofern die Gesetze in dieser Hinsicht keine Ausnahmen vorsehen.

Artikel 83

Zur Rechtsprechung über mit schwereren Strafen bedrohte Verbrechen und über politische Verbrechen werden Schwurgerichte (Sądy przysięgły) eingerichtet werden. Die der Zuständigkeit der Schwurgerichte unterliegenden Handlungen, die Organisation dieser Gerichte und den Verfahrenszug bestimmen besondere Gesetze.

Artikel 84

Es wird ein oberstes Gericht (Sąd Najwyższy) für zivil- und strafgerichtliche Sachen gebildet.

Artikel 85

Die Verfassung der Militärgerichte, ihre Zuständigkeit und Verfahrensart, die Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Gerichte bestimmen besondere Gesetze.

Artikel 86

Zur Entscheidung von Streitigkeiten über Zuständigkeit zwischen Verwaltungsbehörden und Gerichten wird durch Gesetz ein besonderer Kompetenzgerichtshof (trybunał kompetencyjny) eingesetzt.

Teil V

Artikel 87

Ein polnischer Bürger darf nicht gleichzeitig Angehöriger eines fremden Staates sein.

Artikel 88

Das polnische Bürgerrecht wird erworben:

- durch Geburt von Eltern, die das polnische Bürgerrecht besitzen,
- durch Verleihung des Bürgerrechts seitens der dazu berufenen Staatsbehörde.

Weitere Bestimmungen hinsichtlich des polnischen Bürgerrechts, seines Erwerbs und Verlusts treffen besondere Gesetze.

Artikel 89

Erste Bürgerpflicht ist Treue gegenüber der polnischen Republik.

Artikel 90

Jeder Bürger hat die Pflicht, die Verfassung des Staats und die andern geltenden Gesetze und Verordnungen der Staats- und Selbstverwaltungsbehörden zu ehren und zu beachten.

Artikel 91

Alle Bürger sind zum Heeresdienst verpflichtet. Die Art und Weise, die Einrichtung und Dauer des Dienstes, die Befreiung von dieser Pflicht und sämtliche Leistungen für Heereszwecke werden im Wege der Gesetzgebung bestimmt.

Artikel 92

Alle Bürger haben die Pflicht, sämtliche durch Gesetz auferlegten Lasten und öffentlichen Leistungen zu tragen.

Artikel 93

Alle Bürger sind verpflichtet, die rechtmäßige Gewalt zu achten und ihr die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern sowie gewissenhaft die öffentlichen Pflichten zu erfüllen, zu denen sie das Volk oder die zuständige Behörde aufruft.

Artikel 94

Die Bürger haben die Pflicht, ihre Kinder zu rechten Bürgern des Vaterlandes zu erziehen und ihnen zum mindesten die Elementarbildung angedeihen zu lassen.

Diese Pflicht wird durch besonderes Gesetz näher geregelt.

Artikel 95

Die polnische Republik sichert auf ihrem Gebiet allen ohne Unterschied der Herkunft, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums zu.

Ausländer genießen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit gleiche Rechte mit den Bürgern des polnischen Staates und haben die gleichen Pflichten wie diese, sofern nicht die Gesetze ausdrücklich das polnische Bürgerrecht erfordern.

Artikel 96

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Die öffentlichen Ämter sind zu den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen in gleichem Maße allen zugänglich.

Die polnische Republik erkennt Geburts- oder Standesprivilegien nicht an, ebenso wenig Wappen, Geburtsstittel und andere mit Ausnahme von wissenschaftlichen, Amts- und Berufstiteln. Die Bürger der Republik dürfen ohne Genehmigung des Präsidenten der Republik fremdländische Titel und Orden nicht annehmen.

Artikel 97

Beschränkungen der persönlichen Freiheit, insbesondere persönliche Durchsuchung und Verhaftung, sind nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen und in der durch die Gesetze bestimmten Art auf Grund von Verfügungen der Gerichtsbehörden zulässig.

Sollte die gerichtliche Verfügung nicht sofort erlassen werden, so muß sie spätestens binnen 48 Stunden unter Angabe der Gründe der Durchsuchung oder Verhaftung zugestellt werden.

Verhaftete, denen nicht binnen 48 Stunden die Gründe der Verhaftung schriftlich unter Unterschrift

der Gerichtsbehörden angegeben worden sind, erlangen unverzüglich die Freiheit zurück.

Die Gesetze bestimmen die Zwangsmittel, die den Verwaltungsbehörden zur Durchführung ihrer Anordnungen zustehen.

Artikel 98

Niemand darf seinem gesetzmäßigen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sind nur in den Fällen statthaft, die in vor Verübung der Strafstat erlassenen Gesetzen bestimmt sind. Strafverfolgung eines Bürgers und Verurteilung ist nur auf Grund eines gültigen Gesetzes zulässig. Strafen, die mit körperlichen Peinigungen verbunden sind, sind unzulässig, und niemand darf solchen Strafen unterworfen werden.

Kein Gesetz darf einem Bürger den Gerichtsweg zur Untersuchung von Unrecht und Schädigung verschließen.

Artikel 99

Die polnische Republik erkennt jegliches Eigentum, sei es das persönliche der einzelnen Bürger, sei es das Gesamteigentum von Vereinigungen von Bürgern, von Anstalten, von Selbstverwaltungskörpern und schließlich das des Staates selbst als eine der wichtigsten Grundlagen des gesellschaftlichen Aufbaus und der Rechtsordnung an und verbürgt allen Bewohnern, Anstalten oder Gemeinschaften den Schutz ihres Besitzes; sie lässt nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen eine Aushebung (Enteignung) oder Beschränkung des Eigentums, sei es des persönlichen (Einzel-) oder Gesamteigentums, aus Rücksichten des höheren Nutzens gegen Entschädigung zu. Nur das Gesetz kann bestimmen, welche Güter und in welchem Umfange sie mit Rücksicht auf den allgemeinen Nutzen ausschließlich Eigentum des Staates bilden sollen, und inwiefern die Rechte der Bürger und ihrer rechtlich anerkannten Vereinigungen auf freie Nutzung von Land, Gewässern, Mineralien und anderen Naturschlägen aus öffentlichen Rücksichten einer Beschränkung unterliegen dürfen.

Der Boden als einer der wichtigsten Faktoren des völkischen und staatlichen Lebens darf nicht Gegenstand eines unbeschränkten Handels sein. Gesetze regeln das dem Staat zustehende Recht auf zwangsweisen Ankauf von Land sowie den Handel mit Land unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß die Agrarverfassung der polnischen Republik sich auf zur ordnungsmäßigen (rationellen) Produktion fähige und persönliches Eigentum bildende Landwirtschaften stützen soll.

Artikel 100

Die Wohnung des Bürgers ist unantastbar. Die Verlezung dieses Rechts durch Eindringen in die Wohnung, Haussuchung, Beschlagnahme von Papieren oder beweglichen Sachen darf — abgesehen von der Notwendigkeit der Durchführung von Verwaltungsanordnungen, die sich auf eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung stützen — nur erfolgen auf Verfügung der Gerichtsbehörden in der Form und in den Fällen, die das Gesetz vorsieht.

Artikel 101

Jeder Bürger ist frei, sich seinen Wohnsitz und Aufenthaltsort im Staatsgebiet zu wählen, zu verziehen und auszumwandern, er ist nicht minder frei in der

Wahl seines Berufs und Erwerbs sowie in der Übertragung seines Eigentums.

Eine Beschränkung dieser Rechte kann nur durch Gesetz eingeführt werden.

Artikel 102

Die Arbeit als Hauptgrundlage des Reichtums der Republik, soll unter dem besonderen Schutz des Staates stehen.

Jeder Bürger hat ein Recht auf staatlichen Schutz seiner Arbeit und im Falle der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Unfalls und der Arbeitsuntauglichkeit auf soziale Versicherung, die ein besonderes Gesetz festlegt.

Der Staat hat die Pflicht, auch moralische Fürsorge und die Trostungen der Religion den Bürgern angedeihen zu lassen, deren er sich in öffentlichen Anstalten, wie Erziehungsanstalten, Kasernen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Asylen unmittelbar annimmt.

Artikel 103

Kinder ohne hinreichende elterliche Fürsorge, die hinsichtlich ihrer Erziehung verwahrlost sind, haben ein Anrecht auf staatlichen Schutz und Hilfe in dem gesetzlich bestimmten Umfange.

Die Entziehung der elterlichen Gewalt über ein Kind kann nur im Wege gerichtlicher Entscheidung erfolgen.

Besondere Gesetze regeln den Mutterschaftsschutz.

Die Erwerbsarbeit der Kinder unter 15 Jahren, die Nacharbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter ist für sie gesundheitsschädlichen Gewerbezweigen ist verboten.

Die ständige Beschäftigung von Kindern im schulpflichtigen Alter mit Erwerbsarbeit ist verboten.

Artikel 104

Jeder Bürger hat das Recht, seine Gedanken und Überzeugungen frei auszudrücken, sofern dadurch nicht Rechtsvorschriften verletzt werden.

Artikel 105

Die Freiheit der Presse wird gewährleistet. Die Zensur oder ein Konzessionssystem für die Herausgabe von Druckschriften darf nicht eingeführt werden. Den inländischen Zeitungsverlegern und Druckwerken darf das Postdebit nicht entzogen, noch ihre Verbrennung im Gebiet der Republik beschränkt werden.

Ein besonderes Gesetz regelt die Verantwortung wegen Missbrauchs dieser Freiheit.

Artikel 106

Das Brief- und Korrespondenzgeheimnis darf nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen verletzt werden.

Artikel 107

Die Bürger haben das Recht, einzeln oder gemeinsam Petitionen an alle repräsentativen Körperschaften und öffentlichen Staats- und Selbstverwaltungsbhörden zu richten.

Artikel 108

Die Bürger haben das Recht, sich zu organisieren (Koalitionsfreiheit), sich zu versammeln und sich zu Gesellschaften und Vereinen zu vereinigen.

Die Ausführung dieser Rechte regeln die Gesetze.

Artikel 109

Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen.

Besondere staatliche Gesetze sichern den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich-rechtlichen Charakters im Umfang (w obrebie) der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung.

Der Staat wird hinsichtlich ihrer Tätigkeit das Recht der Kontrolle und der Ergänzung ihrer finanziellen Mittel im Fall der Bedürftigkeit haben.

Artikel 110

Die polnischen Bürger, die zu nationalen, konfessionellen oder sprachlichen Minderheiten gehören, haben in gleicher Weise wie die anderen Bürger das Recht zur Gründung, Beaufsichtigung und Verwaltung von Wohltätigkeits-, religiösen und sozialen Anstalten, Schulen und anderen Erziehungsanstalten auf ihre eigenen Kosten sowie zum freien Gebrauch ihrer Sprache und zur freien Religionsübung in diesen.

Artikel 111

Allen Bürgern wird Gewissens- und Bekenntnisfreiheit verbürgt. Kein Bürger darf wegen seines Bekenntnisses und seiner religiösen Überzeugungen in den den anderen Bürgern zustehenden Rechten beschränkt werden.

Alle Einwohner des polnischen Staates haben das Recht, sowohl öffentlich wie privat ihren Glauben frei zu bekennen und die Vorschriften ihrer Religion oder ihres Ritus zu üben, sofern das nicht gegen die öffentliche Ordnung und die guten Sitten verstößt.

Artikel 112

Die Freiheit des Bekenntnisses darf nicht in einer Art ausgeübt werden, die gegen die Gesetze verstößt. Niemand darf sich der Erfüllung der öffentlichen Pflichten unter Verufung auf seine religiösen Überzeugungen entziehen. Niemand darf zur Teilnahme an religiösen Handlungen und Gebräuchen gezwungen werden, sofern er nicht der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt untersteht.

Artikel 113

Jeder vom Staat anerkannte Religionsverband hat das Recht, gemeinsame und öffentliche Gottesdienste abzuhalten, kann selbständig seine inneren Angelegenheiten regeln, bewegliches und unbewegliches Eigentum besitzen und erwerben, es verwalten und darüber verfügen; er bleibt im Besitz und Genusse seiner Stiftungen und Fonds, ebenso seiner Anstalten für religiöse, Lehr- und Wohltätigkeitszwecke. Kein Religionsverband darf jedoch im Gegensatz zu den Gesetzen des Staates stehen.

Artikel 114

Das römisch-katholische Bekenntnis als die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes nimmt im Staat die Hauptposition unter den gleichberechtigten Bekenntnissen ein.

Die römisch-katholische Kirche regiert sich nach eigenen Gesetzen. Das Verhältnis des Staates zur Kirche wird auf der Grundlage eines Abkommens mit dem apostolischen Stuhl festgestellt, das der Ratifikation durch den Sejm unterliegt.

Artikel 115

Die Kirchen der religiösen Minderheiten und die anderen rechtlich anerkannten Religionsverbände regieren sich nach eigenen Gesetzen, denen der Staat die Anerkennung nicht versagen wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.

Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf gesetzlichem Wege nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen festgesetzt.

Artikel 116

Die Anerkennung eines neuen oder bisher noch nicht rechtlich anerkannten Bekenntnisses wird Religionsverbänden, deren Einrichtung, Lehre und Verfassung nicht gegen die öffentliche Ordnung und die guten Sitten verstößt, nicht versagt werden.

Artikel 117

Die wissenschaftliche Forschung und die Verkündung ihrer Ergebnisse sind frei. Jeder Bürger hat das Recht, zu unterrichten, Schulen oder Erziehungsanstalten zu gründen und zu leiten, sofern er bezüglich Lehrbefähigung, Sicherheit der ihm anvertrauten Kinder und sein loyales Verhalten zum Staat den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen genügt.

Sämtliche Schulen und Erziehungsanstalten, öffentliche wie private, unterstehen der Aufsicht der Staatsbehörden in dem durch die Gesetze bezeichneten Umfange.

Artikel 118

Im Rahmen der allgemeinen Schule (Volksschule) ist der Unterricht obligatorisch für alle Staatsbürger. Zeit, Umfang und Art dieser Schulpflicht bestimmt ein Gesetz.

Artikel 119

Der Unterricht in den Staats- und Kommunschulen ist unentgeltlich.

Hervorragend befähigten, aber minderbemittelten Schülern sichert der Staat Stipendien zum Besuch von Mittel- und höheren Anstalten (zaklady średnie i wyższe) zu.

Artikel 120

In jeder Lehranstalt, deren Lehrplan die Ausbildung der Jugend unter 18 Jahren umfasst und die ganz oder teilweise durch den Staat oder Selbstverwaltungskörper unterhalten wird, ist der Religionsunterricht für alle Schüler obligatorisch. Die Leitung oder Aufsicht über den Religionsunterricht in den Schulen steht dem betreffenden Religionsverband zu, vorbehaltlich des Oberaufsichtsrechts der staatlichen Schulbehörden.

Artikel 121

Jeder Bürger hat das Recht, für Schäden, die ihm Organe der bürgerlichen oder militärischen Staatsgewalt durch eine mit dem Gesetz oder den Dienstpflichten unverträgliche amtliche Tätigkeit zugefügt haben, Entschädigung zu verlangen. Verantwortlich

für den Schaden ist der Staat solidarisch mit den schuldigen Organen; die Anstrengung der Klage gegen den Staat und gegen die Beamten ist nicht abhängig von der Genehmigung einer öffentlichen Behörde. Die gleiche Verantwortung trifft Gemeinden und andere Selbstverwaltungskörpernchaften sowie deren Organe.

Die Durchführung dieser Bestimmung regeln besondere Gesetze.

Artikel 122

Die Bestimmungen über die Bürgerrechte finden auch auf Personen Anwendung, die zur bewaffneten Macht gehören. Ausnahmen von diesem Grundsatz bestimmen besondere Militärgesetze.

Artikel 123

Die bewaffnete Macht darf nur auf Anforderung der Zivilbehörde unter genauer Beachtung der Gesetze zur Hilfseistung bei der Unterdrückung von Unruhen oder zur zwangsweisen Durchführung von Rechtsvorschriften herangezogen werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur Kraft des Gesetzes über den Ausnahme- und Kriegszustand zulässig.

Artikel 124

Die zeitweilige Außerkraftsetzung folgender Bürgerrechte: persönliche Freiheit (Artikel 97), Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 100), Pressefreiheit (Artikel 105), Briefgeheimnis (Artikel 106), Koalitions-, Vereins- und Versammlungsfreiheit (Artikel 108), kann für das ganze Staatsgebiet oder für einzelne Ortschaften angeordnet werden, in welchen es die allgemeine Sicherheit erfordert.

Eine derartige Außerkraftsetzung kann nur der Ministerrat unter Zustimmung des Präsidenten der Republik während des Krieges oder bei drohender Kriegsgefahr oder während innerer Unruhen oder bei ausgedehnten landesverräterischen Verschwörungen, die die Verfassung des Staates oder die Sicherheit der Bürger bedrohen, anordnen.

Ergeht eine solche Anordnung des Ministerrates während der Dauer einer Sejmtagung, so muß sie dem Sejm sofort zur Bestätigung vorgelegt werden. Wird eine solche Anordnung, die für ein mehr als eine Wojewodschaft umfassendes Gebiet gelten soll, während einer Unterbrechung der Sejmberatungen erlassen, so tritt der Sejm binnen 8 Tagen, vom Tage der Ver-

föndung der betreffenden Anordnung automatisch zu entsprechender Beschlusssitzung zusammen.

Versagt der Sejm die Bestätigung, so tritt der Ausnahmezustand sofort außer Kraft. Verhängt der Ministerrat den Ausnahmezustand nach Beendigung der Wahlperiode des Sejm (okres sejmowy) oder nach Auflösung des Sejms, so muß die betreffende Anordnung dem neu gewählten Sejm unverzüglich auf der ersten Sitzung vorgelegt werden.

Diese Grundsätze regelt näher ein Gesetz über den Ausnahmezustand.

Die Grundsätze über zeitweise Außerkraftsetzung der obengenannten Bürgerrechte zur Kriegszeit auf den von Kriegshandlungen betroffenen Gebieten regelt ein Gesetz über den Kriegszustand.

Teil VI

Artikel 125

Eine Änderung der Verfassung kann nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten bzw. der Senatsmitglieder mit einer Stimmenmehrheit von $\frac{2}{3}$ beschlossen werden.

Der Antrag auf Änderung der Verfassung muß mindestens von $\frac{1}{4}$ der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten unterschrieben sein, seine Einbringung mindestens 15 Tage vorher angekündigt werden.

Der zweite auf Grund dieser Verfassung zusammentrende Sejm kann selbstständig eine Revision des Verfassungsgesetzes durch einen mit $\frac{1}{3}$ Mehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten gefassten Beschuß vornehmen.

Artikel 126

Diese Verfassung tritt mit dem Tage ihrer Verföndung bzw. sofern die Verwirklichung ihrer einzelnen Vorschriften vom Erlaß entsprechender Gesetze abhängt, mit dem Tage des Inkrafttretens dieser in Kraft.

Alle gegenwärtig bestehenden Vorschriften und Rechtsverordnungen, die mit den Bestimmungen dieser Verfassung nicht übereinstimmen, werden spätestens innerhalb eines Jahres nach Annahme dieser Verfassung der gegebenen Körperschaft zur Herbeiführung ihrer Übereinstimmung mit dieser im Wege der Gesetzgebung vorgelegt.

6.

Deutsch-polnisches Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922.

Préambule

L'ALLEMAGNE

d'une part,

et LA POLOGNE

d'autre part,

Afin d'établir en Haute Silésie un régime conventionnel en conformité avec les dispositions contenues dans l'article II de la décision de la Conférence des Ambassadeurs en date du 20 octobre 1921 et destinées à garantir dans l'intérêt commun la continuité de la vie économique en Haute Silésie ainsi que la protection des minorités, ont nommé pour leurs plénipotentiaires :

l'Allemagne : Monsieur Eugen Schiffer, ancien Ministre du Reich allemand,

la Pologne : Monsieur Casimir Olszowski, Ministre plénipotentiaire,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont, sous la présidence de Monsieur Félix Calonder, ancien Président de la Confédération suisse, désigné Président de la Conférence germano-polonaise par le Conseil de la Société des Nations, convenu des stipulations suivantes :

Première Partie Dispositions générales

Titre Premier

Droit en Vigueur

Article Premier

§ 1

1. — Pour autant que le changement de souveraineté n'entraîne pas d'autres conséquences, les dispositions juridiques de fond qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont en vigueur dans la partie polonaise du territoire plébiscité, y resteront en vigueur pendant quinze ans, avec les modifications qui pourraient découler du changement de souveraineté.

2. — Les prescriptions de l'alinéa 1 s'appliquent notamment aux dispositions en matière, minière, industrielle ou commerciale, ou en matière de législation du travail, y compris le système d'inspection.

3. — Seront considérées comme faisant partie de la législation du travail, les dispositions réglant les questions de placement, les conditions de travail, y compris la juste répartition du travail disponible en vue de prévenir le chômage,

Präambel

Um in Oberschlesien einen vertragsmäßigen Zustand gemäß den in Artikel II der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 enthaltenen Bestimmungen mit dem Ziele herzustellen, im gemeinsamen Interesse die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sowie dem Schutz der Minderheiten sicherzustellen, haben Deutschland einerseits und Polen andererseits zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Deutschland: Herrn Reichsminister a. D. Schiffer,

Polen: Herrn Bevollmächtigten Minister Casimir Olszowski,

die Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form besunden haben, unter dem Vorsitz des ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Herrn Félix Calonder, der mit der Leitung der deutsch-polnischen Konferenz vom Bundesrat betraut worden war, folgende Vereinbarungen getroffen.

Teil I Allgemeine Bestimmungen

Titel I

Das geltende Recht

Artikel 1

§ 1

(1) Soweit sich nicht aus dem Wechsel der Staatshoheit ein anderes ergibt, bleiben in dem an Polen fallenden Teile des Abstimmungsgebiets die dort zur Zeit des Überganges der Staatshoheit geltenden materiell-rechtlichen Bestimmungen mit den aus dem Wechsel der Staatshoheit folgenden Abweichungen während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren in Kraft.

(2) Die Vorschrift des Abs. 1 gilt insbesondere für die Bestimmungen, die sich auf das Bergwesen, das Gewerbe, den Handel oder das Arbeitsrecht, einschließlich des Überwachungssystems beziehen.

(3) Zum Arbeitsrecht gehören die Bestimmungen, die den Arbeitsnachweis, das Arbeitsverhältnis, einschließlich der Arbeitsstreckung und der Verbindlichkeitserklärung für Schiedssprüche, oder die Arbeitsverfassung regeln, desgleichen die Bestimmungen,

et la déclaration de force obligatoire des arbitrages, ainsi que le statut ouvrier. Font aussi partie de la législation du travail, les dispositions d'après lesquelles certaines questions relevant du droit du travail doivent être réglées à l'aide de commissions paritaires composées d'employeurs et d'employés, ainsi que les dispositions relatives à la participation des invalides et mutilés au règlement de leurs affaires; enfin les dispositions relatives à l'assistance des classes ouvrières, y compris l'assistance aux chômeurs.

§ 2

1. — La Pologne pourra cependant, pendant la période susmentionnée de quinze ans, remplacer les dispositions juridiques de fond en vigueur par d'autres dispositions applicables dans l'ensemble de son territoire. En matière de législation sur la répartition du sol et de législation du travail, les nouvelles dispositions devront être, par leur contenu, propres à être substituées aux dispositions en vigueur.

2. — La Pologne aura de plus le droit:

- 1^o d'adapter, sans préjudice des stipulations de l'alinéa 1, phrase 2, du présent paragraphe, les dispositions existantes à la situation économique et au développement ultérieur de la Haute Silésie polonaise, tout en respectant les principes fondamentaux sur lesquels ces dispositions sont basées;
- 2^o de remplacer, sans préjudice des stipulations de l'alinéa 1, phrase 2, du présent paragraphe, les dispositions concernant l'organisation, la compétence et la procédure administratives et judiciaires, ainsi que les dispositions du droit provincial actuel de la Silésie, par d'autres dispositions;
- 3^o d'introduire dans la Haute Silésie polonaise les modifications que l'Allemagne jugera bon d'adopter dans la partie allemande du territoire plébiscité.

§ 3

Les lois publiées après le 10 février 1920, de même que les dispositions complémentaires et d'exécution s'y rapportant, ne seront considérées en vigueur, dans le sens du paragraphe 1 du présent article, que si, conformément au paragraphe 3, alinéa 3, de l'annexe à l'article 88 du Traité de Paix de Versailles, elles ont obtenu le consentement de la Commission interalliée. Peu importe à cet égard que le consentement soit express, c'est-à-dire résulte d'une décision de la Commission interalliée publiée au Journal Officiel de la Haute Silésie, ou qu'il soit tacite, c'est-à-dire résulte d'actes positifs et non équivoques de ladite Commission.

§ 4

Les clauses de lois polonaises stipulant que ces lois entreront en vigueur dans la Haute Silésie polonaise à dater du transfert de la souveraineté, seront sans effet en tant qu'elles se rapportent à des dispositions dont l'entrée en vigueur y serait contraire aux stipulations de la présente Convention, et aussi longtemps qu'elles s'y rapporteront.

wonach gewisse arbeitsrechtliche Angelegenheiten unter paritätischer Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ordnen sind, die Bestimmungen über die Beteiligung Schwerbeschädigter bei der Regelung ihrer Angelegenheiten sowie die Bestimmungen, welche die Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung, einschließlich der Erwerbslosenfürsorge, betreffen.

§ 2

(1) Polen ist jedoch berechtigt, während des erwähnten Zeitraums von fünfzehn Jahren die geltenden materiell-rechtlichen Bestimmungen durch andere Bestimmungen zu ersetzen, wenn diese in seinem ganzen Lande zur Anwendung kommen. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung über die Verteilung des Bodens sowie auf dem Gebiete des Arbeitsrechts müssen die neuen Bestimmungen ihrem Inhalte nach geeignet sein, an die Stelle der bestehenden Bestimmungen zu treten.

(2) Polen hat überdies das Recht,

1. unbeschadet der Vorschrift des Abs. 1 Satz 2 dieses Paragraphen die geltenden Bestimmungen der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung Polnisch-Oberschlesiens anzupassen, ohne dabei die Grundlagen anzutasten, auf denen sie beruhen;
2. unbeschadet der Vorschrift des Abs. 1 Satz 2 dieses Paragraphen die Bestimmungen über den Aufbau, den Wirkungskreis und das Verfahren der Behörden, sowie die Bestimmungen des gegenwärtigen schlesischen Provinzialrechts durch andere Bestimmungen zu ersetzen;
3. in Polnisch-Oberschlesien die Änderungen einzuführen, die Deutschland in dem ihm verbleibenden Teile des Abstimmungsgebiets zu treffen gut finden wird.

§ 3

Die nach dem 10. Februar 1920 verkündeten Gesetze nebst den Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen werden nur dann als geltend im Sinne des § 1 dieses Artikels angesehen, wenn sie gemäß § 3 Abs. 3 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrags von Versailles die Zustimmung der Interalliierten Kommission erhalten haben. Hierbei kommt es nicht darauf an, ob die Zustimmung ausdrücklich, d. h. durch eine im »Journal Officiel de la Haute-Silésie« verkündete Entscheidung der Interalliierten Kommission oder stillschweigend, d. h. durch positive schlüssige Handlungen der Interalliierten Kommission, erteilt worden ist.

§ 4

Die Bestimmungen polnischer Gesetze, daß diese Gesetze mit dem Übergange der Staatshoheit in Polnisch-Oberschlesien in Kraft treten, sind insoweit und so lange unwirksam, als sie sich auf Vorschriften beziehen, deren Inkrafttreten in Polnisch-Oberschlesien den Bestimmungen dieses Abkommens widersprechen würde.

*Article 2**§ 1*

1. — En cas de contestation sur le point de savoir si des dispositions visées au paragraphe 2, alinéa 1, phrase 2, de l'article 1, sont ou ne sont pas propres à être substituées à des dispositions en vigueur, l'Agent d'Etat allemand peut, pendant les deux mois à dater de leur publication, demander que la Commission mixte décide si la contestation est susceptible d'être soumise à la décision de la Cour permanente de Justice internationale. Le Gouvernement allemand pourra saisir la Cour permanente de l'affaire dans un délai de deux mois à dater de la décision de la Commission mixte, si cette décision est affirmative.

2. — Si la Cour permanente de Justice internationale décide que les dispositions contestées ne sont pas propres à être substituées aux dispositions en vigueur, le Gouvernement polonais est tenu de prendre les mesures nécessaires pour les supprimer ou les modifier.

3. — Tant que les dispositions en question ne sont pas supprimées ou modifiées, le Tribunal arbitral notamment n'est pas compétent pour examiner si elles sont en contradiction avec les stipulations de l'article 1.

§ 2

Abstraction faite des stipulations du paragraphe 1, la question de savoir si des dispositions édictées par la Pologne sont conformes aux stipulations de l'article 1, ne pourra pas faire l'objet d'un examen par une instance internationale, même en cas d'évocation.

Article 3

Tout différend qui se produirait pendant une période de quinze ans entre les deux Parties contractantes au sujet d'une mesure législative de l'une d'elles relative au régime des sociétés ou entreprises industrielles ou commerciales, et limitant, d'une manière contraire à l'équité, la liberté de ces sociétés ou entreprises en ce qui concerne la nationalité de leur personnel, de leurs administrateurs ou de leurs capitaux, pourra être porté par le Gouvernement intéressé devant le Conseil de la Société des Nations, dont les deux Parties contractantes s'engagent, dès à présent, à accepter la décision éventuelle.

*Artikel 2**§ 1*

(1) Ist streitig, ob Bestimmungen der im Artikel 1 § 2 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Art geeignet sind, an die Stelle der bestehenden Bestimmungen zu treten, so kann der deutsche Staatsvertreter innerhalb zweier Monate nach ihrer Verkündung die Entscheidung der Gemischten Kommission darüber nachsuchen, ob die Streitigkeit geeignet ist, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt zu werden. Wird diese Vorfrage von der Gemischten Kommission bejaht, so kann die deutsche Regierung innerhalb zweier Monate nach der Entscheidung der Gemischten Kommission die Angelegenheit dem Ständigen Internationalen Gerichtshof unterbreiten.

(2) Entscheidet der Ständige Internationale Gerichtshof, daß die angefochtenen Bestimmungen nicht geeignet sind, an die Stelle der bestehenden Bestimmungen zu treten, so ist die polnische Regierung verpflichtet, die zu ihrer Aufhebung oder Abänderung notwendigen Maßnahmen zu treffen.

(3) Solange die angefochtenen Bestimmungen nicht aufgehoben oder abgeändert worden sind, ist auch das Schiedsgericht nicht befugt, zu prüfen, ob sie mit den Vorschriften des Artikel 1 im Widerspruch stehen.

§ 2

Abgesehen von den Vorschriften des § 1 ist die Frage, ob eine von Polen erlassene Bestimmung mit den Vorschriften des Artikel 1 im Einklang ist, der Prüfung durch eine internationale Instanz entzogen, auch im Falle der Evokation.

Artikel 3

Ergeben sich zwischen den vertragsschließenden Teilen während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren Meinungsverschiedenheiten über eine gesetzgebende Maßnahme eines der beiden Staaten, die Industrie- oder Handelsgesellschaften oder -unternehmungen zum Gegenstande hat, und in unbilliger Weise die Freiheit dieser Gesellschaften oder Unternehmungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit ihres Personals, der an ihrer Verwaltung beteiligten Personen oder ihres Vermögens beeinträchtigt, so können sie von der Regierung des anderen Staates dem Völkerbundsrat unterbreitet werden, dessen etwaige Entscheidung beide Regierungen anzunehmen sich verpflichten.

Titre II**Protection des droits acquis***Article 4***§ 1**

1. — Sans préjudice des dispositions de l'article 256 du Traité de Paix de Versailles, l'Allemagne et la Pologne reconnaîtront et respecteront les droits de toute nature, et notamment les concessions et priviléges acquis avant le transfert de la souveraineté par des particuliers, des sociétés ou des personnes morales, dans leurs parties respectives du territoire plébiscité, et cela en conformité des lois relatives aux dits droits et des dispositions qui vont suivre.

2. — La Pologne se réserve, pendant six mois à dater du transfert de la souveraineté, le droit de retirer les concessions et priviléges accordés après le 20 octobre 1921, dont le bénéficiaire ne pourrait pas démontrer à la requête des autorités polonaises compétentes qu'ils ont été conférés dans des conditions administrativement régulières.

§ 2

La reconnaissance et le respect des droits acquis comportent en particulier l'observation des principes suivants :

1^o Des mesures prises en dehors de la législation générale seront inadmissibles si elles ne sont pas applicables aux ressortissants de l'Etat qui les prend.

2^o Le droit de poursuites, c'est-à-dire le recours aux tribunaux, aux juridictions administratives ou aux autorités hiérarchiquement compétentes, ne pourra être supprimé par des modifications de la législation.

3^o Si des concessions ou des priviléges, autorisant ou concernant des installations, exploitations, établissements ou entreprises situés ou à situer sur le territoire plébiscité, ou ayant trait à un objet situé sur ledit territoire (concessions ou priviléges à incidence locale), ou bien si des droits subjectifs qui ne proviennent pas d'une concession, tels que des créances, dont ne fût-ce qu'un des lieux d'exécution mentionnés au paragraphe 269 du Code civil allemand se trouve dans le territoire plébiscité, sont supprimés ou diminués par l'application de lois générales ou par d'autres dispositions, l'Etat qui applique ces lois ou prend ces dispositions sera tenu à l'indemnisation complète. Ce qui précède ne s'applique pas aux restrictions temporaires qui, d'après le droit en vigueur, doivent être tolérées par tout titulaire d'un droit.

Aux concessions ou priviléges à incidence locale appartiennent en particulier : les concessions autorisant ou concernant les installations, exploitations, établissements ou

Titel II**Schutz der erworbenen Rechte***Artikel 4***§ 1**

(1) Unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 256 des Friedensvertrags von Versailles werden Deutschland und Polen die Rechte aller Art und insbesondere die Konzessionen und Privilegien, die vor dem Übergange der Staatshoheit von natürlichen Personen, Gesellschaften oder juristischen Personen erworben worden sind, auf ihrem Teile des Abstimmungsgebietes nach Maßgabe der für sie geltenden Gesetze und der nachfolgenden Bestimmungen anerkennen und achten.

(2) Polen behält sich für die Dauer von sechs Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit das Recht vor, die nach dem 20. Oktober 1921 erteilten Konzessionen und Privilegien zu entziehen, falls der Berechtigte nicht auf Erfordern der zuständigen polnischen Behörde darlegen kann, daß die Erteilung im Rahmen einer ordnungsmäßigen Verwaltung erfolgt ist.

§ 2

Die Anerkennung und Achtung der erworbenen Rechte schließt insbesondere die Einhaltung folgender Grundsätze in sich:

1. Maßnahmen außerhalb der allgemeinen Gesetzgebung sind unzulässig, wenn sie nicht auch auf die eigenen Staatsangehörigen Anwendung finden.
2. Die Rechtsverfolgung, d.h. die Anrufung der Gerichte, der Verwaltungsgerichte oder der im Instanzenzuge zuständigen Verwaltungsbehörden darf durch eine Änderung der Gesetzgebung nicht ausgeschlossen werden.
3. Werden Konzessionen oder Privilegien, die im Abstimmungsgebiete gelegene oder zu errichtende Anlagen, Betriebe, Anstalten oder Unternehmungen erteilt worden sind, oder die sich auf einen im Abstimmungsgebiete belegenen Gegenstand beziehen (örtlich gebundene Konzessionen oder Privilegien), oder werden nicht auf Verleihung beruhende subjektive Rechte, einschließlich Forderungen, bei denen auch nur einer der im § 269 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs genannten Erfüllungsorte im Abstimmungsgebiete liegt, durch Anwendung allgemeiner Gesetze oder Anordnungen aufgehoben oder beeinträchtigt, so ist der Staat, der die Gesetze anwendet oder die Anordnungen trifft, zur vollen Entschädigung verpflichtet. Dies gilt nicht für vorübergehende Beschränkungen, die nach dem geltenden Recht jeder Rechtsinhaber dulden muß.

Zu den örtlich gebundenen Konzessionen oder Privilegien gehören insbesondere: Konzessionen für Anlagen, Betriebe, Anstalten oder Unternehmungen, ausschließliche Gewerbeberechtigun-

entreprises, les priviléges exclusifs d'exercer une profession (*ausschliessliche Gewerbeberechtigungen*) ou les priviléges industriels attachés à un fonds (*Realgewerbeberechtigungen*), les concessions de chemins de fer à voie normale ou à voie étroite, les concessions concernant l'utilisation des cours d'eau, les concessions et priviléges relatifs à l'exploitation de pharmacies, les droits résultant de la concession du droit d'expropriation ou de la propriété de mines, y compris les concessions régionales (*Distriktsverleihungen*), enfin les droits résultant de demandes de concessions de mines (*Mutungen*) ainsi que les priviléges d'exploitation minière (*Bergbauprivilegien*).

- 4^o L'attestation officielle de la capacité de médecin, de dentiste et de vétérinaire, et l'autorisation d'exercer la profession de sage-femme, ainsi que de géomètre ou topographe des mines, et de maréchal-ferrant, seront traitées de la même manière que des concessions et priviléges à incidence locale, pourvu que les professions en question aient été exercées dans le territoire plébiscité au moins depuis le 1^{er} janvier 1922 et jusqu'à la date du transfert de la souveraineté.

§ 3

1. — Pour autant qu'à la date du transfert de la souveraineté, des droits subjectifs ou des créances dont ne fût-ce qu'un des lieux d'exécution mentionnés au paragraphe 269 du Code civil allemand se trouve dans le territoire plébiscité, auront été établis ou constatés par des jugements ou décisions définitifs et exécutoires des cours de justice ou tribunaux allemands, des tribunaux de commerce, des conseils de prud'hommes, des tribunaux arbitraux des corporations de métiers, des offices de conciliation en matière de baux à ferme, ces jugements et décisions seront exécutoires tant en Haute Silésie polonaise qu'en Allemagne. Il en est de même en ce qui concerne les autres titres exécutoires relatifs à des droits ou des créances de l'espèce susmentionnée, pourvu que, d'après les dispositions des lois relatives à la procédure, ces titres aient la même valeur que des jugements en ce qui concerne l'exécution forcée. Sont exceptés les jugements et décisions constatant des droits ou des créances de l'espèce susmentionnée, s'ils ne sont devenus définitifs et exécutoires qu'après le 31 décembre 1921. On s'en tiendra dans ce cas aux prescriptions des lois relatives à l'exécution des jugements étrangers.

2. — La formule exécutoire est délivrée par le greffier du tribunal qui conserve l'original du titre, ou par le notaire qui a dressé l'acte. Il faut que la formule exécutoire ou qu'une remarque complémentaire fasse ressortir que le titre est exécutoire tant en Haute Silésie polonaise qu'en Allemagne. S'il est allégué que, d'après les dispositions de la présente Convention, une telle formule exécutoire ou remarque complémentaire n'aurait pas dû être accordée, le débiteur pourra, conformément au paragraphe 766 du Code allemand de procédure civile, faire à cet égard usage

gen oder Realgewerbeberechtigungen, Konzessionen für Privateisenbahnen oder Kleinbahnen, Wasserrechtskonzessionen, Apothekenkonzessionen oder -privilegien, Rechte aus der Verleihung des Enteignungsrechts oder des Bergwerkseigentums, einschließlich der Distriktsverleihungen, Rechte aus Mutungen sowie Bergbauprivilegien.

4. In derselben Weise wie die örtlich gebundenen Konzessionen und Privilegien sind die Approbationen der Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, die Berechtigungen der Hebammen, Landmesser und Markscheider sowie die Berechtigung zum Hufbeschlagsgewerbe zu behandeln, sofern diese Berufe im Abstimmungsgebiete spätestens seit dem 1. Januar 1922 und bis zum Tage des Überganges der Staatshoheit ausgeübt worden sind.

§ 3

(1) Soweit zur Zeit des Überganges der Staatshoheit durch rechtskräftige Urteile oder Entscheidungen von deutschen ordentlichen Gerichten, Kaufmanns- oder Gewerbegerichten, Innungsschiedsgerichten oder Pachtneigungsämtern subjektive Rechte oder Forderungen, bei denen auch nur einer der im § 269 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs genannten Erfüllungsorte im Abstimmungsgebiete liegt, begründet oder zugesprochen worden sind, sind die Urteile und Entscheidungen in Polnisch-Oberschlesien und im Deutschen Reich vollstreckbar. Das gleiche gilt für andere vollstreckbare Titel über Rechte oder Forderungen der genannten Art, sofern diese Titel nach den Bestimmungen der Prozeßgesetze hinsichtlich der Zwangsvollstreckung Urteilen gleichstehen. Ausgenommen sind Urteile und Entscheidungen, durch die Rechte oder Forderungen der genannten Art zugesprochen worden sind, falls die Rechtskraft nach dem 31. Dezember 1921 eingetreten ist; insoweit behält es bei den gesetzlichen Vorschriften über die Vollstreckung ausländischer Urteile sein Bewenden.

(2) Die Vollstreckungsklausel erteilt der Schreiber des Gerichts, das die Unterschrift des Schuldtitels verwahrt, oder der Notar, der die Urkunde aufgenommen hat. Aus der Vollstreckungsklausel oder einem ergänzenden Vermerk muß hervorgehen, daß der Titel in Polnisch-Oberschlesien und im Deutschen Reich vollstreckbar ist. Wird behauptet, daß eine solche Vollstreckungsklausel oder ein solcher Ergänzungsvermerk nach den Vorschriften dieses Abkommen nicht hätte erteilt werden dürfen, so steht dem Schuldner insoweit die Erinnerung nach Maßgabe des § 766 der deutschen Zivilprozeßordnung

du rappel auprès du tribunal dans le ressort duquel l'exécution est demandée. La question de savoir quel tribunal est compétent pour les autres contestations résultant de la procédure d'exécution au cas où le tribunal auparavant compétent n'existe plus, sera réglée dans l'Accord spécial sur le traitement des affaires pendantes.

§ 4

Les personnes juridiques dont le siège se trouve, par suite du transfert de la souveraineté, en territoire non allemand, n'en conserveront pas moins la personnalité juridique.

§ 5

1. — Dans le délai de six mois à dater du transfert de la souveraineté, des négociations devront avoir lieu concernant la question de la continuation de l'activité des sociétés d'assurance allemandes dans la partie polonaise du territoire plébiscité et des sociétés polonaises dans la partie allemande.

2. — Au cas où les négociations n'aboutiraient pas, les deux Gouvernements pourront avoir recours à la décision d'un arbitre sur la question de savoir si les sociétés d'assurance exerçant leur activité dans le territoire plébiscité à la date du transfert de la souveraineté ont, au sens des paragraphes 1 et 2 du présent article, un droit acquis de continuer leur activité, sans restrictions, dans le territoire plébiscité. M. Félix Calonder, ancien Président de la Confédération suisse, Président de la Conférence germano-polonaise, sera prié dans ce cas d'assumer les fonctions d'arbitre.

3. — Jusqu'à la clôture des négociations ou, si celles-ci n'aboutissent pas, jusqu'à la décision arbitrale, les Parties contractantes permettront aux sociétés d'assurance de continuer leur activité sans restrictions. Elles pourront entre autres prolonger des polices d'assurance et en faire de nouvelles. Les personnes envoyées pour le contrôle ou pour la fixation des dommages, recevront sans délai leurs passeports ainsi que les visas nécessaires, pourvu que des raisons personnelles graves ne s'opposent pas à leur entrée dans le territoire.

§ 6

1. — Les banques hypothécaires allemandes seront autorisées à acquérir des immeubles dans la Haute Silésie polonaise sans être tenues de faire une demande spéciale à ce sujet, toutes les fois que l'acquisition des immeubles en question sera nécessaire pour éviter des pertes provenant d'hypothèques qui, à la date du transfert de la souveraineté, appartenaient aux dites banques.

2. — Les banques hypothécaires sont tenues de notifier officiellement au Voïvode de Silésie leur intention d'acquérir l'immeuble, en indiquant le montant de la créance, des intérêts et des frais. Si la vente aux enchères de l'immeuble est ordonnée, cette notification doit avoir lieu au moins un mois avant la date fixée pour les enchères.

bei dem Gerichte zu, in dessen Bezirk die Vollstreckung beantragt worden ist. Die Frage, welches Gericht für die sich im übrigen aus dem Vollstreckungsverfahren ergebenden Streitigkeiten zuständig ist, falls das bisher zuständige Gericht wegfallen ist, soll in dem abzuschließenden Rechts-
pflegeüberleitungskommen geregelt werden.

§ 4

Juristische Personen verlieren die Rechtspersönlichkeit nicht dadurch, daß ihr Sitz infolge des Überganges der Staatshoheit außerhalb des Deutschen Reichs liegt.

§ 5

(1) Binnen sechs Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit sollen Verhandlungen über die Frage der Fortführung des Geschäftsbetriebs der deutschen Versicherungsgesellschaften in Polnisch-Oberschlesien und der polnischen Versicherungsgesellschaften im deutschbleibenden Teil des Abstimmungsgebietes stattfinden.

(2) Für den Fall, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten, sind die Regierungen der vertragschließenden Teile berechtigt, die Entscheidung eines Schiedsrichters darüber anzurufen, ob die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete tätigen Versicherungsgesellschaften im Sinne der §§ 1, 2 dieses Artikels ein erworbene Recht auf uneingeschränkte Fortführung ihres Geschäftsbetriebs im Abstimmungsgebiete haben. Der Präsident der deutsch-polnischen Verhandlungen, Herr Alt-Bundesrat Félix Calonder, soll gebeten werden, in diesem Falle das Schiedsrichteramt zu übernehmen.

(3) Bis zum Abschluß der Verhandlungen und, wenn diese zu keinem Ergebnis führen sollten, bis zur Entscheidung des Schiedsrichters werden die vertragschließenden Teile den Versicherungsgesellschaften die uneingeschränkte Fortführung ihres Geschäftsbetriebs einschließlich des Rechtes zur Prolongation und Neuakquisition gestatten. Die zur Kontrolle oder zur Feststellung von Schäden entsandten Personen werden ohne Verzug die notwendigen Pässe und Visa erhalten, falls nicht wichtige, in ihrer Person liegende Gründe ihrer Einreise entgegenstehen.

§ 6

(1) Die deutschen Hypothekenbanken sind, ohne daß es eines besonderen Antrags bedarf, zum Erwerb von Grundstücken in Polnisch-Oberschlesien berechtigt, soweit der Erwerb des Grundstücks zur Vermeidung von Verlusten aus einer Hypothek erforderlich ist, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit der Hypothekenbank zustand.

(2) Die Hypothekenbanken haben ihre Absicht, das Grundstück zu erwerben, dem Wojewoden von Schlesien unter Angabe der Höhe der Forderung, der Zinsen und der Kosten förmlich mitzuteilen. Ist die Zwangsversteigerung des Grundstücks angeordnet, so muß die Mitteilung mindestens einen Monat vor dem Versteigerungstermin erfolgen.

3. — Pour empêcher l'acquisition d'un immeuble par une banque hypothécaire, le Gouvernement polonais pourra, dans le délai d'un mois à dater de la notification officielle ci-dessus mentionnée, lui rembourser sa créance avec intérêts et frais, et dans ce cas la créance et l'hypothèque passeront à l'Etat polonais.

Article 5

La question de savoir si et dans quelle mesure une indemnité pour la suppression ou la diminution de droits acquis doit être payée par l'Etat, sera directement tranchée par le Tribunal arbitral sur plainte de l'ayant droit.

(3) Die polnische Regierung ist berechtigt, um den Erwerb des Grundstücks durch die Hypothekenbank abzuwenden, diese innerhalb eines Monats seit Zustellung der Mitteilung wegen ihrer Forderung, einschließlich Zinsen und Kosten, zu befriedigen; in diesem Falle gehen die Forderung und die Hypothek auf den polnischen Staat über.

Artikel 5

Über die Frage, ob und in welchem Umfange für die Aufhebung oder Beeinträchtigung erworbener Rechte vom Staat Entschädigung zu leisten ist (Artikel 4 § 2 Ziffer 3), entscheidet das Schiedsgericht unmittelbar auf Klage des Berechtigten.

Titre III Expropriation

Article 6

La Pologne peut exproprier en Haute Silésie polonaise les entreprises appartenant à la grande industrie, y compris les gisements, et la grande propriété rurale, conformément aux dispositions des articles 7 à 23. Sous réserve de ces dispositions, les biens, droits et intérêts de ressortissants allemands ou de sociétés contrôlées par des ressortissants allemands, ne peuvent pas être liquidés en Haute Silésie polonaise.

Chapitre Premier Grande industrie

Article 7

Pendant quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, la Pologne pourra, en se conformant aux dispositions des articles 92 et 297 du Traité de Paix de Versailles, exproprier des entreprises appartenant à la grande industrie qui, à la date du 15 avril 1922, étaient la propriété de ressortissants allemands ou de sociétés contrôlées par des ressortissants allemands, si, à la demande du Gouvernement polonais, cette mesure a été reconnue par la Commission mixte comme étant indispensable pour assurer le maintien de l'exploitation.

Article 8

1. — Après l'expiration de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, la Pologne pourra, en se conformant aux dispositions des articles 92 et 297 du Traité de Paix de Versailles, exproprier des entreprises appartenant à la grande industrie qui, à la date du 15 avril 1922 et au moment de la notification (article 10), sont la propriété de ressortissants allemands ou de sociétés contrôlées par des ressortissants allemands.

2. — Ne sont pas soumis comme tels à l'expropriation: les actions, parts sociales, parts de mine et autres titres analogues de participation à des entreprises ou gisements.

Article 9

§ 1

Par grande industrie on entend, au sens des articles 6 à 23:

- 1^o les mines, gisements, hauts-fourneaux, établissements métallurgiques (*Hüttenwerke*), fabriques d'explosifs et de poudre;
- 2^o les autres entreprises industrielles qui occupent une moyenne d'au moins six cents ouvriers. La moyenne est calculée pour l'année;
- 3^o les entreprises industrielles suivantes, même si elles occupent en moyenne moins de six cents ouvriers, pourvu que, dans chaque cas, elles puissent être considérées, d'après les conceptions et usages du commerce, comme

Titel III Enteignung

Artikel 6

Polen ist berechtigt, in Polnisch-Oberschlesien Unternehmungen der Großindustrie einjchließlich Lagerstätten und ländlichen Großgrundbesitz nach Maßgabe der Vorschriften der Artikel 7 bis 23 zu enteignen. Im übrigen können Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger oder von deutschen Reichsangehörigen kontrollierter Gesellschaften in Polnisch-Oberschlesien nicht liquidiert werden.

Kapitel 1 Großindustrie

Artikel 7

Während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit hat Polen das Recht, nach Maßgabe der Artikel 92 und 297 des Friedensvertrags von Versailles Unternehmungen der Großindustrie, die am 15. April 1922 deutschen Reichsangehörigen oder von deutschen Reichsangehörigen kontrollierten Gesellschaften gehören, zu enteignen, falls diese Maßnahme auf Antrag der polnischen Regierung von der Gemischten Kommission als für die Aufrechterhaltung des Betriebs unerlässlich anerkannt worden ist.

Artikel 8

(1) Nach Ablauf von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit hat Polen das Recht, nach Maßgabe der Artikel 92 und 297 des Friedensvertrags von Versailles Unternehmungen der Großindustrie, die am 15. April 1922 und zur Zeit der Notifikation (Art. 10) deutschen Reichsangehörigen oder von deutschen Reichsangehörigen kontrollierten Gesellschaften gehören, zu enteignen.

(2) Aktien, Geschäftsanteile, Rüge und andere ähnliche Beteiligungen an Unternehmungen oder Lagerstätten sind als solche nicht Gegenstand der Enteignung.

Artikel 9

§ 1

Zur Großindustrie im Sinne der Artikel 6 bis 23 gehören:

1. Bergwerke, Lagerstätten, Hochöfen und Hüttenwerke, Sprengstoff- und Pulverfabriken,
2. andere industrielle Unternehmungen, die im Jahre durchschnittlich mindestens 600 Arbeiter beschäftigen,
3. nachstehende industrielle Unternehmungen, auch wenn sie eine geringere Arbeiterzahl beschäftigen, sofern sie im Einzelfalle nach den Anschauungen und Gebräuchen des Verkehrs als zur Großindustrie gehörig zu betrachten sind: Fabriken

appartenant à la grande industrie: usines transformant les dérivés du charbon, usines fabriquant principalement le coke, fabriques de briquettes, fabriques d'engrais chimiques, fabriques et raffineries d'huiles et de graisses, usines travaillant et affinant les métaux, centrales électriques destinées à fournir industriellement le courant à d'autres personnes ou entreprises.

§ 2

1. — Pour déterminer quelles entreprises industrielles rentrent dans la notion de grande industrie au sens des chiffres 2 et 3 du paragraphe 1 du présent article, on se reportera aux conditions existant en 1921.

2. — Les entreprises appartenant à un même propriétaire ne sont censées constituer une seule entreprise que si elles sont rattachées les unes aux autres non seulement financièrement, mais par des liens intimes d'interdépendance économique. De telles entreprises complexes appartiennent à la grande industrie.

1^o lorsqu'une des entreprises qui les composent rentre dans la catégorie 1 déterminée au paragraphe 1, ou

2^o lorsque le nombre total des ouvriers de l'entreprise complexe dépasse une moyenne de six cents, ou

3^o lorsque l'entreprise complexe rentre dans la catégorie 3 déterminée au paragraphe 1.

3. — L'expropriation s'étend à l'entreprise complexe entière si la décision prononçant l'expropriation n'en dispose pas autrement.

§ 3

1. — L'expropriation s'étend aux accessoires entendus dans le sens des paragraphes 97 et 98 du Code civil allemand.

2. — Les propriétés rurales qui sont destinées principalement à subvenir aux besoins d'entreprises appartenant à la grande industrie (fonds d'exploitation laitière, d'exploitation forestière, etc.) sont considérées, au sens du présent article, comme faisant partie des entreprises aux besoins desquelles elles subviennent.

Article 10

1. — Si le Gouvernement polonais veut exproprier une entreprise appartenant à la grande industrie, il est tenu de notifier son intention au propriétaire de l'entreprise entre le 1^{er} juillet 1937 et le 1^{er} juillet 1939.

2. — L'expropriation doit être accomplie dans les quatre ans à dater de la notification.

3. — Si la notification n'est pas faite dans le délai prévu à l'alinéa 1, ou si l'expropriation n'est pas accomplie dans le délai prévu à l'alinéa 2, l'expropriation ne pourra plus avoir lieu.

Article 11

Les propriétaires d'entreprises appartenant à la grande industrie peuvent, jusqu'au moment de la notification, disposer librement de leurs propriétés et les grever conformément aux lois générales.

zur Verarbeitung von Kohlederivaten, Kokereien im Hauptbetrieb, Brikketfabriken, Fabriken für künstliche Düngemittel, Fabriken und Raffinerien für Öle und Fette, Fabriken zur Verarbeitung und Verfeinerung von Metallen, elektrische Zentralen, die dazu bestimmt sind, gewerblich elektischen Strom an andere Personen oder Unternehmungen zu liefern.

§ 2

(1) Maßgebend für die Einordnung industrieller Unternehmungen unter den Begriff der Großindustrie im Sinne des § 1 Ziffer 2 und 3 sind die Verhältnisse des Jahres 1921.

(2) Unternehmungen, die denselben Eigentümer gehören, sind nur dann als ein einheitliches Unternehmen anzusehen, wenn sie nicht nur finanziell, sondern durch enge wirtschaftliche Verknüpfung miteinander verbunden sind. Diese Gesamtunternehmungen sind der Großindustrie zuzurechnen, wenn entweder

1. ein einzelnes zu dem Gesamtunternehmen gehörendes Unternehmen unter die Ziffer 1 des § 1 fällt, oder wenn
2. die Arbeiterzahl des Gesamtunternehmens die Mindestzahl von 600 Arbeitern übersteigt, oder wenn
3. das Gesamtunternehmen unter die Ziffer 3 des § 1 fällt.

(3) Die Enteignung umfasst das Gesamtunternehmen, wenn nicht in der Enteignungsordnung ein anderes bestimmt ist.

§ 3

(1) Die Enteignung erstreckt sich auf das Zubehör im Sinne der §§ 97, 98 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs.

(2) Landwirtschaftliche Grundstücke, deren Hauptbestimmung es ist, den Bedürfnissen eines großindustriellen Unternehmens zu dienen (sog. Milchgüter, Forstgüter u. dgl.) sind im Sinne dieses Artikels als Teile dieses großindustriellen Unternehmens anzusehen.

Artikel 10

(1) Will die polnische Regierung ein großindustrielles Unternehmen enteignen, so ist sie verpflichtet, dem Eigentümer von dieser Absicht in der Zeit vom 1. Juli 1937 bis zum 1. Juli 1939 Mitteilung zu machen (Notifikation).

(2) Die Enteignung muß bis zum Ablaufe von vier Jahren seit der Notifikation durchgeführt werden.

(3) Erfolgt die Notifikation nicht innerhalb der im Abs. 1 bezeichneten Frist, oder wird die Enteignung nicht innerhalb der im Abs. 2 bezeichneten Frist durchgeführt, so wird das Unternehmen von der Enteignung frei.

Artikel 11

Bis zur Notifikation können die Eigentümer der großindustrielles Unternehmungen über ihr Eigentum nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze frei verfügen und es belasten.

Chapitre II
Grande propriété rurale

Article 12

1. — La Pologne peut exproprier les fonds comprenant au moins 100 hectares de terrain agricole (ci-dessous appelés grands fonds) appartenant le 15 avril 1922 et le jour de la notification (article 15) à des ressortissants allemands qui n'ont pas le droit de conserver leur domicile en Haute Silésie polonaise (articles 40 et 42), ou à des sociétés contrôlées par de tels ressortissants allemands. On établira l'étendue de ces fonds d'après leur état le 15 avril 1922.

2. — Lorsque des forêts font partie d'un grand fonds, elles peuvent être expropriées avec ce fonds si, d'après l'opinion de la Commission mixte, leur expropriation est indispensable à l'exploitation agricole du fonds, ou si, séparées des terrains agricoles expropriés, elles ne peuvent plus être utilement exploitées selon leur destination antérieure.

Article 13

1. — La Pologne ne pourra exproprier en tout qu'un tiers de l'ensemble des terrains agricoles de la Haute Silésie polonaise qui sont sujets à l'expropriation d'après les dispositions du présent titre.

2. — En tant que des terrains agricoles doivent, conformément à l'article 9, paragraphe 3, alinéa 2, être considérés comme parties d'entreprises appartenant à la grande industrie, on n'en tiendra pas compte dans le calcul de la surface totale des terrains expropriables, et les dispositions relatives à l'expropriation de la propriété rurale ne leur seront pas applicables.

3. — Sauf dans les cas d'application des dispositions de l'article 12, alinéa 2, les forêts ne font pas partie des terrains agricoles.

4. — En calculant la surface totale des terrains expropriables, on déduira la surface des terrains déjà expropriés depuis le transfert de la souveraineté, en vertu du *Reichssiedelungsgesetz* du 11 août 1919 (*Reichsgesetzblatt*, page 1429). En calculant la surface des terrains expropriables en vertu du *Reichssiedelungsgesetz*, il sera fait abstraction de la surface des terrains agricoles expropriés en vertu du présent titre.

Article 14

1. — L'expropriation s'étend aux accessoires entendus dans le sens des articles 97 et 98 du Code civil allemand.

2. — A la demande du propriétaire, les accessoires qui ne sont pas absolument indispensables à l'exploitation ne seront pas expropriés. Il en sera de même des troupeaux de reproduction.

Article 15

§ 1.

1. — Si le Gouvernement polonais veut exproprier un grand fonds, il est tenu de notifier son intention au propriétaire du grand fonds avant le 1^{er} janvier 1925.

Kapitel 2
Ländlicher Großgrundbesitz

Artikel 12

(1) Polen ist berechtigt, Landgüter von hundert oder mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (große Güter) zu enteignen, sofern sie am 15. April 1922 und am Tage der Notifikation (Artikel 15) im Eigentum deutscher Reichsangehöriger, die nicht das Wohnrecht in Polnisch-Oberschlesien haben (Artikel 40, 42) oder von Gesellschaften stehen, die von solchen deutschen Reichsangehörigen kontrolliert werden. Maßgebend für die Größe des Gutes ist der 15. April 1922.

(2) Gehört zu einem großen Gute Waldbestand, so kann dieser Waldbestand mit dem Gute enteignet werden, wenn nach Ansicht der Gemischt-Kommision seine Enteignung zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebs unerlässlich ist, oder der Waldbestand ohne die enteignete landwirtschaftliche Nutzfläche nach seiner bisherigen Bestimmung nicht mehr zweckmäßig benutzt werden könnte.

Artikel 13

(1) Polen darf im ganzen nur ein Drittel der nach den Bestimmungen dieses Titels der Enteignung unterliegenden landwirtschaftlichen Nutzfläche Polnisch-Oberschlesiens enteignen.

(2) Soweit landwirtschaftliche Grundstücke gemäß Artikel 9 § 3 Abs. 2 als Teile großindustrieller Unternehmungen anzusehen sind, bleiben sie bei der Berechnung der enteignungsfähigen Gesamtfläche außer Betracht und unterliegen sie nicht den Bestimmungen über die Enteignung des Grundbesitzes.

(3) Wälder gehören vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikel 12 Abs. 2 nicht zu der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

(4) Bei der Berechnung der enteignungsfähigen Gesamtfläche ist die nach dem Übergange der Staatshoheit auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1429) bereits enteignete Fläche in Abzug zu bringen. Die auf Grund dieses Titels erfolgte Enteignung landwirtschaftlicher Nutzfläche wird bei der Berechnung der Fläche, die auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes enteignet werden kann, in Abzug gebracht.

Artikel 14

(1) Die Enteignung erstreckt sich auf das Zubehör im Sinne der §§ 97, 98 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs.

(2) Auf Verlangen des Eigentümers ist das zur Bewirtschaftung nicht unbedingt erforderliche Zubehör von der Enteignung auszuschließen. Das gleiche gilt von Stammherden.

Artikel 15

§ 1.

(1) Will die polnische Regierung ein großes Gut enteignen, so ist sie verpflichtet, dem Eigentümer von dieser Ansicht vor dem 1. Januar 1925 Mitteilung zu machen (Notifikation).

2. — L'expropriation doit être accomplie dans les deux ans à dater de la notification.

3. — Si la notification n'est pas faite dans le délai prévu à l'alinéa 1, ou si l'expropriation n'est pas accomplie dans le délai prévu à l'alinéa 2, l'expropriation ne pourra plus avoir lieu.

§ 2

Si un grand fonds sujet à expropriation est aliéné pendant la période qui court du 15 avril 1922 jusqu'à l'expiration d'un mois à dater du transfert de la souveraineté, le Gouvernement polonais peut déclarer qu'il ne reconnaît pas le changement de propriété. Avant le transfert de la souveraineté, cette déclaration doit être faite au Gouvernement allemand ; après ce moment, à l'aliénateur ; et elle doit être faite dans un délai d'un mois à dater de la notification de l'aliénation. La notification de l'aliénation incombe, jusqu'au transfert de la souveraineté, au Gouvernement allemand, et, après ce transfert, à l'aliénateur. Si la déclaration n'est pas faite dans le délai prévu, le fonds en question ne peut plus être exproprié.

Article 16

1. — Les accessoires de grands fonds ne peuvent être aliénés tant que ces fonds sont sujets à expropriation, si l'aliénation est incompatible avec les principes d'une exploitation rationnelle.

2. — Les propriétaires peuvent grever leurs biens.

Chapitre III

Dispositions communes à la grande industrie et à la grande propriété rurale

Article 17

Ne seront pas considérés comme ressortissants allemands au sens des articles 6 à 23, les ressortissants allemands qui auront acquis de plein droit la nationalité d'une Puissance alliée ou associée par application du Traité de Paix de Versailles, ou qui acquièrent de plein droit la nationalité polonaise par application de la présente Convention.

Article 18

L'expropriation visée à l'article 8, alinéa 1, et à l'article 13, pourra avoir lieu, même dans les cas où les biens expropriables appartiendraient à des ressortissants allemands différents le 15 avril 1922 et le jour de la notification, ou seraient contrôlés par des ressortissants allemands différents à ces deux dates.

Article 19

1. — A dater du transfert de la souveraineté, le Gouvernement polonais aura le droit d'examiner de temps à autre qui est le propriétaire réel d'une entreprise appartenant à la grande industrie ou d'un grand fonds, et de vérifier par qui

(2) Die Enteignung muß bis zum Ablauf von zwei Jahren seit der Notifikation durchgeführt werden.

(3) Erfolgt die Notifikation nicht innerhalb der im Abs. 1 bezeichneten Frist oder wird die Enteignung nicht innerhalb der im Abs. 2 bezeichneten Frist durchgeführt, so wird das große Gut von der Enteignung frei.

§ 2

Wird ein der Enteignung unterliegendes großes Gut in der Zeit vom 15. April 1922 bis zum Ablauf eines Monats nach dem Übergange der Staatshoheit veräußert, so ist die polnische Regierung berechtigt, zu erklären, daß sie den Eigentumswechsel nicht anerkennt. Diese Erklärung ist bis zum Übergange der Staatshoheit gegenüber der deutschen Regierung, nach dem Übergange der Staatshoheit dem Veräußerer gegenüber abzugeben und muß innerhalb eines Monats nach der Mitteilung von der Veräußerung ergehen. Die Mitteilung von der Veräußerung liegt bis zum Übergange der Staatshoheit der deutschen Regierung, nach dem Übergange der Staatshoheit dem Veräußerer ob. Wird die Erklärung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgegeben, so wird das Gut von der Enteignung frei.

Artikel 16

(1) Veräußerungen des Zubehörs von Landgütern, die der Enteignung unterliegen, sind, soweit sie den Grundsätzen einer rationellen Wirtschaftsführung widersprechen, unzulässig.

(2) In der Belastung der Güter sind die Eigentümer nicht gehindert.

Kapitel 3

Gemeinsame Bestimmungen für die Großindustrie und den ländlichen Großgrundbesitz

Artikel 17

Als deutsche Reichsangehörige im Sinne der Artikel 6 bis 22 gelten nicht deutsche Reichsangehörige, die auf Grund des Friedensvertrags von Versailles die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht von Rechts wegen erworben haben oder auf Grund dieses Abkommens die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen erwerben.

Artikel 18

Die Enteignung auf Grund des Artikel 8 Abs. 1 und des Artikel 13 ist auch dann zulässig, wenn die deutschen Reichsangehörigen, denen die der Enteignung unterliegenden Gegenstände am 15. April 1922 und am Tage der Notifikation gehörten, nicht dieselben Personen sind, oder wenn diese Gegenstände an diesen Tagen von verschiedenen deutschen Reichsangehörigen kontrolliert wurden.

Artikel 19

(1) Vom Übergang der Staatshoheit ab ist die polnische Regierung berechtigt, von Zeit zu Zeit zu prüfen, wer der wirkliche Eigentümer eines großindustriellen Unternehmens oder eines großen Gutes ist, oder von wem eine Gesellschaft, der ein groß-

une société, propriétaire d'une telle entreprise ou d'un tel fonds, est réellement contrôlée.

2. — Si le Gouvernement polonais arrive à la conclusion qu'une entreprise ou un fonds appartient réellement à un ressortissant allemand, ou qu'une société est contrôlée réellement par des ressortissants allemands, et si, après la notification, l'intéressé prétend qu'il n'en est pas ainsi, l'intéressé peut, pendant un mois à dater de la notification, faire appel à la décision du Tribunal arbitral mixte germano-polonais. Le cas échéant, le Tribunal arbitral mixte peut suspendre provisoirement la procédure d'expropriation.

Article 20

1. — A dater de la notification, le propriétaire de l'entreprise ou du fonds à exproprier ne peut laliéner, excepté *mortis causa*, qu'avec le consentement du Gouvernement polonais. Le consentement une fois donné, l'entreprise ne peut plus être expropriée.

2. — Le consentement du Gouvernement polonais n'est pas nécessaire si la vente est aux enchères; dans ce cas le Gouvernement polonais pourra, dans les délais prévus pour la notification, mais au plus tard un mois avant les enchères, satisfaire les créanciers et se subroger à eux sans préjudice de son droit d'expropriation qui, la vente aux enchères n'ayant pas lieu, subsiste tel qu'il est établi par les dispositions qui précédent.

Article 21

1. — Si l'expropriation d'une partie d'une entreprise appartenant à la grande industrie ou d'un grand fonds est ordonnée en vertu des dispositions précédentes, le propriétaire peut, pendant un mois à dater de la notification officielle de la décision prononçant l'expropriation, demander que toute l'entreprise ou que tout le fonds soit acquis par le Gouvernement polonais.

2. — Cette disposition s'applique aussi au cas de l'expropriation d'une partie d'une entreprise complexe dans le sens de l'article 9, paragraphe 2, alinéa 2, si la partie non sujette à expropriation ne peut plus être utilement exploitée selon sa destination antérieure. En cas de divergence d'opinion sur le point de savoir s'il en est ainsi, le Gouvernement polonais et le propriétaire de l'entreprise nommeront chacun un expert pour éclaircir ce point. Si les experts ne peuvent pas se mettre d'accord, ils choisiront ensemble un tiers arbitre.

Article 22

L'accomplissement de l'expropriation au sens de l'article 10, alinéa 2, et de l'article 15, paragraphe 1, alinéa 2, comporte entre autres le paiement de l'indemnité fixée; elle n'implique pas la terminaison d'un procès engagé devant le Tribunal arbitral mixte germano-polonais relativement à une demande en dommages-intérêts plus étendue, ou d'une procédure relative à l'admissibilité de l'expropriation.

industrielles Unternehmen oder ein großes Gut gehört, in Wirklichkeit kontrolliert wird.

(2) Nimmt die polnische Regierung an, daß ein Unternehmen oder ein Gut in Wirklichkeit einem deutschen Reichsangehörigen oder einer in Wirklichkeit von deutschen Reichsangehörigen kontrollierten Gesellschaft gehört, so kann nach der Notifikation der Beteiligte, wenn er diese Annahme bestreitet, innerhalb eines Monats nach der Notifikation die Entscheidung des deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofs herbeiführen. Der Gemischte Schiedsgerichtshof kann gegebenenfalls die einstweilige Einstellung des Enteignungsverfahrens anordnen.

Article 20

(1) Von der Notifikation ab kann der Eigentümer das Unternehmen oder das Gut, dessen Enteignung in Aussicht genommen ist, nur mit Zustimmung der polnischen Regierung veräußern. Ausgenommen sind Veräußerungen von Todes wegen. Ist die Zustimmung einmal erteilt, so wird das Unternehmen oder das Gut von der Enteignung frei.

(2) Der Zustimmung der polnischen Regierung bedarf es nicht, wenn die Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt. In diesem Falle kann die polnische Regierung innerhalb der für die Notifikation vorgesehenen Fristen, jedoch spätestens einen Monat vor dem Versteigerungstermin, den Gläubiger befriedigen und damit in die Rechte des Gläubigers eintreten, unbeschadet des Rechtes zur Enteignung nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften für den Fall, daß das Zwangsversteigerungsverfahren nicht durchgeführt wird.

Article 21

(1) Wird auf Grund der vorstehenden Bestimmungen die Enteignung eines Teiles eines großindustriellen Unternehmens oder eines großen Gutes angeordnet, so kann der Eigentümer innerhalb eines Monats seit Zustellung der Enteignungsanordnung verlangen, daß die polnische Regierung das ganze Unternehmen oder das ganze Gut erwirbt.

(2) Dies gilt auch für den Fall der Enteignung eines Teiles eines Gesamtunternehmens im Sinne des Artikel 9 § 2 Abs. 2, wenn der von der Enteignung nicht betroffene Teil nach seiner bisherigen Bestimmung nicht mehr zweckmäßig benutzt werden kann. Entstehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Voraussetzung zutrifft, so wird zur Klärung der Streitfrage von der polnischen Regierung und von dem Eigentümer des Unternehmens je ein Sachverständiger bestellt werden; können die Sachverständigen sich nicht einigen, so wählen sie gemeinschaftlich einen Obmann.

Article 22

Zur Durchführung der Enteignung im Sinne des Artikel 10 Abs. 2 und des Artikel 15 § 1 Abs. 2 gehört auch die Auszahlung der festgestellten Entschädigung. Dagegen gehört hierzu nicht die Beendigung eines etwaigen Rechtsstreits vor dem Deutsch-Polnischen Gemischten Schiedsgerichtshof über einen weitergehenden Entschädigungsanspruch oder eines Verfahrens über die Zulässigkeit der Enteignung.

Article 23

1. — Si des divergences d'opinion résultant de l'interprétation et de l'application des articles 6 à 22, s'élevaient entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais, elles seraient soumises à la décision de la Cour permanente de Justice internationale.

2. — Il n'est porté aucune atteinte à la compétence du Tribunal arbitral mixte germano-polonais résultant des dispositions du Traité de Paix de Versailles.

Article 24

Les dispositions des articles précédents relatives à l'expropriation, ne portent en rien atteinte au droit de la Pologne impliqué à l'article 3.

Artikel 23

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Titels werden dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden.

(2) Die auf den Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles beruhende Zuständigkeit des Deutsch-Polnischen Gemischtten Schiedsgerichtshofs bleibt unberührt.

Artikel 24

Durch die vorstehenden Bestimmungen über die Enteignung wird das Recht Polens, auf das sich der Artikel 3 bezieht, nicht berührt.

Deuxième partie Nationalité et domicile

Titre premier

Changement de nationalité

Article 25

§ 1

1. — Les ressortissants allemands qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliés dans la partie polonaise du territoire plébiscité, acquièrent de plein droit la nationalité polonaise et perdent la nationalité allemande.

2. — Cependant les ressortissants allemands qui n'ont établi leur domicile dans les territoires reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne ou dans le territoire plébiscité qu'après le 1^{er} janvier 1908, n'acquerront la nationalité polonaise qu'avec l'autorisation spéciale du Gouvernement polonais, sous réserve de l'article 26, paragraphe 1.

§ 2

Dans le cas de ressortissants allemands domiciliés avant le 2 janvier 1908 dans les territoires reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne ou dans le territoire plébiscité, et ayant, à la date du transfert de la souveraineté, leur domicile dans la partie polonaise du territoire plébiscité, il ne sera pas tenu compte d'un abandon temporaire de leur domicile avant la date du transfert de la souveraineté si,

- a) pendant leur absence, leurs descendants ou descendants les plus proches, ou, au cas où ceux-ci seraient décédés, leurs collatéraux les plus proches jusqu'au troisième degré, ont conservé leur domicile dans ces territoires, ou si
- b) ces ressortissants ont, avant l'abandon temporaire de leur domicile, habité ces territoires au moins une année et en tout au moins pendant douze ans depuis le premier établissement de leur domicile jusqu'à la date du transfert de la souveraineté, ou si
- c) c'est pour cause de service militaire obligatoire ou de participation à la guerre, de préparation à une profession ou de maladie grave, que ces ressortissants avaient abandonné leur domicile dans ces territoires.

§ 3

1. — Le Gouvernement polonais traitera avec une bienveillance particulière les cas de demandes d'autorisation mentionnées au paragraphe 1, alinéa 2, émanant de personnes rattachées aux territoires en question par d'anciens liens de famille remontant à une époque antérieure au 2 janvier 1908.

Teil II Staatsangehörigkeit und Wohnrecht

Titel I

Staatsangehörigkeitswechsel

Artikel 25

§ 1

(1) Die deutschen Reichsangehörigen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes haben, erwerben von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen.

(2) Jedoch werden die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz erst nach dem 1. Januar 1908 in den endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebietsteilen oder im Abstimmungsgebiete begründet haben, die polnische Staatsangehörigkeit, vorbehaltlich der Bestimmung des Artikel 26 § 1, nur mit besonderer Ermächtigung der polnischen Regierung erwerben.

§ 2

Bei deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz vor dem 2. Januar 1908 in den endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebietsteilen oder im Abstimmungsgebiete begründet und die am Tage des Übergangs der Staatshoheit ihren Wohnsitz im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes haben, kommt eine vorübergehende Aufgabe ihres Wohnsitzes in diesen Gebietsteilen nicht in Betracht, wenn

- a) während ihrer Abwesenheit ihre nächsten Verwandten auf- oder absteigender Linie oder, falls diese nicht mehr lebten, ihre nächsten Seitenverwandten bis zum dritten Grade ihren Wohnsitz in diesen Gebietsteilen behalten hatten; oder wenn
- b) diese deutschen Reichsangehörigen vor der vorübergehenden Aufgabe ihres Wohnsitzes mindestens ein Jahr und im ganzen von der ersten Begründung ihres Wohnsitzes bis zum Übergange der Staatshoheit mindestens zwölf Jahre in diesen Gebietsteilen wohnten; oder wenn
- c) diese Reichsangehörigen ihren Wohnsitz in diesen Gebietsteilen zum Zwecke der Militärflicht, infolge Teilnahme am Kriege, zum Zwecke der beruflichen Ausbildung oder infolge schwerer Krankheit aufgegeben hatten.

§ 3

(1) Die polnische Regierung wird die Anträge auf Erteilung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Ermächtigung bei den Personen, die durch alte, in die Zeit vor dem 2. Januar 1908 zurückreichende Familienbeziehungen mit diesen Gebietsteilen verknüpft sind, mit besonderem Wohlwollen behandeln.

2. — Seront considérés comme liens de famille au sens de l'alinéa 1, l'acquisition d'un bien de famille immobilier avant le 2 janvier 1908, l'acquisition d'un bien immobilier avant cette date par la famille de l'épouse, ou un domicile établi avant cette date par des descendants.

§ 4

Les ressortissants allemands âgés de plus de dix-huit ans qui ont, d'après les dispositions du présent article, acquis la nationalité polonaise, pourront opter pour la nationalité allemande pendant deux ans à dater du transfert de la souveraineté.

Article 26

§ 1

1. — Les ressortissants allemands nés dans la partie polonaise du territoire plébiscité de parents qui y étaient domiciliés au moment de la naissance, acquièrent de plein droit la nationalité polonaise et perdent la nationalité allemande si, à la date du transfert de la souveraineté, ils sont domiciliés dans la partie polonaise du territoire plébiscité.

2. — Pendant deux ans à dater du transfert de la souveraineté, ils pourront opter pour la nationalité allemande s'ils sont âgés de plus de dix-huit ans.

§ 2

Les ressortissants allemands qui, à la date du transfert de la souveraineté, n'ont pas leur domicile dans la partie polonaise du territoire plébiscité, acquièrent de plein droit la nationalité polonaise s'ils sont nés dans la partie polonaise du territoire plébiscité de parents qui y étaient domiciliés au moment de la naissance, pourvu qu'eux ou leurs épouses:

- aient des ascendants ou descendants qui, à la date du transfert de la souveraineté, ont dans le territoire plébiscité un domicile établi avant le 15 avril 1921, ou
- aient, à la date du transfert de la souveraineté, leur domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité au moins depuis le 15 avril 1921, ou
- aient eu, au moins pendant quinze ans, un domicile dans le territoire plébiscité, ou
- aient acquis dans la partie polonaise du territoire plébiscité, au moins deux ans avant la date du transfert de la souveraineté, un fonds ou une entreprise industrielle, à condition qu'ils exploitent le fonds ou dirigent l'entreprise personnellement.

§ 3

1. — Les personnes désignées au paragraphe 2 du présent article et âgées de plus de dix-huit ans pourront, pendant deux ans à dater du transfert de la souveraineté, renoncer à la nationalité polonaise. Par cette renonciation elles perdent la nationalité polonaise pour conserver la nationalité allemande.

2. — Si elles n'ont pas exercé leur droit de renonciation pendant ce délai de deux ans, elles gardent la nationalité allemande et perdent la

(2) Als Familienbeziehungen im Sinne des Abs. 1 gelten: ein vor dem 2. Januar 1908 erworbener Familienbesitz, ein vor dieser Zeit erworbenen Besitz der Familie der Ehefrau, oder ein vor dieser Zeit begründeter Wohnsitz der Verwandten aufsteigender Linie.

§ 4

Binnen zwei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit können die über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, die nach den Bestimmungen dieses Artikels die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren.

Artikel 26

§ 1

(1) Die deutschen Reichsangehörigen, die im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets von Eltern geboren sind, die zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten, erwerben von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen, wenn sie am Tage des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets haben.

(2) Binnen zwei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit können sie, wenn sie über 18 Jahre alt sind, für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren.

§ 2

Die deutschen Reichsangehörigen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz nicht im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets haben, erwerben von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit, wenn sie im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets von Eltern geboren sind, die zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten. Dies gilt jedoch nur, wenn sie oder ihre Ehefrauen:

- a) Verwandte auf- oder absteigender Linie haben, die beim Übergange der Staatshoheit einen vor dem 15. April 1921 begründeten Wohnsitz im Abstimmungsgebiete haben; oder
- b) beim Übergange der Staatshoheit mindestens seit dem 15. April 1921 ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben; oder
- c) mindestens 15 Jahre einen Wohnsitz im Abstimmungsgebiete hatten; oder
- d) mindestens zwei Jahre vor dem Übergange der Staatshoheit im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets Grundbesitz oder ein gewerbliches Unternehmen erworben haben, sofern sie den Grundbesitz selbst bewirtschaften oder das Unternehmen selbst leiten.

§ 3

(1) Die in § 2 dieses Artikels bezeichneten Personen können, wenn sie über achtzehn Jahre alt sind, binnen zwei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten. Sie verlieren durch diesen Verzicht die polnische Staatsangehörigkeit und behalten die deutsche Reichsangehörigkeit.

(2) Wird dieser Verzicht nicht innerhalb dieser zwei Jahre ausgesprochen, so behalten sie die deutsche Reichsangehörigkeit und verlieren die polnische

nationalité polonaise si, à l'expiration de ces deux ans, elles sont domiciliées en Allemagne et n'y ont pas demandé leur inscription aux registres du consulat polonais compétent *ratione loci*. Si elles ont demandé leur inscription aux registres du consulat polonais compétent *ratione loci*, elles gardent la nationalité polonaise et perdent la nationalité allemande.

3. — Si elles n'ont pas exercé leur droit de renonciation pendant ce délai de deux ans, elles gardent la nationalité polonaise et perdent la nationalité allemande si, à l'expiration de ces deux ans, elles sont domiciliées en Pologne. Si elles y ont demandé leur inscription aux registres du consulat allemand compétent *ratione loci*, elles gardent la nationalité allemande et perdent la nationalité polonaise.

4. — Les dispositions de la présente partie applicables à l'option, le sont également *mutatis mutandis* à la renonciation à la nationalité polonaise.

Article 27

§ 1

Les Polonais ressortissants allemands qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliés dans la partie allemande du territoire plébiscité, peuvent, s'ils sont âgés de plus de dix-huit ans, opter pour la nationalité polonaise pendant deux ans à dater du transfert de la souveraineté.

§ 2

Cette disposition est applicable aux Polonais ressortissants allemands qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliés en Allemagne, non compris la partie allemande du territoire plébiscité, s'ils sont nés dans le territoire plébiscité ou descendent de parents qui y sont nés.

§ 3

1. — Sont considérés comme Polonais au sens du présent article, les ressortissants allemands qui ont manifesté par leur attitude jusqu'au 1^{er} août 1921 qu'ils se comptaient comme Polonais.

2. — Pour les orphelins âgés de moins de dix-huit ans, l'attitude du dernier survivant des père et mère sera déterminante.

Article 28

Toutes les personnes nées dans le territoire plébiscité avant la date du transfert de la souveraineté et dont la nationalité ne peut être établie, sont considérées comme ressortissants de l'État auquel le lieu de leur naissance est attribué en raison du partage de la Haute Silésie.

Article 29

1. — Au sens des dispositions de la présente partie, on entend par domicile d'une personne le principal endroit de concentration de ses activités et intérêts, tant personnels qu'économiques.

2. — Si cette définition s'applique également à plusieurs endroits, la déclaration de volonté de la personne en question sera décisive. Cette déclaration doit être faite dans les six mois à dater du transfert de la souveraineté, soit devant l'autorité

Staatsangehörigkeit, wenn sie bei Ablauf der zweijährigen Frist ihren Wohnsitz in Deutschland haben und dort nicht ihre Eintragung in die Register des örtlich zuständigen polnischen Konsulats beantragen. Wenn sie ihre Eintragung in die Register des örtlich zuständigen polnischen Konsulats beantragen, behalten sie die polnische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.

(3) Wird der Verzicht nicht innerhalb dieser zwei Jahre ausgesprochen, so behalten sie die polnische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit, wenn sie bei Ablauf der zweijährigen Frist ihren Wohnsitz in Polen haben. Wenn sie dort ihre Eintragung in die Register des örtlich zuständigen deutschen Konsulats beantragen, behalten sie die deutsche Reichsangehörigkeit und verlieren die polnische Staatsangehörigkeit.

(4) Die Bestimmungen dieses Teiles, die sich auf die Option beziehen, gelten entsprechend für den Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit.

Artikel 27

§ 1

Polen deutscher Reichsangehörigkeit, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben, können, wenn sie über achtzehn Jahre alt sind, binnen zwei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit für die polnische Staatsangehörigkeit optieren.

§ 2

Das gleiche gilt für die Polen deutscher Reichsangehörigkeit, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz außerhalb des Abstimmungsgebiets in Deutschland haben, wenn sie im Abstimmungsgebiete geboren sind oder von Eltern abstammen, die dort geboren sind.

§ 3

(1) Als Polen im Sinne dieses Artikels sind die deutschen Reichsangehörigen anzusehen, die durch ihr Verhalten bis zum 1. August 1921 befunden haben, daß sie sich dem polnischen Volkstum zurechnen.

(2) Bei minderjährigen Waisen unter achtzehn Jahren ist das Verhalten des zuletzt verstorbenen Elternteils maßgebend.

Artikel 28

Alle im Abstimmungsgebiete vor dem Übergange der Staatshoheit geborenen Personen, deren Zugehörigkeit zu einem Staat sich nicht feststellen läßt, gelten als Angehörige des Staates, an den der Geburtsort infolge der Teilung Oberschlesiens fällt.

Artikel 29

(1) Im Sinne der Bestimmungen dieses Teiles gilt als Wohnsitz einer Person der Ort, an dem der Schwerpunkt ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse liegt.

(2) Trifft dies auf mehrere Orte zu, so entscheidet die Willenserklärung der betreffenden Person. Diese Erklärung ist binnen 6 Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit wahlweise gegenüber der zuständigen deutschen oder gegenüber der polnischen Be-

allemande compétente, soit devant l'autorité polonoise compétente. Elle doit être consignée dans un procès-verbal ou faite sous forme d'acte légalisé. Elle sera portée sans retard à la connaissance du Gouvernement de l'autre État.

3. — Si aucune déclaration n'est faite dans le délai prévu de six mois, il ne sera pas tenu compte d'un domicile qui ferait acquérir de plein droit la nationalité polonoise d'après les dispositions de la présente partie.

Article 30

1. — Si une personne établit d'une manière plausible qu'elle a abandonné après le 9 novembre 1918 son domicile situé soit dans la partie polonoise, soit dans la partie allemande du territoire plébiscité, à la suite d'un ordre de quitter la localité ou le pays, ou par suite d'une contrainte physique ou d'une menace directe contre sa personne ou ses biens, et si elle établit qu'elle a réintégré son ancien domicile dans un délai de dix-huit mois à dater du transfert de la souveraineté, elle sera considérée comme n'ayant jamais quitté son domicile.

2. — Une personne qui aura transféré sa résidence de l'une des deux parties du territoire plébiscité dans l'autre après le 9 novembre 1918, sera, en cas de doute, considérée comme n'ayant pas changé de domicile.

hörde zu Protokoll oder in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Sie ist unverzüglich der Regierung des anderen Staates mitzuteilen.

(3) Wird innerhalb der Frist von 6 Monaten keine Erklärung abgegeben, so wird der Wohnsitz nicht berücksichtigt, der nach den Bestimmungen dieses Teiles den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit von Rechts wegen begründen würde.

Artikel 30

(1) Wer glaubhaft macht, daß er infolge einer Anordnung, den Ort oder das Land zu verlassen, infolge körperlichen Zwanges oder infolge unmittelbarer Bedrohung seiner Person oder seines Vermögens nach dem 9. November 1918 seinen Wohnsitz im polnischen oder im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets aufgegeben und ihn innerhalb 18 Monaten nach dem Tage des Überganges der Staatshoheit dahin zurückverlegt hat, ist so anzusehen, als hätte er seinen Wohnsitz nicht verlassen.

(2) Wer nach dem 9. November 1918 seinen Aufenthalt vom Orte des Wohnsitzes in dem einen Teile des Abstimmungsgebiets nach dem anderen Teile verlegt hat, ist im Zweifel so zu behandeln, als hätte er seinen Wohnsitz nicht aufgegeben.

Titre II

**Effets du changement de nationalité
à l'égard de l'épouse, des enfants et
des personnes sous tutelle**

Article 31

1. — En cas de changement de nationalité intervenant de plein droit, les enfants légitimes âgés au moins de dix-huit ans dont les parents sont tous deux en vie, acquièrent la nationalité de celui des parents auquel revient la représentation légale. Si un seul des parents est en vie, l'enfant acquiert sa nationalité. Si les parents sont tous deux en vie, mais sont tous deux privés de la représentation légale, l'enfant acquiert la nationalité du père.

2. — Les enfants naturels âgés de moins de dix-huit ans acquièrent la nationalité de la mère.

3. — Un mineur âgé de plus de dix-huit ans, vivant avec son père ou sa mère, est assimilé à un mineur qui n'a pas encore atteint l'âge de dix-huit ans révolus.

4. — L'épouse acquiert la nationalité de son mari.

Article 32**§ 1**

1. — L'option du mari étend ses effets à son épouse ; celle des parents, à leurs enfants âgés de moins de dix-huit ans.

2. — Dans le cas de mineurs orphelins âgés de moins de dix-huit ans, ou de personnes définitivement ou provisoirement interdites, le droit d'option est exercé par leur représentant légal.

§ 2

1. — Les enfants âgés de moins de dix-huit ans pour lesquels les parents ont exercé leur droit d'option ont, pendant le délai d'option, un droit de révocation s'ils atteignent l'âge de dix-huit ans révolus avant l'expiration de ce délai.

2. — Il en est de même des autres personnes au nom desquelles leur représentant légal a exercé le droit d'option, dans le cas où la représentation légale a pris fin avant l'expiration du délai d'option, ainsi que des femmes dont le mariage est dissous avant l'expiration de ce délai.

3. — Les dispositions de la présente partie relatives à l'option sont applicables *mutatis mutandis* à la révocation.

Titel II

Wirkung des Staatsangehörigkeitswechsels für Ehefrau, Kinder und Pflegebefohlene

Artikel 31

(1) Beim Wechsel der Staatsangehörigkeit von Rechts wegen erwerben eheliche Kinder unter achtzehn Jahren, deren Eltern beide leben, die Staatsangehörigkeit des Vaters oder der Mutter, je nachdem dem Vater oder der Mutter die gesetzliche Vertretung zusteht. Lebt nur der Vater oder nur die Mutter, so erwirbt das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters oder der Mutter. Leben beide Eltern, ohne die gesetzliche Vertretung zu haben, so erwirbt das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters.

(2) Uneheliche Minderjährige unter achtzehn Jahren erwerben die Staatsangehörigkeit der Mutter.

(3) Ein zum Haushalte des Vaters oder der Mutter gehöriger Minderjähriger über achtzehn Jahre steht einem Minderjährigen gleich, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

(4) Die Ehefrau erwirbt die Staatsangehörigkeit ihres Ehemannes.

Artikel 32**§ 1**

(1) Die Option des Ehemanns erstreckt ihre Wirkung auf die Ehefrau, die Option der Eltern auf die Kinder unter achtzehn Jahren.

(2) Für elternlose Minderjährige unter achtzehn Jahren sowie für Personen, die entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind, wird das Optionsrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

§ 2

(1) Kindern unter achtzehn Jahren, für die ihre Eltern das Optionsrecht ausgeübt haben, steht innerhalb der Optionsfrist ein Widerrufsrecht zu, wenn sie vor Ablauf dieser Frist das achtzehnte Lebensjahr vollenden.

(2) Diese Vorschrift findet entsprechende Anwendung auf andere Personen, für die ihr gesetzlicher Vertreter das Optionsrecht ausgeübt hat, wenn die gesetzliche Vertretung vor Ablauf der Optionsfrist fortfällt, sowie auf Ehefrauen, deren Ehe vor Ablauf dieser Frist aufgelöst worden ist.

(3) Die Bestimmungen dieses Teiles, die sich auf die Option beziehen, finden entsprechende Anwendung auf den Widerruf der Option.

Titre III**Droits des personnes qui ont opté****Article 33**

1. — Les personnes qui, conformément aux dispositions de la présente Convention, ont opté pour une nationalité, peuvent, pendant douze mois à dater de la délivrance de leur Acte d'option, transférer leur domicile dans le territoire de l'État en faveur duquel elles ont opté.

2. — Elles peuvent conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'État où elles avaient leur domicile antérieurement à leur option.

3. — Elles peuvent, dans le délai prévu à l'alinéa 1, emporter leurs biens meubles de toute nature en franchise de douane dans le pays pour lequel elles ont opté, et sont exemptées à cet égard de tous droits de sortie ou taxes, s'il y en a.

Article 34

Le droit des personnes qui ont opté, de conserver des biens immobiliers dans l'État dont elles cessent d'être ressortissants en raison de leur option, ne peut être préjudiciable d'une manière quelconque par des lois, ordonnances ou autres prescriptions, qui ne seraient pas applicables aux nationaux de l'État qui les édicte. Le seul fait que la personne qui a opté transfère son domicile ou sa résidence dans le territoire de l'État en faveur duquel elle a opté, ne permet en aucun cas aux Parties contractantes de le préjudicier par des lois, ordonnances ou autres prescriptions, dans l'exercice de ses droits de propriété.

Article 35**§ 1**

1. — Aucune interdiction d'exportation, ou aucune autre mesure législative ou administrative, ne peut limiter en quoi que ce soit pour les personnes qui, conformément à l'article 33, transfèrent leur domicile dans le territoire de l'État en faveur duquel elles ont opté, le droit d'exporter à l'occasion de ce transfert leur biens meubles, soit en les emportant avec elles, soit en les expédiant de la manière qui leur paraît la plus appropriée.

2. — Aucune taxe ne sera perçue pour les services rendus par les autorités dont l'intervention est requise, à l'occasion de ce transfert, par les lois, ordonnances ou autres prescriptions officielles.

§ 2

1. — L'autorisation accordée aux personnes qui ont opté d'emporter leurs biens meubles, ne s'étend pas

- a) aux armes à feu, à l'exception des fusils de chasse et des revolvers que la loi permet de posséder;
- b) aux explosifs;
- c) aux produits agricoles qui, à la date du transfert de la souveraineté, étaient soumis au système centralisé d'exploitation et le sont encore au moment de l'émigration.

2. — Le droit d'emporter les biens meubles ne doit pas être exercé d'une manière abusive. En particulier, il ne peut avoir pour résultat de dégarnir des entreprises productives de leur maté-

Titel III**Rechte der Optanten****Artikel 33**

(1) Den Personen, die von einem in diesem Abkommen vorgesehenen Optionsrechte Gebrauch gemacht haben, steht es frei, bis zum Ablauf von zwölf Monaten nach Aushändigung der Optionsurkunde ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben.

(2) Sie dürfen das unbewegliche Gut behalten, das sie im Gebiete des Staates besitzen, in dem sie vor der Option wohnten.

(3) Sie dürfen innerhalb der im Abs. 1 bezeichneten Frist ihr gesamtes bewegliches Gut zollfrei in das Land mitnehmen, für das sie optiert haben. Etwa bestehende Ausfuhrzölle oder -gebühren dürfen von ihnen nicht erhoben werden.

Artikel 34

Das Recht der Optanten, unbewegliches Vermögen in dem Lande zu behalten, dessen Staatsangehörigkeit sie durch die Option verlieren, darf durch keine Gesetze, Verordnungen und sonstige Vorschriften beeinträchtigt werden, die nicht auf die eigenen Staatsangehörigen Anwendung finden. Aus der Tatsache, daß der Optant seinen Wohnsitz oder Aufenthalt in das Gebiet des Staates verlegt, für den er optiert hat, darf ihm bei Ausübung seines Eigentumsrechts durch die Gesetze, Verordnungen oder sonstigen Vorschriften der vertragsschließenden Teile keinerlei Nachteil erwachsen.

Artikel 35**§ 1**

(1) Keinerlei Ausfuhrverbote oder sonstige gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen dürfen die Personen, die gemäß Artikel 33 ihren Wohnsitz in das Gebiet des Staates verlegen, für den sie optiert haben, in dem Rechte beschränken, anlässlich ihres Wegzugs ihre bewegliche Habe persönlich mitzunehmen oder auf andere ihnen geeignet erscheinende Weise auszuführen.

(2) Für eine amtliche oder behördliche Tätigkeit, die nach den Gesetzen, Verordnungen oder sonstigen Vorschriften zur Abwanderung erforderlich ist, dürfen Gebühren nicht erhoben werden.

§ 2

(1) Das Recht der Optanten, ihre bewegliche Habe mitzunehmen, erstreckt sich nicht auf:

- a) Feuerwaffen mit Ausnahme von Jagdgewehren und Revolvern, deren Besitz nach den Landesgesetzen gestattet ist,
- b) Sprengstoffe,
- c) Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die am Tage des Überganges der Staatshoheit und der Auswanderung der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen.

(2) Das Recht zur Mitnahme der beweglichen Habe darf nicht missbräuchlich ausgeübt werden. Es darf insbesondere nicht zur Entblößung produktiver Unternehmungen von ihrem Betriebsmaterial füh-

riel d'exploitation. Des accaparements excessifs en vue du déménagement sont également interdits

§ 3

1. — Les autorités peuvent exiger que toute personne abandonnant, en raison de son option, le pays dont elle cesse d'être ressortissant, prouve son droit de propriété sur les objets qu'elle désire emporter en faisant une déclaration solennelle tenant lieu de serment. D'autres moyens de preuves peuvent être exigés si la nature ou la quantité des objets à emporter fait légitimement soupçonner qu'ils n'appartiennent pas à la personne qui a opté.

2. — La violation de serment ou d'une déclaration solennelle tenant lieu de serment, est punissable dans l'autre État de la même manière que si la déclaration ou le serment avait été fait devant une de ses autorités.

3. — Les tribunaux et les ministères publics des deux États se prêteront directement mutuelle assistance pour la poursuite des délits mentionnés à l'alinéa 2. Le résultat des poursuites sera communiqué à l'État qui les a provoquées.

Article 36

1. — Les personnes qui ont acquis la nationalité de l'une des deux Parties contractantes par voie d'option et transfèrent leur domicile dans l'État en faveur duquel elles ont opté, sont exemptées de toute caution garantissant le paiement d'impôts futurs à l'État dont elles cessent d'être ressortissants, ainsi que de tous droits ou taxes imposés aux émigrants.

2. — De plus, elles sont exemptées de toute caution garantissant le paiement du *Reichsnopfer*, ainsi que de la *danina*, dans le cas où celle-ci serait introduite en Haute Silésie polonoise.

3. — L'impôt est futur au sens de l'alinéa 1, quand les conditions requises par la loi pour la naissance du droit de l'État à l'impôt ne se réalisent qu'après la fin du mois pendant lequel l'émigration a lieu.

Article 37

Les personnes ayant le droit d'opter qui, pendant le délai prévu pour l'option, perdent, pour une raison étrangère à l'option, leur nationalité au profit de la nationalité qu'elles auraient pu acquérir en optant, bénéficient des mêmes droits que ceux que les articles 33 à 36 confèrent aux personnes qui ont opté. Le délai fixé à l'article 33, alinéa 1, court dans ce cas à dater de la perte de la nationalité.

Article 38

L'organisation pratique de l'émigration et de l'immigration des personnes qui ont opté sera réglée, s'il y a lieu, par voie d'accord entre les deux Gouvernements.

Article 39

Les Parties contractantes s'engagent à n'apporter aucune entrave à l'exercice du droit d'option prévu dans la présente Convention, permettant aux intéressés d'acquérir soit la nationalité allemande, soit la nationalité polonaise.

ren; auch übermäßige Aufzäufe im Hinblick auf die Auswanderung sind verboten.

§ 3

(1) Die Behörden dürfen von auswandernden Optanten zum Beweise ihres Eigentums an den auszuführenden Gegenständen die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung fordern. Es können auch andere Beweismittel verlangt werden, wenn wegen der Art oder Menge der Gegenstände begründeter Verdacht besteht, daß sie nicht im Eigentum des Optanten stehen.

(2) Die Verletzung der Eidespflicht oder die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung ist in dem andern Staate ebenso strafbar, als wenn die Eidesleistung oder die Versicherung vor einer inländischen Behörde erfolgt wäre.

(3) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften der beiden Staaten leisten sich bei der Verfolgung der im Abs. 2 bezeichneten Vergehen unmittelbar Rechtshilfe. Von dem Ergebnis des Verfahrens ist dem antragstellenden Staate Mitteilung zu machen.

Artikel 36

(1) Personen, die in Ausübung des Optionsrechts die Staatsangehörigkeit eines der vertragschließenden Teile erworben haben, und ihren Wohnsitz in den Staat verlegen, für den sie optiert haben, sind von jeder Sicherheitsleistung für künftige Steueransprüche des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie durch die Option verlieren, sowie von der Erhebung von Steuern und Abgaben für Auswanderer befreit.

(2) Sie sind ferner von jeder Sicherheitsleistung für das Reichsnopfer und für die Danina, falls diese in Polnisch-Oberschlesien eingeführt werden sollte, befreit.

(3) Künftige Steueransprüche im Sinne des Abs. 1 sind Steueransprüche, die nicht bis zum Ablaufe des Monats, in dem die Abwanderung erfolgt, entstanden sind.

Artikel 37

Optionsberechtigte, die innerhalb der Optionsfrist ihre Staatsangehörigkeit aus anderen Gründen als durch die Ausübung ihres Optionsrechts zu Gunsten der Staatsangehörigkeit verlieren, die sie durch die Option erworben hätten, haben die in den Artikeln 33 bis 36 den Optanten gegebenen Rechte. Die im Artikel 33 Abs. 1 bezeichnete Frist beginnt in diesem Falle mit dem Tage des Verlustes der Staatsangehörigkeit.

Artikel 38

Die technische Durchführung des Abzugs und Zugangs der Optanten wird erforderlichenfalls durch Vereinbarung der beiden Regierungen geregelt werden.

Artikel 39

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Ausübung des in diesem Abkommen vorgesehenen Optionsrechts, kraft dessen es den berechtigten Personen freisteht, die deutsche Reichsangehörigkeit oder die polnische Staatsangehörigkeit zu erwerben oder nicht, durch keinerlei Hindernisse zu beeinträchtigen.

Titre IV**Droit de conserver le domicile****Article 40**

1. — Les personnes qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliées dans la partie polonaise du territoire plébiscité et ont opté pour la nationalité allemande sans changer de domicile, ainsi que les ressortissants allemands qui ont établi leur domicile dans la partie polonaise du territoire plébiscité entre le 2 janvier 1908 et le 1^{er} janvier 1922, ont le droit de conserver leur domicile en Haute Silésie polonaise pendant quinze ans à dater du transfert de la souveraineté.

2. — Il en est de même des personnes qui, sans avoir exercé leur droit d'option en faveur de l'Allemagne, ont, pendant le délai d'option, acquis d'une autre manière la nationalité allemande et perdu la nationalité polonaise, tout en conservant leur domicile en Haute Silésie polonaise.

Article 41

1. — Les Polonais ressortissants allemands qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliés dans la partie allemande du territoire plébiscité et ont opté pour la nationalité polonaise sans transférer leur domicile en Pologne, ont le droit de conserver leur domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité pendant quinze ans à dater du transfert de la souveraineté.

2. — Il en est de même des personnes qui, sans avoir exercé leur droit d'option en faveur de la Pologne, ont, pendant le délai d'option, acquis d'une autre manière la nationalité polonaise et perdu la nationalité allemande, tout en conservant leur domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité.

3. — La disposition de l'alinéa 1 s'applique à tous les autres ressortissants polonais qui, à la date du transfert de la souveraineté, sont domiciliés dans la partie allemande du territoire plébiscité et l'ont été au moins depuis le 1^{er} janvier 1922.

Article 42

1. — Le droit du mari de conserver son domicile s'étend à son épouse; celui des parents, à leurs enfants légitimes mineurs; celui de la mère, à ses enfants illégitimes mineurs; celui de leur représentant légal, aux orphelins mineurs.

2. — Dans les cas où le Code civil allemand reconnaît à des mineurs la faculté d'établir eux-mêmes un domicile, c'est ce domicile qu'ils pourront conserver.

3. — Ont un droit propre de conserver leur domicile: l'épouse, à partir du moment où son mariage est dissous, et les enfants, à partir du moment où ils atteignent l'âge de la majorité.

Titel IV**Wohnrecht****Artikel 40**

(1) Die Personen, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien haben und die für Deutschland optiert haben, ohne ihren Wohnsitz nach dort zu verlegen, sowie die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz zwischen dem 2. Januar 1908 und dem 1. Januar 1922 in Polnisch-Oberschlesien begründet haben, sind berechtigt, ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien während eines Zeitraums von 15 Jahren vom Übergange der Staatshoheit ab zu behalten.

(2) Das gleiche gilt für die Personen, die ihr Recht, für Deutschland zu optieren, nicht ausgeübt, jedoch innerhalb der Optionsfrist auf andere Weise die deutsche Reichsangehörigkeit unter Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit erworben und ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien behalten haben.

Artikel 41

(1) Polen deutscher Reichsangehörigkeit, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben und die für Polen optiert haben, ohne ihren Wohnsitz nach Polen zu verlegen, sind berechtigt, ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets während eines Zeitraums von 15 Jahren vom Übergange der Staatshoheit ab zu behalten.

(2) Das gleiche gilt für Personen, die ihr Recht, für Polen zu optieren, nicht ausgeübt, jedoch innerhalb der Optionsfrist auf andere Weise die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit erworben und ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets behalten haben.

(3) Die Bestimmung des Abs. 1 bezieht sich auch auf alle anderen polnischen Staatsangehörigen, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben und spätestens seit dem 1. Januar 1922 hatten.

Artikel 42

(1) Ehefrauen teilen das Wohnrecht des Ehemannes, minderjährige eheliche Kinder das Wohnrecht der Eltern, minderjährige uneheliche Kinder das Wohnrecht der Mutter, minderjährige Waisen das Wohnrecht ihres gesetzlichen Vertreters.

(2) Insofern Minderjährige nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs einen eigenen Wohnsitz begründen können, ist dieser Wohnsitz für ihr Wohnrecht maßgebend.

(3) Wird die Ehe aufgelöst, oder werden minderjährige Kinder volljährig, so entsteht ein eigenes Wohnrecht der Ehefrau oder der Kinder.

Article 43

§ 1

1. — En ce qui concerne l'exercice de bonne foi de la profession ou activité lucrative à laquelle elles se livraient lors du transfert de la souveraineté, les personnes possédant le droit de conserver leur domicile ne seront soumises, sans préjudice des dispositions spéciales de la présente Convention, qu'aux restrictions légales applicables aux étrangers conformément à la législation en vigueur dans le territoire plébiscité à la date du transfert de la souveraineté. Pour le reste, ces personnes seront uniquement soumises aux lois auxquelles sont soumis les ressortissants du pays. Si la profession ou activité lucrative dépend localement d'une entreprise quelconque, le fait d'une extension de bonne foi de cette entreprise n'empêche pas l'application de la présente disposition.

2. — Il en est de même dans le cas d'une entreprise nouvellement créée, à condition qu'elle en remplace une ancienne de la même espèce et qu'on puisse admettre que le remplacement est conforme aux principes reconnus de loyauté et de confiance réciproques.

§ 2

Les dispositions du paragraphe 1 sont aussi applicables aux personnes possédant le droit de conserver leur domicile qui, après le transfert de la souveraineté, reprennent une entreprise de leurs parents qui possédaient eux-mêmes le droit de conserver leur domicile, ainsi qu'aux personnes possédant le droit de conserver leur domicile qui, à la date du transfert de la souveraineté, avaient déjà commencé à se préparer à une profession déterminée.

§ 3

Lorsque les personnes possédant le droit de conserver leur domicile abandonnent ce domicile pour s'établir dans le territoire de l'Etat dont elles sont ressortissantes, elles sont soumises aux lois relatives à l'émigration applicables aux nationaux à la date du transfert de la souveraineté dans le territoire plébiscité, ou aux lois publiées ultérieurement, si ces dernières leur sont plus favorables. Toutefois, une caution garantissant le paiement d'impôts futurs ne pourra être exigée de ces personnes que lorsque les conditions requises pour la naissance du droit de l'Etat à ces impôts se réalisent au cours du trimestre pendant lequel l'émigration a lieu.

Article 44

Le droit qu'ont des personnes de conserver leur domicile n'exclut pas le droit des Parties contractantes de leur interdire le séjour dans leur territoire pour des raisons de sécurité intérieure ou extérieure de l'Etat, ou pour toute autre raison de police et en particulier d'hygiène publique, de police des mœurs ou d'assistance publique.

Article 45

Le droit de conserver son domicile dans un territoire s'éteint par l'abandon du domicile dans ce territoire.

Artikel 43

§ 1

(1) Vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Abkommens unterliegen die Wohnberechtigten bei der redlichen Ausübung des Berufs oder der Erwerbstätigkeit, denen sie beim Übergange der Staats- hoheit nachgingen, nur den gesetzlichen Beschränkungen, die nach den zur Zeit des Überganges der Staats- hoheit im Abstimmungsgebiete geltenden Gesetzen auf Ausländer Anwendung finden. Im übrigen sind sie nur den gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, die für die eigenen Staatsangehörigen gelten. Ist der Beruf oder die Erwerbstätigkeit mit einem Betriebe verbunden, so hindert die redliche Erweiterung des Betriebs nicht die Anwendung dieser Bestimmung.

(2) Auf die Errichtung eines neuen selbständigen Betriebs findet die Bestimmung des Abs. 1 nur Anwendung, wenn der neue Betrieb einen alten der- selben Art ersetzt, und wenn anzunehmen ist, daß der Ersatz den Grundsäzen von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte entspricht.

§ 2

Die Bestimmungen des § 1 finden auch Anwendung auf die Wohnberechtigten, die nach dem Übergange der Staatshoheit den Betrieb ihrer wohnberechtigten Eltern übernehmen, sowie auf die Wohnberechtigten, die beim Übergange der Staatshoheit die Ausbildung zu einem bestimmten Berufe bereits begonnen hatten.

§ 3

Die Wohnberechtigten sind bei der Auswanderung in den Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie be- sitzen, nach den beim Übergange der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete für Inländer geltenden Ge- setzen zu behandeln oder, falls diese günstiger sind, nach den später erlassenen Gesetzen. Es kann von ihnen jedoch nur eine Sicherheitsleistung für fünfjährige Steueransprüche verlangt werden, soweit diese Steuer ansprüche in dem Kalendervierteljahr entstehen, in dem die Auswanderung erfolgt.

Artikel 44

Das Wohnrecht schließt das Recht der vertrag- schließenden Teile nicht aus, den Wohnberechtigten aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates oder aus anderen polizeilichen Gründen, insbesondere aus Gründen der Gesundheits-, Sitten- oder Armenpolizei, den Aufenthalt in ihrem Gebiete zu versagen.

Artikel 45

Das Wohnrecht erlischt, wenn der Wohnberechtigte seinen Wohnsitz aus dem Gebiete, in dem er wohnbe- rechtigt ist, verlegt.

Titre V**Procédure d'option****Article 46**

1. — Les autorités compétentes pour recevoir les déclarations d'option sont appelées dans la présente Convention: Bureaux des options. Ces autorités sont désignées par l'autorité centrale de chacune des Parties contractantes. Les désignations doivent être communiquées à l'autre Partie.

2. — Toute déclaration d'option doit être remise à un Bureau des options de l'Etat en faveur duquel intervient l'option

3. — Les Bureaux sont compétents *ratione loci*; c'est le domicile de l'optant qui décide, et, à défaut de domicile proprement dit, sa résidence.

4. — Si un Bureau des options incomptént reçoit la déclaration d'option, il doit la transmettre sans délai au Bureau compétent. La déclaration est dans ce cas censée avoir été remise le jour où le premier Bureau l'a reçue.

Article 47

1. — La déclaration d'option doit se faire soit par écrit, soit par procès-verbal. Les modèles figurant aux annexes A et B sont recommandés. La signature de la déclaration d'option écrite doit être légalisée.

2. — Il sera accusé réception de la déclaration d'option sans délai et par écrit à l'intéressé, alors même que le Bureau des options qui l'a reçue serait incomptént.

Article 48

1. — Une personne qui a fait sa déclaration d'option peut en demander l'annulation pendant deux mois si, au moment où elle a fait sa déclaration, elle ne jouissait pas de toute la liberté de sa volonté pour cause de maladie mentale, d'ivresse ou de menaces, ou en raison d'une pression illicite de la part d'une autorité.

2. — La demande d'annulation doit être adressée au Bureau qui a reçu la déclaration d'option.

Article 49**§ 1**

1. — Les deux Gouvernements s'aviseront réciprocement de toutes les déclarations d'option reçues par leurs Bureaux des options, deux semaines au plus après leur réception. Les détails seront fixés, s'il y a lieu, par voie d'accord spécial entre les deux Gouvernements.

2. — Les déclarations d'option remises aux Bureaux allemands seront, en attendant, portées à la connaissance du Voïvode de Silésie, et celles qui auront été remises aux Bureaux polonais seront portées à la connaissance du *Regierungspräsident* à Oppeln.

Titel V**Optionsverfahren****Artikel 46**

(1) Die Behörden, die zur Entgegennahme der Optionserklärungen zuständig sind, heißen in diesem Abkommen Optionsbehörden. Diese Behörden werden von der Zentralbehörde jedes vertragschließenden Teiles bestimmt und dem anderen Teile mitgeteilt.

(2) Die Optionserklärung wird bei der Optionsbehörde des Staates abgegeben, dessen Staatsangehörigkeit durch die Option gewählt werden soll.

(3) Die örtliche Zuständigkeit der Optionsbehörden wird durch den Wohnsitz des Optionsberechtigten zur Zeit der Abgabe der Optionserklärung bestimmt; in Ermangelung eines Wohnsitzes ist der Aufenthaltsort maßgebend.

(4) Wird die Optionserklärung vor einer örtlich unzuständigen Optionsbehörde abgegeben, so ist sie von dieser unverzüglich an die örtlich zuständige Optionsbehörde weiterzuleiten. Sie gilt in diesem Falle als an dem Zeitpunkt abgegeben, an dem die erste Optionsbehörde sie erhalten hat.

Artikel 47

(1) Die Optionserklärung ist in schriftlicher Form oder zu Protokoll abzugeben. Die in Anlage A und B beigefügten Muster werden empfohlen. Die Unterschrift unter der schriftlichen Optionserklärung muß amtlich beglaubigt sein.

(2) Dem Optanten ist die Abgabe seiner Optionserklärung unverzüglich schriftlich zu bestätigen, auch wenn die Optionsbehörde, vor der sie abgegeben worden ist, örtlich nicht zuständig war.

Artikel 48

(1) Der Optant kann die Optionserklärung binnen zwei Monaten nach ihrer Abgabe anfechten, wenn seine freie Willensbestimmung bei Abgabe der Erklärung durch Geisteskrankheit, Trunkenheit, Bedrohung oder durch unzulässigen behördlichen Druck beeinträchtigt war.

(2) Die Anfechtung erfolgt durch Erklärung gegenüber der Optionsbehörde, bei der die Optionserklärung abgegeben worden ist.

Artikel 49**§ 1**

(1) Beide Regierungen werden sich gegenseitig von allen bei ihren Optionsbehörden abgegebenen Optionserklärungen spätestens zwei Wochen nach ihrem Eingang Mitteilung machen. Das nähere wird erforderlichenfalls durch besondere Vereinbarung der Regierungen geregelt werden.

(2) Bis dahin werden die bei deutschen Optionsbehörden abgegebenen Optionserklärungen dem Wojewoden von Schlesien, die bei polnischen Optionsbehörden abgegebenen Optionserklärungen dem Regierungspräsidenten in Oppeln mitgeteilt.

3. — Chaque Gouvernement peut, pendant un mois à dater de la réception de l'avis, contester le droit d'option auprès du Bureau de l'autre État qui a reçu la déclaration d'option.

§ 2

1. — Si les conditions requises pour la validité de l'option se trouvent remplies, le Bureau des options délivre à l'optant un Acte d'option. Le modèle figurant à l'annexe C est recommandé. L'Acte d'option doit faire mention des membres de la famille auxquels l'option étend ses effets. La date de la délivrance de l'Acte d'option doit être indiquée sur l'Acte lui-même par le fonctionnaire qui le remet à l'intéressé.

2. — L'option déploie ses effets à dater de la délivrance de l'Acte d'option.

Article 50

Seront suspendus pendant la période comprise entre la remise de la déclaration d'option et la délivrance de l'Acte d'option, les obligations de service militaire, les droits politiques, ainsi que la capacité d'assumer des fonctions publiques honorifiques ; toutefois, la suspension des droits politiques et l'incapacité d'assumer des fonctions publiques honorifiques ne datent que du jour où l'autorité compétente du pays auquel l'optant renonce en a avisé celui-ci.

Article 51

Toute l'activité des autorités et des bureaux en ce qui concerne les options, ainsi que les attestations destinées à prouver le droit d'option, sont gratuites, sans préjudice toutefois du droit des notaires de percevoir des taxes.

Article 52

Les parties contractantes donneront à leurs fonctionnaires les instructions nécessaires pour qu'ils activent autant que possible la procédure d'option et notamment l'établissement des pièces attestant la nationalité avant et après le transfert de la souveraineté.

Article 53

Dans le cas où la délivrance d'un Acte d'option aurait été obtenue par faux, par corruption, par violation de serment ou d'une déclaration tenant lieu de serment, ou par toute autre manœuvre dolosive, l'État en faveur duquel l'option est déclarée par cet Acte pourra l'annuler. Cette annulation aura effet rétroactif et devra être notifiée officiellement aux intéressés; elle sera portée à la connaissance de l'autre Gouvernement.

Article 54

Les dispositions du présent titre sont applicables *mutatis mutandis* à la renonciation à la nationalité polonaise.

(3) Jede Regierung hat das Recht, während eines Monats nach Eingang der Mitteilung Einspruch gegen das Optionsrecht bei der Optionsbehörde, bei der die Optionserklärung abgegeben worden ist, zu erheben.

§ 2

(1) Sind die Voraussetzungen für eine gültige Option erfüllt, so händigt die Optionsbehörde dem Optanten eine Optionsurkunde aus. Das Muster in der Anlage C wird empfohlen. In der Urkunde sollen auch die Familienmitglieder aufgeführt werden, auf die sich die Wirkung der Option erstreckt. Der Tag der Aushändigung soll von dem zustellenden Beamt auf der Optionsurkunde vermerkt werden.

(2) Die Wirkungen der Option treten mit der Aushändigung der Optionsurkunde ein.

Article 50

In der Zeit zwischen der Abgabe der Optionserklärung und der Aushändigung der Optionsurkunde ruhen die militärische Dienstpflicht der Optanten, ihre politischen Rechte, sowie ihre Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ehrenämter; das Ruhen der politischen Rechte und der Fähigkeit zur Bekleidung der Ehrenämter beginnt jedoch erst zu dem Zeitpunkte, an dem die zuständige Behörde des Staates, dessen Staatsangehörigkeit durch die Option verloren wird, den Optanten eine entsprechende Eröffnung zustellt.

Article 51

Die gesamte amtliche und behördliche Tätigkeit im Optionsverfahren, sowie die Ausstellung von Bescheinigungen zum Nachweise des Optionsrechts, wird unbeschadet des Rechts der Notare zur Gebührenerhebung unentgeltlich geleistet.

Article 52

Die vertragsschließenden Teile werden die erforderlichen Anweisungen geben, daß die das Optionsverfahren betreffenden Amtshandlungen, insbesondere auch die Ausstellung der Bescheinigungen über die Staatsangehörigkeit vor und nach dem Übergange der Staatshoheit, nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Article 53

Ist die Ausstellung einer Optionsurkunde durch Urkundenfälschung, Bestechung, Verleumdung der Eidespflicht oder durch arglistige Täuschung erschlichen worden, so ist der Staat, zu dessen Gunsten das Optionsrecht ausgeübt worden ist, berechtigt, die Optionsurkunde für ungültig zu erklären. Die Ungültigerklärung hat rückwirkende Kraft und ist den beteiligten Personen zugestellen; sie ist der Regierung des anderen Staates mitzuteilen.

Article 54

Die Bestimmungen dieses Titels finden auf den Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit entsprechende Anwendung.

Titre VI**Voies de recours****Article 55**

1. — Pour résoudre les différends relatifs à l'interprétation ou à l'exécution des dispositions de la présente partie, on créera auprès du Tribunal arbitral une Commission de conciliation en matière de nationalité.

2. — Cette Commission sera composée d'un délégué de chacun des deux Gouvernements.

Article 56**§ 1**

Peut en appeler à la Commission de conciliation en matière de nationalité, toute personne qui, en vertu de dispositions de la présente partie,

1^o revendique ou nie la nationalité polonaise ou la nationalité allemande, si une autorité administrative ou militaire refuse de reconnaître ses allégations concernant sa nationalité ;

2^o revendique le droit d'option ou le droit de conserver son domicile, si l'autorité compétente refuse de reconnaître l'un de ces droits ;

3^o prétend, par suite de mesures prises par une autorité, être lésée dans les droits résultant de son option ou de son droit de conserver son domicile. Cette disposition s'applique également aux personnes qui, pendant le délai prévu pour l'option, perdent leur nationalité au profit de la nationalité qu'elles auraient pu acquérir en optant ;

4^o a demandé l'annulation de sa déclaration d'option, si le Bureau des options a rejeté sa demande.

5^o fait valoir que sa nationalité n'a pas encore été déterminée par l'autorité compétente trois mois après que la question de nationalité s'est posée devant celle-ci, ou fait valoir qu'elle n'a pas reçu son Acte d'option trois mois après la remise de sa déclaration d'option.

§ 2

Les personnes qui, conformément aux dispositions de la présente partie, peuvent faire valablement des déclarations pour d'autres personnes, peuvent également en appeler en faveur de ces personnes à la Commission de conciliation en matière de nationalité.

Article 57

1. — Sitôt saisie d'une affaire, la Commission de conciliation en matière de nationalité en informe les deux Agents d'Etat. Elle doit s'employer à aplatiser les difficultés et doit éclaircir autant que possible les circonstances de l'affaire.

Titel VI**Rechtsmittel****Artikel 55**

(1) Zur Beilegung der Streitigkeiten über die Auslegung und Ausführung der Bestimmungen dieses Teils wird bei dem Schiedsgericht eine Schlichtungsstelle für Staatsangehörigkeitsfragen gebildet.

(2) Die Schlichtungsstelle besteht aus einem Beauftragten jeder der beiden Regierungen.

Artikel 56**§ 1**

Die Schlichtungsstelle kann anrufen, wer auf Grund der Bestimmungen dieses Teiles:

1. die deutsche oder die polnische Staatsangehörigkeit in Anspruch nimmt oder bestreitet, wenn eine Verwaltungsbehörde oder eine Militärbehörde seine Behauptungen über die Staatsangehörigkeit nicht anerkennt;
2. das Recht zu optieren oder das Wohnrecht in Anspruch nimmt, wenn die zuständige Behörde diese Rechte nicht anerkennt;
3. durch die Maßnahmen einer Behörde in den Rechten verletzt zu sein behauptet, die ihm als Optanten oder Wohnberechtigten zustehen. Dies gilt auch für Personen, die innerhalb der Optionsfrist ihre Staatsangehörigkeit zugunsten der Staatsangehörigkeit verlieren, die sie durch Ausübung des Optionsrechtes erworben hätten;
4. seine Optionserklärung angefochten hat, wenn die Optionsbehörde die Anfechtung zurücksweisen hat;
5. geltend macht, daß die Feststellung seiner Staatsangehörigkeit von der zuständigen Behörde nicht binnen drei Monaten erledigt worden ist, oder daß er drei Monate nach Abgabe der Optionserklärung die Optionsurkunde nicht erhalten hat.

§ 2

Die Personen, die gemäß den Bestimmungen dieses Teiles Erklärungen mit Wirkung für Dritte abgeben, sind ebenfalls berechtigt, zugunsten dieser Dritten die Schlichtungsstelle anzu rufen.

Artikel 57

(1) Sobald die Schlichtungsstelle angerufen worden ist, teilt sie dies den beiden Staatsvertretern mit. Sie hat auf eine Beilegung der Streitigkeiten hinzuwirken und, soweit als möglich, den Sachverhalt aufzuklären.

2. — Si l'autorité administrative compétente en matière de nationalité n'a pas encore pris position, la Commission de conciliation lui soumettra l'affaire pour avis, à la demande de l'un de ses deux membres.

3. — Le recours à la Commission de conciliation n'empêche pas les autorités compétentes du pays de décider sur le fond de l'affaire.

4. — Les autorités judiciaires et administratives doivent assistance à la Commission de conciliation.

Article 58

1. — Si la Commission de conciliation en matière de nationalité déclare aux intéressés qu'elle ne peut aplanir les difficultés, elle soumettra, à la demande d'un des intéressés, l'affaire au Tribunal arbitral.

2. — Dès qu'un des Agents d'Etat le demande, l'affaire doit être soumise au Tribunal arbitral.

3. — Lorsque l'affaire aura été soumise au Tribunal arbitral, l'Agent d'Etat sera tenu d'informer de ce fait l'autorité qui s'occupe de l'affaire. A partir de ce moment, celle-ci devra s'abstenir de toute décision relative à la question au sujet de laquelle le Tribunal arbitral aura à statuer.

Article 59

Dans les articles 55 à 58, le mot autorités ne comprend ni les tribunaux, ni les tribunaux administratifs, ni les autorités administratives qui ne reçoivent pas d'ordres par la voie hiérarchique.

Article 60

Si, au cas prévu à l'article 49, paragraphe 1, alinéa 3, les deux Gouvernements ne sont pas d'accord en ce qui concerne le droit d'option d'une personne, le Tribunal arbitral décidera sur la demande de l'un des deux Gouvernements.

Article 61

Si, au cas prévu à l'article 53, l'intéressé fait opposition à l'annulation de son Acte d'option trente jours au plus après que l'annulation lui a été notifiée, le Tribunal arbitral sera compétent pour décider.

Article 62

Les demandes en dommages-intérêts basées sur la violation de droits reconnus et protégés par des dispositions de la présente partie, ne rentrent pas dans la compétence du Tribunal arbitral.

Article 63

Lorsque la nationalité a été constatée par une décision, définitive et produisant ses effets *erga omnes*, d'un tribunal administratif, le Tribunal arbitral n'est pas compétent pour statuer sur la nationalité, même en cas d'évocation.

(2) Hat die für die Feststellung der Staatsangehörigkeit zuständige Behörde zu dem Falle noch nicht Stellung genommen, so legt die Schlichtungsstelle ihr auf Antrag eines ihrer Mitglieder die Angelegenheit zur Außerung vor.

(3) Die zuständigen Landesbehörden werden durch die Anrufung der Schlichtungsstelle nicht gehindert, in der Sache selbst zu entscheiden.

(4) Die Gerichte und Verwaltungsbehörden haben der Schlichtungsstelle Amtshilfe zu leisten.

Article 58

(1) Erklärt die Schlichtungsstelle den Beteiligten, daß sie die Streitigkeit nicht beilegen kann, so legt sie die Angelegenheit auf Antrag eines Beteiligten dem Schiedsgerichte vor.

(2) Die Angelegenheit ist dem Schiedsgerichte vorzulegen, sobald ein Staatsvertreter es beantragt.

(3) Wenn die Angelegenheit dem Schiedsgerichte vorgelegt worden ist, hat der Staatsvertreter dies der Behörde mitzuteilen, die mit der Sache befaßt ist. Diese hat sich von der Mitteilung an jeder Entscheidung über die Frage zu enthalten, über die das Schiedsgericht zu entscheiden hat.

Article 59

In den Artikeln 55 bis 58 bezieht sich das Wort Behörden weder auf die Gerichte noch auf Verwaltungsgerichte noch auf solche Verwaltungsbehörden, die keine Weisungen von einer vorgesetzten Behörde erhalten.

Article 60

Vermögen sich im Falle des Artikels 49 § 1 Abs. 3 die beiden Regierungen über die Optionsberechtigung einer Person nicht zu einigen, so entscheidet auf Antrag einer der beiden Regierungen das Schiedsgericht.

Article 61

Wenn im Falle des Artikels 53 die beteiligte Person der Ungültigkeitserklärung ihrer Optionsurkunde innerhalb dreißig Tagen nach der Zustellung der Ungültigkeitserklärung widerspricht, ist das Schiedsgericht zuständig zur Entscheidung über den Widerspruch.

Article 62

Die Klagen auf Schadensersatz, die auf die Verletzung der durch die Bestimmungen dieses Teiles gewährten Rechte gestützt werden, gehören nicht zur Zuständigkeit des Schiedsgerichts.

Article 63

Wenn die Staatsangehörigkeit durch das Urteil eines Verwaltungsgerichts mit absoluter Rechtskraft festgestellt worden ist, kann das Schiedsgericht, auch nicht im Wege der Evokation, über diese Staatsangehörigkeit entscheiden.

*Annexe A (Article 47)***Déclaration d'option**

Conformément à la Convention germano-polonoise relative à la Haute Silésie du 15 mai 1922, je déclare opter pour la nationalité.....

Prénoms et nom:

Date de naissance:

Prénoms et nom des parents:

Profession:

Domicile à la date du transfert de la souveraineté:

Domicile à la date de la déclaration d'option:

Nationalité à la veille du transfert de la souveraineté:

Nationalité à la date de la déclaration d'option:

La déclaration d'option étend ses effets aux personnes suivantes:

1. Mon épouse¹ (prénoms et nom, ainsi que nom de jeune fille)

née le à

2. Les enfants² (prénoms et nom, lieu et date de naissance)

Je présente à l'appui de mon droit d'option les documents suivants³: acte de naissance; le cas échéant, acte de baptême; acte de mariage; attestations de nationalité et de domicile.

Je demande qu'un Acte d'option me soit délivré.

Lieu et date:

Signture de l'optant:

(Légalisation).

¹⁾ La déclaration d'option n'étend ses effets à la femme que si le mariage n'est pas dissous au moment de la déclaration d'option.

²⁾ La déclaration d'option n'étend ses effets aux enfants mineurs qui atteignent l'âge de dix-huit ans révolus avant l'expiration du délai d'option, que s'ils ne contestent pas l'option, en ce qui les concerne, avant l'expiration de ce délai.

³⁾ A défaut de documents, il est permis de donner le nom de témoins ou de faire une déclaration solennelle tenant lieu de serment.

**Anlage A
(Artikel 47)****Optionserklärung**

Auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 optiere ich:

für

Vor- und Zuname:

Datum der Geburt:

Ort der Geburt:

Vor- und Zuname der Eltern:

Beruf:

Wohnsitz am Tage des Überganges der Staatshoheit:

Wohnsitz am Tage der Optionserklärung:

Staatsangehörigkeit am Tage vor dem Übergange der Staatshoheit:

Staatsangehörigkeit am Tage der Optionserklärung:

Die Optionserklärung erstreckt sich auf folgende Personen:

1. Meine Ehefrau¹⁾ (Vor- und Zuname sowie Mädchennname):

geboren am in

2. folgende Kinder²⁾ (Vor- und Zuname, Ort und Datum der Geburt):

Zur Begründung meines Optionsrechts lege ich folgende Urkunden³⁾ vor:

(Geburtschein, gegebenenfalls Tauffchein, Heiratsurkunde, Belege für die Staatsangehörigkeit, Belege für den Wohnsitz).

Ich bitte um Aushändigung einer Optionsurkunde.

Ort und Datum:

Unterschrift des Optionsberechtigten

(Beglaubigung)

¹⁾ Die Optionserklärung erstreckt sich auf die Ehefrau nur, wenn die Ehe zur Zeit der Abgabe der Optionserklärung noch besteht.

²⁾ Die Optionserklärung erstreckt sich auf Kinder, die bis zum Tage des Ablaufs der Optionsfrist das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, nur, wenn sie nicht vor Ablauf dieser Frist die Option für ihre Person widerrufen.

³⁾ In Ermangelung von Urkunden ist Benennung von Zeugen oder Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung zulässig.

Annexe B (Article 47)

Procès-verbal

Nom et siège de l'autorité :
Registre journalier N°.....

Par devant le fonctionnaire soussigné, a comparu

M..... (prénoms et nom).....

Nationalité à la date de la déclaration d'option :

Nationalité à la veille du transfert de la souveraineté :

Profession :

Né le à (cercle, Etat).

Fils de..... (prénoms et nom des parents)....
Fille

Domicilié à (cercle, Etat).

Connu personnellement — qui justifie de son identité par et a déclaré :

« Conformément à la Convention germano-polonaise relative à la Haute Silesie du 15 mai 1922, je déclare opter pour la nationalité.....

La déclaration d'option étend ses effets aux personnes suivantes :

1. Mon épouse¹ (prénoms et nom, ainsi que nom de jeune fille)

2. Les enfants² (prénoms et nom, lieu et date de naissance)

Je présente à l'appui de mon droit d'option, les documents suivants³ : acte de naissance ; le cas échéant, acte de baptême ; acte de mariage ; attestations de la nationalité et du domicile.

Je demande qu'un Acte d'option me soit délivré. »

Lieu et date :

Signature du fonctionnaire :

¹⁾ La déclaration d'option n'étend ses effets à la femme que si le mariage n'est pas dissous au moment de la déclaration d'option.

²⁾ La déclaration d'option n'étend ses effets aux enfants mineurs qui atteignent l'âge de dix-huit ans révolus avant l'expiration du délai d'option, que s'ils ne contestent pas l'option, en ce qui les concerne, avant l'expiration de ce délai.

³⁾ A défaut de documents, il est permis de donner le nom de témoins ou de faire une déclaration solennelle tenant lieu de serment.

Anlage B
(Artikel 47)

Protokoll

Name und Sitz der Behörde:
Lgl.-Nr.:

Es erscheint Herr—Frau (Vor- und Zuname):

Staatsangehörigkeit am Tage der Optionserklärung:

Staatsangehörigkeit am Tage vor dem Übergange der Staatshoheit:

Beruf:

geboren am in
(Kreis, Land)

Sohn — Tochter des (Vor- und Zuname der Eltern):

in (Kreis, Land)

der Person nach bekannt, — der sich über seine Person durch ausweist — vor dem unterzeichneten Beamten und erklärt:

Auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 optiere ich für

Die Optionserklärung erstreckt sich auf nachstehende Personen:

1. Meine Ehefrau¹⁾ (Vor- und Zuname sowie Mädchennname):

geboren am in

2. folgende Kinder²⁾ (Vor- und Zuname und Datum der Geburt):

Zur Begründung meines Optionsrechts lege ich folgende Urkunden³⁾ vor:

(Geburtschein, gegebenenfalls Tauffchein, Heiratsurkunde, Belege für die Staatsangehörigkeit, Belege für den Wohnsitz).

Ich bitte um Aushändigung einer Optionsurkunde.

Ort und Datum:

Unterschrift des Beamten.

¹⁾ Die Optionserklärung erstreckt sich auf die Ehefrau nur, wenn die Ehe zur Zeit der Abgabe noch besteht.

²⁾ Die Optionserklärung erstreckt sich auf solche Kinder, die bis zum Tage des Ablaufs der Optionsfrist das achtzehnte Lebensjahr vollenden, nur, wenn sie die Option nicht vor Ablauf dieser Frist für ihre Person widerrufen.

³⁾ In Ermangelung von Urkunden ist Benennung von Zeugen oder Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung zulässig.

Annexe C
(Article 49, paragraphe 2)

N° matricule

Acte d'option

Conformément à la Convention germano-polonoise relative à la Haute Silésie du 15 mai 1922.

M

Nom et prénoms :

Date de naissance :

Lieu de naissance :

Profession :

Domicile :

par déclaration écrite remise le

..... à (autorité)

par déclaration consignée par procès-verbal
le auprès de (autorité)

a opté pour la nationalité

et a, par cette déclaration, à dater de la délivrance du présent Acte, acquis la nationalité :

En vertu de la déclaration d'option, ont acquis la même nationalité :

1. Son épouse née le à

2. Les enfants nés le à

Cachet de l'autorité : Signature et
position du fonctionnaire :

Cet Acte a été délivré par moi

à M
le à

Signature et position du fonctionnaire
qui a notifié l'Acte d'option :

Anlage C
(Artikel 49 § 2)

Registernummer

Optionsurkunde

Auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 hat der

Vor- und Zuname:

Datum der Geburt:

Ort der Geburt:

Beruf:

Wohnsitz:

durch die am bei — vor der (Behörde) eingegangenen Erklärung — zu Protokoll abgegebene Erklärung —

für

optiert und dadurch mit dem Tage der Aushändigung dieser Urkunde die Staatsangehörigkeit erworben.

Auf Grund der Optionserklärung haben die gleiche Staatsangehörigkeit erworben:

1. seine Ehefrau:

geboren am in

2. folgende Kinder:

geboren am in

Stempel der Behörde.

Unterschrift und Dienststellung
des Beamten.

Diese Urkunde ist

de

am in

durch mich ausgehändigt worden.

Unterschrift und Dienststellung
des Zustellungsbeamten.

Troisième partie

Protection des Minorités

Titre premier

Considérant que la Conférence des Ambassadeurs a décidé, en date du 20 octobre 1921:

1^o que le Traité concernant la protection des minorités, etc. conclu le 28 juin 1919 entre les Etats-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, l'Italie, le Japon, d'une part, et la Pologne, d'autre part, est applicable dans la partie de la Haute Silésie reconnue comme faisant définitivement partie de la Pologne ;

2^o que l'équité ainsi que le maintien de la vie économique de la Haute Silésie demandent que le Gouvernement allemand soit tenu d'accepter, au moins pour la période transitoire de quinze ans à dater de l'attribution définitive du territoire, des stipulations correspondant aux articles 1, 2,

7, 8, 9 (alinéas 1 et 2), 10, 11 et 12 du dit Traité, pour ce qui concerne la partie de la Haute Silésie reconnue comme faisant définitivement partie de l'Allemagne;

3^o que les stipulations de l'accord qui sera conclu entre les Gouvernements allemand et polonais en vue de la mise en pratique des principes ci-dessus énoncés, constituent des obligations d'intérêt international pour l'Allemagne et pour la Pologne et seront placées sous la garantie de la Société des Nations de la même façon que les stipulations du Traité du 28 juin 1919,

les deux Parties contractantes ont convenu des stipulations suivantes:

Article 64

Le Gouvernement allemand accepte pour la période transitoire de quinze ans les stipulations suivantes applicables dans la partie allemande du territoire plébiscité.

Le Gouvernement polonais se réfère aux stipulations suivantes du Traité du 28 juin 1919 applicables de plein droit dans la partie polonaise du territoire plébiscité.

Article 65

(Article 1 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

L'Allemagne s'engage à ce que les stipulations contenues dans les articles 66 à 68 soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles.

La Pologne s'engage à ce que les stipulations contenues dans les articles 66 à 68 soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles.

Article 66

(Article 2 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

1. — Le Gouvernement allemand s'engage à accorder à tous les habitants pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté, sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

1. — Le Gouvernement polonais s'engage à accorder à tous les habitants pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté, sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

2. — Tous les habitants auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

2. — Tous les habitants de la Pologne auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Article 67

(Article 7 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

1. — Tous les ressortissants allemands seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques sans distinction de race, de langage ou de religion.

1. — Tous les ressortissants polonais seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques sans distinction de race, de langage ou de religion.

Teil III

Schutz der Minderheiten

Titel I

In der Erwagung, daß die Botschafterkonferenz am 20. Oktober 1921 entschieden hat:

1. daß der am 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reiche, Frankreich, Italien, Japan einerseits und Polen andererseits geschlossene Vertrag über den Schutz der Minderheiten usw. in dem endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Teile Oberschlesiens Anwendung findet;
2. daß es eine Forderung sowohl der Billigkeit wie der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens in Oberschlesien ist, daß die deutsche Regierung gehalten ist, wenigstens für die Übergangszeit von fünfzehn Jahren nach der endgültigen Zuteilung des Gebiets den Artikeln 1, 2, 7,

8, 9 (Abs. 1 und 2), 10, 11, 12 des genannten Vertrags entsprechende Bestimmungen in dem endgültig als Bestandteil Deutschlands anerkannten Teile Oberschlesiens anzunehmen;

3. daß die Bestimmungen des Abkommens, das zum Zwecke der tatsächlichen Durchführung der bezeichneten Grundsätze zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung zu schließen ist, für Deutschland und Polen Verpflichtungen internationalen Interesses begründen und ebenso unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden sollen wie die Bestimmungen des Vertrags vom 28. Juni 1919,

haben die vertragsschließenden Teile folgende Bestimmungen vereinbart:

Artikel 64

Die deutsche Regierung nimmt für die Übergangszeit von fünfzehn Jahren folgende Bestimmungen an, die im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets Anwendung finden sollen.

Die polnische Regierung bezieht sich auf die folgenden Bestimmungen des Vertrags vom 28. Juni 1919, die von Rechts wegen im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets Anwendung finden werden.

Artikel 65

(Artikel 1 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

Deutschland verpflichtet sich, die in den Artikeln 66 bis 68 enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anzuerkennen, mit der Wirkung, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

Polen verpflichtet sich, die in den Artikeln 66 bis 68 enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anzuerkennen, mit der Wirkung, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

Artikel 66

(Artikel 2 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

(1) Die deutsche Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

(2) Alle Einwohner sollen das Recht auf freie private und öffentliche Ausübung jeden Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

(1) Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

(2) Alle Einwohner Polens sollen das Recht auf freie private und öffentliche Ausübung jeden Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 67

(Artikel 7 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

(1) Alle deutschen Reichsangehörigen sind vor dem Gesetze gleich und genießen ohne Unterschied des Volkstums, der Sprache oder der Religion die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

(1) Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetze gleich und genießen ohne Unterschied des Volkstums, der Sprache oder der Religion die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

2. — La différence de religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant allemand en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs, ou l'exercice des différentes professions et industries.

3. — Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant allemand d'une langue quelconque, soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse, ou de publication de toute nature, soit dans les réunions publiques.

4. — Nonobstant l'établissement par le Gouvernement allemand d'une langue officielle, des facilités appropriées seront données aux ressortissants allemands de langue autre que l'allemand, pour l'usage de leur langue, soit oralement, soit par écrit, devant les tribunaux.

2. — La différence de religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant polonais en ce qui concerne la jouissance de droits civils et politiques, notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs, ou l'exercice des différentes professions et industries.

3. — Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant polonais d'une langue quelconque, soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse, ou de publication de toute nature, soit dans les réunions publiques.

4. — Nonobstant l'établissement par le Gouvernement polonais d'une langue officielle, des facilités appropriées seront données aux ressortissants polonais de langue autre que le polonais, pour l'usage de leur langue, soit oralement, soit par écrit, devant les tribunaux.

Article 68

(Article 8 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

Les ressortissants allemands appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants allemands. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Les ressortissants polonais appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants polonais. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Article 69

(Article 9, alinéas 1 et 2, du Traité des minorités du 28 juin 1919)

1. — En matière d'enseignement public, le Gouvernement allemand accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants allemands de langue autre que la langue allemande, des facilités appropriées pour assurer que dans les écoles primaires l'instruction sera donnée dans leur propre langue aux enfants de ces ressortissants allemands. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement allemand de rendre obligatoire l'enseignement de la langue allemande dans lesdites écoles.

2. — Dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants allemands appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, ces minorités se verront assurer une part équitable dans le bénéfice et l'affectation des sommes qui pourraient être attribuées sur les fonds publics par le budget de l'État, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de charité.

1. — En matière d'enseignement public, le Gouvernement polonais accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants polonais de langue autre que la langue polonaise, des facilités appropriées pour assurer que dans les écoles primaires l'instruction sera donnée dans leur propre langue aux enfants de ces ressortissants polonais. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement polonais de rendre obligatoire l'enseignement de la langue polonaise dans lesdites écoles.

2. — Dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants polonais appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, ces minorités se verront assurer une part équitable dans le bénéfice et l'affectation des sommes qui pourraient être attribuées sur les fonds publics par le budget de l'État, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de charité.

Article 70

(Article 10 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

Des comités scolaires désignés sur place par les communautés juives assureront, sous le contrôle général de l'État, la répartition de la part proportionnelle des fonds publics assignée aux écoles

Des comités scolaires désignés sur place par les communautés juives de Pologne assureront, sous le contrôle général de l'État, la répartition de la part proportionnelle des fonds publics assignée

(2) Der Unterschied der Religion, der Weltanschauung oder des Bekennnisses soll keinem deutschen Reichsangehörigen im Genusse der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte schaden, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellungen oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe.

(3) Kein deutscher Reichsangehöriger darf in dem freien Gebrauch einer beliebigen Sprache irgendwie beschränkt werden, weder in seinen persönlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen, noch auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder bei Veröffentlichungen jeder Art, noch endlich in öffentlichen Versammlungen.

(4) Unbeschadet des Rechts der deutschen Regierung, eine Staats- und Amtssprache zu bestimmen, müssen den fremdsprachigen deutschen Reichsangehörigen für den schriftlichen oder mündlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten angemessene Erleichterungen gewährt werden.

(2) Der Unterschied der Religion, der Weltanschauung oder des Bekennnisses soll keinem polnischen Staatsangehörigen im Genusse der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte schaden, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellungen oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe.

(3) Kein polnischer Staatsangehöriger darf in dem freien Gebrauch einer beliebigen Sprache irgendwie beschränkt werden, weder in seinen persönlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen, noch auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder bei Veröffentlichungen jeder Art, noch endlich in öffentlichen Versammlungen.

(4) Unbeschadet des Rechts der polnischen Regierung, eine Staats- und Amtssprache zu bestimmen, müssen den fremdsprachigen polnischen Staatsangehörigen für den schriftlichen oder mündlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten angemessene Erleichterungen gewährt werden.

Artikel 68

(Artikel 8 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

Die deutschen Reichsangehörigen, die zu einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die übrigen deutschen Reichsangehörigen. Sie sollen insbesondere ein gleiches Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Einrichtungen sowie Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.

Die polnischen Staatsangehörigen, die zu einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die übrigen polnischen Staatsangehörigen. Sie sollen insbesondere ein gleiches Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Einrichtungen sowie Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel 69

(Artikel 9 Abs. 1 und 2 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

(1) Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts soll die deutsche Regierung in den Städten und Bezirken, in denen fremdsprachige deutsche Reichsangehörige in beträchtlichem Verhältnis wohnen, angemessene Erleichterungen schaffen, um sicherzustellen, daß den Kindern dieser deutschen Reichsangehörigen in den niederen Schulen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschließen, daß die deutsche Regierung in diesen Schulen die deutsche Sprache zum Pflichtfache macht.

(2) In den Städten und Bezirken, in denen deutsche Reichsangehörige einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit in beträchtlichem Verhältnis wohnen, soll für diese Minderheiten ein gerechter Anteil an dem Genusse und der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die in staatlichen, kommunalen oder anderen Haushaltsplänen für Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohlfahrt ausgeworfen werden.

(1) Auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts soll die polnische Regierung in den Städten und Bezirken, in denen fremdsprachige polnische Staatsangehörige in beträchtlichem Verhältnis wohnen, angemessene Erleichterungen schaffen, um sicherzustellen, daß den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen in den niederen Schulen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschließen, daß die polnische Regierung in diesen Schulen die polnische Sprache zum Pflichtfache macht.

(2) In den Städten und Bezirken, in denen polnische Staatsangehörige einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit in beträchtlichem Verhältnis wohnen, soll für diese Minderheiten ein gerechter Anteil an dem Genusse und der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die in staatlichen, kommunalen oder anderen Haushaltsplänen für Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohlfahrt ausgeworfen werden.

Artikel 70

(Artikel 10 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

Ortliche Schulausschüsse, die von den jüdischen Gemeinden eingesetzt werden, sollen unter der allgemeinen Aufsicht des Staates die Verteilung des verhältnismäßigen Anteils, der den jüdischen Schu-

Ortliche Schulausschüsse, die von den jüdischen Gemeinden eingesetzt werden, sollen unter der allgemeinen Aufsicht des Staates die Verteilung des verhältnismäßigen Anteils, der den jüdischen Schu-

juives en conformité de l'article 69, ainsi que l'organisation et la direction de ces écoles. Les dispositions de l'article 69 concernant l'emploi des langues dans les écoles seront applicables aux dites écoles.

aux écoles juives en conformité de l'article 69, ainsi que l'organisation et la direction de ces écoles. Les dispositions de l'article 69 concernant l'emploi des langues dans les écoles seront applicables aux dites écoles.

Article 71

(Article 11 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

1. — Les Juifs ne seront pas astreints à accomplir des actes quelconques constituant une violation de leur Sabbat, et ne devront être frappés d'aucune incapacité s'ils refusent de se rendre devant les tribunaux ou d'accomplir des actes légaux le jour de Sabbat. Toutefois, cette disposition ne dispensera pas les Juifs des obligations imposées à tous les ressortissants allemands en vue des nécessités du service militaire, de la défense nationale ou du maintien de l'ordre public.

2. — L'Allemagne déclare son intention de s'abstenir de prescrire ou d'autoriser des élections, soit générales, soit locales, qui auraient lieu un samedi ; aucune inscription électorale ou autre ne devra obligatoirement se faire un samedi.

1. — Les Juifs ne seront pas astreints à accomplir des actes quelconques constituant une violation de leur Sabbat, et ne devront être frappés d'aucune incapacité s'ils refusent de se rendre devant les tribunaux ou d'accomplir des actes légaux le jour de Sabbat. Toutefois, cette disposition ne dispensera pas les Juifs des obligations imposées à tous les ressortissants polonais en vue des nécessités du service militaire, de la défense nationale ou du maintien de l'ordre public.

2. — La Pologne déclare son intention de s'abstenir de prescrire ou d'autoriser des élections, soit générales, soit locales, qui auraient lieu un samedi ; aucune inscription électorale ou autre ne devra obligatoirement se faire un samedi.

Article 72

(Article 12 du Traité des minorités du 28 juin 1919)

1. — L'Allemagne agréée que, dans la mesure où les stipulations des articles précédents affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations.

1. — La Pologne agréée que, dans la mesure où les stipulations des articles précédents affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations. Les États-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon s'engagent à ne pas refuser leur assentiment à toute modification desdits articles, qui serait consentie en due forme par une majorité du Conseil de la Société des Nations.

2. — L'Allemagne agréée que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

3. — L'Allemagne agréée en outre qu'en cas de divergence d'opinion, sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement allemand et une Puissance quelconque, Membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'article 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement allemand agréée que tout différend de ce genre sera, si l'autre Partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'article 13 du Pacte.

2. — La Pologne agréée que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

3. — La Pologne agréée en outre qu'en cas de divergence d'opinion, sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement polonais et l'une quelconque des Principales Puissances alliées et associées ou toute autre Puissance, Membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'article 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement polonais agréée que tout différend de ce genre sera, si l'autre Partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'article 13 du Pacte.

len gemäß Artikel 69 zusteht, sowie die Einrichtung und Leitung dieser Schulen sicherstellen. Die Bestimmungen des Artikel 69 über den Gebrauch der Sprache in den Schulen finden auf diese Schulen Anwendung.

Artikel 71

(Artikel 11 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

(1) Die Juden dürfen nicht gezwungen werden, irgendwelche Handlungen vorzunehmen, die eine Verlezung ihres Sabbat in sich schließen, und sie dürfen keine Entrechtung erleiden, wenn sie sich weigern, am Sabbat vor den Gerichten zu erscheinen oder Rechtshandlungen vorzunehmen. Diese Bestimmung befreit jedoch die Juden nicht von den Pflichten, die allen deutschen Reichsangehörigen im Hinblick auf die Notwendigkeiten des Heeresdienstes, der nationalen Verteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung obliegen.

(2) Deutschland erklärt, daß es nicht beabsichtigt, allgemeine oder örtliche Wahlen an einem Sonnabend vorzuschreiben oder zu gestatten; es darf keine obligatorische Einschreibung in Wählerlisten und dergleichen an einem Sonnabend stattfinden.

Artikel 72

(Artikel 12 des Minderheitsvertrags vom 28. Juni 1919)

(1) Deutschland ist damit einverstanden, daß, insofern die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundes geändert werden.

(2) Deutschland ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundes befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verlezung oder jede Gefahr einer Verlezung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu geben, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam erscheinen.

(3) Deutschland ist ferner damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Deutschen Regierung und einer jeden Macht, die Mitglied des Völkerbundes ist, über die rechtlichen und tatsächlichen Fragen, die diese Artikel betreffen, diese Meinungsverschiedenheit als Streit anzusehen ist, der im Sinne des Artikel 14 der Völkerbundesatzung internationalen Charakter trägt. Die deutsche Regierung ist damit einverstanden, daß jeder Streit dieser Art auf Verlangen des anderen Teiles vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofs soll endgültig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben wie eine auf Grund des Artikel 13 der Völkerbundesatzung gefällte Entscheidung.

len gemäß Artikel 69 zusteht, sowie die Einrichtung und Leitung dieser Schulen sicherstellen. Die Bestimmungen des Artikel 69 über den Gebrauch der Sprache in den Schulen finden auf diese Schulen Anwendung.

(1) Die Juden dürfen nicht gezwungen werden, irgendwelche Handlungen vorzunehmen, die eine Verlezung ihres Sabbat in sich schließen, und sie dürfen keine Entrechtung erleiden, wenn sie sich weigern, am Sabbat vor den Gerichten zu erscheinen oder Rechtshandlungen vorzunehmen. Diese Bestimmung befreit jedoch die Juden nicht von den Pflichten, die allen polnischen Staatsangehörigen im Hinblick auf die Notwendigkeiten des Heeresdienstes, der nationalen Verteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung obliegen.

(2) Polen erklärt, daß es nicht beabsichtigt, allgemeine oder örtliche Wahlen an einem Sonnabend vorzuschreiben oder zu gestatten; es darf keine obligatorische Einschreibung in Wählerlisten und dergleichen an einem Sonnabend stattfinden.

(1) Polen ist damit einverstanden, daß, insofern die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundes geändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, keiner Abänderung der bezeichneten Artikel ihre Zustimmung zu versagen, wenn sie von der Mehrheit des Völkerbundes formgerecht angenommen werden ist.

(2) Polen ist damit einverstanden, daß jedes Mitglied des Völkerbundes befugt ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verlezung oder jede Gefahr einer Verlezung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, und daß der Rat befugt ist, alle Maßnahmen zu treffen und alle Weisungen zu geben, die nach Lage des Falles zweckmäßig und wirksam erscheinen.

(3) Polen ist ferner damit einverstanden, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der polnischen Regierung und einer jeden alliierten und assoziierten Hauptmacht oder jeder Macht, die Mitglied des Völkerbundes ist, über die rechtlichen und tatsächlichen Fragen, die diese Artikel betreffen, diese Meinungsverschiedenheit als Streit anzusehen ist, der im Sinne des Artikel 14 der Völkerbundesatzung internationalen Charakter trägt. Die polnische Regierung ist damit einverstanden, daß jeder Streit dieser Art auf Verlangen des anderen Teiles vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofs soll endgültig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben wie eine auf Grund des Artikel 13 der Völkerbundesatzung gefällte Entscheidung.

Titre II

Afin de baser la protection des minorités dans les deux parties du territoire plébiscité sur le principe d'une réciprocité équitable, et afin de tenir compte des conditions spéciales résultant du régime transitoire, les Parties contractantes ont, sans préjudice des dispositions du titre I de la présente partie, convenu pour une période de quinze ans des stipulations qui suivent.

Le contenu des articles 65 à 72 se trouve répété au présent titre à la seule fin de donner une vue d'ensemble.

Chapitre premier **Dispositions générales**

Article 73

1. — La Pologne et l'Allemagne s'engagent à ce que les stipulations contenues dans les articles 66, 67 et 68 soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement, ni aucune action officielle, ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations, et à ce qu'aucune loi, aucun règlement et aucune action officielle ne prévalent contre elles.

2. — Les tribunaux et cours de justice, y compris les tribunaux administratifs, militaires et les tribunaux extraordinaire, sont compétents pour examiner si les dispositions législatives ou administratives ne sont pas contraires aux stipulations de la présente partie.

Article 74

La question de savoir si une personne appartient ou non à une minorité de race, de langue ou de religion, ne peut faire l'objet d'aucune vérification ni d'aucune contestation par les autorités.

Chapitre II **Droits civils et politiques**

Article 75

1. — Tous les ressortissants allemands dans la partie allemande du territoire plébiscité d'une part, et tous les ressortissants polonais dans la partie polonaise d'autre part, seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques, sans distinction de race, de langage ou de religion.

2. — Les dispositions législatives et administratives ne peuvent établir aucun traitement différentiel à l'égard des ressortissants appartenant à une minorité. De même, elles ne peuvent être interprétées ou appliquées d'une manière différentielle au préjudice de ces personnes. Il en est ainsi notamment en ce qui concerne la fourniture de produits soumis au système centralisé d'exploitation, tels que denrées alimentaires, char-

Sittel II

Um den Minderheitsschutz in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets auf die Grundlage einer biligen Gegenseitigkeit zu stellen, und um den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen, die sich aus dem Übergangsregime ergeben, haben die vertragschließenden Teile auf die Dauer von fünfzehn Jahren, unbeschadet der Bestimmungen des ersten Titels, folgendes vereinbart.

Der Inhalt der Artikel 65 bis 72 wird in diesem Titel nur wiederholt, um einen Überblick über den gesamten Minderheitsschutz zu geben.

Kapitel I **Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 73

(1) Polen und Deutschland verpflichten sich, die Vorschriften der Artikel 66, 67, 68 als Grundgesetze anzuerkennen, mit der Wirkung, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

(2) Die Gerichte aller Art, einschließlich der Verwaltungs-, Militär- und außerordentlichen Gerichte haben das Recht, die Gesetze und Anordnungen darauf zu prüfen, inwieweit sie mit den Vorschriften dieses Teiles in Einklang sind.

Artikel 74

Die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit darf von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden.

Kapitel II **Bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte**

Artikel 75

(1) Im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets sind die deutschen Staatsangehörigen, im polnischen Teile die polnischen Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich und genießen ohne Unterschied des Volksstums, der Sprache oder der Religion die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

(2) Gesetze oder Anordnungen dürfen keine unterschiedliche Behandlung einer Minderheit angehörenden Staatsangehörigen vorsehen. Auch dürfen sie nicht zu Ungunsten dieser Personen ungleich ausgelegt oder angewandt werden. Dies gilt insbesondere für die Belieferung mit öffentlich bewirtschafteten Gegenständen, wie Nahrungsmitteln, Kohle, Brennstoffen, Zeitungspapier usw., für die Zuteilung von Transport- und Verkehrsmitteln,

bon, combustible, papier à journaux, etc., en ce qui concerne la répartition des moyens de transports, l'attribution de locaux à des particuliers, des sociétés ou des associations, les autorisations officielles relatives à la mutation de la propriété et de la possession immobilières, les mesures ayant trait à la répartition du sol, etc.

3. — Les ressortissants appartenant à des minorités jouiront, de la part des autorités et des fonctionnaires, du même traitement et des mêmes garanties en fait que les autres ressortissants ; les autorités et les fonctionnaires ne pourront notamment traiter avec mépris ni omettre de protéger contre des actes punissables les ressortissants appartenant à des minorités.

Article 76

Les ressortissants appartenant à des minorités ne devront pas être désavantagés dans l'exercice de leur droit de vote, notamment en cas de référendum, et de leurs droits de suffrage et d'éligibilité pour toutes les élections aux assemblées représentatives de l'Etat et des autres personnes juridiques du droit public, ainsi que pour les élections aux corps représentatifs sociaux. La connaissance ou la pratique de la langue officielle ne pourra pas, en particulier, être exigée des dits ressortissants à cet égard, sans préjudice toutefois des dispositions concernant la langue officielle et la langue des débats.

Article 77

Tous les ressortissants seront traités sur un pied d'égalité en ce qui concerne l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs, y compris les grades de l'armée, ainsi qu'aux établissements publics, et en ce qui concerne l'octroi de diplômes, distinctions, etc.

Article 78

1. — Les ressortissants appartenant à des minorités jouiront des mêmes droits que les autres ressortissants en ce qui concerne le droit d'association ou de réunion, et la création de fondations.

2. — Le fait que des associations se consacrent aux intérêts de minorités en ce qui concerne leur langue, leur culture, leur religion, leur caractère ethnique ou leurs relations sociales, ne peut constituer une raison pour interdire ces associations, pour entraver leur action ou les empêcher d'acquérir la capacité juridique.

Article 79

1. — En se conformant aux lois générales, les ressortissants appartenant à une minorité ont le droit de faire paraître des publications et imprimés de toute espèce dans leur propre langue, ainsi que de les faire venir de l'étranger et de les répandre.

2. — Dans la mesure où les journaux ou périodiques sont tenus d'insérer des communications officielles, ils auront le droit d'exiger qu'une traduction dans la langue du journal ou du périodique leur soit fournie en vue de l'insertion, et

für die Zuweisung von Räumen an Einzelpersonen, Vereine oder Körperschaften, für die Erteilung amtlicher Genehmigungen beim Wechsel von Eigentum und Besitz an Grundstücken, für Siedlungsmaßnahmen usw.

(3) Die zu einer Minderheit gehörenden Staatsangehörigen dürfen von Behörden und Beamten nicht unterschiedlich behandelt werden, sie sollen dieselben tatsächlichen Sicherheiten genießen wie die übrigen Staatsangehörigen. Insbesondere dürfen Behörden und Beamte sie nicht verächtlich machen und nicht unterlassen einzuschreiten, wenn es zu ihrem Schutze gegen strafbare Handlungen notwendig ist.

Artikel 76

Die Staatsangehörigen, die einer Minderheit angehören, dürfen bei der Ausübung des Stimmrechts, insbesondere beim Volksentscheid oder Volksbegehren, und des aktiven und passiven Wahlrechts bei allen Wahlen zu den Vertretungsversammlungen des Staates und der öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie bei den Wahlen zu sozialen Vertretungskörpern nicht benachteiligt werden. Insbesondere darf hierbei, unbeschadet der Vorschriften über die Amts- und Verhandlungssprache, die Kenntnis oder die Beherrschung der Staatssprache von diesen Staatsangehörigen nicht verlangt werden.

Artikel 77

Alle Staatsangehörigen sind bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Tätigkeiten und Ehrenstellungen, einschließlich der militärischen Chargen sowie bei der Zulassung zu den öffentlichen Anstalten und bei der Erteilung von Qualifikationen, Diplomen, Auszeichnungen usw. gleichmäßig zu behandeln.

Artikel 78

(1) Die einer Minderheit angehörenden Staatsangehörigen genießen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts sowie bei der Errichtung von Stiftungen dieselben Rechte wie die übrigen Staatsangehörigen.

(2) Die Tatsache, daß Vereine die Interessen der Minderheiten in sprachlicher, kultureller, religiöser, nationaler oder gesellschaftlicher Hinsicht pflegen, darf keinen Grund zum Verbote dieser Vereine, zur Behinderung ihrer Tätigkeit oder zur Verzagung der Rechtsfähigkeit bilden.

Artikel 79

(1) Die einer Minderheit angehörenden Staatsangehörigen sind berechtigt, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze Presseerzeugnisse und Veröffentlichungen jeder Art in ihrer Sprache herauszugeben, sie aus dem Auslande zu beziehen und zu verbreiten.

(2) Soweit Zeitungen und Zeitschriften verpflichtet sind, amtliche Bekanntmachungen aufzunehmen, dürfen sie verlangen, daß ihnen eine Übersetzung der Bekanntmachungen in der Sprache, in der die Druckschrift erscheint, zur Veröffentlichung geliefert und die

que le prix courant pour l'insertion leur soit payé. S'il s'agit d'une insertion en deux langues, il ne pourra être exigé de paiement que pour l'insertion dans la langue officielle. La publication de jugements et les rectifications demandées en vertu d'une décision judiciaire, ne sont pas considérées comme communications officielles.

Article 80

Les ressortissants appartenant à des minorités seront traités sur le même pied que les autres ressortissants en ce qui concerne l'exercice des professions agricoles, commerciales ou industrielles, ou de toute autre profession. Ils ne seront soumis qu'aux dispositions en vigueur appliquées aux autres ressortissants.

Article 81

1. — Les ressortissants appartenant à des minorités ont le droit de créer, diriger et administrer à leurs frais des institutions charitables, religieuses, culturelles ou sociales. Sans préjudice du contrôle de l'Etat, les institutions existantes pourront continuer à exercer leur activité sans entraves. Elles conserveront leurs biens et tous leurs droits acquis, conformément aux stipulations de l'article 4.

2. — Les institutions pourront faire venir du territoire de l'autre Partie contractante les ecclésiastiques, précepteurs, médecins, sœurs de charité, diaconesses, gardes-malades et autre personnel de ce genre, nécessaires pour l'exercice de leur propre activité, quelle que soit la nationalité de ces personnes. Cette stipulation ne porte toutefois en rien atteinte aux dispositions relatives à l'entrée, au séjour et à la sortie d'étrangers. Les diplômes et titres professionnels des personnes en question, valables dans le territoire de l'autre Partie contractante, seront également reconnus comme valables pour l'exercice de leur profession dans les limites de l'activité des institutions qui les auront fait venir.

3. — L'importation des objets nécessaires, tels que livres, ouvrages d'éducation, instruments de médecine et de chirurgie, médicaments, etc..., est autorisée, pourvu que des interdictions générales appliquées à tous les ressortissants de l'Etat ne s'y opposent pas. Cette stipulation ne porte en rien atteinte aux dispositions douanières.

Article 82

S'appliquent aux personnes qui ont le droit de conserver leur domicile dans une des deux parties du territoire plébiscité:

l'article 76, pour autant qu'il s'agit d'assemblées représentatives d'églises ou de corps représentatifs sociaux;

l'article 77, pour autant qu'il ne s'agit pas de l'admission aux fonctions et emplois publics, y compris les fonctions honorifiques et les grades de l'armée;

l'article 78, alinéa 1, pour autant qu'il ne s'agit pas d'associations politiques;

l'articles 78, alinéa 2; l'article 79; l'article 81.

übliche Einrüfungsgebühr gezahlt wird. Handelt es sich um eine Veröffentlichung in beiden Sprachen, so kann die Einrüfungsgebühr nur für die Veröffentlichung in der Amtssprache verlangt werden. Unter amtlichen Bekanntmachungen sind nicht die Veröffentlichungen von gerichtlichen Urteilen und von Berichtigungen zu verstehen, die auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses verlangt werden.

Artikel 80

Die einer Minderheit angehörenden Staatsangehörigen dürfen in der Ausübung der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes sowie aller anderen Berufe gegenüber den anderen Staatsangehörigen nicht unterschiedlich behandelt werden. Sie unterliegen nur den Bestimmungen, die für alle anderen Staatsangehörigen gelten und die auf alle anderen Staatsangehörigen angewandt werden.

Artikel 81

(1) Die einer Minderheit angehörenden Staatsangehörigen sind berechtigt, auf ihre Kosten Wohlfahrts-, religiöse, kulturelle oder soziale Einrichtungen zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen. Die vorhandenen Einrichtungen dürfen ihre Tätigkeit, unbeschadet der Staatsaufsicht, ungehindert fortsetzen; sie behalten ihr Vermögen und alle ihre erworbenen Rechte nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels 4.

(2) Die Einrichtungen dürfen die für den eigenen Betrieb erforderlichen Seelsorger, Erzieher, Ärzte, Schwestern, Diakonissen, Krankenwärter und Personen ähnlicher Art, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit, aus dem Gebiete des anderen vertragschließenden Teils kommen lassen. Die für Ausländer bestehenden Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise werden hiervon nicht berührt. Die im Gebiete des anderen vertragschließenden Teils gültigen Qualifikationen werden bei diesen Personen auch als gültig anerkannt für die Ausübung ihres Berufs im Rahmen des Betriebs der Einrichtungen, von denen sie berufen worden sind.

(3) Die Einfuhr der erforderlichen Gegenstände, wie Bücher, Erbauungsschriften, ärztliche Instrumente, Arzneimittel usw., ist gestattet, soweit der Einfuhr nicht allgemeine, allen Staatsangehörigen gegenüber angewandte Verbote entgegenstehen. Die bestehenden Zollvorschriften werden hierdurch nicht berührt.

Artikel 82

Auf die Wohnberechtigten in beiden Teilen des Abstimmungsgebietes finden Anwendung:

Artikel 76, soweit es sich um Vertretungsversammlungen der Religionsgesellschaften und um soziale Vertretungskörper handelt;

Artikel 77, soweit es sich nicht um die Zulassung zu öffentlichen Ämtern einschließlich der Ehrenämter und militärischen Chargen handelt;

Artikel 78 Abs. 1, soweit es sich nicht um politische Vereine handelt;

Artikel 78 Abs. 2; Artikel 79; Artikel 81.

Article 83

Les Parties contractantes s'engagent à accorder à tous les habitants du territoire plébiscité une pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté, sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

Chapitre III

Religion

Article 84

§ 1

Les rapports de l'État avec les cultes seront réglés par la loi après avoir entendu les représentants compétents de ces cultes, conformément aux principes énoncés dans le présent chapitre.

§ 2

On entend par cultes au sens du présent chapitre, toutes les religions organisées.

Article 85

Tous les habitants du territoire plébiscité auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Article 86

1. — Les cultes, les paroisses et les communautés israélites, ainsi que les ordres et congrégations, auront le droit d'administrer leurs affaires et de diriger et surveiller leurs institutions en toute liberté, sous réserve des lois promulguées pour maintenir l'ordre public et les bonnes mœurs.

2. — Ils seront libres de se servir de la langue de leur choix pour toutes leurs affaires d'administration intérieure. Les confréries et sociétés religieuses le seront également.

Article 87

§ 1

Dans les limites des lois générales et sans préjudice des droits de tiers, ou de droits résultant d'accords entre l'État et le Saint-Siège, les cultes, les paroisses et les communautés israélites, ainsi que les ordres et congrégations, pourront nommer en toute liberté leurs ecclésiastiques, fonctionnaires, assistants, sœurs de charité, diaconesses et autre personnel auxiliaire.

§ 2

Ils pourront, pour autant qu'ils appartiennent à une minorité de religion, faire venir à cet effet de l'étranger des personnes mentionnées au paragraphe 1, qui n'auront pas besoin de changer de nationalité et dont les diplômes et titres professionnels seront reconnus.

Artikel 83

Die vertraglichliegenden Teile verpflichten sich, allen Einwohnern des Abstimmungsgebiets ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volksstums oder der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewährleisten.

Kapitel III

Religion

Artikel 84)*

Das Verhältnis des Staates zu den Religionsgesellschaften wird im gesetzlichen Wege nach Anhörung ihrer zuständigen Vertretungen unter Beobachtung der Grundsätze dieses Kapitels geregelt.

Artikel 85

Alle Einwohner des Abstimmungsgebiets sollen das Recht auf freie, private und öffentliche Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 86

(1) Die Religionsgesellschaften, die Kirchen- und Kultusgemeinden sowie die geistlichen Gesellschaften verwalten, leiten und beaufsichtigen ihre Einrichtungen und Angelegenheiten in voller Freiheit innerhalb der Schranken der Gesetze, die zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erlassen werden.

(2) Sie sollen in dem freien Gebrauch der Sprache, derer sie sich bei der Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten und in ihrem Vereinsleben bedienen wollen, nicht gehindert werden.

Artikel 87

§ 1

Im Rahmen der allgemeinen Gesetze und unbeschadet der Rechte Dritter sowie der Rechte, die in den Vereinbarungen zwischen dem Staat und dem Heiligen Stuhle begründet sind, berufen die Religionsgesellschaften, die Kirchen- und Kultusgemeinden sowie die geistlichen Gesellschaften ihre Geistlichen, Beamten, Gemeindehelfer, Schwestern, Diaconissen und ähnliche Hilfskräfte selbstständig.

§ 2

Soweit sie zu einer religiösen Minderheit gehören, ist es ihnen gestattet, die im § 1 bezeichneten Personen aus dem Auslande zu berufen. Die zu Berufenden brauchen ihre Staatsangehörigkeit nicht zu wechseln; ihre Qualifikationen werden vom Staat anerkannt.

*) Der französische Text besteht aus einem Paragraph 1 und 2. Da in dem Paragraphen 1 das Wort »Religionsgesellschaften« mit dem Worte »cultes« wiedergegeben ist, wird im Paragraphen 2 das Wort »cultes« dahin erläutert, daß es alle organisierten Religionen umfaßt.

§ 3

1. — Les cultes, les paroisses et les communautés israélites, ainsi que les ordres et congrégations qui comprennent des membres d'une minorité de race ou de langue, seront libres de faire donner à ces membres le service divin, le soin des âmes et l'instruction religieuse dans leur langue.

2. — Dans les cas où des personnes appartenant à une minorité de race ou de langue forment la majorité dans une paroisse ou une communauté israélite, les dispositions du paragraphe 2 sont applicables.

Article 88

Les cultes, les paroisses et les communautés israélites, ainsi que les ordres et congrégations, pourront entretenir, même au delà du territoire de l'Etat, des relations de caractère purement ecclésiastique, dans le but de coopérer en ce qui concerne la confession de foi, la doctrine, le culte et la charité, et ils pourront recevoir à ces fins des dons de leurs coreligionnaires à l'étranger.

Article 89

1. — Les fidèles de tous les cultes jouiront des jours de fêtes légales qui leur étaient reconnus avant le transfert de la souveraineté. Ces jours de fêtes ne pourront être supprimés ou changés qu'avec l'assentiment des représentants compétents des religions en question.

2. — En ce qui concerne le Sabbat, la question est réglée par l'article 71.

Article 90

Les ecclésiastiques et le personnel des cultes, des paroisses et des communautés israélites, ainsi que des ordres et congrégations, pourront exercer librement leurs fonctions, quelle que soit leur origine ou leur langue.

Article 91

Les cultes, les paroisses et les communautés israélites appartenant à une minorité de religion, auront droit à une part équitable des sommes affectées à des buts religieux ou spirituels dans les budgets de l'Etat, les budgets municipaux ou autres budgets publics, compte tenu des besoins des ressortissants appartenant aux minorités de religion.

Article 92

Les Parties contractantes s'engagent à permettre aux paroisses et aux communautés israélites de prendre copie des rôles d'impôts de l'Etat qui pourront servir de base pour la répartition des taxes d'églises dans les dites paroisses ou communautés.

Article 93

1. — Tous les cultes, paroisses, communautés israélites, ordres et congrégations, existants et reconnus dans le territoire plébiscité, continueront à y être reconnus.

2. — Ils devront, en tenant compte du changement de souveraineté, se conformer en ce qui concerne leur organisation, aux lois promulguées pour maintenir l'ordre public et les bonnes mœurs, ainsi qu'aux dispositions du présent chapitre.

§ 3

(1) Die Religionsgesellschaften, die Kirchen- und Kultusgemeinden sowie die geistlichen Gesellschaften, deren Mitglieder einer nationalen und sprachlichen Minderheit angehören, dürfen nicht gehindert werden, im Gottesdienst, in der Seelsorge und im kirchlichen Unterricht diese Mitglieder in deren Sprache bedienen zu lassen.

(2) Bilden die zu einer nationalen oder sprachlichen Minderheit gehörenden Mitglieder in einer Kirchen- oder Kultusgemeinde die Mehrheit, so finden die Vorschriften des § 2 Anwendung.

Artikel 88

Den Religionsgesellschaften, den Kirchen- und Kultusgemeinden sowie den geistlichen Gesellschaften steht es frei, auch über die Staatsgrenzen hinaus rein kirchliche Beziehungen zum Zwecke gemeinsamen Handelns auf dem Gebiete des Bekenntnisses, der Lehre, des Kultus und der Liebestätigkeit zu unterhalten und dabei Gaben ihrer Glaubensgenossen im Auslande anzunehmen.

Artikel 89

(1) Den Angehörigen aller Religionsgesellschaften werden die gesetzlichen Feiertage, die beim Übergang der Staatshoheit anerkannt waren, gewährleistet. Diese Feiertage können nur mit Zustimmung der Vertreter der einzelnen Religionsgesellschaften aufgehoben oder verlegt werden.

(2) Die Berücksichtigung des Sabbat ist im Artikel 71 geregelt.

Artikel 90

Die Geistlichen und das Personal der Religionsgesellschaften, der Kirchen- und Kultusgemeinden sowie der geistlichen Gesellschaften werden ohne Unterschied ihrer Herkunft oder ihrer Sprache in der freien Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Artikel 91

Die Religionsgesellschaften, die Kirchen- und Kultusgemeinden, die zu einer religiösen Minderheit gehören, erhalten von den in Staats-, Kommunal- oder anderen öffentlichen Haushaltsplänen für religiöse oder geistliche Zwecke ausgeworfenen Summen einen gerechten Anteil; dabei sind die Bedürfnisse der der religiösen Minderheit angehörenden Staatsangehörigen zugrunde zu legen.

Artikel 92

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, den Kirchen- und Kultusgemeinden zu gestatten, Abzüge aus den staatlichen Steuerlisten zu nehmen, die als Grundlage für ihr kirchliches Umlagewesen dienen können.

Artikel 93

(1) Alle im Abstimmungsgebiet bereits vorhandenen und anerkannten Religionsgesellschaften, Kirchen- und Kultusgemeinden sowie geistlichen Gesellschaften werden auch ferner als anerkannte behandelt.

(2) Sie sind verpflichtet, ihre Organisation mit Rücksicht auf den Wechsel der Staatshoheit den Gesetzen, die zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erlassen werden, und den Bestimmungen dieses Kapitels anzupassen.

3. — Pour cette adaptation, il leur est accordé une période transitoire s'étendant jusqu'au 1^{er} juillet 1923. Cette stipulation ne s'applique pas à l'accord intervenu ou à intervenir entre l'Etat polonais et le Saint-Siège. Elle ne s'applique pas non plus aux dispositions de l'article 95.

Article 94

1. — Les ecclésiastiques, fonctionnaires d'églises, sœurs de charité et diaconesses actuellement en fonctions, pourront conserver leurs fonctions, qu'ils exercent sans entraves.

2. — En vue de développer les bons sentiments mutuels, les Parties contractantes s'emploieront auprès des autorités ecclésiastiques pour qu'un échange de curés catholiques ait lieu entre les deux parties du territoire plébiscité, en conformité avec les prescriptions du droit canonique.

Article 95

Les paroisses et les communautés israélites, ainsi que leurs ecclésiastiques, fonctionnaires et pensionnés, pourront régler librement leurs rapports économiques avec les institutions ecclésiastiques de prévoyance (caisses, etc.) dont ils relèvent à la date du transfert de la souveraineté, et les prolonger tant que subsistera l'impossibilité d'y substituer des institutions pouvant les remplacer complètement. Il en est de même des survivants des personnes ci-dessus visées.

Article 96

§ 1

Les établissements, fondations et autres institutions à but religieux ou charitable, qui étendent leur activité aux deux parties du territoire plébiscité, pourront continuer à le faire jusqu'à ce que des institutions particulières pour chaque partie aient pu être organisées.

§ 2

Dans les cas où des paroisses ou des communautés israélites sont divisées par la ligne frontière entre les deux parties du territoire plébiscité, les intéressés pourront prendre les mesures appropriées pour participer à l'entretien des biens meubles et immobiliers desdites paroisses ou communautés.

Chapitre IV

Enseignement

Première Section

Enseignement privé

Article 97

Rentrent dans la notion d'enseignement privé au sens du présent chapitre : l'enseignement des écoles privées et établissements privés d'éducation, qu'ils tiennent lieu d'écoles publiques ou qu'ils n'en tiennent pas lieu, comme c'est le cas pour les universités populaires, d'écoles de musique, etc., ainsi que l'enseignement privé donné en dehors de l'école ou à domicile.

(3) Für diese Anpassung wird ihnen eine Übergangszeit bis zum 1. Juli 1923 gewährt. Diese Bestimmung berührt weder die zwischen dem polnischen Staate und dem Heiligen Stuhle getroffene oder noch zu treffende Vereinbarung, noch die Bestimmung des Artikel 95.

Artikel 94

(1) Die im Amte befindlichen Geistlichen, Kirchenbeamten, Schwestern und Diakonissen können ihre Ämter behalten und dürfen in der kirchlichen Tätigkeit, die sie ausüben, nicht behindert werden.

(2) Die vertragsschließenden Teile werden bei den kirchlichen Stellen dahin wirken, daß zum Zwecke der Befriedung des Landes ein Austausch katholischer Pfarrer zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets entsprechend den Vorschriften des kanonischen Rechtes stattfindet.

Artikel 95

Die Kirchen- und Kultusgemeinden, ihre Geistlichen und Beamten, ihre Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen können ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den bisherigen kirchlichen Versorgungseinrichtungen (Kassen u. dgl. Anstalten), zu denen sie beim Übergang der Staatshoheit gehören, selbständig regeln und fortführen, solange die Unmöglichkeit der Schaffung eines vollwertigen Ersatzes besteht.

Artikel 96

§ 1

Kirchliche und charitative Anstalten, Stiftungen und sonstige Einrichtungen, die beiden Teilen des Abstimmungsgebiets dienen, dürfen diesen Wirkungskreis behalten, bis es möglich geworden ist, für jeden der beiden Teile gesonderte Fürsorge einzurichten.

§ 2

In Kirchen- und Kultusgemeinden, die durch die neue Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets durchschnitten werden, dürfen die Beteiligten die geeigneten Maßnahmen treffen, um an der Unterhaltung der beweglichen und unbeweglichen Güter dieser Kirchen- und Kultusgemeinden teilzunehmen.

Kapitel IV

Unterricht

Abschnitt I

Privatunterricht

Artikel 97

Unter den Begriff des Privatunterrichts im Sinne dieses Kapitels fallen die Privatschulen und Privaterziehungsanstalten, ohne Rücksicht darauf, ob sie öffentliche Schulen ersezten oder nicht, wie Volkshochschulkurse, Musikschulen usw., sowie der nicht schulmäßige oder häusliche Privatunterricht.

Article 98

1. — Les ressortissants appartenant à des minorités pourront créer, diriger, surveiller et entretenir à leurs propres frais, des écoles privées ou des établissements privés d'éducation, ainsi que donner l'enseignement privé, pourvu que les conditions requises pour la sécurité des enfants soient remplies et pourvu que les instituteurs ou précepteurs se trouvent dans les conditions légales de capacité, soient domiciliés dans le territoire de l'Etat où l'enseignement se donne et n'abusent pas de leur profession pour se livrer à une activité hostile à l'Etat. Dans les cas où une autorisation est requise, elle sera accordée si les conditions spécifiées ci-dessus sont remplies.

2. — L'enseignement privé hors de l'école, donné par des instituteurs ou des précepteurs présentant toutes garanties de moralité, ou par les parents, est autorisé.

3. — Le fait que l'enseignement privé visé aux alinéas 1 et 2, répond ou non à un besoin, ne pourra notamment entrer en ligne de compte.

Article 99

1. La langue officielle ne peut être imposée comme langue véhiculaire dans les écoles privées d'une minorité de langue ni dans l'enseignement privé.

2. — La langue officielle ne peut être imposée comme matière d'enseignement qu'aux écoles privées tenant lieu d'écoles publiques de la même catégorie.

Article 100

1. — Sera considérée comme dûment qualifiée pour donner l'enseignement dans une école privée, toute personne qui aura prouvé par un diplôme officiel qu'elle possède la capacité d'instituteur public dans l'un des deux Etats. Pour donner l'enseignement privé hors de l'école, ou pour enseigner à l'école des matières ne faisant pas partie des programmes réguliers, il suffit d'une attestation de la capacité de donner un tel enseignement, délivrée par une autorité compétente de l'un des deux Etats.

2. — Les autres dispositions relatives à l'admission des étrangers aux fonctions d'instituteurs dans les écoles privées, devront être appliquées de telle manière que les écoles privées d'une minorité puissent recruter leur corps enseignant entre autres à l'étranger.

Article 101

La fréquentation d'écoles privées ou d'établissements privés d'éducation en Haute Silésie polonaise ne peut être interdite aux ressortissants allemands domiciliés en Haute Silésie polonaise. De même, la fréquentation d'écoles privées ou d'établissements privés d'éducation dans la partie allemande du territoire plébiscité ne peut être interdite aux ressortissants polonais domiciliés dans la partie allemande du territoire plébiscité.

Article 102

Le droit accordé à une minorité de surveiller les écoles privées ne porte en rien atteinte au droit de surveillance des autorités de l'Etat.

Artikel 98

(1) Die Errichtung, Leitung, Beaufsichtigung und Unterhaltung von Privatschulen und Privaterziehungsanstalten auf eigene Kosten sowie die Erteilung von Privatunterricht ist den Staatsangehörigen, die zu einer Minderheit gehören, zu gestatten oder, soweit eine Genehmigung vorgeschrieben ist, zu genehmigen, wenn die für die Sicherheit der Kinder vorge schriebenen Bedingungen erfüllt sind, und wenn die Lehrer oder Erzieher die für ihre Lehrbefugnis vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, in dem Staatsgebiete, in dem der Unterricht stattfindet, wohnen und ihren Beruf nicht zu staatsfeindlicher Be tätigung missbrauchen.

(2) Nichtschulmäßiger Privatunterricht durch Hauslehrer oder Erzieher, deren Lebenswandel moralisch einwandfrei ist, oder durch die Eltern ist zu gestatten.

(3) Die Frage, ob für den im Abs. 1 und 2 bezeichneten Privatunterricht ein Bedürfnis vorliegt oder nicht, kommt nicht in Betracht.

Artikel 99

(1) Für die Privatschulen und den Privatunterricht einer sprachlichen Minderheit darf die Staats sprache als Unterrichtssprache nicht gefordert werden.

(2) Als Unterrichtsfach darf die Staats sprache nur für Privatschulen angeordnet werden, die als Ersatz für gleichartige öffentliche Schulen dienen sollen.

Artikel 100

(1) Als wissenschaftlich befähigt zur Erteilung von schulmäßigen Privatunterricht gilt jede Person, die durch die amtlichen Prüfungszeugnisse eines der beiden Staaten die Fähigkeit zur Anstellung als öffentlicher Lehrer nachweisen kann. Für den nicht schulmäßigen Privatunterricht oder für den schulmäßigen Privatunterricht in Fächern, die nicht zu den regelmäßigen Lehrplänen gehören, genügt die Bescheinigung der zuständigen Behörde eines der beiden Staaten, daß diese Person die Fähigkeit zur Erteilung von Privatunterricht hat.

(2) Die übrigen Bestimmungen über die Zulassung von Ausländern zum Unterricht an Privatschulen werden so gehandhabt werden, daß die Privatschulen der Minderheiten ihren Bedarf an Lehrkräften auch aus dem Auslande decken können.

Artikel 101

Der Besuch von Privatschulen oder von Privaterziehungsanstalten im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets darf den dort wohnenden polnischen Staatsangehörigen, der Besuch von Privatschulen oder von Privaterziehungsanstalten im polnischen Teile darf den dort wohnenden deutschen Staatsangehörigen nicht verboten werden.

Artikel 102

Durch das den Minderheiten zugestandene Recht, Privatschulen zu beaufsichtigen, wird das Aufsichtsrecht der staatlichen Behörden nicht berührt.

Article 103

1. — Les enfants appartenant à une minorité et recevant, notamment à domicile ou dans une école privée, un enseignement privé suffisant, ne sont pas tenus de fréquenter les écoles publiques.

2. — Les autorités scolaires de l'Etat sont compétentes pour décider si l'enseignement privé en question est ou non suffisant pour tenir lieu d'enseignement public.

Article 104

Les dispositions spéciales relatives à l'enseignement professionnel ou complémentaire privé se trouvent à l'article 115; celles relatives à l'enseignement privé moyen et supérieur, aux articles 128 à 130.

Deuxième Section

Enseignement primaire public

Article 105

§ 1

Sont considérées comme écoles primaires au sens du présent chapitre, les écoles, à l'exclusion des écoles complémentaires, que les enfants doivent fréquenter si l'enseignement prescrit ne leur est pas donné d'une autre manière.

§ 2

Il sera pourvu aux besoins des minorités en matière d'enseignement primaire public, au moyen des institutions scolaires suivantes:

- a) écoles primaires employant la langue de la minorité comme langue véhiculaire, dites écoles minoritaires;
- b) classes primaires employant la langue de la minorité comme langue véhiculaire, instituées auprès des écoles primaires de langue officielle, dites classes minoritaires;
- c) cours minoritaires comprenant:
 - 1^o l'enseignement de la langue de la minorité (cours minoritaires de langue);
 - 2^o l'instruction religieuse dans langue de la minorité (cours minoritaires de religion).

Article 106

§ 1

1. — Il sera créé une école minoritaire, sur la demande d'un ressortissant, appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins quarante enfants d'une minorité de langue, à condition que ces enfants soient ressortissants de l'Etat, appartiennent à une même communauté scolaire (*Schulverband – związek szkolny*), aient l'âge où l'enseignement est obligatoire, et soient destinés à fréquenter ladite école.

2. — Si quarante de ces enfants au moins appartiennent à la même confession ou religion, il sera créé sur demande une école minoritaire du caractère confessionnel ou religieux demandé.

3. — Dans le cas où la création d'une école minoritaire n'est pas expédiante pour des raisons spéciales, il sera formé des classes minoritaires.

Artikel 103

(1) Kinder einer Minderheit, für deren Bildung durch privaten, insbesondere auch schulmäßigen oder häuslichen Unterricht ausreichend gesorgt ist, sind zum Besuche öffentlicher Schulen nicht verpflichtet.

(2) Ob der häusliche oder private Unterricht als genügender Eratz für öffentlichen Unterricht anzusehen ist, entscheidet die Schulbehörde.

Artikel 104

Die besonderen Verhältnisse des privaten Fach- und Fortbildungssunterrichts werden in Artikel 115, die des privaten mittleren und höheren Unterrichts in den Artikeln 128 bis 130 geregelt.

Abschnitt II

Öffentlicher Volksschulunterricht

Artikel 105

§ 1

Als Volksschulen im Sinne dieses Kapitels gelten unter Ausschluß von Fortbildungsschulen die Schulen, die ein Kind besuchen muß, wenn nicht anderweit für seine vorgeschriebene Bildung gesorgt wird.

§ 2

Für die Bedürfnisse der Minderheiten auf dem Gebiete des öffentlichen Volksschulunterrichts ist durch die folgenden Minderheitsschuleinrichtungen zu sorgen:

- a) Volksschulen mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache (Minderheitsschulen),
- b) Volksschulklassen mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache, die an Volksschulen mit der StaatsSprache eingerichtet werden (Minderheitssklassen),
- c) Minderheitssunterricht, und zwar
 - 1. Lese- und Schreibunterricht in der Minderheitssprache (Minderheitssprachunterricht),
 - 2. Religionsunterricht in der Minderheitssprache (Minderheitsreligionsunterricht).

Artikel 106

§ 1

(1) Eine Minderheitsschule ist einzurichten auf den Antrag eines Staatsangehörigen, der von den Erziehungsberechtigten von wenigstens vierzig staatsangehörigen Kindern einer sprachlichen Minderheit unterstützt wird, wenn diese Kinder im schulpflichtigen Alter stehen, zum Besuche der Volksschule bestimmt sind und zu demselben Schulverbande gehören.

(2) Gehören wenigstens vierzig dieser Kinder derselben Konfession oder Religion an, so ist für sie auf Antrag eine Minderheitsschule mit entsprechendem konfessionellen oder religiösen Charakter einzurichten.

(3) Wo die Errichtung einer Minderheitsschule nach Lage des Falles nicht angebracht ist, sind wenigstens Minderheitssklassen zu errichten.

§ 2

Il devra être donné satisfaction aux demandes mentionnées aux alinéas 1 et 2 du paragraphe 1, dans le plus bref délai possible et au plus tard au début de l'année scolaire qui suivra la demande, à condition que celle-ci ait été présentée neuf mois au moins avant le début de l'année scolaire.

Article 107

1. — Sur la demande d'un ressortissant, appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins dix-huit élèves d'une école primaire qui sont ressortissants de l'Etat et appartiennent à une minorité de langue, des cours minoritaires de langue seront institués aussitôt que possible pour ces élèves.

2. — Dans les mêmes conditions, si douze au moins de ces élèves appartiennent à la même confession ou religion, des cours minoritaires de religion seront institués sur demande pour ces élèves.

Article 108

§ 1

1. — Les institutions scolaires de minorité ne pourront être supprimées que si le nombre de leurs élèves est, pendant trois années scolaires consécutives, inférieur au nombre prévu pour leur création.

2. — Toutefois, la suppression pourra être ordonnée à l'expiration d'une année scolaire, si pendant toute cette année le nombre des élèves a été inférieur à la moitié du nombre prévu.

§ 2

En cas de suppression d'une institution scolaire de minorité, la minorité pourra maintenir l'institution en question à titre privé. Lorsque les circonstances le permettent, le local et le matériel scolaire qui lui servaient peuvent être laissés à sa disposition.

Article 109

§ 1

L'entretien des institutions scolaires de minorité aura lieu conformément aux mêmes principes que l'entretien des autres écoles primaires publiques. Il appartient à l'autorité compétente de l'Etat de veiller à ce qu'il soit pourvu à cet entretien.

§ 2

1. — L'entretien des écoles primaires publiques incombe aux communes (éventuellement aux *Gutsbezirke—obszary dworskie*), avec participation de l'Etat. Il se peut que plusieurs communes soient groupées en *Gesamtschulverbände—zbiorowe związki szkolne*, en vue de l'entretien des écoles. La participation de l'Etat consiste soit à accorder des allocations ou des subventions, soit à prendre directement à sa charge une partie de l'entretien des écoles.

2. — Les traitements du personnel enseignant des institutions scolaires de minorité, ainsi que les frais de remplacement, sont à la charge des mêmes organisations que ceux du personnel des autres écoles primaires publiques.

§ 2

Dem im Abs. 1 und 2 des § 1 bezeichneten Antrag ist sobald als möglich, spätestens jedoch, wenn er mindestens neun Monate vor Beginn des Schuljahrs gestellt worden ist, zu dem auf den Antrag folgenden Beginn des Schuljahrs zu entsprechen.

Artikel 107

(1) Auf den Antrag eines Staatsangehörigen, der von den Erziehungsberechtigten von mindestens achtzehn zu einer sprachlichen Minderheit gehörenden, staatsangehörigen Schülern einer Volksschule unterstützt wird, ist diesen Schülern alsbald Minderheitssprachunterricht zu erteilen.

(2) Gehören wenigstens zwölf dieser Schüler der selben Konfession oder Religion an, so haben sie auf Antrag Minderheitsreligionsunterricht zu erhalten.

Artikel 108

§ 1

(1) Die Minderheitsschuleinrichtungen dürfen erst wieder aufgehoben werden, wenn ihre Schülerzahl in drei aufeinanderfolgenden Schuljahren hinter den für ihre Begründung maßgebenden Zahlen zurückbleibt.

(2) Die Aufhebung kann schon nach Ablauf eines Schuljahres angeordnet werden, wenn während dieses Schuljahres die Kinderzahl ununterbrochen geringer war als die Hälfte der vorgesehenen Mindestzahlen.

§ 2

Werden die Minderheitsschuleinrichtungen aufgehoben, so steht es den Minderheiten frei, sie als Privateinrichtungen fortzuführen. Wo die Verhältnisse es gestatten, werden die Räume und die Lehr- und Lernmittel den Minderheiten weiter zur Verfügung gestellt bleiben.

Artikel 109

§ 1

Die Minderheitsschuleinrichtungen werden nach denselben gesetzlichen Grundsätzen unterhalten wie die übrigen öffentlichen Volksschulen. Die zuständigen Staatsbehörden haben von Aufsichtswegen für ihre Unterhaltung zu sorgen.

§ 2

(1) Die Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen liegt den bürgerlichen Gemeinden (Gutsbezirken) unter Beteiligung des Staates ob. Mehrere Gemeinden (Gutsbezirke) können für die Zwecke der Schulunterhaltung zu Gesamtschulverbänden zusammengeschlossen werden. Der Staat hat sich an den Schullaufen durch Gewährung von Beiträgen oder Zuschüssen oder durch unmittelbare Übernahme eines Teiles der Schulunterhaltung zu beteiligen.

(2) Die Besoldung der Lehrkräfte an den Minderheitsschuleinrichtungen, einschließlich der Kosten für notwendige Vertretungen, liegt den allgemein dazu Verpflichteten ob.

Article 110

§ 1

1. — Les écoles minoritaires doivent recevoir une part proportionnelle au nombre de leurs élèves, sur les fonds affectés par les budgets des communautés scolaires à l'entretien ordinaire des écoles primaires, abstraction faite des frais généraux d'administration et des allocations de secours. Quant aux dépenses extraordinaires (transformations et extensions de l'organisation scolaire, constructions importantes, etc...), l'autorité compétente de l'Etat devra veiller à ce que les écoles minoritaires ne soient pas désavantagées dans la répartition des crédits qui y sont affectés dans les budgets des communautés scolaires.

2. — En cas de différend, les autorités scolaires d'Etat décident quelles dépenses il y a lieu de considérer comme frais généraux d'administration.

§ 2

Dans la répartition des sommes affectées d'une manière générale à l'enseignement primaire public par l'Etat ou par des organisations publiques autres que les communautés scolaires, les écoles minoritaires seront traitées sur le même pied que les autres écoles primaires. En ce qui concerne les sommes provenant des fonds dont l'emploi est laissé à la discrétion de l'administration, les écoles minoritaires devront, dans les mêmes conditions, recevoir les mêmes allocations que les autres écoles primaires.

Article 111

1. — Pour chaque école minoritaire, ainsi que pour les classes minoritaires, une commission scolaire sera constituée afin de participer à leur administration. Plus de la moitié des membres de cette commission seront élus par les personnes légalement responsables de l'éducation des élèves de l'école ou des classes en question.

2. — S'il se trouve dans une communauté scolaire plusieurs écoles minoritaires appartenant à la même confession ou religion, il pourra être constitué une commission scolaire commune pour toutes ces écoles.

3. — Si dans une communauté scolaire il n'existe que des écoles d'une même minorité, il ne sera pas nécessaire de constituer de commission scolaire. La délégation de la communauté scolaire (*dozór szkolny, deputacja szkolna — Schulvorstand, Schuldeputation*) sera, dans ce cas, investie des attributions de la commission scolaire.

Article 112

1. — Les commissions scolaires participeront d'une manière équitable à l'administration tant intérieure qu'extérieure des écoles minoritaires. Il leur appartient particulièrement de veiller à l'état des locaux et du matériel scolaire.

2. — Les commissions scolaires pourront prendre part aux décisions relatives à l'emploi des sommes attribuées aux institutions scolaires de minorité.

Artikel 110

§ 1

(1) Von den Mitteln, die von Schulverbänden für die laufende Unterhaltung der Volksschulen, abgesehen von den allgemeinen Verwaltungskosten und den Unterstützungsmitteln, zur Verfügung gestellt werden, muß für die Minderheitsschuleinrichtungen ein der Kinderzahl entsprechender Anteil verwendet werden. Bei den für außerordentliche Schulbedürfnisse (Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, größere Bauten usw.) von den Schulverbänden aufzuwendenden Mitteln ist von Aufsichtswegen dafür zu sorgen, daß die Minderheitsschuleinrichtungen nicht benachteiligt werden.

(2) Was als allgemeine Verwaltungskosten anzusehen ist, entscheidet im Streitfalle die staatliche Schulbehörde.

§ 2

Geldbeträge, die vom Staate oder von anderen, nicht zu den Schulverbänden gehörenden öffentlichen Körperschaften allgemein gewährt werden, sind für Minderheitsschuleinrichtungen in gleicher Weise zu verwenden wie für die anderen Volksschulen. So weit es sich um Mittel aus Fonds handelt, deren Verwendung dem arbiträren Ermessen von Verwaltungsstellen unterliegt, sind für die Minderheitsschuleinrichtungen die gleichen Zuflüsse zu gewähren, die unter gleichen Voraussetzungen den anderen Volksschulen zuteil werden.

Artikel 111

(1) Zur Teilnahme an der Schulverwaltung ist für jede Minderheitsschule oder für die Minderheitsklassen eine Schulkommission einzurichten. Mehr als die Hälfte der Mitglieder dieser Kommission ist von den Erziehungsberechtigten der Schüler der Minderheitsschule oder der Minderheitsklassen zu wählen.

(2) Bestehen in einem Schulverbande mehrere Minderheitsschulen derselben Konfession oder Religion, so kann für sie eine gemeinsame Schulkommission eingerichtet werden.

(3) Bestehen in einem Schulverbande nur Schulen derselben Minderheit, so kann von der Einrichtung einer Schulkommission abgesehen werden; in diesem Falle übernimmt der Schulvorstand oder die Schuldeputation zugleich die Aufgaben der Schulkommission.

Artikel 112

(1) Die Schulkommission ist in angemessener Weise an der inneren und äußeren Verwaltung der Minderheitsschulen zu beteiligen, insbesondere ist ihr die Pflege des äußeren Zustandes der Schule und ihrer Einrichtung anzuvertrauen.

(2) Bei der Verwendung der für Minderheitsschuleinrichtungen bestimmten Mittel ist der Schulkommission eine Mithilfe einzuräumen.

3. — Avant de procéder à la nomination d'instituteurs dans les écoles ou classes minoritaires, la commission scolaire devra avoir l'occasion d'exprimer ses vœux en ce qui concerne le choix des candidats, sans qu'il puisse être de ce fait porté atteinte aux prérogatives des autorités scolaires de l'État en matière de nominations. La délégation de la communauté scolaire n'a pas voix délibérative. Si l'autorité scolaire n'agit pas conformément aux vœux exprimés par la commission scolaire, elle devra, en règle générale, communiquer les motifs de son attitude à la dite commission, si celle-ci le demande.

Article 113

En vue de tenir un nombre suffisant d'instituteurs à la disposition des institutions scolaires de minorité de langue, les Parties contractantes conviennent de prendre les mesures suivantes :

1^o En principe, ne seront nommés dans une école minoritaire que des instituteurs appartenant à la minorité et en possédant parfaitement la langue.

Il sera établi des cours de langue pour les instituteurs nommés ou appelés à être nommés dans les écoles minoritaires, qui ne possèdent pas au degré requis la langue de la minorité.

2^o Il sera créé un nombre suffisant d'établissements destinés, conformément à la législation de l'État intéressé, à l'instruction générale de futurs instituteurs, dans lesquels la langue véhiculaire de l'enseignement sera la langue de la minorité.

3^o Les diplômes exigés d'un instituteur pour être nommé dans une école primaire publique de l'un des États contractants, suffiront pour qu'il puisse être admis à exercer les fonctions d'instituteur de la minorité dans la partie du territoire plébiscité appartenant à l'autre État. Toutefois, l'acquisition de la nationalité peut être exigée.

Article 114

1. — Le Gouvernement allemand prendra les mesures nécessaires pour créer, dans la partie allemande du territoire plébiscité, au cours de l'année scolaire 1922-23, les institutions scolaires de minorité prévues au présent chapitre.

2. — Le Gouvernement polonais veillera à ce que, en Haute Silésie polonaise, l'enseignement donné en langue allemande aux élèves allemands ne soit pas, dans la mesure où des institutions scolaires de minorité sont prévues au présent chapitre, interrompu, à moins que des difficultés de l'administration scolaire ne s'y opposent.

Troisième Section

Enseignement professionnel et complémentaire

Article 115

Les Parties contractantes ne sont pas tenues de créer des écoles professionnelles ou des écoles complémentaires pour une minorité. Mais, s'il existe des cours privés où les membres d'une minorité peuvent recevoir un enseignement professionnel et complémentaire suffisant, la participation à ces cours les dispensera de l'obligation de fréquenter, le cas échéant, les écoles publiques correspondantes.

(3) Vor der Anstellung der Lehrer ist der Schulkommission, unbeschadet der den staatlichen Schulbehörden zustehenden Befugnisse, ausreichende Gelegenheit zur Ausübung von Wünschen über die Personen der Anzustellenden zu geben. Der Schulpresident oder die Schuldeputation hat keine beschließende Mitwirkung. Entspricht die staatliche Schulbehörde nicht den Wünschen der Schulkommission, so soll sie ihr in der Regel auf Antrag die Gründe für ihr Verhalten mitteilen.

Artikel 113

Um für die Minderheitsschuleinrichtungen eine genügende Zahl von Lehrern bereitzustellen, werden die vertraglichenden Teile folgende Maßregeln treffen:

1. An Minderheitsschulen werden grundsätzlich nur Lehrer angestellt, die derselben Minderheit angehören wie die Kinder und welche die Sprache der Minderheit vollkommen beherrschen.

Für Lehrer, die an Minderheitsschulen angestellt sind oder angestellt werden sollen und welche die Sprache der Minderheit noch nicht im erforderlichen Maße beherrschen, werden Sprachkurse eingerichtet.

2. Es werden in erforderlicher Anzahl Anstalten mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache errichtet werden, die nach den in dem betreffenden Staate geltenden Bestimmungen der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung fünfziger Lehrer dienen.

3. Die Fähigung zur Anstellung als Lehrer an einer öffentlichen Volksschule eines der vertraglichenden Staaten genügt zur Anstellung für den Minderheitunterricht in dem dem anderen Staate gehörenden Teile des Abstimmungsgebiets. Zur Anstellung an einer öffentlichen Volksschule darf der Erwerb der Staatsangehörigkeit gefordert werden.

Artikel 114

(1) Die deutsche Regierung wird Vorkehrungen treffen, um die Schaffung der Minderheitsschuleinrichtungen im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets im Laufe des Schuljahrs 1922/23 zu ermöglichen.

(2) Die polnische Regierung wird dafür sorgen, daß im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets der Unterricht der deutschen Kinder in ihrer Sprache, soweit für sie nach den Bestimmungen dieses Kapitels Minderheitsschuleinrichtungen vorgeschrieben sind, nicht unterbrochen wird, es sei denn, daß dies aus Gründen der Schulverwaltung nicht möglich ist.

Abschnitt III

Fach- und Fortbildungsunterricht

Artikel 115

Zur Errichtung öffentlicher Fach- oder Fortbildungsschulen für die Angehörigen einer Minderheit sind die vertraglichenden Teile nicht verpflichtet. Erhalten die Angehörigen der Minderheit indessen ausreichenden privaten Fach- oder Fortbildungsunterricht, so sind sie von einer Verpflichtung zum Besuch entsprechender öffentlicher Schulen befreit.

Quatrième Section
Enseignement moyen et supérieur

Article 116

1. — Considérant que la situation spéciale du territoire plébiscité exige qu'on satisfasse d'une manière spéciale, pour la période transitoire, aux besoins de la minorité de langue en matière d'enseignement moyen et supérieur, les Gouvernements des deux Parties contractantes s'engagent à user de tous les moyens dont ils disposent pour que les pouvoirs compétents adoptent les principes des articles 117 à 130.

2. — Jusqu'à ce que ces pouvoirs aient réglé la matière, les deux Gouvernements s'engagent à appliquer les dispositions suivantes.

Article 117

§ 1

Sont considérées comme écoles moyennes et supérieures au sens du présent chapitre, les écoles de toutes espèces du degré moyen et supérieur, au sens des dispositions en vigueur dans le territoire plébiscité à la date du transfert de la souveraineté. Seront également considérées comme telles, les écoles d'espèces subséquemment créées, mais du même degré.

§ 2

Il sera pourvu aux besoins des minorités en matière d'enseignement moyen et supérieur public, au moyen des institutions scolaires suivantes:

- a) écoles moyennes et supérieures employant la langue de la minorité comme langue véhiculaire, dites écoles minoritaires ;
- b) classes parallèles employant la langue de la minorité comme langue véhiculaire, instituées auprès des écoles publiques de langue officielle, dites classes minoritaires ;
- c) cours minoritaires comprenant:
 - 1^o l'enseignement de la langue de la minorité (cours minoritaires de langue) ;
 - 2^o l'instruction religieuse dans la langue de la minorité (cours minoritaires de religion).

Article 118

§ 1

1. — Dans les localités du territoire plébiscité où il existe une école supérieure de l'Etat, une école minoritaire d'Etat du même degré devra être créée, si la demande en est faite et est appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins trois cents élèves.

2. — Des classes minoritaires devront être instituées dans les écoles supérieures de l'Etat, si la demande est appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins trente élèves pour chacune des quatre classes inférieures, et d'au moins vingt élèves pour chacune des classes supérieures.

3. — Des cours minoritaires de langue devront être institués sur demande appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins vingt-cinq élèves, et des cours minoritaires de religion sur demande appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins dix-huit élèves.

Abschnitt IV
Mittleres und höheres Schulwesen

Artikel 116

(1) In der Erwägung, daß die Bedürfnisse der sprachlichen Minderheit auf dem Gebiete des mittleren und höheren Schulwesens im Hinblick auf die besondere Lage des Abstimmungsgebiets während der Übergangszeit in besonderer Weise befriedigt werden müssen, verpflichten sich die Regierungen der vertragsschließenden Teile, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Grundsätze der Artikel 117 bis 130 von den zuständigen öffentlichen Gewalten angenommen werden.

(2) Bis diese Gewalten die Angelegenheit geregelt haben, verpflichten sich beide Regierungen, die folgenden Bestimmungen anzuwenden:

Artikel 117

§ 1

Als mittlere und höhere Schulen im Sinne dieses Kapitels gelten die Schulen aller Arten der mittleren oder höheren Stufe im Sinne der zur Zeit des Überganges der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete geltenden Bestimmungen sowie die Schulen später eingeführter Arten derselben Stufe.

§ 2

Für die Bedürfnisse der Minderheiten auf dem Gebiete des mittleren und höheren Unterrichts ist durch folgende Minderheitsschuleinrichtungen zu sorgen:

- a) mittlere oder höhere Schulen mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache (Minderheitsschulen),
- b) Parallelklassen mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache, die an öffentlichen Schulen mit der Staatssprache eingerichtet werden (Minderheitssklassen),
- c) Minderheitsunterricht, und zwar:
 - 1. Unterricht in der Minderheitssprache als Unterrichtsfach (Minderheitssprachunterricht),
 - 2. Religionsunterricht in der Minderheitssprache (Minderheitssreligionsunterricht).

Artikel 118

§ 1

(1) An Orten, in denen eine höhere staatliche Schule besteht, ist eine höhere staatliche Minderheitsschule auf einen von den Erziehungsberechtigten von mindestens 300 Schülern unterstützten Antrag zu errichten.

(2) An den höheren staatlichen Schulen sind Minderheitssklassen für jede der vier unteren Klassen auf einen von den Erziehungsberechtigten von mindestens 30, für jede der oberen Klassen von mindestens 20 Schülern unterstützten Antrag einzurichten.

(3) Minderheitssprachunterricht ist auf einen Antrag, der seitens der Erziehungsberechtigten von mindestens 25 Schülern unterstützt wird, zu erteilen, Minderheitssreligionsunterricht auf einen Antrag, der seitens der Erziehungsberechtigten von mindestens 18 Schülern unterstützt wird.

§ 2

Peuvent appuyer une demande, les personnes légalement responsables de l'éducation d'élèves d'une minorité de langue ressortissants du pays où se trouve l'institution scolaire, habitant la partie du territoire plébiscité qui lui appartient, et inscrits ou demandant l'inscription à une école supérieure.

Article 119

1. — L'école minoritaire pourra être créée dans une autre localité, si cela est compatible avec les besoins des élèves appartenant à la minorité.

2. — Si l'école minoritaire est installée dans un bâtiment particulier, elle aura son propre directeur appartenant à la minorité. Si elle se trouve dans le même bâtiment qu'une école supérieure dont la langue véhiculaire est la langue officielle, son administration extérieure pourra être confiée au directeur de l'école de langue officielle ; mais, pour tout ce qui concerne l'ensemble de l'administration pédagogique, elle aura son directeur appartenant à la minorité.

Article 120

Les institutions scolaires minoritaires de l'Etat peuvent être remplacées par des institutions communales de même degré.

Article 121

1. — Les autorités compétentes des deux Parties contractantes sont tenues d'user de toute leur influence et autorité auprès des communes où il existe une école communale supérieure, pour qu'elles créent les institutions scolaires de minorité mentionnées aux articles 118 et 119, si les conditions stipulées à ces articles sont réalisées.

2. — Il en est de même en ce qui concerne les institutions scolaires de minorité pour l'enseignement moyen. Toutefois, la demande devra être appuyée par les personnes légalement responsables de l'éducation d'au moins deux cents élèves pour la création d'une école moyenne minoritaire, et d'au moins trente-cinq élèves pour l'institution d'une classe minoritaire.

Article 122

1. — Les institutions scolaires de minorité pourront être supprimées si, pendant trois années scolaires consécutives, le nombre de leurs élèves est inférieur d'au moins 20% au nombre requis pour leur création.

2. — Si, pendant une année, le nombre des élèves est inférieur à la moitié du nombre requis pour sa création, l'institution scolaire pourra être supprimée à la fin de l'année scolaire.

Article 123

Dans les écoles et classes minoritaires publiques des degrés moyen et supérieur, l'enseignement ne sera confié en principe qu'à des professeurs appartenant à la minorité et connaissant à fond la langue de la minorité.

§ 2

Zur Unterstüzung des Antrags berechtigt sind die Erziehungsberechtigten von staatsangehörigen Schülern einer sprachlichen Minderheit, die in dem betreffenden Teile des Abstimmungsgebiets wohnen und eine höhere Schule besuchen oder für sie angemeldet sind.

Artikel 119

(1) Die Minderheitsschule kann, wenn es mit den Interessen der für sie in Betracht kommenden Schüler vereinbar ist, auch an einem anderen Ort errichtet werden.

(2) Wird die Minderheitsschule in einem besonderen Gebäude untergebracht, so erhält sie einen besonderen zur Minderheit gehörenden Leiter. Wird sie räumlich mit einer höheren Schule, in der die Staatssprache Unterrichtssprache ist, verbunden, so darf ihre äußere Verwaltung dem Leiter der Schule mit der Staatssprache übertragen werden; für die gesamte pädagogische Verwaltung ist ein zur Minderheit gehöriger Leiter zu bestellen.

Artikel 120

An die Stelle der staatlichen Minderheitsschuleinrichtungen können auch kommunale Einrichtungen derselben Stufe treten.

Artikel 121

(1) Die zuständigen staatlichen Behörden der vertragshliegenden Teile sind verpflichtet, mit ihrem ganzen Einfluß und Ansehen auf die Gemeinden, in denen höhere kommunale Schulen vorhanden sind, einzuwirken, daß sie die in den Artikeln 118 und 119 bezeichneten Minderheitseinrichtungen des höheren Schulwesens schaffen, wenn die in diesen Artikeln genannten Voraussetzungen in den Gemeinden erfüllt sind.

(2) Das gleiche gilt für die entsprechenden Einrichtungen des mittleren Schulwesens mit der Maßgabe, daß für die Errichtung einer Minderheitsschule der Antrag von den Erziehungsberechtigten von mindestens 200, für die Errichtung einer Minderheitsklasse von mindestens 35 Schülern unterstützt wird.

Artikel 122

(1) Die Aufhebung der Minderheitsschuleinrichtungen darf erfolgen, wenn die Schülerzahl in drei aufeinanderfolgenden Jahren mindestens um 20 v. H. hinter der für ihre Schaffung vorgesehenen Zahlen zurückbleibt.

(2) Sinken die Zahlen während eines Jahres um die Hälfte, so kann die Einrichtung schon nach Ablauf eines Schuljahrs aufgehoben werden.

Artikel 123

Mit dem Unterricht an den öffentlichen Minderheitsschulen und an den Minderheitsklassen des mittleren und höheren Schulwesens sind grundsätzlich nur Lehrer zu betrauen, die zur Minderheit gehören und die Minderheitssprache vollkommen beherrschen.

Article 124

Pour mettre à exécution les principes de l'article 123, les Parties contractantes se déclarent prêtes à prendre des professeurs du personnel enseignant de l'autre Partie contractante, dans les conditions suivantes:

- a) La nomination a lieu par contrat de droit privé, pour une période allant jusqu'à la fin de l'année scolaire 1936-1937. Toutefois, même avant la fin de cette période, l'Etat peut dénoncer un contrat pour la fin de chaque année scolaire, moyennant préavis de six mois, et le professeur peut le dénoncer à tout moment, moyennant préavis de trois mois.
- b) L'Etat doit accorder aux professeurs un traitement au moins égal à celui qu'ils auraient dans leur pays.
- c) Les professeurs ne sont pas obligés de prêter à l'Etat le serment que prêtent les fonctionnaires publics. Toutefois, on pourra exiger d'eux une déclaration écrite par laquelle ils s'engagent vis-à-vis de lui à remplir fidèlement et consciencieusement leurs devoirs professionnels.
- d) L'Etat peut déplacer les professeurs d'une école minoritaire dans une autre école minoritaire de même degré ou dans des classes minoritaires de même degré. Ces déplacements ne pourront avoir lieu que dans le territoire plébiscité.
- e) Vis-à-vis de leurs propres autorités, les professeurs sont considérés comme en congé. Ils conservent leurs droits à la retraite et à l'assistance à leurs survivants. En quittant l'enseignement dans le pays étranger, ils sont réintégrés de droit dans le service de l'enseignement de leur pays. La période de service dans le pays étranger doit être considérée en ce qui concerne leur traitement et leurs expectatives, comme service accompli dans leur propre pays.

Article 125

1. — Là où il existe des écoles ou classes minoritaires, les personnes légalement responsables de l'éducation de leurs élèves devront jouir d'une représentation équitable au sein des commissions scolaires (*Kuratorien, Deputationen — kuratorja, deputacie*), s'il y en a.

2. — Les commissions scolaires des écoles communales participeront d'une manière équitable à l'administration tant intérieure qu'extérieure de ces écoles ; il leur appartient particulièrement de veiller à l'état des locaux et du matériel scolaire. Ces commissions scolaires pourront prendre part aux décisions relatives à l'emploi des sommes attribuées aux institutions scolaires de minorité.

Article 126

Il ne sera pas exigé pour la fréquentation des écoles minoritaires publiques, d'écolage plus élevé que pour la fréquentation des écoles correspondantes de langue officielle. Il ne sera pas exigé d'écolage supplémentaire pour la fréquentation des classes ou cours minoritaires.

Article 124

Zur Durchführung des im Artikel 123 aufgestellten Grundsatzes erläutern sich die vertragsschließenden Teile bereit, Lehrer aus dem Schuldienst des anderen Teiles unter folgenden Bedingungen zu übernehmen:

- a) Die Anstellung im Schuldienst des übernehmenden Staates erfolgt durch Privatvertrag für die Zeit vom Eintritt in den Schuldienst bis zum Ende des Schuljahrs 1936/37. Jedoch kann der Vertrag vor Ablauf der Zeit durch den übernehmenden Staat zum Schluß eines Schuljahrs mit halbjähriger Frist durch den Lehrer jederzeit mit vierteljähriger Frist gekündigt werden.
- b) Der übernehmende Staat gewährt den Lehrern ein Diensteinkommen mindestens in der Höhe, wie sie es in ihrem Heimatstaat zu beanspruchen hätten.
- c) Die Lehrer sind zur Ableistung des Staatsdienereides in dem übernehmenden Staat nicht verpflichtet. Doch kann von ihnen die Abgabe einer schriftlichen Erklärung verlangt werden, daß sie ihre Pflichten als Lehrer dem übernehmenden Staat gegenüber treu und gewissenhaft erfüllen werden.
- d) Der übernehmende Staat ist befugt, die Lehrer innerhalb des Abstimmungsgebiets von einer Minderheitsschule an eine andere Minderheitsschule derselben Stufe oder an Minderheitsklassen derselben Stufe zu versetzen.
- e) Die Lehrer gelten ihrem Heimatstaate gegenüber als aus ihrem Schuldienst beurlaubt und behalten ihre Anwartschaften auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Bei ihrem Ausscheiden aus dem Schuldienst des fremden Staates treten sie von selbst in den heimischen Schuldienst zurück. Der Schuldienst im fremden Staat gilt hinsichtlich ihres Diensteinkommens und ihrer Anwartschaften als heimischer Schuldienst.

Article 125

(1) Wo besondere Schulausschüsse (Kuratorien, Deputationen usw.) bestehen, müssen die Erziehungsberechtigten der Schüler von Minderheitsschulen oder Minderheitsklassen in diesen Ausschüssen angemessen vertreten sein.

(2) Die Schulausschüsse der kommunalen Schulen sind an der Verwaltung des inneren und äußeren Schulwesens angemessen zu beteiligen; insbesondere ist ihnen die Pflege des äußeren Zustandes der Schule und ihrer Einrichtung zu übertragen. Bei der Verwendung der hierfür zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel ist den Schulausschüssen eine entsprechende Mitwirkung einzuräumen.

Article 126

Für den Besuch der mittleren und höheren öffentlichen Minderheitsschulen darf kein höheres Schulgeld erhoben werden als für den Besuch entsprechender Schulen mit der Staatssprache als Unterrichtssprache. Für den Besuch von Minderheitsklassen und Minderheitsunterricht darf kein besonderes Schulgeld erhoben werden.

Article 127

Les examens officiels dans les écoles et classes minoritaires auront lieu dans la langue de la minorité.

Article 128

Si l'enseignement donné dans des écoles minoritaires privées correspond à celui des écoles publiques moyennes ou supérieures, ces écoles minoritaires privées devront être reconnues comme écoles moyennes ou supérieures, de telle sorte que leurs certificats, et notamment les certificats de fin d'études, aient la même valeur que ceux que délivrent les écoles publiques moyennes ou supérieures.

Article 129

Si une école minoritaire privée remplace une école publique moyenne ou supérieure existant à la date du transfert de la souveraineté, elle aura droit à une subvention provenant des fonds publiques,

- a) pourvu que la revenu de l'école ne couvre pas ses frais nécessaires. Pour l'évaluation du revenu provenant des écolages, on prendra pour base au moins l'écolage demandé dans les écoles publiques de même espèce ;
- b) et pourvu que le nombre des élèves ressortissants de l'Etat s'élève soit au total de cent cinquante, soit à une moyenne de trente par classe pour les quatre classes inférieures ou de vingt pour les autres classes.

*Article 130**§ 1*

1. — Les subventions de l'Etat seront accordées conformément aux mêmes principes que les subventions que l'Etat accorde aux écoles communales ou privées de la même espèce ou du même degré.

2. — Pour calculer leur montant, on pourra tenir compte des différences de charges financières qui existent entre les écoles publiques et les écoles privées.

§ 2

1. — Les subventions des communes ou des groupements de communes (*Kommunalverbände—związki komunale*) ne devront être accordées que si la commune ou le groupement de communes dans le territoire duquel se trouve l'école privée accorde des allocations à des écoles publiques ou privées de même degré, ou si les dépenses qu'il fait pour ses écoles du même degré ne sont pas ou sont incomplètement couvertes par les revenus des ces écoles.

2. — L'une des bases du calcul de ces subventions sera le montant moyen des dites allocations ou dépenses faites par élève. Il ne sera tenu compte que des élèves de l'école privée qui sont ressortissants de l'Etat et qui habitent la commune ou le groupement de communes en question.

§ 3

Si l'Etat, la commune ou le groupement de communes se déclare disposé et est effectivement prêt à recevoir dans une école ou dans des classes

Artikel 127

Die amtlichen Prüfungen an Minderheitsschulen und Minderheitsklassen sind in der Minderheitssprache abzuhalten.

Artikel 128

Wenn der Unterricht in Minderheitsprivatschulen den Anforderungen genügt, die für öffentliche, mittlere oder höhere Schulen maßgebend sind, sind diese Minderheitsprivatschulen mit der Wirkung als mittlere oder höhere Schulen anzuerkennen, daß ihre Zeugnisse, insbesondere die Abgangszeugnisse, dieselbe Geltung haben wie die entsprechender öffentlicher Schulen.

Artikel 129

Falls eine Minderheitsprivatschule eine beim Übergang der Staatshoheit vorhandene öffentliche mittlere oder höhere Schule ersetzt, hat sie Unwirtschaft auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln,

- a) wenn die aus dem Schulbetrieb erzielten Einnahmen die notwendigen Ausgaben nicht decken. Bei der Berechnung der Einnahmen aus dem Schulgeld ist mindestens die Höhe des Schulgeldes gleichartiger öffentlicher Schulen in Ansatz zu bringen;
- b) und wenn die Zahl der staatsangehörigen Schüler entweder insgesamt wenigstens hundertfünzig, oder durchschnittlich für jede der vier unteren Klassen wenigstens dreißig, der übrigen Klassen wenigstens zwanzig beträgt.

*Artikel 130**§ 1*

(1) Die Unterstützungen aus staatlichen Mitteln sind nach denselben Grundsätzen zu gewähren, wie sie kommunalen oder privaten Schulen gleicher Art oder gleicher Stufe gewährt werden.

(2) Bei der Bemessung der Höhe kann die verschiedenartige finanzielle Belastung öffentlicher und privater Schulen in Rücksicht gezogen werden.

§ 2

(1) Die Unterstützungen aus kommunalen Mitteln brauchen nur gewährt zu werden, wenn die Gemeinde oder der Kommunalverband, in dessen Bezirk die Privatschule liegt, für öffentliche oder private Schulen gleicher Stufe Buschüsse gewährt oder Aufwendungen für seine Schulen gleicher Stufe macht, die durch Einnahmen aus diesen Schulen nicht oder nicht voll gedeckt werden.

(2) Als einer der Maßstäbe für diese Unterstützung dient der durchschnittlich auf einen Schüler entfallende Betrag dieser Buschüsse oder Aufwendungen. Für die Berechnung der Unterstützung kommen nur die staatsangehörigen Schüler der Privatschule, die in der Gemeinde oder in dem Kommunalverband wohnen, in Betracht.

§ 3

(3) Erklärt sich jedoch der Staat, die Gemeinde oder der Kommunalverband bereit, eine Zahl der in einer Privatschule untergebrachten Schüler in eine

minoraires publiques se trouvant dans la même localité, un certain nombre d'élèves de l'école privée, le montant de la subvention à accorder à l'école privée sera diminué d'une somme correspondant à ce nombre d'élèves.

Cinquième Section Dispositions générales

Article 131

1. — Pour établir quelle est la langue d'un élève ou enfant, il sera uniquement tenu compte de la déclaration verbale ou écrite de la personne légalement responsable de son éducation. Cette déclaration ne pourra faire l'objet d'aucune vérification ou contestation de la part des autorités scolaires.

2. — Les autorités scolaires devront de même s'abstenir d'exercer toute pression, si minime qu'elle soit, ayant pour but le retrait de demandes de création d'institutions scolaires de minorités.

Article 132

§ 1

Par langue véhiculaire ou par langue considérée comme matière d'enseignement, on entend la langue littéraire correcte soit polonaise, soit allemande.

§ 2

Là où la langue d'une minorité est la langue véhiculaire, elle l'est pour l'enseignement de toutes les matières, sauf pour l'enseignement du polonais dans la partie polonaise du territoire plébiscité et pour l'enseignement de l'allemand dans la partie allemande dudit territoire, lorsque l'enseignement de ces langues fait partie du programme scolaire.

§ 3

Les cours minoritaires de la langue de la minorité seront donnés dans cette langue.

Article 133

1. — Les Parties contractantes s'engagent à n'autoriser dans aucune école de leur partie du territoire plébiscité, l'emploi de livres, ou d'objets d'enseignement par l'image, qui puissent blesser les sentiments nationaux ou religieux d'une minorité.

2. — De même, chacune des Parties contractantes prendra les mesures nécessaires pour empêcher que, dans les leçons données à l'école, les qualités nationales et culturelles de l'autre partie ne soient improprement rabaisées aux yeux des élèves.

Chapitre V Langues

Article 134

Les Parties contractantes garantissent aux minorités le libre usage de leur langue dans leurs relations tant individuelles ou économiques que collectives. Aucune disposition ne pourra limiter l'usage de cette liberté. Il en sera de même en ce qui concerne le libre usage des langues de minorité dans la presse et les publications de tout genre, et dans les réunions publiques ou privées.

gleichartige oder gleichwertige öffentliche Minderheitsschule oder Minderheitsklasse gleicher Art oder gleicher Stufe am Orte aufzunehmen, und ist er dazu in der Lage, so wird die Höhe der Unterstützung der Privatschule um einen der erwähnten Schülerzahl entsprechenden Betrag ermäßigt.

A b s c h n i t t IV Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 131

(1) Was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist, bestimmt ausschließlich die mündlich oder schriftlich abgegebene Erklärung des Erziehungsberechtigten. Diese Erklärung darf von der Schulbehörde weder nachgeprüft noch bestritten werden.

(2) Auch haben sich die Schulbehörden jeder Einwirkung, welche die Zurücknahme des Antrags auf Schaffung von Minderheitsschuleinrichtungen bezieht, gegenüber den Antragstellern zu enthalten.

Artikel 132

§ 1

Minderheitssprache als Unterrichtssprache und als Unterrichtsfach im Sinne dieses Kapitels ist die korrekte polnische oder deutsche Schriftsprache.

§ 2

Wo nach den Bestimmungen dieses Kapitels eine Minderheitssprache Unterrichtssprache ist, ist sie die Unterrichtssprache für alle Lehrgegenstände mit Ausnahme der polnischen Sprache im polnischen und der deutschen Sprache im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes, falls diese Sprachen als Lehrgegenstand eingeführt werden.

§ 3

Der Minderheitssprachunterricht im Sinne dieses Kapitels wird auch in der Minderheitssprache als Unterrichtssprache erteilt.

Artikel 133

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, in den ihnen gehörenden Teilen des Abstimmungsgebietes keine Lehr- und Lesebücher sowie keine Anschauungsmittel für den Unterricht in den Schulen aller Art zuzulassen, welche die nationalen oder religiösen Gefühle der Minderheit verleken könnten.

(2) Auch werden die vertragschließenden Teile Maßregeln treffen, um vorzubeugen, daß beim Unterricht in den Schulen die nationalen und kulturellen Werte des anderen Teiles vor den Schülern nicht in ungehörlicher Weise herabgesetzt werden.

Kapitel V Sprache

Artikel 134

Die vertragschließenden Teile gewährleisten den Angehörigen der Minderheiten den freien Gebrauch ihrer Sprache in ihren persönlichen, wirtschaftlichen und Gemeinschaftsbeziehungen. Kein Gesetz und keine Anordnung darf diese Freiheit beeinträchtigen. Das gleiche gilt für den freien Gebrauch der Sprache in der Presse, in Veröffentlichungen jeder Art sowie bei öffentlichen oder privaten Versammlungen.

Première Section

Langue officielle de l'administration

Article 135

Dans les rapports oraux avec les autorités civiles du territoire plébiscité, toute personne a le droit de se servir de la langue allemande ou de la langue polonaise.

Article 136

Les requêtes adressées aux autorités civiles du territoire plébiscité peuvent être rédigées en allemand ou en polonais. La réponse peut être faite dans l'une ou l'autre de ces deux langues. Si elle est faite dans la langue officielle, une traduction devra y être jointe si la requête n'a pas été rédigée dans cette langue et si l'expéditeur en a demandé une.

Article 137

Les communications officielles des autorités civiles dans le territoire plébiscité seront faites dans la langue officielle. On joindra à ces communications une traduction dans la langue de la minorité, dans tous les endroits où l'on procérait de cette manière, à la date du 1^{er} janvier 1922. Les autorités compétentes seront toutefois libres de régler autrement cette matière.

Article 138

1. — Sous réserve des règlements concernant l'emploi de la langue officielle et notamment de la langue dans laquelle doivent être rédigés les procès-verbaux, motions, etc..., il sera permis aux ressortissants appartenant à des minorités de parler dans leur propre langue au *Kreistag*, au *sejmik powiatowy* et aux conseils municipaux et communaux du territoire plébiscité.

2. — Il en sera de même au *sejm* de la voïvodie de Silésie et au *Provinziallandtag* de Haute Silésie, pendant quatre ans à dater du transfert de la souveraineté.

3. — Les stipulations des alinéas 1 et 2 seront applicables aux assemblées représentatives qui, dans l'avenir, pourraient remplacer les assemblées susmentionnées.

Article 139

1. — Les stipulations de la présente section ne s'appliquent pas aux administrations des chemins de fer et des postes, télégraphes, etc.

2. — Dans les rapports directs avec le public, et notamment aux guichets de distribution des billets de chemins de fer et aux guichets des bureaux de poste, on tiendra compte autant que possible des facilités de la population, pour autant que la langue de la minorité sera comprise par les employés.

Deuxième Section

Langue employée en justice

Article 140

1. — Devant les tribunaux ordinaires du territoire plébiscité, toute personne aura le droit d'employer, oralement ou par écrit, soit la langue

Abschnitt I Verwaltungssprache

Artikel 135

Im mündlichen Verkehre mit den Zivilbehörden des Abstimmungsgebietes ist jedermann der Gebrauch der deutschen und der polnischen Sprache gestattet.

Artikel 136

Eingaben an die im Abstimmungsgebiet befindlichen Zivilbehörden können in deutscher oder in polnischer Sprache abgefaßt werden. Die Beantwortung dieser Eingaben kann in einer der beiden Sprachen erfolgen. Wird in der Amtssprache geantwortet, so ist eine Übersetzung beizufügen, wenn die Eingabe nicht in dieser Sprache abgefaßt war und der Verfasser der Eingabe um Beifügung einer Übersetzung gebeten hat.

Artikel 137

Die öffentlichen Bekanntmachungen der Zivilbehörden des Abstimmungsgebietes erfolgen in der Amtssprache. Den Bekanntmachungen ist in den Orten, in denen es am 1. Januar 1922 üblich war, eine Übersetzung in der Sprache der Angehörigen der Minderheit beizufügen. Den zuständigen Stellen bleibt indessen eine anderweite Regelung dieser Frage überlassen.

Artikel 138

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen über den Gebrauch der Staatssprache und insbesondere der Sprache, in der die Sitzungsberichte, Anträge usw. abzufassen sind, ist den Angehörigen der Minderheit der Gebrauch ihrer Sprache in den Sitzungen der Kreistage, sejmik powiatowy, Gemeindevertretungen und Gemeindeversammlungen des Abstimmungsgebietes gestattet.

(2) Das gleiche gilt für den Sejm der Woiwodschaft Schlesien und den Provinziallandtag der Provinz Oberschlesien während vier Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 finden auch auf die Vertretungsversammlungen Anwendung, die fünfzig an die Stelle der bezeichneten Versammlungen treten könnten.

Artikel 139

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten nicht für den Geschäftsbereich der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- usw. Verwaltung.

(2) Es soll indessen, soweit die Sprache der Minderheit von den Beamten verstanden wird, im unmittelbaren Verkehre mit dem Publikum, namentlich an den Eisenbahnfahrfärtenschaltern und den Postschaltern, den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Abschnitt III Gerichtssprache

Artikel 140

(1) Vor den ordentlichen Gerichten des Abstimmungsgebietes wird jedermann gestattet, in Wort und Schrift die deutsche oder die polnische Sprache an Stelle der Amtssprache zu gebrauchen. Dies gilt

allemande, soit la langue polonaise, au lieu de la langue officielle. Il en sera de même pour les demandes adressées aux tribunaux ordinaires du territoire plébiscité qui doivent être transmises pour décision à l'instance supérieure siégeant hors de ce territoire, dans la mesure où la demande est recevable par le tribunal auquel elle est adressée. Ne jouissent pas de ce privilége, sans préjudice des mesures spéciales envisagées par le Gouvernement polonais pour la période de transition qui suivra l'entrée en vigueur du traité, les avocats ou les personnes qui font profession de représenter des tiers devant les tribunaux, sauf dans les cas où ils agissent dans leur propre cause.

2. — En cas de besoin, la partie des débats qui n'aura pas lieu dans la langue officielle sera traduite par le Président du tribunal, par un de ses membres ou par un interprète appelé par le tribunal.

3. — Le tribunal décidera s'il juge utile d'insérer des déclarations ou témoignages produits dans la langue d'une minorité, au procès-verbal ou dans une annexe, ou de faire joindre au procès-verbal une traduction certifiée conforme par l'interprète. Une partie ne pourra toutefois pas exiger qu'un procès-verbal annexé soit établi dans la langue d'une minorité.

Article 141

Le Ministre de la Justice pourra décréter que les plaintes, demandes ou autres déclarations d'une partie, rédigées dans la langue de la minorité, qui doivent être officiellement notifiées d'office, soient accompagnées du nombre de copies nécessaires pour la notification.

Article 142

1. — La notification officielle de plaintes ou autres écritures, rédigées dans la langue de la minorité, ne sera valable que si elle est faite dans l'autre État ou dans le territoire plébiscité.

2. — Au cas où la notification dans la langue de la minorité serait sans effet, et où la notification officielle doit avoir lieu d'office, une traduction de la plainte ou de l'écriture en question devra être établie par les soins du tribunal et remise aux fins de notification ; une copie de l'original devra y être jointe ; la notification de la traduction aura, dans ce cas, les mêmes effets qu'une notification valable de la pièce traduite.

Article 143

Sans préjudice des dispositions de l'article 146, les demandes d'inscription au registre foncier ou aux autres registres tenus par les tribunaux, ainsi que les déclarations de consentement s'y rapportant, devront, si elles sont rédigées dans la langue de la minorité, être accompagnées d'une traduction d'un interprète juré, dont le texte fera foi en cas de divergence.

Article 144

Devant les tribunaux ordinaires du territoire plébiscité, la langue polonaise pourra, si le tribunal le juge nécessaire, être employée pour les

auch für die bei den ordentlichen Gerichten des Abstimmungsgebietes angebrachten Anträge, die zur Entscheidung an ein im Rechtszug übergeordnetes Gericht außerhalb des Abstimmungsgebietes abzugeben sind, sofern die Anbringung des Antrags bei dem angegangenen Gerichte zulässig ist. Diese Vergünstigung gilt, unbeschadet der von der polnischen Regierung für die Übergangszeit in Aussicht genommenen besonderen Regelung, nicht für Rechtsanwälte und Personen, die die Vertretung Dritter vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, es sei denn, daß sie in eigener Sache tätig werden.

(2) Erforderlichenfalls wird der nicht in der Amtssprache geführte Teil der Verhandlungen durch den Vorsitzenden, durch ein Mitglied des Gerichts oder durch einen vom Gerichte zugezogenen Dolmetscher übersetzt werden.

(3) Das Gericht entscheidet darüber, ob es angezeigt ist, Erklärungen und Aussagen in der Sprache der Minderheit in dieser Sprache in das Protokoll oder in eine Anlage zum Protokoll aufzunehmen, oder dem Protokoll eine durch einen Dolmetscher beglaubigte Übersetzung beizufügen. Ein Recht, die Aufnahme eines Nebenprotokolls in der Sprache der Minderheit zu verlangen, steht der Partei nicht zu.

Artikel 141

Der Justizminister kann anordnen, daß den in der Sprache der Minderheit abgefaßten Klagen, Anträgen und anderen Erklärungen einer Partei, die von Amts wegen zu zustellen sind, die für die Zustellung erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen ist.

Artikel 142

(1) Die Zustellung von Klagen und sonstigen Schriftsätzen in der Sprache der Minderheit ist nur wirksam, wenn sie im Abstimmungsgebiet oder im Gebiete des anderen Staates erfolgt.

(2) Ist die Zustellung in der Sprache der Minderheit unwirksam und hat die Zustellung von Amts wegen zu erfolgen, so ist vom Gericht eine Übersetzung der Klage oder des anderen Schriftsatzes herzustellen und zum Zwecke der Zustellung zu übergeben. Eine Abschrift der Urkunde soll beigefügt werden. Die Zustellung der Übersetzung hat in diesem Falle dieselben Wirkungen wie eine wirksame Zustellung des übersetzten Schriftstücks.

Artikel 143

Unbeschadet der Vorschrift des Artikels 146 muß Anträgen auf Eintragung in die Grundbücher oder in andere bei den Gerichten geführte Register sowie den Bewilligungen solcher Eintragungen, sofern sie in der Sprache der Minderheit abgefaßt sind, eine von einem vereidigten Dolmetscher gefertigte Übersetzung beigefügt werden, deren Wortlaut, im Falle von Abweichungen von der übersetzten Urkunde, maßgebend ist.

Artikel 144

Bei den ordentlichen Gerichten des Abstimmungsgebietes kann nach dem Ermeessen des Gerichts im deutschen Teile die polnische Sprache und im polnischen

débats dans la partie allemande, et la langue allemande dans la partie polonaise, pourvu que les parties, témoins et autres intéressés la comprennent suffisamment. Même dans ce cas, les jugements seront prononcés dans la langue officielle, et les procès-verbaux rédigés dans cette langue. Les dispositions de l'alinéa 3 de l'article 140 sont applicables.

Article 145

Les dispositions précitées seront, de même, applicables aux tribunaux de commerce, conseils de prud'hommes, tribunaux arbitraux des corporations de métiers, tribunaux administratifs des assurances sociales, commissions de conciliation et d'arbitrage, offices de conciliation en matière de loyer et de baux à ferme, et *Versorgungsgerichte*; ces dispositions sont également applicables aux rapports du public avec les huissiers, arbitres, personnes ayant qualité pour rédiger les testaments d'urgence, et tribunaux de village.

Article 146

Les dispositions précédentes ne portent en rien atteinte aux prescriptions déjà édictées, ou qui pourraient être édictées, autorisant, dans une plus large mesure encore, l'emploi de la langue polonaise dans la partie allemande ou l'emploi de la langue allemande dans la partie polonaise. En particulier, la faculté accordée aux notaires par le paragraphe 2245 du Code civil allemand, est maintenue.

Teil die deutsche Sprache als Verhandlungssprache gebraucht werden, wenn die Parteien, die Zeugen und die anderen Beteiligten sie hinreichend verstehen. Entscheidungen werden auch in diesem Falle in der Amtssprache verkündet, Protokolle auch in diesem Falle in der Amtssprache geführt. Die Vorschriften des Artikel 140 Abs. 3 finden Anwendung.

Artikel 145

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung bei den Kaufmannsgerichten, Gewerbegerichten und Innungsschiedsgerichten, bei den Spruchbehörden der sozialen Versicherung, den Schlichtungsausschüssen, Miet- und Pachtneigungssämlern sowie den Versorgungsgerichten, desgleichen im Verkehr des Publikums mit Gerichtsvollziehern, Schiedsmännern, Urkundspersonen für Nottestamente und mit den Dorfgerichten.

Artikel 146

Durch die vorstehenden Bestimmungen werden bereits erlassene oder noch zu erlassende Vorschriften, die in noch weiterem Umfange im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes den Gebrauch der polnischen Sprache, oder im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes den Gebrauch der deutschen Sprache zulassen, nicht berührt. Insbesondere bleibt die den Notaren durch § 2245 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs gegebene Besugnis bestehen.

Titre III

Droit de pétition et voies de recours

Article 147

Le Conseil de la Société des Nations est compétent pour statuer en ce qui concerne toute pétition individuelle ou collective ayant trait aux dispositions de la présente partie, et adressée directement à lui par des personnes appartenant à une minorité. Lorsque le Conseil transmet ces pétitions au Gouvernement de l'Etat dans le territoire duquel les pétitionnaires sont domiciliés, ce Gouvernement les réadressera, pour examen, au Conseil, avec ou sans observations.

Article 148

Afin d'assurer aux pétitions émanant de personnes appartenant à une minorité, qui ont trait à l'interprétation ou à l'application de dispositions de la présente partie, un traitement uniforme et équitable de la part des autorités administratives dans chacune des deux parties du territoire plébiscité, les deux Gouvernements institueront, chacun dans sa partie du territoire plébiscité, un Office des minorités.

Article 149

En ce qui concerne l'application et l'interprétation des dispositions de la présente partie par les autorités administratives qui reçoivent des ordres par la voie hiérarchique, les personnes appartenant à une minorité pourront, conformément aux dispositions qui suivent, soumettre pour examen une pétition à l'Office des minorités de leur Etat. Celui-ci transmettra, conformément aux stipulations spéciales contenues dans les articles suivants, ces pétitions au Président de la Commission mixte pour avis. Dans le cas où les pétitionnaires ne seraient pas satisfaits de la solution donnée à l'affaire par l'autorité administrative, ils pourront faire appel au Conseil de la Société des Nations.

Article 150

1. — Toutes pétitions devront être adressées à l'Office des minorités en trois exemplaires. Elles ne pourront lui être adressées que
 - a) après que la plainte aura été déposée auprès de l'autorité administrative qui est, dans la matière en question, hiérarchiquement la dernière instance compétente dans le territoire plébiscité; ou
 - b) s'il s'agit d'une affaire relevant de la compétence des autorités communales autonomes (*komunalne Selbstverwaltungskörper — komunalne ciała samorządowe*), après que la plainte aura été déposée auprès de l'autorité de l'Etat chargée de la surveillance communale, qui est hiérarchiquement la dernière instance compétente dans le territoire plébiscité; ou

Titel III Eingaben und Rechtsmittel

Artikel 147

Der Völkerbundrat wird über Einzel- und Sammelingaben, welche die Angehörigen einer Minderheit in bezug auf die Bestimmungen dieses Teiles unmittelbar an ihn richten, befinden. Übersendet er sie der Regierung des Staates, in dessen Gebiete die Verfasser der Eingaben ihren Wohnsitz haben, so wird diese Regierung sie an den Völkerbundrat mit oder ohne Bemerkungen zwecks Prüfung zurückgehen lassen.

Artikel 148

Um in jedem der beiden Teile des Abstimmungsgebietes eine einheitliche und gerechte Behandlung der Eingaben der Angehörigen einer Minderheit über die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Teiles durch die Verwaltungsbehörden herbeizuführen, wird die deutsche Regierung im deutschen, die polnische Regierung im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes ein Minderheitsamt errichten.

Artikel 149

Die Angehörigen einer Minderheit sind berechtigt, Eingaben über die Anwendung und Auslegung der Bestimmungen dieses Teiles durch Verwaltungsbehörden, die den Weisungen ihrer vorgesetzten Behörde zu folgen haben, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an das Minderheitsamt ihres Staates zur Prüfung zu richten. Das Minderheitsamt wird sie nach näherer Vorschrift der folgenden Artikel dem Präsidenten der Gemischten Kommission zur Stellungnahme vorlegen. Die Verfasser der Eingabe können den Völkerbundrat anrufen, wenn die Erledigung ihrer Angelegenheit durch die Verwaltungsbehörden sie nicht befriedigt.

Artikel 150

- (1) Die Eingaben sollen bei dem Minderheitsamt in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden. Sie dürfen erst eingereicht werden:
 - a) nachdem die Beschwerde bei der obersten Verwaltungsbehörde, die im Abstimmungsgebiet in dieser Angelegenheit zuständig ist, eingelegt worden ist; oder
 - b) wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die zur Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltungskörper gehört, nachdem die Beschwerde bei der obersten Kommunalaufsichtsbehörde des Abstimmungsgebietes eingelegt worden ist; oder

- c) s'il s'agit d'un différend sur le point de savoir si les conditions requises pour la création ou le maintien d'une école, d'une classe ou d'un cours minoritaire sont ou non réalisées, après que l'autorité de l'Etat compétente en matière d'écoles en aura été saisie; ou
- d) s'il s'agit d'une affaire dans laquelle la première plainte doit être adressée à des autorités administratives établies en dehors du territoire plébiscité, ou pour laquelle l'autorité compétente en premier lieu se trouve hors du dit territoire, après que la plainte aura été déposée auprès des autorités hiérarchiquement compétentes.

2. — Une pétition adressée à l'Office des minorités avant que les conditions prescrites à l'alinéa 1 se trouvent réalisées, sera rejetée sans examen.

Article 151

Si une personne appartenant à une minorité établit d'une manière plausible que l'affaire qui l'intéresse n'a pas été réglée dans un délai raisonnable par les autorités administratives, ou que le règlement de l'affaire ne peut souffrir de retard, elle peut exiger que sa pétition soit examinée, avant même de faire appel aux autorités administratives mentionnées à l'alinéa 1 de l'article 150.

Article 152

1. — Dans tous les cas prévus aux articles 150 et 151, si l'Office des minorités ne réussit pas à donner satisfaction aux pétitionnaires, il transmet, pour avis, la pétition avec ses observations au Président de la Commission mixte.

2. — Chaque Office des minorités représente les autorités de son pays vis-à-vis du Président de la Commission mixte.

Article 153

1. — Le Président de la Commission mixte est libre de recueillir toutes informations qui lui sembleraient utiles et appropriées. Il donnera aux pétitionnaires et à l'Office des minorités l'occasion de présenter leurs observations oralement ou par écrit.

2. — Après avoir examiné l'affaire et donné aux Membres de la Commission mixte l'occasion d'exprimer leur opinion, le Président transmettra à l'Office des minorités son avis sur la manière dont l'affaire peut être réglée conformément aux dispositions de la présente partie, les dispositions de l'alinéa 2 de l'article 158 étant applicables *mutatis mutandis*.

3. — L'avis peut indiquer une solution définitive, provisoire ou partielle. Le Président pourra également déclarer qu'il ne formulera son avis qu'à l'expiration d'un certain délai.

Article 154

L'Office des minorités transmettra l'avis du Président de la Commission mixte aux autorités administratives compétentes, et informera, le plus tôt possible, le Président de la Commission mixte de la décision des autorités, en indiquant si elles ont tenu compte de son avis, et comment.

- c) wenn die Frage strittig ist, ob die Voraussetzungen für die Errichtung oder für das Fortbestehen einer Minderheitsschule, einer Minderheitssklasse oder eines Minderheitsunterrichts gegeben sind, nachdem die Schulaufsichtsbehörde mit ihr besetzt ist; oder
- d) wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, in der die erste Beschwerde an eine Verwaltungsbehörde außerhalb des Abstimmungsgebiets geht, oder für die eine Verwaltungsbehörde außerhalb des Abstimmungsgebiets die unmittelbar verfügbare oder entscheidende Behörde ist, nachdem Beschwerde eingelegt worden ist.

(2) Eine Anrufung des Minderheitsamts vor der Erfüllung der im Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen ist von diesem ohne Prüfung der Sache abzuweisen.

Artikel 151

Macht der Angehörige der Minderheit glaubhaft, daß die Angelegenheit von den staatlichen Instanzen nicht in angemessener Frist erledigt worden ist, oder daß sie keinen Aufschub duldet, so kann er verlangen, daß seine Eingabe geprüft wird, bevor die im Artikel 150 Abs. 1 bezeichneten Behörden angerufen werden sind.

Artikel 152

(1) Wenn es dem Minderheitsamte in den Fällen der Artikel 150 und 151 nicht gelingt, die Verfasser der Eingabe zu befriedigen, gibt es die Eingabe mit seinen Bemerkungen an den Präsidenten der Gemischten Kommission zur Stellungnahme weiter.

(2) Jedes Minderheitsamt vertritt den Präsidenten der Gemischten Kommission gegenüber die Behörden seines Staates.

Artikel 153

(1) Der Präsident der Gemischten Kommission kann sich alle Informationen verschaffen, die ihm nach Lage des Falles nützlich und zweckdienlich erscheinen. Er gibt dem Verfasser der Eingabe und dem Minderheitsamte Gelegenheit, sich schriftlich oder mündlich zur Sache zu äußern.

(2) Nachdem er die Angelegenheit geprüft und den Mitgliedern der Gemischten Kommission Gelegenheit gegeben hat, ihre Meinung zur Sache zu äußern, teilt er seine Stellungnahme über die Art, wie die Angelegenheit gemäß den Bestimmungen dieses Teiles zu regeln ist, dem Minderheitsamte mit. Artikel 158 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

(3) Die Stellungnahme kann auf eine endgültige vorläufige oder teilsweise Lösung lauten. Der Präsident kann auch erklären, daß er erst nach Ablauf einer bestimmten Frist Stellung nehmen wird.

Artikel 154

Das Minderheitsamt übermittelt der zuständigen Verwaltungsbehörde die Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission und unterrichtet diesen sobald als möglich darüber, wie die zuständige Verwaltungsbehörde die Angelegenheit erledigt und ob und wie sie dabei seine Stellungnahme berücksichtigt hat.

Article 155

Les délais de procédure seront fixés par le Président de la Commission mixte.

Article 156

La procédure ne sera pas publique. Le Président de la Commission mixte décide si et quand son avis peut être communiqué au pétitionnaire par l'Office des minorités. Il décide également si et quand la publication en sera permise.

Article 157

L'appel au Conseil de la Société des Nations prévu à l'article 149, devra être adressé à l'Office des minorités. Celui-ci en obtiendra la transmission au Conseil par le Gouvernement.

Article 158

1. — Si, dans les cas visés à l'article 588, le jugement ou la décision dépend de l'interprétation de dispositions de la présente partie, la question de l'interprétation sera soumise au seul Président du Tribunal arbitral en cas d'évocation. Peut demander l'évocation, la personne intéressée appartenant à une minorité ou la partie adverse.

2. — L'interprétation donnée par le Président du Tribunal arbitral tiendra compte entre autres des résolutions du Conseil de la Société des Nations, qui auraient trait à des cas analogues en Haute Silésie. La question de savoir si des lois nationales sont compatibles avec les dispositions de la présente partie, ne pourra faire l'objet d'aucun examen.

Artikel 155

Die für das in den vorhergehenden Artikeln ge- regelte Verfahren maßgebenden Fristen werden von dem Präsidenten der Gemischten Kommission fest- gesetzt.

Artikel 156

Das Verfahren ist nicht öffentlich. Der Präsident der Gemischten Kommission bestimmt, ob und wann seine Stellungnahme dem Verfasser der Eingabe durch das Minderheitsamt mitgeteilt werden kann. Er bestimmt ebenfalls, ob und wann die Veröffent- lichung seiner Stellungnahme zulässig ist.

Artikel 157

Die im Artikel 149 vorgesehene Anrufung des Völkerbundrates erfolgt durch Eruchen an das Minderheitsamt, daß es die Eingabe durch Vermitt- lung der Regierung an den Völkerbundrat weiter- gibt.

Artikel 158

(1) Wenn in den Fällen des Artikel 588 das Ur- teil oder die Entscheidung von der Auslegung von Bestimmungen dieses Teiles abhängt, wird die Aus- legungsfrage im Wege der Evokation nur dem Präsidenten des Schiedsgerichts vorgelegt. Die Evo- kation kann von der einer Minderheit angehörigen beteiligten Person oder von der anderen Partei be- antragt werden.

(2) Die Auslegung des Präsidenten des Schieds- gerichts wird auch die Beschlüsse des Völkerbundrates zugrunde legen, die über entsprechende oberschlesische Fälle ergangen sind. Eine Nachprüfung, ob die deutschen oder die polnischen Gesetze mit den Be- stimmungen dieses Teiles im Einflange sind, findet nicht statt.

Quatrième partie Questions sociales

Titre premier

Syndicats d'employeurs et d'employés

Chapitre premier

Syndicats

Article 159

Les Gouvernements polonais et allemand reconnaîtront pour une période de quinze ans les syndicats d'employeurs et d'employés qui fonctionnent dans le territoire plébiscité.

Article 160

On entend par syndicats d'employeurs au sens de l'article 159, les associations libres d'employeurs, sans distinction de nationalité, qui, s'abstenant de tout but politique, s'occupent, en vertu de leurs statuts ou en fait, exclusivement ou principalement de la réglementation des conditions de travail par contrats collectifs.

Article 161

1. — On entend par syndicats d'employés au sens de l'article 159, les associations libres de salariés, sans distinction de nationalité, qui, s'abstenant de tout but politique, s'occupent exclusivement ou principalement de la réglementation des conditions de travail par contrats collectifs.

2. — Les syndicats doivent en outre remplir les conditions suivantes :

- a) la qualité de membre ne doit pas dépendre du fait d'appartenir à une entreprise déterminée ;
- b) les employeurs ne peuvent pas être admis comme membres de ces syndicats, lesquels ne peuvent accepter de subventions ou autres faveurs de la part des employeurs ;
- c) les syndicats doivent sauvegarder eux-mêmes les intérêts de leurs membres, indépendamment de toute influence qui ne soit pas d'ordre syndical, en particulier d'influences politiques.

Article 162

On entend, en principe, par syndicats au sens du présent titre, seulement les syndicats existant à la date du transfert de la souveraineté. Il n'est toutefois pas exclu que, pour des raisons économiques ou d'administration, de nouveaux syndicats se constituent par voie de transfert régulier des membres, ou plusieurs syndicats existants se fusionnent en un seul.

Teil IV Soziale Angelegenheiten

Titel I

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen. Tarifverträge

Kapitel 1

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen

Artikel 159

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung werden für die Dauer von fünfzehn Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, die im Abstimmungsgebiete tätig sind, anerkennen.

Artikel 160

Arbeitgebervereinigungen im Sinne des Artikel 159 sind freiwillige Vereinigungen von Arbeitgebern ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, die sich unter Ablehnung politischer Ziele satzungsmäßig oder übungsmaßig ausschließlich oder überwiegend mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag beschäftigen.

Artikel 161

(1) Arbeitnehmervereinigungen im Sinne des Artikel 159 sind freiwillige Vereinigungen von Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, die sich unter Ablehnung politischer Ziele ausschließlich oder überwiegend mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag beschäftigen.

(2) Sie müssen ferner folgenden Bedingungen entsprechen:

- a) Die Mitgliedschaft darf nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig sein.
- b) Arbeitgeber dürfen nicht als Mitglieder aufgenommen, Unterstützungen oder sonstige Zuwendungen von Arbeitgeberseite dürfen nicht angenommen werden.
- c) Die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder muß selbständig und unabhängig von nicht gewerkschaftlichen, insbesondere von politischen Einflüssen erfolgen.

Artikel 162

Vereinigungen im Sinne dieses Titels sind grundsätzlich nur solche Vereinigungen, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit bestehen. Die aus geschäftlichen oder wirtschaftlichen Gründen erfolgende Bildung neuer Vereinigungen im Wege ordnungsmäßiger Überführung der Mitglieder und der Zusammenschluß mehrerer bestehender Vereinigungen werden jedoch nicht gehindert.

Article 163

1. — Si un syndicat polonais d'employés possède, à la date du transfert de la souveraineté, une branche locale d'administration dans la partie allemande du territoire plébiscité, le Gouvernement allemand permettra au syndicat de continuer son activité dans ladite partie du territoire tant qu'une branche locale d'administration y subsistera, et elle laissera le syndicat libre de déplacer comme il l'entend, dans la partie allemande du territoire plébiscité, le siège de la branche locale en question, ainsi que de modifier l'organisation de cette branche. Si, à la date du transfert de la souveraineté, un syndicat polonais d'employés ne possède pas de branche locale d'administration dans la partie allemande du territoire plébiscité, le Gouvernement allemand permettra à ce syndicat de continuer son activité pendant trois ans dans la partie allemande du territoire plébiscité. Après l'expiration de ces trois ans, le Gouvernement allemand permettra à ce syndicat de poursuivre son activité si celui-ci crée une branche locale d'administration dans la partie allemande du territoire plébiscité.

2. — Le Gouvernement polonais prend pour sa partie du territoire plébiscité les mêmes engagements en ce qui concerne les syndicats allemands d'employés.

3. — Le Gouvernement allemand usera en outre de son influence auprès des syndicats allemands d'employés qui étendent leur activité à la partie polonaise du territoire plébiscité, pour que leurs groupements de syndiqués y obtiennent le degré d'autonomie prévu par l'annexe. Réciproquement, le Gouvernement polonais usera de son influence de la même manière auprès des syndicats polonais d'employés qui étendent leur activité à la partie allemande du territoire plébiscité.

Article 164

1. — Les Gouvernements allemand et polonais s'engagent à ne pas restreindre les droits reconnus aux syndicats visés dans le présent titre en ce qui concerne la liberté de coalition et de réunion, en vertu des lois en vigueur dans le territoire plébiscité à la date du transfert de la souveraineté, et de leur permettre l'emploi de la langue de leur choix dans leurs réunions. Par liberté de coalition, il faut entendre entre autres le droit pour les syndicats de se grouper en *gewerkschaftliche Kartelle* — *kartele związków zawodowych* (*Ortsausschüsse* — *wydziały miejskie*).

2. — Les administrations syndicales existant dans le territoire plébiscité, et les sièges centraux des syndicats, pourront communiquer sans obstacles entre eux par voie de correspondance, par téléphone, par télégraphe ou par les personnes, ainsi qu'échanger les publications et imprimés des syndicats dans les limites fixées par la réglementation générale des communications.

Article 165

1. — Pour faciliter l'exécution des dispositions des paragraphes précédents, les Gouvernements allemand et polonais désigneront chacun un commissaire pour les questions du travail, choisi par-

Artikel 163

(1) Soweit eine polnische Arbeitnehmervereinigung im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets zur Zeit des Überganges der Staatshoheit eine Bezirksverwaltung hat, wird die deutsche Regierung die weitere Tätigkeit der Vereinigung dort zulassen, wenn eine Bezirksverwaltung bestehen bleibt, wobei die Befugnis der Vereinigung zu beliebigen Verlegungen im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets und sonstigen organisatorischen Änderungen dieser Verwaltung unberührt bleibt. Soweit eine polnische Arbeitnehmervereinigung im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets zur Zeit des Überganges der Staatshoheit keine Bezirksverwaltung hat, wird die deutsche Regierung ihre Tätigkeit während der Dauer von drei Jahren zulassen; nach Ablauf dieser Zeit wird sie ihre Tätigkeit zulassen, wenn sie im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets eine Bezirksverwaltung errichtet.

(2) Die gleiche Verpflichtung trifft die polnische Regierung hinsichtlich deutscher Arbeitnehmervereinigungen im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets.

(3) Im übrigen wird die deutsche Regierung auf deutsche Arbeitnehmervereinigungen, die auch im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets tätig sind, dahin einwirken, daß sie im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets tätigen Gliederungen in dem sich aus der Anlage ergebenden Maße verselbständigen. Im gleichen Sinne wird die polnische Regierung auf polnische Arbeitnehmervereinigungen einwirken, die auch im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets tätig sind.

Artikel 164

(1) Die deutsche Regierung und die polnische Regierung sind verpflichtet, die den Vereinigungen im Sinne dieses Titels aufzuhenden Befugnisse, die sich aus den zur Zeit des Überganges der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete geltenden Gesetzen hinsichtlich der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ergeben, nicht zu beschränken und Versammlungen in der von ihnen gewünschten Sprache zu gestatten. Unter Vereinigungsfreiheit ist auch die Befugnis zum Zusammenschluß der Vereinigungen in gewerkschaftlichen Kartellen (Ortsausschüssen) zu verstehen.

(2) Der persönliche, schriftliche, fernmündliche und festschriftliche Verkehr sowie der Austausch der Druckschriften der Vereinigungen zwischen den im Abstimmungsgebiete befindlichen Stellen und den Zentralen der Vereinigungen darf im Rahmen der allgemeinen Verkehrsregeln nicht gehindert werden.

Artikel 165

(1) Um die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen zu erleichtern, werden die deutsche Regierung und die polnische Regierung je einen Bevollmächtigten für Arbeitsfragen aus dem Kreise der im

mi les personnes nées dans le territoire plébiscité ou y exerçant leur activité depuis un certain temps.

2. — Si un syndicat allemand se croit lésé, par des mesures prises ou édictées par l'administration polonaise, dans les droits qui lui appartiennent en vertu des dispositions précitées, ou si inversement un syndicat polonais se croit ainsi lésé par des mesures prises ou édictées par l'administration allemande, le syndicat allemand pourra faire appel à l'intervention du commissaire allemand, et le syndicat polonais à l'intervention du commissaire polonais.

3. — Si le commissaire à qui il est fait appel estime que la réclamation est fondée, il en saisit le commissaire de l'autre Partie contractante. Ce dernier fait immédiatement procéder à une enquête par les autorités administratives compétentes et en communique les résultats aussitôt que possible et au plus tard trente jours après avoir été saisi de la réclamation, au Commissaire qui l'en a saisi. Si l'affaire ne peut être réglée de cette manière, le commissaire à qu'il a été fait appel remet la réclamation à l'Agent d'Etat de son pays, qui en saisit la Commission mixte.

4. — Si le commissaire à qui il a été fait appel estime que la réclamation n'est pas fondée, il doit s'efforcer d'en provoquer le retrait. Si le retrait n'a pas lieu, il remet la réclamation à l'Agent d'Etat de son pays, qui en saisit la Commission mixte.

Article 166

1. — Le Gouvernement allemand n'entreprendra rien en vue d'empêcher les groupements allemands de syndiqués qui se trouvent dans la partie polonaise du territoire plébiscité, de se séparer en toute liberté des organisations centrales allemandes avant l'expiration du délai de quinze ans. De même, le Gouvernement polonais n'entreprendra rien en vue d'empêcher les groupements polonais de syndiqués qui se trouvent dans la partie allemande du territoire plébiscité, de se séparer en toute liberté des organisations centrales polonaises avant l'expiration du délai de quinze ans.

2. — Dès que tous les groupements allemands de syndiqués qui se trouvent dans la partie polonaise du territoire plébiscité, se seront séparés des organisations centrales allemandes, et que tous les groupements polonais de syndiqués qui se trouvent dans la partie allemande du territoire plébiscité, se seront séparés des organisations centrales polonaises, les dispositions de l'article 164, alinéa 2, cesseront d'être applicables.

Chapitre II Contrats collectifs

Article 167

Les syndicats visés au chapitre premier du présent titre pourront établir des contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité.

Article 168

1. — On entend par contrats collectifs, des accords écrits établis par arrangement direct ou

Abstimmungsgebiete geborenen oder seit längerer Zeit dort tätigen Personen ernennen.

(2) Fühlt sich eine deutsche Vereinigung durch Maßnahmen der polnischen Verwaltung oder eine polnische Vereinigung durch Maßnahmen der deutschen Verwaltung in den ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zustehenden Rechten verletzt, so kann die deutsche Vereinigung den deutschen, die polnische Vereinigung den polnischen Bevollmächtigten zwecks Abhilfe anrufen.

(3) Hält der angerufene Bevollmächtigte die Beschwerde für begründet, so unterbreitet er sie dem Bevollmächtigten des anderen Staates. Dieser veranlaßt die sofortige Nachprüfung durch die zuständigen Verwaltungsstellen und teilt dem Bevollmächtigten des beschwerdeführenden Staates umgehend, spätestens dreißig Tage, nachdem ihm die Beschwerde unterbreitet worden ist, das Ergebnis mit. Wird auf diesem Wege der Beschwerdegrund nicht ausgeräumt, so gibt der angerufene Bevollmächtigte die Beschwerde an den Staatsvertreter seines Landes ab, der die Angelegenheit der Gemischten Kommission vorzulegen hat.

(4) Hält der angerufene Bevollmächtigte die Beschwerde nicht für begründet, soll er auf ihre Zurücknahme hinwirken. Wird die Beschwerde nicht zurückgenommen, so gibt er sie an den Staatsvertreter seines Landes ab, der die Angelegenheit der Gemischten Kommission vorzulegen hat.

Article 166

(1) Die deutsche Regierung wird nichts unternehmen, um eine schon vor dem Ablauf von fünfzehn Jahren erfolgende freiwillige Lösung der im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes befindlichen Teile deutscher Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervereinigungen von den deutschen Zentralorganisationen zu verhindern. Die polnische Regierung wird ebenfalls nichts unternehmen, um die Lösung der im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes befindlichen Teile polnischer Vereinigungen von den polnischen Zentralorganisationen zu verhindern.

(2) Sobald sämtliche im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes befindlichen Teile deutscher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen von den deutschen Zentralorganisationen und sämtliche im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes befindlichen Teile polnischer Vereinigungen von den polnischen Zentralorganisationen losgelöst sind, treten die Bestimmungen des Artikels 164 Abs. 2 außer Kraft.

Kapitel 2 Tarifverträge

Article 167

Die in Kapitel 1 dieses Titels bezeichneten Vereinigungen sind berechtigt, gemeinsame Tarifverträge für das gesamte Abstimmungsgebiet abzuschließen.

Article 168

(1) Tarifverträge sind schriftliche, freiwillig oder im Schlichtungsverfahren zustande gekommene Ver-

par voie de conciliation et d'arbitrage entre des syndicats d'employés, d'une part, et un ou plusieurs employeurs ou des syndicats d'employeurs, d'autre part, et réglant les conditions auxquelles est soumise la conclusion des contrats de travail.

2. — L'application des contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité ne doit pas dépasser les limites de ce territoire. Les contrats collectifs en cours qui s'appliquent à des régions dépassant les limites du territoire plébiscité, ne resteront en vigueur au delà de la frontière allemande que pour la période pour laquelle ils ont été établis. Les contrats collectifs de ce genre susceptibles d'être dénoncés cesseront d'être en vigueur dans la partie polonaise du territoire plébiscité à dater du premier jour où la dénonciation, faite aussitôt qu'elle est permise, commencerait à déployer ses effets. Les contrats collectifs relatifs aux conditions générales du travail (*Manteltarifverträge*) et les contrats collectifs relatifs au taux des salaires (*Lohntarifverträge*) sont considérés à cet égard comme des contrats distincts.

3. Les dispositions du présent titre ne portent pas atteinte au droit d'établir des contrats collectifs dont l'application ne s'étend pas au delà de la frontière germano-polonaise.

Article 169

1. — Pour faciliter l'établissement de contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité, les Gouvernements polonais et allemand donneront les attributions suivantes aux commissaires pour les questions du travail :

a) En cas de différend au sujet de l'établissement ou de la modification de contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité, les commissaires pourront, sur la demande d'un intéressé ou d'office, se mettre d'accord pour instituer une commission de conciliation et d'arbitrage. Cette commission devra comprendre en nombre égal des assesseurs allemands et polonais, employeurs et employés. Elle pourra avoir de un à trois présidents impartiaux ; si ceux-ci n'arrivent pas à se mettre d'accord sur le choix de la personne qui dirigera les débats, le sort décidera. S'il y a deux présidents, on ne comptera leur voix que s'ils sont d'accord sur le fond. En ce qui concerne la procédure de la commission de conciliation et d'arbitrage, les dispositions des paragraphes 23 à 30 de l'Ordonnance allemande du 23 décembre 1918 (*Reichsgesetzblatt*, page 1456) seront au surplus applicables. Les deux commissaires agissant ensemble remplacent les autorités centrales compétentes (*Landeszentralsbehörden*) des deux Parties. L'accord au sujet de la composition de la commission de conciliation et d'arbitrage, et la convocation, en particulier en cas de menace de grève, doivent s'effectuer le plus rapidement possible ; dans aucun cas, il ne devra s'écouler plus d'une semaine entre l'introduction de la demande ou, s'il n'y a pas de demande, l'accord des commissaires pour créer la commission, et la première séance de la commission.

einbarungen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einem oder mehreren Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern, in denen die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen geregelt sind.

(2) Der Geltungsbereich gemeinsamer Tarifverträge für das Abstimmungsgebiet muß sich innerhalb der Grenzen des Abstimmungsgebietes halten. Laufende Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über das Abstimmungsgebiet hinaus erstreckt, gelten über die deutschen Landesgrenze hinaus nur für den Zeitabschnitt, für den sie geschlossen sind; kündbare Tarifverträge dieser Art verlieren von dem Zeitpunkt ab, für den die Kündigung zuerst zulässig ist, ihre Rechtswirksamkeit im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes. Manteltarifverträge und Lohntarifverträge gelten in dieser Hinsicht als getrennte Verträge.

(3) Das Recht zum Abschluß von Tarifverträgen, deren Geltungsbereich über die deutsche oder die polnische Landesgrenze nicht hinausreicht, wird durch Bestimmungen dieses Titels nicht berührt.

Artikel 169

(1) Um das Zustandekommen gemeinsamer Tarifverträge für die beiden Teile des Abstimmungsgebietes zu erleichtern, werden die deutsche Regierung und die polnische Regierung den Bevollmächtigten für Arbeitsfragen folgende Befugnisse übertragen:

a) In Streitigkeiten über den Abschluß oder die Änderung gemeinsamer Tarifverträge für das Abstimmungsgebiet können die Bevollmächtigten sich auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen über die Einsetzung einer Schlichtungsstelle einigen. Der Schlichtungsstelle müssen Deutsche und Polen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl als Vorsitzende angehören. Sie kann ein bis drei unparteiische Vorsitzende haben; einigen sich diese nicht über die Person des Verhandlungsleiters, so entscheidet hierüber das Los. Sind zwei Vorsitzende vorhanden, so werden deren Stimmen bei der Abstimmung nur gezählt, wenn sie sachlich übereinstimmen. Auf das Verfahren der Schlichtungsstelle finden im übrigen die Vorschriften der §§ 23 bis 30 der deutschen Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) Anwendung; an die Stelle der Landeszentralsbehörde treten die beiden Bevollmächtigten gemeinsam. Die Einigung über die Zusammensetzung der Schlichtungsstelle und die Einberufung zur Verhandlung soll, insbesondere bei Streitgefahr, so sehr als irgend möglich beschleunigt werden; keinesfalls soll zwischen dem Eingang des Antrags oder, wenn ein Antrag nicht gestellt worden ist, zwischen der Einigung der Bevollmächtigten über die Einsetzung der Schlichtungsstelle und der ersten Verhandlung ein Zeitraum von mehr als einer Woche liegen;

- b) Les commissaires pourront décider de concert, sur la demande d'une des parties, s'il y a lieu de déclarer obligatoires des arbitrages de commissions de conciliation et d'arbitrage instituées par eux, que tous les intéressés n'avaient pas acceptés. Des arbitrages ne pourront être déclarés obligatoires que si, tout en tenant dûment compte des intérêts des parties, ils sont conformes à l'équité, et si leur mise à exécution est nécessaire pour la protection de la vie économique en général dans le territoire plébiscité. La déclaration de force obligatoire tient lieu de l'acceptation par les parties de l'arbitrage de la commission de conciliation et d'arbitrage.
- c) Les commissaires pourront disposer d'un commun accord de toute demande de déclaration de force obligatoire générale de contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité. Les dispositions des paragraphes 2 et 6a de l'Ordonnance allemande du 23 décembre 1918, seront applicables ; toutefois, les publications, au lieu d'être faites dans le *Reichs-Arbeitsblatt*, seront faites dans les journaux de la Haute Silésie désignés à cet effet par les deux commissaires. Les registres de contrats collectifs sont confiés aux soins de ces commissaires.

2. — Pour autant que les deux commissaires n'arriveront pas à se mettre d'accord, les dispositions législatives alors en vigueur en Allemagne et en Pologne seront appliquées respectivement dans la partie allemande et la partie polonaise du territoire plébiscité.

Chapitre III Compétence de la Commission mixte

Article 170

1. — La Commission mixte est compétente pour trancher toutes contestations au sujet d'une non-reconnaissance ou d'une restriction des pouvoirs, des syndicats d'employeurs et d'employés.

2. — Les contestations relatives à l'établissement ou au contenu de contrats collectifs, ne relèvent pas de la compétence de la Commission mixte.

- b) Die Bevollmächtigten können auf Antrag einer Partei gemeinsam über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der von ihnen eingesetzten Schlichtungsstellen, die nicht von allen Beteiligten angenommen sind, entscheiden. Die Verbindlichkeitserklärung ist nur zulässig, wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung bei ge rechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens des Abstimmungsgebiets erforderlich ist; sie erfordert die mangelnde Annahme des Schiedsspruchs.
- c) Die Bevollmächtigten können gemeinsam über Anträge auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit gemeinsamer Tarifverträge für das Abstimmungsgebiet entscheiden. Die Vorschriften der §§ 2 und 6a der deutschen Verordnung vom 23. Dezember 1918 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle der Bekanntmachung im Reichs-Arbeitsblatt die Bekanntmachung in den von den beiden Bevollmächtigten bestimmten oberschlesischen Blättern tritt, und daß das Tarifregister bei den beiden Bevollmächtigten geführt wird.
- (2) Soweit die Bevollmächtigten sich nicht einigen, tritt die in Deutschland und in Polen jeweils geltende gesetzliche Regelung für den deutschen und den polnischen Teil des Abstimmungsgebiets ein.

Kapitel 3 Zuständigkeit der Gemischten Kommission

Artikel 170

(1) Die Gemischte Kommission ist zuständig zur Regelung von Streitigkeiten wegen Nichtanerkennung von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervereinigungen oder wegen Einschränkung ihrer Befugnisse.

(2) Streitigkeiten über das Zustandekommen oder den Inhalt von Tarifverträgen gehören nicht zur Zuständigkeit der Gemischten Kommission.

Annexe (Article 163)

§ 1

1. — On considérera le degré d'autonomie prévu à l'article 163 comme réalisé si les décisions des organisations centrales sont conformes aux conditions énumérées ci-dessous:

- 1^o Chaque groupement aura, outre son nom, une désignation spéciale indiquant qu'il possède le degré requis d'autonomie.
 - 2^o Des représentants des syndicats allemands ne pourront prendre part à des négociations relatives à la réglementation des conditions de travail dont les résultats seront valables dans la partie polonaise du territoire plébiscité, qu'ils résident et exercent leur activité dans le territoire plébiscité.
 - 3^o Toute réglementation des conditions du travail par les syndicats allemands destinée à s'appliquer à la partie polonaise du territoire plébiscité, sera faite indépendamment par le groupement intéressé, sans qu'il ait notamment besoin du consentement de l'administration centrale du syndicat allemand.
 - 4^o Les groupements allemands qui exercent leur activité dans la partie polonaise et ont leur siège dans la partie allemande du territoire plébiscité, doivent avoir, dans la partie polonaise de ce territoire, un représentant responsable chargé de donner aux autorités polonaises tous les renseignements nécessaires, conformément aux dispositions du présent titre.
 - 5^o Les décisions relatives à l'admission ou au refus de nouveaux membres dans la partie polonaise du territoire plébiscité, seront prises indépendamment par les groupements allemands compétents conformément aux principes généraux du syndicat.
 - 6^o Les groupements allemands qui exercent leur activité dans la partie polonaise du territoire plébiscité, auront le droit de tenir leur propre comptabilité conformément aux règles de comptabilité du syndicat.
2. — Il en est de même en ce qui concerne les groupements polonais dans la partie allemande du territoire plébiscité.

§ 2

1. — Les syndicats allemands des salariés de l'administration des chemins de fer, des postes et télégraphes, et des ouvriers de l'Etat et des communes, créeront le plus rapidement possible, et en tout cas avant le 1^{er} juillet 1922, des branches locales d'administration pour la partie polonaise du territoire plébiscité.

2. — Les mêmes dispositions s'appliquent aux syndicats polonais de cette espèce.

Anlage zu Artikel 163

§ 1

Das im Artikel 163 vorgesehene Maß der Verselbständigung wird durch Beschlüsse der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen erfüllt, die dem nachstehenden Muster entsprechen.

1. Der Name jeder Gliederung erhält einen Zusatz, aus dem sich die Verselbständigung ergibt.
2. Verhandlungen über die Regelung des Arbeitsverhältnisses können, soweit sie auch im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets Geltung haben sollen, nur von solchen Vertretern deutscher Gewerkschaften geführt werden, die im Abstimmungsgebiet wohnhaft und tätig sind.
3. Jede Regelung des Arbeitsverhältnisses durch deutsche Gewerkschaften wird, soweit sie auch für den polnischen Teil des Abstimmungsgebiets Geltung haben soll, seitens der fraglichen Gliederung selbständig, insbesondere ohne die Notwendigkeit einer Genehmigung durch den Gewerkschaftsvorstand erfolgen.
4. Deutsche Gliederungen, die auch im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets tätig sind, ihren Sitz aber im deutschen Teil des Abstimmungsgebiets haben, müssen im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets einen verantwortlichen Vertreter haben, der den polnischen Behörden zur Erteilung von Auskünften zur Verfügung steht, soweit solche Auskünfte nach den Vorschriften dieses Titels verlangt werden können.
5. Die Entscheidung über die Aufnahme oder Ablehnung neuer Mitglieder erfolgt im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets im Rahmen der allgemeinen Grundsätze der Gewerkschaft durch die deutsche Gliederung selbständig.
6. Deutsche Gliederungen, die auch im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets tätig sind, erhalten das Recht, über Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des gesamten Kassenwesens der Gewerkschaft gesondert Rechnung zu führen.

Dasselbe gilt für polnische Gliederungen im deutschen Teil des Abstimmungsgebiets.

§ 2

(1) Die deutschen Gewerkschaften der Arbeitnehmer der Eisenbahnen, Post- und Telegraphenverwaltung und der Staats- und Gemeindearbeiter werden möglichst bald, spätestens bis zum 1. Juli 1922, für den polnischen Teil des Abstimmungsgebiets besondere Bezirksstellen einrichten.

(2) Entsprechendes gilt für die polnischen Gewerkschaften dieser Art im deutschen Teil des Abstimmungsgebiets.

Titre II

Assurances sociales

Chapitre premier

Assurance-maladie

Article 171

1. — Les caisses locales d'assurance-maladie, tant générales que spéciales, ainsi que les caisses-maladie rurales, les caisses-maladie des entreprises et des corporations de métiers, ayant leur siège en Haute Silésie polonaise, deviendront, sauf les exceptions prévues ci-après, des caisses polonaises, à dater du transfert de la souveraineté.

2. — Les caisses d'assurance-maladie des catégories désignées dans l'alinéa 1, ayant leur siège dans la partie allemande du territoire plébiscité, resteront, sauf les exceptions prévues ci-après, des caisses allemandes.

Article 172

Lorsque la frontière polono-allemande traversera des circonscriptions de caisses locales d'assurance-maladie générales ou spéciales, ou de caisses d'assurance-maladie rurales ou de corporations de métiers, ces circonscriptions seront divisées par la ligne frontière.

Article 173

Cessent, à dater du transfert de la souveraineté, d'être affiliés à la caisse d'assurance-maladie dont ils étaient membres :

- a) les assurés d'une caisse-maladie d'entreprise ayant son siège dans la partie polonaise du territoire plébiscité, lorsqu'ils ont leurs occupations dans la partie allemande ;
- b) les assurés d'une caisse-maladie d'entreprise ayant son siège dans la partie allemande du territoire plébiscité, lorsqu'ils ont leurs occupations dans la partie polonaise.

Article 174

1. — A dater du transfert de la souveraineté, les membres affiliés aux caisses-maladie visées par les articles 172 et 173, ne pourront faire valoir leurs droits que contre la caisse dont, à compter de ce moment, ils sont déjà membres ou le sont devenus.

2. — Les dispositions de l'alinéa précédent s'appliquent également aux revendications résultant de cas de maladies antérieurs à la date du transfert de la souveraineté. Toutefois, la nouvelle caisse est tenue aux prestations prévues par les statuts de l'ancienne, si celles-ci sont plus favorables à l'ayant droit.

Titel II

Soziale Versicherungen

Kapitel I

Krankenversicherung

Artikel 171

(1) Mit dem Übergange der Staatshoheit werden die allgemeinen und besonderen Ortsfrankenfassen sowie die Land-, Betriebs- und Innungskrankenfassen, die ihren Sitz in Polnisch-Oberschlesien haben, polnische Krankenfassen, soweit nicht nachstehend ein anderes bestimmt wird.

(2) Die Krankenfassen der im Abs. 1 bezeichneten Art, die ihren Sitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben, bleiben deutsche Krankenfassen, soweit nicht nachstehend ein anderes bestimmt wird.

Artikel 172

Die Bezirke der allgemeinen und besonderen Ortsfrankenfassen sowie der Land- und Innungskrankenfassen, die von der deutsch-polnischen Grenze durchschnitten werden, werden entsprechend dieser Grenze geteilt.

Artikel 173

Mit dem Übergange der Staatshoheit scheiden aus ihren bisherigen Betriebsfrankenfassen aus

- a) die im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets beschäftigten Mitglieder einer Betriebsfrankenfasse, die im polnischen Teile ihren Sitz hat,
- b) die im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets beschäftigten Mitglieder einer Betriebsfrankenfasse, die im deutschen Teile ihren Sitz hat.

Artikel 174

(1) Vom Übergange der Staatshoheit ab haben die Mitglieder der in den Artikeln 172 und 173 bezeichneten Krankenfassen Ansprüche nur gegen die Kasse, zu der sie von diesem Zeitpunkt ab gehören, oder der sie zugeteilt werden.

(2) Dies gilt auch für Ansprüche aus Versicherungsfällen, die vor dem Übergange der Staatshoheit eingetreten sind; jedoch hat die neue Kasse die Leistungen nach der Satzung der bisher verpflichteten Kasse zu bemessen, falls dies für den Berechtigten günstiger ist.

Article 175

Si le droit à une prestation de la caisse-maladie dépend de l'expiration d'une période d'attente, le temps pendant lequel l'assuré a été affilié à une des caisses visées par les articles 172 et 173 avant la date du transfert de la souveraineté, devra être déduit de cette période.

Article 176

Si une caisse-maladie ayant son siège dans le territoire plébiscité a accordé, avant la date du transfert de la souveraineté, l'hospitalisation (traitement dans un hôpital) à un de ses assurés, le fait que celui-ci est devenu membre d'une caisse-maladie qui a son siège dans l'autre partie du territoire plébiscité, ne donnera pas à l'hôpital le droit de refuser de le garder.

Article 177

1. — En ce qui concerne les paragraphes 205 a N° 1, 214 alinéa 3, 216 alinéa 1, N° 2, paragraphes 217, 218, 221 du Code des Assurances sociales de l'Allemagne, les parties allemande et polonaise du territoire plébiscité ne seront pas considérées par rapport l'une à l'autre comme « Ausland ».

2. — Les paragraphes 219, 220, 222 dudit Code seront applicables, même lorsque l'endroit où l'assuré a son domicile (§ 219) ou lorsque l'endroit où il tombe malade (§ 220) est situé dans l'une des deux parties du territoire plébiscité, et que le siège de la caisse responsable se trouve dans l'autre.

3. — Les stipulations des alinéas 1 et 2 du présent article ne resteront en vigueur que tant que les dispositions de fond de la législation en matière d'assurance-maladie concorderont dans les parties polonaise et allemande du territoire plébiscité, et que le mark allemand sera la seule monnaie ayant cours légal dans la Haute Silésie polonaise. En aucun cas elles ne resteront en vigueur au delà du 31 décembre 1926.

Chapitre II Assurance-accidents

Article 178

On se reportera à la date du 1^{er} janvier 1922 en ce qui concerne les fonds à transférer suivant l'article 312 du Traité de Paix de Versailles.

Article 179

1. — Le Gouvernement polonais prend à sa charge l'indemnisation, à partir du 1^{er} janvier 1922, des ayants droit victimes d'un accident avant cette date et domiciliés à cette date en Haute Silésie polonaise, et ce sans distinction de nationalité. Sont considérés comme ayants droit, non seulement ceux qui touchent une rente déjà une rente aura été accordée après cette date pour un accident survenu avant.

2. — Les rentes seront payées en monnaie allemande. Si, à la place de la monnaie allemande, une monnaie polonaise est introduite avec cours légal en Haute Silésie polonaise, les rentes pourront dès

Artikel 175

Ist der Anspruch auf eine Leistung der Krankenkasse von dem Ablauf einer Wartezeit abhängig, so ist die Zeit, während welcher der Versicherte bis zum Übergange der Staatshoheit Mitglied einer in den Artikeln 172 und 173 bezeichneten Kasse war, auf diese Wartezeit anzzurechnen.

Artikel 176

Hat eine Krankenkasse, die ihren Sitz im Abstimmungsgebiete hat, vor dem Übergange der Staatshoheit Krankenhauspflege gewährt, so darf das Krankenhaus die weitere Durchführung dieser Pflege nicht deshalb ablehnen, weil der Berechtigte Mitglied einer Krankenkasse des anderen Staates geworden ist.

Artikel 177

(1) Im Sinne des § 205a Nr. 1, § 214 Abs. 3, § 216 Abs. 1 Nr. 2, der §§ 217, 218, 221 der Reichsversicherungsordnung gelten die beiden Teile des Abstimmungsgebiets im Verhältnis zueinander als Inland.

(2) Die §§ 219, 220, 222 der Reichsversicherungsordnung sind auch dann anzuwenden, wenn der Ort, an dem der Versicherte wohnt (§ 219) oder erkrankt (§ 220), in dem einen Teile des Abstimmungsgebiets liegt, der Sitz der verpflichteten Kasse dagegen im anderen Teile.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 dieses Artikels gelten nur solange die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Krankenversicherung in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets in materieller Hinsicht übereinstimmt, und die deutsche Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien ist, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1926.

Kapitel II Unfallversicherung

Artikel 178

Stichtag für die Übertragung der Fonds gemäß Artikel 312 des Friedensvertrags von Versailles ist der 1. Januar 1922.

Artikel 179

(1) Vom 1. Januar 1922 an übernimmt die polnische Regierung die Entschädigung der Berechtigten, die vor diesem Tage einen Unfall erlitten haben und an diesem Tage ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien hatten, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit. Zu den Berechtigten gehören nicht nur die Rentenempfänger, deren Renten am 1. Januar 1922 bereits festgesetzt worden waren, sondern auch die Personen, denen später eine Rente für einen Unfall bewilligt wird, der sich vor diesem Tage ereignet hat.

(2) Die Renten sind in deutscher Reichsmark zu zahlen. Wird an Stelle der deutschen Reichsmark in Polnisch-Oberschlesien die polnische Währung eingeführt, so können vom Inkrafttreten des Währungs-

ce moment être payées dans cette monnaie d'après le cours du change du dix du mois qui précède la date de l'échéance. Les dispositions de l'article 307, paragraphe 4, alinéas 2 et 3, s'appliquent en ce qui concerne la détermination du cours du change.

Article 180

1. — Le Gouvernement polonais prend à sa charge, quel que soit le domicile de l'ayant droit, les indemnités accordées pour les suites d'accidents survenant après le 31 décembre 1921 dans les entreprises et parties d'entreprises situées en Haute Silésie polonaise. Les corporations professionnelles (*Berufsgenossenschaften*) allemandes n'ont plus droit aux cotisations des employeurs de ces entreprises et parties d'entreprises pour la période postérieure au 31 décembre 1921.

2. — Le Gouvernement allemand prend à sa charge, quel que soit le domicile de l'ayant droit, les indemnités accordées pour les suites d'accidents survenant après le 31 décembre 1921 dans les entreprises et parties d'entreprises situées dans la partie allemande du territoire plébiscité.

Article 181

Le paiement des indemnités dues pour la période antérieure au 1^{er} janvier 1922 (arriérés de rentes, frais de traitement médical, etc . . .), incombe à l'institution chargée de l'assurance qui était, durant cette période, tenue de payer l'indemnité pour les suites de l'accident. Il en est de même des frais occasionnés après le 1^{er} janvier 1922 par la fixation des indemnités, lorsqu'il s'agit d'accidents survenus avant cette date. Les institutions allemandes chargées de l'assurance devront fixer ces indemnités le plus rapidement possible.

Article 182

Le Gouvernement polonais prend également à sa charge, à partir du 1^{er} janvier 1922, les indemnités à verser aux ayants droit qui, avant cette date, ont été victimes d'un accident dans les entreprises ou parties d'entreprises visées à l'article 180, alinéa 1, et avaient leur domicile, le 1^{er} janvier 1922, en dehors de l'Allemagne, y compris la partie polonaise du territoire plébiscité. Le Gouvernement allemand produira les pièces y relatives en sa possession.

Article 183

1. — Les corporations professionnelles allemandes continueront à gérer l'assurance-accidents, en Haute Silésie polonaise, pour le compte des institutions polonaises chargées de l'assurance, pendant six mois à dater du premier du mois qui suivra le transfert de la souveraineté, mais toutefois pas au delà du 31 décembre 1922.

2. — Les autorités polonaises percevront s'il y a lieu, pour le compte des corporations professionnelles allemandes, les cotisations pour l'année 1921. Le Gouvernement polonais remboursera au Gouvernement allemand les frais d'administration encourus par des corporations professionnelles allemandes pour le compte d'institutions polonaises chargées de l'assurance, ainsi que les dépenses occasionnées par des prestations effectuées, conformément à la loi, depuis le 1^{er} janvier 1922.

wechsels ab die Renten in polnischer Währung, umgerechnet zum Tageskurse, am zehnten des dem Fälligkeitstage vorangehenden Monats gezahlt werden. Auf die Berechnung des Tageskurses finden die Bestimmungen des Artikel 307 § 4 Abs. 2 und 3 Anwendung.

Artikel 180

(1) Die polnische Regierung übernimmt ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Berechtigten die Entschädigung für die Folgen der Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1921 in den Betrieben und Betriebsteilen ereignen, die in Polnisch-Oberschlesien gelegen sind. Den deutschen Berufsgenossenschaften stehen Beiträge von Unternehmern dieser Betriebe und Betriebsteile für die Zeit nach dem 31. Dezember 1921 nicht mehr zu.

(2) Die deutsche Regierung übernimmt ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Berechtigten die Entschädigung für die Folgen der Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1921 in den Betrieben und Betriebsteilen ereignen, die im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets gelegen sind.

Artikel 181

(1) Die Zahlung von Entschädigungen für die Zeit vor dem 1. Januar 1922 (rückständige Renten, Kosten des Heilversfahrens usw.) liegt dem Versicherungsträger ob, der während dieser Zeit für die Folgen des Unfalls entshädigungspflichtig war. Das gleiche gilt für die seit dem 1. Januar 1922 erwachsenen Kosten der Feststellung von Entschädigungen, soweit die Unfälle sich vor diesem Tage ereignet haben. Die deutschen Versicherungsträger werden die erwähnten Feststellungen mit möglichster Beschleunigung zu Ende führen.

Artikel 182

Die polnische Regierung übernimmt vom 1. Januar 1922 ab auch die Entschädigung der Berechtigten, die vor diesem Tage in den im Artikel 180 Abs. 1 genannten Betrieben und Betriebsteilen einen Unfall erlitten haben und die am 1. Januar 1922 ihren Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reichs einschließlich des Polen zugesprochenen Teiles des Abstimmungsgebiets hatten. Die deutsche Regierung wird die erforderlichen Unterlagen beibringen.

Artikel 183

(1) Bis zum Ablaufe des sechsten Kalendermonats nach dem Übergang der Staatshoheit, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1922, führen die deutschen Berufsgenossenschaften die Geschäfte der Unfallversicherung im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets für Rechnung der polnischen Versicherungsträger fort.

(2) Die polnischen Behörden werden erforderlichenfalls die Beiträge für das Jahr 1921 für die deutschen Berufsgenossenschaften einziehen. Die polnische Regierung erstattet der deutschen Regierung die von den deutschen Berufsgenossenschaften seit dem 1. Januar 1922 für die polnischen Versicherungsträger aufgewendeten Verwaltungskosten und die Auslagen für die sonstigen von ihnen bewirkten gesetzlich zulässigen Leistungen; die Kosten und Auslagen sind bei der Übertragung der Fonds gemäß

Il sera tenu compte de ces frais et dépenses lors du transfert des fonds prévu à l'article 312 du Traité de Paix de Versailles.

3. — En matière de recours contre les décisions prises par des corporations professionnelles allemandes au cours de leur gestion pour le compte des institutions polonaises chargées de l'assurance, ce sont les autorités polonaises qui statueront.

Article 184

1. — Une somme égale au capital constitutif de la rente annuelle devra être versée

a) par l'Allemagne:

1^o pour chaque ayant droit qui, le 1^{er} janvier 1922, a son domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité et auquel une rente a été accordée avant ou après cette date par une institution allemande chargée de l'assurance, lorsque cet ayant droit transfère son domicile de la partie allemande dans la partie polonaise du territoire plébiscité;

2^o pour chaque ayant droit qui a son domicile dans la partie polonaise du territoire plébiscité et est victime dans la partie allemande d'un accident pour lequel une institution allemande chargée de l'assurance est tenue de l'indemniser;

b) par la Pologne:

1^o pour chaque ayant droit de la catégorie visée à l'article 179, alinéa 1, et à l'article 180, alinéa 1, qui transfère son domicile de la partie polonaise dans la partie allemande du territoire plébiscité;

2^o pour chaque ayant droit qui a son domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité et est victime dans la partie polonaise d'un accident pour lequel une institution polonaise chargée de l'assurance est tenue de l'indemniser.

2. — Ces dispositions sont applicables en cas de changement réitéré de domicile.

3. — Le versement d'un capital tel qu'il est réglé par les alinéas 1 et 2, n'aura toutefois lieu que pour autant que les dispositions de fond de la législation en matière d'assurance-accidents concorderont dans les deux parties du territoire plébiscité, et que le mark allemand sera la seule monnaie ayant cours légal en Haute Silésie polonaise, et en aucun cas il n'aura lieu après le 31 décembre 1926.

Article 185

1. — Le capital à verser en vertu de l'article 184 sera calculé d'après un tarif qui sera établi par voie d'accord entre les deux Gouvernements. Pour la capitalisation dans les cas a) chiffre 1 et b) chiffre 1 de l'article 184, on prendra pour base la rente telle qu'elle est payable le premier du mois qui suit le changement de domicile.

2. — Chacun des deux Gouvernements désignera l'institution chargée de l'assurance à laquelle devront être versés les capitaux dus par l'autre État. Cette institution sera subrogée à l'institution compétente jusqu'alors. Dans les cas de changement de domicile, cette subrogation datera du premier du mois qui suit le changement de domicile.

Artikel 312 des Friedensvertrags von Versailles anzurechnen.

(3) Über Rechtsmittel, die sich gegen Bescheide richten, die deutsche Berufsgenossenschaften bei ihrer Geschäftsführung für die polnischen Versicherungsträger erlassen, entscheiden die polnischen Behörden.

Artikel 184

(1) Ein dem Werte der Jahresrente entsprechendes Kapital ist zu zahlen:

a) deutscherseits:

1. für einen Berechtigten, der am 1. Juni 1922 im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes wohnte, und dem vor oder nach diesem Tage von einem deutschen Versicherungsträger eine Rente bewilligt worden ist, wenn er seinen Wohnsitz aus dem deutschen nach dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes verlegt;

2. für einen Berechtigten, der im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes wohnt und einen Unfall im deutschen Teile dieses Gebiets erleidet, wenn ein deutscher Versicherungsträger entschädigungspflichtig ist.

b) polnischerseits:

1. für einen Berechtigten, der im Artikel 179 Abs. 1 oder im Artikel 180 Abs. 1 bezeichneten Art, der seinen Wohnsitz aus dem polnischen nach dem deutschen Teile des Abstimmungsgebietes verlegt;

2. für einen Berechtigten, der im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes wohnt und einen Unfall im polnischen Teile erleidet, wenn ein polnischer Versicherungsträger entschädigungspflichtig ist.

(2) Bei wiederholter Änderung des Wohnsitzes gilt entsprechendes.

(3) Die im Absatz 1 und 2 geregelte Kapitalszahlung findet nur statt, solange die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Unfallversicherung in beiden Teilen des Abstimmungsgebietes in materieller Hinsicht übereinstimmt und die deutsche Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien ist, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1926.

Artikel 185

(1) Das gemäß Artikel 184 zu zahlende Kapital ist nach einem von beiden Regierungen zu vereinbarenden Tarife zu berechnen. Für die Berechnung des Kapitals ist in den Fällen a) Ziffer 1 und b) Ziffer 1 des Artikels 184 die Rente zugrunde zu legen, die an dem auf die Wohnsitzverlegung folgenden Monatsersten zahlbar ist.

(2) Jede der beiden Regierungen bezeichnet einen Versicherungsträger, an den das von dem anderen Staat zu leistende Kapital zu zahlen ist. Dieser Versicherungsträger tritt an die Stelle des bisherigen Versicherungsträgers, und zwar in den Fällen der Wohnsitzverlegung von dem auf sie folgenden Monatsersten ab.

Chapitre III

Assurance-invalidité et des survivants

Article 186

1. — Pour les personnes qui, à la date du transfert de la souveraineté, jouissent d'une prestation et ont leur domicile en Haute Silésie polonaise, la Pologne assume l'obligation de leur fournir, sans distinction de nationalité, à partir du premier du mois suivant, les mêmes prestations qui leur étaient fournies par un Institut allemand d'assurance ou un établissement spécial agréé, y compris, dans le cas de rentes, les allocations additionnelles du Reich.

2. — Les personnes qui, à la date du transfert de la souveraineté, jouissent d'une prestation et ont leur domicile dans la partie allemande du territoire plébiscité, continueront, sans distinction de nationalité, à recevoir cette prestation, y compris, dans le cas d'une rente, l'allocation additionnelle du Reich.

3. — Les assurés obligatoires aux termes du livre IV du Code des Assurances sociales de l'Allemagne, qui ont leurs occupations, à la date du transfert de la souveraineté, dans la partie polonaise du territoire plébiscité, sont considérés, sans distinction de nationalité, comme relevant, depuis le moment où ils sont assurés, de l'Institut d'assurance qui sera créé par le Gouvernement polonais pour cette partie du territoire. Toutes les cotisations qu'ils ont versées jusqu'à la date du transfert de la souveraineté, seront considérées comme ayant été versées au dit Institut polonais. Il en est de même en ce qui concerne les assurés facultatifs domiciliés dans la partie polonaise du territoire plébiscité à la date du transfert de la souveraineté.

4. — Les rentes seront payées en monnaie allemande. Si, à la place de la monnaie allemande, une monnaie polonaise est introduite avec cours légal en Haute Silésie polonaise, les rentes pourront dès ce moment être payées dans cette monnaie d'après le cours du change du dix du mois qui précède la date de l'échéance. Les dispositions de l'article 307, paragraphe 4, alinéas 2 et 3, s'appliquent en ce qui concerne la détermination du cours du change.

Article 187

A dater du transfert de la souveraineté, les timbres de cotisation de la *Landesversicherungsanstalt Schlesien* ne seront plus employés dans la Haute Silésie polonaise. Le Gouvernement polonais émettra pour ce territoire des timbres de cotisation dont la valeur sera déterminée en monnaie allemande. Le Gouvernement allemand s'engage à fournir sur demande au Gouvernement polonais, contre remboursement des frais, les timbres de cotisations et les cartes-quittances nécessaires pour assurer pendant l'année 1922 le fonctionnement des assurances en question en Haute Silésie polonaise.

Article 188

1. — Lors de la fixation des rentes à payer aux assurés ou à leurs survivants par l'Institut polonais d'assurances sociales, il sera tenu compte des cotisations valablement payées pour la période

Kapitel III

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

Artikel 186

(1) Für Personen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit im Genuss einer Leistung sind und ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien haben, übernimmt Polen vom Beginn des nächsten Monats ab die von einer deutschen Versicherungsanstalt oder Sonderanstalt gewährten Leistungen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Berechtigten oder Empfänger. Bei den Renten gilt dies auch für den Reichszuschuß.

(2) Personen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit im Genuss einer Leistung sind und ihren Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets haben, erhalten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit diese Leistungen weiter, bei den Renten auch den Reichszuschuß.

(3) Vom Übergange der Staatshoheit ab gelten die nach dem vierten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtigen Personen, die an diesem Tage im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets beschäftigt sind, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit als vom Beginn ihres Versicherungsverhältnisses an bei der Versicherungsanstalt versichert, die von der polnischen Regierung für dieses Gebiet eingerichtet wird. Alle bis dahin von ihnen entrichteten Beiträge gelten als an diese Anstalt entrichtet. Das gleiche gilt für die freiwillig Versicherten, die am Tage des Überganges der Staatshoheit ihren Wohnsitz im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets haben.

(4) Die Renten sind in deutscher Reichsmark zu zahlen. Wird an Stelle der deutschen Reichsmark in Polnisch-Oberschlesien die polnische Währung eingeführt, so können vom Inkrafttreten des Währungswechsels ab die Renten in polnischer Währung umgerechnet zum Tageskurse am 10. des dem Fälligkeitstage vorangehenden Monats gezahlt werden. Auf die Berechnung des Tageskurses finden die Bestimmungen des Artikel 807 § 4 Abs. 2 und 3 Anwendung.

Artikel 187

Beitragssachen der Landesversicherungsanstalt Schlesien werden vom Übergange der Staatshoheit ab in Polnisch-Oberschlesien nicht mehr verwendet. Die polnische Regierung wird für dieses Gebiet Beitragssachen mit Wertangabe in deutscher Reichsmark ausgeben. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, der polnischen Regierung auf ihren Wunsch die zur Durchführung der Versicherung in Polnisch-Oberschlesien für das Jahr 1922 erforderlichen Beitragssachen und Quittungskarten gegen Erstattung der Kosten zu liefern.

Artikel 188

(1) Bei der Berechnung der von der polnischen Versicherungsanstalt festzustellenden Renten, die den Versicherten oder ihren Hinterbliebenen zustehen, werden die bis zum Übergange der Staatshoheit an

antérieure à la date du transfert de la souveraineté, conformément aux dispositions de la législation allemande, à un Institut allemand d'assurances sociales. Il sera tenu compte, de la même manière, des faits tenant lieu de cotisation.

2. — De part et d'autre, il sera tenu compte, lors de la fixation des prestations dues en vertu de l'assurance-invalidité et des survivants, des cotisations valablement payées pour la période postérieure à la date du transfert de la souveraineté, à des institutions allemandes chargées de l'assurance ou à l'institution polonaise chargée de l'assurance dans le territoire plébiscité, ainsi que des faits tenant lieu de cotisation qui se sont produits après cette date, et cela tant en ce qui concerne la période d'attente et les droits expectatifs aux prestations (*Anwartschaft*) que la fixation de la rente.

3. — Les rentes au paiement desquelles, conformément à ce qui précède, doivent participer des Instituts d'assurances sociales des deux pays, seront à la charge de ces Instituts dans la proportion des cotisations qu'ils auront reçues. L'Institut qui aura fixé le montant de la rente et versera celle-ci, recevra de l'autre une somme égale au capital constitutif de la part de rente dont le paiement incombe à ce dernier.

4. — Le capital en question sera calculé d'après un tarif qui sera établi par voie d'accord entre les deux Gouvernements. Le règlement de comptes entre les deux Gouvernements se fera annuellement, aussitôt que possible après le 1^{er} janvier.

5. — Vis-à-vis de l'ayant droit, c'est à l'Institut d'assurances sociales qui a fixé le montant de la rente qu'incombe l'obligation de faire le versement. Quant aux allocations additionnelles de l'Etat et aux suppléments de rentes (*Rentenerhöhung*), ils sont à la charge de l'Etat auquel appartient l'Institut d'assurances sociales qui a fixé le montant de la rente.

Article 189

A dater du transfert de la souveraineté, l'assurance facultative ne sera permise aux personnes domiciliées dans le territoire plébiscité qu'auprès d'Instituts d'assurances sociales de leur propre pays.

Article 190

1. — L'autorité compétente dans le territoire plébiscité pour recevoir toutes demandes de prestations en vertu de l'assurance-invalidité et des survivants, est l'Office d'assurance (*Versicherungsamt*) dans le ressort duquel l'assuré a rempli en dernier lieu une occupation impliquant pour lui l'assurance obligatoire. Si l'assuré est en dernier lieu assuré facultatif, c'est l'Office d'assurance du domicile qui est compétent.

2. — La fixation des prestations et le versement des rentes incombe à l'Institut d'assurances sociales qui a reçu les dernières cotisations.

3. — Dans les cas visés à l'article 188, l'Institut auquel incombe la fixation de la rente devra, avant de rendre sa décision, présenter pour avis le dossier à l'Institut compétent de l'autre partie du territoire plébiscité.

eine deutsche Anstalt gültig entrichteten Beiträge gemäß den deutschen gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt. Dieselbe Berücksichtigung finden die ihnen gleich zu erachtenden Erstattatsachen.

(2) Die für die Zeit nach dem Übergange der Staatshoheit an deutsche Versicherungsträger oder an den polnischen Versicherungsträger im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes gültig entrichteten Beiträge und die nach diesem Tage entstandenen Erstattatsachen werden bei der Feststellung der Leistungen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gegenseitig berücksichtigt, und zwar sowohl bei der Prüfung der Wartezeit und der Anwartschaft, als auch bei der Berechnung der Rente.

(3) Renten, an denen hiernach Versicherungsanstalten der beiden Staaten beteiligt sind, werden auf diese Anstalten nach dem Verhältnisse der ihnen zugeschlossenen Beiträge verteilt. Die Anstalt, welche die Rente festgestellt hat und zahlt, erhält von der anderen Anstalt den Kapitalwert des auf sie entfallenden Rentenanteils.

(4) Der Kapitalwert ist nach einem von beiden Regierungen zu vereinbarenden Tarife zu berechnen. Die Abrechnung erfolgt alljährlich alsbald nach Schluß des Kalenderjahres.

(5) Dem Berechtigten gegenüber ist die Anstalt, von der die Rente festgestellt worden ist, zur Zahlung verpflichtet. Den Reichszuschuß und die Rentenerhöhung trägt der Staat, dessen Anstalt die Rente festgestellt hat.

Artikel 189

Das Recht der freiwilligen Versicherung steht den im Abstimmungsgebiete wohnenden Personen vom Übergange der Staatshoheit ab nur bei den Versicherungsanstalten ihres eigenen Staates zu.

Artikel 190

(1) Für die Anträge auf Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist innerhalb des Abstimmungsgebietes das Versicherungsamt zuständig, in dessen Bezirk der Versicherte zuletzt versicherungspflichtig beschäftigt war. War der Versicherte zuletzt freiwillig versichert, so ist das Versicherungsamt des Wohnsitzes zuständig.

(2) Für die Feststellung der Leistungen und für die Zahlung der Rente ist die Versicherungsanstalt zuständig, an die zuletzt Beiträge entrichtet worden sind.

(3) In den Fällen des Artikels 188 hat die für die Feststellung der Rente zuständige Anstalt die Akten vor der Bescheiderteilung der für den anderen Teil des Abstimmungsgebietes zuständigen Anstalt zur Auflösung vorzulegen.

4. — Si plusieurs Instituts allemands d'assurance sont engagés dans une même affaire d'assurance donnant lieu au paiement d'une rente, et que la fixation du montant de cette rente incombe à l'Institut polonais d'assurances sociales, c'est la *Landesversicherungsanstalt Schlesien* qui représente les Instituts allemands d'assurance.

5. — Dans les cas prévus aux alinéas 3 et 4 du présent article, les Instituts d'assurance de l'une des parties peuvent provoquer les enquêtes et introduire les recours permis par le Code des Assurances sociales de l'Allemagne, auprès des Instituts d'assurance et des autorités de l'autre partie.

Article 191

1. — Si une personne à qui la Pologne est tenue de payer une rente conformément à l'article 186, alinéa 1, transfère son domicile de la partie polonoise dans la partie allemande du territoire plébiscité, l'institution allemande chargée de l'assurance qui est compétente assumera le paiement de la rente à partir du premier du mois qui suit le changement de domicile. Le Gouvernement polonais versera dans ce cas au Gouvernement allemand une somme égale au capital constitutif de la rente, en prenant comme base l'âge de l'ayant droit au moment du changement de domicile et sans tenir compte des allocations additionnelles de l'État ni des suppléments de rente.

2. — Si une personne qui, à la date du transfert de la souveraineté, avait droit à une rente et était domiciliée dans la partie allemande du territoire plébiscité, transfère son domicile dans la partie polonoise, l'institution polonaise chargée de l'assurance qui est compétente assumera de la même manière le paiement de la rente, et le Gouvernement allemand versera au Gouvernement polonais une somme égale au capital constitutif de la rente telle qu'elle est définie à l'alinéa 1.

3. — Ces dispositions sont applicables en cas de changement réitéré de domicile.

Article 192

1. — Si une personne à qui l'Institut d'assurance compétent pour la Haute Silésie polonoise a accordé une rente après la date du transfert de la souveraineté, transfère son domicile de la partie polonoise dans la partie allemande du territoire plébiscité, l'institution allemande chargée de l'assurance qui est compétente, assumera le paiement de la rente à partir du premier du mois qui suit le changement de domicile. Dans ce cas, le Gouvernement polonais versera au Gouvernement allemand une somme égale au capital constitutif de la rente telle qu'elle est définie à l'alinéa 1 de l'article 191.

2. — Les mêmes dispositions s'appliquent *mutatis mutandis* au cas où une personne qui était domiciliée dans la partie allemande du territoire plébiscité et à qui une rente a été accordée, après la date du transfert de la souveraineté, par l'Institut d'assurance compétent de la partie allemande, transfère son domicile dans la partie polonoise.

(4) Sind in einem Rentenverfahren, in dem die Feststellung der polnischen Anstalt obliegt, auf deutscher Seite mehrere Anstalten beteiligt, so vertritt die Landesversicherungsanstalt Schlesien die deutschen Versicherungsanstalten.

(5) In den Fällen der Abs. 3 und 4 dieses Artikels kann die Versicherungsanstalt des einen Staates bei der des anderen Staates Beweiserhebungen beantragen und die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen Rechtsmittel einlegen.

Artikel 191

(1) Verlegt ein Berechtigter, für den Polen die Rente nach Artikel 186 Abs. 1 zu zahlen hat, seinen Wohnsitz aus dem polnischen nach dem deutschen Teile des Abstimmungsgebietes, so übernimmt der zuständige deutsche Versicherungsträger vom Beginn des auf die Wohnsitzverlegung folgenden Monats ab die Rente. Die polnische Regierung überweist der deutschen Regierung in diesem Falle den nach dem Alter des Berechtigten zur Zeit der Wohnsitzverlegung berechneten Kapitalwert der Rente; der Reichszuschuß und die Rentenerhöhung bleiben dabei außer Ansatz.

(2) Verlegt ein Berechtigter, der am Tage des Überganges der Staatshoheit rentenberechtigt war und seinen Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes hatte, seinen Wohnsitz nach dem polnischen Teile, so übernimmt der zuständige polnische Versicherungsträger in gleicher Weise die Rente, und die deutsche Regierung überweist der polnischen Regierung den gemäß Abs. 1 berechneten Kapitalwert der Rente.

(3) Bei wiederholter Änderung des Wohnsitzes gilt entsprechendes.

Artikel 192

(1) Verlegt ein Berechtigter, dem nach dem Übergange der Staatshoheit von der für Polnisch-Oberschlesien zuständigen Versicherungsanstalt eine Rente bewilligt worden ist, seinen Wohnsitz von dem polnischen in den deutschen Teil des Abstimmungsgebietes, so übernimmt der zuständige deutsche Versicherungsträger vom Beginn des auf die Wohnsitzverlegung folgenden Monats ab die Weiterzahlung der Rente. Die polnische Regierung überweist der deutschen Regierung in diesem Falle den gemäß Artikel 191 Abs. 1 berechneten Kapitalwert der Rente.

(2) Dasselbe gilt entsprechend für den Fall, daß ein Berechtigter, der im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes wohnte, und dem nach dem Übergange der Staatshoheit eine Rente von der für den deutschen Teil zuständigen Anstalt bewilligt worden ist, seinen Wohnsitz in den polnischen Teil verlegt.

Article 193.

1. — Les dispositions de l'article 188, alinéas 2 et 3, et des articles 191 et 192, ne seront applicables que tant que les dispositions de fond de la législation en matière d'assurance-invalidité et des survivants concorderont dans les deux parties du territoire plébiscité et que le mark allemand sera la seule monnaie ayant cours légal dans la Haute Silésie polonaise. Les dispositions des articles 191 et 192 ne seront en tout cas pas applicables après le 31 décembre 1926.

2. — En ce qui concerne le paragraphe 1313, N° 1, du Code des Assurances sociales de l'Allemagne, les parties allemande et polonaise du territoire plébiscité ne seront pas considérées par rapport l'une à l'autre comme « Ausland » pendant les délais prévus à l'alinéa 1 du présent article.

Article 194.

Les deux Parties contractantes assument à titre de réciprocité le paiement des rentes et le versement des sommes prévues à l'article 191, même lorsque la rente a été accordée, conformément à l'article 190, à une personne domiciliée dans l'une des deux parties du territoire plébiscité, par l'Institut d'assurance compétent de l'autre partie.

Article 195.

Les sommes payées par une institution chargée de l'assurance qui, d'après les articles précédents, n'est pas tenue de les payer, seront remboursées intégralement, mais sans intérêts, par l'institution chargée de l'assurance qui y est tenue d'après les dispositions du présent titre.

Chapitre IV Assurance des employés

Article 196.

1. — La Pologne assume l'obligation de fournir, sans distinction de nationalité, à partir du premier du mois qui suit la date du transfert de la souveraineté, aux personnes qui, à cette date, jouissent d'une prestation en vertu de la Loi allemande d'Assurance des employés et ont leur domicile en Haute Silésie polonaise, les mêmes prestations qui leur étaient fournies par l'Institut allemand d'assurance des employés (*Reichsversicherungsanstalt für Angestellte*) ou par une caisse libre agréée conformément au paragraphe 372 de la loi susmentionnée.

2. — Les assurés obligatoires aux termes de cette loi qui ont leurs occupations, à la date du transfert de la souveraineté, dans la partie polonaise du territoire plébiscité, ou les personnes qui entreprendront ultérieurement une occupation impliquant pour elles l'assurance obligatoire, ainsi que celles qui, dans cette partie du territoire, ont eu recours à l'assurance facultative, sont, sans distinction de nationalité, considérés, à dater du transfert de la souveraineté, comme relevant, depuis le moment où ils sont assurés, de l'Institut d'assurance qui sera créé par le Gouvernement polonais pour cette partie du territoire.

Article 193.

(1) Die Bestimmungen der Artikel 188 Abs. 2 und 3, 191 und 192 finden nur Anwendung, solange die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets in materieller Hinsicht übereinstimmt und die deutsche Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien ist, die Artikel 191 und 192 jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1926.

(2) Für die Dauer des in Abs. 1 genannten Zeitraums gelten die beiden Teile des Abstimmungsgebiets im Verhältnis zueinander nicht als Ausland im Sinne des § 1313 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung.

Article 194.

Die gegenseitige Übernahme der Renten und die Überweisung der in Artikel 191 bezeichneten Beträge findet auch dann statt, wenn einem Berechtigten, der seinen Wohnsitz in dem einen Teil des Abstimmungsgebiets hat, nach Artikel 190 eine Rente von der für den anderen Teil zuständigen Versicherungsanstalt bewilligt worden ist.

Article 195.

Beträge, die ein nach den vorhergehenden Artikeln nicht verpflichteter Versicherungssträger gezahlt hat, werden zum Vorbetrag, jedoch ohne Zinsvergütung, von dem Versicherungssträger erstattet, der nach den Bestimmungen dieses Titels die Bezüge zu gewähren hat.

Kapitel IV

Angestelltenversicherung

Article 196.

(1) Für Personen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit auf Grund des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 im Genuss einer Leistung sind und ihren Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien haben, übernimmt Polen vom Beginne des nächsten Kalendermonats ab, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Berechtigten, die Leistungen, die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte oder von einer gemäß § 372 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugelassenen Ersatzkasse geschuldet werden.

(2) Die nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte verpflichteten Personen, die im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets beschäftigt oder die später dort in ein Beschäftigungsverhältnis eingetreten sind, sowie die Personen, die dort vom Rechte der freiwilligen Versicherung Gebrauch gemacht haben, gelten vom Übergange der Staatshoheit ab, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, als vom Beginn ihres Versicherungsverhältnisses an bei der Versicherungsanstalt für versichert, die von der polnischen Regierung für dies Gebiet eingerichtet wird.

3. — Les prestations en espèces et les rentes seront payées en monnaie allemande. Si, à la place de la monnaie allemande, une monnaie polonaise est introduite avec cours légal en Haute Silésie polonaise, les prestations en espèces et les rentes pourront dès ce moment être payées dans cette monnaie au cours du change du dix du mois qui précède la date de l'échéance. Les dispositions de l'article 307, paragraphe 4, alinéas 2 et 3, s'appliquent en ce qui concerne la détermination du cours du change.

Article 197

1. — Pour la fixation du montant des prestations dues aux assurés ou à leurs survivants, qui doivent être fixées par l'Institut polonais d'assurance des employés, il sera tenu compte, conformément aux dispositions de la législation allemande, des cotisations valablement payées, pour la période antérieure à la date du transfert de la souveraineté, à l'Institut allemand d'assurance des employés ou à une caisse libre agréée, ainsi que des faits tenant lieu de cotisation.

2. — De part et d'autre il sera tenu compte, lors de la fixation des prestations, de cotisations valablement payées pour la période postérieure à la date du transfert de la souveraineté, soit dans la partie allemande, soit dans la partie polonaise du territoire plébiscité, ainsi que des faits tenant lieu de cotisation qui se sont produits après cette date, et cela tant en ce qui concerne la période d'attente et les droits expectatifs aux prestations que la fixation du montant des prestations.

3. — Les prestations au paiement desquelles, conformément à ce qui précède, doivent participer des Instituts d'assurances des deux pays, seront à la charge de ces Instituts dans la proportion des cotisations qu'ils auront reçues. L'Institut qui aura fixé la prestation et la fournira, recevra de l'autre une somme égale au capital constitutif de la part de la prestation qui incombe à ce dernier.

4. — Le capital constitutif en question sera calculé selon un tarif qui sera établi par voie d'accord entre les deux Gouvernements. Le règlement de comptes entre les deux Gouvernements se fera annuellement aussitôt que possible après le 1^{er} janvier.

5. — Vis-à-vis de l'ayant droit, c'est à l'Institut d'assurance qui a fixé la prestation qu'incombe l'obligation de fournir la prestation. Lors de ce règlement de comptes, seules les prestations prescrites par la Loi allemande d'Assurance des employés du 20 décembre 1911 seront prises en considération. Il ne sera pas tenu compte des allocations de secours : celles-ci sont à la charge de l'Institut d'assurance qui les a fixées.

Article 198

1. — L'autorité compétente dans le territoire plébiscité pour recevoir toutes demandes de prestations en vertu d'assurances d'employés, est la commission des rentes (*Rentenausschuss*) dans le ressort de laquelle l'assuré a rempli en dernier lieu une occupation impliquant pour lui l'as-

(3) Die baren Leistungen sind in deutscher Reichsmark zu zahlen. Wird an Stelle der deutschen Reichsmark in Polnisch-Oberschlesien die polnische Währung eingeführt, so können vom Inkrafttreten des Währungsumschlags ab die Renten in polnischer Währung umgerechnet, zum Tageskurs am 10. des dem Fälligkeitstage vorangehenden Kalendermonats gezahlt werden. Auf die Berechnung des Tageskurses finden die Bestimmungen des Artikel 307, § 4, Abs. 2 und 3 Anwendung.

Artikel 197

(1) Bei der Berechnung der von der polnischen Versicherungsanstalt festzustellenden Leistungen, die den Versicherten oder ihren Hinterbliebenen zu stehen, werden die für die Zeit bis zum Übergange der Staatshoheit an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte oder an eine Ersatzkasse gültig entrichteten Beiträge und die ihnen gleich zu erachtenden Ersatztatsachen nach den deutschen gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt.

(2) Die für die Zeit nach dem Übergange der Staatshoheit im deutschen oder polnischen Teile des Abstimmungsgebiets gültig entrichteten Beiträge und die nach diesem Tage entstandenen Ersatztatsachen werden auch von der für den anderen Teil zuständigen Anstalt bei der Feststellung von Leistungen, sowohl bei der Prüfung der Wartezeit und der Anwartschaft als auch bei der Berechnung der Leistungen, berücksichtigt.

(3) Leistungen, an denen hiernach Versicherungsanstalten der beiden Staaten beteiligt sind, werden auf diese Anstalten nach dem Verhältnis der ihnen zugestossenen Beiträge verteilt. Die Anstalt, welche die Leistung festgestellt hat und zahlt, erhält von der anderen Anstalt den Kapitalwert des auf sie entfallenden Anteils.

(4) Der Kapitalwert ist nach einem von den beiden Regierungen zu vereinbarenden Tarife zu berechnen. Die Abrechnung erfolgt alljährlich alsbald nach Schluß des Kalenderjahrs.

(5) Dem Berechtigten gegenüber ist die Anstalt, von der die Leistung festgestellt worden ist, zur Zahlung verpflichtet. Bei der Abrechnung werden nur die auf dem Versicherungsgesetz für Angestellte selbst beruhenden Leistungen berücksichtigt. Beihilfen bleiben außer Betracht, sie fallen der Versicherungsanstalt zur Last, die sie festgesetzt hat.

Artikel 198

(1) Für die Anträge auf Leistungen aus der Angestelltenversicherung ist innerhalb des Abstimmungsgebiets der Rentenausschuß zuständig, in dessen Bezirk der Versicherte zuletzt beschäftigt worden war oder die für ihn zu errichtende polnische Stelle, und sofern er zuletzt freiwillig versichert war, der Renten-

surance obligatoire, ou l'autorité polonaise qui sera créée à la place de cette commission. Si l'assuré est en dernier lieu assuré facultatif, c'est la commission des rentes du domicile qui est compétente, ou l'autorité polonaise qui sera créée à la place de cette commission.

2. — La fixation des prestations et le versement des rentes incombe à l'Institut d'assurance qui a reçu les dernières cotisations.

3. — Dans les cas visés à l'article 197, alinéa 2, l'Institut auquel incombe la fixation des prestations devra, avant de rendre sa décision, soumettre pour avis le dossier à l'Institut compétent de l'autre partie du territoire plébiscité. L'Institut d'assurance de l'une des parties peut provoquer les enquêtes et introduire les recours permis par la Loi allemande d'Assurance des employés, auprès de l'Institut d'assurance et des autorités de l'autre partie.

Article 199

1. — Si une personne à qui la Pologne est tenue de fournir des prestations conformément à l'article 196, alinéa 1, transfère son domicile de la partie polonaise dans la partie allemande du territoire plébiscité, l'Institut allemand d'assurance des employés prendra à sa charge les prestations à partir du premier du mois qui suit le changement de domicile. Le Gouvernement polonais versera dans ce cas au Gouvernement allemand une somme égale au capital constitutif des prestations, en prenant comme base l'âge de l'ayant droit au moment du changement de domicile, et sans tenir compte des allocations de secours.

2. — Si une personne qui, à la date du transfert de la souveraineté, avait droit à une prestation et était domiciliée dans la partie allemande du territoire plébiscité, transfère son domicile dans la partie polonaise, l'institution polonaise chargée de l'assurance qui est compétente prendra de la même manière les prestations à sa charge, et le Gouvernement allemand versera au Gouvernement polonais une somme égale au capital constitutif des prestations telle qu'elle est définie à l'alinéa 1.

3. — Ces dispositions sont applicables en cas de changement réitéré de domicile.

Article 200

1. — Si une personne à qui l'Institut d'assurance compétent pour la Haute Silésie polonaise a accordé une prestation après la date du transfert de la souveraineté, transfère son domicile de la partie polonaise dans la partie allemande du territoire plébiscité, l'Institut allemand d'assurance des employés assumera le paiement des prestations à partir du premier du mois qui suit le changement de domicile. Dans ce cas, le Gouvernement polonais versera au Gouvernement allemand une somme égale au capital constitutif des prestations telle qu'elle est définie à l'alinéa 1 de l'article 199.

2. — Les mêmes dispositions s'appliquent *mutatis mutandis* au cas où une personne qui était domiciliée dans la partie allemande du territoire plébiscité et à qui une prestation a été accordée,

ausschluß des Wohnsitzes oder die für ihn zu errichtende polnische Stelle.

(2) Für die Feststellung der Leistungen und für die Zahlung der Staaten ist die Versicherungsanstalt zuständig, an die zuletzt Beiträge entrichtet worden sind.

(3) In den Fällen des Artikels 197 Abs. 2 hat die für die Feststellung der Leistungen zuständige Anstalt die Akten vor der Bescheiderteilung der für den anderen Teil des Abstimmungsgebietes zuständigen Anstalt zur Auflösung vorzulegen. Die Anstalt des einen Staates kann bei der des anderen Staates Beweiserhebungen beantragen und die nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte zulässigen Rechtsmittel einlegen.

Artikel 199

(1) Verlegt ein Berechtigter, für den Polen die Leistungen nach Artikel 196 Abs. 1 zu gewähren hat, seinen Wohnsitz aus dem polnischen nach dem deutschen Teile des Abstimmungsgebietes, so übernimmt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vom Beginn des auf die Wohnsitzverlegung folgenden Monats ab die Leistungen. Die polnische Regierung überweist der deutschen Regierung in diesem Falle den nach dem Alter des Berechtigten zur Zeit der Wohnsitzverlegung berechneten Kapitalwert der Leistungen ohne die Beihilfen.

(2) Verlegt ein Berechtigter, der am Tage des Überganges der Staatshoheit anspruchsberechtigt war und seinen Wohnsitz im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes hatte, seinen Wohnsitz nach dem polnischen Teile, so übernimmt der zuständige polnische Versicherungsträger in gleicher Weise die Leistungen, und die deutsche Regierung überweist der polnischen Regierung den gemäß Abs. 1 berechneten Kapitalwert der Leistungen.

(3) Bei wiederholter Änderung des Wohnsitzes gilt entsprechendes.

Artikel 200

(1) Verlegt ein Berechtigter, dem von der für Polnisch-Oberschlesien zuständigen Versicherungsanstalt nach dem Übergange der Staatshoheit eine Leistung bewilligt worden ist, seinen Wohnsitz aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes in den deutschen Teil, so übernimmt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vom Beginn des auf die Wohnsitzverlegung folgenden Monats ab die Weiterzahlung der Leistungen. Die polnische Regierung überweist der deutschen Regierung in diesem Falle den gemäß Artikel 199 Abs. 1 berechneten Kapitalwert der Leistungen.

(2) Dasselbe gilt entsprechend für den Fall, daß ein Berechtigter, der im deutschen Teile des Abstimmungsgebietes wohnte und dem nach dem Übergange der Staatshoheit eine Leistung von der Reichsver-

après la date du transfert de la souveraineté, par l'Institut allemand d'assurance des employés ou par une caisse libre agréée, transfère son domicile en Haute Silésie polonaise.

Article 201

1. — Les dispositions de l'article 197, alinéa 2, et des articles 199 et 200, ne seront applicables que tant que les dispositions de fond de la législation en matière d'assurance des employés concorderont dans les deux parties du territoire plébiscité et que le mark allemand sera la seule monnaie ayant cours légal en Haute Silésie polonaise. Les dispositions des articles 199 et 200 ne seront en tout cas pas applicables après le 31 décembre 1926.

2. — En ce qui concerne les paragraphes 47 et 76 de la Loi allemande d'Assurance des employés, les parties allemande et polonaise du territoire plébiscité ne seront pas considérées par rapport l'une à l'autre comme « Ausland » pendant les délais prévus à l'alinéa 1 du présent article.

Article 202

Les deux Parties contractantes prennent à leur charge, à titre de réciprocité, la fourniture des prestations, ainsi que le versement des sommes prévues à l'article 199, même lorsque la prestation a été accordée, conformément à l'article 198, à une personne domiciliée dans l'une des deux parties du territoire plébiscité par l'Institut d'assurance compétent de l'autre partie.

Article 203

Les sommes qui auront été payées par une institution chargée de l'assurance qui, d'après les articles précédents, n'est pas tenue de les payer, seront remboursées intégralement, mais sans intérêts, par l'institution chargée de l'assurance qui est tenue, d'après les dispositions du présent titre, de payer lesdites sommes.

Chapitre V

Disposition transitoires et générales

Article 204

§ 1

Le mot domicile, dans le présent titre, sera interprété conformément à la notion de *Wohnort* dans le Code allemand des Assurances sociales en vigueur dans les deux parties du territoire plébiscité.

§ 2

1. — Le Gouvernement polonais reconnaîtra comme valables les décisions définitives et exécutoires, à la date du transfert de la souveraineté, prises tant par des institutions allemandes chargées de l'assurance que par des autorités compétentes en matière d'assurance, au sujet des revendications de rentes par des assurés de la Haute Silésie polonaise ou par leurs survivants.

2. — Pour autant qu'il n'y a pas encore de décision définitive et exécutoire et sans préjudice des dispositions de l'article 183, la procédure sera

sicherungsanstalt für Angestellte oder von einer zugelassenen Ersatzkasse bewilligt worden ist, seinen Wohnsitz in den polnischen Teil verlegt.

Artikel 201

(1) Die Bestimmungen der Artikel 197 Abs. 2, 199 und 200 finden nur Anwendung, solange die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets in materieller Hinsicht übereinstimmt und die deutsche Reichsmark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien ist, die Artikel 199 und 200 jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1926.

(2) Für die Dauer des im Abs. 1 bezeichneten Zeitraums gelten die beiden Teile des Abstimmungsgebiets im Verhältnis zueinander nicht als Ausland im Sinne der §§ 47 und 76 des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Artikel 202

Die gegenseitige Übernahme der Leistungen und die Überweisung der im Artikel 199 bezeichneten Beiträge findet auch dann statt, wenn einem Berechtigten, der in dem einen Teile des Abstimmungsgebiets wohnt, nach Artikel 198 eine Leistung von der für den anderen Teil dieses Gebietes zuständigen Versicherungsanstalt bewilligt worden ist.

Artikel 203

Bezüge, die ein nach den vorhergehenden Artikeln nicht verpflichteter Versicherungsträger gezahlt hat, werden zum vollen Betrage, jedoch ohne Zinsvergütung, von dem Versicherungsträger erstattet, der nach diesem Abschnitt die Bezüge zu gewähren hat.

Kapitel V

Allgemeine und Übergangsbestimmungen

Artikel 204

§ 1

In diesem Titel wird das Wort *Wohnsitz* im Sinne des Begriffs *Wohnort* entsprechend der in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets geltenden Reichsversicherungsordnung gebraucht.

§ 2

(1) Die beim Übergange der Staatshoheit rechtskräftigen Entscheidungen deutscher Versicherungsträger oder Versicherungsbehörden über Rentenanprüche von Versicherten aus Polnisch-Oberschlesien oder von deren Hinterbliebenen werden von der polnischen Regierung als rechtswirksam anerkannt.

(2) Soweit rechtskräftige Entscheidungen noch nicht vorliegen, und soweit sich nicht aus Artikel 183 ein anderes ergibt, wird das Verfahren von den Ver-

continuée par les institutions chargées de l'assurance et par les autorités de l'Etat qui sont tenues de fixer les prestations à dater du transfert de la souveraineté.

Article 205

1. — Dans les cas où les prestations dues en vertu de l'assurance-accidents, de l'assurance-invalidité et des survivants, ainsi que de l'assurance des employés, doivent être prises à charge par des institutions polonaises chargées de l'assurance, les dossiers seront mis à la disposition du Gouvernement polonais.

2. — De plus, seront mis à la disposition du Gouvernement polonais : les cartes-quittances des Instituts d'assurance et les reçus de cotisation des établissements spéciaux agréés, pour les bénéficiaires de rentes d'assurance-invalidité et des survivants que la Pologne doit prendre à sa charge, ainsi que les comptes de cotisation tenus par l'Institut d'assurance des employés en ce qui concerne les assurés qui, à la date du transfert de la souveraineté, ont leur domicile ou leur occupation en Haute Silésie polonaise. Enfin, en cas de besoin, il sera procédé à un échange des cartes-quittances et des reçus de cotisation des assurés des deux parties du territoire plébiscité, et des dossiers qui se rapportent aux revendications des assurés d'une partie du territoire plébiscité contre les institutions chargées de l'assurance de l'autre.

3. — Chacun des deux Gouvernements mettra à la disposition de l'autre les documents de son administration des postes nécessaires pour le paiement des rentes.

4. — Chacun des deux Gouvernements s'engage à communiquer à l'autre les dossiers relatifs à l'assurance-maladie concernant les assurés de l'autre partie du territoire plébiscité. Ceci vise entre autres les assurés qui, par suite du partage des caisses d'assurance-maladie, quittent la caisse dont ils relevaient.

5. — Le Gouvernement polonais veillera à ce que la *Sektion 2 der Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft* puisse, lors du transfert de son siège en territoire allemand, emporter les dossiers et documents qui ne concernent pas des entreprises ou des assurés devenus polonais.

Article 206

1. — Les autorités et les institutions chargées de l'assurance de la partie allemande et de la partie polonaise du territoire plébiscité, se prêteront gratuitement assistance dans les affaires relatives à l'assurance des ouvriers et des employés. Toutefois, les débours (§ 117 du Code des Assurances sociales de l'Allemagne) seront remboursés, à moins que l'autre Etat n'exige pas lui-même le remboursement de tels débours.

2. La rédaction dans la langue officielle de l'une des deux Parties contractantes, de requêtes adressées aux autorités de l'autre, ne peut pas constituer pour celles-ci un motif de rejet.

3. L'emploi de la langue officielle de l'une des deux Parties contractantes dans la correspondance entre autorités et institutions chargées de l'assurance qui se rapporte à des questions traitées dans le présent titre, ne constitue pas une fin de non-recevoir.

sicherungsträgern und von den Behörden des Staates fortgesetzt, denen vom Übergange der Staatshoheit ab die Feststellung der Leistungen obliegt.

Article 205

(1) Soweit Leistungen aus der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie aus der Angestelltenversicherung von polnischen Versicherungsträgern zu übernehmen sind, werden die betreffenden Akten der polnischen Regierung zur Verfügung gestellt werden.

(2) Übergeben werden ferner die Quittungskarten der Versicherungsanstalten und die Beitragsbescheinigungen der Sonderanstalten für Empfänger der von Polen zu übernehmenden Renten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie die Beitragskonten der bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versicherten Personen, die am Tage des Überganges der Staatshoheit in Polnisch-Oberschlesien wohnen oder beschäftigt sind; endlich sollen im Falle des Bedürfnisses die Quittungskarten und die Beitragsbescheinigungen der Versicherten beider Gebiete und Akten, die sich auf Ansprüche der Versicherten gegen einen Versicherungsträger des einen oder des anderen Gebiets beziehen, gegenseitig ausgetauscht werden.

(3) Jede der beiden Regierungen wird der anderen die Aufzeichnungen der Postverwaltung, soweit sie für die Durchführung der Rentenzahlungen benötigt werden, zur Verfügung stellen.

(4) Beide Regierungen verpflichten sich, die Akten über die Krankenversicherung, die sich auf Versicherte aus dem anderen Teile des Abstimmungsgebiets beziehen, gegenseitig auszutauschen. Dies gilt insbesondere in Ansehung der Versicherten, die infolge der Teilung von Krankenkassen aus ihrer bisherigen Kasse ausscheiden.

(5) Die polnische Regierung wird dafür sorgen, daß die Sektion II der Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft bei Verlegung ihres Sitzes auf deutsches Gebiet die Akten, die sich nicht auf polnisch werdende Betriebe und Versicherte beziehen, mitnehmen darf.

Article 206

(1) Die Behörden und Versicherungsträger des deutschen und des polnischen Teiles des Abstimmungsgebiets werden sich in Angelegenheiten der Arbeiter- und Angestelltenversicherung unentgeltlich Amtshilfe leisten. Jedoch werden bare Auslagen (§ 117 der Reichsversicherungsordnung) erstattet, es sei denn, daß von dem anderen Staate derartige bare Auslagen nicht berechnet werden.

(2) Die Abschrift von Eingaben an die Behörden des einen Staates in der amtlichen Sprache des anderen Staates darf keinen Grund für die Zurückweisung dieser Eingaben bilden.

(3) Im schriftlichen Verkehr der Behörden und Versicherungsträger der beiden Staaten untereinander, soweit er im Rahmen der Durchführung dieses Titels erfolgt, bildet der Gebrauch der amtlichen Sprache des einen Staates keinen Grund für die Zurückweisung durch die Behörden und Versicherungsträger des anderen Staates.

Chapitre VI
Disposition financières

Article 207

1. — Le Gouvernement allemand versera au Gouvernement polonais, dans les deux semaines à dater du transfert de la souveraineté, la somme de 30 millions de marks allemands à valoir sur les sommes que la Pologne recevra lors du transfert des fonds mentionné à l'article 208.

2. — Ce versement sera imputé sur le règlement de comptes définitif.

Article 208

1. — Le transfert des fonds des assurances sociales et de l'État en ce qui concerne la Haute Silésie polonaise, sera réglé par un accord spécial conformément aux stipulations de l'article 312 du Traité de Paix de Versailles.

2. — On tiendra compte dans cet accord spécial des charges et obligations pécuniaires qui incombe à la Pologne en vertu des dispositions du présent titre.

3. — Le délai fixé par l'article 312, alinéa 4 du Traité de Paix de Versailles, court à dater de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

4. — Avant l'expiration de ce délai, les deux Gouvernements se réservent d'instituer une Commission arbitrale spéciale pour régler toutes questions relatives au dit transfert de fonds. De cette Commission fera au moins partie un représentant de chacun des deux Gouvernements.

5. — Au moment où sera effectué ce transfert de fonds au Gouvernement polonais, l'Allemagne sera libérée des obligations incombant en vertu de sa législation aux institutions allemandes chargées de l'assurance dans la partie polonaise de la Haute Silésie.

Chapitre VII

Assurance du personnel des chemins de fer

Article 209

Les assurances obligatoires ainsi que facultatives du personnel des chemins de fer de la Haute Silésie polonaise — tant l'assurance-maladie et l'assurance-accidents que l'assurance-invalidité et des survivants, ainsi que l'assurance additionnelle à l'assurance-invalidité et des survivants (*Abteilung B der Arbeiterpensionskasse*), l'assurance à la caisse-maladie et des survivants, appelée auparavant « *Verbandskrankenkasse* » et l'assurance des employés, — seront, à dater du transfert de la souveraineté, continuées par les autorités ou Instituts polonais. L'assurance du personnel des chemins de fer de la partie allemande du territoire plébiscité continuera à être du ressort des autorités ou Instituts allemands.

Article 210

§ 1

1. — La caisse-maladie d'entreprise de l'*Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz* cessera de fonctionner à dater du transfert de la souveraineté. A cette date, il sera créé, d'une part pour le per-

Kapitel VI
Finanzielle Bestimmungen

Artikel 207

(1) Die deutsche Regierung wird der polnischen Regierung innerhalb von zwei Wochen nach dem Übergange der Staatshoheit den Betrag von 30 Millionen Mark in deutscher Währung als Vorschuß auf die Summe zahlen, die Polen bei der gemäß Artikel 208 vorzunehmenden Übertragung der Fonds erhalten wird.

(2) Dieser Betrag ist bei der allgemeinen Abrechnung zu berücksichtigen.

Artikel 208

(1) Die Übertragung der Fonds der sozialen und staatlichen Versicherungen bezüglich Polnisch-Oberschlesiens wird gemäß den Bestimmungen des Artikel 312 des Friedensvertrages von Versailles durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

(2) Dabei wird die Auseinandersetzung über die sich aus diesem Titel ergebenden Verpflichtungen und Belastungen des polnischen Staates zu erfolgen haben.

(3) Die im Artikel 312 Abs. 4 des Friedensvertrags von Versailles bezeichnete Frist beginnt am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.

(4) Vor Ablauf dieser Frist behalten sich beide Regierungen vor, ein besonderes Schiedsgericht einzusetzen, das Fragen, die sich auf die Übertragung der Fonds beziehen, regeln soll. Diesem Schiedsgericht wird mindestens je ein Vertreter der beiden Regierungen angehören.

(5) Mit der Übertragung der Fonds an den polnischen Staat wird das Deutsche Reich von den Verpflichtungen frei, die den deutschen Versicherungs trägern nach den gesetzlichen Bestimmungen in Polnisch-Oberschlesien obliegen.

Kapitel VIII
Versicherungen des Eisenbahnpersonals

Artikel 209

Die gesetzlichen und freiwilligen Versicherungen für das Eisenbahnpersonal in Polnisch-Oberschlesien, und zwar die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie die Zusatzversicherung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Abteilung B der Arbeiterpensionskasse), die Versicherung bei der Kranken- und Hinterbliebenenkasse (früher Verbandskrankenkasse) und die Angestelltenversicherung werden vom Tage des Überganges der Staatshoheit von den polnischen Stellen weitergeführt. Die Versicherung des Eisenbahnpersonals im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets verbleibt bei den deutschen Stellen.

Artikel 210

§ 1

(1) Die Betriebskrankenkasse für den Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz wird mit dem Tage des Überganges der Staatshoheit geschlossen. An diesem Tage wird für die im deutschen und für die

sonnel des chemins de fer occupé dans la partie allemande du territoire plébiscité, et d'autre part pour celui occupé dans la partie polonaise, deux nouvelles caisses-maladie d'entreprise distinctes.

2. — Jusqu'au transfert définitif des fonds visé à l'article 208, le Comité directeur de la caisse-maladie d'entreprise fonctionnant avant le transfert de la souveraineté administrera tous les fonds de la caisse. La caisse-maladie d'entreprise polonaise créée en Haute Silésie polonaise recevra, dans les deux semaines à dater du transfert de la souveraineté, une somme d'un million et demi de marks allemands en espèces, provenant des réserves de la caisse-maladie d'entreprise fonctionnant avant le transfert de la souveraineté. Cette somme sera prélevée sur le versement à effectuer lors du transfert des fonds visé à l'article 208 ; on se reportera à la date du 1^{er} janvier 1922 en ce qui concerne les fonds à transférer suivant l'article 312 du Traité de Paix de Versailles.

3. — Le Comité directeur de la caisse-maladie d'entreprise fonctionnant avant le transfert de la souveraineté, versera dans les mêmes conditions une somme de quatre millions et demi de marks allemands provenant de ses fonds, à la caisse-maladie d'entreprise de la partie allemande du territoire plébiscité.

4. — Un représentant désigné par le Gouvernement polonais aura le droit, depuis le moment du transfert de la souveraineté jusqu'à celui du transfert des fonds d'examiner les livres du Comité directeur qui administre l'ensemble des fonds de la caisse, et de se faire donner tous renseignements relatifs à leur administration.

§ 2

Les articles 174 à 177 s'appliquent *mutatis mutandis* aux assurances-maladie du personnel des chemins de fer.

Article 211

Les dispositions du chapitre II du présent titre s'appliquent *mutatis mutandis* aux assurances-accidents du personnel des chemins de fer, avec les modifications suivantes :

- a) Aux articles 178 à 182 et 184, la date du transfert de la souveraineté remplacera celle du 1^{er} janvier 1922, et à l'article 180, elle remplacera celle du 31 décembre 1921 ;
- b) Il ne sera pas tenu compte des dispositions de l'article 183.

Article 212

Les dispositions des chapitres III et IV du présent titre s'appliquent *mutatis mutandis* aux assurances-invalidité et des survivants, et aux assurances des employés du personnel des chemins de fer.

Article 213

Les principes contenus au chapitre V du présent titre, ainsi que les dispositions de l'article 208 de ce titre, s'appliquent à toutes les assurances du personnel des chemins de fer visées à l'article 209.

im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets beschäftigten Eisenbahnbediensteten je eine neue Betriebsfrankenfasse errichtet.

(2) Bis zur endgültigen Übertragung des Fonds gemäß Artikel 208 verwaltet der Vorstand der vor dem Übergange der Staatshoheit bestehenden Betriebsfrankenfasse das gesamte Kassenvermögen. Die im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets errichtete polnische Betriebsfrankenfasse erhält binnen zwei Wochen nach Übergang der Staatshoheit aus den angesammelten Reserven der bisherigen Betriebsfrankenfasse des Eisenbahndirektionsbezirkes Katowic eine Summe von einund einer halben Million Mark in bar in Anrechnung auf die später nach Artikel 208 vorzunehmende Übertragung der Fonds. Für die Übertragung der Fonds gemäß Artikel 312 des Friedensvertrags von Versailles zu übertragenden Fonds soll der 1. Januar 1922 maßgebend sein.

(3) Der Vorstand der bisherigen Betriebsfrankenfasse des Eisenbahndirektionsbezirkes Katowic wird der im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets errichteten Betriebsfrankenfasse mit der gleichen Maßgabe den Betrag von vier und einer halben Million Mark aus dem Vermögen der bisherigen Kasse überweisen.

(4) Ein von der polnischen Regierung zu bezeichnender Vertreter soll vom Übergange der Staatshoheit bis zur endgültigen Übertragung der Fonds das Recht haben, die Bücher des Kassenvorstandes, der das Vermögen der bisherigen Betriebsfrankenfasse verwaltet, einzusehen und von ihm Auskunft über die Verwaltung zu verlangen.

§ 2

Die Artikel 174 bis 177 finden auf die Krankenversicherung der Eisenbahnbediensteten entsprechende Anwendung.

Artikel 211

Die Bestimmungen des zweiten Kapitels dieses Titels finden auf die Unfallversicherung der Eisenbahnbediensteten mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

- a) In den Artikel 178 bis 182 und 184 tritt an die Stelle des 1. Januar 1922 und im Artikel 180 tritt an die Stelle des 31. Dezember 1922 der Zeitpunkt des Überganges der Staatshoheit.
- b) Artikel 183 kommt nicht in Betracht.

Artikel 212

Die Bestimmungen des dritten und vierten Kapitels dieses Titels finden auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und auf die Angestelltenversicherung der Eisenbahnbediensteten entsprechende Anwendung.

Artikel 213

Die im 5. Kapitel dieses Titels enthaltenen Bestimmungen und die Vorschrift des Artikel 208 finden auf die im Artikel 209 bezeichneten Versicherungen der Eisenbahnbediensteten Anwendung.

Chapitre VIII

Oberschlesischer Knappschaftsverein

Article 214

§ 1

Les deux Gouvernements concluront un accord concernant la liquidation du *Oberschlesischer Knappschaftsverein*. Si cet accord n'est pas conclu le 15 novembre 1922, l'article 312 du Traité de Paix de Versailles sera applicable, à moins que les deux Gouvernements aient pu éliminer les divergences d'opinion subsistant entre eux au moyen d'une autre méthode de conciliation.

§ 2

Les deux Gouvernements s'entendront pour déterminer le régime d'administration du *Oberschlesischer Knappschaftsverein* pendant la période précédant la liquidation. Jusqu'à ce que cette entente ait lieu, le règlement suivant sera appliqué.

1^o L'*Oberschlesischer Knappschaftsverein* sera maintenu avec son organisation et sa sphère d'activité actuelles, et sans que rien soit changé à la compétence, à son égard, des autorités administratives et judiciaires.

2^o Le Gouvernement polonais délègue un commissaire auprès de la direction du *Oberschlesischer Knappschaftsverein*. Ce commissaire recevra sur demande tous renseignements relatifs à l'administration. Il peut soulever des objections. Il sera tenu compte, dans toute la mesure du possible, des désirs exprimés par lui.

3^o La direction du *Oberschlesischer Knappschaftsverein* donnera à un nombre raisonnable de personnes destinées à devenir fonctionnaires polonais du *Oberschlesischer Knappschaftsverein* l'occasion de se familiariser avec leurs tâches et fonctions ultérieures. En cas de divergences d'opinion concernant le nombre raisonnable, la Commission mixte statuera.

§ 3

Si l'entente prévue au paragraphe 2, phrase 1, du présent article, ne se réalise pas avant le 16 novembre 1922, le Gouvernement polonais pourra dénoncer vis-à-vis du Gouvernement allemand le règlement stipulé au paragraphe 2, chiffres 1 à 3, pour la fin de chaque mois à partir du 31 décembre 1922, moyennant préavis d'un mois.

Chapitre IX

Compétence de la Commission mixte

Article 215

La Commission mixte est compétente pour trancher les contestations qui s'élèveraient entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais au sujet de l'interprétation et de l'application de l'article 182 ; de l'article 183, alinéa 2, phrase 2 ; de l'article 184 ; de l'article 187 ; de l'article 191, alinéa 1, phrase 2, alinéas 2 et 3 ; de l'article 192, alinéas 1, phrase 2, alinéa 2 ; de l'article 194 ; de l'article 199, alinéa 1, phrase 2, alinéas 2 et 3 ; de l'article 200, alinéa 1, phrase 2 ; de l'article 202 ; de l'article 205 ; de l'article 206 et de l'article 207, ainsi que des dispositions analogues relatives aux assurances des employés des chemins de fer.

Kapitel VIII
Oberschlesischer Knappschaftsverein

Article 214

§ 1

Die beiden Regierungen werden ein Abkommen über die Auflösung des Oberschlesischen Knappschaftsvereins schließen. Ist das Abkommen nicht am 15. November 1922 geschlossen, so findet Artikel 312 des Friedensvertrags von Versailles Anwendung, wenn die beiden Regierungen die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht durch eine andere Schlichtungsart beseitigen könnten.

§ 2

Während der der Auflösung des Oberschlesischen Knappschaftsvereins vorangehenden Zeit werden sich beide Regierungen über eine vorläufige Art seiner Verwaltung verständigen. Bis zu dieser Verständigung soll folgende Regelung Platz greifen.

(1) Der Oberschlesische Knappschaftsverein wird in seiner gegenwärtigen Organisation und seinem gegenwärtigen Tätigkeitskreis aufrechterhalten, ohne daß in bezug auf ihn etwas an der Zuständigkeit der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden geändert wird.

(2) Die polnische Regierung entsendet einen Beauftragten zu der Direktion des Oberschlesischen Knappschaftsvereins. Dieser Beauftragte soll auf Verlangen jede Auskunft über die Verwaltung erhalten. Er darf Einwendungen geltend machen. Nach Möglichkeit ist seinen Wünschen Rechnung zu tragen.

(3) Die Direktion des Oberschlesischen Knappschaftsvereins soll einer angemessenen Anzahl von Personen, die bestimmt sind, polnische Beamte des Oberschlesischen Knappschaftsvereins zu werden, Gelegenheit geben, sich mit ihren künftigen Aufgaben und Tätigkeiten vertraut zu machen. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Angemessenheit der Zahl entscheidet die Gemischte Kommission.

§ 3

Kommt die im § 2 Satz 1 dieses Artikels vorgesehene Verständigung bis zum 10. November 1922 nicht zustande, so kann die polnische Regierung die im § 2 Ziffer 1 bis 3 vereinbarte Regelung für das Ende jedes Monats vom 31. Dezember 1922 ab unter Einhaltung einer Frist von einem Monat der deutschen Regierung kündigen.

Kapitel IX
Zuständigkeit der Gemischten Kommission

Article 215

Die Gemischte Kommission ist zuständig zur Entscheidung über alle Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung des Artikel 182; des Artikel 183 Abs. 2 Satz 2; des Artikel 184; des Artikel 187; des Artikel 191 Abs. 1 Satz 2, der Abs. 2 und 3; des Artikel 192 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2; des Artikel 194; des Artikel 199 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; des Artikel 200 Abs. 1 Satz 2; des Artikel 202; des Artikel 205; des Artikel 206 und des Artikel 207 sowie der entsprechenden Bestimmungen, die sich auf die Versicherungen des Eisenbahnpersonals beziehen.

Cinquième partie
Questions économiques

Titre premier
Régime Douanier

Chapitre premier
Dispositions générales

Article 216

La frontière douanière entre l'Allemagne et la Pologne dans le territoire plébiscité coïncidera avec la nouvelle frontière politique. Les législations douanières allemande et polonaise, ainsi que les tarifs douaniers qu'elles comportent, seront appliqués, sans intervention de l'autre partie, à l'intérieur de chacun des deux territoires douaniers, sous réserve des restrictions et exceptions convenues ci-après.

Article 217

1. — Pendant une période de six mois, les marchandises venant d'autres pays à destination du territoire plébiscité, qui auront acquitté les droits d'entrée à la frontière polonaise ou allemande avant la date du partage de la Haute Silésie, passeront la frontière en franchise.

2. — Il est convenu que cette période de six mois court dès la date du transfert de la souveraineté, et que les dispositions de l'alinéa 1 ne s'appliqueront qu'aux marchandises ayant acquitté les droits d'entrée avant le 1^{er} novembre 1921.

Article 218

§ 1

Pendant une période de quinze années, les produits naturels, originaires et en provenance de l'une des deux parties du territoire plébiscité, destinés à être consommés ou utilisés dans l'autre partie, passeront la frontière en franchise.

§ 2

Seront considérés comme produits naturels : les céréales de toute espèce, les raves et betteraves de toute espèce, y compris les betteraves à sucre, le houblon, les pommes de terre, les fruits frais, les baies, les légumes frais, les champignons frais, le foin, la paille, la glace naturelle, le sel, les pierres (brutes ou dégrossies, mais non autrement travaillées), la terre naturelle, le sable, le gravier, l'argile, l'ardoise, le bois (y compris le bois ébranché, mais non autrement travaillé), les fagots et ramilles.

§ 3

Les deux Gouvernements se réservent, pour le cas où des difficultés d'application surgiraient, d'entrer en pourparlers afin d'examiner si et dans

Teil V
Wirtschaftliche Bestimmungen

Titel I
Zollwesen

Kapitel 1
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 216

Die Zollgrenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien fällt mit der neuen politischen Grenze zusammen. Innerhalb der beiden Zollgebiete bleiben die deutsche und die polnische Zollgesetzgebung nebst den zugehörigen Zolltarifen in autonomer Geltung, vorbehaltlich der in nachstehendem vereinbarten Beschränkungen und Ausnahmen.

Artikel 217

(1) Während eines Zeitraums von sechs Monaten werden die Waren, die von anderen Ländern kommend nach dem Abstimmungsgebiete bestimmt waren, und die die Einfuhrzölle an der deutschen oder der polnischen Grenze vor der Teilung Oberschlesiens bezahlt haben, zollfrei die Grenze überschreiten.

(2) Es besteht Einverständnis darüber, daß diese Frist von dem Tage des Überganges der Staatshoheit an zu laufen beginnt, und daß die Vereinbarung im Absatz 1 sich nur auf Waren bezieht, die bis zum 1. November 1921 die Eingangszzölle bezahlt haben.

Artikel 218

§ 1

Während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren werden die natürlichen Erzeugnisse, die ihren Ursprung und ihre Herkunft in einem der beiden Teile des Abstimmungsgebiets haben, und die dazu bestimmt sind, in dem anderen Teile verbraucht oder verwendet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen.

§ 2

Als natürliche Erzeugnisse sind anzusehen: Getreide aller Art, Rüben aller Art, einschließlich der Zuckerrüben, Hopfen, Kartoffeln, frisches Obst, Beeren, frisches Gemüse, frische Pilze, Heu, Stroh, natürliches Eis, Salz, Steine (roh oder roh behauene, sonst nicht weiter bearbeitet), natürliche Erde, Sand, Kies, Ton, Schiefer, Holz (auch entästet, aber sonst nicht weiter bearbeitet), Reisig.

§ 3

Beide Regierungen behalten sich vor, falls sich Schwierigkeiten ergeben sollten, in Verhandlungen darüber einzutreten, ob und inwieweit etwa für ein-

quelle mesure l'application du système des contingents à certaines catégories de marchandises, pourrait faciliter les échanges.

Article 219

1. — Pendant une période de six mois, les produits bruts, demi-bruts ou demi-fabriqués, provenant des établissements industriels de l'une des deux parties du territoire plébiscité, destinés à être utilisés ou transformés dans les établissements industriels de l'autre partie, passeront la frontière en franchise.

2. — Les autorisations délivrées pour l'entrée de ces produits devront mentionner les établissements expéditeurs et destinataires.

Article 220

1. — Pendant une période de quinze ans, les produits bruts, demi-bruts ou demi-fabriqués, originaires et en provenance des établissements industriels de l'une des deux parties du territoire plébiscité, destinés à être transformés dans les établissements industriels de l'autre partie, passeront la frontière en franchise lorsqu'ils devront être réimportés dans leur pays d'origine.

2. — Les autorisations délivrées pour l'entrée de ces produits devront mentionner les établissements expéditeurs et destinataires.

Article 221

§ 1.

Le droit d'entrée en franchise stipulé à l'article 220, ne comporte que l'entrée en franchise dans le pays où a lieu la transformation des produits. Chaque pays conserve le droit de déterminer librement si, et dans quelle mesure, les produits transformés peuvent être réimportés en franchise, — conformément aux dispositions en vigueur sur l'admission temporaire (*Veredelungsverkehr*) — dans le pays d'origine du produit brut, demi-brut ou demi-fabriqué (*Vorprodukt*).

§ 2

Dans les cas prévus à l'article 220, il ne sera perçu aucun droit de sortie au passage de la frontière, ni à l'aller ni au retour.

§ 3

Dans les cas où les produits bruts, demi-bruts ou demi-fabriqués, destinés à la transformation par la voie de l'admission temporaire, tomberaient sous le coup de prohibitions d'importation ou d'exportation, les Parties contractantes accorderont des permis d'importation ou d'exportation pour ces produits. Elles accorderont également des permis d'exportation pour la réexpédition dans le pays d'origine des produits transformés. Si le produit transformé tombe, lors de la réexpédition dans le pays d'origine, sous le coup d'une prohibition d'importation, un permis d'importation devra être délivré.

zelne Warengruppen eine leichtere Handhabung des Verkehrs sich durch eine Kontingentierung ermöglichen lässt.

Artikel 219

(1) Während eines Zeitraums von sechs Monaten werden die Rohstoffe und Halbfabrikate der industriellen Betriebe der einen der beiden Teile des Abstimmungsgebiets, die dazu bestimmt sind, in den industriellen Betrieben des anderen Teiles verbraucht oder verarbeitet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen.

(2) Die Zulassungsscheine für die Einfuhr dieser Erzeugnisse müssen die Absendestellen und die Empfangsstellen namhaft machen.

Artikel 220

(1) Während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren werden die Rohstoffe und Halbfabrikate, die ihren Ursprung und ihre Herkunft aus den industriellen Betrieben des einen der beiden Teile des Abstimmungsgebiets haben, und die dazu bestimmt sind, in den Betrieben des anderen Teiles verarbeitet zu werden, zollfrei über die Grenze gehen, wenn sie wieder in ihr Ursprungsland eingeführt werden müssen.

(2) Die Zulassungsscheine für die Einfuhr dieser Erzeugnisse müssen die Absendestellen und Empfangsstellen namhaft machen.

Artikel 221

§ 1

Das im Artikel 220 gewährte Recht des zollfreien Einganges bezieht sich nur auf die Eingangszollfreiheit in jenem Lande, in dem die Umarbeitung ausgeführt wird. Jedes Land behält sich das Recht vor, nach freiem Ermessen zu bestimmen, ob und inwiefern auf Grund der geltenden Vorschriften über den Veredelungsverkehr die veredelte Ware zollfrei in das Ursprungsland des Rohprodukts oder Halbfabrikats (Vorproduktes) wieder eingeführt werden kann.

§ 2

In den im Artikel 220 vorgesehenen Fällen soll beim Überschreiten der Grenze weder auf dem Hin noch auf dem Rückwege ein Ausfuhrzoll erhoben werden.

§ 3

Falls die zur Veredelung bestimmten Rohstoffe und Halbfabrikate Einfuhr- oder Ausfuhrverboten unterliegen, werden die vertragshilfenden Teile für diese Waren Einfuhr- oder Ausfuhrbewilligungen erteilen. Ebenso werden sie die Ausfuhrbewilligungen für die veredelten Waren zur Rücksendung in das Ursprungsland erteilen. Falls die veredelte Ware bei der Rücksendung in das Ursprungsland dort einem Einfuhrverbot unterliegt, wird die Einfuhrbewilligung erteilt werden.

Article 222

1. — L'expression « produits demi-bruts ou demi-fabriqués » employée aux articles 219 et 220, s'entend en règle générale uniquement des produits d'établissements industriels considérés par le destinataire comme produits demi-bruts ou demi-fabriqués, du fait qu'il les soumet à une nouvelle mise en œuvre industrielle ou à une nouvelle transformation pour en faire un nouvel article prêt soit à une transformation subséquente, soit à la consommation.

2. — L'expression « établissements industriels » employée aux articles 219 et 220, s'étend aux petits métiers et à la manufacture.

Article 223

1. — Il appartient à chacun des deux États de régler librement de quelle façon doit être faite dans chaque cas la preuve que les conditions prévues pour l'application de l'article 217, alinéa 1, de l'article 218, paragraphes 1 et 2, de l'article 219 et l'article 220, sont remplies.

2. — Pour l'administration de cette preuve et l'établissement de l'identité de la marchandise, on pourra avoir recours, suivant les cas, à des certificats d'origine, des quittances de douane, des correspondances commerciales, des lettres de voiture, des extraits de livres de commerce ou autres documents d'origine privée. Il appartiendra à chacune des deux Administrations des douanes d'apprécier dans chaque cas particulier si et dans quelle mesure la preuve doit être considérée comme faite, conformément aux règlements en vigueur dans son pays.

Article 224

1. — Conformément à l'article 268 du Traité de Paix de Versailles, les produits naturels ou fabriqués, originaires et en provenance de la partie polonaise du territoire plébiscité, seront reçus à leur entrée sur le territoire allemand en franchise de douane pendant une période de trois années. Cette période courra à dater de la notification du tracé de la frontière à l'Allemagne et à la Pologne.

2. — Le chapitre II du présent titre contient les détails relatifs à la mise en pratique des dispositions du présent article.

*Article 225**§ 1*

En ce qui concerne le régime d'exportation, les Parties contractantes s'engagent à faciliter, pendant une période de quinze ans, l'exportation de leurs territoires respectifs des produits indispensables pour l'industrie de l'une ou de l'autre partie du territoire plébiscité, en délivrant les permis d'exportation nécessaires et en autorisant l'exécution des contrats passés entre particuliers, étant entendu que les droits d'entrée seront payés par ces produits lors de leur importation en territoire allemand ou en territoire polonais, sauf les exceptions prévues aux articles précédents.

§ 2

1. — Les produits mentionnés au paragraphe précédent ne comprennent que des produits bruts,

Artikel 222

(1) Unter Halbfabrikaten im Sinne der Artikel 219 und 220 versteht man im allgemeinen nur solche Erzeugnisse industrieller Betriebe, die für den Empfänger deshalb ein Halbfabrikat darstellen, weil sie von ihm einer weiteren Verarbeitung oder weiteren Umformung unterworfen werden, um zu einem anderen selbständigen weiter verarbeitungsfähigen oder gebrauchsfertigen Erzeugnis umgeformt zu werden.

(2) Der Ausdruck industrielle Betriebe in den Artikeln 219 und 220 umfasst auch die gewerblichen und Handwerksbetriebe.

Artikel 223

(1) Es bleibt jedem der beiden Staaten überlassen, nach seinem Ermessen die Frage zu regeln, wie im einzelnen Falle der Nachweis der Erfüllung der Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Bestimmungen im Artikel 217 Absatz 1, Artikel 218 § 1, 2, Artikel 219, 220 zu führen ist.

(2) Zur Führung dieses Nachweises und zur Feststellung der Identität der Ware können je nach Lage des Falles Ursprungszzeugnisse, Zollquittungen, kaufmännische Korrespondenzen, Frachtbriefe, Auszüge aus Geschäftsbüchern oder andere private Urkunden verwendet werden. Es bleibt den beiderseitigen Zollbehörden überlassen, ob und inwieweit sie nach den in ihrem Lande bestehenden Bestimmungen im einzelnen Falle den zu führenden Beweis als erbracht ansehen.

Artikel 224

(1) Gemäß Artikel 268 des Friedensvertrags von Versailles werden die natürlichen Erzeugnisse oder die Fabrikate, die ihren Ursprung und ihre Herkunft in dem polnischen Teile des Abstimmungsgebiets haben, bei ihrem Eingang in das deutsche Gebiet während eines Zeitraums von drei Jahren von jeder Zollabgabe befreit. Diese Frist wird mit der Bekanntgabe der neuen Grenze an Deutschland und an Polen zu laufen beginnen.

(2) Die in Kapitel 2 enthaltenen Vereinbarungen sind zum Zwecke der Durchführung dieser Bestimmungen getroffen worden.

*Artikel 225**§ 1*

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren die Ausfuhr von Erzeugnissen aus ihren Gebieten zu erleichtern, die für die Industrie des einen oder des anderen Teiles des Abstimmungsgebiets unentbehrlich sind. Sie werden die notwendigen Ausfuhr genehmigungen erteilen und die Ausführung der zwischen Privatpersonen geschlossenen Verträge unter der Voraussetzung gestatten, daß die Einfuhrabgaben von diesen Erzeugnissen bei ihrer Einfuhr in deutsches bzw. polnisches Gebiet bezahlt werden, soweit nicht in den vorhergehenden Artikeln Ausnahmen vorgesehen sind.

§ 2

(1) Unter den im § 1 dieses Artikels erwähnten Erzeugnissen sind nur die Rohprodukte, Halbfabrikate

demi-bruts, demi-fabriqués ou finis, indispensables aux besoins directs de l'industrie de l'une ou de l'autre partie du territoire plébiscité, à l'exclusion, entre autres, des vivres.

2. — Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent non seulement à la grande industrie, mais encore aux petits métiers et à la manufacture.

§ 3

Les stipulations de l'article 223 s'appliquent *mutatis mutandis* au premier paragraphe du présent article.

Article 226

§ 1

Les périodes de six mois ou de quinze ans mentionnées aux articles 218, 219 et 220 et au paragraphe 1 de l'article 225, courront dès la date du transfert de la souveraineté.

§ 2

Sous réserve des dispositions qui suivent, la franchise de douane stipulée aux articles 217, 218, 219, 220 et 224 se rapporte uniquement aux droits d'entrée et de sortie; elle ne se rapporte point aux impôts intérieurs, droit de manipulation douanière, redevances prélevées à l'occasion de la délivrance de permis d'entrée ou de sortie, droits de statistique.

§ 3

En ce qui concerne l'exportation des fruits frais, des baies, légumes frais, foin, paille, pierres (brutes ou dégrossies, mais non autrement travaillées), terre naturelle, sable, gravier, argile et ardoise, dans la mesure où ces produits tombent sous l'application du paragraphe 1 de l'article 218 et seraient l'objet dans l'un des deux pays de prohibitions d'importation ou d'exportation, les deux Gouvernements accorderont des permis d'importation ou d'exportation sans prélever de redevance à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de ces permis.

§ 4

En outre, si des produits visés à l'article 219 étaient l'objet de prohibitions d'importation ou d'exportation, les deux Gouvernements accorderaient des permis d'importation ou d'exportation, sans prélever de redevance à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de ces permis.

Article 227

§ 1

1. — Seront considérés comme produits indispensables aux besoins directs de l'industrie de l'une ou de l'autre partie du territoire plébiscité, les produits satisfaisant aux conditions suivantes :

- la marchandise, telle qu'elle est demandée, doit être disponible dans le pays fournisseur en quantités suffisantes pour les besoins de son industrie;
- tant qu'un des deux Etats demandera à l'autre, en se basant sur l'article 225, paragraphe 1, de lui fournir des marchandises, il ne pourra exporter ces marchandises ou des

et Fertigerzeugnisse, die für die Industrie des einen oder des anderen Teiles des Abstimmungsgebiets unentbehrlich sind, und insbesondere nicht etwa Lebensmittel zu verstehen.

(2) Die Bestimmungen des § 1 dieses Artikels finden nicht nur auf die Großindustrie, sondern auch auf gewerbliche und Handwerksbetriebe Anwendung.

§ 3

Die Bestimmungen des Artikels 223 finden auf § 1 dieses Artikels entsprechende Anwendung.

Artikel 226

§ 1

Der Lauf der in den Artikeln 218, 219, 220 sowie im Artikel 225 § 1 erwähnten Fristen von sechs Monaten oder fünfzehn Jahren beginnt mit dem Tage des Überganges der Staatshoheit.

§ 2

Die in den Artikeln 217, 218, 219, 220 und 224 vereinbarter Zollfreiheit bezieht sich vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen lediglich auf die Ein- und Ausfuhrzölle. Sie bezieht sich keineswegs auf die inneren Steuern, die Zollmanipulationsgebühren, die Abgaben für die Bewilligung der Ein- und Ausfuhrerlaubnis und auf statistische Gebühren.

§ 3

Was die Ausfuhr von frischem Obst, Beeren, frischem Gemüse, Heu, Stroh, Steinen (roh oder roh behauen, nicht anderweit bearbeitet), natürlicher Erde, Sand, Kies, Ton und Schiefer anlangt, werden die beiden Regierungen, falls diese Erzeugnisse den Bedingungen des Artikels 218 § 1 entsprechen und in einem der beiden Länder mit Ein- und Ausfuhrverboten belegt sind, Ein- oder Ausfuhrbewilligungen erteilen und von der Erhebung von Ein- und Ausfuhrabgaben abssehen.

§ 4

Beide Regierungen werden ferner, falls die im Artikel 219 genannten Erzeugnisse Ein- oder Ausfuhrverboten unterliegen sollten, Ein- oder Ausfuhrbewilligungen erteilen, ohne Ein- und Ausfuhrabgaben zu erheben.

Artikel 227

§ 1

(1) Als die für die unmittelbaren Bedürfnisse der Industrie des einen oder des anderen Teiles des Abstimmungsgebiets unentbehrlichen Erzeugnisse sind Erzeugnisse anzusehen, die den nachstehenden Bedingungen entsprechen:

- Die angeforderte Ware muß als solche in dem Lieferungsland in einer für den Bedarf der Industrie dieses Landes ausreichenden Menge vorhanden sein;
- solang einer der beiden Staaten unter Berufung auf Artikel 225 § 1 von dem anderen Staate die Lieferung von Erzeugnissen verlangt, kann er diese Erzeugnisse oder gleichartige Erzeugnisse

marchandises identiques produites sur son territoire. Toutefois, l'exportation dont il est ici question ne comprend ni l'exportation dans le pays fournisseur, ni l'exportation dans des pays tiers de quantités ne dépassant pas 5% des quantités disponibles à l'intérieur, à l'exclusion des quantités importées de pays tiers.

2. — Ces conditions étant respectées, chacun des deux États se déclare prêt à accorder à l'autre un droit de priorité sur l'excédent disponible pour l'exportation, existant sur son propre territoire.

§ 2

1. — En ce qui concerne les contrats de droit privé conclus avant le 1^{er} novembre 1921, les deux États sont prêts à en autoriser l'exécution pendant un délai de dix-huit mois à dater du transfert de la souveraineté, aux mêmes conditions, notamment de prix, que celles qui régissent l'exécution de tels contrats à l'intérieur du pays.

2. — L'exécution de contrats conclus après le 1^{er} novembre 1921 reste soumise aux dispositions spéciales en vigueur dans chacun des deux pays.

§ 3

1. — Chacune des deux Parties contractantes s'engage à accorder, pendant une période de cinq ans à dater du transfert de la souveraineté, aux usines du territoire de Haute Silésie de l'autre partie qui fondent la ferraille, des permis d'exporter hors de leur territoire de la ferraille de toute espèce et de quelque provenance que ce soit, pourvu que cette ferraille soit fondu dans des usines existant à la date du transfert de la souveraineté et en faveur desquelles les permis ont été accordés, et dans les limites des quantités de ferraille à acheter pour permettre une production égale à la production moyenne de fer brut et d'acier pendant les années 1913 et 1920. Les deux Gouvernements s'abstiendront de tout contrôle de prix jusqu'à la date du 1^{er} Mai 1924.

2. — Les achats de ferraille, de quelque provenance que soit celle-ci, se feront autant que possible en commun pour l'Allemagne et la Pologne par la voie d'une coopération organisée. Les deux Gouvernements s'emploieront à hâter autant que possible la création des organisations nécessaires.

§ 4

Le Gouvernement allemand accordera des permis d'exportation pour les marchandises énumérées à l'annexe A au présent titre et dans les quantités qui y sont indiquées, lorsque ces marchandises seront exclusivement employées pour l'industrie de la Haute Silésie polonaise.

§ 5

Les dispositions de l'article 223 s'appliquent *mutatis mutandis* au présent article.

Article 228

1. — Le Gouvernement allemand accordera aux établissements de la Haute Silésie polonaise des permis d'exportation pour les quantités de bois

nicht aus seinem Gebiet ausführen. Jedoch soll die Ausfuhr, von der hier die Rede ist, weder die Ausfuhr nach dem Lieferlande noch die Ausfuhr nach einem dritten Lande umfassen, wenn letztere Ausfuhr fünf vom Hundert der im Innern verfügbaren Menge unter Ausschluß der aus dritten Ländern eingeführten Menge nicht übersteigt.

(2) Solange diese Bedingungen eingehalten werden, erklärt sich jeder der beiden Staaten bereit, dem anderen das Vorrecht auf den zur Ausfuhr verfügbaren Überschuß des Vorrats auf seinem Gebiet zu erteilen.

§ 2

(1) Was die vor dem 1. November 1921 geschlossenen Privatverträge anlangt, so sind beide Staaten bereit, ihre Ausführung innerhalb anderthalb Jahren vom Tage des Überganges der Staatshoheit an gerechnet zu denselben Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Preise zuzulassen, welche für die Ausführung solcher Verträge im Innern des Landes maßgebend sind.

(2) Die Erfüllung der nach dem 1. November 1921 abgeschlossenen Verträge wird den in jedem der beiden Länder bestehenden besonderen Bestimmungen unterworfen.

§ 3

(1) Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, während eines Zeitraums von fünf Jahren vom Übergange der Staatshoheit an gerechnet, den Alteisen verarbeitenden industriellen Betrieben des oberschlesischen Gebiets des anderen Teiles Bewilligungen für die Ausfuhr von Alteisen aller Art und welcher Herkunft auch immer aus ihrem Gebiete zu erteilen mit der Maßgabe, daß dieses Alteisen in den zur Zeit des Überganges der Staatshoheit bestehenden Werken, zu deren Gunsten die Bewilligung erteilt worden ist, in dem Ausmaß des für die Durchschnittserzeugung von Roheisen und Stahl in den Jahren 1913 und 1920 verwendeten Zufaufsschrotts verarbeitet wird. Beide Regierungen werden dabei bis zum 1. Mai 1924 von einer Preisprüfung abssehen.

(2) Der Einkauf des Alteisens (gleichgültig welcher Herkunft) soll für Deutschland und Polen zunächst gemeinsam in organisiertem Zusammenhang erfolgen. Beide Regierungen werden sich das baldige Zustandekommen der entsprechenden Organisationen angelegen sein lassen.

§ 4

Die deutsche Regierung wird für die in der Anlage A aufgeführten Waren und Mengen Ausfuhrbewilligungen erteilen, sofern diese Waren ausschließlich für die in Polnisch-Oberschlesien bestehende Industrie verwendet werden.

§ 5

Die Bestimmungen des Artikels 223 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 228

(1) Die deutsche Regierung wird den in Polnisch-Oberschlesien gelegenen Betrieben Ausfuhrbewilligungen für Grubenholz in dem nachstehend vermerkt

de mine spécifiées ci-dessous pendant les périodes indiquées, ce bois devant être employé exclusivement par ces établissements :

- a) 350.000 mètres cubes (*Festmeter*) pendant la première année à dater du transfert de la souveraineté ;
- b) 150.000 mètres cubes (*Festmeter*) l'année suivante.

2. — Au cas où la Pologne, la Lithuanie, la Tchécoslovaquie ou la Hongrie interdiraient l'exportation du bois de mine, les quantités indiquées seraient réduites de 25 % si l'interdiction venait de la Pologne, de 15 % si elle venait de la Lithuanie, et de 10 % si elle venait soit de la Tchécoslovaquie, soit de la Hongrie. Mais, même dans ces cas, le Gouvernement allemand est disposé, dans la mesure où la consommation intérieure lui en laissera la faculté, à accorder des permis d'exportation de bois de mine à destination de la Haute Silésie polonaise, pour des quantités dépassant les obligations prévues ci-dessus.

3. — Les permis d'exportation à accorder conformément aux dispositions des articles 227 et 228, ne seront accordés que directement à des établissements industriels pour leurs besoins immédiats. Ces établissements ne pourront employer les marchandises reçues grâce à ces permis que dans les limites de leur propre activité industrielle. Lorsqu'il sera constaté qu'un établissement aura contrevenu à cette obligation, un nouveau permis pourra lui être refusé.

4. — Les demandes de permis d'exportation pour des marchandises faisant l'objet d'un contingentement, devront être approuvées par les autorités compétentes du pays destinataire. Les deux Gouvernements se communiqueront aussitôt que possible la liste des autorités qui ont qualité pour approuver ces demandes.

Article 229

1. — Le Gouvernement polonais accordera des permis d'exportation aux établissements industriels situés dans la partie allemande du territoire plébiscité, pour les produits suivants, pourvu que ces produits soient destinés à l'usage exclusif des dits établissements :

- a) pour la dolomite, pendant une période de quinze ans ;
- b) pour l'acide sulfurique, à 50° Baumé, pendant une période de cinq ans, la quantité exportée annuellement ne devant pas dépasser 50 % de la production de la Haute Silésie polonaise, mais devant toutefois n'être pas inférieure à 60.000 tonnes par an.

2. — Les deux périodes ci-dessus mentionnées courront à dater du transfert de la souveraineté.

Article 230

§ 1

1. — Le Gouvernement allemand permettra l'exportation de lait frais destiné au ravitaillement

ten Ausmaß und für die dort angegebene Zeit ertheilen, sofern dieses Grubholz ausschließlich in diesen Betrieben verwendet wird:

- a) im ersten Jahr nach dem Übergange der Staats-hoheit für 350 000 fm,
- b) im darauffolgenden Jahre für 150 000 fm.

(2) Falls Polen, Litauen, die Tschechoslowakei oder Ungarn ein Ausfuhrverbot für Grubholz erlässt, vermindern sich die angegebenen Mengen um fünfundzwanzig vom Hundert im Falle eines pol-nischen Ausfuhrverbots, im Falle eines litauischen Ausfuhrverbots um fünfzehn vom Hundert und um zehn vom Hundert im Falle eines tschechischen oder ungarischen Ausfuhrverbots. Indes ist auch in diesen Fällen die deutsche Regierung bereit, soweit es der inländische Verbrauch zuläßt, Ausfuhrbewilligungen für Grubholz nach Polnisch-Oberschlesien für Mengen zu erteilen, die über die vorstehende Verpflichtung hinausgehen.

(3) Die nach den Artikeln 227 und 228 zu erteilenden Ausfuhrbewilligungen werden nur unmittelbar den industriellen Betrieben für ihren unmittelbaren Bedarf erteilt. Diese Betriebe können die durch diese Ausfuhrbewilligungen empfangenen Waren nur innerhalb ihrer eigenen industriellen Betätigung verwenden. Wenn ein Unternehmen nachweislich gegen diese Verpflichtung verstößt, kann ihm die Erteilung einer neuen Ausfuhrbewilligung versagt werden.

(4) Anträge auf Ausfuhrbewilligungen von kontingentierten Waren müssen von der zuständigen Behörde des Empfangslandes beglaubigt sein. Die beiden Regierungen werden einander sobald als möglich das Verzeichnis der zur Beglaubigung dieser Anträge ermächtigten Behörden mitteilen.

Article 229

(1) Die polnische Regierung wird den industriellen Betrieben im deutschen Teile des Abstimmungs-gebiets Ausfuhrbewilligungen für die folgenden Erzeugnisse erteilen, vorausgesetzt, daß diese Erzeugnisse ausschließlich zum Gebrauch der genannten Betriebe bestimmt sind:

- a) für Dolomit während der Dauer von fünfzehn Jahren,
- b) für Schwefelsäure (berechnet auf 50° Baumé) während der Dauer von fünf Jahren, wobei die jährliche Menge fünfzig vom Hundert der pol-nisch-ober-schlesischen Erzeugung nicht übersteigen, jedenfalls aber nicht weniger als 60 000 t für das Jahr betragen soll.

(2) Der Lauf der beiden vorerwähnten Fristen beginnt mit dem Tage des Überganges der Staatshoheit.

Article 230

§ 1

(1) Die deutsche Regierung wird die Ausfuhr frischer Milch für die Versorgung von Polnisch-Ober-

ment de la Haute Silésie polonaise à raison des quantités suivantes pendant les périodes indiquées ci-dessous :

- a) du 1^{er} avril au 30 septembre 1922 18.000 litres par jour ;
- b) en octobre 1922 9.000 » » »
- c) en novembre 1922 8.000 » » »
- d) en décembre 1922 7.000 » » »
- e) en janvier 1923 6.000 » » »
- f) en février 1923 5.000 » » »
- g) en mars 1923 4.000 » » »
- h) en avril 1923 3.000 » » »
- i) en mai 1923 2.000 » » »

2. — Si, pendant cette période, la situation en ce qui concerne les approvisionnements et distributions officielles de lait devenait plus favorable dans la partie polonaise du territoire plébiscité que dans la partie allemande, les quantités ci-dessus mentionnées seraient réduites en proportion.

§ 2

Le Gouvernement polonais autorisera, pendant la période ci-dessus fixée, c'est-à-dire du 1^{er} avril 1922 au 31 mai 1923, l'exportation en Allemagne d'un tiers de la quantité de farine Thomas produite dans la Haute Silésie polonaise ; la quantité exportée ne devra pas être inférieure à 12.000 tonnes par an (1000 tonnes par mois).

Article 231

Pour les marchandises dont l'exportation est autorisée par les articles 227, 228, 229 et 230, les deux Parties contractantes s'accorderont réciprocement le traitement le plus favorable qu'ils accorderont à des pays tiers à change bas, notamment dans les cas où l'exportation donne lieu à un contrôle des prix.

Article 232

Les conditions énumérées à l'article 227, paragraphe 1, lit. a) et b), seront considérées *ipso facto* comme remplies en ce qui concerne les produits détaillés à l'article 227, paragraphes 3 et 4, et aux articles 228, 229 et 230.

Article 233

En vue de faciliter l'application des stipulations précédentes et d'éviter certaines rigueurs dans la zone-frontière, les deux Parties contractantes ont, en exécution des dites stipulations, convenu des dispositions contenues au chapitre IV du présent titre. L'ensemble des dispositions de ce chapitre IV sera considéré comme ayant le caractère d'un accord commercial ordinaire qui restera en vigueur pendant dix-huit mois à dater du transfert de la souveraineté. Les deux Gouvernements sont prêts, selon les besoins qui se feront sentir dans la pratique, à entrer en pourparlers en temps utile avant l'expiration de ces dix-huit mois pour conclure un nouvel accord sur les questions réglées au chapitre IV.

Schlesien in folgenden Mengen während des unten angegebenen Zeitraums zulassen:

- a) vom 1. April 1922 bis zum 30. September 1922 je 18 000 l täglich,
- b) im Oktober 1922 9 000 l «
- c) im November 1922 8 000 l «
- d) im Dezember 1922 7 000 l «
- e) im Januar 1923 6 000 l «
- f) im Februar 1923 5 000 l «
- g) im März 1923 4 000 l «
- h) im April 1923 3 000 l «
- i) im Mai 1923 2 000 l «

(2) Sollte während dieses Zeitraums die Lage der amtlichen Milchversorgung und Milchverteilung in dem polnischen Teile des Abstimmungsgebiets sich günstiger gestalten als im deutschen Teil, so werden die obenstehenden Mengen den Verhältnissen entsprechend gekürzt werden.

§ 2

Die polnische Regierung wird während des oben genannten Zeitraums, d. h. vom 1. April 1922 bis zum 31. Mai 1923 die Ausfuhr von $\frac{1}{3}$, der in Polnisch-Oberschlesien erzeugten Menge von Thomasmehl nach Deutschland gestatten. Die Jahresmenge soll nicht weniger als 12 000 t (1 Monat = 1000 t) betragen.

Artikel 231

Für Waren, deren Ausfuhr gemäß den Artikeln 227, 228, 229 und 230 gestattet wird, werden die beiden vertragshaltenden Teile sich gegenseitig die günstigste Behandlung gewähren, die sie dritten valutajchwachen Ländern insbesondere dann gewähren, wenn bei der Ausfuhr eine Preisprüfung stattfindet.

Artikel 232

Die im Artikel 227, § 1 unter a und b aufgeführten Voraussetzungen werden bei den in Artikel 227, §§ 3, 4, Artikel 228, 229 und 230 aufgeführten Waren ohne weiteres als erfüllt angesehen.

Artikel 233

Zur Erleichterung der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen und zur Vermeidung von Härtungen in der unmittelbar an der Grenze gelegenen Zone haben die beiden Staaten in Ausführung der vorstehenden Bestimmungen die im Kapitel 4 enthaltenen Vereinbarungen getroffen. Die Vereinbarungen sollen als Vereinbarungen von der Natur eines gewöhnlichen Handelsvertrags angesehen werden. Sie sollen für einen Zeitraum von achtzehn Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit Geltung haben. Die beiden Regierungen sind bereit, den praktischen Bedürfnissen entsprechend rechtzeitig vor Ablauf der vorstehenden Frist in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens über die im Kapitel 4 geregelten Fragen einzutreten.

Chapitre II

Produits originaires et en provenance de la Haute Silésie polonaise.

Article 234

1. — Au cas où l'importation des marchandises visées au premier alinéa de l'article 224 serait interdite en Allemagne, le Gouvernement allemand accordera des permis d'importation pour ces marchandises en vue de leur entrée sur le territoire douanier allemand.

2. — Il ne pourra être fait exception à cette règle que dans les cas suivants :

- pour des raisons de police sanitaire ou pour la protection d'animaux ou de plantes utiles contre des parasites ou contre des épidémies, lorsque ces épidémies seront dûment constatées par les autorités polonaises compétentes ;
- pour les produits qui font en Allemagne l'objet d'un monopole d'Etat ou d'un quasi-monopole, ou qui sont soumis au système centralisé d'exploitation. Le Gouvernement polonais s'emploiera auprès des commerçants ou des producteurs de tels produits dans la Haute Silésie polonaise, pour que les marchandises qu'ils désirent vendre en Allemagne soient offertes aux monopoles allemands et aux offices centraux d'exploitation. Le Gouvernement allemand avisera les administrations des monopoles et les offices centraux d'exploitation intéressés de prendre livraison de ces marchandises si elles sont offertes à un prix raisonnable.

Tout refus par les monopoles ou offices centraux allemands d'une offre de marchandises sera dûment motivé. La Commission mixte sera compétente en cas de divergence d'opinion sur le bien-fondé d'un refus.

Article 235

Les marchandises introduites en Allemagne en franchise de douane, conformément à l'article 268 b) du Traité de Paix de Versailles, y jouiront du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 236

1. — Pour établir que les marchandises en question sont originaires et en provenance de la Haute Silésie polonaise, il faut un certificat d'origine conforme au modèle donné à l'annexe B, fait sur papier teinté par les autorités designées par le Gouvernement polonais et visé par le Département de l'Industrie et du Commerce de la voïvodie de Silésie.

2. — Les certificats d'origine ne seront pas cessibles, et leur validité sera limitée à une période de trois mois à partir de la date de leur établissement, sans pouvoir toutefois dépasser la fin de l'année contingente courante. Ils ne seront délivrés qu'en un seul exemplaire. Le Mi-

Kapitel 2

Erzeugnisse aus Polnisch-Oberschlesien

Artikel 234

(1) Die deutsche Regierung wird für Waren, auf die sich die Vereinbarung im Artikel 224 Abs. 1 bezieht, beim Übergang in das deutsche Zollgebiet Einführbewilligungen erteilen, soweit die Einführung derartiger Waren nach Deutschland verboten ist.

(2) Ausnahmen hiervon sind nur zulässig:

- aus Rücksichten der Gesundheitspolizei oder zum Schutze von Tieren oder Nutzpflanzen gegen Krankheiten oder Schädlinge, solange solche Seuchen oder Krankheiten durch die zuständige polnische Behörde festgestellt werden,
- für Waren, die in Deutschland Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer monopolähnlichen Einrichtung bilden oder der Zentralbewirtschaftung unterworfen sind. Hinsichtlich dieser Waren wird die polnische Regierung bei den Erzeugern und Kaufleuten von Polnisch-Oberschlesien darauf hinwirken, daß solche Waren, die sie nach Deutschland zu verkaufen wünschen, den deutschen Monopolverwaltungen oder Zentralbewirtschaftungsstellen angeboten werden. Die deutsche Regierung wird die in Betracht kommenden Monopolverwaltungen und Zentralbewirtschaftungsstellen anweisen, solche Waren zu übernehmen, sofern sie zu angemessenen Preisen angeboten werden.

Jede Ablehnung eines Warenangebots durch eine deutsche Monopolverwaltung oder eine zentrale Stelle erfolgt unter Angabe der Gründe. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Berechtigung einer Ablehnung ist die Gemischte Kommission zuständig.

Artikel 235

Die gemäß Artikel 268 b des Friedensvertrags von Versailles nach Deutschland zollfrei eingeführten Waren werden dort nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden.

Artikel 236

(1) Zum Nachweis dessen, daß die fraglichen Waren aus Polnisch-Oberschlesien stammen und herkommen, bedarf es eines Ursprungszeugnisses, nach dem in der Anlage B beigefügten Muster, das auf farbigem Papier hergestellt, von den durch die polnische Regierung bezeichneten Stellen ausgestellt und von der Abteilung für Industrie und Handel der Wojewodschaft Schlesien visiert worden ist.

(2) Die Ursprungszeugnisse sind nicht übertragbar und gelten nur für die Dauer von drei Monaten nach Ausstellung, längstens jedoch bis zum Schluß des laufenden Kontingenzjahrs. Sie werden nur in einer Ausfertigung erteilt. Das polnische Ministerium für Industrie und Handel wird dem Sta-

nistère polonais de l'Industrie et du Commerce fera parvenir tous les mois à l'Office statistique du Reich à Berlin une liste des certificats d'origine accordés au cours du mois écoulé.

3. — Le Gouvernement polonais fera connaître le plus tôt possible au Gouvernement allemand la liste des autorités chargées d'établir les certificats d'origine, et il indiquera de quelles lettres de classement pour chaque autorité ces certificats doivent être pourvus, outre leur numéro. Le Gouvernement polonais communiquera également au Gouvernement allemand le nom des personnes chargées d'établir les certificats d'origine, ainsi que les fac-similés de leur signature et l'empreinte de leurs sceaux.

4. — Les autorités polonaises n'accorderont, autant que possible, des certificats d'origine qu'à des maisons qui, au cours des années 1911 à 1913, expédiaient déjà des marchandises de même espèce en Allemagne.

5. — Le Gouvernement polonais réprimera par des sanctions pénales, entre autres par le refus de nouveaux certificats d'origines, toute fausse déclaration faite dans le but d'obtenir un certificat d'origine auquel on n'a pas droit, toute cession, tout usage illégal, toute contrefaçon et toute falsification d'un certificat d'origine, ainsi que l'usage de faux certificats ou de certificats falsifiés.

6. — Les marchandises dont l'importation en Allemagne n'est pas interdite, seront admises en franchise par le service des douanes allemandes sur le vu des certificats d'origine établis comme il est dit ci-dessus à l'alinéa 3, et sans qu'il faille de permis spécial d'importation.

7. — Pour les marchandises dont l'importation en Allemagne est interdite, le Département du Commerce et de l'Industrie de la voïvodie de Silésie fera parvenir les certificats d'origine au délégué du Commissaire du Reich chargé de délivrer les permis d'importation et d'exportation à Oppeln. Ce dernier se servira des certificats d'origine, conformément aux dispositions de l'alinéa 1, pour la délivrance des permis d'importation, et tiendra ces permis à la disposition des intéressés au plus tard quarante-huit heures après la réception des certificats.

8. — Le Commissaire du Reich chargé de délivrer les permis d'importation et d'exportation fera connaître au Gouvernement polonais, à temps avant le transfert de la souveraineté, quelles sont sur la liste polonaise les marchandises à importer en franchise, les marchandises qui font l'objet d'un monopole d'Etat ou d'un quasimonopole, ou sont soumises au système centralisé d'exploitation. Toutes modifications seront communiquées de la même manière.

9. — Le Gouvernement polonais établira la liste des marchandises à importer de la Haute Silésie polonaise en franchise de douane, conformément aux dispositions de l'article 268 b) du Traité de Paix de Versailles.

tistischen Reichsamts in Berlin allmonatlich ein Verzeichnis der in dem abgelaufenen Kalendermonat erteilten Ursprungszeugnisse mitteilen.

(3) Die polnische Regierung wird der deutschen Regierung alsbald die mit der Ausstellung des Ursprungszeugnisses betrauten Stellen mitteilen, sowie angeben, mit welchen Ordnungsbuchstaben neben der laufenden Nummer dieser Stellen die Ursprungszeugnisse versehen werden. Die polnische Regierung wird ferner die Namen der mit der Vollziehung der Ursprungszeugnisse betrauten Personen sowie die Nachbildungen ihrer Unterschriften und der Stempelabdrücke mitteilen.

(4) Die Ursprungszeugnisse werden polnischerseits zunächst nur solchen Firmen erteilt, die bereits in den Jahren 1911 bis 1913 entsprechende Waren nach Deutschland versandt haben.

(5) Die polnische Regierung wird mit Strafe, insbesondere mit der Verweigerung von weiteren Ursprungszeugnissen bedrohen: die Abgabe falscher Erklärungen zur unrechtmäßigen Erlangung von Ursprungszeugnissen, die Übertragung, unrechtmäßige Benutzung und fälschliche Anfertigung von Ursprungszeugnissen sowie die Verschlüpfung und Benutzung falscher oder verschönter Ursprungszeugnisse.

(6) Waren, deren Einfuhr nach Deutschland nicht verboten ist, werden von den deutschen Zollbehörden auf Grund der gemäß Absatz 3 ausgestellten Ursprungszeugnisse ohne besondere Einfuhrbewilligung zollfrei eingelassen.

(7) Soweit die Einfuhr von Waren der hier in Rede stehenden Art nach Deutschland verboten ist, wird die Abteilung für Handel und Industrie der Wojewodschaft Schlesien die Ursprungszeugnisse dem Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Oppeln übersenden. Dieser wird die Ursprungszeugnisse entsprechend den Vereinbarungen über die Erteilung von Einfuhrbewilligungen (Absatz 1)¹⁾ behandeln und sie binnen achtundvierzig Stunden nach Empfang zur Verfügung halten.

(8) Der deutsche Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung wird der polnischen Regierung rechtzeitig vor dem Übergange der Staatshoheit mitteilen, welche Waren der polnischen Freiliste Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer monopolähnlichen Einrichtung bilden oder der Zentralbewirtschaftung unterworfen sind. Veränderungen werden in gleicher Weise bekanntgegeben werden.

(9) Die polnische Regierung wird die Freiliste der aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes zollfrei einzuführenden Waren gemäß den Bestimmungen im Artikel 268 b des Friedensvertrags von Versailles aufstellen.

¹⁾ Diese Verweisung beruht auf einem Redaktionsverssehen; gemeint ist Artikel 234.

Chapitre III

Compétence de la Commission mixte

Article 237

1. — La Commission mixte est compétente pour trancher les contestations d'ordre général et spécial qui s'élèveraient entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement allemand au sujet de l'interprétation ou de l'application des chapitres I et II du présent titre, y compris l'annexe A. Sont toutefois exceptées les contestations résultant des articles 231 et 233.

2. — En tant que les Parties contractantes se sont réservé, en vertu des dispositions des chapitres I et II du présent titre, l'autonomie au sujet de la législation douanière, y compris le tarif douanier, la validité de cette législation ne fera pas l'objet d'un examen par la Commission mixte. Il en est de même en ce qui concerne l'application de cette législation, à moins qu'il ne soit allégué qu'elle est appliquée de façon abusive. De même, dans le cas de l'article 223, alinéa 2, phrase 2, l'examen ne doit porter que sur l'application abusive des dispositions.

Chapitre IV

Zone-frontière spéciale

Première section

Dispositions Générales

Article 238

Il sera formé une zone-frontière spéciale, à régime économique particulier, s'étendant sur une largeur de cinq kilomètres de chaque côté de la frontière.

Article 239

Les habitants de cette zone-frontière spéciale jouiront, conformément aux dispositions ci-après, de facilités particulières pour le passage de la frontière.

Deuxième section

Agriculture et sylviculture

Article 240

1. — Les propriétaires de fonds agricoles ou forestiers situés dans la zone-frontière spéciale, dont l'habitation ou les installations d'exploitation agricole sont séparées par la frontière des terrains d'exploitation agricole ou forestière y appartenant, que ces fonds soient ou non d'un seul tenant, sont admis à:

- a) transporter en franchise de douane par delà la frontière les engrains, semences ou plants servant au reboisement, et les appareils agricoles (ceux-ci avec obligation de retour) nécessaires à l'exploitation rationnelle de leurs fonds;

Kapitel 3

Zuständigkeit der Gemischten Kommission

Artikel 237

(1) Die Gemischte Kommission ist zuständig für allgemeine und besondere Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung der Kapitel 1 und 2 dieses Titels einschließlich der Anlage A. Ausgenommen sind die Streitigkeiten aus den Artikeln 231 und 233.

(2) Soweit die vertragsschließenden Teile sich in den Kapiteln 1 und 2 dieses Titels wegen ihrer Zollgesetzgebung nebst den dazu gehörigen Zolltarifen Autonomie vorbehalten haben, unterliegt die Gültigkeit dieser Gesetzgebung nicht der Nachprüfung durch die Gemischte Kommission. Dasselbe gilt für die Anwendung dieser Gesetzgebung, soweit nicht eine missbräuchliche Anwendung behauptet wird. Ebenso darf im Falle des Artikels 223 Abs. 2 Satz 2 sich die Prüfung nur darauf erstrecken, ob eine missbräuchliche Anwendung dieser Bestimmung vorliegt.

Kapitel 4

Grenzwirtschaftsbezirk

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 238

Es wird ein besonderer engerer Grenzwirtschaftsbezirk gebildet, der sich in einer Breite von fünf Kilometern von jeder Seite der Grenze an gerechnet erstreckt.

Artikel 239

Die Bewohner dieses Grenzwirtschaftsbezirkes genießen innerhalb dieses Bezirkes besondere Erleichterungen beim Überschreiten der Grenze entsprechend den nachstehenden Bestimmungen.

Abschnitt 2

Land- und Forstwirtschaft

Artikel 240

(1) Eigentümer von innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes gelegenen landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Wohnstätte oder landwirtschaftliche Betriebsstätte durch die Grenze von den dazu gehörigen land- oder forstwirtschaftlichen Nutzungsflächen getrennt ist, sollen, gleichviel ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen diesen besteht oder nicht besteht, berechtigt sein,

a) zum Zwecke der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung ihrer Grundstücke Düngemittel, Saatgut (Forstpflanzen), landwirtschaftliche Geräte, diese gegen die Verpflichtung der Wiederausfuhr, zollfrei über die Grenze zu bringen,

- b) faire passer en franchise de douane la frontière aux récoltes ou aux produits de leurs fonds. Toutefois, en ce qui concerne les forêts, ils ne jouiront de la franchise que dans la mesure où les produits en question sont destinés à être utilisés dans leur propre exploitation ;
- c) faire passer en franchise de douane la frontière à leur bétail pour le mettre temporairement en pâture de l'autre côté et l'y traire, et le ramener en franchise de douane, ainsi que le lait trait ou les petits nés de l'autre côté de la frontière ;
- d) conduire en franchise de douane de l'autre côté de la frontière leurs animaux pour les faire temporairement soigner par un vétérinaire, saillir, châtrer, etc.

2. — Les propriétaires seront admis à emporter avec eux en franchise, au delà de la frontière, des provisions de bouche pour un jour, jusqu'à concurrence d'un kilogramme. Ces provisions pourront comprendre au maximum 250 grammes de viande, lard ou graisse, mais pas de beurre. Il ne leur sera pas permis d'emporter des boissons alcooliques ni du lait. Ne seront considérées comme provisions de bouche que des aliments préparés, et non les denrées servant à leur préparation.

3. — Les animaux de trait et les véhicules de toute espèce qui servent à une exploitation rationnelle, jouiront également, sous condition de retour, de la franchise de douane.

Article 241

La franchise de douane visée à l'article 240 comporte l'exemption des droits d'entrée et de sortie ainsi que de toutes autres taxes ou redevances, et de plus une exception à l'application des prohibitions d'importation ou d'exportation qui pourraient exister. En outre, dans le cas où les produits de l'exploitation agricole ou forestière seraient soumis dans un des deux pays au système centralisé d'exploitation, les restrictions que ce système comporte ne seront pas appliquées.

Article 242

1. — Seules jouiront des avantages prévus ci-dessus, les personnes établies avant le 1^{er} janvier 1922 dans la zone-frontière spéciale. Les acquisitions nouvelles faites après cette date ne donnent pas droit, *ipso facto*, au bénéfice de ces avantages ; toutefois l'acquisition par héritage, ou le rattachement par bail à ferme de nouvelles terres à des terres déjà exploitées de l'autre côté de la frontière, ne seront pas considérés, à ce point de vue, comme des acquisitions nouvelles.

2. — Seront traitées sur le même pied que les propriétaires de fonds agricoles ou forestiers, les personnes qui ont droit à l'usage de ces fonds ainsi que celles qui travaillent à leur exploitation.

Article 243

Le passage de la frontière s'effectuera, si possible, aux endroits ordinaires où s'exerce le contrôle douanier. Toutefois, pour éviter les détours,

b) die Ernte oder das Nutzungsergebnis der land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke zollfrei über die Grenze zu bringen. Bei forstwirtschaftlichen Grundstücken sollen sie jedoch Zollfreiheit nur insofern genießen, als das Nutzungsergebnis für den Verbrauch in der eigenen Wirtschaft bestimmt ist.

c) ihr Vieh zollfrei auf die auf der anderen Seite gelegenen Grundstücke vorübergehend zur Weide zu bringen, dort zu messen, mit der gewonnenen Milch und dem etwa geborenen Zuwachs zollfrei zurückzubringen,

d) ihr Vieh vorübergehend zum Zwecke der tierärztlichen Behandlung, des Belegens, Schneidens usw. zollfrei auf die andere Seite der Grenze zu bringen.

(2) Den Eigentümern soll gestattet sein, beim Überschreiten der Grenze einen Tagesmundvorrat im Höchstgewicht vor einem Kilogramm zollfrei mit sich hinübergunehmen. Der Tagesmundvorrat soll jedoch höchstens zweihunderfünzig Gramm Fleisch, Speck oder Fett, aber keine Butter umfassen. Die Menge von geistigen Getränken und von Milch ist nicht zulässig. Als Mundvorrat werden nur zubereitete Nahrungsmittel, nicht aber Rohstoffe, die zu ihrer Herstellung dienen, angesehen.

(3) Die für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung verwendeten Zugtiere und Fahrzeuge aller Art sollen ebenfalls Zollfreiheit gegen die Verpflichtung zur Wiederausfuhr genießen.

Artikel 241

Die in Artikel 240 vorgesehene Zollfreiheit umfasst die Freiheit von Aus- und Einfuhrzöllen sowie von sämtlichen Gebühren und sonstigen Abgaben; außerdem soll von der Anwendung bestehender Aus- und Einfuhrverbote abgesehen werden. Überdies sollen, falls das Ergebnis der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung in einem der beiden Länder der Zwangsbewirtschaftung unterliegt, die damit verbundenen Einschränkungen nicht angewendet werden.

Artikel 242

(1) Nur die innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirks vor dem 1. Januar 1922 ansässigen Personen genießen die oben vorgeesehenen Erleichterungen. Neuerwerbungen nach diesem Zeitpunkt berechtigen an sich nicht zum Genuss dieser Vergünstigungen; jedoch sollen Erwerb im Erbgang sowie Zupachtung zu bereits jenseits der Grenze belegenen Grundstücken nicht als Neuerwerb angesehen werden.

(2) Wie die Eigentümer land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke werden auch andere zur Nutzung von derartigen Grundstücken Berechtigte sowie die in ihrer Wirtschaft beschäftigten Personen behandelt.

Artikel 243

Der Grenzübergang soll, wenn möglich, an den regelmäßigen, für den Zollverkehr geöffneten Übergangsstellen erfolgen. Jedoch soll nach Möglichkeit

les autorités douanières locales accorderont également, dans toute la mesure du possible, libre passage à d'autres endroits.

Articles 244

1. — Les ayant droit ne pourront se prévaloir des avantages prévus ci-dessus pour les déplacements dans la zone-frontière spéciale, qu'aux périodes et moments où, conformément aux usages locaux, l'on vaque aux occupations agricoles ou forestières.

2. — La franchise douanière s'étend entre autres, sous réserve de réexportation, aux produits naturels qui doivent être mouturés, broyés, taillés, égrugés, sciés, etc. de l'autre côté de la frontière.

Article 245

Il appartiendra aux autorités douanières locales de s'entendre, en s'inspirant des besoins locaux, pour fixer des mesures appropriées, destinées à établir l'identité des animaux passant et repassant la frontière.

Troisième section

Travail manuel et métiers

Article 246

Les artisans et les travailleurs manuels habitant la zone-frontière spéciale pourront vaquer à leurs occupations professionnelles dans toute cette zone et emporter avec eux, en franchise de douane, les instruments nécessaires à leur travail, à condition de les rapporter après achèvement de l'ouvrage. Ils pourront également prendre avec eux les quantités de nourriture quotidienne fixées à l'alinéa 2 de l'article 240 et à l'article 249. Ils pourront, en outre, emporter avec eux, en franchise de douane, une quantité limitée de matériel nécessaire pour exécuter des réparations, ainsi que des objets ou fragments d'objets à réparer ou déjà réparés, provenant de l'autre partie de la zone-frontière spéciale, à condition, toutefois, de les y rapporter s'il y a lieu. La quantité de matériel emporté ne devra pas être disproportionnée aux possibilités de travail d'artisans et de travailleurs manuels. Ce matériel ne devra pas servir à la construction de nouvelles installations.

Quatrième section

Professions libérales, etc.

Article 247

1. — Les personnes exerçant des professions libérales (médecins, sages-femmes, ecclésiastiques, professeurs, instituteurs, arpenteurs, géomètres, topographes des mines, avocats, etc.), jouiront, *mutatis mutandis*, des avantages prévus à l'article 246.

2. — Les habitants de la zone-frontière spéciale pourront prendre avec eux en franchise de douane les objets nécessaires à la pratique de leur religion, pour la Sainte-Cène, la communion, la confirmation, la première communion et l'extrême-onction, tels que calices, ciboires, livres, ban-

zur Vermeidung von Umläufen der freie Übergang an anderen Stellen durch die örtlichen Zollbehörden gestattet werden.

Artikel 244

(1) Die berechtigten Personen genießen die im vorstehenden geregelten Vergünstigungen nur für den Grenzübergang in dem Grenzwirtschaftsbezirke innerhalb der für die land- oder forstwirtschaftliche Tätigkeit ortüblichen Zeiten.

(2) Die Vergünstigung umfasst auch das zollfreie Vermahlen, Stampfen, Schneiden, Schrotzen, Sägen usw. der gewonnenen Bodenerzeugnisse im Gebiete des anderen Teiles unter der Bedingung der Wiederausfuhr.

Artikel 245

Es wird den örtlichen Zollstellen anheimgegeben, zur Feststellung der Identität der aus- und wieder eingeführten Tiere je nach dem örtlichen Bedürfnis entsprechende Vorschriften zu vereinbaren.

Abschnitt 3

Handwerk und Gewerbe

Artikel 246

Handwerker und Gewerbetreibende, die innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes wohnen, sollen berechtigt sein, im anderen Staate innerhalb dieses Grenzwirtschaftsbezirkes ihre berufliche Tätigkeit auszuüben und dabei das erforderliche Handwerk- und Betriebsgerät zollfrei unter der Bedingung der Wiederausfuhr nach Beendigung der Arbeit mit sich zu führen. Ebenso soll ihnen gestattet sein, den täglichen Mundvorrat in dem im Artikel 240 Abs. 2 und im Artikel 249 festgesetzten Umfang zollfrei mit sich zu nehmen. Ferner sollen sie in beschränktem Umfang zur Bornahme von Ausbefferungen, Material oder aus dem Grenzwirtschaftsbezirke des anderen Teiles stammende, auszubessernde oder ausgebesserte Gegenstände oder Teile davon zollfrei, gegebenenfalls unter der Bedingung der Wiederausfuhr, mit sich führen dürfen. Die Mitnahme von Material soll nicht den Rahmen eines kleinen gewerblichen oder Handwerksbetriebes übersteigen. Das Material darf nicht zur Herstellung von Neuanlagen dienen.

Abschnitt 4

Freie Berufe usw.

Artikel 247

(1) Personen, welche einen freien Beruf ausüben (Ärzte, Hebammen, Geistliche, Lehrer, Feldmesser, Landmesser, Markscheider, Rechtsanwälte usw.), sollen in entsprechender Weise der im Artikel 246 aufgeführten Vorteile teilhaftig sein.

(2) Die Bewohner des Grenzwirtschaftsbezirkes können in Ausübung ihrer Religion die nötigen Gegenstände für Abendmahl, Kommunion, Firmung, Einsegnung und Letzte Ölung, wie Kelche, Ziborien, Bücher, Fahnen, Kerzen usw. zollfrei mitnehmen. Entsprechende Erleichterungen sollen auch bei Be-

nières, cierges, etc. Des facilités analogues seront accordées, en cas d'enterrements, pour le transport du corps, ainsi que pour le transport des objets employés dans de telles cérémonies, et pour l'entretien et l'ornement des tombes.

3. — Les équipes de pompiers appelées à prêter secours en cas d'incendie à l'intérieur de la zone-frontière spéciale, ne seront soumises à aucune restriction en ce qui concerne le transport des appareils dont elles ont besoin.

4. — Les associations sportives pourront emporter les articles de sport nécessaires à la pratique de leurs jeux, pourvu que leurs actes ne tombent pas sous le coup d'interdictions de police.

5. — Les propriétaires de baraques foraines et d'autres installations analogues (chevaux de bois, etc.) seront autorisés, dans la zone-frontière spéciale, à emporter avec eux les objets nécessaires à l'exercice de leur métier ou profession, sans préjudice toutefois de l'autorisation de police qui pourrait être exigée pour la pratique du dit métier ou de ladite profession.

Article 248

La franchise douanière prévue aux articles 246 et 247 comporte la franchise d'entrée et de sortie et s'étend également aux moyens de transport nécessaires (automobiles, véhicules de toute espèce et animaux de trait). En outre, les prohibitions d'importation ou d'exportation en vigueur ne s'appliquent pas aux cas visés par ces articles.

Cinquième section

Ouvriers

Articles 249

1. — Les ouvriers dont l'habitation dans la zone-frontière spéciale est séparée du lieu de leur travail par la frontière, pourront en se rendant à leur travail emporter avec eux, en franchise de douane,

- a) leurs provisions de bouche pour la journée, jusqu'à concurrence du maximum fixé à l'alinea 2 de l'article 240. Les ouvriers qui restent plusieurs jours ouvrables au lieu de leur travail, pourront emporter une quantité de nourriture proportionnée au nombre de ces jours ouvrables, et même les denrées servant à la préparation de leurs aliments;
- b) leurs instruments de travail, sous condition de retour.

2. — De même, ils pourront rapporter chez eux, en franchise de douane, les appointements en nature (*Deputat*) qui leur auront été accordés par leurs employeurs.

Sixième section

Cartes de zone

Article 250

1. — Pour jouir des avantages prévus ci-dessus, il faut être en possession d'une carte de zone établie par les autorités de police du lieu de domicile et contresignée par les autorités de police du

gräbnissen für den Transport der Leiche sowie für die bei diesen Feiern verwendeten Gegenstände und für die Erhaltung und Ausschmückung von Gräbern gewährt werden.

(3) Die Feuerwehr unterliegt bei Hilfeleistungen innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes keiner Beschränkung in der Mitnahme der erforderlichen Gerät schaften.

(4) Sportvereine können unter der Voraussetzung, daß ihrer Tätigkeit polizeiliche Verbote nicht entgegenstehen, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit nötigen Sportgeräte mit sich führen.

(5) Besitzern von Schaubbuden und ähnlichen Einrichtungen (Karussells usw.) soll innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes gestattet sein, die zur Ausübung ihres Gewerbebetriebs erforderlichen Gegenstände mit sich zu führen, dies jedoch unbeschadet der etwa erforderlichen polizeilichen Erlaubnis zur Ausübung des Gewerbes.

Artikel 248

Soweit in den Artikeln 246 und 247 die Zollfreiheit vereinbart worden ist, umfaßt sie die Freiheit von Ein- und Ausfuhrzöllen und erstreckt sich auf die erforderlichen Beförderungsmittel (Fahrzeuge aller Art einschließlich der Automobile sowie Zugtiere). Außerdem soll in diesen Fällen von der Anwendung bestehender Aus- und Einführverbote abgesehen werden.

Abschnitt 5

Arbeiter

Artikel 249

(1) Arbeiter, deren Wohnung innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes durch die Grenze von der Arbeitsstätte getrennt ist, können beim Überschreiten der Grenze auf dem Wege zur Arbeitsstätte

- a) ihren Tagesmundvorrat in dem im Artikel 240 Abs. 2 vorgesehenen Höchstmaße zollfrei mit sich führen; Arbeiter, die mehrere Arbeitstage an der Betriebsstätte verbleiben, können den Mundvorrat in einem diesen Arbeitstagen entsprechenden Ausmaß zollfrei mit sich führen, und zwar auch Rohstoffe, die zur Herstellung der Nahrungsmittel dienen;
- b) ihr Arbeitsgerät unter der Verpflichtung der Wiederausfuhr zollfrei mit sich nehmen.

(2) Ebenso können sie die ihnen vom Arbeitgeber gewährten Deputate zollfrei nach Hause verbringen.

Abschnitt 6

Grenzkarte

Artikel 250

(1) Zum Genusse der oben aufgeführten Vergünstigungen ist der Besitz einer Grenzkarte erforderlich, die von der Ortspolizeibehörde des Wohnsitzes unter Gegenzzeichnung der Ortspolizeibehörde des Arbeits-

lieu de travail. Cependant, les Parties contractantes se réservent de ne pas exiger, pour certaines catégories de personnes, de contre-visa des autorités de la police locale de l'autre Etat.

2. — La carte de zone sera toujours accompagnée d'une photographie. Cette carte sera d'une couleur nettement différente de celle du permis de circulation, et devra contenir les renseignements nécessaires à l'identification de la personnalité du bénéficiaire, ainsi que l'indication des avantages auxquels elle donne droit. Si le passage de la frontière doit avoir lieu par certains endroits déterminés, il en sera fait mention sur la carte. La durée de la validité de la carte est limitée à six mois.

Article 251

La carte de zone pourra être retirée à tout moment en cas d'abus, indépendamment des poursuites auxquelles ces abus pourraient donner lieu.

Article 252

1. — Les cartes de zone ne seront délivrées que sur le vu de pièces telles que passeports, permis de circulation, etc., établissant que les requérants sont autorisés à franchir la frontière qui sépare les deux parties du territoire plébiscité.

2. — Pour autant que les avantages prévus par l'article 243 comportent pour des possesseurs de cartes de zone la faculté de franchir la frontière à des endroits autres que les endroits de passage ordinaires, ils comporteront *ipso facto* la faculté de franchir la frontière aux endroits de passage ordinaires.

3. — Si le permis de circulation est délivré en vertu de l'article 270, la faculté de franchir la frontière pourra être limitée aux endroits désignés sur la carte de zone. Cette limitation sera inscrite sur le permis de circulation.

Article 253

Les personnes qui, conformément aux articles 238 à 248, ont droit à une carte de zone et ne possèdent pas de permis de circulation, ou ne se trouvent pas dans les conditions normalement requises pour en obtenir un, pourront se prévaloir de l'article 270 pour en obtenir. Dans ces cas, les facultés que confère le permis de circulation seront limitées en règle générale à la région où le bénéficiaire exerce son activité économique et aux endroits de passage qui y correspondent.

Article 254

1. — Un permis de circulation ne pourra être refusé pour des raisons tirées de l'article 266, lit. a) et lit. b), chiffres 1, 2, 5, 6 et 7, ou de l'article 269, lit. b), à des personnes qui ont droit à une carte de zone.

2. — L'héritage d'un fonds, quoique survenant après le 1^{er} janvier 1922, sera considéré comme une des raisons d'équité visées à l'article 270.

platzes ausgestellt wird. Die vertragschließenden Teile behalten sich jedoch vor, für einen gewissen Kreis der Berechtigten von der Gegenzeichnung durch die Ortspolizeibehörde des anderen Teiles Abstand zu nehmen.

(2) Die Grenzkarte ist stets mit Lichtbild zu versehen. Sie soll sich in der Farbe von der Verkehrskarte unterscheiden, die zur Feststellung der Persönlichkeit des Inhabers erforderlichen Angaben enthalten und einen Abdruck der damit verbundenen Vergünstigungen aufweisen. Ist der Grenzübergang an bestimmte Übergangsstellen gebunden, so ist auch dies auf der Karte zu vermerken. Die Gültigkeit der Karte soll auf sechs Monate beschränkt sein.

Artikel 251

Die Grenzkarte kann im Falle eines Missbrauchs, unbeschadet der durch den Missbrauch etwa eintretenden strafrechtlichen Folgen, dem Berechtigten jederzeit entzogen werden.

Artikel 252

(1) Die Grenzkarten dürfen nur Personen erteilt werden, die auf Grund eines Ausweises (Päp, Verkehrskarte u. dgl.) zum Überstreiten der Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets berechtigt sind.

(2) Soweit die diesen Personen auf Grund ihrer Grenzkarte zustehenden Erleichterungen gemäß Artikel 243 auch für andere als die gewöhnlichen Grenzübergangsstellen gelten, erstreckt sich die Berechtigung zum Grenzübergang ohne weiteres auch auf diese Stellen.

(3) Falls die bezeichneten Personen eine Verkehrskarte auf Grund des Artikels 270 erhalten, kann die Berechtigung zum Grenzübergang auf die in der Grenzkarte freigegebenen Stellen beschränkt werden. Diese Beschränkung ist auf der Verkehrskarte zu vermerken.

Artikel 253

Personen, die gemäß Artikel 238 bis 248 eine Grenzkarte erhalten können, aber keine Verkehrskarte besitzen oder nach den allgemeinen Bestimmungen sie nicht erhalten können, können erforderlichenfalls eine solche auf Grund von Artikel 270 erhalten. In solchen Fällen sind die Befugnisse aus der Verkehrskarte in der Regel auf die für den Grenzwirtschaftsverkehr der betreffenden Personen in Betracht kommenden Gebiete zu beschränken.

Artikel 254

(1) Personen, die eine Grenzkarte erhalten können, darf die Verkehrskarte nicht aus einem im Artikel 266 Buchstabe a und b Ziffer 1, 2, 5, 6, 7 und Artikel 269 Buchstabe b aufgeführten Gründen versagt werden.

(2) Der Erwerb von Grundbesitz im Erbgang, auch wenn er nach dem 1. Januar 1922 erfolgt, wird in allen Fällen als Billigkeitsgrund im Sinne des Artikels 270 angesehen.

Article 255

Les équipes de pompiers appelées à prêter leur aide à l'intérieur de la zone-frontière spéciale auront libre passage même sans pièces d'identité. Leur retour devra avoir lieu dès que leur tâche aura été accomplie.

Article 256

Les détails d'application des articles 250 à 255 seront réglés d'un commun accord entre les Gouvernements des deux Parties contractantes ou les autorités désignées par eux à cet effet.

*Septième Section**Dispositions finales**Article 257*

Les avantages mentionnés ci-dessus pourront être restreints ou supprimés en tout temps pour des raisons de police sanitaire ou pour cause d'épidémie.

Article 258

Les Directions des Douanes des deux Etats arrêteront, s'il y a lieu, après entente préalable, les mesures d'exécution nécessaires. Elles pourront prendre les dispositions et mesures soit générales, soit particulières, requises pour empêcher l'abus des avantages convenus dans le présent chapitre. Elles pourront, entre autres, en ce qui concerne certaines catégories de ces avantages, s'entendre pour en limiter l'application à certaines routes.

Artikel 255

Feuerlöschmannschaften ist zum Zwecke der Hilfeleistung innerhalb des Grenzwirtschaftsbezirkes das Überschreiten der Grenze auch ohne Ausweis gestattet. Die Rückkehr hat alsbald nach beendeter Hilfeleistung zu erfolgen.

Artikel 256

Die näheren Bestimmungen über die Ausführung der Artikel 250 bis 255 werden von den beiden Regierungen oder den von ihnen bezeichneten Behörden im wechselseitigen Einvernehmen getroffen werden.

*Abschnitt 7**Schlussbestimmungen**Artikel 257*

Die vorstehenden Vergünstigungen können aus Gründen der Gesundheits- und Seuchenpolizei jederzeit beschränkt oder aufgehoben werden.

Artikel 258

Die Zolldirektionsbehörden der beiden Staaten werden die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, wenn nötig nach vorherigem Einvernehmen, erlassen. Sie sind auch berechtigt, allgemein und im einzelnen Fälle die Anordnungen und Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine mißbräuchliche Ausnutzung der in dieser Anlage vereinbarten Vergünstigungen zu verhindern. Insbesondere können sie für gewisse Arten von Vergünstigungen den Verkehr, so weit erforderlich, im beiderseitigen Einvernehmen auf bestimmte Wege beschränken.

Annexe A

(Article 227, paragraphe 4).

Anlage A.

Liste
des produits nécessaires à l'industrie de la
Haute Silésie polonaise

Bedarfsliste
der Industrie in Polnisch-Oberschlesien.

No	Produits	Quantités annuelles (dans la mesure où le commerce libre peut les fournir)	Observations
I. Pendant 2 ans.			
1.	Chaux vive (Ca O)	100,000 t	
2.	Dinitrophénol (C ⁶ H ³ [NO ²] OH)	100 t	Cet article ne pourra être livré qu'au cas où l'exportation de dinitrophénol, en sa qualité de produit servant à la guerre, sera permise.
3.	Fluorure de soude (Na Fl)	300 t	
4.	Bichromate de potasse (K ² Cr ² O ⁷)	75 t	
5.	Scories ammoniacales (fondues)	300 t	
6.	Déchets d'oxyde de zinc provenant de la fabrication de l'aniline	250 t	
II. Pendant 3 ans.			
Explosifs et produits chimiques, ou matières premières pour leur fabrication.			
1.	Produits finis:		
a)	Amorces	9 000,000 d'unités	
b)	Cordeaux d'amorces	2 000,000 de pièces enroulées (torches)	
c)	Fusées électriques (détonateurs)	800,000 unités	
d)	Allumeurs pour cordeaux d'amorce.	200,000 unités	
e)	Poudre noire	450 t	
f)	Explosifs à base de nitrate de potasse	1,500 t	L'approvisionnement doit être fourni directement par les fabriques qui préparent ces produits.
g)	Dynamite 45 - 60 %	360 t	
2.	Matières brutes, demi-brutes ou demi-fabriquées pour la fabrication d'explosifs.		
a)	Chlorate de potasse (K ClO ³)	1,500 t	Même observation que pour 1.f.
b)	Nitro-naphthaline (C ¹⁰ H ⁷ NO ²)	200 t	
c)	Glycérine pure (C ³ H ⁵ OH ³)	250 t	
d)	Fulmi-coton	200 t	
3.	Scories des feux d'affinerie de fer	10,000 t	
4.	Acide nitrique (HNO ³)	3,000 t	
5.	Carton ondulé et disques de carton pour les usines de fabrication d'azote	600,000 mètres carrés de carton ondulé et 150,000 disques	

Nr.	W a r e	Jahresmenge (Soweit Eindedung im freien Handel möglich ist)	Bemerkungen
I. Bezugsdauer 2 Jahre:			
1.	Gebrannter Kalf (Ca O)	100 000 t	
2.	Dinitrophenol (C ⁶ H ³ [NO ²] OH)	100 t	
3.	Fluornatrium (Na Fl) . . .	300 t	Lieferungsmöglichkeit für diesen Artikel ist nur vorhanden, wenn Dinitrophenol als Anzeigebedarf zur Ausfuhr zugelassen wird.
4.	Kaliumbichromat (K ² Cr ² O ⁷)	75 t	
5.	Salmiakkischläden (geschnitten)	300 t	
6.	Zinfolydabfälle der Anilinfabrikation	250 t	
II. Bezugsdauer 3 Jahre:			
Sprengstoffe, Chemikalien, bzw. Rohmaterialien zu ihrer Herstellung.			
1.	Fertigfabrikate:		
a)	Sprengkapseln	9 000 000 Stück	
b)	Zündschnüre	2 000 000 Ringe	
c)	Elektrische Zünden . . .	800 000 Stück	
d)	Zündschnuranzünden . .	200 000 Stück	
e)	Schwarzpulver	450 t	
f)	Ammonalspetersprengstoffe.	1 500 t	
g)	Dynamit (45 bis 60 prozentig)	360 t	Der Bezug muß unmittelbar bei den herstellenden Fabriken erfolgen.
2.	Rohstoffe bzw. Halbfabrikate für die Erzeugung von Sprengstoffen.		
a)	Kaliumchlorat (K ClO ³)	15 000 t	Wie zu 1.c.
b)	Nitronaphthalin (C ¹⁰ H ⁷ NO ²)	200 t	
c)	Reines Glycerin (C ³ H ⁵ OH ³)	250 t	
d)	Sprengbaumwolle . . .	200 t	
3.	Eisenfrischschläden	10 000 t	
4.	Salpetersäure (HNO ³) . .	3 000 t	
5.	Wellpappe und Pappschreiben für Stift. ff. werke	600 000 qm bzw. 150 000 Stück	

No	Produits	Quantités annuelles (dans la mesure où le commerce libre peut les fournir)	Observations	Nr.	W a r e	Jahresmenge (Soweit Einbedingung im freien Handel möglich ist)	Bemerkungen	
(II)	6. Lampes de mine et lampes de sûreté pour mineurs 7. Articles nécessaires aux besoins médicaux et pharmaceutiques des hôpitaux de <i>Knapp-schaften</i> et d'usines, ou des postes de secours d'installations industrielles, dans la mesure pratiquée habituellement jusqu'ici		Le permis d'exportation sera accordé. Les permis d'exportation seront accordés, mais sous réserve que le prix de ces articles correspondra au prix généralement établi pour l'exportation en Pologne. En cas d'épidémie dans le pays fournisseur officiellement constatée, la livraison des dits produits pourra être restreinte.	II.	6. Grubenlampen bzw. Grubensicherheitslampen 7. Der medizinische und pharmazeutische Bedarf der Werkspitäler und Knapp-schaftslazarette und Rettungsstationen der industriellen Anlagen im bisherigen Umfang	— —	Ausfuhrbewilligung wird zugesagt.	
III.	Pendant 5 ans.			III.	Bezugsdauer 5 Jahre: 1. Flußspat (CA Fl ²) ... 2. Quarz (quartzspath) ... 3. Schiste quartzeux ... 4. Quartzite concassée ... 5. Quartz pulvérisé ... 6. Baryte (BA SO ⁴) ... 7. Sable à mouler ... 8. Magnésite ... 9. Ferro-manganèse ... 10. Ferro-silicium ... 11. Fonte blanche miroitante (<i>Spiegeleisen</i>) 12. Aluminium (Al) ... 13. Ammoniaque liquide et anhydre (NH ³) 14. Brai pour fabrication de briquettes 15. Electrodes ... 16. Ringards ... 17. Barils Mauser ...	600 t 3,000 t 3,000 t 7,000 t 120 t 4,000 t 5,000 t 800 t 12,000 t 2,000 t 12,000 t 5 t. 3 t. 15,000 t 5,000 t 150,000 unités 2,000 unités	600 t 3 000 t 3 000 t 7 000 t 120 t 4 000 t 5 000 t 800 t 12 000 t 2 000 t 12 000 t 5 t 3 t 15 000 t 5 000 t 150 000 Stück 2 000 Stück	Ausfuhrbewilligungen werden erteilt, jedoch mit der Maßgabe, daß die Preise den für die Ausfuhr nach Polen allgemein festgesetzten Preisen entsprechen. Im Falle amtlich festgestellter Erhöhung im Lieferungslande kann die Lieferung der genannten Artikel eingeschränkt werden.
IV.	Pendant 15 ans.		Le permis d'exportation sera accordé. Même observation.	IV.	Bezugsdauer 15 Jahre: 1. Erzeugnisse der feuerfesten Industrie für berg-, hüttemännische und chemische Industrie 2. Maschinen, Apparate jeder Art, Ersatzteile derselben sowie dazugehörige technische Bedarfsartikel für alle bestehenden industriellen Anlagen sowie deren Laboratorien, soweit diese Anlagen ihre Maschinen, Apparate bzw. Laboratoriumseinrichtungen aus Deutschland bezogen haben	— —	Ausfuhrbewilligung wird zugesagt. Desgl.	

Annexe B

(Article 236).

Anlage B.

Modèle de Certificat d'origine

Certificat d'origine N°

Le {
La {
L' {

après avoir vérifié et reconnu exactes les déclarations de la maison.

(nom et adresse de l'expéditeur)

à certifie par la présente que les marchandises désignées ci-après, expédiées à la maison (nom et adresse du destinataire)

à sont des produits du territoire de Haute Silésie cédé à la Pologne ou y ont été fabriquées.

Nombre de colis et nature de l'emballage	Marques et numéros	Poids brut en kilogrammes	Poids net en kilogrammes	Contenu

..... le 19

P. O.

Vu

le 19 (N°) P. O.

N. B. Le certificat d'origine n'est pas cessible; sa validité n'est que de trois mois à partir de la date à laquelle il a été établi, sans pouvoir dépasser la fin de l'année contingente courante.

Toute fausse déclaration faite dans le but d'obtenir un certificat d'origine, ainsi que tout emploi abusif d'un certificat d'origine, sont punissables, conformément à, et entraînent en particulier la privation temporaire ou définitive du droit d'importer en franchise en Allemagne.

Ursprungszeugnis Nr.

Die

bescheinigt hiermit auf Grund der nachgeprüften und als richtig erkannten Erklärung der Firma:
(Absender)

in

dass die nachbezeichneten, für die Firma

(Empfänger)

versandten Waren in dem an Polen abgetretenen Gebiete von Oberschlesien erzeugt oder hergestellt sind.

Stückzahl und Art der Verpackung	Zeichen und Nummern	Brutto- gewicht in Kilogramm	Netto- gewicht in Kilogramm	Inhalt

....., den 1922.

Im Auftrage.

Gefehlen!

am 1922 (Nr.)

Im Auftrage

Ummerkung: Dieses Ursprungszeugnis ist nicht übertragbar; es gilt nur für die Dauer von 3 Monaten nach Ausstellung, längstens jedoch bis zum Schluss des laufenden Kontingentsjahres.

Jede unrichtige Erklärung zwecks Erlangung eines Ursprungszeugnisses sowie jede missbräuchliche Benutzung des Ursprungszeugnisses ist strafbar gemäß und hat insbesondere den zeitweiligen oder gänzlichen Ausschluss von der zollfreien Einfuhr nach Deutschland zur Folge.

Titre II Permis de circulation

Article 259

Afin de faciliter la circulation dans le territoire plébiscité, les Parties contractantes conviennent d'instituer, pour une période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, un régime de permis de circulation à titre de pièces de légitimation spéciales.

Chapitre premier Droit aux permis

Article 260

§ 1

1. — Il sera délivré un permis de circulation à toute personne qui aura, au moins depuis le 1^{er} janvier 1921, habité sans interruption

- a) le territoire plébiscité où se trouve le centre de ses relations personnelles ;
 - b) l'une des deux parties du territoire plébiscité tout en exerçant dans l'autre partie une occupation régulière ou professionnelle non contraire à la loi et aux bonnes mœurs, ou aura commencé à exercer une telle occupation avant le 1^{er} janvier 1927.
2. — Ne sont pas considérés comme interrompant l'habitation :
- a) les déménagements de l'une des parties du territoire plébiscité dans l'autre ;
 - b) les absences passagères, même s'il y a abandon du logement, lorsque, dans les cas prévus sous a), le centre des relations personnelles reste dans le territoire plébiscité, ou lorsque dans les cas prévus sous b), il n'aura pas été apporté de changement aux rapports qui servent de base à l'occupation régulière ou professionnelle ou aux rapports contractuels entre l'employeur et l'employé.

§ 2

Seront considérées comme l'exercice d'une occupation régulière ou professionnelle au sens du paragraphe 1, lit. b) du présent article, dans le cas de personnes âgées de moins de vingt-cinq ans révolus : la préparation à une profession, la participation à une instruction religieuse préparatoire à la première communion ou à la confirmation, ainsi que la fréquentation d'une école, pourvu que cette fréquentation soit licite dans l'Etat où l'élève habite; dans tous ces cas, il n'est pas nécessaire que l'occupation ait commencé avant le 1^{er} janvier 1927.

Article 261

Seront traités comme les personnes spécifiées au paragraphe 1, lit. a) de l'article 260 :

- a) pendant toute la durée du mariage, l'épouse vivant sous le toit conjugal, si elle ne remplit

Titel II Verkehrskarten

Artikel 259

Um den Verkehr innerhalb des Abstimmungsgebietes zu erleichtern, kommen die vertraglichliegenden Teile dahin überein, für einen Zeitraum von 15 Jahren, von Tage des Überganges der Staatshoheit ab gerechnet, als besondere Ausweise »Verkehrskarten« einzuführen.

Kapitel I Kreis der Berechtigten

Artikel 260

§ 1

(1) Eine Verkehrskarte erhalten alle Personen, die seit spätestens dem 1. Januar 1921 ununterbrochen

- a) im Abstimmungsgebiete wohnen und dort den Mittelpunkt ihrer persönlichen Beziehungen haben oder
- b) in dem einen Teile des Abstimmungsgebiets wohnen und in dem anderen Teile eine Recht und guten Sitten nicht zuwiderlaufende regelmäßige oder berufliche Tätigkeit ausüben oder eine solche vor dem 1. Januar 1927 aufnehmen.

(2) Als Unterbrechung des Wohnens gilt nicht:

- a) eine Verlegung der Wohnung aus dem einen in den anderen Teil des Abstimmungsgebiets,
- b) eine vorübergehende Abwesenheit auch bei Aufgabe der Wohnung, wenn im Falle des Absatz 1, Buchstabe a der Mittelpunkt der persönlichen Beziehungen innerhalb des Abstimmungsgebiets verbleibt, oder wenn im Falle des Absatz 1, Buchstabe b die Beziehungen, welche die Grundlage der regelmäßigen oder beruflichen Tätigkeit bilden, fortduern, oder wenn das Vertragsverhältnis zum Arbeitgeber fortduert.

§ 2

Bei Personen bis zum vollendeten 25. Lebensjahr wird der beruflichen Tätigkeit im Sinne des § 1 Absatz 1, Buchstabe b dieses Artikels die Ausbildung zu einem Berufe, die Teilnahme am Beicht- und Konfirmandenunterricht sowie der Schulbesuch gleichgestellt, soweit diesem Schulbesuch nach den allgemeinen Bestimmungen des Staates, in dem der Schüler wohnt, nichts entgegensteht; in allen diesen Fällen ist es nicht erforderlich, daß die Tätigkeit vor dem 1. Januar 1927 aufgenommen wird.

Artikel 261

Den im Artikel 260 § 1 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Personen werden gleichgestellt:

- a) die mit ihnen in gemeinschaftlichem Haushalt lebenden Ehefrauen während der Dauer der Ehe,

pas les conditions requises pour l'obtention personnelle d'un permis de circulation ;

- b) les enfants nés après le 1^{er} janvier 1921;
- c) les fils ou filles jusqu'à l'âge de vingt-cinq ans révolus qui, bien que n'habitant pas le territoire plébiscité le 1^{er} janvier 1921, y auront eu néanmoins à cette époque le centre de leurs relations personnelles, s'ils réintègrent à demeure le foyer paternel avant le 1^{er} janvier 1923.

Article 262

1. — Au lieu de recevoir individuellement un permis, les enfants jusqu'à l'âge de six ans révolus, remplissant les conditions requises par les articles 260 ou 261, lit. b), ou 261, lit. c), seront inscrits sur le permis de circulation de personnes adultes comme les accompagnant.

2. — Les enfants de six à quinze ans révolus, remplissant les mêmes conditions, seront soit inscrits sur le permis de circulation de personnes adultes comme les accompagnant, soit munis d'un permis individuel.

3. — Pour les enfants jusqu'à l'âge de quinze ans révolus, fréquentant une école ou recevant l'instruction religieuse préparatoire à la première communion ou à la confirmation de l'autre côté de la frontière, le permis de circulation pourra être remplacé par une attestation de fréquentation scolaire délivrée par le directeur de l'école, ou par une attestation de participation à l'instruction religieuse spécifiée ci-dessus, délivrée par l'ecclésiastique. Ces attestations devront porter le nom, le prénom, l'âge, le lieu de résidence ainsi que l'adresse de l'enfant, et devront avoir été légalisées par les autorités de la police locale du district où l'enfant réside.

Article 263

Il ne sera pas délivré de permis de circulation

- a) aux militaires, pendant la durée de leur service ;
- b) aux agents de police de l'Etat ou des communes, sauf exceptions stipulées par accords spéciaux entre les deux Gouvernements.

Article 264

Il ne sera pas délivré de permis de circulation aux personnes qui, au cours des cinq années qui précèdent, auront été condamnées

- a) à une peine de réclusion ou à une peine correspondante d'au moins une année, d'une autre législation ; ou bien, dans le cas de mineurs dont la responsabilité pénale est limitée en raison de leur âge, à une peine privative de liberté dépassant une année et tenant lieu de réclusion ;
- b) à une autre peine privative de liberté d'au moins une année prononcée à raison d'infractions dont le contenu correspond à celui prévu par les lois pénales allemandes énumérées ci-dessous ou par les lois pénales de contenu correspondant d'un autre Etat, ou par les lois pénales allemandes ou polonaises qui, dans l'avenir, remplaceront les dispositions énumérées ci-dessous :

wenn die Voraussetzungen für die selbständige Erlangung der Verkehrskarte bei ihnen nicht vorliegen,

- b) die nach dem 1. Januar 1921 geborenen Kinder,
- c) die Kinder bis vollendetem 25. Lebensjahr, die am 1. Januar 1921 zwar nicht im Abstimmungsgebiete gewohnt, dort aber den Mittelpunkt ihrer persönlichen Beziehungen gehabt haben, wenn sie vor dem 1. Januar 1923 in den Haushalt ihrer Eltern zu nicht bloß vorübergehendem Aufenthalte zurückkehren.

Artikel 262

(1) Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr, bei denen die Voraussetzungen des Artikel 260 oder Artikel 261 Buchstabe b oder Buchstabe c vorliegen, werden als Begleiter erwachsener Personen in deren Verkehrskarte eingetragen.

(2) Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, bei denen die gleichen Voraussetzungen vorliegen, werden entweder als Begleiter erwachsener Personen in deren Verkehrskarte eingetragen oder erhalten eine eigene Verkehrskarte.

(3) Für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, die jenseits der Grenze eine Schule besuchen oder am Beicht- oder Konfirmandenunterricht teilnehmen, kann die Verkehrskarte durch eine Bescheinigung des Schulleiters über den Schulbesuch oder des Geistlichen über die Teilnahme an dem bezeichneten Unterricht ersetzt werden. Diese Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter und Wohnort nebst Anschrift des Kindes enthalten und von der Ortspolizeibehörde bestätigt werden, in deren Bezirke das Kind wohnt.

Artikel 263

Keine Verkehrskarte erhalten:

- a) Militärpersonen für die Dauer ihres Militärdienstes,
- b) Exekutivbeamte der Staats- und Gemeindepolizei, soweit nicht Ausnahmen durch besondere Vereinbarungen zwischen den Regierungen zugelassen werden.

Artikel 264

Keine Verkehrskarte erhalten Personen, die innerhalb der letzten fünf Jahre verurteilt worden sind:

- a) zu einer Zuchthausstrafe oder einer dieser gleichstehenden, mindestens einjährigen Strafe anderen Rechtes oder, wenn es sich um jugendliche, beschränkt straffähige Personen handelt, zu einer an die Stelle der Zuchthausstrafe tretenden Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre,
- b) zu einer anderen Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahre wegen einer strafbaren Handlung, die den Tatbestand folgender deutscher Strafgesetze oder inhaltsgleicher Strafgesetze anderer Staaten oder solcher deutscher oder polnischer Strafgesetze erfüllt, die in Zukunft an die Stelle der bezeichneten deutschen Strafgesetze treten:

- 1^o paragraphes 80 à 119 du Code pénal allemand, au cas où l'infraction aura été commise après que les Parties contractantes auront assumé l'administration du territoire plébiscité ;
- 2^o paragraphes 146 et 147 du Code pénal allemand — fausse monnaie ;
- 3^o paragraphes 176, 177, 180, 181, 181a du Code pénal allemand — attentats aux mœurs ;
- 4^o paragraphes 243 et 244 du Code pénal allemand — vol qualifié et vol commis en récidive ;
- 5^o paragraphes 249, 250, 252, 255 du Code pénal allemand — vol à main armée ou avec effraction et extorsion ;
- 6^o paragraphe 261 du Code pénal allemand — recel commis en récidive ;
- 7^o paragraphes 264 et 265 du Code pénal allemand — escroquerie commise en récidive, fraude d'assurance ;
- 8^o paragraphe 268 du Code pénal allemand — faux grave en écritures ;
- 9^o paragraphes 308, 311 et 321 du Code pénal allemand — crimes et délits constituant un danger public : incendie, destruction d'appareils de sûreté, de constructions ou d'exploitations d'intérêt capital ;
- 10^o paragraphes 239 à 242 et 244 de la loi allemande sur les faillites du 1^o février 1877 — banqueroute ;
- 11^o paragraphe 48 de la loi sur l'émigration du 9 juin 1897 — traite des femmes et des enfants ;
- c) à une peine privative de liberté pour infraction tombant sous le coup des paragraphes 141 à 148 de la loi d'Union douanière du 1^{er} juillet 1869 (*Bundesgesetzblatt*, page 317), des dispositions de contenu correspondant des lois pénales allemandes et polonaises, ou de toutes lois, soit allemandes, soit polonaises qui dans l'avenir remplaceront ces paragraphes ou dispositions.

Article 265

Il ne sera pas délivré de permis de circulation aux personnes

- a) qui auront été expulsées par une des Parties contractantes ;
- b) qui auront été privées de la jouissance de leurs droits civiques ou de certains de ces droits ;
- c) qui sont placées sous la surveillance de la police ou sous le contrôle de la police des mœurs.

Article 266

1. — Les autorités peuvent refuser la délivrance d'un permis de circulation à toute personne habitant leur circonscription qui, au cours des cinq années qui précèdent, aura été condamnée

- a) à raison d'une des infractions spécifiées à l'article 6, lit. b), quelle que soit la peine ;

1. §§ 80 bis 119 des Reichsstrafgesetzbuchs, so weit die strafbaren Handlungen begangen sind nach der Übernahme der Verwaltung des Abstimmungsgebiets durch die vertragsschließenden Teile;
2. §§ 146, 147 des Reichsstrafgesetzbuchs — Münzverbrechen ;
3. §§ 176, 177, 180, 181, 181a des Reichsstrafgesetzbuchs — Sittslichkeitsverbrechen ;
4. §§ 243, 244 des Reichsstrafgesetzbuchs — schwerer Diebstahl und Diebstahl im Rückfalle ;
5. §§ 249, 250, 252, 255 des Reichsstrafgesetzbuchs — Raub und Erpressung ;
6. § 261 des Reichsstrafgesetzbuchs — Hohlerei im Rückfalle ;
7. §§ 264, 265 des Reichsstrafgesetzbuchs — Betrug im Rückfalle, Versicherungsbetrug ;
8. § 268 des Reichsstrafgesetzbuchs — schwere Urkundenfälschung ;
9. §§ 308, 311, 321 des Reichsstrafgesetzbuchs — gemeingefährliche Verbrechen der Brandstiftung, Zerstörung von lebenswichtigen Bauten, Betrieben oder Sicherheitsvorrichtungen ;
10. §§ 239 bis 242, § 244 der Reichskonkurrenzordnung vom 10. Februar 1877 — Bankerott ;
11. § 48 des Gesetzes über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 — Mädchen- und Kinderhandel ;
- c) zu einer Freiheitsstrafe wegen einer strafbaren Handlung, die den Tatbestand der §§ 141 bis 148 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 (*Bundesgesetzblatt* Seite 317), inhaltsgleicher deutscher oder polnischer Strafgesetze oder solcher deutschen oder polnischen Strafgesetze erfüllt, die in Zukunft an die Stelle der bezeichneten Bestimmungen treten.

Article 265

Keine Verkehrskarten erhalten Personen, die

- a) von einem der vertragsschließenden Teile ausgewiesen worden sind,
- b) die bürgerlichen Ehrenrechte oder einzelne Ehrenrechte nicht besitzen,
- c) unter Polizeiaufsicht oder sittenpolizeilicher Kontrolle stehen.

Article 266

(1) Versagt werden kann die Verkehrskarte den im Bezirke der Behörde wohnenden Personen, die innerhalb der letzten fünf Jahre verurteilt worden sind :

- a) wegen der im Artikel 264 Buchstabe b näher bezeichneten strafbaren Handlungen, ohne Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe,

b) à raison d'une des infractions tombant sous le coup des lois pénales allemandes énumérées ci-dessous, ou des lois pénales de contenu correspondant d'un autre Etat, ou des lois pénales, soit allemandes, soit polonaises, qui dans l'avenir remplaceront les dispositions enumérées ci-dessous :

- 1^o paragraphes 174, 179, 184, 184a du Code pénal allemand — attentats contre les mœurs ;
- 2^o paragraphe 253 du Code pénal allemand — extorsion ;
- 3^o paragraphes 258, 259 du Code pénal allemand — recel de criminels et d'objets ;
- 4^o paragraphe 294 du Code pénal allemand — braconnage professionnel ;
- 5^o paragraphes 317, 318a du Code pénal allemand — détérioration d'installations du service des postes ;
- 6^o paragraphes 1, 5 de l'ordonnance sur l'accaparement du 8 mai 1918 (*Reichsgesetzblatt*, page 395) ;
- 7^o paragraphes 1, 3 de l'article II de l'ordonnance du 27 novembre 1919 sur l'organisation judiciaire en matière d'usure (*Reichsgesetzblatt*, page 1909) — commerce clandestin, exportation illicite d'articles de première nécessité.

2. — Dans les cas énoncés aux numéros 6 et 7, le permis ne peut être refusé que si la peine privative de liberté est d'au moins une année.

Article 267

Les autorités peuvent refuser la délivrance d'un permis de circulation à toute personne habitant leur circonscription qui

- a) est soumise à un régime d'assistance ou d'éducation forcée (*Fürsorge oder Zwangserziehung*) ;
- b) doit être considérée comme prostituée, mendiant, vagabond ou bohémien ;
- c) a contrevenu aux prescriptions sur les douanes, l'exportation ou l'importation ;
- d) a contrevenu d'une manière grave aux prescriptions édictées pour combattre les épidémies ou les épizooties.

Article 268

Les autorités peuvent refuser la délivrance d'un permis de circulation à toute personne habitant leur circonscription qui,

- a) pour obtenir ou procurer un permis de circulation, aura, soit sciemment fait de fausses déclarations ou produit des pièces justificatives ou d'identité fausses ou trompeuses, soit sciemment sait usage de documents obtenus ou procurés au moyen de fausses déclarations ou de pièces justificatives ou d'identité fausses ou trompeuses ;
- b) aura fabriqué de faux permis ou falsifié des permis de circulation ou aura sciemment fait usage d'un permis de circulation faux ou falsifié ;

b) wegen einer strafbaren Handlung, die den Tatbestand folgender deutscher Strafgesetze oder inhaltsgleicher Strafgesetze anderer Staaten oder solcher deutschen oder polnischen Strafgesetze erfüllt, die in Zukunft an die Stelle der bezeichneten deutschen Strafgesetze treten:

1. §§ 174, 179, 184, 184a des Reichsstrafgesetzbuches — Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit;
2. § 253 des Reichsstrafgesetzbuches — Erpressung;
3. §§ 258, 259 des Reichsstrafgesetzbuches — Begünstigung und Hehlerei;
4. § 294 des Reichsstrafgesetzbuches — gewerbsmäßige Wilddieberei;
5. §§ 317, 318a des Reichsstrafgesetzbuches — Beleidigung von Postbetriebseinrichtungen;
6. §§ 1, 5 der Verordnung gegen die Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 395);
7. §§ 1, 3 des Artikel II der Verordnung über die Wuchergerichte vom 27. November 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1909) — Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.

(2) In den unter Ziffer 6 und 7 erwähnten Fällen darf die Verkehrskarte nur dann versagt werden, wenn die Freiheitsstrafe mindestens ein Jahr beträgt.

Artikel 267

Versagt werden kann die Verkehrskarte den im Bezirke der Behörde wohnenden Personen, die

- a) unter Fürsorge- (Zwang-) Erziehung stehen;
- b) als Dirnen, Bettler, Landstreicher oder Zigeuner anzusehen sind;
- c) gegen Zoll-, Ein- und Ausfuhrvorschriften verstossen haben;
- d) sich schwerwiegender Verstöße gegen Vorschriften zur Bekämpfung von Seuchen oder Viehseuchen schuldig gemacht haben.

Artikel 268

Versagt werden kann die Verkehrskarte den im Bezirke der Behörde wohnenden Personen, die

- a) zur Erlangung oder Verschaffung einer Verkehrskarte entweder wissentlich unwahre Angaben gemacht oder unrichtige oder irreführende Ausweise und Belege vorgelegt oder wissentlich von einer auf diese Weise erlangten oder verschafften Urkunde Gebrauch gemacht haben;
- b) eine Verkehrskarte fälschlich angefertigt oder verfälscht oder wissentlich von einer falschen oder verfälschten Verkehrskarte Gebrauch gemacht haben;

- c) se sera rendue coupable d'un usage illicite de permis de circulation ; notamment qui, profitant d'un permis de circulation, aura élué les prescriptions générales sur le régime des passeports, qui aura fait usage d'un permis de circulation délivré à une autre personne, ou bien qui aura cédé à un tiers son permis de circulation pour lui permettre de l'utiliser ;
- d) aura franchi la frontière entre les deux parties du territoire plébiscité, soit par d'autres endroits que ceux fixés à cet effet, soit sans être munie d'un permis de circulation ou de toute autre pièce d'identité requise pour le passage de la frontière ;
- e) en franchissant la frontière, aura opposé une résistance violente aux agents ou fonctionnaires en service, ou bien qui, à plusieurs reprises, se sera soustraite à leur contrôle ;
- f) aura gravement contrevenu aux règlements édictés en exécution des dispositifs du présent titre.

Article 269

Le permis de circulation peut être refusé par les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes aux personnes habitant le territoire de l'autre

- a) qui remplissent l'une des conditions prévues par les articles 266 lit. a) et b), 267 lit a) à d) et 268 lit. a) à f),
- b) qui, au cours des cinq années qui précédent, auront été condamnées à une peine privative de liberté de plus d'une année à raison d'infractions autres que celles qui sont spécifiées aux articles 266 et 267.

Article 270

Les permis de circulation pourront, pour des motifs d'équité, à prendre en considération pour chaque cas particulier, être délivrés, après accord des autorités compétentes des deux Parties contractantes, à des personnes qui n'ont pas droit à un permis de circulation, à raison des dates imposées par les articles 260 et 261 lit. c) ou pour les raisons spécifiées aux articles 263 à 265, mais qui remplissent néanmoins les autres conditions requises par les articles 260 ou 261.

Chapitre II **Droits des titulaires de permis**

Article 271

1. — Le permis de circulation permet à son titulaire de franchir à volonté la frontière entre les deux parties du territoire plébiscité, sans passeport et sans formalités de visa, ainsi que de circuler librement dans l'autre partie du territoire plébiscité.

2. — Le permis de circulation ne confère toutefois pas au titulaire habitant l'une des parties du territoire plébiscité le droit de se transporter, en dehors du territoire plébiscité, dans une partie quelconque du territoire de l'autre Etat. Le titulaire d'un permis de circulation n'a ce droit que s'il s'est conformé, en passant la frontière entre

- c) sich eines Missbrauchs der Verkehrskarte schuldig gemacht, insbesondere die allgemeinen Paßvorschriften unter Benutzung einer Verkehrskarte umgangen, eine für einen anderen ausgestellte Verkehrskarte gebraucht oder ihre Verkehrskarte einem anderen zum Gebrauch überlassen haben;
- d) die Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets an anderen als den zugelassenen Stellen oder ohne Verkehrskarte oder ohne einen nach sonstigen Bestimmungen erforderlichen Ausweis überschritten haben;
- e) beim Grenzübergange den Kontrollbeamten tatsächlichen Widerstand entgegengesetzt oder sich wiederholt der amtlichen Kontrolle entzogen haben;
- f) gegen die zu diesem Titel erlassenen Ausführungsbestimmungen in schwerwiegender Weise verstoßen haben.

Artikel 269

Versagt werden kann die Verkehrskarte von der zuständigen Behörde des einen vertragsschließenden Teiles den im Gebiete des anderen Teiles wohnenden Personen,

- a) bei denen eine der Voraussetzungen des Artikel 266 Abs. 1 Buchstabe a und b, Artikel 267 Buchstabe a bis d und Artikel 268 Buchstabe a bis f vorliegt,
- b) die innerhalb der letzten fünf Jahre wegen einer in den Artikeln 266- und 267 nicht aufgeführten strafbaren Handlung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre verurteilt worden sind.

Artikel 270

Aus Billigkeitsgründen können im Einzelfall auf Grund einer Vereinbarung der zuständigen Behörde des einen mit der zuständigen Behörde des anderen vertragsschließenden Teiles auch Personen eine Verkehrskarte erhalten, denen sie im Hinblick auf die Zeitbestimmungen der Artikel 260 und 261 Buchstabe c oder aus den in den Artikeln 263 bis 265 aufgeführten Gründen nicht zusteht, bei denen aber die anderen Voraussetzungen der Artikel 260 oder 261 vorliegen.

Kapitel II **Umfang der Befugnisse**

Artikel 271

(1) Die Verkehrskarte gibt dem Inhaber die Befugnis, die Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets beliebig oft ohne Paß und ohne Sichtvermerk zu überschreiten und in dem anderen Teil des Abstimmungsgebiets ungehindert zu verkehren.

(2) Die Verkehrskarte gibt dem in einem Teile des Abstimmungsgebiets wohnenden Inhaber nicht die Befugnis, sich über den anderen Teil des Abstimmungsgebiets hinaus in das übrige Gebiet des anderen Staates zu begeben. Der Inhaber einer Verkehrskarte hat diese Befugnis nur, wenn er beim Übertritt über die Grenze zwischen den Teilen

les deux parties du territoire plébiscité, aux prescriptions générales en vigueur en matière de passeports pour l'entrée dans le pays.

Article 272

1. — Le permis de circulation ne permet de franchir la frontière entre les deux parties du territoire plébiscité qu'aux endroits de passage où s'opèrent les formalités douanières ou qui sont désignés d'un commun accord par les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

2. — Ces endroits de passage doivent être portés à la connaissance du public.

Article 273

1. — Dans les cas qui pourraient justifier le refus d'un permis de circulation (articles 266 à 269), les autorités pourront, au lieu de refuser le permis, limiter à certains endroits de passage le droit de franchir la frontière et à certaines zones ou localités le droit de circuler dans l'autre partie du territoire plébiscité.

2. — Il en est de même lorsqu'un permis est délivré en vertu de l'article 270.

Article 274

1. — Les attestations de fréquentation scolaire ou de participation à une instruction religieuse préparatoire à la première communion ou à la confirmation (article 262, alinéa 3) ne permettent que de franchir la frontière aux endroits se trouvant sur l'itinéraire qui conduit de l'habitation à l'école ou au cours en question, ou vice-versa.

2. — Pendant les vacances, la validité de ces attestations est suspendue.

Article 275

Les agents de police possédant individuellement un permis de circulation (article 263, lit. b) et article 270) ne peuvent s'en servir que pour franchir la frontière en habits civils.

Article 276

Les titulaires de permis de circulation sont soumis aux prescriptions concernant l'importation, l'exportation et les douanes ; ils sont notamment soumis à la visite douanière à la frontière, sauf facilités spéciales qui pourraient être convenues entre les deux Gouvernements.

Article 277

Les ecclésiastiques peuvent prendre avec eux à l'aller et au retour, en franchise de tous droits de douane et autres taxes, les objets dont ils ont besoin pour exercer leur ministère. Le même droit est reconnu aux écoliers et aux élèves des cours préparant à la première communion ou à la confirmation, en ce qui concerne les objets dont ils ont besoin.

Article 278

1. — Les mesures générales limitant ou suspendant la circulation à l'intérieur du territoire d'une des Parties contractantes ou à la frontière, édictées conformément au droit en vigueur à ce moment ou en vertu d'accords internationaux, sont applicables aux titulaires de permis de circulation.

des Abstimmungsgebietes die für die Einreise geltenden allgemeinen Passbestimmungen erfüllt hat.

Artikel 272

(1) Die Überschreitung der Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebietes auf Grund einer Verkehrskarte ist nur an den Übergangsstellen zulässig, an denen entweder eine Zollabfertigung stattfindet oder die durch Vereinbarung der hierfür zuständigen Behörden der vertragshliegenden Teile freigegeben werden.

(2) Diese Übergangsstellen sind öffentlich bekannt zu machen.

Artikel 27

(1) Wird in den bezeichneten Fällen (Artikel 266 bis 269) von dem Recht, die Verkehrskarte zu verfagen, kein Gebrauch gemacht, so kann statt dessen die Befugnis, die Grenze zu überschreiten, auf bestimmte Grenzübergangsstellen und die Befugnis, in dem anderen Teile des Abstimmungsgebietes zu verkehren, auf bestimmte Orte oder Gebiete beschränkt werden.

(2) Das gleiche gilt in den Fällen, in denen die Ausstellung der Karte auf Grund des Artikel 270 erfolgt.

Artikel 274

(1) Die Bescheinigung über den Schulbesuch oder über die Teilnahme am Beicht- oder Konfirmandenunterricht (Artikel 262 Abs. 3) gibt die Befugnis zum Überschreiten der Grenze nur auf den Übergängen, die auf dem Schulwege oder dem Wege zum und vom Unterrichte liegen.

(2) Während der Ferien ruht die Befugnis.

Artikel 275

Wenn Polizeibeamte im Einzelfall eine Verkehrskarte erhalten (Artikel 263 Buchstabe b, Artikel 270), dürfen sie diese zum Überschreiten der Grenze nur in bürgerlicher Kleidung benutzen.

Artikel 276

Die Inhaber der Verkehrskarten unterliegen allen Ein- und Ausfuhr- sowie Zollvorschriften, insbesondere auch den zöllamtlichen Untersuchungen beim Grenzübergang, soweit nicht besondere Erleichterungen zwischen den beiden Regierungen vereinbart werden.

Artikel 277

Geistliche dürfen die zur Wornahme ihrer Amtshandlungen erforderlichen Gegenstände beim Überschreiten der Grenze frei von Zöllen und sonstigen Abgaben aus- und wiedereinführen. Das gleiche Recht steht Schulkindern und Teilnehmern am Beicht- und Konfirmandenunterricht hinsichtlich der für den Unterricht erforderlichen Gegenstände zu.

Artikel 278

(1) Allgemeine Verkehrseinschränkungen und Verkehrssperren, die einer der vertragshliegenden Teile auf Grund des jeweils geltenden Rechtes oder auf Grund internationaler Vereinbarungen innerhalb seines Gebiets oder an der Grenze verhängt, finden auf Inhaber von Verkehrskarten Anwendung.

2. — Si l'une des Parties contractantes se trouvait engagée dans une guerre, elle pourrait interdire totalement ou partiellement le passage de la frontière entre les deux parties du territoire plébiscité, même aux titulaires de permis de circulation.

3. — Les mesures limitant ou suspendant la circulation seront, autant que possible, communiquées quarante-huit heures avant leur entrée en vigueur, par l'Allemagne à l'autorité administrative polonaise de deuxième instance, et par la Pologne à l'autorité administrative supérieure allemande.

Chapitre III

Emission des permis de circulation

Article 279

1. — Les permis de circulation, rédigés en allemand et en polonais d'après un modèle spécialement convenu, sont établis pour chaque année, sur carton vert clair, par les autorités allemandes, et sur carton brun clair par les autorités polonaises.

2. — Dans le cas où un permis de circulation est délivré en vertu des dispositions de l'article 270, ou dans les cas où il pourrait être refusé à raison des dispositions des articles 266 à 269, sa période de validité peut être restreinte.

Article 280

1. — Les permis de circulation sont établis dans la partie allemande par les autorités administratives inférieures, et dans la partie polonaise par les autorités administratives de première instance, ou par des autorités hiérarchiquement correspondantes.

2. — Toutes ces autorités sont désignées dans le présent titre par les mots « Office des permis ».

3. — Est compétent pour délivrer un permis, l'Office des permis de la circonscription où habite le destinataire.

Article 281

1. — Les permis de circulation ne sont délivrés que sur demande des intéressés.

2. — La demande doit être adressée à l'Office des permis compétent, et, lorsque les autorités auront été spécialement désignées à cet effet, elle devra l'être par l'intermédiaire de ces autorités.

3. — Les faits motivant la demande doivent être dûment prouvés, s'ils ne sont pas notoires. Chaque demande doit être accompagnée de trois photographies identiques, légalisées par la police, ainsi que d'attestations délivrées par la police au sujet des faits qui ne sont pas notoires.

Article 282

Pour être valables, les permis de circulation doivent, dans tous les cas, être contresignés par l'autorité compétente de l'autre État.

Article 283

1. — Est compétent pour contresigner les permis de circulation, le consul de l'autre Partie contractante en fonctions dans le district d'émission ou le fonctionnaire expressément autorisé à le remplacer.

(2) Wird einer der vertragsschließenden Teile in einen Krieg verwickelt, so ist er berechtigt, die Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebietes auch für Inhaber von Verkehrskarten ganz oder teilweise zu sperren.

(3) Die Verhängung von Verkehrseinchränkungen oder Verkehrsperren ist tunlichst 48 Stunden vor ihrem Inkrafttreten von deutscher Seite der polnischen Verwaltungsbehörde zweiter Instanz, von polnischer Seite der deutschen höheren Verwaltungsbehörde mitzuteilen.

Kapitel III

Ausstellung der Verkehrskarte

Artikel 279

(1) Die Verkehrskarten werden nach einem besonders vereinbarten Muster in deutscher und in polnischer Sprache, deutscherseits auf hellgrünem, polnischerseits auf hellbraunem Karton, jeweils für das laufende Kalenderjahr ausgestellt.

(2) In den Fällen, in denen die Verkehrskarte auf Grund des Artikels 270 ausgestellt wird, oder in denen sie gemäß den Artikeln 266 bis 269 hätte versagt werden können, kann ihre Gültigkeitsdauer beschränkt werden.

Artikel 280

(1) Die Verkehrskarten werden auf deutscher Seite durch die unteren Verwaltungsbehörden, auf polnischer Seite durch die Verwaltungsbehörden erster Instanz oder durch Behörden, die diesen Behörden gleichstehen, ausgestellt.

(2) Diese Behörden werden in diesem Titel als »Ausstellungsbehörden« bezeichnet.

(3) Örtlich zuständig ist die Ausstellungsbehörde, in deren Bezirke die Person wohnt, für welche die Verkehrskarte ausgestellt werden soll.

Artikel 281

(1) Die Verkehrskarte wird nur auf Antrag ausgestellt.

(2) Der Antrag ist — gegebenenfalls durch Vermittlung der damit beauftragten Behörden — bei der örtlich zuständigen Ausstellungsbehörde zu stellen.

(3) Die Tatsachen, die den Antrag begründen sollen, müssen, soweit sie nicht offenkundig sind, einwandfrei dargetan werden. Jeder Antrag müssen drei gleiche polizeilich beglaubigte Lichtbilder sowie polizeiliche Bescheinigungen über die nicht offenkundigen Tatsachen beigelegt werden.

Artikel 282

Die Verkehrskarte bedarf zu ihrer Gültigkeit in allen Fällen der Gegenzzeichnung durch die zuständige Behörde des anderen Staates.

Artikel 283

(1) Die Gegenzzeichnung wird von dem für den Bezirk der Ausstellungsbehörde zuständigen Konsul des anderen vertragsschließenden Teiles oder von dem mit seiner Vertretung ausdrücklich beauftragten Beamten vorgenommen.

2. — Les autorités compétentes pour contresigner les permis sont désignées dans le présent titre par les mots « Office des contresignatures ».

Article 284

1. — L'Office des permis envoie directement à l'Office des contresignatures les permis de circulation qu'il émet, en y joignant les demandes des intéressés ainsi que les pièces justificatives. Au cas où les faits allégués sont notoires, il doit être fait mention de cette circonstance.

2. — Dans les deux semaines à dater de la réception, l'Office des contresignatures renvoie le permis à l'Office des permis, ainsi que la demande de l'intéressé et les pièces justificatives, soit avec sa contresignature, soit avec l'indication des raisons pour lesquelles il demande soit que le permis soit refusé, soit que, conformément aux dispositions de l'article 273, ses effets soient limités à certains endroits de passage de la frontière, à certaines localités ou à certaines zones à déterminer, ou encore que la durée de la validité du permis soit restreinte conformément aux dispositions de l'article 279, alinéa 2.

3. — Aucun permis de circulation ne peut être délivré sans contresignature.

Article 285

1. — Les dispositions des articles 279 à 284 sont également applicables

- a) lorsque le permis de circulation est renouvelé pour la nouvelle année qui commence ;
- b) lorsque, au cours de l'année, un nouveau permis est accordé parce que
 - 1^o le titulaire établit d'une manière plausible qu'il a perdu son permis de circulation ; ou
 - 2^o le permis de circulation est devenu illisible ou inutilisable ; ou
 - 3^o le titulaire d'un permis de circulation demande l'inscription d'enfants sur son permis (article 262).

2. — Dans les cas spécifiés aux chiffres 2 et 3, l'ancien permis devra être restitué avant que le nouveau soit délivré.

Chapitre IV

Retrait de permis ou restrictions des droits que confèrent les permis

Article 286

1. — Le permis de circulation sera retiré au titulaire par l'Office des permis ou par l'Office des contresignatures

- a) lorsqu'il est établi que les conditions requises pour sa délivrance (articles 260 et 261) ne sont plus remplies ou ne l'ont jamais été ; ou
- b) lorsqu'une des conditions prévues par les articles 263 à 265 est constatée ou se réalise ultérieurement.

(2) Die für die Gegenzeichnung zuständigen Behörden werden in diesem Titel als »Gegenzeichnungsbehörden« bezeichnet.

Article 284

(1) Die Ausstellungsbehörde übersendet die von ihr ausgestellte Verkehrskarte nebst dem Antrag und den erforderlichen Unterlagen unmittelbar der Gegenzeichnungsbehörde. Soweit die in Betracht kommenden Tatsachen offenkundig sind, ist dies zu vermerken.

(2) Der Ausstellungsbehörde wird die Verkehrskarte nebst dem Antrag und den Unterlagen binnen zwei Wochen nach Eingang von der Gegenzeichnungsbehörde entweder mit Gegenzeichnung oder unter Angabe der Gründe zurückgesandt, aus denen sie die Bezagung der Verkehrskarte oder gemäß Artikel 273 ihre Beschränkung auf bestimmte, näher zu bezeichnende Grenzübergangsstellen, auf bestimmte Orte oder Gebiete oder gemäß Artikel 279 Abs. 2 eine Beschränkung ihrer Gültigkeitsdauer verlangt.

(3) Ohne Gegenzeichnung darf die Verkehrskarte nicht ausgehändigt werden.

Article 285

(1) Die Bestimmungen der Artikel 279 bis 284 finden auch Anwendung,

- a) wenn eine Karte für das folgende Kalenderjahr neu ausgestellt werden soll ; oder
- b) wenn im Laufe eines Kalenderjahrs eine neue Karte ausgestellt werden soll, weil
 1. der Inhaber einer Verkehrskarte den Verlust der Karte glaubhaft macht ; oder weil
 2. die Verkehrskarte unleserlich oder sonst unbrauchbar wird ; oder weil
 3. der Inhaber der Verkehrskarte die Eintragung von jugendlichen Personen beantragt (Artikel 262).

(2) In den Fällen zu 2 und 3 ist die alte Verkehrskarte vor Aushändigung der neuen zurückzugeben.

Kapitel IV

Entziehung und nachträgliche Beschränkung der Karte

Article 286

(1) Die Verkehrskarte ist dem Inhaber durch die Ausstellungsbehörde oder durch die Gegenzeichnungsbehörde zu entziehen, wenn:

- a) festgestellt wird, daß die Voraussetzungen für die Ausstellung (Artikel 260 und 261) nicht mehr vorliegen oder niemals vorgelegen haben ; oder wenn
- b) eine der Voraussetzungen der Artikel 263 bis 265 nachträglich festgestellt wird oder eintritt.

2. — Le permis de circulation peut être retiré par l'Office des permis ou par l'Office des contre-signatures, ou les droits qu'il confère peuvent être restreints par l'un ou l'autre de ces Offices, conformément aux articles 273 et 279, si l'une des conditions prévues par les articles 266, lit. a) et b), 267, lit. a) à d) et 268, lit. a) à f) est constatée ou se réalise ultérieurement.

3. — Le permis peut être retiré par l'Office des contre-signatures si l'une des conditions prévues par l'article 269, lit. b) est constatée ou se réalise ultérieurement.

Article 287

1. — A la demande de l'Office des contre-signatures, l'Office des permis doit retirer un permis ou restreindre les droits qu'il confère, si l'une des conditions prévues par l'article 269, lit. a) et b) a été constatée ou se réalise ultérieurement.

2. — La production par l'Office des contre-signatures d'un jugement définitif suffit pour prouver les faits articlés à l'appui de sa demande.

Article 288

1. — Le retrait d'un permis s'effectue
 - a) soit par l'Office des permis, celui-ci le confisquant et le transmettant à l'Office des contre-signatures avec une marque d'annulation;
 - b) soit par l'Office des contre-signatures, celui-ci rasant la contre-signature et transmettant le permis à l'Office des permis. Dans ce dernier cas, le titulaire recevra, sur sa demande, une déclaration attestant que le permis de circulation, portant tel numéro et délivré par tel Office, lui a été retiré, et lui permettant de regagner l'autre partie du territoire plébiscité, dans un délai à fixer équitablement.

2. — Lors des transmissions prévues au présent article, les raisons motivant le retrait du permis seront indiquées.

Article 289

Si les droits découlant d'un permis doivent être restreints (articles 286 et 287) le permis sera retiré et un nouveau permis contenant les restrictions nécessaires sera délivré.

Chapitre V

Taxes et droits de timbre

Article 290

Toutes les demandes et requêtes concernant les permis de circulation, toutes les attestations de police requises, la délivrance et la contre-signature des permis, ainsi que les attestations prévues par l'article 288, lit. b), sont exemptes de toutes taxes et droits de timbre.

Article 291

Les Parties contractantes peuvent toutefois percevoir une taxe pour la délivrance et la contre-signature d'un nouveau permis de circulation, en cas de perte de l'ancien. Elles peuvent en outre porter la perte et l'annulation de l'ancien permis, ainsi que la délivrance du nouveau, à la connaissance du public aux frais de l'intéressé.

(2) Die Verkehrskarte kann dem Inhaber durch die Ausstellungsbehörde oder durch die Gegenzeichnungsbehörde entzogen oder durch eine dieser Behörden in ihrer Geltung gemäß Artikel 273 und 279 beschränkt werden, wenn eine der Voraussetzungen des Artikel 266 Abs. 1 Buchstabe a und b, Artikel 267 Buchstabe a bis d sowie Artikel 268 Buchstabe a bis f nachträglich festgestellt wird oder eintritt.

(3) Die Verkehrskarte kann dem Inhaber von der Gegenzeichnungsbehörde entzogen werden, wenn eine der Voraussetzungen des Artikel 269 Buchstabe b nachträglich festgestellt wird oder eintritt.

Artikel 287

(1) Auf Verlangen der Gegenzeichnungsbehörde hat die Ausstellungsbehörde die Verkehrskarte dem Inhaber zu entziehen oder in ihrer Geltung zu beschränken, wenn eine der Voraussetzungen des Artikel 269 Buchstabe a und b nachträglich festgestellt wird oder eintritt.

(2) Zum Nachweise der Tatsachen, mit denen die Gegenzeichnungsbehörde ihr Verlangen begründet, genügt die Vorlegung einer rechtskräftigen Entscheidung.

Artikel 288

- (1) Die Entziehung der Verkehrskarte erfolgt:
 - a) seitens der Ausstellungsbehörde durch Einziehung der Karte und Übersendung der als ungültig gekennzeichneten Karte an die Gegenzeichnungsbehörde;
 - b) seitens der Gegenzeichnungsbehörde durch Streichung der Gegenzeichnung und Übersendung der Karte an die Ausstellungsbehörde. In diesem Falle ist dem Inhaber auf Antrag eine Bescheinigung auszustellen, daß ihm die nach Nummer und Ausstellungsbehörde zu bezeichnende Verkehrskarte abgenommen worden ist, und daß er die Befugnis hat, innerhalb einer angemessen zu bestimmenden Frist in den anderen Teil des Abstimmungsgebiets zurückzukehren.

(2) Die Gründe für die Entziehung sind bei der Übersendung der Karte mitzuteilen.

Artikel 289

Soll die Geltung einer Verkehrskarte nachträglich beschränkt werden (Artikel 286, 287), so ist die alte Verkehrskarte einzuziehen und eine neue Verkehrskarte mit beschränkter Geltung auszustellen.

Kapitel V

Gebühren und Stempel

Artikel 290

Alle die Verkehrskarte betreffenden Anträge und Eingaben, die erforderlichen polizeilichen Bescheinigungen, die Ausstellung und die Gegenzeichnung der Verkehrskarte sowie die im Artikel 288 Abs. 1, Buchstabe b, vorgesehene Bescheinigung sind stempel- und gebührenfrei.

Artikel 291

Für die Ausstellung und Gegenzeichnung einer neuen Verkehrskarte im Falle des Verlustes der alten können die vertragsschließenden Teile eine Gebühr erheben. Den Verlust und die Ungültigkeitserklärung der alten Verkehrskarte sowie die Ausstellung der neuen Verkehrskarte kann zudem auf Kosten des Antragstellers öffentlich bekanntgegeben werden.

Chapitre VI

Voies de recours

Article 292

1. — Si le permis de circulation est refusé ou si les droits qu'il confère sont restreints (article 273), ou si le permis de circulation est retiré à l'intéressé en vertu de l'article 286, alinéa 1, l'Office des permis doit notifier officiellement à l'intéressé sa décision motivée ou la lui faire remettre contre reçu.

2. — L'intéressé pourra, dans le délai d'une semaine, former contre la décision rendue à son égard un recours qui devra être adressé par écrit à l'Office des permis ou y être consigné dans un procès-verbal. Ce recours sera transmis sans délai avec tout le dossier à l'autorité administrative supérieure allemande, ou à l'autorité administrative polonaise de deuxième instance, selon les cas.

Article 293

Si la décision qui fait l'objet du recours émane de l'Office des permis, l'autorité qui lui est hiérarchiquement supérieure examine le recours et avise l'Office des permis de lui faire droit, si elle le tient pour fondé.

Article 294

1. — Si l'autorité hiérarchiquement supérieure ne tient pas le recours pour fondé ou si la décision qui fait l'objet du recours a été rendue par l'Office des contresignatures, c'est la Commission arbitrale des permis de circulation, composée d'un délégué allemand et d'un délégué polonais, qui décidera.

2. — Dans ces cas, le recours et tout le dossier seront transmis sans délai par l'autorité administrative supérieure allemande ou par l'autorité administrative polonaise de deuxième instance au délégué de leur pays à cette Commission. Ce délégué se mettra en rapports avec son collègue afin de prendre la décision.

Article 295

1. — Si les deux membres de la Commission arbitrale des permis sont d'accord, leur décision est définitive.

2. — Cette décision, qui doit être motivée, sera communiquée à l'autorité administrative supérieure allemande et à l'autorité administrative polonaise de deuxième instance.

3. — Ces autorités la transmettront à l'Office des permis ou à l'Office des contresignatures dont la décision faisait l'objet du recours.

4. — Si la décision de la Commission donne raison en tout ou en partie à l'intéressé, il sera donné sans délai satisfaction à celui-ci, conformément à la décision.

5. — Si le recours est rejeté, la décision sera notifiée à l'intéressé par l'autorité administrative supérieure allemande ou par l'autorité administrative polonaise de deuxième instance. Il sera notifié à l'intéressé que la décision est définitive.

Kapitel VI

Rechtsmittel

Artikel 292

(1) Wird die Verkehrskarte versagt oder nur eine in ihrer Geltung beschränkte Verkehrskarte (Artikel 273) erteilt, oder wird eine Verkehrskarte auf Grund des Artikel 286 Abs. 1 entzogen, so hat die Ausstellungsbehörde dem Antragsteller einen begründeten Bescheid zuzustellen oder gegen Empfangsschein auszuhändigen.

(2) Gegen diesen Bescheid steht dem Antragsteller oder Karteninhaber die Beschwerde zu. Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche schriftlich oder zu Protokoll bei der Ausstellungsbehörde anzubringen und von dieser unverzüglich mit allen Unterlagen auf deutscher Seite der höheren Verwaltungsbehörde, auf polnischer Seite der Verwaltungsbehörde zweiter Instanz vorzulegen.

Artikel 293

Beruht der angefochtene Bescheid auf einer Entscheidung der Ausstellungsbehörde, so liegt die Prüfung der Beschwerde der ihr vorgesetzten Behörde ob. Hält diese die Beschwerde für begründet, so weist sie die Ausstellungsbehörde an, ihr stattzugeben.

Artikel 294

(1) Hält die vorgesetzte Behörde die Beschwerde gegen eine Entscheidung der Ausstellungsbehörde für unbegründet, oder beruht der angefochtene Bescheid auf einer Entscheidung der Gegenzeichnungsbehörde, so entscheidet das »Schiedsamt für Verkehrskarten«, das aus einem deutschen und einem polnischen Mitgliede besteht.

(2) In diesen Fällen wird die Beschwerde mit allen Unterlagen von der deutschen höheren Verwaltungsbehörde oder von der polnischen Verwaltungsbehörde zweiter Instanz unverzüglich dem ihrem Staate angehörenden Mitglied des Schiedsamts vorgelegt. Dieses Mitglied setzt sich zur Herbeiführung einer Entscheidung mit dem anderen Mitglied ins Benehmen.

Artikel 295

(1) Einigen sich die beiden Mitglieder des Schiedsamts für Verkehrskarten, so ist dessen Entscheidung endgültig.

(2) Die Entscheidung ist mit Gründen zu verlesen und der deutschen höheren Verwaltungsbehörde sowie der polnischen Verwaltungsbehörde zweiter Instanz mitzuteilen.

(3) Diese Behörden übermitteln sie der Ausstellungsbehörde oder der Gegenzeichnungsbehörde, gegen die sich die Beschwerde richtet.

(4) Ist der Beschwerde ganz oder teilweise stattgegeben worden, so ist der Entscheidung unverzüglich zu entsprechen.

(5) Eine abweisende Entscheidung wird dem Beschwerdeführer durch die deutsche höhere Verwaltungsbehörde oder durch die polnische Verwaltungsbehörde zweiter Instanz, in deren Bezirk er wohnt, zugestellt; dabei ist dem Beschwerdeführer zu eröffnen, daß die Entscheidung endgültig ist.

Article 296

Si les deux membres de la Commission arbitrale des permis ne sont pas d'accord, le recours et tout le dossier seront soumis au Tribunal arbitral avec un exposé motivé par écrit de l'opinion de chaque membre. La décision du Tribunal arbitral sera obligatoire pour les autorités des deux Parties contractantes. Les Offices des permis et les Offices des contresignatures devront se conformer sans délai à toute décision faisant droit au recours. Si le recours est rejeté, la décision sera notifiée à l'intéressé par l'autorité administrative supérieure allemande ou par l'autorité administrative polonaise de deuxième instance.

Article 297

1. — Si un Office des permis ou un Office des contresignatures veut retirer un permis de circulation en vertu des dispositions de l'article 286, alinéas 2 et 3, ou de l'article 287, ou veut restreindre après coup les droits que confère un permis, il doit en aviser la Commission arbitrale des permis pour obtenir son consentement, à moins que le retrait du permis ou la restriction des droits qu'il confère ne soit exigé impérieusement par les intérêts de l'Etat.

2. — La Commission arbitrale des permis peut entendre l'intéressé avant de rendre sa décision.

3. — Si la Commission arbitrale des permis consent, elle en avise immédiatement l'Office des permis et l'Office des contresignatures, qui prennent alors les mesures nécessaires, conformément aux dispositions des articles 288 et 289. L'Office des permis doit mentionner, dans la décision motivée qu'il est tenu de notifier officiellement à l'intéressé, que le retrait de son permis ou la restriction des droits qu'il confère est définitif; sinon le titulaire du permis peut, dans un délai d'une semaine à dater de la notification officielle de la décision, faire appel à la Commission arbitrale des permis, dont la décision est définitive.

4. — Si la Commission arbitrale des permis ou l'un de ses membres s'oppose au retrait du permis ou à la restriction des droits qu'il confère, la Commission arbitrale des permis soumet le cas, avec un exposé, motivé des points de vue et tout le dossier, au Tribunal arbitral, dont la décision est définitive. Si cette décision conclut au retrait du permis ou à la restriction des droits qu'il confère, les dispositions des articles 288 et 289 sont applicables. Dans la décision qu'il est tenu de notifier officiellement à l'intéressé, l'Office des permis doit indiquer que le retrait du permis ou la restriction des droits qu'il confère, a été décidé avec le consentement du Tribunal arbitral, et que cette décision est définitive.

5. — Si le retrait d'un permis ou la restriction des droits qu'il confère est décidé sans demander le consentement de la Commission arbitrale des permis, comme étant impérieusement exigé par les intérêts de l'Etat, les articles 292 à 296 sont applicables.

Article 296

Einigen sich die beiden Mitglieder des Schiedsgerichts für Verkehrskarten nicht, so legen sie die Beschwerde mit einer schriftlichen Begründung des beiderseitigen Standpunkts und mit allen Unterlagen dem Schiedsgerichte vor. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist für die Behörden beider vertragschließender Teile bindend; die Ausstellungsbehörde und die Gegenzzeichnungsbehörde müssen einer der Beschwerde stattgebenden Entscheidung unverzüglich entsprechen. Ein die Beschwerde abweisender Bescheid ist dem Beschwerdeführer von der deutschen höheren Verwaltungsbehörde oder von der polnischen Verwaltungsbehörde zweiter Instanz zuzustellen.

Article 297

(1) Will eine Ausstellungsbehörde oder eine Gegenzzeichnungsbehörde eine Verkehrskarte auf Grund der Bestimmungen des Artikel 286 Abs. 2 und 3 oder des Artikel 287 entziehen oder nachträglich in ihrer Geltung beschränken, so hat sie die Zustimmung des Schiedsgerichts für Verkehrskarten einzuholen, es sei denn, daß ein dringendes staatliches Interesse die sofortige Entziehung oder Beschränkung erfordert.

(2) Das Schiedsamt kann vor der Entscheidung den Inhaber der Verkehrskarte hören.

(3) Stimmt das Schiedsamt zu, so hat es die Ausstellungsbehörde und die Gegenzzeichnungsbehörde unmittelbar mit Nachricht zu versehen, die darauf das Weitere gemäß den Bestimmungen der Artikel 288 und 289 veranlassen. In dem von der Ausstellungsbehörde dem Inhaber der Verkehrskarte zu erteilenden begründeten Bescheid ist zum Ausdruck zu bringen, daß die Entziehung oder Beschränkung der Verkehrskarte mit Zustimmung des Schiedsgerichts erfolgt. Hat das Schiedsamt den Inhaber der Verkehrskarte gehört, so ist die Entziehung oder Beschränkung der Verkehrskarte endgültig; andernfalls steht dem Inhaber der Verkehrskarte binnen einer Woche nach Zustellung des Bescheids die Anrufung des Schiedsgerichts offen, dessen Entscheidung endgültig ist.

(4) Stimmt auch nur eines der Mitglieder des Schiedsgerichts der Entziehung oder Beschränkung der Verkehrskarte nicht zu, so legt das Schiedsamt die Angelegenheit mit einer schriftlichen Begründung des beiderseitigen Standpunkts und mit allen Unterlagen dem Schiedsgericht vor, dessen Entscheidung endgültig ist. Lautet die Entscheidung auf Entziehung oder Beschränkung der Verkehrskarte, so greifen die Bestimmungen der Artikel 288 und 289 Platz. In dem von der Ausstellungsbehörde dem Inhaber der Verkehrskarte zu erteilenden Bescheid ist zum Ausdruck zu bringen, daß die Entziehung oder Beschränkung mit Zustimmung des Schiedsgerichts erfolgt und daß dessen Entscheidung endgültig ist.

(5) Ist die Entziehung oder Beschränkung der Verkehrskarte wegen Vorliegens eines dringenden staatlichen Interesses ohne Einholung der Zustimmung des Schiedsgerichts erfolgt, so greifen die Artikel 292 bis 296 Platz.

Article 298

L'intéressé auquel un permis de circulation a été refusé, retiré ou délivré avec restrictions, ne pourra faire directement appel au Tribunal arbitral que si aucune décision ne lui a été notifiée dans les deux mois qui suivent son recours.

Article 299

Les enquêtes que la Commission arbitrale des permis jugera nécessaires pour rendre sa décision, seront provoquées par le délégué du pays où elles doivent avoir lieu.

Article 300

Si, dans les cas prévus à l'article 287, l'Office des permis ne donne pas suite à la demande de l'Office des contresignatures, celui-ci peut recourir aux bons offices de la Commission arbitrale des permis, et, si son intervention reste sans résultats, recourir à la décision du Tribunal arbitral.

Chapitre VII

Assistance réciproque des autorités

Article 301

1. — Les Parties contractantes se communiqueront réciproquement la liste de leurs Offices des permis et la liste de leurs Offices des contresignatures, ainsi que les noms des fonctionnaires compétents pour signer et leur griffe, en un nombre correspondant à celui des endroits de passage de la frontière.

2. — Les Parties contractantes s'engagent, en outre, à se prêter mutuellement assistance afin de procurer des locaux de service aux Offices des contresignatures, ainsi que des logements aux fonctionnaires de ces Offices.

Article 302

1. — Les Offices des permis et les Offices des contresignatures de chacune des Parties contractantes sont tenus de se prêter mutuellement assistance en ce qui concerne les affaires relevant des dispositions du présent titre.

2. — Les Offices des permis et des contresignatures pourront s'adresser directement à l'autorité de l'autre État préposée au casier judiciaire, en vue d'en obtenir les bulletins dont ils ont besoin pour décider s'il y a lieu d'accorder ou de contresigner les permis de circulation destinés aux personnes nées dans le territoire plébiscité ; dans tous les autres cas, ils devront passer par l'intermédiaire l'un de l'autre.

3. — L'assistance que les autorités se prêtent, ainsi que la transmission des bulletins de casier judiciaire, sont gratuites.

Article 303

Chacune des Parties contractantes prend à sa charge les frais incombant à ses autorités en raison de l'exécution des dispositions du présent titre et de l'activité de son délégué à la Commission arbitrale des permis.

Article 298

Eine unmittelbare Anrufung des Schiedsgerichts seitens der Personen, denen die Verkehrskarte versagt, entzogen oder nur unter einer Beschränkung erteilt worden ist, ist nur zulässig, wenn sie auf ihre Beschwerde nicht binnen zwei Monaten nach ihrer Einlegung einen Bescheid erhalten haben.

Article 299

Die für die Entscheidung des Schiedsamts für Verkehrskarten erforderlichen Ermittlungen werden durch das Mitglied des Staates veranlaßt, in dessen Gebiet die Ermittlungen anzustellen sind.

Article 300

Gibt die Ausstellungsbehörde in den Fällen des Artikels 287 dem Verlangen der Gegenzeichnungsbehörde nicht statt, so kann diese die Vermittlung des Schiedsamts für Verkehrskarten und, falls die Vermittlung erfolglos ist, die Entscheidung des Schiedsgerichts anrufen.

*Kapitel VII**Amtshilfe**Article 301*

(1) Die vertragsschließenden Teile werden einander die Ausstellungs- und Gegenzeichnungsbehörden sowie die Namen der zur Vollziehung berechtigten Beamten unter Angabe der Art ihrer Bezeichnung in einer der Zahl der Übergangsstellen entsprechenden Anzahl mitteilen.

(2) Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich ferner, einander bei Beschaffung von Diensträumen für die Gegenzeichnungsbehörden und von Unterkunft für deren Beamten zu unterstützen.

Article 302

(1) Die Ausstellungsbehörden des einen und die Gegenzeichnungsbehörden des anderen vertragsschließenden Teiles haben einander in den sich aus diesem Titel ergebenden Angelegenheiten Amtshilfe zu gewähren.

(2) Die Ausstellungsbehörden und die Gegenzeichnungsbehörden können die zur Vorbereitung der Ausstellung und Gegenzeichnung der Verkehrskarten erforderlichen Strafregisterauszüge für Personen, die im Abstimmungsgebiete geboren sind, unmittelbar von den Strafregisterbehörden des anderen Staates, im übrigen nur durch gegenseitige Vermittlung anfordern.

(3) Die Amtshilfe und die Erteilung der Strafregisterauszüge erfolgen kostenlos.

Article 303

Jeder der vertragsschließenden Teile trägt die Kosten, die durch die Ausführung der Bestimmungen dieses Titels bei seinen Behörden und durch die Tätigkeit des von ihm bestellten Mitgliedes des Schiedsamts entstehen.

Chapitre IX

Disposition spéciale

Article 304

1. — Si, en raison du partage du territoire plébiscité, un cimetière est séparé d'un endroit auquel il est affecté, l'autorité de la police locale compétente en cet endroit pourra délivrer aux ecclésiastiques et aux personnes accompagnant un enterrement, qui ne posséderait aucune pièce d'identité leur permettant de franchir la frontière, une attestation indiquant, outre leur nom, leur profession et leur domicile, qu'elles sont autorisées à franchir la frontière entre les deux parties du territoire plébiscité afin d'assister à l'enterrement, et à regagner le même jour la partie d'où elles sont venues.

2. — Les personnes qui prennent part à un enterrement peuvent emporter avec elles dans l'autre partie du territoire des objets funéraires usuels selon la coutume de l'endroit (couronnes, cierges et objets analogues) sans acquitter de droits de douane ou autres taxes quelconques.

Chapitre VIII

Disposition transitoire

Article 305

1. — Dans les trois premiers mois à dater du transfert de la souveraineté, les facultés découlant de l'article 271 seront reconnues non seulement aux titulaires de permis de circulation, mais aussi aux titulaires des « cartes d'identité » délivrées en vertu de l'ordonnance de la Commission interalliée de Gouvernement et de Plébiscite de Haute Silésie, en date du 30 octobre 1920 (Journal Officiel de la Haute Silésie, page 88). Cependant, à l'expiration du premier mois, cette dénonciation ne s'appliquera que si la « carte d'identité » est pourvue à sa quatrième page d'une déclaration officielle de l'Office des permis ou des autorités mentionnées à l'article 281, alinéa 2, attestant que le titulaire de la « carte d'identité » a sollicité un permis de circulation. Cette déclaration doit être munie du cachet officiel.

2. — En ce qui concerne les personnes qui ne possèdent pas une telle « carte d'identité », il suffira qu'elles se procurent auprès de l'autorité de la police locale un certificat d'identité pour cette période, muni de leur photographie, à condition toutefois qu'elles habitent le territoire plébiscité depuis au moins le 1^{er} janvier 1922. Ce certificat d'identité cessera d'être valable si, à l'expiration d'un mois à dater du transfert de la souveraineté, il n'est pas muni de l'attestation officielle spécifiée à l'alinéa 1 du présent article.

Kapitel VIII

Sonderbestimmungen

Artikel 304

(1) Wird durch die Teilung des Abstimmungsgebietes ein Begräbnisplatz von einem Orte abgetrennt, für den er bestimmt ist, so kann die für diesen Ort zuständige Ortspolizeibehörde den amtierenden Geistlichen oder den an der Beerdigung teilnehmenden Personen, die keinen zum Grenzübergang ausreichenden Personalausweis besitzen, eine Bescheinigung erteilen, daß der nach Name, Stand und Wohnort zu bezeichnende Inhaber berechtigt ist, die Grenze zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebietes zur Teilnahme an der Beerdigung zu überschreiten und am gleichen Tage zurückzufahren.

(2) Teilnehmer an solchen Beerdigungen können ortsübliche Trauerzeichen (Kränze, Kerzen und ähnliches) frei von Zöllen und sonstigen Abgaben über die Grenze mitnehmen.

Kapitel IX

Übergangsbestimmungen

Artikel 305

(1) In den ersten drei Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit stehen die sich aus Artikel 271 ergebenden Befugnisse neben den Inhabern von Verkehrskarten auch den Inhabern der auf Grund der Verordnung der Interalliierten Regierungs- und Abstimmungskommission für Oberschlesien vom 30. Oktober 1920 (Journal Officiel de la Haute-Silesie, Seite 88) ausgestellten Legitimationskarten zu, nach Ablauf des ersten Monats jedoch nur noch, wenn auf der vierten Seite der Karte von der Ausstellungsbehörde oder von den im Artikel 281 Abs. 2 bezeichneten Behörden unter Beifügung des Amtssiegels bescheinigt ist, daß für den Inhaber eine Verkehrskarte beantragt worden ist.

(2) Für Personen, die diese Legitimationskarte nicht besitzen, genügt, soweit sie seit spätestens dem 1. Januar 1922 im Abstimmungsgebiet wohnen, für den gleichen Zeitraum ein von ihrer Ortspolizeibehörde ausgesetzter, mit Lichtbild versehener Personalausweis. Auch dieser Ausweis verliert mit dem Ablauf eines Monats nach dem Übergange der Staatshoheit seine Gültigkeit, falls er nicht mit der im Abs. 1 vorgesehenen Bescheinigung versehen wird.

Titre III**Finances****Chapitre premier****Régime monétaire***Article 306*

1. — Pendant une période qui ne dépassera pas quinze ans, le mark allemand restera la seule monnaie ayant cours légal en Haute Silésie polonoise.

2. — Toutefois, le Gouvernement polonais pourra remplacer, même avant l'expiration de cette période de quinze ans, la monnaie allemande par la monnaie polonoise en usage au moment du remplacement. Ce remplacement ne pourra avoir lieu qu'au premier d'un mois et devra être annoncé au moins dix mois à l'avance dans le *Monitor Polski*, et le Gouvernement allemand en sera informé aussitôt.

3. — Le Gouvernement allemand pourra se libérer, par voie de dénonciation, des obligations qu'il a assumées dans le présent chapitre. La dénonciation ne pourra déployer ses effets que trois ans après avoir été faite et au plus tôt le 1^{er} janvier 1929.

*Article 307***§ 1**

Toutes obligations en marks allemands dont le lieu d'exécution, au sens du paragraphe suivant, se trouve dans le territoire plébiscité, devront être acquittées en monnaie allemande si ces obligations ont pris naissance avant l'entrée en vigueur du changement de monnaie et si, au moment de la mise en vigueur de la présente Convention, les droits découlant des obligations en question appartiennent à une personne physique ou juridique allemande ou à une société domiciliée ou ayant son siège en Allemagne, non compris la partie polonoise du territoire plébiscité. Sont notamment considérées comme ayant leur siège en Allemagne, les succursales de banques allemandes désignées à l'article 314. Si, à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, le créancier n'a pas son domicile ou son siège en Allemagne, l'obligation pourra, après l'entrée en vigueur du changement de monnaie, être acquittée en monnaie polonoise au cours du change du jour, lequel sera calculé conformément au paragraphe 4, alinéas 2 et 3, du présent article.

§ 2

Le lieu d'exécution de l'obligation se trouve dans le territoire plébiscité s'il est stipulé ou autrement déterminé, ou s'il résulte des circonstances et notamment de la nature de l'obligation que la prestation doit s'effectuer dans le dit territoire, ou encore si le débiteur, au moment de la naissance de l'obligation, avait son domicile

Titel III**Finanzen****Kapitel 1****Geldwesen***Artikel 306*

(1) Während eines Zeitraums, der fünfzehn Jahre nicht überschreiten soll, bleibt die deutsche Reichsmark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien.

(2) Der polnischen Regierung steht es jedoch frei, schon vor Ablauf der fünfzehn Jahre an Stelle der deutschen Währung die jeweilige polnische Währung einzuführen. Die Währungsänderung darf nur für den Beginn eines Monats festgesetzt werden und ist mindestens zehn Monate vorher im „Monitor Polski“ anzukündigen. Die Ankündigung ist der deutschen Regierung alsbald mitzuteilen.

(3) Der deutschen Regierung steht es frei, sich von den in diesem Kapitel übernommenen Verpflichtungen durch Kündigung zu befreien. Die Kündigung ist nur unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren und frühestens zum 1. Januar 1929 zulässig.

*Artikel 307***§ 1**

Sämtliche auf deutsche Reichsmark lautenden Forderungen, deren Erfüllungsort im Sinne des folgenden Paragraphen im Abstimmungsgebiete liegt, sind in deutscher Währung zu erfüllen, wenn sie vor dem Inkrafttreten der Währungsänderung entstanden sind und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens einer im Deutschen Reich mit Ausschluß des an Polen fallenden Teiles des Abstimmungsgebiets ansässigen natürlichen oder juristischen Person oder Gesellschaft zustehen. Als im Deutschen Reich ansässig gelten auch die im Artikel 314 bezeichneten deutschen Bankniederlassungen. Ist zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens der Gläubiger nicht im Deutschen Reich ansässig, so kann die Forderung nach dem Inkrafttreten der Währungsänderung in polnischer Währung zum Tageskurs erfüllt werden. Der Tageskurs wird nach den Bestimmungen des § 4 Abs. 2 und 3 ermittelt.

§ 2

Der Erfüllungsort liegt im Abstimmungsgebiete, wenn bestimmt ist oder sich aus den Umständen, insbesondere aus der Natur des Schuldverhältnisses ergibt, daß die Leistung im Abstimmungsgebiete zu erfolgen hat, oder wenn der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz im Abstimmungsgebiete hatte. Ist die Verbindlich-

dans le territoire plébiscité. Le domicile d'affaires en territoire plébiscité tiendra lieu de domicile ordinaire si l'obligation est née au cours des affaires. Là seule circonstance que le débiteur a pris à sa charge les frais de l'expédition dans un endroit du territoire plébiscité ne permet pas de conclure que cet endroit est le lieu d'exécution de l'obligation.

§ 3

Si les obligations spécifiées au paragraphe 1 du présent article qui doivent être acquittées en monnaie allemande sont conditionnelles ou à terme, le débiteur pourra, pendant une période de cinq ans à dater du changement de monnaie, s'acquitter en monnaie allemande de ses obligations, même avant la réalisation de la condition ou l'expiration des délais stipulés, moyennant une dénonciation qui ne portera ses effets qu'à l'expiration de chaque trimestre et trois mois au moins après l'avoir notifiée. Dans ce cas, toutefois, le débiteur sera tenu, si les obligations comportent le paiement d'intérêts, de payer au créancier, au taux fixé, une année d'intérêts à dater du jour de l'exécution de l'obligation. Sans préjudice des dispositions des articles 179, alinéa 2, 186, alinéa 4, et 196 alinéa 3, les rentes seront capitalisées suivant les règles en vigueur. Le créancier pourra s'opposer à ce que la dénonciation produise ses effets ; mais alors il perdra, à dater du jour où la dénonciation aura déployé ses effets, le droit d'être payé en monnaie allemande, et il ne pourra plus réclamer le paiement qu'en monnaie polonaise au cours du change du jour. La conversion s'opérera conformément au paragraphe 4, alinéas 2 et 3 du présent article.

§ 4

1. — Le Gouvernement polonais aura la faculté de décider que les débiteurs peuvent s'acquitter en marks polonais, au lieu de marks allemands, au cours du jour, de leurs obligations nées entre le moment de l'annonce officielle du changement de monnaie et celui de son entrée en vigueur.

2. — Le cours du jour sera le cours du change établi chaque jour ouvrable par la Chambre de commerce compétente de la Haute Silésie polonoise, d'après la moyenne des cotations officielles de billets polonais, le dernier jour de bourse, à Berlin, à Dantzig, à Katowice et à Varsovie. Ce cours sera affiché quotidiennement dans tous les bureaux de postes des communes de plus de 20.000 habitants. Si une de ces bourses n'est pas ouverte ou si sa cotation manque, on n'en tiendra pas compte dans la détermination du cours du jour.

3. — Si, le jour où le paiement a lieu, le cours du change diffère de celui du jour de l'échéance, c'est au cours le plus avantageux pour le créancier que se fera le paiement.

§ 5

Pour fixer le moment de la naissance d'une obligation, au sens des paragraphes 1 à 4 du présent article, il ne sera pas tenu compte d'accords ultérieurs prorogeant la date d'échéance.

keit im Gewerbebetriebe des Schuldners entstanden, so tritt der Ort der gewerblichen Niederlassung an die Stelle des Wohnsitzes, wenn die Niederlassung im Abstimmungsgebiete liegt. Aus dem Umstand allein daß der Schuldner die Kosten der Versendung nach einem Orte des Abstimmungsgebiets übernommen hat, ist nicht zu entnehmen, daß dieser Ort der Erfüllungsort sein soll.

§ 3

Sind die im § 1 dieses Artikels bezeichneten Forderungen in deutscher Währung fällig, und sind sie bedingt oder befristet, so kann der Schuldner sie innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach der Währungsänderung drei Monate nach Kündigung auch vor Eintritt der Bedingung oder vor Ablauf der Frist in deutscher Währung erfüllen. Die Kündigung ist nur für den Schluss eines Kalendervierteljahrs zulässig. Der Schuldner ist in diesem Falle verpflichtet, wenn die Forderung verzinslich ist, dem Gläubiger über den Tag der Erfüllung hinaus noch für ein Jahr die vereinbarten Zinsen zu zahlen; Renten sind unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 179 Abs. 2, 186 Abs. 4 und 196 Abs. 3 nach Maßgabe der geltenden Grundsätze zu kapitalisieren. Dem Gläubiger steht es frei, die Kündigung abzulehnen. Er verliert jedoch von dem Tage ab, zu dem gekündigt worden ist, das Recht auf Erfüllung in deutscher Währung und kann nur Zahlung in polnischer Währung zum Tageskurse beanspruchen. Die Umrechnung erfolgt gemäß § 4 Abs. 2 und 3 dieses Artikels.

§ 4

(1) Die polnische Regierung ist befugt, anzuordnen, daß die Schuldner Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen der amtlichen Ankündigung der Währungsänderung und deren Inkrafttreten neu begründet worden sind, anstatt in deutscher Reichsmark in polnischer Währung zum Tageskurse erfüllen dürfen.

(2) Als Tageskurs gilt der werktäglich von der für Polnisch-Oberschlesien zuständigen Handelskammer nach dem Durchschnitt der amtlichen Notierungen des jeweils letzten Börsentags in Berlin, Danzig, Katowitz und Warschau für polnische Noten festzusetzende Kurs. Dieser Kurs ist in Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern täglich durch Anschlag an sämtlichen Postanstalten bekanntzugeben. Ist eine dieser Börsen geschlossen oder fehlt die Notierung einer dieser Börsen, so bleibt diese Börse für die Berechnung des Tageskurses außer Betracht.

(3) Ist der Tageskurs des Zahlungstags von dem Tageskurse des Fälligkeitstags verschieden, so gilt der für den Gläubiger günstigere Kurs.

§ 5

Für die Feststellung, zu welchem Zeitpunkt eine Forderung im Sinne der §§ 1 bis 4 dieses Artikels als entstanden anzusehen ist, kommt eine spätere Vereinbarung über die Hinausschiebung der Fälligkeit nicht in Betracht.

§ 6

Les deux Gouvernements s'engagent à s'abstenir pendant quinze ans de toutes mesures susceptibles d'entraver ou de rendre impossibles pour les débiteurs l'exécution des obligations visées au paragraphe 1 du présent article et l'envoi à l'adresse de leurs créanciers des sommes qu'ils leur doivent, lorsque le créancier habite en Haute Silésie polonaise ou en Allemagne.

Article 308

Les paiements périodiques résultant de contrats de louage de services exécutables en Haute Silésie polonaise et conclus avant le jour où le changement de monnaie mentionné au paragraphe 4, alinéa 1, de l'article 307, est décidé, pourront, pour autant qu'ils échoient après ce jour, être effectués en monnaie polonaise au cours du jour. Le cours du jour sera déterminé conformément aux dispositions du paragraphe 4, alinéas 2 et 3, de l'article 307.

Article 309

1. — Le Gouvernement polonais s'engage à ne décréter pendant quinze ans aucun moratorium pour la Haute Silésie polonaise, à moins qu'il ne s'applique à la Pologne tout entière. La loi polonaise du 20 novembre 1919 relative à la monnaie en cours dans les territoires antérieurement prussiens (*Dziennik Praw Państwa Polskiego*, N° 91 du 29 décembre 1919) ne s'appliquera pas à la Haute Silésie.

2. — Le Gouvernement allemand s'engage de son côté à ne décréter pendant quinze ans aucun moratorium pour la partie allemande du territoire plébiscité, à moins qu'il ne s'applique à l'Allemagne tout entière.

Article 310

§ 1

1. — Les personnes habitant la Haute Silésie polonaise, qui établissent dûment leur identité au moyen d'une carte de zone ou d'un permis de circulation, peuvent emporter d'Allemagne en Haute Silésie polonaise de la monnaie, des billets, des billets de banque, des mandats, des chèques et lettres de change, jusqu'à concurrence d'un total de 3000 marks allemands à la fois et de 20,000 marks allemands chaque mois, à moins que la loi allemande ne permette d'en emporter davantage.

2. — Au cas où les salaires augmenteraient, les sommes maxima spécifiées à l'alinéa 1 pourraient être élevées par accord entre les Ministères des Finances des deux Parties contractantes ou les autorités désignées par eux.

§ 2

Jusqu'au changement de monnaie, le Gouvernement allemand s'engage à autoriser l'exportation des valeurs étrangères appartenant à des personnes physiques ou juridiques ou des sociétés domiciliées en Haute Silésie polonaise, ou à des personnes physiques ou juridiques ou des sociétés qui exploitent une entreprise agricole, forestière,

§ 6

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung verpflichten sich, fünfzehn Jahre lang jede Maßnahme zu unterlassen, die den Schuldnern die Erfüllung der im § 1 dieses Artikels bezeichneten Verbindlichkeiten und das Verbringen der Schuldsumme zum Wohnorte des Gläubigers erschweren oder unmöglich machen könnte, sofern der Gläubiger in Polnisch-Oberschlesien oder im Deutschen Reich wohnt.

Artikel 308

Regelmäßig wiederkehrende Geldleistungen aus Dienstverträgen, die vor der im Artikel 307 § 4 Abs. 1 erwähnten Anordnung abgeschlossen und in Polnisch-Oberschlesien zu erfüllen sind, können, soweit sie nach diesem Zeitpunkt fällig werden, in polnischer Währung zum Tageskurs bezahlt werden. Der Tageskurs wird nach den Bestimmungen des Artikels 307 § 4 Abs. 2 und 3 ermittelt.

Artikel 309

(1) Die polnische Regierung verpflichtet sich, während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren für Polnisch-Oberschlesien kein Moratorium zu erlassen, es sei denn, daß es gleichzeitig für ganz Polen eingeführt wird. Das polnische Gesetz, betreffend die Währung in den ehemals preußischen Landesteilen der Republik Polen vom 20. November 1919 (*Dziennik Praw Państwa Polskiego* Nr. 91 vom 29. Dezember 1919), findet auf Polnisch-Oberschlesien keine Anwendung.

(2) Die deutsche Regierung verpflichtet sich ihrerseits, fünfzehn Jahre lang für den deutsch gebliebenen Teil des Abstimmungsgebiets kein Moratorium zu erlassen, es sei denn, daß es gleichzeitig für das ganze Deutsche Reich eingeführt wird.

Artikel 310

§ 1

(1) Personen, die in Polnisch-Oberschlesien wohnen und sich ordnungsmäßig durch eine Grenzkarte oder durch eine Verkehrskarte ausweisen, dürfen Geldsorten, Papiergele, Banknoten, Anweisung n. Scheck und Wechsel jedesmal höchstens in Gesamtbetrag von 3 000 deutscher Reichsmark und bis zum Höchstgesamtbetrag von 20 000 deutscher Reichsmark innerhalb eines Kalendermonats von Deutschland nach Polnisch-Oberschlesien mitnehmen, es sei denn, daß nach den deutschen Bestimmungen die Mitnahme höherer Geldbeträge zulässig ist.

(2) Im Falle von Lohnsteigerungen können die im Abs. 1 bezeichneten Höchstbeträge durch Vereinbarung der Finanzminister der vertraglich schließenden Teile oder der von ihnen benannten Stellen heraufgesetzt werden.

§ 2

Bis zur Währungsänderung verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Genehmigung zur Ausfuhr von ausländischen Wertpapieren zu erteilen, sofern sie in Polnisch-Oberschlesien ansässigen oder solchen deutschen natürlichen oder juristischen Personen oder Gesellschaften gehören, die in Polnisch Oberschlesien einen landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, ge-

industrielle ou commerciale en Haute Silésie polonaise. Cette disposition n'est pas applicable aux valeurs acquises par ces personnes ou par ces sociétés après le 15 janvier 1922. Elle n'est pas non plus applicable, pour autant que s'y opposent des dispositions du Traité de Paix de Versailles, des traités conclus ultérieurement entre l'Allemagne et les Puissances alliées et associées, ou de l'ordonnance du 26 mars 1919 du Ministre allemand des Finances (*Reichsgesetzblatt*, page 333), y compris les dispositions complémentaires. Enfin elle n'est pas applicable aux valeurs étrangères qui servent à garantir le paiement d'arrérages d'imôts dûs à l'Allemagne, aux États allemands ou aux communes allemandes ou groupements de communes allemandes.

Article 311

§ 1

1. — Pour mettre plus facilement à la disposition de la Haute Silésie polonaise la monnaie allemande nécessaire à ses besoins, les succursales de la *Bank für Handel und Industrie*, de la *Deutsche Bank* et de la *Dresdner Bank*, resteront en Haute Silésie polonaise. Les conditions auxquelles les succursales de ces banques exerceront leur activité en Haute Silésie polonaise sont détaillées au chapitre II du présent titre.

2. — A condition que le Gouvernement polonais garantisse aux banques susmentionnées la protection dont elles ont joui jusqu'à présent, celles-ci se sont déclarées prêtes à maintenir leurs succursales en Haute Silésie polonaise, jusqu'au changement de monnaie, et même après pour autant que leur activité y sera encore permise et possible. Sous réserve des restrictions résultant du paragraphe 2 du présent article, ces banques pourront en tout temps supprimer leurs succursales en Haute Silésie polonaise. Le Gouvernement allemand s'emploiera auprès d'elles, à la demande du Gouvernement polonais, pour qu'elles maintiennent leurs succursales jusqu'au changement de monnaie.

3. — Au cas où ces banques feraient usage de leur droit de supprimer leurs succursales en Haute Silésie polonaise, le Gouvernement polonais leur accordera le droit de transporter en Allemagne, au moment de leur départ, tous leurs biens meubles, de quelque espèce qu'ils soient, en franchise de tous droits de sortie et de toutes taxes à l'occasion de la sortie ou de la délivrance de permis d'exportation. Ces banques sont en outre autorisées à conserver leur propriétés immobilières situées en Pologne y compris la Haute Silésie polonaise.

4. — Ces droits s'éteignent après un an à dater du jour où les stipulations du chapitre II du présent titre cessent d'être en vigueur.

5. — Les mêmes droits sont concédés pour la même période à la *Reichsbank*.

§ 2

1. — S'il s'agit des succursales de Katowice, les banques devront notifier un an d'avance au Gouvernement allemand leur intention de les sup-

erblichen oder Handelsbetrieb führen. Dies gilt nicht für Wertpapiere, die diese Personen oder Gesellschaften erst nach dem 15. Januar 1922 erworben haben. Es gilt ferner nicht, soweit die Vorschriften des Friedensvertrags von Versailles oder der später zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten geschlossenen Verträge oder die Verordnung des deutschen Reichsministers der Finanzen vom 26. März 1919 (Reichsgesetzbl. S. 333) nebst Ergänzungen entgegenstehen; oder soweit diese Wertpapiere als Sicherheit für rückständige, dem Deutschen Reich, den deutschen Ländern oder deutschen Gemeinden oder Kommunalverbänden zustehende Steuern dienen.

Artikel 311

§ 1

(1) Um die Versorgung Polnisch-Oberschlesiens mit deutschen Zahlungsmitteln zu erleichtern, werden die Niederlassungen der *Bank für Handel und Industrie*, der *Deutschen Bank* und der *Dresdner Bank* in Polnisch-Oberschlesien verbleiben. Die Bedingungen, unter denen die Bankniederlassungen in Polnisch-Oberschlesien wirken werden, sind im einzelnen im Kapitel 2 dieses Titels enthalten.

(2) Unter der Voraussetzung, daß die polnische Regierung den genannten Banken den Schutz gewährleistet, den sie bisher genossen haben, haben die Banken sich bereit erklärt, bis zum Währungswechsel und, soweit ihnen der Geschäftsbetrieb weiterhin gestattet und möglich bleibt, auch über diesen Zeitpunkt hinaus ihre Niederlassungen in Polnisch-Oberschlesien beizubehalten. Vorbehaltlich der sich aus § 2 dieses Artikels ergebenden Einchränkungen können diese Banken die Niederlassungen in Polnisch-Oberschlesien jederzeit auflösen. Die deutsche Regierung wird es sich angelegen sein lassen, auf Wunsch der polnischen Regierung auf die Banken in dem Sinne einzuwirken, daß sie bis zum Zeitpunkt des Währungswechsels die in Polnisch-Oberschlesien vorhandenen Niederlassungen aufrechterhalten.

(3) Für den Fall, daß die Banken von dem Recht, ihre Niederlassungen in Polnisch-Oberschlesien aufzulösen, Gebrauch machen, räumt ihnen die polnische Regierung das Recht ein, beim Abzug ihr bewegliches Eigentum aller Art frei von Ausfuhrzößen und Ausfuhrabgaben nach Deutschland zu verbringen. Unbewegliches in Polen, einschließlich Polnisch-Oberschlesiens, belegenes Eigentum dürfen sie behalten.

(4) Diese Rechte erlöschen ein Jahr nach dem Auferkrafttreten der Bestimmungen des Kapitels 2 dieses Titels.

(5) Für dieselbe Zeit stehen diese Rechte auch der *Reichsbank* zu.

§ 2

(1) Soweit es sich um die Niederlassungen in Katowitz handelt, sind die Banken verpflichtet, ihre etwaige Absicht, diese Niederlassungen aufzulösen,

primer, et le Gouvernement allemand portera cette notification à la connaissance du Gouvernement polonais dans un délai de quatorze jours. Des succursales ne peuvent être supprimées avant l'expiration d'une année à dater de la notification qu'avec le consentement du Gouvernement polonais. Si ce consentement est refusé, la Commission financière prévue à l'article 329 décidera sur requête de la banque.

2. — Au cas où le Gouvernement polonais refuserait son consentement, la Pologne s'engage à indemniser la banque pour tout dommage éventuel causé à la succursale par des troubles dans l'intervalle entre le moment de la demande et celui où le consentement est finalement accordé, ou encore celui du changement de monnaie.

3. — Pour le reste, et notamment pour tout dommage résultant de troubles, qui pourrait être causé aux autres succursales que celles de Katowice, en Haute Silésie polonaise, on s'en tiendra à la législation en vigueur.

§ 3

1. — On ne considérera pas comme suppression de succursale au sens des paragraphes 1 et 2 du présent article, le transfert des affaires des succursales de la *Bank für Handel und Industrie* à la *Oberschlesische Diskontobank A.-G.*, le transfert des affaires des succursales de la *Deutsche Bank* à l'*Oberschlesischer Bankverein*, ou encore le transfert des affaires des succursales de la *Dresdner Bank* à la *Oberschlesische Bank A.-G.*. Dans tous ces cas, les dispositions du chapitre II du présent titre sont applicables aux banques auxquelles les affaires sont transférées. Ces opérations de transfert ne nécessitent pas le consentement du Gouvernement polonais.

2. — La *Oberschlesische Diskontobank A.-G.*, l'*Oberschlesischer Bankverein A.-G.*, et la *Oberschlesische Bank A.-G.*, seront traitées comme les succursales du pays d'origine au sens de l'article 321, alinéa 1.

§ 4

1. — Les Parties contractantes s'engagent à ne rien faire jusqu'au changement de monnaie qui puisse limiter ou rendre plus difficile le transport de marks allemands des succursales ci-dessus désignées aux autres établissements des mêmes banques en Allemagne, et vice-versa.

2. — S'il s'agit de l'envoi de sommes d'argent autres que celles spécifiées à l'article 310, paragraphe 1, le Gouvernement polonais pourra décider que la succursale ne pourra exécuter des ordres d'envois de marks allemands de Haute Silésie polonaise en Allemagne que sur présentation d'un affidavit tel que le prévoit le paragraphe 2 de la loi allemande contre l'évasion des capitaux du 24 décembre 1920 (*Reichsgesetzblatt* 1921, page 33).

3. — Un tel affidavit pourra n'être exigé qu'en ce qui concerne les ordres de personnes physiques ou juridiques ou de sociétés établies en Haute Silésie polonaise ; dans ce cas, on s'en tiendra, pour ce qui concerne l'exécution d'ordres de per-

ein Jahr vor dem für die Auflösung in Aussicht genommenen Zeitpunkte der deutschen Regierung mitzuteilen; die deutsche Regierung wird die polnische Regierung hiervon binnen 14 Tagen in Kenntnis setzen. Vor Ablauf eines Jahres seit der Kundgebung der Auflösungsabsicht dürfen die Niederlassungen nur mit Zustimmung der polnischen Regierung aufgelöst werden. Wird die Zustimmung verweigert, so entscheidet auf Anrufen der Bank die im Artikel 329 vorgesehene Kommission.

(2) Die polnische Regierung verpflichtet sich, für den Fall, daß sie die Zustimmung nicht erteilt, die Bank für jeden Tumultschaden, den die Niederlassung in der Zeit zwischen dem Antrag auf Zustimmung und ihrer nachträglichen Erteilung oder dem Tage des Währungswechsels erleiden sollte, zu entschädigen.

(3) Im übrigen, namentlich hinsichtlich der Tumultschäden der außerhalb von Katowic in Polnisch-Oberschlesien unterhaltenen Bankniederlassungen, bleibt es bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

§ 3

(1) Als eine Auflösung der Bankniederlassungen im Sinne der §§ 1, 2 dieses Artikels wird es nicht angesehen, wenn die Geschäfte der Niederlassungen der Bank für Handel und Industrie auf die Oberschlesische Diskontobank A. G., die Geschäfte der Niederlassungen der Deutschen Bank auf den Oberschlesischen Bankverein A. G., die Geschäfte der Niederlassungen der Dresdner Bank auf die Oberschlesische Bank A. G. übertragen werden. In diesem Falle kommen für die Banken, auf welche die Geschäfte übertragen worden sind, die Bestimmungen des Kapitels 2 dieses Titels zur Anwendung. Für die Übertragung bedarf es nicht der Zustimmung der polnischen Regierung.

(2) Die Oberschlesische Diskontobank A. G., der Oberschlesische Bankverein A. G. und die Oberschlesische Bank A. G. gelten als »Schwesternanstalten« im Sinne des Artikels 321 Abs. 1.

§ 4

(1) Für die Zeit bis zum Eintritt des Währungswechsels verpflichten sich die vertragschließenden Teile, das Verbringen deutscher Reichsmark von den bezeichneten deutschen Bankniederlassungen zu anderen Betrieben derselben Banken in Deutschland und umgekehrt in keiner Weise zu beschränken oder zu erschweren.

(2) Soweit es sich nicht um die Versendung von Beträgen in der im Artikel 310 § 1 bezeichneten Höhe handelt, ist die polnische Regierung berechtigt, anzuordnen, daß die Bankniederlassungen Aufträge auf Versendung deutscher Reichsmark aus Polnisch-Oberschlesien nach Deutschland nur ausführen dürfen, wenn ein Affidavit im Sinne des § 2 des deutschen Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. Dezember 1920 (Reichsgesetzbl. 1921 S. 33) eingereicht wird

(3) Die Einführung eines solchen Affidavit kann auf die Aufträge in Polnisch-Oberschlesien ansässiger natürlicher oder juristischer Personen oder Gesellschaften beschränkt werden. Wird von dieser Beschränkung Gebrauch gemacht, so bewendet es hinsicht-

sonnes physiques et juridiques ou de sociétés établies dans d'autres parties de la Pologne, aux dispositions ordinaires du droit polonais. Les succursales allemandes ne sont pas obligées de vérifier l'exactitude des indications d'un commettant, notamment celles qui concernent son siège ou son domicile.

§ 5

Lors de l'octroi à une personne physique ou juridique ou à une société établie en Haute Silésie polonaise d'un crédit en monnaie allemande par la succursale d'une banque allemande établie en Haute Silésie polonaise, les succursales mentionnées au paragraphe 1 du présent article n'ont besoin ni de l'autorisation de la Reichsbank ni de celle du Gouvernement allemand. L'autorisation des pouvoirs polonais correspondants n'est pas non plus nécessaire lorsque des crédits en marks allemands sont accordés à des personnes physiques ou juridiques ou à des sociétés établies en Allemagne.

Article 312

La Commission mixte est compétente pour trancher les contestations qui pourraient s'élever entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais au sujet de l'interprétation ou de l'application des articles 306, 307, paragraphe 6, 309, 310 et 311, paragraphe 4.

Article 313

1. — Le Tribunal arbitral est compétent pour trancher les contestations qui pourraient s'élever au sujet des droits des banques désignées à l'article 311, paragraphe 1, alinéa 1, ainsi que de la Reichsbank, qui résultent de la violation des droits stipulés à l'article 311, paragraphe 1, alinéas 3, 4 et 5.

2. — Il est également compétent pour déterminer le droit des banques à des dommages et intérêts ainsi que le montant de ces dommages et intérêts, conformément à l'article 311, paragraphe 2, alinéa 2.

Chapitre II

Banques

Article 314

Les succursales des banques ci-dessous énumérées pourront continuer leurs affaires sans limitation aucune. Elles sont désignées dans le présent chapitre sous le titre abrégé de succursales.

a) en Haute Silésie polonaise :

La Bank für Handel und Industrie (succursales à Katowice, Mysłowice et Rybnik).

La Deutsche Bank (succursale à Katowice).
La Dresdner Bank (succursales à Katowice, Królewska Huta et Tarnowskie Góry).

b) dans la partie allemande du territoire plébiscité :

La Bank Przemysłowa w Poznaniu (succursales à Ratibor, Gleiwitz et Beuthen).

La Polski Bank Handlowy w Poznaniu (succursales à Beuthen et Hindenburg).

lich der Ausführung von Aufträgen solcher natürlicher oder juristischer Personen oder Gesellschaften, die in anderen polnischen Gebietsteilen ansässig sind, bei den allgemeinen polnischen Vorschriften. Die deutschen Bankniederlassungen sind nicht verpflichtet, die Richtigkeit der Angaben eines Auftraggebers, insbesondere die Angaben über seinen Sitz oder Wohnsitz, nachzuprüfen.

§ 5

Bei der Einräumung eines auf Reichswährung lautenden Kredits an in Polnisch-Oberschlesien ansässige natürliche oder juristische Personen oder Gesellschaften bedürfen die in § 1 bezeichneten, in Polnisch-Oberschlesien vorhandenen Niederlassungen deutscher Banken weder der Genehmigung der Reichsbank, noch der Genehmigung der deutschen Regierung. Ebenso wenig bedarf es einer Genehmigung der entsprechenden polnischen Stellen, soweit auf Reichsmark lautende Kredite an in Deutschland ansässige natürliche oder juristische Personen oder Gesellschaften gegeben werden.

Artikel 312

Die Gemischte Kommission ist zuständig für Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung des Artikels 306, des Artikels 307 § 6, der Artikel 309, 310 und des Artikels 311 § 4.

Artikel 313

(1) Das Schiedsgericht ist zuständig für Streitigkeiten über Ansprüche der im Artikel 311 § 1 Abs. 1 bezeichneten Banken und der Reichsbank wegen Verletzung der im Artikel 311 § 1 Abs. 3, 4 und 5 festgesetzten Rechte.

(2) Das Schiedsgericht ist ferner zuständig zur Entscheidung über die im Artikel 311 § 2 bezeichneten Schadensersatzansprüche der Banken nach Grund und Betrag.

Kapitel 2

Banken

Artikel 314

Die Niederlassungen der nachstehend aufgezählten Banken (in diesem Kapitel abgekürzt „Bankniederlassungen“ bezeichnet) können ihren Geschäftsbetrieb im Abstimmungsgebiet in vollem Umfang fortführen,

a) in Polnisch-Oberschlesien :

die Bank für Handel und Industrie (Niederlassungen in Katowitz, Mysłowic und Rybnik),

die Deutsche Bank (Niederlassung in Katowitz),
die Dresdner Bank (Niederlassungen in Katowitz, Königshütte und Tarnowitz),

b) im deutschen Teil des Abstimmungsgebietes :

die Bank Przemysłowa (Niederlassungen in Ratibor, Gleiwitz und Beuthen),
die Polski Bank Handlowy (Niederlassungen in Beuthen und Hindenburg).

Si la *Direktion der Diskonto-Gesellschaft* décide d'ouvrir une succursale à Katowice, les dispositions du présent chapitre seront aussi applicables à cette succursale.

Article 315

§ 1

Les succursales ne seront soumises à aucune restriction qui ne serait également applicable aux autres banques, tant nationales qu'étrangères. Elles peuvent conserver leur firme sans aucune modification, notamment sans addition ni traduction.

§ 2

La langue en usage au siège central reste la langue commerciale des succursales tant en ce qui concerne leurs affaires que leurs livres. Les succursales polonaises qui, avant l'entrée en vigueur des dispositions du présent chapitre, recevaient des dépôts, même si elles ne se sont pas conformées aux dispositions du paragraphe 9, alinéa 1, de la loi sur l'évasion des capitaux du 24 décembre 1920, pourront continuer à en recevoir tant que les dispositions du présent chapitre resteront en vigueur. Elles devront désormais se conformer à la législation allemande concernant l'évasion des capitaux.

§ 3

1. — Les succursales ne pourront être soumises, sous aucun rapport, à des conditions plus défavorables que celles auxquelles sont soumises les autres banques ou succursales nationales. Elles seront entre autres autorisées à faire des opérations de change comme *Devisenbanken* — *banki dewizowe*. Les prescriptions relatives aux changes devront être observées, sous réserve des dispositions de l'article 321.

2. — Les succursales ne pourront pas être soumises à des dispositions spéciales ou à des impôts spéciaux qui seraient édictés ou introduits en raison de leur caractère particulier de succursales, et spécialement de succursales de banques étrangères.

§ 4

Pour l'imposition des succursales des banques des deux pays, on prendra uniquement en considération le capital de dotation, le chiffre d'affaires et les bénéfices de la succursale elle-même ; le capital, le chiffre d'affaires et les bénéfices du siège central ne seront pas pris en considération. Les Parties contractantes conviennent de fixer, pour la période pendant laquelle les dispositions du présent chapitre resteront en vigueur, le capital de dotation des succursales comme suit :

- a) 1^o Pour la *Bank für Handel und Industrie* :
à Katowice Mk. 2,000,000.—
à Mysłowice » 300,000.—
à Rybnik » 100,000.—
- 2^o Pour la *Deutsche Bank* :
à Katowice Mk. 2,400,000.—
- 3^o Pour la *Direktion der Disconto-Gesellschaft* :
à Katowice Mk. 2,000,000.—

Sollte die Direktion der Diskontogesellschaft une Niederlassung in Katowic eröffnen, so gelten die Bestimmungen dieses Kapitels auch für diese Niederlassung.

Artikel 315

§ 1

Die Bankniederlassungen werden keinen Beschränkungen unterworfen sein, denen nicht auch andere Banken — insländische und ausländische — unterliegen. Sie dürfen ihre bisherige Firma unverändert, also namentlich ohne Zusatz und ohne Übersetzung, beibehalten.

§ 2

Die Sprache der Zentrale bleibt die Geschäftssprache in ihren Betrieben und in ihren Geschäftsbüchern. Die polnischen Bankniederlassungen dürfen für die Dauer der Geltung der Bestimmungen dieses Kapitels in dem deutschbleibenden Teile des Abstimmungsgebiets Depot- und Depositengeschäfte betreiben, auch wenn sie diese Geschäfte bisher ohne das Vorliegen der Voraussetzungen im § 9 Absatz 1 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. Dezember 1920 (Reichsgesetzbl. 1921 S. 33) betrieben haben. Sie haben sich fortan nach der deutschen Kapitalfluchtgesezgebung zu richten.

§ 3

(1) Die Bankniederlassungen dürfen in keiner Beziehung schlechter gestellt werden als andere insländische Banken und Bankniederlassungen. Insbesondere müssen sie auch als Devisenbanken bestellt werden. Die Devisenvorschriften sind, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 321, zu beobachten.

(2) Die Bankniederlassungen dürfen keinen Sonderbestimmungen oder Sonderbesteuerungen unterworfen werden, die aus ihrem Charakter als Zweigniederlassungen, insbesondere als Niederlassungen ausländischer Banken, hergeleitet werden.

§ 4

Für die steuerliche Behandlung der beiderseitigen Bankniederlassungen ist ohne Rücksicht auf Kapital, Umsätze und Erträge der Zentralen, ausschließlich das Dotationskapital, die Umsätze und Erträge der Niederlassungen selbst maßgebend. Die vertragsschließenden Teile sind darüber einig, daß für die Geltungsdauer dieses Kapitels als Dotationskapitalien gelten bei den Niederlassungen:

- a) 1. der *Bank für Handel und Industrie*
in Katowic 2 000 000 M.,
in Mysłowic 300 000 »
in Rybnik 100 000 »
2. der *Deutschen Bank*
in Katowic 2 400 000 »
3. der *Direktion der Disconto-Gesellschaft*
in Katowic 2 000 000 »

4^e Pour la *Dresdner Bank*:

à Katowice	Mk. 2,000,000.—
à Królewska Huta ..	» 500,000.—
à Tarnowskie Góry ..	» 500,000.—

b) 1^e Pour la *Bank Przemysłowców w Poznaniu*:

à Katibor	Mk. 500,000.—
à Gleiwitz	» 500,000.—
à Beuthen	» 1,000,000.—

2^e Pour la *Polski Bank Handlowy w Poznaniu*:

à Beuthen	Mk. 500,000.—
à Hindenburg	» 500,000.—

Article 316

Les deux Parties contractantes s'engagent à s'abstenir de toute immixtion dans la gestion et l'administration des succursales. En particulier, elles ne soumettront pas celles-ci à des mesures législatives ou administratives, ou encore à un contrôle de l'Etat, qui ne seraient pas imposés de la même manière et dans la même mesure aux autres banques, nationales et étrangères.

Article 317

§ 1

Sous réserve de toutes dispositions législatives qui seraient également applicables à tous les nationaux, la fortune des banques ou de leurs succursales, et des employés des succursales, est inviolable. Ces dispositions s'appliquent notamment aux biens immobiliers des banques, y compris les maisons destinées aux employés des succursales.

§ 2

Dans le cas d'expropriation d'un bien d'une personne débitrice d'une succursale allemande, la Pologne devra rembourser à la succursale sa créance jusqu'à concurrence de l'indemnité mentionnée à l'article 22, lorsque la succursale en question administre ou fait administrer le bien sujet à expropriation. La Pologne mettra la somme en consignation en cas de contestation de la part du propriétaire, ou si la consignation est admise par le droit en vigueur.

Article 318

1. — Les succursales allemandes seront autorisées à acquérir des immeubles dans les deux parties du territoire polonais sans être tenues de faire une demande spéciale à ce sujet, toutes les fois que l'acquisition des immeubles en question sera nécessaire pour éviter des pertes provenant d'hypothèques qui, à la date du transfert de la souveraineté, appartenaient aux dites succursales ou aux sièges centraux.

2. — Les succursales sont tenues de notifier officiellement au Voïvode de Silésie ou au *Landrat* compétent leur intention d'acquérir l'immeuble, en indiquant le montant de la créance, des intérêts et des frais. Si la vente aux enchères de l'immeuble est ordonnée, cette notification doit avoir lieu au moins un mois avant la date fixée pour les enchères.

3. — Pour empêcher l'acquisition d'un immeuble par une succursale, chaque Gouvernement pourra, dans le délai d'un mois à dater de la notification officielle ci-dessus mentionnée, rembourser la créance avec intérêts et frais, et dans ce cas la

4. der <i>Dresdner Bank</i>		
in Katowic	2 000 000	»
in Königshütte	500 000	»
in Tarnowitz	500 000	»
b) 1. der <i>Bank Przemysłowców</i>		
in Katibor	500 000	»
in Gleiwitz	500 000	»
in Beuthen	1 000 000	»
2. der <i>Polski Bank Handlowy</i>		
in Beuthen	500 000	»
in Hindenburg	500 000	»

Artikel 316

Die vertraglichliegenden Teile werden sich jeder Einmischung in die Geschäftsführung und Verwaltung der Bankniederlassungen enthalten. Insbesondere werden sie die Bankniederlassungen keine gesetzlichen oder Verwaltungsmaßnahmen, auch keiner Staatsaufsicht, unterwerfen, die nicht in gleicher Weise und in gleichem Umfang anderen Banken — inlandischen und auslandischen — auferlegt werden.

Artikel 317

§ 1

Jeder Eingriff des Staates in das Vermögen der Banken und das ihrer Angestellten ist, vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen, die auch auf die eigenen Staatsangehörigen Anwendung finden, ausgeschlossen. Dies gilt namentlich auch für die Grundstücke der Banken einschließlich der Beamtenwohnhäuser.

§ 2

Werden Vermögenswerte enteignet, die von deutschen Bankniederlassungen selbst oder zu ihren Gunsten von einem Dritten verwaltet werden, so ist Polen verpflichtet, die Bankniederlassungen wegen ihrer Forderungen gegen den Eigentümer bis zur Höhe der im Artikel 22 bezeichneten Entschädigung zu befriedigen. Widerspricht der Eigentümer, oder liegt ein gesetzlicher Hinterlegungsgrund vor, so hat Polen den Betrag zu hinterlegen.

Artikel 318

(1) Die Bankniederlassungen sind, ohne daß es eines besonderen Antrags bedarf, zum Erwerbe von Grundstücken in den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets berechtigt, soweit der Erwerb des Grundstücks zur Vermeidung von Verlusten aus einer Hypothek erforderlich ist, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit den Niederlassungen oder ihren Zentralen zustand.

(2) Die Bankniederlassungen haben ihre Absicht, das Grundstück zu erwerben, dem Wojewoden von Schlesien oder dem zuständigen Landrat unter Angabe der Höhe der Forderung, der Zinsen und der Kosten förmlich mitzuteilen. Ist die Zwangsversteigerung des Grundstücks angeordnet, so muß die Mitteilung mindestens einen Monat vor dem Versteigerungstermin erfolgen.

(3) Die Regierungen sind berechtigt, um den Erwerb des Grundstücks durch die Bankniederlassung abzuwenden, die Gläubigerin innerhalb eines Monats seit Zustellung der Mitteilung wegen ihrer Forderung einschließlich Zinsen und Kosten zu be-

créance et l'hypothèque passeront à l'Etat. Chaque Partie contractante pourra désigner des personnes physiques ou juridiques qui pourront acquérir la créance et l'hypothèque à sa place.

Article 319

Les succursales des banques allemandes s'efforceront de fournir les fonds nécessaires pour les besoins du crédit de la Haute Silésie polonaise et ce, dans la même mesure et d'après les mêmes principes que par le passé.

Article 320

Le Gouvernement polonais accordera la protection nécessaire aux transports d'argent des succursales des banques allemandes.

Article 321

1. — Sans préjudice des obligations des succursales résultant de l'article 315, relatives aux prescriptions concernant le change, les Parties contractantes s'engagent à ne pas entraver la communication des succursales entre elles, et avec l'Allemagne, et notamment à ne mettre aucun obstacle aux opérations de compensation, à l'envoi de lettres, de marks allemands, lettres de change, valeurs et chèques stipulés payables en marks allemands, ainsi qu'aux communications télégraphiques et téléphoniques avec les sièges centraux et les succursales du pays d'origine.

2. — Les Gouvernements s'engagent, en édictant des prescriptions relatives aux changes, à prendre en considération dans la plus large mesure possible, les besoins économiques du territoire plébiscité.

Article 322

§ 1

1. — Les banques et succursales ont toute liberté dans le choix de leur personnel.

2. — Elles devront faire parvenir, aussitôt que possible après le transfert de la souveraineté, la liste de leur personnel au *Landrat* ou au staroste compétent; les listes devront être constamment tenues à jour.

§ 2

Les deux Parties contractantes ne prendront et n'admettront aucune mesure d'exception de nature à entraver l'activité du personnel des succursales ou à nuire aux affaires.

§ 3

Des difficultés ne pourront être faites au personnel des succursales au sujet de leur séjour, en raison de leur nationalité ou en raison du fait qu'ils ne connaissent pas la langue officielle.

§ 4

Les Parties contractantes faciliteront autant que possible l'entrée dans leur territoire du personnel des succursales. De plus, les personnes envoyées pour le contrôle des succursales ou pour d'autres raisons d'affaires recevront sans délai leurs passeports, ainsi que les visas nécessaires, pourvu que des raisons personnelles graves ne s'opposent pas à leur entrée dans le territoire.

friedigen; in diesem Falle gehen die Forderung und die Hypothek auf den betreffenden Staat über. Die vertragsschließenden Teile sind berechtigt, eine natürliche oder juristische Person zu bezeichnen, die die Forderung und der Hypothek an Stelle des Staates erwerben kann.

Artikel 319

Die deutschen Bankniederlassungen werden bemüht sein, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses von Polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen.

Artikel 320

Die polnische Regierung wird den Geldtransporten der deutschen Bankniederlassungen den erforderlichen Schutz angedeihen lassen.

Artikel 321

(1) Unbeschadet der sich aus Artikel 315 ergebenden Verpflichtung der Bankniederlassungen, die Devisenvorschriften zu beobachten, wird den Niederlassungen ungehinderter Verkehr untereinander und mit Deutschland gewährleistet; insbesondere dürfen dem Verrechnungsverkehr, der Versendung von Briefen, ferner von Reichsmark, von auf Reichsmark lautenden Scheinen, Wechseln und Wertpapieren sowie dem telegraphischen und telefonischen Verkehr mit den Zentralen und den Schwesternanstalten im Heimatlande keine Hindernisse bereitet werden.

(2) Die Regierungen verpflichten sich, bei Erlass von Devisenvorschriften die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Abstimmungsgebiets in vollstem Maße zu berücksichtigen.

Artikel 322

§ 1

(1) Die Banken und ihre Niederlassungen genießen volle Freiheit in der Auswahl des Personals.

(2) Als bald nach dem Übergange der Staatshoheit haben sie dem zuständigen Landrat oder Starosten eine Liste ihres Personals einzureichen. Die Listen sind ständig auf dem Laufenden zu erhalten.

§ 2

Die vertragsschließenden Teile werden keine Sondermaßnahmen einführen oder zulassen, die geeignet ist, die Tätigkeit des Personals der Bankniederlassungen zu behindern oder die Geschäftsführung zu beeinträchtigen.

§ 3

Dem Personal der Banken dürfen deshalb, weil es nicht die inländische Staatsangehörigkeit besitzt oder die Amtssprache nicht beherrscht, Aufenthaltserschwerungen nicht bereitet werden.

§ 4

Die vertragsschließenden Teile werden dem Personal der Bankniederlassungen die Einreise in ihr Gebiet nach Möglichkeit erleichtern. Die zur Kontrolle der Niederlassungen oder aus anderen geschäftlichen Gründen entsandten Personen werden ohne Verzug die notwendigen Pässe und Visa erhalten, falls nicht wichtige in ihrer Person liegende Gründe ihrer Einreise entgegenstehen.

§ 5

Dans l'exercice du droit, réservé à l'article 44, les Parties contractantes tiendront compte des besoins d'affaires des succursales.

Article 323

§ 1

1. — Le personnel des succursales jouira des avantages prévus par la législation en matière de protection des locataires; il pourra conserver ses logements sans réduction du nombre de pièces.

2. — Le personnel nouvellement engagé sera traité, en ce qui concerne la répartition des logements, comme le sont les nationaux dans des cas urgents.

3. — En cas de changements de personnel, les successeurs pourront reprendre les logements de leurs prédécesseurs, ou bien d'autres logements équivalents seront mis à leur disposition.

§ 2

Le personnel des succursales jouira des droits que les articles 33, 34 et 35, paragraphes 1 et 2, confèrent à des personnes qui ont opté. Le délai prévu à l'article 33, alinéa 1, court à dater du jour où ils abandonnent leur service dans la succursale.

Article 324

1. — Les banques présenteront, dans les six premiers mois de chaque année financière, leur bilan d'ensemble aux autorités désignées par le Gouvernement dans les districts où leurs succursales ont leur siège. Une copie de ce bilan devra être envoyée en même temps au registre du commerce.

2. — Ce bilan devra être publié une fois en tout cas dans la langue officielle, dans une feuille officielle désignée par le Gouvernement. Si le Gouvernement le requiert, il sera également publié dans une autre feuille paraissant dans le territoire plébiscité.

3. — Les deux Gouvernements accorderont des délais supplémentaires si, dans des cas spéciaux, le délai de six mois n'est pas suffisant pour la confection du bilan.

4. — En outre, les succursales feront parvenir chaque mois leur bilan brut mensuel aux autorités prévues à l'alinéa 1.

Article 325

1. — Chacune des banques est tenue de désigner pour chaque succursale un mandataire ou un fondé de pouvoirs dont le domicile devra être au siège de la succursale.

2. — Le mandataire ou le fondé de pouvoirs doit être autorisé à recevoir toutes les assignations et communications concernant la succursale, ainsi que les notifications officielles destinées au siège central.

Article 326

La création de nouvelles succursales, de caisses de dépôts, d'agences ou de comptoirs, n'est autorisée qu'avec l'assentiment du Gouvernement du pays dans le territoire duquel la création est envisagée.

§ 5

Bei der Handhabung des im Artikel 44 vorbehalteten Rechts werden die vertragsschließenden Teile den geschäftlichen Bedürfnissen der Bankniederlassungen Rechnung tragen.

Artikel 323

§ 1

(1) Das Personal der Bankniederlassungen genießt die Vorteile der Gesetzgebung zum Schutz der Mieter; es darf seine Wohnräume behalten und in der Zahl dieser Räume nicht beschränkt werden.

(2) Neu eingestelltes Personal wird bei der Verteilung der Wohnräume wie die eigenen Staatsangehörigen im Dringlichkeitsfalle behandelt werden.

(3) Tritt ein Wechsel im Personal ein, so sind dem Nachfolger die Wohnräume seines Vorgängers zu überlassen oder andere gleichwertige Wohnräume zur Verfügung zu stellen.

§ 2

Das Personal der Banken genießt die Rechte, die in den Artikeln 33 und 34 und im Artikel 35 §§ 1, 2 den Personen eingeräumt sind, die das Optionsrecht ausgeübt haben. Der Lauf der im Artikel 33 Abs. 1 bestimmten Frist beginnt mit dem Tage, an dem die Bankangestellten ihren Dienst bei der Niederlassung verlassen.

Artikel 324

(1) In den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahrs haben die Banken den von der Regierung zu bezeichnenden Behörden des Bezirkes, in dem sich die Niederlassung befindet, ihre Gesamtbilanz vorzulegen. Gleichzeitig ist eine Abschrift der Bilanz zum Handelsregister einzureichen.

(2) Die Bilanz ist einmal in einem von der Regierung zu bestimmenden amtlichen Blatte in der Amtssprache zu veröffentlichen. Auf Anordnung der Regierung hat die Veröffentlichung außerdem in einem anderen im Abstimmungsgebiet erscheinenden Blatte zu erfolgen.

(3) Sollte die Frist von sechs Monaten im Einzelfalle für die Fertigstellung der Bilanz nicht ausreichen, so werden die Regierungen Nachfristen gewähren.

(4) Außerdem haben die Bankniederlassungen allmonatlich ihre Monats-Bruttobilanz den im Abs. 1 bezeichneten Behörden vorzulegen.

Artikel 325

(1) Jede der Banken ist verpflichtet, für jede Niederlassung einen bevollmächtigten Vertreter oder einen Prokurranten mit dem Wohnsitz am Sitz der Niederlassung zu bestellen.

(2) Der Vertreter oder Prokurrant muss ermächtigt werden, alle Ladungen und Verfügungen für die Bankniederlassung sowie Zustellungen für die Zentrale in Empfang zu nehmen.

Artikel 326

Die Errichtung von weiteren Niederlassungen, Depositenkassen, Agenturen oder Geschäftsstellen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet, in deren Gebiet die Errichtung beabsichtigt wird.

Article 327

Reste en dehors du présent chapitre la question de savoir dans quelle mesure les banques et les banquiers peuvent au surplus continuer à exploiter ou à ouvrir des banques dans le territoire plébiscité conformément à la législation alors en vigueur.

Article 328

Les dispositions du présent chapitre cesseront d'être en vigueur après quinze ans à dater du transfert de la souveraineté. Elles pourront être dénoncées par chacune des Parties contractantes dès le jour où le remplacement de la monnaie allemande par la monnaie polonaise aura été annoncé conformément à l'alinéa 2 de l'article 306. La dénonciation ne pourra déployer ses effets que trois ans après avoir été faite.

Article 329

Toutes les divergences qui pourraient surgir entre les Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'exécution des dispositions du présent chapitre, doivent être soumises, au plus tard dans les trois mois, à une Commission financière créée pour chaque cas particulier et se composant de deux représentants de chaque pays. Si les représentants des deux pays n'arrivent pas à se mettre d'accord, ils choisiront un tiers arbitre. S'ils ne s'entendent pas sur le choix de ce tiers arbitre, le président de la Confédération suisse sera prié de le désigner.

Artikel 327

Die Frage, inwieweit im übrigen Banken und Bankiers nach Maßgabe der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen befugt sind, innerhalb des Abschnittsgebiets bestehende Bankgeschäfte weiter zu betreiben, oder neue Bankgeschäfte zu eröffnen, wird durch die Bestimmungen dieses Kapitels nicht berührt.

Artikel 328

Die Bestimmungen dieses Kapitels treten mit dem Ablauf von 15 Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit außer Kraft. Sie können von dem Zeitpunkt ab, an dem in Gemäßheit des Artikels 306 Abs. 2 die Einführung der polnischen Währung an Stelle der deutschen Währung angekündigt wird, von jedem der vertragsschließenden Teile gekündigt werden. Die Kündigung wird drei Jahre nach ihrer Erklärung wirksam.

Artikel 329

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den vertragsschließenden Teilen über die Auslegung oder Durchführung der Bestimmungen dieses Kapitels sollen spätestens nach Ablauf von drei Monaten einer Finanzkommission zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Kommission soll von Fall zu Fall gebildet und aus je zwei Vertretern der beiden Staaten zusammengesetzt werden. Können die Vertreter der beiden Staaten sich nicht einigen, so wählen sie einen Obmann, um dessen Ernennung, falls ein Einvernehmen nicht zu erzielen ist, der schweizerische Bundespräsident gebeten werden soll.

Titre IV**Charbons et produits miniers****Article 330**

1. — Conformément à l'article 90 du Traité de Paix de Versailles, la Pologne autorisera, pendant une période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, l'exportation en Allemagne de charbon, de coke, de briquettes de charbon, de minerais de fer, de minerais de zinc et de minerais de plomb provenant de la Haute Silésie polonaise.

2. — L'Allemagne couvrira ses besoins en recourant sans intermédiaires au marché libre ou aux producteurs. La Pologne n'assume aucune garantie en ce qui concerne les quantités à recevoir par l'Allemagne.

Article 331

En ce qui concerne le charbon, le coke et les briquettes de charbon, il sera tenu compte, dans l'application de l'article 330, des dispositions des différents traités de paix, des décisions et accords internationaux entre l'Allemagne, la Pologne et les États intéressés directement ou indirectement à l'importation des produits ci-dessus désignés, dans la mesure où ces traités de paix, décisions et accords comportent, quant à ces produits, des obligations pour l'Allemagne et pour la Pologne.

Article 332

1. — L'Allemagne autorisera, pendant une période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, l'exportation, à destination de la Haute Silésie polonaise, de charbon, de coke, de briquettes de charbon, de minerais de zinc, de minerais de plomb et de minerais de fer provenant de son territoire, dans les conditions prévues à l'article 90 du Traité de Paix de Versailles.

2. — L'Allemagne n'assume aucune garantie en ce qui concerne les quantités de charbon, de coke et de briquettes de charbon à recevoir par la Pologne.

Article 333

L'obligation de l'Allemagne, spécifiée à l'article 332, est limitée à la moyenne des quantités exportées d'Allemagne à destination de la Haute Silésie polonaise pendant les années de 1911 à 1913. Ces quantités seront déterminées immédiatement après le tracé définitif de la frontière, d'après la moyenne des exportations effectuées pendant les années de 1911 à 1913.

Article 334

1. — Jusqu'au moment de l'évaluation définitive prévue à l'article 333, l'Allemagne autorisera l'exportation de son territoire en Haute Silésie polonaise de quantités de minerais de zinc et de minerais de plomb, calculées d'après les données de l'annexe jointe au présent titre.

Titel IV
Kohle, Bergwerkserzeugnisse**Artikel 330**

(1) Polen wird gemäß Artikel 90 des Friedensvertrags von Versailles während eines Zeitraums von 15 Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit die Ausfuhr von Steinkohle, Steinkohlenkoks, Stein-kohlenbriketts, Eisenerzen, Zinkerzen und Bleierzen Polnisch-Oberschlesiens nach Deutschland gestatten.

(2) Deutschland wird sich unmittelbar im freien Handel erster Hand eindecken. Polen übernimmt keine Garantie dafür, daß Deutschland bestimmte Mengen erhalten wird.

Artikel 331

Bezüglich Steinkohle, Steinkohlenkoks und Stein-kohlenbriketts werden bei Anwendung der Bestim-mungen des Artikels 330 die Bestimmungen der ver-schiedenen Friedensverträge, Entscheidungen und internationalen Abmachungen zwischen Deutschland, Polen und den Staaten in Betracht gezogen werden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr der vorbezeichneten Erzeugnisse interessiert sind, soweit die Verträge für Deutschland und für Polen Ver-pflichtungen zur Lieferung dieser Erzeugnisse ent-halten.

Artikel 332

(1) Deutschland wird während eines Zeitraums von 15 Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit die Ausfuhr von Steinkohle, Steinkohlenkoks, Stein-kohlenbriketts, Zinkerzen, Bleierzen und Eisenerzen seines Gebiets nach Polnisch-Oberschlesien zu den im Artikel 90 des Friedensvertrags von Versailles vor-gesehenen Bedingungen gestatten.

(2) Deutschland übernimmt keine Garantie dafür, daß Polen bestimmte Mengen an Steinkohle, Stein-kohlenkoks und Stein-kohlenbriketts erhalten wird.

Artikel 333

Die im Artikel 332 festgesetzte Verpflichtung Deutschlands ist mengemäßig begrenzt auf den Durch-schnitt der Ausfuhrmengen aus Deutschland nach Polnisch-Oberschlesien in den Jahren 1911 bis 1913. Diese Mengen werden alsbald nach der endgültigen Festsetzung der Grenze nach dem Durchschnitt der Ausfuhr der Jahre 1911 bis 1913 ermittelt werden.

Artikel 334

(1) Bis zu der im Artikel 333 vorgesehenen end-gültigen Berechnung wird Deutschland die Ausfuhr von Zinkerzen und Bleierzen aus seinem Gebiete nach Polnisch-Oberschlesien in den Mengen gestatten, die sich aus den in der Anlage dieses Titels enthaltenen Angaben ergeben.

2. — Quant à l'exportation de minerais de fer, le chiffre en sera fixé à 100.000 tonnes par an, en attendant l'évaluation définitive. Sans assumer un engagement ou une responsabilité quelconque, l'Allemagne s'emploiera à faciliter autant que possible les approvisionnements de la Pologne en minerais de fer.

Article 335

La Commission mixte compétente pour trancher les contestations qui s'élèveraient entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement allemand au sujet de l'interprétation ou de l'application des dispositions de l'article 330, alinéa 1, de l'article 331, de l'article 333, de l'article 334, alinéa 2, phrase 1.

(2) Die Ausfuhrziffer für Eisenerze wird bis zur endgültigen Feststellung auf jährlich 100 000 t festgesetzt. Deutschland wird, ohne damit irgendeine Verpflichtung oder Verantwortung zu übernehmen, es sich angelegen sein lassen, Polen den Bezug von Eisenerzen zu erleichtern.

Artikel 335

Für Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung des Artikels 330 Abs. 1, der Artikel 331, 333 und des Artikels 334 Abs. 2 Satz 1 ist die Gemischte Kommission zuständig.

Annexe (Article 334).

Anlage zu Titel IV

Évaluation Provisoire des chiffres d'exportation de Minerais de zinc et de plomb

a) D'après la statistique du mouvement des marchandises sur les chemins de fer allemands et celle de la navigation intérieure, l'Allemagne, sans compter la Haute Silésie, a exporté de 1911 à 1913, une moyenne annuelle de 3,600 tonnes de minerais de zinc et de plomb à destination de la Haute Silésie polonaise.

b) Les mines de zinc et de plomb de la partie allemande du territoire plébiscité ont exporté de 1911 à 1913, à destination de la Haute Silésie polonaise, les quantités moyennes suivantes:

Mines restant à l'Allemagne	1911		1912		1913	
	Zinc	Plomb	Zinc	Plomb	Zinc	Plomb
Arnold.....	—	—	—	—	201	—
Emiliensfreude ..	204	—	148	—	—	—
Friedrich.....	—	499	—	102	—	18
Jenny-Otto avec Fiedlerglück et Wilhelmsglück	33 709	12 713	28 024	10 571	39 649	9 956
Maria.....	3 407	108	3 339	8	3 126	168
Neue Viktoria...	12 350	662	13 940	923	16 788	1 147
Neuhof	29 026	3 029	31 148	3 203	33 517	3 882
Rococo.....	10 050	3 024	8 876	1 546	2 119	129
Au total	88 746	20 035	85 475	16 353	95 400	15 300

Il résulte de ces chiffres que la moyenne annuelle de 1911 à 1913 a été de 89,874 tonnes pour le minerai de zinc et de 17,230 pour le minerai de plomb. (Ces chiffres sont basés sur les données fournies par la Statistique des mines et métallurgies de Haute Silésie publiée par le *Berg- und Hüttenmännischer Verein*). Il faut encore y ajouter les quantités extraites des gisements des champs restant à l'Allemagne de la mine de Bleischarley.

Vorläufige Berechnung der Ausfuhrziffern für Zink- und Bleierze

a) Deutschland ohne Oberschlesien hat im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 nach der Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen und nach der Statistik der Binnenschiffahrt 3 600 t Zink- und Bleierze nach Polnisch-Oberschlesien ausgeführt.

b) Aus den deutschbleibenden oberschlesischen Zink- und Bleierzgruben sind im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 folgende Mengen nach Polnisch-Oberschlesien versandt worden:

Bei Deutschland verbliebene Gruben	1911		1912		1913	
	Zinf	Blei	Zinf	Blei	Zinf	Blei
Arnold.....	—	—	—	—	201	—
Emiliensfreude ..	204	—	148	—	—	—
Friedrich.....	—	499	—	102	—	18
Jenny-Otto mit Fiedlerglück und Wilhelmsglück	33 709	12 713	28 024	10 571	39 649	9 956
Maria.....	3 407	108	3 339	8	3 126	168
Neue Viktoria ...	12 350	662	13 940	923	16 788	1 147
Neuhof	29 026	3 029	31 148	3 203	33 517	3 882
Rococo.....	10 050	3 024	8 876	1 546	2 119	129
Zusammen	88 746	20 035	85 475	16 353	95 400	15 300

Danach ergibt sich als Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 für Zinkerze eine Menge von 89 874 t, für Bleierze eine Menge von 17 230 t. (Diese Zahlen stützen sich auf die Angaben in der Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Berg- und Hüttenmännischen Verein.) Dazu sind noch die Mengen zu zählen, die aus den bei Deutschland verbliebenen Feldern der Bleischarlengrube stammen.

Titre V**Eau****Chapitre premier****Installations publiques de distribution
des eaux****Première Section****Principes Généraux****Article 336.**

L'établissement hydraulique Adolfschacht près de Tarnowice, ainsi que les parties du réseau des conduites d'eau et les stations hydrauliques situées dans la partie polonaise du territoire plébiscité, en tant qu'elles appartiennent à la Prusse, deviennent, à la date du transfert de la souveraineté, propriété de la Pologne, avec tous les droits et obligations qui y sont attachés.

Article 337

Le transfert des installations qui passent à la Pologne conformément à l'article 336, s'effectuera sur la base d'un inventaire des objets meubles et immobiliers dont la cession est prévue, par l'entremise des délégués nommés à cet effet par les deux Parties contractantes.

Article 338**§ 1**

1. — La Pologne reconnaît à l'Allemagne, pour une période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, le droit exclusif d'utiliser les conduites d'eau de Zawada, de 400 et de 350 millimètres, entre Bobrek et Zaborze, pour autant qu'elles se trouvent en territoire polonais, ainsi que leurs embranchements desservant Biskupitz et le château d'eau de Chebzie (Morgenroth).

2. — Toutefois, tant qu'elle jouira de ce droit exclusif, l'Allemagne accordera à la Pologne, sur la demande de celle-ci, pour l'alimentation en eau de son territoire, l'usage du réservoir intérieur du château d'eau, de manière à éviter tout mélange des eaux de l'Adolfschacht et de Zawada. Les installations nécessaires à cet effet, au sujet desquelles les deux Gouvernements s'entendront, seront établies par l'Allemagne aux frais de la Pologne. L'Allemagne se charge de la surveillance, du service et de l'entretien du château d'eau, contre remboursement proportionnel des frais par la Pologne. La Pologne transmettra, par l'intermédiaire de l'administration allemande du service des eaux, les instructions nécessaires pour le service de la partie du château d'eau qu'elle utilise.

§ 2

1. — L'Allemagne accorde à la Pologne, pour une période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, le droit exclusif d'utiliser les

Titel V**Wasser****Kapitel I.****Die staatliche Wasserversorgungs-
anlage****A b s c h n i t t I****Allgemeine Grundsätze****Artikel 336**

Das Wasserwerk Adolfschacht bei Tarnowitz und die in Polnisch-Oberschlesien belegenen Teile des Wasserleitungsnetzes und der Wasserleitungsanlagen gehen, soweit sie im Eigentum des Preußischen Staates stehen, am Tage des Überganges der Staatshoheit mit allen Rechten und Pflichten in das Eigentum Polens über.

Artikel 337

Die Übergabe der nach Artikel 336 in das Eigentum Polens übergehenden Anlagen erfolgt auf Grund eines Verzeichnisses der zu übergebenden beweglichen und unbeweglichen Gegenstände durch Bevollmächtigte, die von den vertragshliegenden Teilen zu diesem Zwecke ernannt werden.

Artikel 338**§ 1**

(1) Polen räumt Deutschland für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit das ausschließliche Benutzungsrecht an der 400-mm- bzw. 350-mm-Zawadaer-Wasserleitung zwischen Bobrek und Zaborze, soweit sie auf polnischem Gebiete liegt, nebst ihren Anschlüssen nach Biskupitz und nebst dem Wasserturm in Morgenroth ein.

(2) Jedoch wird Deutschland während der Zeit seines ausschließlichen Benutzungsrechts Polen zur Versorgung seines Gebiets auf Verlangen die Benutzung des inneren Behälters des Wasserturms in der Weise gestatten, daß eine Vermengung des Adolfschachtwassers mit dem Zawadaer Wasser nicht stattfindet. Die hierzu erforderlichen, von den Regierungen zu vereinbarenden Einrichtungen werden auf Kosten Polens von Deutschland hergestellt. Deutschland übernimmt die Bewachung, Bedienung und Unterhaltung des Turmes gegen Erstattung der anteiligen Kosten durch Polen. Polen erteilt die für die Bedienung des ihm dienenden Turmteils erforderlichen Anweisungen durch Vermittlung der Verwaltung der deutschen Wasserversorgungsanlage.

§ 2

Deutschland räumt Polen auf die Dauer von fünfzehn Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit das ausschließliche Benutzungsrecht an den 350- und

conduites d'eau de l'Adolfschacht de 350 et 500 millimètres qui vont d'Adolfschacht à Królewska Huta (Königshütte) et à Chropaczów (Schlesiengrube) en passant par Beuthen, de même que la conduite d'Adolfschacht de 250 millimètres qui va de Pawłow (Paulsdorf) en passant par Zaborze, pour autant que ces conduites d'eau se trouvent en territoire allemand.

§ 3

1. — Chacun des deux États peut, avant l'expiration des quinze années, renoncer aux droits spécifiés aux paragraphes 1 et 2 du présent article moyennant préavis de six mois.

2. — Les installations devront être en bon état lors du transfert.

Article 339

§ 1

1. — La surveillance, le service et l'entretien des installations spécifiées au paragraphe 1 de l'article 338, incombe à l'Allemagne pendant la période où elle en aura l'usage. La surveillance, le service et l'entretien des installations spécifiées au paragraphe 2 de l'article 338, incombe à la Pologne pendant la période où elle en aura l'usage.

2. — Chacun des deux États permettra et facilitera autant que possible toutes les mesures que l'autre devra prendre pour assurer le bon entretien des installations spécifiées aux paragraphes 1 et 2 de l'article 338.

§ 2

Tant que dureront les droits spécifiés à l'article 338, chacune des deux Parties contractantes s'engage à donner aux personnes de l'autre partie qui doivent entretenir ou remettre en état les installations spécifiées à l'article 338, aide et protection dans l'exercice de leurs fonctions. Les Parties contractantes permettront que les matériaux et outils, ustensiles, etc., nécessaires pour entretenir ou remettre en état lesdites installations soient transportés d'un territoire à l'autre en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation.

§ 3

Tant que dureront les droits spécifiés à l'article 338, chacune des deux Parties contractantes s'engage, sans préjudice des dispositions de l'article 354, à ne rien changer aux prescriptions, en vigueur au moment du transfert de la souveraineté, qui ont été édictées pour protéger les installations spécifiées à l'article 338, paragraphes 1 et 2.

§ 4

Les deux Parties contractantes maintiendront, pendant quinze années, les prescriptions de police sanitaire en vigueur dans le territoire plébiscité au moment du transfert de la souveraineté, en tant qu'elles concernent la distribution des eaux.

500-mm-Adolfschachtleitungen, die von Adolfschacht über Beuthen nach Königshütte und nach Schlesiengrube führen, sowie an der Adolfschachtleitung von 250 mm ein, die über Zaborze nach Paulsdorf führt, soweit diese Leitungen sich auf deutschem Gebiete befinden.

§ 3

(1) Jeder der beiden Staaten ist berechtigt, die in den §§ 1, 2 dieses Artikels bezeichneten Rechte vor Ablauf der fünfzehn Jahre sechs Monate nach Amtseröffnung aufzugeben.

(2) Die Anlagen müssen sich bei der Übergabe in betriebsicherem Zustande befinden.

Artikel 339

§ 1

(1) Die Bewachung, Bedienung und Unterhaltung der im Artikel 338 § 1 bezeichneten Anlagen liegt während der Nutzungszeit Deutschland, die Bewachung, Bedienung und Unterhaltung der im Artikel 338 § 2 bezeichneten Anlagen während der Nutzungszeit Polen ob.

(2) Beide Staaten gestatten und erleichtern alle Maßnahmen, die der andere Staat ergreifen muß, um die im Artikel 338 §§ 1, 2 bezeichneten Anlagen in betriebsicherem Zustand zu erhalten.

§ 2

Die vertragsschließenden Teile gewährleisten für die Geltungsdauer der im Artikel 338 bezeichneten Rechte den Personen des anderen Staates, denen die Unterhaltung oder Instandsetzung der im Artikel 338 bezeichneten Anlagen obliegt, Schutz und Unterstützung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. Sie gestatten, daß die zur Unterhaltung oder Instandsetzung der Anlagen erforderlichen Materialien, Handwerkszeuge und Geräte frei von allen Ein- und Ausfuhrzöllen und von allen Ein- und Ausfuhrabgaben von einem Teile des Abstimmungsgebiets in den anderen gebracht werden.

§ 3

Unbeschadet der Vorschrift des Artikels 354 verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, für die Geltungsdauer der in Artikel 338 bezeichneten Rechte die zum Schutze der dortselbst in den §§ 1, 2 bezeichneten Anlagen erlassenen und zur Zeit des Überganges der Staatshoheit geltenden Vorschriften nicht abzuändern.

§ 4

Die vertragsschließenden Teile werden während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete geltenden gesundheitspolizeilichen Bestimmungen, soweit sie sich auf die Wasserversorgung beziehen, aufrechterhalten.

Article 340

§ 1

A dater du transfert de la souveraineté, la Pologne se substitue, dans les limites de la partie du territoire plébiscité qui lui est attribuée, à la Prusse, en ce qui concerne les contrats conclus par elle relativement à la fourniture d'eau et les obligations concernant la fourniture gratuite d'eau, sans préjudice des droits de la Pologne d'exiger le paiement vis-à-vis de tiers responsables.

§ 2

1. — Tant que dureront les droits spécifiés à l'article 338, l'Allemagne s'engage à fournir l'eau à Ruda, Rudzka Kuźnia (Rudahammer) et Glückauf-Kolonie, en quantités correspondant aux quantités fournies jusqu'à la date du transfert de la souveraineté, et la Pologne s'engage à fournir aux consommateurs en territoire allemand, alimentés en eau par les conduites de 350 et 500 millimètres mentionnées à l'article 338, paragraphe 2, l'eau en quantités correspondant à celles que ces consommateurs recevaient avant le transfert de la souveraineté, sauf dans le cas où l'une des deux Parties se chargerait elle-même, après préavis de six mois au moins, de fournir l'eau dans son territoire, pourvu qu'elle ne porte pas, en ce faisant, préjudice aux droits accordés par l'article 338 à l'autre Partie contractante.

2. — L'installation de nouveaux branchements et la conclusion de contrats comportant une augmentation de la fourniture d'eau, ne sont permises, en ce qui concerne les conduites ci-dessus mentionnées, que si les deux Gouvernements sont d'accord.

§ 3

La Pologne s'engage à fournir, pendant une période de quinze ans, l'eau aux communes de Friedrichswille et de Stollarzowitz, en quantités correspondant à celles qu'elles pouvaient exiger, conformément à leurs contrats avec la Prusse, à moins que l'Allemagne, avant l'expiration de ces quinze ans, ne se charge elle-même, après préavis de six mois au moins, de fournir l'eau aux dites communes. A l'expiration des quinze ans, cet engagement sera renouvelé d'année en année par la Pologne, à moins que la Pologne ne déclare, un an à l'avance, son intention de cesser de fournir l'eau aux dites communes.

§ 4

1. — Chacune des deux Parties contractantes s'engage à fournir l'eau dans le territoire de l'autre Partie aux mêmes conditions que dans le sien. Toutefois, les Parties contractantes se réservent d'exiger le versement d'une avance conformément aux dispositions de l'article 348, paragraphe 2. Cette avance, ainsi que la taxe d'eau, seront perçues par les Parties contractantes sur leur propre territoire et seront versées à l'autre Partie contractante par le bureau spécialement désigné à cet effet du service des eaux allemand ou polonais, sitôt après la date d'échéance, que la perception ait eu lieu ou non.

2. — Aucuns droits de douane ne seront prélevés sur la fourniture d'eau.

Article 340

§ 1

Mit dem Tage des Überganges der Staatshoheit tritt Polen für den ihm zugefallenen Teil des Abstimmungsgebiets in die von Preußen abgeschlossenen Wasserlieferungsverträge, sowie unbeschadet des Rechtes, Zahlung von einem zur Zahlung verpflichteten Dritten zu verlangen, in die Verpflichtungen Preußens zur unentgeltlichen Wasserlieferung ein.

§ 2

(1) Für die Gestaltungsdauer der im Artikel 338 bezeichneten Rechte übernimmt Deutschland die Wasserlieferung von Ruda, Rudahammer und Glückauf-Kolonie, Polen die Wasserlieferung der an die im Artikel 338 § 2 bezeichneten 350- und 500-mm-Adolfschachtleitungen zwischen Adolfschacht und Beuthen angeschlossenen, im deutschen Teil des Abstimmungsgebiets wohnhaften Abnehmer. Für den Umfang der Verpflichtung zur Wasserlieferung ist der Umfang des Wasserbezugs zur Zeit des Überganges der Staatshoheit maßgebend. Die Verpflichtung endet, wenn der andere Staat erklärt, die Versorgung in seinem Teilgebiet unbeschadet des im Artikel 338 dem anderen Staate eingeräumten Nutzungrechts selbst zu übernehmen. Diese Erklärung ist mindestens sechs Monate vorher anzukündigen.

(2) Neuanschlüsse und Vereinbarungen, die zu einer Mehrleistung von Wasser verpflichten, sind, hinsichtlich der oben bezeichneten Leitungen nur im Falle des Einverständnisses der beiden Regierungen zulässig.

§ 3

Polen verpflichtet sich auf die Dauer von fünfzehn Jahren den Gemeinden Friedrichswille und Stollarzowitz Wasser in den Mengen zu liefern, deren Lieferung sie auf Grund der mit Preußen abgeschlossenen Wasserlieferungsverträge verlangen können, sofern nicht Deutschland vor diesem Zeitpunkt nach mindestens sechs Monaten vorher erfolgter Ankündigung die Wasserversorgung dieser Orte selbst übernimmt. Diese Verpflichtung gilt jeweils als auf die Dauer eines Jahres erneuert, falls Polen nicht ein Jahr vor Ablauf der Verpflichtungszeit erklärt, die Wasserlieferung an die bezeichneten Gemeinden einzustellen.

§ 4

(1) Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, Wasser an die Abnehmer im anderen Teilgebiete zu denselben Bedingungen wie an die Abnehmer im eigenen Gebiete zu liefern. Sie behalten sich jedoch vor, gemäß den Bestimmungen des Artikels 348 § 2 die Zahlung eines Vorschusses zu fordern. Der Vorschuss und der Wasserpreis werden von den vertragsschließenden Teilen in ihrem eigenen Gebiet erhoben und durch eine von ihnen zu bezeichnende Stelle an die Verwaltungsstelle der deutschen oder der polnischen Wasserversorgungsanlage alsbald nach Fälligkeit ohne Rücksicht auf den Eingang der Zahlung abgeführt.

(2) Die Lieferung von Wasser darf nicht mit Zollabgaben belastet werden.

Article 341

1. — Chaque mois, l'excédent de ce que l'Allemagne fournit aux consommateurs polonais sur ce que la Pologne fournit aux consommateurs allemands en vertu de l'article 340, sera calculé et réparti en une moyenne journalière. La Pologne s'engage à fournir quotidiennement à l'Allemagne sur sa demande, des quantités d'eau provenant de la conduite d'Adolfschacht, près du château d'eau de Chebzie (Morgenroth) jusqu'à concurrence de la moyenne journalière susdite du mois qui précède.

2. — A cet effet, les deux Parties contractantes établiront, à frais communs, un raccordement et un compteur d'eau près du château d'eau de Chebzie (Morgenroth). La taxe fixée pour l'eau fournie par la Pologne ne devra pas être plus élevée que la taxe fixée la même année par le service des eaux allemand.

Article 342

1. — Sans préjudice des dispositions des articles 338, 340, 341, 343, et 360, les raccordements entre les conduites d'eau des établissements Adolfschacht et de Zawada seront supprimés aussi vite que possible, et les intéressés recevront l'eau d'un établissement de leur propre pays.

2. — Les deux Parties contractantes entreprendront à leurs frais dans leurs territoires respectifs, les travaux nécessaires à cet effet. La suppression des raccordements entre les conduites d'eau et l'arrêt de la fourniture d'eau d'un territoire à l'autre, ne pourront avoir lieu qu'en tenant compte des dispositions des articles 343 à 353.

Deuxième Section

Dispositions Transitoires

Article 343

1. — Pour assurer l'alimentation en eau des deux parties du territoire plébiscité, un régime transitoire comportant une administration commune sera institué à partir du 1^{er} avril 1922 jusqu'au 1^{er} avril 1924. Les deux Parties contractantes pourront, d'un commun accord, mettre fin à ce régime avant cette date, ou en décider, au plus tard le 1^{er} octobre 1923, la prolongation pendant un an.

2. — Si, au cours de la période transitoire, des inconvenients qui auraient surgi de l'application des dispositions des articles 344 à 351 ne pouvaient être supprimés par voie d'accord entre les deux Gouvernements, chacune des Parties contractantes pourrait recourir à la Commission mixte.

*Article 344**§ 1*

Jusqu'à la fin du régime transitoire convenu à l'article 343, l'exploitation et l'administration du service public des eaux seront assurées à frais communs par l'Allemagne et la Pologne, à titre d'entreprise commune d'utilité publique et d'après les principes en vigueur avant le transfert de la

Artikel 341

(1) Jeden Monat wird berechnet, inwieweit auf Grund des Artikels 340 Deutschland an polnische Abnehmer mehr geliefert hat als Polen an deutsche Abnehmer, und danach der Tagesdurchschnitt des Überschusses ermittelt. Polen verpflichtet sich, Deutschland auf Verlangen täglich Wasser aus der Adolfschachtleitung bei dem Wasserturme Morgenroth bis zur Tagesdurchschnittsmenge des vergangenen Monats zu liefern.

(2) Zu diesem Zwecke werden die vertragsschließenden Teile bei dem Wasserturme Morgenroth auf gemeinsame Kosten eine Verbindungsstelle herstellen und einen Wassermesser einbauen. Der für das von Polen abgegebene Wasser berechnete Wasserpreis darf nicht höher sein, als der in demselben Jahre von der deutschen Wasserversorgungsanlage berechnete Preis.

Artikel 342

(1) Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 338, 340, 341, 343 und 360 sollen sobald als möglich die Verbindungen zwischen den Wasserwerken Adolfschacht und Zawada und ihren Rohrleitungen beseitigt werden und die Beteiligten Wasser aus den Anlagen des eigenen Landes erhalten.

(2) Die hierzu erforderlichen Umbauten werden die vertragsschließenden Teile in ihrem Gebiete für eigene Rechnung ausführen. Die Aufhebung der Verbindungen zwischen den Rohrleitungen und die Einstellung der Wasserzufluhr aus dem einen Teilgebiet in das andere darf jedoch nur nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 343 bis 353 erfolgen.

Abschnitt II

Bestimmungen für die Übergangszeit

Artikel 343

(1) Um die Wasserversorgung der beiden Teile des Abstimmungsgebiets sicherzustellen, wird für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 1. April 1924 eine gemeinsame Verwaltung eingerichtet. Im gegenseitigen Einvernehmen der vertragsschließenden Teile kann die gemeinsame Verwaltung vor diesem Zeitpunkt aufgehoben oder spätestens am 1. Oktober 1923 eine Verlängerung der gemeinsamen Verwaltung auf ein weiteres Jahr vereinbart werden.

(2) Ergeben sich innerhalb der Übergangszeit aus der Anwendung der in den Artikeln 344 bis 351 getroffenen Bestimmungen Unzuträglichkeiten, die nicht im Wege einer Verständigung unter den beiden Regierungen beseitigt werden können, so soll jeder Staat berechtigt sein, sich an die gemischte Kommission zu wenden.

*Artikel 344**§ 1*

Bis zum Ende der im Artikel 343 vereinbarten Übergangszeit wird der Betrieb und die Verwaltung der Staatlchen Wasserversorgungsanlage von Deutschland und von Polen nach den zur Zeit des Überganges der Staatshoheit geltenden Grundsätzen und gemäß den nachfolgenden Bestimmungen als gemeinnütziges

souveraineté et les dispositions qui suivent. Les établissements Adolfschacht et de Zawada, ainsi que leurs conduites d'eau, serviront dans les mêmes conditions qu'auparavant à l'alimentation tant de la partie polonaise que de la partie allemande du territoire plébiscité.

§ 2

1. — La fourniture d'eau à des localités ou à des entreprises individuelles qui, avant le transfert de la souveraineté, n'en bénéficiaient pas, ne pourra avoir lieu qu'à condition que l'alimentation en eau des anciens consommateurs n'en soit aucunement préjudiciée.

2. — Chacune des deux Parties contractantes supportera seule les frais occasionnés par l'installation de nouveaux branchements dans son territoire.

Article 345

1. — L'exploitation et l'administration du service des eaux seront assurées, pendant la période transitoire, par l'administration qui en était chargée avant le transfert de la souveraineté et conformément aux principes alors en vigueur. Toutefois, la Pologne sera représentée au sein de cette administration par un commissaire.

2. — Ce commissaire, qui servira d'intermédiaire entre l'administration du service des eaux et les autorités polonaises, aura le droit :

1^o d'examiner tous les comptes et documents justificatifs, les pièces relatives aux établissements et installations hydrauliques qui se rapportent aux principes de la distribution de l'eau, et de prendre copie de ces comptes, pièces et documents, pour autant qu'ils concernent la Haute Silésie polonaise ;

2^o de demander une liste de tous les documents, pièces, cartes, plans, projets, statistiques, calculs, titres des concessions, dessins, etc., qui devront être livrés à la Pologne en vertu de l'article 352, paragraphe 3 ;

3^o de collaborer, à titre d'égalité, à la fixation du montant des avances, de la taxe d'eau et de la somme mentionnée au paragraphe 3 de l'article 349, en se conformant aux principes en vigueur avant le transfert de la souveraineté et à ceux du présent chapitre ;

4^o de participer, à titre d'égalité, à l'établissement des plans de modification ou d'extension de l'Adolfschacht ; il sera tenu compte, dans toute la mesure du possible, des désirs exprimés par le commissaire ;

5^o de collaborer, à titre d'égalité, à l'examen des réclamations formulées par les consommateurs et aux décisions à prendre à leur égard ;

6^o de prendre part, à titre d'égalité, aux décisions relatives à la fourniture d'eau à des localités ou entreprises individuelles qui n'en recevaient pas avant le transfert de la souveraineté ;

7^o d'approuver et de proposer l'engagement, le renvoi et le déplacement d'employés et d'ou-

Unternehmen für gemeinsame Rechnung weitergeführt. Während dieser Zeit dienen die Wasserwerke Adolfschacht und Zawada und die dazu gehörenden Rohrleitungen in dem bisherigen Umfang sowohl der Wasserversorgung des polnischen wie des deutschen Teiles des Abstimmungsgebietes.

§ 2

(1) An Ortschaften und Einzelbetriebe, denen nicht bereits zur Zeit des Überganges der Staats- hoheit Wasser geliefert wird, darf Wasser nur abgegeben werden, wenn die Wasserversorgung der bisherigen Verbraucher dadurch in keiner Weise beeinträchtigt wird.

(2) Die durch neue Anschlüsse entstehenden Kosten trägt jeder Staat in seinem Gebiet allein.

Artikel 345

(1) Der Betrieb und die Verwaltung der Wasserversorgungsanlage werden während der Übergangszeit von der damit zur Zeit des Überganges der Staats- hoheit betrauten Verwaltung nach den zu jener Zeit geltenden Grundsätzen weitergeführt. Polen beteiligt sich an der Verwaltung durch einen Kommissar.

(2) Dieser Kommissar, dem gleichzeitig die Aufgabe zufällt, erforderlichenfalls zwischen der Verwaltung der Wasserversorgungsanlage und den polnischen Behörden zu vermitteln, ist berechtigt,

1. sämtliche Abrechnungen und Belege, die Akten über die Wasserwerke und Wasseranlagen, soweit sie sich auf die Grundsätze über die Wasserversorgung beziehen, zu prüfen und von ihnen, soweit sie Polnisch-Oberschlesien betreffen, Abschriften und Abzeichnungen zu nehmen,

2. die Aufstellung und Übergabe eines Verzeichnisses über sämtliche gemäß Artikel 352 § 3 an Polen zu übergebenden Akten, Dokumente, Karten, Pläne, Projekte, Statistiken, Berechnungen, Konzessionspapiere, Zeichnungen usw. zu verlangen,

3. an der Festsetzung der Höhe der Vorschüsse, des Wasserpreises sowie des gemäß Artikel 349 § 3 festzustellenden Betrags gemäß den bis zum Übergange der Staats- hoheit geltenden und den in diesem Kapitel bestimmten Grundsätzen partiell mitzuwirken,

4. bei der Aufstellung des Bauplans für die Um- und Erweiterungsbauten des Adolfschachts partiell mitzuwirken, wobei die von dem Kommissar geäußerten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen,

5. bei der Prüfung von Beschwerden der Wasser- abnehmer und bei den erforderlichen Entschei- dungen partiell mitzuwirken,

6. bei der Entscheidung über die Wasserabgabe an zur Zeit des Überganges der Staats- hoheit nicht beliefernde Ortschaften und Einzelbetriebe partiell mitzuwirken,

7. die Neueinstellung, Kündigung, Entlassung und Versezung von Angestellten und Arbeitern in

vriers en Haute Silésie polonaise, ainsi que la dénonciation de contrats de travail ;
8° de demander la suppression des inconvénients prévus à l'article 343, alinéa 2.

Article 346

1. — Les fonctionnaires, employés et ouvriers du service des eaux, chargés de la surveillance, du service et de l'entretien de l'établissement Adolfschacht et des conduites d'eau en Haute Silésie polonaise — pour autant qu'ils ne possèdent pas de permis de circulation ou ne se trouvent pas dans les conditions normalement requises pour en obtenir — pourront recevoir, en vue de vaquer à leurs occupations, des laissez-passer, en suivant l'analogie des dispositions de l'article 270. Ces laissez-passer leur seront délivrés sur production de certificats spéciaux de la direction du service.

2. — Ces personnes pourront en outre recevoir, aux fins désignées ci-dessus, l'autorisation de passer la frontière en dehors des endroits de passage ordinaires, ainsi que la nuit. Cette autorisation sera mentionnée sur leur laissez-passer, ainsi que les endroits spéciaux de passage.

3. — Les règlements de douane des Parties contractantes ne subissent aucune atteinte de ce fait. Cependant, on permettra le passage en franchise des outils et ustensiles, et du matériel de réparation, ainsi que des moyens de transport nécessaires.

4. — Sous réserve de toutes dispositions spéciales à ce sujet, la Pologne garantit la plus entière protection et assistance au personnel du service des eaux stationné en Haute Silésie polonaise, sans distinction de nationalité.

Article 347

Pendant la période transitoire, les matériaux nécessaires au fonctionnement et à l'entretien des installations du service des eaux pourront passer d'une partie du territoire plébiscité dans l'autre en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation. Les machines et pièces de rechange, ainsi que les matériaux nécessaires pour les agrandissements de l'établissement Adolfschacht prévus à l'article 349, pourront être importés d'Allemagne en franchise de tous droits de douane pendant toute la durée de la période transitoire.

Article 348.

§ 1

1. — Le montant total des taxes d'eau incomptant à la Haute Silésie polonaise sera porté au compte de la Pologne par l'administration du service des eaux, dès que sera fixé le taux normal de cette taxe, c'est-à-dire le taux calculé également pour tous les consommateurs, conformément aux règlements alors en vigueur (*einheitlicher Wasserzins*). La Pologne devra remettre cette somme, ainsi que le montant des arrérages dus avant le 1^{er} avril 1922 à la *Berghauptkasse* de Hindenburg, par l'intermédiaire de son commissaire, sans tenir

Polnisch-Oberschlesien zu genehmigen und zu beantragen,
8. die Beseitigung der im Artikel 343 Abs. 2 bezeichneten Unzuträglichkeiten zu verlangen.

Article 346

(1) Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Wasserversorgungsanlage, die mit der Bewachung, Bedienung und Unterhaltung des Wasserwerks Adolfschacht und der Wasserleitungen in Polnisch-Oberschlesien beauftragt sind, werden zum Zwecke der Ausübung dieser Tätigkeit, soweit sie keine Verkehrs-farte besitzen oder nach den allgemeinen Bestimmungen erhalten können, auf Grund besonderer, von der Betriebsleitung ausgestellter Bescheinigungen erforderlichenfalls Verkehrskarten nach Maßgabe des Artikels 270 erteilt werden.

(2) Ihnen kann ferner die Befugnis gegeben werden, zu den bezeichneten Zwecken die Grenze auch außerhalb der gewöhnlichen Übergangsstellen und zur Nachtzeit zu überschreiten. Diese Befugnis ist unter Angabe der besonderen Übergangsstellen auf der Verkehrskarte zu vermerken.

(3) Die Zollvorschriften der vertraglichliegenden Teile bleiben unberührt. Jedoch ist die zollfreie Beförderung des erforderlichen Handwerkszeuges und Geräts sowie des Instandsetzungsmaterials, einschließlich der nötigen Beförderungsmittel, gestattet.

(4) Polen gewährleistet unbeschadet der in Betracht kommenden besonderen Bestimmungen den in Polnisch-Oberschlesien stationierten Angestellten und Arbeitern der Wasserversorgungsanlage, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, weitestgehend Schutz und Unterstützung.

Article 347

Während der Übergangszeit können die für den Betrieb und die Unterhaltung der Einrichtungen der Wasserversorgungsanlage notwendigen Materialien frei von allen Ein- und Ausfuhrzöllen und von allen Ein- und Ausfuhrabgaben von einem Teil des Abstimmungsgebiets in den anderen befördert werden. Die zu dem im Artikel 349 vorgeesehenen Ausbau des Adolfschachts erforderlichen Maschinen, Maschinenteile und Materialien können während der ganzen Dauer der Übergangszeit zollfrei aus Deutschland bezogen werden.

Article 348

§ 1

(1) Der Gesamtbetrag der auf Polnisch-Oberschlesien entfallenden Vergütung für die Lieferung von Wasser wird von der Verwaltung der Wasserversorgungsanlage alsbald nach der Feststellung des einheitlichen Wasserpreises, d. h. des gleichmäßig für alle Wasserabnehmer nach den geltenden Vorschriften berechneten Preises, Polen in Rechnung gestellt. Polen hat diesen Betrag sowie den Betrag der bis zum 1. April 1922 geschuldeten Rückstände durch seinen Kommissar ohne Rücksicht auf den Eingang der Zahlungen in Polnisch-Oberschlesien an die Berghaupt-

comte de la proportion des taxes déjà encaissées ou non encore encaissées en Haute Silésie polonoise. La Pologne devra remettre de la même manière les avances mentionnées au paragraphe 2 du présent article. Le montant des taxes d'eau incomptant aux deux parties du territoire plébiscité, y compris les taxes pour les quantités d'eau que chacune des Parties contractantes s'est engagée à fournir gratuitement à des consommateurs et que chacune des Parties contractantes utilise pour son propre usage, ainsi que des avances relatives à toutes ces taxes, portera intérêt à 5 %, s'il n'est pas versé à la caisse susmentionnée deux semaines au plus tard à dater de l'échéance.

2. — En ce qui concerne le montant des arrérages dus avant le 1^{er} avril 1922, la date d'échéance est fixée à trente jours à dater de la demande officielle de paiement par la *Berghauptkasse* de Hindenburg.

§ 2

Tous les consommateurs d'eau, y compris les Parties contractantes, pour les quantités d'eau qu'elles utilisent pour leur propre usage et qu'elles se sont engagées à fournir à des consommateurs, devront verser leurs avances sur la taxe qu'ils auront à payer d'après le taux normal, de trois mois en trois mois pendant toute la période transitoire. Le premier versement aura lieu le premier jour du trimestre qui suit le transfert de la souveraineté. Les avances s'élèvent au quart de la taxe payée l'année précédente, sans préjudice du droit de l'administration de réclamer un supplément correspondant à une augmentation prévue du taux normal de la taxe. Pour autant qu'il s'agit du territoire polonais, le montant de l'avance sera communiqué aux consommateurs, deux semaines au moins avant l'échéance, par l'intermédiaire du commissaire polonais.

Article 349

§ 1

Les Parties contractantes s'engagent à continuer immédiatement pendant la période transitoire, les travaux commencés aux établissements Adolfschacht et de Zawada, afin que l'accroissement du rendement de ces deux établissements puisse atteindre le degré que les deux Gouvernements auront prévu.

§ 2

Les frais des travaux faits ou à faire à l'Adolfschacht et à Zawada incombent à la Pologne et à l'Allemagne respectivement en tant que, conformément aux règles normales de l'administration, ils sont payables après le 1^{er} avril 1922. On ne tiendra pas compte à cet égard du moment où ces travaux ont été commandés ou exécutés. L'Allemagne et la Pologne verseront les avances nécessaires pour l'exécution de ces travaux. Si ces avances ne sont pas versées à la *Berghauptkasse* de Hindenburg, au plus tard deux semaines après la demande de l'administration du service des eaux, elles porteront intérêt à 5 %.

kasse in Hindenburg abzuführen. Das gleiche gilt von den im § 2 dieses Artikels erwähnten Vorschüssen. Die auf beide Teile des Abstimmungsgebiets entfallenden Wasserpreisbeträge, einschließlich der Beiträge für die Wassermengen, die von den vertragsschließenden Teilen den Abnehmern unentgeltlich zu liefern sind, oder für den eigenen Gebrauch entnommen werden, sowie die Vorschüsse darauf sind, soweit sie nicht zwei Wochen nach der Fälligkeit bei der Berghauptkasse in Hindenburg eingezahlt worden sind, mit fünf vom Hundert zu verzinsen.

(2) Der Betrag der bis zum 1. April 1922 geschuldeten Rückstände wird einen Monat nach der förmlichen Zahlungsaufforderung durch die Berghauptkasse in Hindenburg fällig.

§ 2

Sämtliche Wasserabnehmer, einschließlich der vertragsschließenden Teile für die im eigenen Betriebe verwendeten und für die an die Abnehmer unentgeltlich zu liefernden Wassermengen, haben während der ganzen Dauer der Übergangszeit auf den von ihnen zu entrichtenden einheitlichen Wasserpreis vierteljährliche Vorschüsse zu leisten. Die erste Zahlung hat an dem auf den Übergang der Staatshoheit folgenden ersten Vierteljahrsersten zu erfolgen. Der Vorschuss beträgt ein Viertel des Betrags der Wasserrechnung für das vergangene Jahr. Die Verwaltung ist berechtigt, einen der voraussichtlichen Gestaltung des einheitlichen Wasserpreises entsprechenden Zuschlag zu erheben. Die Höhe des Vorschusses ist, soweit das polnische Gebiet in Frage kommt, den Wasserabnehmern spätestens zwei Wochen vor der Fälligkeit des Vorschusses durch Vermittlung des polnischen Kommissars mitzuteilen.

Artikel 349

§ 1

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, während der Übergangszeit ohne Unterbrechung den begonnenen Ausbau der Wasserwerke Adolfschacht und Zawada soweit durchzuführen, daß die von den beiden Regierungen in Aussicht genommene Erhöhung der Leistungsfähigkeit der beiden Wasserwerke erreicht wird.

§ 2

Die Kosten für die Arbeiten in Adolfschacht und in Zawada trägt ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Bestellung oder Ausführung jeder Staat für sich, soweit sie nach den für die Verwaltung geltenden Grundsätzen nach dem 1. April 1922 zu entrichten sind. Deutschland und Polen haben die für die Ausführung der Arbeiten erforderlichen Vorschüsse zu leisten. Sind die Vorschüsse nicht spätestens zwei Wochen nach Anforderung durch die Verwaltung bei der Berghauptkasse in Hindenburg eingegangen, so sind sie mit fünf vom Hundert zu verzinsen.

§ 3

On fixera chaque année la part des frais encourus en raison des travaux d'extension de l'Adolfschacht et de Zawada, qui sera amortie à l'aide d'une augmentation du taux normal de la taxe d'eau. Cette part sera la même pour les deux établissements. Les sommes avancées par l'Allemagne pour couvrir ces frais seront remboursées avec priorité.

Article 350

1. — Pour calculer le taux normal de la taxe d'eau pendant la période transitoire, on prendra pour base, comme précédemment, la valeur totale des installations du service des eaux telle qu'elle ressort des livres, et sans tenir compte de l'évaluation de la Commission des réparations prévue à l'article 256 du Traité de Paix de Versailles. Le capital représenté par cette valeur devra, comme précédemment, porter intérêts et être amorti. La part d'intérêts et d'amortissement qui sera portée au crédit de la Pologne sera calculée d'après la valeur des installations qui reviennent à la Pologne, par rapport à la valeur totale des installations du service des eaux dans le territoire plébiscité.

2. — Les sommes avancées par les deux Parties contractantes pour la modification et l'élargissement de l'Adolfschacht et de Zawada, qui ne seraient pas couvertes par les taxes d'eau et autres recettes courantes, porteront intérêts à 5 % et seront couvertes par une augmentation du taux normal de la taxe d'eau. La proportion des sommes avancées à amortir sera fixée annuellement. Les intérêts et l'amortissement seront en premier lieu imputés sur les avances à faire par chacune des Parties contractantes.

Article 351

Le *Beirat* sera maintenu pendant la période transitoire.

Article 352

§ 1

1. — A l'expiration de la période transitoire, la Pologne pourra prendre définitivement possession des installations mentionnées à l'article 336.

2. — Toutes les modifications survenues au cours de la période transitoire devront être consignées dans l'inventaire mentionné à l'article 337 ; ainsi complété, cet inventaire servira de base pour la prise de possession définitive mentionnée à l'alinéa 1.

§ 2

A l'expiration de la période transitoire, la Pologne sera substituée à la Prusse en ce qui concerne les droits et devoirs de celle-ci à l'égard des employés et ouvriers en Haute Silésie polonaise.

§ 3

L'Allemagne s'engage à remettre à la Pologne tous les documents, pièces, cartes, plans, projets, statistiques, calculs, titres de concessions, dessins, etc., qui concernent les installations qui passent à la Pologne.

§ 3

Alljährlich wird festgesetzt, welcher Betrag von den für die Erweiterungsbauten in Adolfschacht und Zawada aufgelaufenen Kosten in dem betreffenden Jahre durch entsprechende Erhöhung des einheitlichen Wasserpreises getilgt werden soll. Dieser Betrag muß für beide Wasserverke gleich hoch sein. Die von Deutschland auf diese Kosten veranslagten Beträge sind ihm mit Vorrang zu erstatten.

Artikel 350

(1) Für die Berechnung des einheitlichen Wasserpreises in der Übergangszeit wird, ohne Rücksicht auf die im Artikel 256 des Friedensvertrags von Versailles vorgesehene Wertfestsetzung durch die Reparationskommission, wie bisher der Wert der Anlagen, wie er sich aus den Büchern ergibt, zugrunde gelegt. Das diesem Werte entsprechende Kapital ist wie bisher zu verzinsen und zu tilgen. Von den Zinsen und den Tilgungsbeiträgen wird Polen der Anteil gutgebracht, der sich aus dem Verhältnis des Wertes der an Polen fallenden Anlagen zu dem gesamten Werte der im Abstimmungsgebiete belegenen Einrichtungen der staatlichen Wasserversorgungsanlage ergibt.

(2) Die durch den Wasserpreis und die anderen laufenden Einnahmen nicht gedeckten, von den vertragsschließenden Teilen veranslagten Kosten der Um- und Erweiterungsbauten in Adolfschacht und in Zawada sind durch entsprechende Erhöhung des einheitlichen Wasserpreises mit fünf vom Hundert zu verzinsen und nach einem jährlich festzusetzenden Satze zu tilgen. Die Zins- und Tilgungsbeiträge werden in erster Reihe auf die von den beiden vertragsschließenden Teilen zu leistenden Vorschüsse verrechnet.

Artikel 351

Der bisherige Beirat soll auch während der Übergangszeit beibehalten werden.

Artikel 352

§ 1

(1) Nach Ablauf der Übergangszeit übernimmt Polen endgültig die im Artikel 336 bezeichneten Anlagen.

(2) Alle während der Übergangszeit eingetretenen Veränderungen sind in das im Artikel 337 erwähnte Verzeichnis aufzunehmen. So vervollständigt, bildet das Verzeichnis die Grundlage für die im Abs. 1 erwähnte endgültige Übernahme.

§ 2

Nach Ablauf der Übergangszeit tritt Polen in alle Rechte und Pflichten des preußischen Staates gegenüber den Angestellten und Arbeitern in Polnisch-Oberschlesien ein.

§ 3

Deutschland verpflichtet sich, Polen sämtliche Akten, Dokumente, Karten, Pläne, Projekte, Statistiken, Berechnungen, Konzessionspapiere, Zeichnungen usw., welche die an Polen übergehenden Anlagen betreffen, herauszugeben.

Article 353

Dès l'expiration de la période transitoire, et sans préjudice des articles 338, 340, 341 et 360, les réseaux allemands et polonais de conduites d'eau seront complètement distincts, et l'alimentation en eau se fera indépendamment dans la partie polonaise et dans la partie allemande du territoire plébiscité.

*Troisième Section**Disposition Générale**Article 354*

Les deux Gouvernements pourront à tout moment modifier d'un commun accord les dispositions des deux sections qui précèdent.

Chapitre II*Autres installations de distribution d'eau.**Article 355*

1. — Pour autant qu'à la date du transfert de la souveraineté des établissements ne relevant pas du service public des eaux fournissent de l'eau à des consommateurs résidant dans l'autre partie du territoire plébiscité, les Parties contractantes s'engagent à leur permettre, pendant une période de quinze ans, de fournir de l'eau d'une partie du territoire dans l'autre, dans les mêmes quantités qu'auparavant et en franchise de tous droits de douane. Elles s'engagent également à accorder la protection de leurs tribunaux aux revendications fondées en droit qui concernent cette fourniture d'eau.

2. — Aucune installation visée au présent article ne pourra fournir dans l'autre partie du territoire plébiscité des quantités d'eau supérieures à celles qu'elle fournissait au moment du transfert de la souveraineté, sans avoir obtenu préalablement la permission des autorités compétentes de la partie du territoire plébiscité où elle est située.

Chapitre III*Alimentation en eau des cercles de Beuthen-Ville et de Beuthen-Campagne.**Article 356**§ 1*

La Pologne s'engage à n'entraver d'aucune manière l'exécution du contrat relatif à l'approvisionnement d'eau de Beuthen-Ville et de Beuthen-Campagne, conclu entre la Ville de Beuthen et la *Vereinigte Königs- und Laurahütte-Aktiengesellschaft* comme propriétaire du *Gottgebeglückschacht*. La Pologne s'engage, pour la durée de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, à permettre, en franchise de tous droits de douane, la fourniture d'eau du *Gottgebeglückschacht* dans la partie allemande du territoire plébiscité. Les installations suivantes sont indispensables à cet effet : une conduite d'eau de 300 millimètres entre le *Gottgebeglückschacht*

Artikel 353

Mit dem Ablauf der Übergangszeit werden — unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 338, 340, 341 und 360 — das deutsche und das polnische Rohrleitungssystem vollständig getrennt. Mit der gleichen Maßgabe vollzieht sich die Wasserversorgung des deutschen und des polnischen Teiles des Abstimmungsgebietes fortan unabhängig voneinander.

*Abschnitt III**Allgemeine Bestimmung**Artikel 354*

Die Regierungen der vertragshliegenden Teile können die Bestimmungen der vorangehenden beiden Abschnitte jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen abändern.

Kapitel II*Andere Wasserversorgungsanlagen**Artikel 355*

(1) Soweit zur Zeit des Überganges der Staatshoheit nicht zur Staatslichen Wasserversorgungsanlage gehörende Anlagen Wasser an im anderen Teil des Abstimmungsgebietes wohnende Abnehmer liefern, verpflichten sich die vertragshliegenden Teile, auf die Dauer von fünfzehn Jahren die Zuführung des Wassers von einem Teil des Abstimmungsgebietes in den anderen im bisherigen Umfang zollfrei zu gestatten. Sie verpflichten sich gleichzeitig, den gerichtlichen Schutz für die Ansprüche zu gewährleisten, die diese Wasserlieferungen betreffen.

(2) Keine der in diesem Artikel bezeichneten Anlagen darf ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörden des Teilgebiets, in dem sie belegen ist, in das andere Teilgebiet größere Wassermengen liefern als zur Zeit des Überganges der Staatshoheit.

Kapitel III*Wasserversorgung des Stadtkreises und Landkreises Beuthen**Artikel 356**§ 1*

Polen verpflichtet sich, die Ausführung des von der Stadt Beuthen mit der Vereinigten Königs- und Laurahütte Akt.-Ges. als Eigentümerin des Gottgebeglückschachts über die Wasserversorgung des Stadtkreises und des Landkreises Beuthen getroffenen Abkommens nicht zu hindern und auf die Dauer von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit die zollfreie Lieferung des Wassers vom Gottgebeglückschacht nach dem deutschen Teil des Abstimmungsgebietes zu gestatten. Hierzu sind folgende Anlagen unentbehrlich: eine Wasserleitung von 300 mm zwischen dem Gottgebeglückschacht und dem Wasserturm von Beuthen dieser Wasserturm mit einem Fassungsraume von 1 000 cbm nebst Wärter-

et le château d'eau de Beuthen, ledit château d'eau contenant un réservoir de 1000 mètres cubes et un logement de gardien, un terrain d'environ un demihectare, des lignes téléphoniques, une conduite d'eau de 450 millimètres entre le château d'eau et la frontière séparant les deux parties du territoire plébiscité près de Brzezinka (Birkenhain) avec une installation comprenant quatre compteurs d'eau.

§ 2

A l'expiration des quinze années ou dès que la Ville de Beuthen déclarera n'avoir plus besoin des installations mentionnées au paragraphe 1, la Pologne pourra racheter à la ville de Beuthen ces installations à leur valeur du jour. Si, six mois après la déclaration susmentionnée, la Pologne n'a pas fait usage de son droit de rachat, la ville de Beuthen pourra enlever ces installations et les transporter en Allemagne en franchise de tous droits, ou en disposer de toute autre manière.

§ 3

Les dispositions des articles 339 et 346 sont applicables *mutatis mutandis* en ce qui concerne la surveillance, le service et l'entretien des installations susmentionnées par la ville de Beuthen.

Article 357

§ 1

1. — La Pologne reprendra, dans les six mois à dater du transfert de la souveraineté, les installations suivantes :

- 1° La conduite en fonte de 400 millimètres appartenant à la ville de Beuthen, entre le château d'eau de Beuthen et Rosaliengrube, sur une longueur de 340° mètres, avec un compteur d'eau ;
- 2° 2300 mètres de la conduite en acier et en fonte de 300 millimètres dont la moitié appartient au cercle de Beuthen-Ville et la moitié au cercle de Beuthen-Campagne, entre l'Andalusiengrube et l'embranchement des *Oberschlesische Stickstoffwerke* allant vers Chorzów, avec un compteur d'eau dont l'usage est permis, moyennant rétribution, aux *Oberschlesische Stickstoffwerke*. La Pologne assurera tous les droits et obligations se rattachant à la partie reprise ;
- 3° la conduite appartenant au cercle de Beuthen-Campagne et servant à l'alimentation en eau des localités de Brzezinka (Birkenhain), Wielka Dąbrówka (Groß-Dombrowka), Kamién (Kamin), Szarlej (Scharley), Piekary (Deutsch Piekar), à partir du point où elle est branchée sur la conduite principale de Beuthen.

§ 2

2. — La ville de Beuthen continuera provisoirement à assurer comme par le passé l'exploitation des installations désignées aux chiffres 2 et 3 du paragraphe 1, contre remboursement des frais. Elle aura le droit, sous réserve des dispositions de l'article 358, de dénoncer cette obligation moyennant préavis de six mois.

gebäude, ein Areal von zwei Morgen, Fernsprechleitungen, eine Wasserleitung von 450 mm zwischen dem Wasserturme und der die beiden Teile des Abstimmungsgebiets trennenden Grenze bei Birkenhain, nebst Wassermesseranlage mit vier Wassermessern.

§ 2

Nach Ablauf von fünfzehn Jahren oder sobald die Stadt Beuthen erklärt, der im § 1 bezeichneten Wasserversorgungsanlagen nicht mehr zu benötigen, ist Polen berechtigt, die bezeichneten Anlagen der Stadt Beuthen zum Zeitwert zu erwerben. Macht Polen binnen einer Frist von sechs Monaten nach dem Zugang der Erklärung von diesem Rechte keinen Gebrauch, so ist die Stadt Beuthen berechtigt, die Anlagen herauszunehmen und abgabefrei nach Deutschland zu schaffen oder über sie anderweit zu verfügen.

§ 3

Auf die Bewachung, Bedienung und Unterhaltung der Anlagen durch die Stadt Beuthen finden die Bestimmungen der Artikel 339 und 346 entsprechende Anwendung.

Artikel 357

§ 1

Polen übernimmt binnen einer Frist von sechs Monaten nach dem Übergange der Staatshoheit folgende Anlagen:

1. die der Stadt Beuthen gehörende Wasserleitung von 400 mm zwischen dem Wasserturme von Beuthen und der Rosaliengrube in einer Länge von 3,4 km nebst einem Wassermesser;
2. die dem Stadtkreise und dem Landkreise Beuthen je zur Hälfte gehörende Wasserleitung von Stahl- und Gufröhren von 300 mm zwischen der Andalusiengrube und der nach Chorzów führenden Anschlußleitung der Oberschlesischen Stickstoffwerke in einer Länge von 2,3 km nebst einem Wassermesser, deren Benutzung gegen Entgelt den Oberschlesischen Stickstoffwerken überlassen ist, mit den darauf ruhenden Verpflichtungen und Rechten;
3. die dem Landkreise Beuthen gehörende, zur Wasserversorgung der Ortschaften Birkenhain, Großdombrowka, Kamin, Scharley und Deutsch Piekar dienende Wasserleitung von dem Punkte ab, wo diese Wasserleitung von der Beuthener Hauptwasserleitung abgezweigt ist.

§ 2

Die Stadt Beuthen wird den Betrieb der im § 1 unter Ziffer 2 und 3 bezeichneten Anlagen gegen Erstattung der Kosten in der bisherigen Weise vorsätzlich weiterführen. Sie ist, soweit sich nicht aus dem Artikel 358 ein anderes ergibt, berechtigt, diese Verpflichtung mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen.

§ 3

On se reportera à la date de la reprise des installations désignées au paragraphe 1 pour les évaluer. Au cas où la valeur de ces installations à cette date serait inférieure à leur valeur à la date du transfert de la souveraineté, le prix à payer sera fixé d'après leur valeur à la date du transfert de la souveraineté.

§ 4

Le prix de reprise des installations désignées aux chiffres 1 et 2 du paragraphe 1 sera payé en monnaie allemande à la ville de Beuthen un mois après la remise des installations à la Pologne. Le paiement du prix de reprise de la conduite désignée au chiffre 3 du paragraphe 1, fera l'objet d'un accord spécial qui sera conclu au cours des négociations relatives au règlement des affaires du cercle de Beuthen-Campagne.

Article 358

§ 1

1. — Pendant cinq ans, à dater du transfert de la souveraineté, la ville de Beuthen s'engage à fournir à Brzezinka (Birkenhain), Wielka Dabrowka (Gross-Dombrowka), Kamién (Kamin), Szarlej (Scharley) et Piekary (Deutsch Piekar), suivant la manière dont ces localités étaient antérieurement alimentées en eau, des quantités d'eau correspondant à celles que Beuthen reçoit de *Gottgebelückschacht*. Tant que dure cette obligation, d'autres localités ou entreprises individuelles ne pourront prendre de l'eau à la conduite destinée à l'alimentation en eau des localités énumérées, qu'avec le consentement de la ville de Beuthen.

2. — La Pologne pourra, avant l'expiration des cinq ans, se charger elle-même d'alimenter en eau les localités énumérées, moyennant préavis de six mois. La séparation des conduites d'eau aura lieu au plus tard à l'expiration des cinq ans.

§ 2

Le contrat conclu le 16 août 1921 entre la ville de Beuthen et le cercle de Katowice-Campagne, reste applicable pendant la période pendant laquelle il a été conclu ; toutefois, au lieu d'être alimentée en eau par la Prusse, Beuthen le sera par la Pologne avec l'eau de l'*Adolfschacht*.

Article 359

§ 1

1. — La quantité d'eau fournie par Beuthen aux localités énumérées au paragraphe 1 de l'article 358, sera contrôlée par un compteur d'eau situé à la bifurcation de la conduite de Brzezinka (Birkenhain) et de la conduite principale de Beuthen.

2. — Si le compteur d'eau est dérangé, la consommation d'eau sera calculée d'après la moyenne des trois mois qui précédent.

§ 2

1. — La ville de Beuthen fixera le taux normal de la taxe d'eau pour les dites localités, de la même manière qu'elle le faisait avant le transfert de la souveraineté. Le montant total des taxes

§ 3

Für die Festsetzung des Wertes der im § 1 bezeichneten Anlagen ist der Zeitpunkt der Übernahme der Anlagen maßgebend. Ist der Wert zu dieser Zeit niedriger als zur Zeit des Überganges der Staats-
hoheit, so ist der letztere Wert maßgebend.

§ 4

Der Gegenwert für die im § 1 unter Ziffer 1 und 2 bezeichneten Anlagen wird einen Monat nach der Übernahme durch Polen an die Stadt Beuthen in deutscher Währung bezahlt. Für die Zahlung des Gegenwerts für die im § 1 unter Ziffer 2 bezeichnete Anlage bleiben die näheren Vereinbarungen den Verhandlungen über die Auseinandersetzung, betreffend den Landkreis Beuthen, vorbehalten.

Artikel 358

§ 1

(1) Die Stadt Beuthen ist verpflichtet, während eines Zeitraums von fünf Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit den Ortschaften Birkenhain, Groß Dombrowka, Kamin, Scharley und Deutsch Piekar nach Maßgabe der ihr vom Gottgebelückschacht gelieferten Wassermengen in derselben Weise, wie diese Ortschaften bisher Wasser erhalten hatten, Wasser zu liefern. Für die Dauer dieser Verpflichtung dürfen andere Ortschaften und Einzelbetriebe Wasser aus der für die Versorgung der aufgezählten Ortschaften bestimmten Leitung nur mit Zustimmung der Stadt Beuthen entnehmen.

(2) Polen kann vor Ablauf der fünf Jahre die Wasserversorgung der aufgezählten Ortschaften sechs Monate nach Ankündigung selbst übernehmen. Spätestens nach Ablauf der fünf Jahre werden die Wasserversorgungen getrennt.

§ 2

Der Vertrag vom 16. August 1921 zwischen der Stadt Beuthen und dem Landkreise Katowitz bleibt für den Zeitraum, für den er geschlossen ist, in Kraft, mit der Maßgabe, daß Polen verpflichtet ist, an Stelle Preußens der Stadt Beuthen Wasser aus dem Adolfschacht zuzuführen.

Artikel 359

§ 1

(1) Die von der Stadt Beuthen den im § 1 des Artikels 358 aufgezählten Ortschaften gelieferte Wassermenge wird durch einen an der Abzweigstelle der Leitung nach Birkenhain von der Beuthener Hauptleitung eingebauten Wassermesser kontrolliert.

(2) Im Falle einer Störung des Wassermessers ist die Wasserentnahme nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate zu berechnen.

§ 2

(1) Die Stadt Beuthen setzt den einheitlichen Wasserpreis für die erwähnten Ortschaften in derselben Weise fest wie bis zum Übergange der Staats-
hoheit. Der Gesamtbetrag des von diesen Ortschaf-

d'eau dues par les dites localités sera calculé mensuellement. Le Gouvernement polonais désignera le bureau chargé d'effectuer les paiements et en avisera la ville de Beuthen. Les versements auront lieu en monnaie allemande à la *Stadthauptkasse* de Beuthen, quinze jours au plus tard après la remise du compte.

2. — Au cas où une monnaie polonaise serait introduite avec cours légal en Haute Silésie polonaise, et où Beuthen paierait la taxe d'eau au *Gottgebeglückschacht* en monnaie polonaise, le bureau susmentionné pourrait effectuer ses paiements à Beuthen en monnaie polonaise.

Chapitre IV

Reserves naturelles d'eau de Tarnowice et d'Olkusz

Article 360

§ 1

Si, au cours de la période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, il devenait impossible d'assurer soit temporairement soit d'une manière permanente une alimentation en eau suffisante à la partie allemande du territoire plébiscité, à l'aide des réserves naturelles qui alimentent actuellement ce territoire, la Pologne devrait, même après l'expiration de la période transitoire prévue à l'article 343 et sans préjudice des dispositions de l'article 341, fournir à la partie allemande du territoire plébiscité de l'eau de ses propres sources en exploitation, sans toutefois causer de perturbations trop considérables dans l'alimentation de la partie polonaise du territoire plébiscité. La taxe à payer pour l'eau prise dans ces conditions ne sera pas grevée de droits de douane et ne devra pas être supérieure au prix fixé par le service des eaux polonais pour les consommateurs en territoire polonais alimentés en eau dans les mêmes conditions.

§ 2

Lors de la séparation des deux réseaux de conduites d'eau prévue à l'article 353, un certain nombre de raccordements seront maintenus à cet effet entre les deux réseaux. Ces raccordements seront pourvus de compteurs d'eau et demeureront fermés en temps normal. Un accord sera conclu au cours de la période transitoire pour déterminer le nombre et l'emplacement de ces raccordements.

§ 3

Si, en raison des obligations stipulées au présent article, il devenait nécessaire d'augmenter le diamètre de conduites d'eau polonaises ou d'en établir de nouvelles, les deux Gouvernements prendraient les mesures requises par voie d'accord spécial.

Article 361

1. — Si, au cours de la période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, il devenait impossible d'assurer à la partie allemande du territoire plébiscité une alimentation en eau suffisante à l'aide des réserves naturelles qui alimentent

ten zu zahlenden Wasserpreises wird monetlich berechnet. Die polnische Regierung wird die Stelle bezeichnen, der die Zahlung obliegt, und hiervon der Stadt Beuthen Kenntnis geben. Die Zahlung hat binnen zwei Wochen nach der Zustellung der Rechnung bei der Stadthauptkasse in Beuthen in deutscher Reichswährung zu erfolgen.

(2) Falls in Polnisch-Oberschlesien die polnische Währung eingeführt wird und die Stadt Beuthen an den Gottgebeglückschacht den Wasserpreis in polnischer Währung zahlt, kann die obenbezeichnete Stelle die Zahlungen an die Stadt Beuthen in polnischer Währung leisten.

Kapitel 4

Die Wasservorräte von Tarnowitz und Olkusz

Artikel 360

§ 1

Sollte innerhalb eines Zeitraums von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit eine ausreichende Wasserversorgung des bei Deutschland verbleibenden Teiles des Abstimmungsgebiets aus den dieses Gebiet gegenwärtig versorgenden Wasservorräten vorübergehend oder dauernd unmöglich werden, so hat Polen auch nach Beendigung der in Artikel 343 vorgesehenen Übergangszeit und unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 341 aus seinen eigenen, bisher erschlossenen Quellen Wasser für den deutschen Teil des Abstimmungsgebiets zu liefern, soweit dies ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wasserversorgung Polnisch-Oberschlesiens geschehen kann. Der Preis für dieses Wasser darf nicht mit Zöllen belegt werden und nicht höher sein als der von der polnischen Wasserversorgungsanlage bei gleichen Lieferungsverhältnissen den im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets wohnhaften Abnehmern berechnete Preis.

§ 2

Zu diesem Zwecke wird bei der im Artikel 353 vorgesehenen Trennung der beiden Wasserleitungsnetze eine bestimmte Zahl von Verbindungsstellen zwischen den Netzen beibehalten. Die Verbindungsstellen sind mit Wassermessern zu versehen und unter normalen Verhältnissen geschlossen zu halten. Über die Zahl und die Lage der Verbindungsstellen wird während der Übergangszeit eine Vereinbarung getroffen werden.

§ 3

Sollte aus Anlaß der in diesem Artikel enthaltenen Vereinbarungen eine Vergrößerung des Durchmessers der bestehenden oder die Anlage neuer polnischer Rohrleitungen notwendig werden, so werden die beiden Regierungen die notwendigen Maßnahmen in einem besonderen Abkommen vereinbaren.

Artikel 361

(1) Sollte während der Dauer von fünfzehn Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit eine ausreichende Wasserversorgung des deutschbleibenden Teils des Abstimmungsgebiets aus den dieses Gebiet versorgenden Wasservorräten unmöglich werden, und

actuellement ce territoire, et si la Pologne ne pouvait, sans causer de préjudice important aux consommateurs de sa propre partie du territoire plébiscité, fournir de l'eau de ses propres sources en exploitation, l'Allemagne pourrait exiger que la Pologne mît en exploitation ses réserves naturelles d'eau situées près de Tarnowice, et, au cas où elles ne suffiraient pas, celles d'Olkusz, afin de mettre à la disposition de l'Allemagne, à des conditions équitables, une quantité d'eau telle que les intérêts des deux parties du territoire plébiscité et, le cas échéant, les intérêts du territoire alimenté par Olkusz, soient également sauvegardés.

2. — Les deux Gouvernements concluront, le cas échéant, des accords spéciaux pour régler cette question.

Article 362

1. — Si, aucun cours de la période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, il devenait impossible d'assurer à la zone industrielle de la Haute Silésie polonaise une alimentation en eau suffisante à l'aide des réserves naturelles de la Haute Silésie polonaise et d'Olkusz, et si l'Allemagne, par l'intermédiaire de son service des eaux ou du service successeur, mettait de nouvelles sources en exploitation dans sa partie du territoire plébiscité, l'Allemagne s'engage à mettre, à des conditions équitables, à la disposition de la zone industrielle, l'excédent d'eau dont elle peut ainsi disposer sans porter préjudice à l'alimentation en eau de sa partie du territoire plébiscité.

2. — Les deux Gouvernements concluront, le cas échéant, des accords spéciaux pour régler cette question.

Article 363

1. — Si le rendement de l'établissement de Zawada se trouvait diminué soit par suite de travaux de recherches (*Schürfarbeiten*), d'excavation ou de forage entrepris avec le consentement du Gouvernement conformément aux Ordonnances de police du 3 Septembre 1893 et du 6 juin 1894 (*Amtsblatt der Regierung zu Oppeln*, année 1893, N° 37 ; année 1894, N° 27), soit par suite de la mise en exécution autorisée de plans d'exploitation minière, conformément à l'*Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten* du 24 juin 1865 (*Gesetzsammlung*, page 705), l'Allemagne ne pourra pas exiger que la Pologne accomplisse les obligations stipulées aux articles 360 et 361.

2. — Le refus par la Pologne de fournir de l'eau pour les raisons prévues à l'alinéa 1, devra être accompagné d'un exposé des faits qui le motivent.

Article 364

1. — Tant que la Pologne se servira de l'Adolf-schacht pour alimenter en eau la Haute Silésie polonaise, mais pour une durée de quinze ans au plus à dater du transfert de la souveraineté, l'Allemagne s'engage à ce que le débit de l'Adolf-schacht ne soit pas diminué par des travaux de recherches, d'excavation ou de forage entrepris dans la partie allemande de la zone de protection des sources (*Wasserschutzbezirk*) avec le consentement du Gouvernement, conformément aux Or-

ist Polen ohne wesentlichen Nachteil für die Wasserabnehmer des eigenen Teilegebietes nicht in der Lage, Wasser aus den erschlossenen Wasservorräten seines Gebiets abzugeben, so kann Deutschland verlangen, daß Polen die Wasservorräte bei Tarnowitz und, falls diese nicht ausreichen, die Wasservorräte bei Olkusz erschließt, um daraus Deutschland zu angemessenen Bedingungen Wassermengen zur Verfügung zu stellen, die den Interessen beider Teile des Abstimmungsgebiets und, soweit eine Belieferung aus Olkusz erfolgt, auch den Interessen des von Olkusz versorgten Gebiets entsprechen.

(2) Die beiden Regierungen werden gegebenenfalls zur Regelung dieser Frage besondere Vereinbarungen treffen.

Artikel 362

(1) Sollte während der Dauer von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit eine ausreichende Wasserversorgung des Industriegebiets Polnisch-Oberschlesiens aus den dort und bei Olkusz befindlichen Wasservorräten unmöglich werden und Deutschland durch die Staatliche Wasserversorgungsanlage oder deren Rechtsnachfolgerin in seinem Teile des Abstimmungsgebiets neue Wasserquellen erschließen, so ist Deutschland verpflichtet, für das polnische Industriegebiet den Überschuß an Wasser zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, den es entbehren kann, ohne die Wasserversorgung des deutschen Teiles des Abstimmungsgebiets zu beeinträchtigen.

(2) Die beiden Regierungen werden gegebenenfalls zur Regelung dieser Frage besondere Vereinbarungen treffen.

Artikel 363

(1) Deutschland darf von Polen die Erfüllung der in den Artikeln 360 und 361 übernommenen Verpflichtungen nicht verlangen, wenn die Ergiebigkeit des Wasserwerks Zawada durch Schürfarbeiten, Eingrabungen oder Bohrungen, die gemäß den Polizeiverordnungen vom 9. September 1893 und 6. Juni 1894 (*Amtsblatt der Regierung zu Oppeln*, Jahrgang 1893 Stück 37, Jahrgang 1894 Stück 27) von der Regierung genehmigt worden sind oder durch die Ausführung von Betriebsplänen gemäß dem Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 (*Gesetzsammlung* S. 705) beeinträchtigt worden ist.

(2) Verweigert Polen die Wasserlieferung unter Berufung auf einen der im Abs. 1 angegebenen Gründe, so ist Polen verpflichtet, die Tatsachen, die diese Weigerung begründen, darzulegen.

Artikel 364

(1) Solange Polen Polnisch-Oberschlesien aus dem Adolfsschachte versorgt, längstens jedoch bis zur Dauer von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit, verpflichtet sich Deutschland, die Ergiebigkeit des Adolfsschachts nicht durch Schürfarbeiten, Eingrabungen oder Bohrungen, die gemäß den Polizeiverordnungen vom 9. September 1893 und 6. Juni 1894 genehmigt worden sind oder durch Ausführung von Betriebsplänen gemäß dem Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten innerhalb des bei

donnances de police du 9 septembre 1893 et du 6 juin 1894, ou par la mise en exécution dans cette partie, de plans d'exploitation minière, conformément à l'*Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten*.

2.—S'il se produisait néanmoins une diminution dans le débit de l'Adolfschacht par suite de travaux mentionnés à l'alinéa 1, l'Allemagne compensera cette diminution soit en augmentant le débit de l'Adolfschacht, soit en ouvrant de nouvelles réserves naturelles d'eau, soit en fournissant de l'eau provenant de ses propres sources ou de celles de la partie polonaise dont une certaine quantité d'eau est à la disposition de l'Allemagne.

Article 365

§ 1

1.—Si, indépendamment des dispositions des articles 361 et 364, les réserves naturelles d'eau de Tarnowice et d'Olkusz non encore exploitées venaient à être utilisées pour l'alimentation en eau de la Haute Silésie polonaise, l'Allemagne pourrait exiger que la Pologne mette à sa disposition, à des conditions équitables, une quantité d'eau telle que les intérêts des deux parties du territoire plébiscité — et, le cas échéant, les intérêts du territoire alimenté par Olkusz — soient également sauvegardés.

2.—Si, pour faire droit à la demande formulée par l'Allemagne, il était nécessaire d'augmenter le diamètre des conduites polonaises ou d'en établir de nouvelles, les deux Gouvernements prendraient les mesures requises par voie d'accord spécial.

§ 2

Si la Pologne n'ouvre pas ses réserves naturelles d'eau près de Tarnowice, l'Allemagne pourra, indépendamment des dispositions de l'article 361, au cours de la période de quinze ans à dater du transfert de la souveraineté, exiger que la Pologne ouvre elle-même ces réserves ou accorde à une entreprise de son choix le droit de les ouvrir afin de contribuer à l'alimentation en eau de la partie allemande du territoire plébiscité. Dans ce cas, la Pologne pourra exiger, pour l'alimentation en eau de la Haute Silésie polonaise et, dans la mesure où il resterait un excédent d'eau, pour l'alimentation du reste de son territoire, que l'Allemagne mette à sa disposition, à des conditions équitables, une quantité d'eau telle que les intérêts des deux parties du territoire plébiscité soient également sauvegardés. Les dispositions du paragraphe 1, alinéa 2, sont applicables. Le droit à l'eau des sources ouvertes aux termes des paragraphes 1 et 2 n'est pas limité à une période quelconque.

Chapitre V

Maintien et dénonciation des contrats relatifs à la fourniture d'eau

Article 366

1.—Les dispositions contenues dans le présent titre entraîneront de droit les modifications nécessaires dans les contrats concernant la fourniture d'eau sans porter atteinte à leur validité.

Deutschland verbleibenden Teiles des Wasserschutzbezirks zu beeinträchtigen.

(2) Tritt dennoch eine Beeinträchtigung der Ergiebigkeit des Adolfschachts durch Arbeiten der im Abs. 1 bezeichneten Art ein, so wird Deutschland, sei es durch Erhöhung der Ergiebigkeit des Adolfschachts, sei es durch die Belieferung mit Wasser aus eigenen Quellen oder aus Quellen des polnischen Teilstaates, deren Wasser ihm in gewisser Menge zur Verfügung steht, Ersatz leisten.

Artikel 365

§ 1

(1) Werden, abgesehen von den Bestimmungen der Artikel 361 und 364, in Polen die bei Tarnowicz oder bei Olkusz vorhandenen, bisher nicht erschlossenen Wasservorräte, zum Zwecke der Wasserversorgung von Polnisch-Oberschlesien erschlossen, so kann Deutschland verlangen, daß zu angemessenen Bedingungen Wassermengen zur Verfügung gestellt werden, die den Interessen beider Teile des Abstimmungsgebiets und, soweit eine Belieferung aus Olkusz erfolgt, auch den Interessen des von Olkusz versorgten Gebiets entsprechen.

(2) Sollte infolge eines solchen Verlangens Deutschlands eine Vergrößerung des Durchmessers der bestehenden polnischen Rohrleitungen oder die Anlage neuer Leitungen notwendig werden, so werden die beiden Regierungen die notwendigen Maßnahmen in einem besonderen Abkommen vereinbaren.

§ 2

(1) Erschließt Polen die bei Tarnowicz vorhandenen Wasservorräte nicht, so kann Deutschland, abgesehen von den Bestimmungen des Artikels 361, während der Dauer von fünfzehn Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit verlangen, daß Polen diese Vorräte selbst erschließt, oder einem von ihm auszuwählenden Unternehmen das Recht einräumt, sie seinerseits zur Versorgung des deutschbleibenden Teiles des Abstimmungsgebiets zu erschließen. Polen kann in diesem Falle verlangen, daß zum Zwecke der Wasserversorgung von Polnisch-Oberschlesien und, soweit ein Wasserüberschuß vorhanden ist, auch des sonstigen polnischen Gebiets zu angemessenen Bedingungen Wassermengen zur Verfügung gestellt werden, die den Interessen beider Teile des Abstimmungsgebiets entsprechen. Die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 finden entsprechende Anwendung. Das Wasserbenutzungsrecht an den gemäß §§ 1, 2 er-schlossenen Wasserquellen ist zeitlich nicht beschränkt.

Kapitel V

Aufrechterhaltung und Kündigung der Wasserlieferungsverträge

Artikel 366

(1) Die Bestimmungen dieses Titels haben von Rechts wegen die notwendigen Änderungen der bestehenden Wasserlieferungsverträge zur Folge, ohne ihre Geltung in Frage zu stellen.

2. — Les contrats conclus avec le service des eaux et dont la résiliabilité n'est pas stipulée, pourront, à l'expiration de la période transitoire, être dénoncés à tout moment, moyennant préavis de six mois — sans qu'il soit rien changé à l'obligation elle-même de fournir de l'eau — en vue de permettre l'adaptation de ces contrats aux conditions nouvelles.

Chapitre VI

Solution des différends

Article 367

La Commission mixte est compétente pour statuer sur toute contestation s'élevant entre le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais au sujet de l'interprétation ou de l'application des articles 337, 338 et 339, paragraphes 1 et 2 des articles 340, 341, 342, 344 à 347, de l'article 348, paragraphe 1, des articles 349 à 355, des articles 360, 362 et 365, paragraphe 1, alinéa 1, ainsi que des accords qui seraient conclus en vertu des dispositions des articles 360, 361, 362 et 365, paragraphe 1, alinéa 2, et paragraphe 2.

Article 368.

1. — Le Tribunal arbitral est compétent pour trancher toute contestation de la nature ci-dessous désignée concernant l'application ou l'exécution des dispositions du présent titre.

1° Contestations entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement allemand résultant des articles 363 et 364 ;

2° Contestations relatives à des revendications surgissant entre la ville de Beuthen et le Gouvernement polonais, ou le cercle de Katowice-Campagne, ou des localités énumérées à l'article 358, paragraphe 1, et résultant de droits prévus à l'article 356, paragraphes 1, 2, phrase 2, et aux articles 358 et 359.

2. — S'il appert qu'une diminution du débit de l'Adolfschacht doit être attribuée aux travaux mentionnés à l'article 364, et si l'alimentation en eau de la Haute Silésie polonaise s'en trouve menacée, le Tribunal arbitral sera compétent, à la demande de la Pologne, pour donner d'urgence des ordres provisoires en vue d'assurer l'alimentation en eau de la Haute Silésie polonaise.

Article 369

Les prix de reprise mentionnées à l'article 356, paragraphe 2, phrase 1 et à l'article 357, paragraphe 1, chiffres 1 à 3, sont fixes par deux arbitres, désignés respectivement par les deux Parties. Si ces arbitres ne tombent pas d'accord, ils choisissent un président, et, s'ils ne peuvent pas s'entendre sur un choix commun, le Tribunal arbitral désigne un président.

(2) Wasserlieferungsverträge der Staatlichen Wasserversorgungsanlage, in denen eine Kündbarkeit nicht vorgesehen ist, können nach Ablauf der Übergangszeit, unbeschadet der Verpflichtung zur Wasserlieferung selbst, mit sechsmonatlicher Frist jederzeit gekündigt werden, um ihre Anpassung an die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.

Kapitel VI

Entscheidung von Streitigkeiten

Article 367

Die Gemischtte Kommission ist zuständig für alle Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung der Artikel 337, 338, des Artikels 339 §§ 1, 2, der Artikel 340, 341, 342, 344 bis 347, des Artikels 348 § 1, der Artikel 349 bis 355, der Artikel 360, 362, des Artikels 365 § 1 Abs. 1 sowie der auf Grund der Artikel 360, 361, 362, des Artikels 365 § 1 Abs. 1, § 2 abgeschlossenen Abkommen.

Article 368

(1) Das Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung von Streitigkeiten der unten bezeichneten Art, die sich aus der Anwendung und Durchführung dieses Titels ergeben.

1. Streitigkeiten zwischen der polnischen Regierung und der deutschen Regierung über die Auslegung und Anwendung der Artikel 363 und 364.

2. Streitigkeiten zwischen der Stadt Beuthen und der polnischen Regierung oder dem Landkreis Katowitz oder den im Artikel 358 § 1 aufgezählten Ortschaften über Ansprüche, die auf den im Artikel 356 § 1, § 2 Satz 2 oder im Artikel 358 und 359 vorgesehenen Rechten beruhen.

(2) Ergibt sich, daß die Beeinträchtigung der Ertragbarkeit des Adolfschachts auf Arbeiten der im Artikel 364 bezeichneten Art zurückzuführen ist, und ist die Wasserversorgung Polnisch-Oberschlesiens infolge dieser Beeinträchtigung bedroht, so kann das Schiedsgericht auf Antrag Polens schleunige einstweilige Anordnungen treffen, um die Wasserversorgung Polnisch-Oberschlesiens sicherzustellen.

Article 369

Der Gegenwert der im Artikel 356 § 2 Satz 1 und im Artikel 357 § 1 Ziffer 1 bis 3 erwähnten Übernahme wird durch zwei Schiedsrichter festgesetzt, von denen jede Partei einen benennt. Sind die Schiedsrichter verschiedener Ansicht und können sie sich über einen Obmann nicht einigen, so ernennt das Schiedsgericht den Obmann.

Titre VI**Électricité**

Chapitre premier

Oberschlesische Elektrizitätswerke
(Schlesische Elektrizitäts- und Gas-
Aktiengesellschaft)

*Article 370***§ 1**

Pendant trois ans à dater du transfert de la souveraineté, les Parties contractantes garantissent aux *Oberschlesische Elektrizitätswerke* (*Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktiengesellschaft in Breslau*) appelés ci-dessous *O. E. W.* le droit de continuer, sans restriction aucune, leur exploitation, et notamment celle de leurs usines électriques à Chorzów et à Zaborze, et des installations et réseaux y appartenant, ainsi que le droit de conserver leur forme juridique et leur propriété.

§ 2

A cette fin, les deux Parties contractantes s'engagent, pour ladite période :

- a) à s'abstenir de toute mesure incompatible avec le principe dénoncé au paragraphe 1 ;
- b) à permettre que les câbles qui vont d'un territoire à l'autre restent intacts ;
- c) à autoriser, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation, la fourniture d'énergie électrique d'un territoire à l'autre dans la mesure fixée par les contrats conclus par les *O. E. W.*, pourvu que l'une des parties du territoire plébiscité ne soit pas désavantageée au profit de l'autre ;
- d) à permettre aux *O. E. W.* d'apporter aux installations qui servent à transmettre et à répartir l'énergie électrique, toutes les modifications qui pourraient être rendues nécessaires par la séparation future de ces installations. Ils pourront aussi modifier et renforcer les installations qui servent à la transmission et à la répartition de l'énergie, dans le but d'augmenter la fourniture de courant aux abonnés actuels et de fournir du courant à de nouveaux abonnés. Toutefois, ces modifications ne pourront, en aucune façon, diminuer les quantités d'énergie électrique reçues actuellement par l'une des deux parties du territoire plébiscité, aux dépens de l'autre ;
- e) à permettre de transporter, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation, des dépôts des *O. E. W.*

Titel VI**Elektrizität**

Kapitel 1

Oberschlesische Elektrizitätswerke,
Schlesische Elektrizitäts- und Gas-
Aktiengesellschaft

*Artikel 370***§ 1**

Während der ersten drei Jahre nach dem Übergange der Staatshoheit gewährleisten die vertragsschließenden Teile der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas-Aktiengesellschaft in Breslau, im folgenden O. E. W. genannt, die uneingeschränkte Fortführung ihres Betriebs, insbesondere ihrer Kraftwerke in Chorzów und Zaborze und der dazu gehörigen Anlagen und Leitungen sowie die Wahrung ihrer gegenwärtigen Rechtsform und Eigentumsverhältnisse.

§ 2

Zu diesem Zwecke verpflichtet sich jeder der vertragsschließenden Teile, für die genannte Zeit:

- a) alle Maßnahmen zu unterlassen, die gegen den Grundsatz des § 1 verstößen,
- b) zu gestatten, daß Leitungen, die von einem Teilgebiet in das andere führen, bestehen bleiben,
- c) die Zuführung von Elektrizität von einem Teilgebiet in das andere frei von allen Einfuhr- und Ausfuhrzöllen und von allen Einfuhr- und Ausfuhrabgaben in dem durch die Verträge der O. E. W. bestimmten Umfang zu gestatten, so weit dadurch nicht die Elektrizitätsversorgung des einen Teilgebiets zugunsten des anderen Teilgebiets beeinträchtigt wird,
- d) zu gestatten, daß die O. E. W. alle Veränderungen der Leitungs- und Verteilungsanlagen vornehmen, die durch die zukünftige Trennung der Anlagen notwendig werden, desgleichen Veränderungen und Verstärkungen der Leitungs- und Verteilungsanlagen zwecks Vergrößerung der Stromlieferung an vorhandene Abnehmer oder zum Zwecke des Anschlusses neuer Abnehmer, soweit dadurch nicht die Elektrizitätsversorgung des einen Teilgebiets in ihrem bisherigen Umfang zugunsten des anderen Teilgebiets beeinträchtigt wird,
- e) zu gestatten, daß zur Beseitigung von plötzlich eingetretenen Kabel-, Leitungs- und Transformatorenstörungen und ähnlichen Betriebschäden die dazu erforderlichen Materialien, Werkzeuge, Geräte und dergleichen von den La-

à Zaborze, Gleiwitz et Chorzów, sur l'autre territoire, les matériaux, outils, ustensiles, etc., nécessaires pour mettre fin à des perturbations subites survenant aux câbles, conduites ou transformateurs, ainsi qu'à d'autres accidents analogues ;

- f) à autoriser le transport de charbon provenant de l'autre partie du territoire plébiscité et destiné aux O. E. W., y compris l'usine électrique de Zaborze, et cela en quantités correspondant aux exigences de l'exploitation au moment voulu et dans les limites fixées par la présente Convention ;
- g) à accorder toute protection aux employés et ouvriers de l'autre nationalité au service des O. E. W. ;
- h) à permettre la perception en monnaie allemande par les O. E. W. de ce qui leur est dû pour l'utilisation du courant électrique, et à ne pas retenir ou grever de taxes autres que des taxes d'ordre général fixées par la législation, l'avoir de la société. Les dispositions du titre III de la cinquième partie de la présente Convention sont applicables ;
- i) à accorder, le cas échéant, sur présentation de certificats spéciaux délivrés par la direction des usines électriques, suivant l'analogie de l'article 270, des laissez-passer au personnel nécessaire à la surveillance, au service, à la garde, à l'entretien et à la réparation des installations sisées sur l'autre partie du territoire plébiscité, pour lui permettre de vaquer à ses occupations et pour autant qu'il ne possède pas déjà de permis de circulation ou ne se trouve pas dans les conditions normalement requises pour en obtenir. Ces personnes pourront, en outre, être autorisées, aux fins indiquées ci-dessus, à franchir la frontière même à des endroits autres que les endroits de passage ordinaires, ainsi que la nuit. Cette autorisation sera mentionnée sur les laissez-passer, ainsi que les endroits de passage spéciaux.

§ 3

1. — Pendant la période désignée au paragraphe 1, les O. E. W. communiqueront aux deux Gouvernements chaque fois qu'il sera nécessaire, la liste — indiquant quantités et espèces — du matériel d'exploitation, de remplacement et d'entretien, ainsi que des outils, ustensiles, chaudières, machines, pièces de rechange de machines et de conduites, requis pour la continuation de leur exploitation en Haute Silésie polonaise. Les quantités et espèces fixées dans les dites listes pourront passer la frontière en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation.

2. — Les Parties contractantes s'engagent à accorder les permis d'importation et d'exportation nécessaires.

gern der Gesellschaft in Gleiwitz, Zaborze und Chorzow in das andere Teilgebiet gebracht werden, ohne daß dafür Einfuhr- oder Ausfuhrzölle, oder Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben erhoben werden,

- f) die Zuführung von Kohlen für die O. E. W. einschließlich des Kraftwerkes in Zaborze in den für den jeweiligen Umfang des Betriebs erforderlichen Mengen aus dem anderen Teilgebiet im Rahmen der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen zu gestatten,
- g) den bei den O. E. W. beschäftigten Angestellten und Arbeitern, die Angehörige des anderen Staates sind, vollen Schutz zu gewähren,
- h) die Vereinnahmungen der Stromgebühren durch die O. E. W. in deutscher Währung zu gestatten, die Guthaben der Gesellschaft nicht zurückzuhalten oder durch andere als allgemeine gesetzliche Abgaben zu belasten; die Bestimmungen des dritten Titels des fünften Teiles finden Anwendung,
- i) den Personen, die mit der Beaufsichtigung, Bedienung, Bewachung, Instandhaltung und Instandsetzung der Anlagen im anderen Teilgebiete betraut worden sind, zur Ausübung dieser Tätigkeit — soweit sie eine Verkehrskarte nicht besitzen oder nach den allgemeinen Bestimmungen nicht erhalten können — erforderlichenfalls auf Grund besonderer von der Betriebsleitung der O. E. W. ausgestellten Bescheinigung nach Maßgabe des Artikels 270 einen Ausweis zu erteilen. Diesen Personen kann ferner die Befugnis gegeben werden, zu den vorbezeichneten Zwecken die Grenze auch außerhalb der allgemeinen Übergangsstellen und zur Nachtzeit zu überschreiten. Die Befugnis ist unter Angabe der besonderen Übergangsstellen auf dem Ausweis zu vermerken.

§ 3

(1) Während des im § 1 bezeichneten Zeitraums werden die O. E. W. beiden Staaten jeweils listenmäßig mitteilen, welche Mengen und Arten von Betriebs-, Erneuerungs- und Instandhaltungsmaterialien sowie von Werkzeugen, Geräten, Kesseln, Maschinen sowie von Maschinen- und Leitungserätz für die Fortführung ihres Betriebs in Polnisch-Oberschlesien notwendig sein werden. Die hiernach festgestellten Mengen und Arten können frei von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen und von jeglichen Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nach Polnisch-Oberschlesien gebracht werden.

(2) Beide Staaten verpflichten sich zur Erteilung der notwendigen Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen.

*Article 371***§ 1**

Pendant la période indiquée à l'article 370, paragraphe 1, la Pologne pourra acquérir, par voie de libre accord, l'usine électrique de Chorzów avec toutes ses installations et ses réseaux situés en Haute Silésie polonaise. La Pologne engagera les négociations nécessaires à ce sujet avec les *O. E. W.*, sitôt après le transfert de la souveraineté.

§ 2

Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, l'usine électrique de Chorzów, ainsi que ses installations et réseaux, pourra être, par voie de libre accord, avec l'assentiment de la Pologne, transformée en une entreprise indépendante ou acquise par une autre entreprise. La Pologne facilitera toutes négociations qui auront lieu à cet effet.

§ 3

Si, conformément au paragraphe 1, l'usine électrique de Chorzów, avec ses installations et réseaux, est acquise par la Pologne, ou si, conformément au paragraphe 2, elle est acquise par une entreprise indépendante, ou encore si elle est transformée en une entreprise indépendante, le Gouvernement polonais décidera si et dans quelle mesure les taxes et droits de timbre seront réduits, en tant que dus à l'Etat polonais, à la voïvodie de Silésie, à une commune ou groupement de communes, soit en raison du transfert de la propriété, soit en raison de la création d'une entreprise comme il est prévu au paragraphe 2.

§ 4

Les dispositions de l'article 370 cesseront d'être en vigueur à dater du jour où l'Etat polonais ou une entreprise aura repris l'exploitation de l'usine électrique de Chorzów, ou bien cette usine se sera transformée en une entreprise indépendante. Le Gouvernement polonais communiquera, si possible un mois d'avance, au Gouvernement allemand, le jour de la reprise d'exploitation.

*Article 372***§ 1**

1. — Si, durant les trois premières années, à dater du transfert de la souveraineté, un des règlements prévus à l'article 371, paragraphes 1 et 2, n'est pas intervenu, la Commission mixte pourra, à la demande du Gouvernement polonais ou des *O. E. W.*, décider dans quel délai, dans quelles conditions et à quel prix, le Gouvernement polonais pourra racheter l'usine électrique de Chorzów, ainsi que l'ensemble des installations et réseaux situés à ce moment-là sur territoire polonais.

2. — Le transfert de la propriété n'aura lieu que contre paiement du prix. Si les *O. E. W.* le demandent, le prix sera payé en monnaie allemande.

3. — Si, conformément à l'alinéa 1 du présent paragraphe, la Pologne rachète l'usine électrique de Chorzów, aucun droit de timbre ou taxes ne pourront être perçus par la Pologne, la vo-

*Article 371***§ 1**

Während der im Artikel 370 § 1 bezeichneten Frist darf Polen das Kraftwerk in Chorzów nebst sämtlichen in Polnisch-Oberschlesien befindlichen Anlagen und Leitungen freihändig erwerben. Polen erklärt sich bereit, alsbald nach dem Übergange der Staatshoheit mit den *O. E. W.* darüber in Unterhandlungen zu treten.

§ 2

Unbeschadet der Bestimmung des § 1 kann das Kraftwerk in Chorzów nebst Anlagen und Leitungen im Wege freier Vereinbarung mit Zustimmung Polens in ein selbständiges Unternehmen umgewandelt oder von einem anderen Unternehmen erworben werden. Polen wird den hierauf abzielenden Verhandlungen jede mögliche Unterstützung angeleihen lassen.

§ 3

Wird das Kraftwerk in Chorzów nebst Anlagen und Leitungen gemäß § 1 von Polen oder gemäß § 2 von einem selbständigen Unternehmen erworben, oder wird das Kraftwerk in Chorzów gemäß § 2 in ein selbständiges Unternehmen umgewandelt, so wird die polnische Regierung bestimmen, ob und in welchem Maße Steuern und Stempel herabzusezen sind, soweit Steuern und Stempel für den polnischen Staat, die Woiwodschaft Schlesien, einen Kommunalverband oder eine Gemeinde aus Anlaß des Überganges des Eigentums oder der Errichtung einer der im § 2 erwähnten Unternehmungen entstehen.

§ 4

Mit dem Tage der Übernahme des Betriebs des Kraftwerks Chorzów durch den polnischen Staat oder durch ein Unternehmen der im § 2 bezeichneten Art oder der Umwandlung in ein selbständiges Unternehmen treten die Bestimmungen des Artikels 370 außer Kraft. Die polnische Regierung wird der deutschen Regierung den Tag der Betriebsübernahme möglichst einen Monat vorher mitteilen.

*Article 372***§ 1**

(1) Ist die Angelegenheit innerhalb von drei Jahren seit dem Übergange der Staatshoheit auf einem der im Artikel 371 §§ 1, 2 bezeichneten Wegen nicht geregelt worden, so hat auf Antrag Polens oder der *O. E. G.* die Gemischte Kommission darüber zu entscheiden, innerhalb welcher Zeit, unter welchen Bedingungen und zu welchem Preise Polen das Kraftwerk in Chorzów nebst den in Polnisch-Oberschlesien befindlichen Anlagen und Leitungen zu kaufen berechtigt ist.

(2) Die Übertragung des Eigentums hat Zug um Zug gegen Zahlung des Kaufpreises zu erfolgen. Auf Wunsch der *O. E. W.* ist der Kaufpreis in deutscher Währung zu zahlen.

(3) Kauft Polen gemäß Abs. 1 dieses Paragraphen das Kraftwerk in Chorzów nebst Anlagen und Leitungen, so entstehen aus Anlaß des Erwerbes einschließlich der Eigentumsübertragung weder Steuern

vodie de Silésie, une commune ou un groupement de communes, en raison de l'acquisition, ou du transfert de la propriété.

§ 2

1. — Si, après le transfert de la souveraineté, les *O. E. W.* ont l'intention d'entreprendre, à l'usine électrique de Chorzów ou aux installations sises dans la partie polonaise du territoire plébiscité, des travaux nouveaux destinés à fournir l'électricité dans la partie polonaise, le Gouvernement polonais se déclare prêt à entamer aussitôt des négociations avec les *O. E. W.* pour trouver les fonds nécessaires et pourvoir spécialement au remboursement futur des frais causés par ces travaux nouveaux, au cas où la reprise prévue au paragraphe 1 du présent article aurait lieu.

2. — Sont entre autres considérés comme travaux nouveaux les modifications, qui pourraient être nécessitées par la séparation des installations, aux installations conductrices et distributrices de l'électricité en tant qu'elles fournissent l'électricité dans la partie polonaise du territoire plébiscité.

3. — Si les négociations n'aboutissent pas, les *O. E. W.* ne pourront être considérés comme responsables d'une diminution de la fourniture d'électricité dans la partie polonaise, en tant que cette diminution est due à la non-exécution des travaux projetés.

Article 373

§ 1

Jusqu'à la reprise de l'exploitation de l'usine électrique de Chorzów par la Pologne ou par une entreprise, ou sa transformation en une entreprise indépendante, mais au plus jusqu'à l'expiration de trois ans à dater du transfert de la souveraineté, les *O. E. W.* fourniront l'électricité aux mêmes conditions dans les deux parties du territoire plébiscité. Ceci doit être compris de telle manière que les principes d'après lesquels la fourniture se fera et d'après lesquels les prix seront établis, soient les mêmes pour les deux parties du territoire.

§ 2

Les prix ayant cours dans la partie polonaise s'appliqueront également aux clients de la partie polonaise auxquels l'usine électrique de Zaborze fournit l'électricité, et inversement les prix ayant cours dans la partie allemande, s'appliqueront également aux clients de la partie allemande auxquels l'usine électrique de Chorzów fournit l'électricité.

Article 374

Si, au cours de la période prévue à l'article 370, paragraphe 1, l'exploitation de l'usine électrique de Chorzów est reprise par la Pologne ou par une entreprise, ou si l'usine est transformée en une entreprise indépendante, la Pologne s'engage à assurer à la partie allemande du territoire plébiscité la fourniture d'une quantité d'énergie électrique égale à celle fournie jusqu'ici, pendant

noch Stempelgebühren zugunsten Polens, der Województwo Schlesien, eines Kommunalverbandes oder einer Gemeinde.

§ 2

(1) Sollten die *O. E. W.* nach dem Übergange der Staatshoheit im Interesse der Elektrizitätsversorgung Polnisch-Oberschlesiens Neuarbeiten an ihren Anlagen in Polnisch-Oberschlesien auszuführen beabsichtigen, so erklärt sich Polen bereit, alsbald mit den *O. E. W.* in Verhandlungen darüber einzutreten, wie die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen und in welcher Höhe die *O. E. W.* bei der im § 1 vorgesehenen Übernahme der Anlagen durch Polen zu entschädigen sind.

(2) Zu den Neuarbeiten gehören auch die durch die Abtrennung des Chorzower Kraftwerks erforderlich werdenden Veränderungen der Leitungs- und Verteilungsanlagen, soweit sie der Elektrizitätsversorgung in Polnisch-Oberschlesien dienen.

(3) Führen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so sind die *O. E. W.* für eine Beeinträchtigung der Elektrizitätsversorgung Polnisch-Oberschlesiens insoweit nicht verantwortlich, als diese Beeinträchtigung auf die Nichtausführung der beabsichtigten Arbeiten zurückzuführen ist.

Artikel 373

§ 1

Bis zur Übernahme des Betriebs des Kraftwerks Chorzow durch Polen oder durch ein Unternehmen oder bis zur Umwandlung in ein selbständiges Unternehmen, längstens jedoch für die Dauer von drei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit, haben die *O. E. W.* in beiden Teilen des Abstimmungsgebiets Elektrizität zu gleichen Bedingungen zu liefern. Hiernach müssen die Grundsätze, nach denen die Lieferung erfolgt und nach denen die Preise festgesetzt werden, für beide Gebiete gleich sein.

§ 2

Für den gleichen Zeitraum sollen in Polnisch-Oberschlesien die dort gültigen Preise auch für diejenigen Abnehmer gelten, die vom Zaborzer Kraftwerk versorgt werden, und im deutschen Teil des Abstimmungsgebiets die dort gültigen Preise auch für diejenigen Abnehmer, die vom Chorzower Kraftwerk versorgt werden.

Artikel 374

Falls vor Ablauf der im Artikel 370 § 1 bezeichneten dreijährigen Frist der Betrieb des Chorzower Kraftwerkes durch Polen oder durch ein Unternehmen übernommen oder das Kraftwerk in ein selbständiges Unternehmen umgewandelt wird, verpflichtet sich Polen, die Belieferung des deutschen Teiles des Abstimmungsgebiets im bisherigen Umfang für die Dauer eines Jahres nach Übernahme des Betriebs,

une année à dater de la séparation de l'exploitation, et au moins pendant trois ans à dater du transfert de la souveraineté. Les détails feront l'objet d'un accord spécial entre les deux Gouvernements.

Article 375

§ 1

Jusqu'à d'expiration d'un an après la reprise de l'exploitation de l'usine électrique de Chorzów par la Pologne ou par une entreprise, ou la transformation de cette usine en une entreprise indépendante, mais au plus tard jusqu'à l'expiration de quatre ans à dater du transfert de la souveraineté, les usines électriques de Zaborze et de Chorzów pourront transmettre l'énergie électrique en passant par le territoire de l'autre État, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation.

§ 2

1. — L'Allemagne s'engage à permettre pendant deux années au plus après l'expiration du délai prévu au paragraphe 1 du présent article, la fourniture, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie, ou de la délivrance de permis d'importation et d'exportation, d'énergie électrique de l'usine de Zaborze à Knurów, en quantités égales à celles fournies jusqu'ici, pourvu que cela ne cause, pour les consommateurs en territoire allemand, ni pénurie ni renchérissement de l'énergie électrique.

2. — L'article 373 ne s'applique pas à la fourniture d'électricité pendant ce délai supplémentaire.

3. — Les principes exposés à l'article 370, paragraphe 2, lit. e), g), et i), s'appliquent aux cas prévus par les paragraphes 1 et 2 du présent article.

Article 376

Les matériaux devenant disponibles sur place en raison des modifications prévues aux articles précédents pourront jusqu'à l'expiration d'un an à dater de la séparation être transportés dans l'autre partie du territoire plébiscité, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'importation ou de l'exportation, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation.

Article 377

Tant que les O.E.W. devront fournir l'électricité aux mêmes conditions dans les deux parties du territoire plébiscité, l'Allemagne s'engage à faire donner par les O.E.W. au Gouvernement polonais les renseignements que celui-ci demandera concernant les conditions auxquelles ils fournissent l'électricité dans la partie allemande.

mindestens aber für die Dauer von drei Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit, sicherzustellen. Das Nähere hierüber vereinbaren die beiden Regierungen.

Artikel 375

§ 1

Bis zum Ablauf eines Jahres nach der Übernahme des Betriebs des Chorzower Kraftwerkes durch Polen oder durch ein Unternehmen oder nach der Umwandlung des Kraftwerkes in ein selbständiges Unternehmen, längstens jedoch für die Dauer von vier Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit, können die Kraftwerke in Zaborze und Chorzow Elektrizität über das andere Teilgebiet leiten, ohne daß hierbei Einfuhr- oder Ausfuhrzölle oder Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben erhoben werden.

§ 2

(1) Deutschland verpflichtet sich, auch nach Ablauf der im § 1 genannten Frist für die Dauer von längstens zwei weiteren Jahren die Zuführung von Elektrizität von dem Zaborzer Kraftwerk nach Knurów ohne Erhebung von Zöllen, Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben im bisherigen Umfang zu gestatten, sofern dadurch die Elektrizitätsbelieferung des deutschen Gebiets nicht beeinträchtigt oder verteuert wird.

(2) Auf die Lieferung der Elektrizität findet der Artikel 373 für diesen weiteren Zeitraum keine Anwendung.

(3) Zur Durchführung der in den §§ 1 und 2 bezeichneten Maßnahmen finden die Bestimmungen des Artikels 370 § 2, Buchstabe e, g und i sinngemäß Anwendung.

Artikel 376

Die bei den in den vorstehenden Artikeln vorgenommenen Veränderungen und Umlegungen des Leitungsnetzes frei werdenden Materialien dürfen bis zum Ablauf eines Jahres nach der Abtrennung, ohne daß dafür Einfuhr- oder Ausfuhrzölle oder Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben erhoben werden, von einem Teilgebiet in das andere gebracht werden.

Artikel 377

Solang die O. E. W. verpflichtet sind, Elektrizität in beide Teile des Abstimmungsgebietes zu denselben Bedingungen zu liefern, verpflichtet sich Deutschland, die O. E. W. anzuhalten, Polen auf Verlangen Auskunft über die Bedingungen zu erteilen, unter denen die O. E. W. das deutsche Gebiet mit Elektrizität versorgen.

Chapitre II

Autres usines d'électricité du territoire plébiscité

Article 378

§ 1

En ce qui concerne les usines d'électricité du territoire plébiscité autres que les *O.E.W.*, les deux Parties contractantes s'engagent à permettre, pendant quinze ans, à dater du transfert de la souveraineté, la fourniture, en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie, ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation, d'énergie électrique d'une partie du territoire plébiscité dans l'autre, en quantités correspondant aux quantités fournies jusqu'à la date du transfert de la souveraineté. Elles s'engagent en outre à ne pas mettre d'obstacles à l'exécution des contrats existants pour la fourniture d'électricité et à assurer la protection des tribunaux aux revendications fondées sur ces contrats, de telle manière notamment que tous les ayants droit soient traités sur le même pied que des nationaux.

§ 2

Les usines d'électricité mentionnées au paragraphe 1 jouiront des droits résultant des principes contenus à l'article 370, paragraphe 2, lit. *g*) et *i*). Elles pourront faire transporter en franchise de tous droits d'entrée et de sortie, ainsi que de toutes taxes à l'occasion de l'entrée ou de la sortie ou de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation, des dépôts de l'usine sur l'autre partie du territoire plébiscité, les matériaux, outils et ustensiles nécessaires pour mettre fin à des perturbations subites survenant aux câbles et aux transformateurs, ainsi qu'à d'autres accidents analogues.

Chapitre III

Compétence de la Commission mixte

Article 379

La Commission mixte est compétente pour statuer sur tous différends qui s'élèveraient entre les deux Gouvernements au sujet de l'application ou de l'interprétation des articles 370, paragraphes 1 à 3, 371, paragraphe 4, 373, 374, 375, paragraphes 1 à 3, 378.

Chapitre IV

Disposition finale

Article 380

Les deux Gouvernements peuvent à tout moment modifier par un accord les dispositions du présent titre.

Kapitel 2.

Die anderen Elektrizitätswerke des Abstimmungsgebiets

Artikel 378

§ 1.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, fünfzehn Jahre nach dem Übergange der Staatshoheit die Beförderung von Elektrizität durch andere Werke des Abstimmungsgebiets von einem Teilgebiet in das andere in demselben Umfange frei von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen sowie Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben zu gestatten, in dem die Lieferung zur Zeit des Überganges der Staatshoheit erfolgt, die Ausführung bestehender Lieferungsverträge nicht zu hindern und die gerichtliche Geltendmachung der sich aus diesen Verträgen ergebenden Ansprüche in demselben Maße zu gewährleisten wie für Ansprüche der eigenen Staatsangehörigen.

§ 2

Die im § 1 bezeichneten Werke genießen die Rechte aus Artikel 370 § 2, Buchstabe *g* und *i*. Sie dürfen zur Beseitigung von plötzlich eingetretenen Kabel-, Leitungs- und Transformatorenstörungen und ähnlichen Betriebschäden die dazu erforderlichen Materialien, Werkzeuge und Geräte von ihren Lagern in das andere Teilgebiet bringen, ohne daß dafür Einfuhr- oder Ausfuhrzölle, Einfuhr- oder Ausfuhrabgaben erhoben werden.

Kapitel 3

Zuständigkeit der Gemischten Kommission

Artikel 379

Für Streitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung über die Auslegung und Anwendung der Artikel 370 §§ 1 bis 3, Artikel 371 § 4, Artikel 373, 374, 375 §§ 1 bis 3 und Artikel 378 ist die Gemischte Kommission zuständig.

Kapitel 4

Schlußbestimmung

Artikel 380

Die beiden Regierungen können die Bestimmungen dieses Titels im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit abändern.

Titre VII

Postes, télégraphes et téléphones

Chapitre premier

Services postaux

Section I

Disposition générale

Article 381

Sous réserve des dispositions du présent titre et des modifications qui pourront intervenir à la suite d'accords ultérieurs, le service postal entre la Haute Silésie polonaise, d'une part, et la partie allemande du territoire plébiscité ainsi que le reste de l'Allemagne, d'autre part, est soumis aux prescriptions de la Convention postale universelle conclue à Madrid, le 30 novembre 1920, et des arrangements qui s'y rattachent, ainsi qu'aux règlements d'exécution.

Section II

Services Postaux entre la Haute Silésie polonaise et la partie allemande du territoire plébiscité

Article 382

1. — Les taxes du service intérieur allemand en vigueur lors du transfert de la souveraineté, demeureront applicables aux envois de la poste aux lettres.

2. — Si l'une des Parties contractantes désire modifier les taxes, les Gouvernements s'entendront, dans un délai de deux mois et par écrit, pour décider s'il est possible de maintenir la parité des taxes. Si l'accord ne peut se faire, chacun des Gouvernements aura le droit de fixer ses taxes comme bon lui semblera, la majoration ou la réduction ne pouvant toutefois jamais dépasser 50 % des taxes appliquées dans le service intérieur allemand à l'époque de la modification. Les deux administrations se communiqueront réciproquement les nouvelles taxes et la date de leur mise en vigueur.

Article 383

1. — Les colis postaux ne bénéficient pas des taxes du rayon local ; ils sont soumis aux taxes de la zone éloignée et aux droits d'assurance qui sont ou seront perçus en service intérieur allemand sur la base des coupures de poids.

2. — La taxe est partagée entre les deux administrations, trois cinquièmes revenant à l'Allemagne et deux cinquièmes à la Pologne. Les Parties renoncent au partage de la taxe additionnelle appliquée aux colis encombrants et aux colis urgents.

Titel VII

Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr

Kapitel I

Postverkehr

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmung

Artikel 381

Im Postverkehre zwischen Polnisch-Oberschlesien einerseits und dem deutschen Teile des Abstimmungsgebiets sowie dem übrigen Deutschland andererseits gelten die Vorschriften des Weltpostvertrags vom 30. November 1920 und der dazu gehörenden Abkommen nebst den Vollzugsordnungen, soweit durch die nachfolgenden Bestimmungen oder durch spätere Vereinbarungen nicht ein anderes festgesetzt wird.

Abschnitt II

Verkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem deutschen Teile des Abstimmungsgebiets.

Artikel 382

(1) Für Briefpostsendungen werden die am Tage des Übergangs der Staatshoheit bestehenden deutschen Gebührensätze des inneren Verkehrs angewendet.

(2) Wünscht einer der vertragschließenden Teile eine Änderung der Gebühren eintreten zu lassen, so haben sich die Regierungen durch Schriftwechsel innerhalb einer Frist von zwei Monaten darüber zu verstündigen, ob die Möglichkeit besteht, die Gebühren gleichheit zu erhalten. Wird keine Verständigung erzielt, so steht jeder Regierung das Recht zu, die Gebühren selbständig festzusetzen. Eine Erhöhung oder Ermäßigung darf jedoch nicht mehr als 50 vom Hundert der jeweils geltenden Gebühren betragen. Die Verwaltungen teilen sich die neuen Gebühren und den Zeitpunkt, an dem sie in Kraft treten, gegenseitig mit.

Artikel 383

(1) Für Pakete werden ohne Rücksicht auf die Entfernung die jeweils geltende deutsche Fernzonengebühr und Versicherungsgebühr nach den Gewichtsstufen des inneren Verkehrs erhoben.

(2) Diese Gebühren werden zwischen den beiden Verwaltungen derart geteilt, daß drei Teile auf Deutschland und zwei Teile auf Polen entfallen. Auf eine Teilung des Zuschlags für Sperrgüter und für dringende Pakete wird verzichtet.

Article 384

La taxe des journaux est acquise à l'administration à laquelle appartient le bureau postal expéditeur (*Verlagspostanstalt*). L'administration du bureau postal destinataire transporte et distribue gratuitement les journaux.

Article 385

Pour les objets recommandés et les colis postaux, les indemnités, en cas de perte ou d'avarie, seront payées conformément aux dispositions du service intérieur allemand.

Sektion III

Services Postaux entre la Haute Silésie polonaise et les parties de l'Allemagne situées en dehors du territoire plébiscité

Article 386

1. — Il peut être expédié des colis postaux, avec ou sans valeur déclarée, jusqu'à concurrence de 20 kilogrammes, avec les coupures de poids suivantes : jusqu'à 5 kilogrammes inclusivement, de 5 à 10 kilogrammes inclusivement, de 10 à 15 kilogrammes inclusivement, de 15 à 20 kilogrammes inclusivement.

2. — La taxe est calculée sur les bases des dispositions de la Convention internationale du 30 novembre 1920 concernant l'échange des colis postaux, étant entendu que, par 5 kilogrammes ou fraction de 5 kilogrammes, la quote-part de l'Allemagne est de 30 centimes et celle de la Pologne de 20 centimes. Les taxes sont perçues d'après les équivalents en monnaie allemande. Le droit d'assurance est fixé à 50 centimes par 300 francs d'après les équivalents en monnaie allemande. Le montant du droit est acquis pour les trois cinquièmes à l'Allemagne et pour les deux cinquièmes à la Pologne.

Section IV

Dispositions communes

Article 387

1. — Le montant maximum de la déclaration de valeur n'est pas limité pour les lettres et colis avec valeur déclarée. Le montant de la somme déclarée doit être exprimé en monnaie allemande.

2. — Le montant maximum d'un mandat de poste est fixé à 2,000 marks. Il en est de même pour les valeurs à recouvrer. Provisoirement les protêts ne seront pas acceptés.

3. — Les cartes postales de grand format (15,7 × 10,7 cm.), admises dans le service intérieur allemand, seront encore acceptées au tarif de la carte postale pendant une année à dater du transfert de la souveraineté.

4. — Les colis postaux urgents sont admis.

Article 388

En principe, il appartient à chaque administration de pourvoir au transport des envois postaux jusqu'à la frontière.

Artikel 384

Die Zeitungsgebühren werden zugunsten derjenigen Verwaltung vereinnahmt, der die Verlagspostanstalt angehört. Die Absatzverwaltung befördert und bestellt die Zeitungen unentgeltlich.

Artikel 385

Bei Einschreibsendungen und Paketen wird für Verlust oder Beschädigung nach den Sätzen des innerdeutschen Verkehrs Erhalt geleistet.

Abschnitt III

Verkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Deutschland

Artikel 386

(1) Pakete mit oder ohne Wertangabe können bis zum Höchstgewicht von 20 kg versandt werden, und zwar in folgenden Gewichtsstufen: bis 5 kg, über 5 bis 10 kg, über 10 bis 15 kg und über 15 bis 20 kg.

(2) Die Gebühr wird nach den Grundsätzen des internationalen Postpaketvertrags vom 30. November 1920 mit der Maßgabe berechnet, daß für je 5 kg oder einen Bruchteil davon der deutsche Anteil auf 30 Centimen und der polnische Anteil auf 20 Centimen ermäßigt wird. Die Gebühren werden in den deutschen Gegenwerten erhoben. Die Versicherungsgebühr beträgt 50 Centimen für je 300 Franken nach dem deutschen Gegenwerte. Hiervon entfallen auf Deutschland drei Teile und auf Polen zwei Teile.

Abschnitt IV

Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 387

(1) Der Meistbetrag der Wertangabe bei Briefen und Paketen ist unbeschränkt. Die Wertangabe ist in deutscher Währung auszudrücken.

(2) Der Meistbetrag einer Postanweisung wird auf 2 000 M festgesetzt. Daselbe gilt für den einzelnen Postauftrag. Postprotestaufträge werden nicht angenommen.

(3) Postkarten von dem im innerdeutschen Verkehre zugelassenen größeren Abmessungen (15,7 : 10,7 cm) sind noch ein Jahr nach dem Übergange der Staatshoheit gegen die Postkartengebühr zu befördern.

(4) Dringende Pakete werden zugelassen.

Artikel 388

Grundsätzlich hat jede Verwaltung die Postsendungen bis zur Grenze zu befördern.

Article 389.

Les Parties contractantes élaboreront, par voie de libre accord, un arrangement sur le service des chèques postaux qui sera ratifié et entrera en vigueur en même temps que la présente Convention.

*Section V**Service de transit**Article 390*

1. — Pour le calcul des frais de transit applicables aux envois de la poste aux lettres, la partie allemande du territoire plébiscité et le reste de l'Allemagne, d'une part, sont considérés comme formant un seul et même territoire, la partie polonaise du territoire plébiscité et le reste de la Pologne, d'autre part, comme formant aussi un seul et même territoire.

2. — Pour les colis postaux provenant de la partie polonaise du territoire plébiscité, en transit par l'Allemagne et à destination de pays situés au delà de l'Allemagne, de même que pour les colis provenant d'Allemagne, en transit par la partie polonaise du territoire plébiscité et à destination de pays situés au delà de la Pologne sans toucher au reste du territoire polonais, la quote-part de l'Allemagne est réduite à 30 centimes et celle de la Pologne à 20 centimes. Cette disposition pourra être modifiée en tout temps, par entente des deux Gouvernements, lorsque le service des colis postaux aura repris entre l'Allemagne et la Pologne.

*Chapitre II**Services télégraphiques et téléphoniques**Article 391*

1. — Les lignes télégraphiques et téléphoniques, reliant les deux parties du territoire plébiscité au moment du transfert de la souveraineté, restent en service.

2. — Chaque administration organisera son réseau de façon que le trafic intérieur des bureaux situés sur son propre territoire puisse avoir lieu sans le secours de bureaux appartenant à l'autre administration. Pendant la période de transition, qui ne doit pas dépasser un an, et en cas de dérangement sur le réseau, l'autre administration interviendra gratuitement pour assurer les communications.

3. — En principe, les postes téléphoniques publics et particuliers, situés en territoire allemand, seront reliés à une station intermédiaire allemande, et les postes téléphoniques publics et particuliers, situés en territoires polonais à une station intermédiaire polonaise. Les postes téléphoniques existants, qui seraient reliés à une station intermédiaire de l'autre État, seront branchés, le plus tôt possible sur une station intermédiaire de leur propre État. Jusqu'à ce moment, chaque administration assurera l'entretien des installations sises sur son territoire. Chaque administration peut, moyennant préavis de trois mois, résilier en tout temps les abonnements téléphoniques pour la fin d'un trimestre du calendrier.

Article 389

Die Regelung des Postscheckverkehrs bleibt einem besonderen Abkommen vorbehalten, das gleichzeitig mit diesem Vertrage ratifiziert wird und in Kraft tritt.

*Abschnitt V**Durchgangsverkehr**Article 390*

(1) Bei Ermittlung der Durchgangsgebühren für Briefpostsendungen gelten der deutsche Teil des Abstimmungsgebiets und das übrige Deutschland einerseits sowie der polnische Teil des Abstimmungsgebiets und das übrige Polen anderseits als je ein Gebiet.

(2) Für Pakete aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebiets über Deutschland nach Hinterländern Deutschlands oder aus Deutschland über den polnischen Teil des Abstimmungsgebiets nach Hinterländern des polnischen Teiles ohne Berührung des übrigen polnischen Gebiets wird der deutsche Anteil auf 30 Centimen und der polnische Anteil auf 20 Centimen ermäßigt. Diese Bestimmung kann nach Aufnahme des Paketverkehrs zwischen Deutschland und Polen im gegenseitigen Einverständnis der beiden Verwaltungen jederzeit geändert werden.

*Kapitel II**Telegraphen- und Fernsprechverkehr**Article 391*

(1) Die Telegraphen- und Fernsprechleitungen, die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit durch beide Teile des Abstimmungsgebiets verlaufen, bleiben im Betriebe.

(2) Jede Verwaltung wird ihr Leitungsnetz so einrichten, daß der innere Verkehr der auf ihrem Gebiete liegenden Betriebsstellen ohne Mitwirkung von Betriebsstellen der anderen Verwaltung abgewickelt werden kann. Während der Übergangszeit, die nicht länger als ein Jahr dauern soll, und in Störungsfällen wird die andere Verwaltung die Vermittelung kostenfrei besorgen.

(3) Grundsätzlich werden die auf deutschem Gebiete liegenden Sprechstellen an deutsche Vermittelungsstellen und die auf polnischem Gebiete liegenden Sprechstellen an polnische Vermittelungsstellen angeschlossen. Vorhandene Sprechstellen, die an eine Vermittelungsstelle des anderen Staates angeschlossen sind, werden zunächst bald an eine Vermittelungsstelle des eigenen Staates umgeschaltet. Bis zur Umstellung hält jede Verwaltung die auf ihrem Gebiete liegenden Teile der Anlagen instand. Jede Verwaltung kann solche Anschlüsse jederzeit zum Ende eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

Article 392

§ 1

1. — Le service télégraphique et téléphonique s'effectue conformément aux dispositions de la Convention télégraphique internationale, conclue à Saint-Pétersbourg le 10/22 juillet 1875, et au Règlement de service international du 11 juin 1908, y annexé.

2. — Toutefois, le service téléphonique donne lieu aux dérogations et additions suivantes:

- 1° L'article LXVIII A, § 6, du Règlement de service international ne s'applique pas au service téléphonique entre les deux parties du territoire plébiscité; les communications sont données dans l'ordre d'inscription des demandes.
- 2° L'article LXVIII C, § 2, du Règlement de service international ne s'applique pas au service téléphonique entre les deux parties du territoire plébiscité; le nombre des demandes n'est pas limité en ce qui concerne ces communications.
- 3° Ad article LXVIII D du Règlement de service international: les communications d'Etat sont admises.
- 4° Ad article LXVIII H du Règlement de service international: les communications d'abonnement de nuit entre 21 heures et 8 heures sont admises.
- 5° Ad article LXVIII J du Règlement de service international: sont maintenues les dispositions et taxes existant actuellement pour les conversations avec des personnes appelées au poste téléphonique, pour les conversations faisant suite à des avis d'appel et pour les conversations avec des agents de la poste (*Postagenten*) ou des gérants de recettes auxiliaires (*Hilfsstelleninhaber*) chargés de faire parvenir de brefs messages aux intéressés.

§ 2

Le service téléphonique régional du district industriel de Haute Silésie est maintenu dans son étendue actuelle.

Article 393

1. — Dans les relations télégraphiques entre les deux parties du territoire plébiscité, la taxe totale est de 3 centimes par mot simple. Toutefois, la taxe à percevoir ne peut être inférieure à celle d'un télégramme de même genre et de même longueur du service intérieur allemand, ni supérieure au double. Dans les relations télégraphiques entre la Haute Silésie polonaise et l'Allemagne à l'exception de la partie allemande du territoire plébiscité, les taxes sont celles établies par la Convention télégraphique internationale. Elles pourront être réduites après accord entre les deux administrations.

2. — Les communications téléphoniques régionales, les communications téléphoniques entre les deux parties du territoire plébiscité ainsi que les communications télégraphiques entre la Haute Silésie polonaise et l'Allemagne à l'ex-

Artikel 392

§ 1

(1) Der Telegraphen- und Fernsprechbetrieb wird nach den Bestimmungen des Internationalen Telegraphenvertrags vom 10./22. Juli 1875 und der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr vom 11. Juni 1908 abgewickelt.

(2) Für den Fernsprechbetrieb gelten jedoch folgende Abweichungen und Ergänzungen:

1. Artikel LXVIII A § 6 der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr findet im Fernsprechverkehr zwischen beiden Teilen des Abstimmungsgebiets keine Anwendung; die Gesprächsverbindungen werden nach Maßgabe ihrer Anmeldezeit ausgeführt.
2. Artikel LXVIII C § 2 der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr findet im Fernsprechverkehr zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets keine Anwendung; in diesen Verkehrsbeziehungen unterliegt die Zahl der Anmeldungen keiner Beschränkung.
3. Zu Artikel LXVIII D der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr: Staatsgespräche sind zulässig.
4. Zu Artikel LXVIII H der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr: Nachtabonnementsgespräche sind in den Stunden von 9 Uhr nachmittags bis 8 Uhr vormittags zulässig.
5. Zu Artikel LXVIII J der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr: Die bestehenden Bestimmungen und Gebühren für Gespräche, zu denen eine Person herbeigerufen werden soll, für Gespräche mit Voranmeldung und für Gespräche mit Postagenten und Hilfsstelleninhabern zur Weitergabe kurzer Nachrichten werden aufrechterhalten.

§ 2

Der Bezirksfernspchverkehr im oberschlesischen Industriebezirke wird in dem bestehenden Umfang aufrechterhalten.

Artikel 393

(1) Im Telegraphenverkehr zwischen beiden Teilen des Abstimmungsgebiets beträgt die Gesamtgebühr 3 Centim für das einfache Wort. Der zu erhebende Betrag darf jedoch nicht niedriger als die Gebühr für ein Telegramm gleicher Art und gleicher Länge des inneren deutschen Verkehrs und nicht höher als das Doppelte der Gebühr eines solchen Telegramms sein. Im Telegraphenverkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und Deutschland mit Ausschluß des deutschen Teiles des Abstimmungsgebiets gelten die Gebühren des internationalen Telegraphenvertrags. Eine Ermäßigung dieser Gebühren kann im gegenseitigen Einverständnis der beiden Verwaltungen stattfinden.

(2) Im Bezirksfernspchverkehr, im Fernsprechverkehr zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets sowie im Fernsprechverkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Deutschland finden die Gebühren des inneren deutschen Fernsprech-

ception de la partie allemande du territoire plébiscité, sont soumises aux taxes du service téléphonique intérieur allemand. Les dispositions de l'article LXVIII F, §§ 1 à 4, et G du Règlement de service international annexé à la Convention télégraphique internationale de Saint-Pétersbourg, sont remplacées par les dispositions du service intérieur allemand en vigueur au moment du transfert de la souveraineté. Les deux administrations pourront, d'un commun accord, modifier les taxes pour les communications régionales ; à défaut d'accord, il sera perçue une taxe égale à la taxe perçue pour les communications entre les deux parties du territoire plébiscité.

3. — Au cas où un arrangement portant sur l'ensemble des relations téléphoniques intervientrait entre l'Allemagne et la Pologne, chacune des deux administrations pourra demander que les communications entre la Haute Silésie polonoise et les parties de l'Allemagne situées en dehors du territoire plébiscité soient réglées conformément aux dispositions de cet arrangement. Les deux administrations pourront, d'un commun accord, en étendre les dispositions aux communications téléphoniques entre les deux parties du territoire plébiscité.

Chapitre III Voies de recours

Article 394

La Commission Mixte se prononce sur les différends qui surgiraient entre les deux Gouvernements au sujet de l'interprétation ou de l'application des dispositions du présent titre.

Chapitre IV Disposition finale

Article 395

1. — Le présent titre demeurera en vigueur aussi longtemps que le mark allemand restera la seule monnaie légale en Haute Silésie polonoise.

2. — Les deux Gouvernements sont autorisés à changer en tout temps, d'un commun accord, les dispositions du présent titre, sauf celles de l'article 381, ainsi que toutes les dispositions du Règlement d'exécution annexé au présent titre.

Annexe au Titre VII

Règlement d'exécution

ad article 382

1. — Au nombre des taxes à percevoir selon les taux du service intérieur allemand, il y a lieu de comprendre les surtaxes pour les envois non affranchis ou insuffisamment affranchis, les taxes de remise par express et les droits d'assurance.

2. — Pour les envois de la poste aux lettres grevés de remboursement, le droit de remboursement de 10 centimes et le droit d'encaissement de 15 centimes doivent être acquittés d'après l'équivalent en monnaie allemande.

verkehrs Anwendung. An die Stelle der Bestimmungen des Artikels LXVIII F §§ 1 bis 4 und G der Ausführungsübereinkunft für den internationalen Telegraphenverkehr treten die zur Zeit des Übergangs der Staatshoheit geltenden Bestimmungen des inneren deutschen Verkehrs. Die beiden Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen die Bezirksgebühren ändern; wird eine Einigung nicht erzielt, so werden im Bezirksverkehr die gleichen Gebühren erhoben, wie im Verkehr zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets.

(3) Falls ein Abkommen über den allgemeinen deutsch-polnischen Fernsprechverkehr zustande kommt, kann jede der beiden Verwaltungen verlangen, daß der Verkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem außerhalb des Abstimmungsgebiets gelegenen Teile Deutschlands nach den Bestimmungen dieses Abkommens geregelt wird. Die beiden Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen die Bestimmungen dieses Abkommens auch auf den Fernsprechverkehr zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets ausdehnen.

Kapitel III Rechtsmittel

Artikel 394

Die Gemischte Kommission entscheidet über Streitigkeiten, die sich zwischen den beiden Regierungen aus der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Titels ergeben sollten.

Kapitel IV Schlußbestimmung

Artikel 395

(1) Die Bestimmungen dieses Titels gelten so lange, als die deutsche Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Polnisch-Oberschlesien ist.

(2) Die beiden Regierungen können im gegenseitigen Einverständnis die Bestimmungen dieses Titels, mit Ausnahme des Artikels 381 sowie die diesem Titel als Anlage beigefügten Ausführungsbestimmungen jederzeit ändern.

Anhang

Ausführungsbestimmungen

Zu Artikel 382

(1) Zu den Gebühren, die nach den Sätzen des innerdeutschen Verkehrs erhoben werden, rechnen auch die Nachgebühr bei nicht oder nicht ausreichend freigemachten Sendungen, die Gilbstellgebühr und die Versicherungsgebühr.

(2) Bei Nachnahmesendungen im Briefpostverkehr sind die deutschen Gegenwerte der Nachnahmegebühr von 10 Centimen und der Einziehungsgebühr von 15 Centimen zu entrichten.

3. — L'emploi de timbres-poste de service n'est pas admis.

4. — Les envois recommandés de la poste aux lettres et les lettres avec valeur déclarée seront portés individuellement sur les feuilles d'avis.

ad articles 383 et 386

1. — Chaque colis postal doit, aux termes de la Convention internationale concernant l'échange des colis postaux, être accompagné d'un bulletin d'expédition ; en outre ; il sera fourni une déclaration de douane pour les colis à destination de l'Allemagne, et deux déclarations pour les colis à destination de la Haute Silésie polonaise. Les formules des bulletins d'expédition seront celles du service des colis pour l'étranger. Il est loisible au pays d'origine d'exiger d'autres documents en vue du contrôle des exportations, aux fins de statistique ou autres.

2. — Les dispositions sur la fermeture des colis postaux insérées à l'article V, § 1, alinéa 3, du Règlement d'exécution de la Convention internationale concernant l'échange des colis postaux, ne sont pas applicables aux colis ordinaires.

3. — Les colis avec valeur déclarée, jusqu'à 500 marks inclusivement, seront, comme dans le service intérieur allemand, traités comme colis ordinaires. Les droits d'assurance perçus pour ces colis restent acquis au pays d'origine.

4. — Les colis ordinaires, y compris les colis avec valeur déclarée jusqu'à 500 marks, ne seront portés sur les feuilles de route que d'après leur nombre global, séparément suivant les quatre catégories de poids. Les bonifications revenant à l'administration destinataire, telles qu'elles ressortiront de ces indications, seront portées en même temps sur la feuille de route. Les colis avec valeur déclarée supérieure à 500 marks seront inscrits individuellement. Il ne sera pas fait mention du montant des remboursements.

5. — L'échange des colis se fera seulement entre bureaux de poste spécialement affectés à cet usage. Les deux administrations se communiqueront réciproquement, en temps utile, les noms des bureaux chargés de ce service.

6. — Le montant des bonifications porté sur les feuilles de route et le décompte du service des colis postaux seront établis en monnaie allemande.

7. — Le droit de recommandation et le droit d'expédition sont acquis au pays d'origine; la taxe pour la remise par express sera intégralement bonifiée au pays destinataire. En outre, dans les relations entre la Haute Silésie polonaise et l'Allemagne à l'exception de la partie allemande du territoire plébiscité, la taxe additionnelle perçue pour les colis encombrants et la taxe spéciale afférente aux colis urgents seront partagées dans la même proportion que les taxes applicables d'après le poids.

ad article 384

Chacune des deux administrations est tenue de communiquer, au moins six mois à l'avance, son intention d'appliquer aux journaux les dispo-

(3) Die Verwendung von Dienstmarken wird nicht zugelassen.

(4) Einschreibsendungen und Briefe mit Wertangabe werden in den Briefkarten einzeln nachgewiesen.

Zu Artikel 383 und 386

(1) Jedes Paket muß nach den Vorschriften des internationalen Postpaketvertrags von einer Paketkarte begleitet sein; außerdem sind in der Richtung nach Deutschland eine und in der Richtung nach Polnisch-Oberschlesien zwei Zollinhaltsserklärungen erforderlich. Zu den Paketkarten sind die Vordrucke des Auslandsverkehrs zu verwenden. Inwieweit weitere Begleitpapiere zur Prüfung der Ausfuhrfähigkeit, zu statistischen und sonstigen Zwecken beizufügen sind, bleibt der Bestimmung des Aufgabelandes überlassen.

(2) Die Bestimmungen der Artikel V § 1 Abs. 3 der Vollzugsordnung zum internationalen Postpaketvertrag über den Verschluß der Pakete finden bei gewöhnlichen Paketen keine Anwendung.

(3) Pakete bis 500 M Wertangabe einschließlich sollen wie im innerdeutschen Verkehr als gewöhnliche Pakete behandelt werden. Die bei diesen Paketen erhobene Versicherungsgebühr verbleibt dem Aufgabelande.

(4) Die gewöhnlichen Pakete, mit Einschluß der im Abs. 3 bezeichneten Pakete bis 500 M Wertangabe, werden nur nach der Gesamtstückzahl, und zwar nach den vier Gewichtsgruppen getrennt, in die Frachtkarte eingetragen. Die sich hieraus ergebenen, der Bestimmungsverwaltung zustehenden Vergütungsbeträge werden gleichzeitig in die Karte aufgenommen. Pakete mit Wertangabe über 500 M unterliegen der Einzeleintragung. Von einer Aufführung der Nachnahmebeträge wird abgesehen.

(5) Der Austausch der Pakete findet nur zwischen Auswechselungspostanstalten statt. Jede Verwaltung teilt der anderen rechtzeitig mit, welche Postanstalten für diesen Dienst bestimmt sind.

(6) Die Angabe der Vergütungsbeträge in den Karten und die Abrechnung über den Paketverkehr finden in deutscher Währung statt.

(7) Die Einschreibgebühr und die Behandlungsgebühr verbleiben dem Aufgabelande, die Gabelbestellgebühr wird dem Bestimmungsland in voller Höhe vergütet. Im Verfahre zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem übrigen Deutschland werden außerdem der Sperrgutzuschlag und die besondere Gebühr für dringende Pakete nach demselben Verhältnis wie die Gewichtsgebühren geteilt.

Zu Artikel 384

Soll das verabredete Verfahren nach den Grundsätzen des internationalen Postzeitungsabkommens geregelt werden, so hat jede Verwaltung dies der

sitions de l'Arrangement international concernant les abonnements aux journaux et publications périodiques annexé à la Convention postale universelle. Les journaux dont l'abonnement expire après la date fixée pour le changement de régime, seront transportés et distribués gratuitement dans le pays destinataire jusqu'au terme de l'abonnement.

ad article 387

Au cas où, dans le service des mandats de poste, une administration se trouve à découvert vis-à-vis de l'autre administration d'une somme supérieure à 600,000 marks, elle a le droit de réclamer, avant que le compte soit clos, un acompte jusqu'à concurrence des trois quarts du montant de sa créance. Ce paiement doit être effectué dans un délai de huit jours.

ad article 388

§ 1

Les parcours des facteurs ruraux doivent être, autant que possible, organisés de façon à ne pas empiéter sur le territoire étranger. Des dérogations à cette règle ne sont admises qu'après accord entre les deux administrations.

§ 2

1. — Chaque administration a le droit de faire convoyer par les agents des postes nécessaires au tri et à la garde des envois postaux, ses wagons de chemins de fer et ses wagons-poste en transit sur le territoire étranger jusqu'au point convenu. Ces agents ne doivent, pendant le temps où ils se trouvent en territoire étranger, effectuer aucune opération postale avec le public ou les bureaux de poste étrangers. Les boîtes aux lettres de ces wagons seront fermées sur le territoire étranger.

2. — Lorsque les bureaux ambulants en transit sur le territoire étranger acceptent exceptionnellement de procéder à l'échange de dépêches avec les bureaux de poste installés sur leur parcours, l'administration des postes étrangère devra, en principe, rembourser à l'autre les frais d'entretien de ces bureaux ambulants sur le territoire étranger. Il n'y aura toutefois pas lieu à décompte lorsque la différence entre les prestations effectuées de part et d'autre ne sera pas importante.

3. — Lorsque les bureaux ambulants appartenant à une administration circulent sur le territoire de l'autre administration, celle-ci pourra, après entente, y placer, à ses frais, ses agents, pour assurer sur son territoire le service de ses bureaux. La responsabilité de ce service incombe à l'administration à laquelle appartiennent les agents qui ont reçu consignation des envois.

4. — Chacune des deux administrations a le droit de faire accompagner par son propre personnel de surveillance ses bureaux ambulants circulant sur le territoire de l'autre. Les agents et les envois postaux jouiront d'une protection réciproque sur le territoire étranger. En cas d'accident sur ce territoire, l'administration postale étrangère prêtera l'assistance requise sans pouvoir prétendre, de ce chef, à une indemnité.

5. — Les règlements intérieurs du pays sur lequel circulent les wagons-poste déterminent les

autres mindestens un halbes Jahr vorher mitzuzeigen. Zeitungen, deren Bezug über den Zeitpunkt der Neuregelung hinausgeht, werden bis zum Ablaufe der Bezugszeit in dem Absatzlande unentgeltlich befördert und bestellt.

Zu Artikel 387

Ergibt sich aus dem Postanweisungsdienste für eine Verwaltung der andern gegenüber ein ungedecktes Guthaben von mehr als 600 000 M., so kann vor dem Schluß der eigentlichen Abrechnung eine Abschlagszahlung in Höhe von drei Vierteln des Guthabens beansprucht werden. Einem derartigen Verlangen ist binnen acht Tagen zu entsprechen.

Zu Artikel 388

§ 1

Die Landposten sollen tunlichst so eingerichtet werden, daß sie nicht auf fremdes Gebiet übergreifen. Eine andere Regelung ist nur im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Verwaltungen zulässig.

§ 2

(1) Jede Verwaltung hat das Recht, in ihren das andere Gebiet bis zur verabredeten Stelle durchlaufenden Eisenbahn- und Bahnpostwagen die zur Bearbeitung und Bewachung der Postsendungen erforderlichen Postbeamten mitzufahren zu lassen. Diese dürfen während ihres Aufenthalts auf fremdem Gebiete nicht in Postverkehr treten. Die Briefkästen werden auf dem fremden Gebiete geschlossen gehalten.

(2) Wenn Bahnposten über fremdes Gebiet geführt werden und den Austausch von Kartenschlüssen ausnahmsweise mit fremden Kurspostanstalten übernehmen, so hat grundsätzlich die fremde Postverwaltung die Kosten für die Unterhaltung der Bahnposten auf ihrem Gebiete der andern Postverwaltung zu erstatten. Eine Abrechnung über diese Kosten soll jedoch unterbleiben, wenn erhebliche Unterschiede in diesen gegenseitigen Leistungen nicht vorhanden sind.

(3) Jede Postverwaltung ist berechtigt, in den Bahnposten der anderen Verwaltung, die über ihr Gebiet laufen, nach gegenseitiger Verabredung und auf eigene Kosten auf ihrem Gebiet eigene Beamte mitzufahren zu lassen, die den Dienst für ihre Postanstalten wahrnehmen. Die Haftung liegt derjenigen Verwaltung ob, deren Beamten die Sendungen übernommen haben.

(4) Den beiden Verwaltungen steht das Recht zu, ihre Bahnposten auch über das andere Gebiet durch eigene Aufsichtsbeamte begleiten zu lassen. Der gegenseitige Schutz der Beamten und Postladungen auf fremdem Gebiete wird zugesichert. Bei Unfällen auf fremdem Gebiete leistet die Postverwaltung dieses Gebiets die erforderliche Aushilfe, ohne dafür eine Vergütung zu beanspruchen.

(5) Inwieweit den Zollbeamten und anderen Organen der Zutritt zu den Bahnpostwagen zum

conditions dans lesquelles les agents de la douane et autres fonctionnaires y ont accès en vue d'exercer le contrôle douanier ou la mission dont ils sont chargés.

6. — Les dispositions des alinéas 1, 3, 4 et 5 ci-dessus s'appliquent également au transit postal dans les trains servant au transit privilégié de Haute Silésie.

7. — Les deux administrations postales se feront réciproquement connaître les trains ou parties de train du transit privilégié auxquels elles ont l'intention d'ajouter un wagon-poste ou qu'elles ont l'intention d'utiliser pour le transport des envois postaux.

8. — Lorsque, à l'intérieur du territoire plébiscité, un wagon de chemin de fer ou un wagon-poste traverse le territoire de l'autre administration pour regagner son propre territoire, l'administration postale qui utilise le wagon doit payer à l'administration des chemins de fer le redevance afférente au parcours effectué en transit conformément aux accords conclus entre les deux administrations de chemin de fer.

§ 3

Les colis postaux consignés avant le jour du transfert de la souveraineté seront remis à l'autre administration sans qu'il y ait lieu à décompte de part ni d'autre. Ces colis seront portés sur des feuilles de route spéciales.

§ 4

Les dispositions de l'Arrangement international concernant les abonnements aux journaux et publications périodiques seront applicables au service des journaux entre la Haute Silésie polonaise et l'Allemagne à l'exception de la partie allemande du territoire plébiscité, dès le début du deuxième trimestre qui suivra le transfert de la souveraineté. Les dispositions actuelles resteront en vigueur jusqu'à ce moment.

ad article 391

ad alinéa I

1. — Les deux administrations arrêteront d'un commun accord les mesures de détail concernant l'emploi des lignes télégraphiques et téléphoniques servant aux communications d'un territoire à l'autre.

2. — Les lignes phono-télégraphiques (*Sp-Leitungen*) dont les postes d'exploitation se trouvent sur la partie allemande et sur la partie polonaise du territoire plébiscité, seront branchées de façon que les deux circuits de part et d'autre de la frontière puissent être exploités indépendamment l'un de l'autre.

ad alinéa 2

Chacune des deux administrations s'efforcera de modifier le dispositif de son réseau, de façon que les lignes télégraphiques et téléphoniques affectées exclusivement au service intérieur ne traversent pas le territoire de l'autre pays. Aussi longtemps que le dispositif n'aura pas été modifié, chaque administration paiera à l'autre, pour les sections de lignes situées sur le territoire de cette dernière, une rétribution annuelle de 18 marks par 100 mètres ou fraction de 100 mètres de

Zwecke der Zoll- oder sonstigen Prüfung zu gestatten ist, richtet sich nach den inneren Bestimmungen des Landes, auf dessen Gebiete sich der Bahnpostwagen befindet.

(6) Die Bestimmungen der Abs. 1, 3, 4 und 5 dieses Paragraphen gelten auch für den Postdurchgangsverkehr in den privilegierten Eisenbahn-Durchgangszügen innerhalb des oberschlesischen Abstimmungsgebiets.

(7) Beide Postverwaltungen teilen einander die Züge oder Zugteile des privilegierten Eisenbahn-Durchgangsverkehrs mit, in denen sie Bahnpostwagen durchzuführen oder die sie zur Postbeförderung zu benutzen beabsichtigen.

(8) Wenn innerhalb des Abstimmungsgebiets Eisenbahn- und Bahnpostwagen das Gebiet einer andern Verwaltung durchlaufen, um das eigene Gebiet zu erreichen, so zahlt diejenige Verwaltung, die den Wagen benutzt, an die Eisenbahnverwaltung die auf die Durchgangsstrecke entfallenden Kosten nach den zwischen den beiden Eisenbahnverwaltungen getroffenen Vereinbarungen.

§ 3

Die Pakete, die vor dem Tage des Überganges der Staatshoheit aufgeliefert worden sind, werden ohne gegenseitige Unrechnung von Gebühren der andern Verwaltung übergeben. Diese Pakete sind in besonderen Karten schlüssig zu überweisen.

§ 4

Die Umstellung des Zeitungsverkehrs zwischen Polnisch-Oberschlesien und Deutschland außerhalb des deutschen Teils des Abstimmungsgebiets auf die Vorschriften des internationalen Zeitungsabkommens tritt mit Beginn des zweiten auf den Tag des Übergangs der Staatshoheit folgenden Vierteljahrs in Kraft. Bis dahin bleiben die bisherigen Vorschriften bestehen.

Zu Artikel 391

Zu Absatz 1

(1) Über die Benutzung der dem gegenseitigen Verkehre dienenden Telegraphen- und Fernsprechleitungen treffen die beiden Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen nähere Bestimmung.

(2) Die Sp-Leitungen, deren Betriebsstellen auf dem deutschen Teile und auf dem polnischen Teile des Abstimmungsgebiets liegen, werden so geschaltet, daß die Leitungszweige auf beiden Seiten der Grenze für sich betrieben werden können.

Zu Absatz 2

Jede der beiden Verwaltungen wird bestrebt sein, die Leitungsführung so zu ändern, daß die ausschließlich ihrem inneren Verkehre dienenden Telegraphen- und Fernsprechleitungen das Gebiet der anderen Verwaltung nicht durchlaufen. Solange die Leitungsführung nicht geändert ist, zahlt jede Verwaltung der anderen für die auf deren Gebiete liegende Leitungsstrecke eine jährliche Vergütung von 18 M für jede vollen oder angefangenen 100 m Einzelleitung, zugleich des in Deutschland zur Erhebung kommenden

ligne simple, plus la surtaxe de renchérissement perçue en Allemagne. Le paiement se fait chaque trimestre, en monnaie allemande, sur la base des comptes établis par les deux administrations régionales. Celles-ci détermineront le nombre et la longueur des lignes susvisées. En cas d'interruption ou de dérangement, chaque administration fera le nécessaire pour rétablir, aussitôt que possible, les communications. De plus, les deux administrations pourront, d'un commun accord, échanger des sections de lignes d'égale valeur. Dans le cas où une interruption ou un dérangement de ligne, sur le territoire de l'autre administration, durerait plus de cinq jours à partir de l'avis donné à cette administration, l'indemnité à payer pour la ligne en question sera réduite de $1/365$ par 24 heures ou fraction de 24 heures que durera l'interruption ou le dérangement au delà des cinq jours.

ad alinéa 3

Les taxes à payer par les abonnés dont le poste et la station intermédiaire correspondante se trouvent sur des territoires différents, sont perçues par l'administration du pays où se trouve la station. Cette administration paie à l'autre, pour l'entretien de la partie du réseau située sur le territoire de cette dernière, une rétribution annuelle de 18 marks par 100 mètres ou fraction de 100 mètres de ligne simple, et de 70 marks pour l'entretien du poste de chaque abonné, plus la surtaxe de renchérissement perçue en Allemagne. Le règlement se fait chaque trimestre, en monnaie allemande, sur la base des comptes établis par les deux administrations régionales. Dans le cas où une interruption, due à des raisons techniques, dure plus de quatorze jours à partir de l'avis donné à l'administration intéressée, cette administration rembourse à l'autre l'indemnité que cette dernière doit payer à l'abonné selon ses propres règlements.

ad article 392

ad § 2

1. — Le réseau téléphonique régional comprend les postes d'abonnés reliés aux stations intermédiaires du triangle formé par les villes de Tarnowska Góra (Tarnowitz), Gleiwitz et Myslowice. Les postes publics situés à l'intérieur des limites du réseau téléphonique régional participent également au service régional.

2. — Chacune des deux administrations portera dans son annuaire téléphonique, à titre de renseignement, le nom des abonnés rattachés aux stations intermédiaires régionales de l'autre administration. Cet arrangement ne concerne provisoirement que les deux prochaines éditions de l'annuaire. Les deux administrations s'entendront sur les mesures à prendre pour les éditions ultérieures.

ad article 393

ad alinéa 1

Les taxes télégraphiques ne donnent pas lieu à décompte. Toutefois, les deux administrations pourront, d'un commun accord, en décider autrement.

Teuerungszuschlags. Die Zahlung erfolgt vierteljährlich in deutscher Währung auf Grund der von den beiden Bezirksverwaltungen aufgestellten Rechnungen. Die beiden Bezirksverwaltungen stellen die Zahl und die Länge der Leitungen dieser Art fest. Im Falle von Unterbrechungen oder Störungen wird jede Verwaltung alle Sorgfalt anwenden, um die Verbindung so schnell wie möglich wiederherzustellen. Beide Verwaltungen können ferner im gegenseitigen Einverständnis einzelne Leitungsstrecken gegen andere gleichwertige austauschen. Wenn eine Unterbrechung oder eine Störung auf dem Gebiete der anderen Verwaltung länger als fünf Tage dauert, gerechnet von dem Tage an, an dem diese davon Kenntnis erhalten hat, wird die für die in Betracht kommende Leitung zu zahlende Vergütung um $\frac{1}{365}$ für jeden Zeitraum von 24 Stunden oder einen Bruchteil von 24 Stunden ermäßigt, den die Unterbrechung oder Störung darüber hinaus währt.

Zu Absatz 3

Für die Fernsprechanschlüsse, deren Sprechstellen auf dem Gebiete der einen und deren Vermittlungsstellen auf dem Gebiete der anderen Verwaltung liegen, werden die Gebühren von der Verwaltung erhoben, auf deren Gebiete die Vermittlungsstelle liegt. Diese vergütet der anderen Verwaltung für die Instandhaltung der auf deren Gebiete liegenden Teile der Anlage jährlich für jede volle oder angefangene 100 m Einzelleitung 18 M und für die Instandhaltung der Sprechstelle jedes Anschlusses 70 M, zusätzlich des in Deutschland zur Erhebung kommenden Teuerungszuschlags. Die Zahlung erfolgt vierteljährlich in deutscher Währung auf Grund der von den beiden Bezirksverwaltungen aufgestellten Rechnungen. Dauert eine infolge technischer Ursachen entstandene Unterbrechung eines Anschlusses länger als vierzehn Tage, nachdem sie zur Kenntnis der anderen Verwaltung gelangt ist, so vergütet diese Verwaltung der anderen die Gebühren, die sie nach ihren Vorschriften dem Teilnehmer erstattet.

Zu Artikel 392

Zu § 2

(1) Das Bezirksfernspreehnet umfaszt die Anschlußbereiche der Vermittlungsstellen, die in dem von den Städten Tarnowitz, Gleiwitz und Myslowitz gebildeten Dreiecke liegen. Am Bezirksverkehrs nehmen auch die innerhalb der Grenzen des Bezirksfernspreehnetes gelegenen öffentlichen Sprechstellen teil.

(2) Die Verwaltungen nehmen gegenseitig in ihre Fernsprechbücher die Teilnehmer der zum Bezirksnetz gehörigen Vermittlungsstellen der anderen Verwaltung nachrichtlich auf. Diese Abmachung gilt zunächst für die nächsten zwei Auflagen. Über das später zu beobachtende Verfahren werden sich die beiden Verwaltungen verständigen.

Zu Artikel 393

Zu Absatz 1

Über die Telegraphenbühren wird nicht abgerechnet. Die beiden Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen ein anderes bestimmen.

ad alinéa 2

1. — Dans le service téléphonique il n'est pas procédé au décompte des communications régionales et des communications entre les deux parties du territoire plébiscité.

2. — Le décompte des autres conversations téléphoniques s'effectue de la façon suivante: l'administration polonaise reçoit, pour une communication non urgente, une taxe terminale de 1 mark 50 pfennigs par unité de 3 minutes, et de 50 pfennigs par chaque minute en sus, plus la surtaxe de renchérissement perçue en Allemagne. Ces sommes sont triplées pour les communications urgentes. Le surplus revient à l'administration allemande.

3. — Les taxes accessoires (y compris la taxe pour les communications qui n'ont pu être établies, soit un cinquième de la taxe afférente à une communication de trois minutes du genre demandé), ne donnent pas lieu à décompte.

4. — Les deux administrations pourront, d'un commun accord, modifier la taxe terminale et prendre d'autres arrangements au sujet des décomptes.

Zu Absatz 2

(1) Im Fernsprechverkehre wird über Bezirksgespräche und über Gespräche zwischen den beiden Teilen des Abstimmungsgebiets nicht abgerechnet.

(2) Im übrigen Fernsprechverkehre wird abgerechnet, und zwar erhält die polnische Verwaltung für ein nicht dringendes Gespräch eine Endgebühr von 1 M 50 Pf. für die Dreiminuteneinheit und von 50 Pf. für jede weitere Minute zusätzlich des in Deutschland zur Erhebung kommenden Steuerungszuschlags, für ein dringendes Gespräch das Dreifache dieser Beträge. Der Restbetrag fällt der deutschen Verwaltung zu.

(3) Über Nebengebühren (einschließlich der Gebühr für nichtzustandegekommene Ferngespräche — ein Fünftel der Gebühr für ein Dreiminutengespräch der bestellten Gattung —) wird nicht abgerechnet.

(4) Die beiden Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen die Endgebühr ändern und andere Vereinbarungen über die Abrechnung treffen.

Titre VIII

Chemins de fer

Chapitre premier

**Chemins de fer de l'Etat à voie normale
et à voie étroite**

Section 1

Organisation et administration

Article 396

1. — Les chemins de fer de l'Etat à voie normale et à voie étroite situés dans le territoire plébiscité sont administrés sous la désignation de « Chemins de fer de la Haute Silésie »:

- 1^o par un Comité supérieur commun,
- 2^o par une direction allemande pour les lignes situées dans la partie allemande et par une direction polonaise pour les lignes situées dans la partie polonaise du territoire plébiscité.
2. — Le terme « réseau » employé au présent titre s'entend de l'ensemble des lignes de chacune de ces directions.

Article 397

Les attributions du Comité supérieur sont les suivantes :

- 1^o Il établit le budget des recettes et des dépenses communes.
- 2^o Il approuve les prescriptions uniformes pour le trafic entre les deux réseaux.
- 3^o Il approuve les tarifs applicables à ce trafic.
- 4^o Il tranche les questions d'horaires relatives au trafic entre les deux réseaux s'il y a une divergence de fond entre les deux directions. Si les directions sont en désaccord sur le point de savoir si la divergence est de fond, il tranche également la question.
- 5^o Il répartit quotidiennement les wagons de marchandises à voie normale entre les deux directions ; il décide de la répartition courante des wagons à voie étroite s'il y a une divergence de fond entre les deux directions. Si elles sont en désaccord sur le point de savoir si la divergence est de fond, il tranche également la question.
- 6^o Il vérifie le décompte des recettes et des dépenses de l'échange de matériel roulant avec les autres chemins de fer et en fixe le mode de répartition entre les deux réseaux.
- 7^o Il a la haute surveillance de l'observation des dispositions du présent titre en matière de travaux de réparation et d'entretien du parc

Titel VIII

Eisenbahnen

Kapitel I

Normal- und schmalspurige Staatseisenbahnen

A b s c h n i t t I

Organisation und Verwaltung

Artikel 396

(1) Die staatlichen normal- und schmalspurigen Eisenbahnen im Abstimmungsgebiete werden unter der Bezeichnung »Oberschlesische Eisenbahnen« verwaltet:

1. von einem gemeinschaftlichen Oberkomitee,
2. von einer deutschen Direktion für die im deutschen Teil und von einer polnischen Direktion für die im polnischen Teil des Abstimmungsgebiets gelegenen Strecken.

(2) Soweit in diesem Titel der Ausdruck »Eisenbahnnetz« verwandt wird, sind darunter die gesamten Eisenbahnstrecken einer der beiden Direktionen zu verstehen.

Artikel 397

Der Wirkungskreis des Oberkomitees ist folgender:

1. Es veranschlagt die gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben.
2. Es genehmigt die einheitlichen Vorschriften für den Verkehr zwischen den beiden Eisenbahnnetzen.
3. Es genehmigt die Tarife für diesen Verkehr.
4. Es entscheidet grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Direktionen in Fragen des Fahrplans für den Verkehr zwischen den beiden Eisenbahnnetzen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Direktionen, ob die Frage grundsätzlicher Art ist, entscheidet es auch hierüber.
5. Es verteilt täglich die normalspurigen Güterwagen auf die beiden Direktionen; es entscheidet grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Direktionen über die laufende Verteilung der Schmalspurwagen. Ist die Frage zwischen den Direktionen strittig, ob die Meinungsverschiedenheit grundsätzlicher Art ist, entscheidet es auch hierüber.
6. Es prüft die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben an Wagenmieten im Verkehre mit anderen Bahnen nach und setzt den Schlüssel für ihre Verteilung auf die beiden Eisenbahnnetze fest.
7. Es hat die Oberaufsicht darüber, daß bei der Ausbesserung und Unterhaltung des Fahrzeugparkes der oberschlesischen Eisenbahnen in den

du matériel roulant des Chemins de fer de la Haute Silésie dans les ateliers principaux et auxiliaires des chemins de fer.

8^o Il dresse et publie le relevé des recettes et des dépenses, résume et publie les rapports administratifs.

9^o Il dresse la statistique du trafic et de l'exploitation.

Article 398

1. — Dans les affaires où, selon l'article 397, la surveillance ou la décision appartiennent au Comité supérieur, les deux directions pourvoient à l'administration courante sous la surveillance du Comité et préparent les décisions de ce dernier.

2. — Les directions administrent toutes les autres affaires sous la surveillance des autorités de leur État.

Article 399

Les Chemins de fer de la Haute Silésie seront représentés judiciairement et extra-judiciairement par chacune des directions pour les affaires qui concernent le réseau qu'elle administre. Si le Comité supérieur, pour le service de son bureau, a passé un contrat, le pouvoir de représentation judiciaire sera, même dans ce cas, attribué à la direction qui est compétente à raison du lieu du contrat.

Article 400

1. — Le Comité supérieur a son siège à Beuthen.

2. — Il se compose de deux membres, l'un Allemand, l'autre Polonais, qui seront désignés chacun par leur Gouvernement.

3. — Les deux Gouvernements, après s'être mis d'accord, fourniront au Comité supérieur les fonctionnaires nécessaires à l'exécution des travaux de bureau sous les ordres du Comité. Les fonctions devront être réparties de façon égale entre des fonctionnaires des deux pays. En ce qui concerne leur situation personnelle, ces fonctionnaires resteront soumis au statut des fonctionnaires de leur État. Le reste du personnel sera engagé par le Comité supérieur lui-même.

4. — Le Comité supérieur établit son propre règlement.

Article 401

1. — Au cas où les deux membres du Comité supérieur ne pourraient se mettre d'accord sur une mesure à prendre relevant des attributions du Comité supérieur, le différend, à la demande de l'un d'eux, sera tranché par un arbitre. L'arbitre sera nommé, d'un commun accord par les deux Gouvernements, pour une année ; si ceux-ci ne peuvent s'entendre sur son choix, le Président de la Direction générale des Chemins de fer fédéraux suisses sera prié de le désigner. L'arbitre devra, dans ce cas, à moins que les deux Gouvernements n'en conviennent autrement, être un ressortissant d'un État resté neutre dans la guerre de 1914-1920 et, autant que possible, un habitant du territoire plébiscité ; il ne peut être ni avoir été au service d'aucun des deux États.

2. — Les honoraires de l'arbitre seront fixés par les deux Gouvernements, d'un commun accord ;

Eisenbahn-Haupt- und Nebenwerkstätten nach den Bestimmungen dieses Abschnitts verfahren wird.

8. Es stellt das Ergebnis der Einnahmen und Ausgaben zusammen und veröffentlicht es, ebenso die Verwaltungsberichte.

9. Es führt die Verkehrs- und Betriebsstatistik.

Article 398

(1) Die beiden Direktionen haben in denjenigen Geschäften, in denen dem Oberkomitee nach Artikel 397 die Aufsicht oder die Entscheidung zusteht, die laufende Verwaltung unter der Aufsicht des Oberkomitees zu führen und dessen Entscheidungen vorzubereiten.

(2) Alle übrigen Geschäfte führen die Direktionen unter der Aufsicht der Behörden ihres Staates.

Article 399

Die oberschlesischen Eisenbahnen werden von jeder der beiden Direktionen in den Angelegenheiten des von ihr verwalteten Eisenbahnnetzes gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Wenn das Oberkomitee für den Dienst seines Bureaus Verträge eingegangen ist, so liegt die gerichtliche Vertretung auch in diesem Falle der mit Rücksicht auf den Ort des Vertragschlusses zuständigen Direktion ob.

Article 400

(1) Das Oberkomitee hat seinen Sitz in Beuthen.

(2) Es besteht aus zwei Mitgliedern, einem deutschen und einem polnischen, von denen jedes durch seine Regierung ernannt wird.

(3) Beide Regierungen werden nach besonderer Vereinbarung dem Oberkomitee die Beamten überweisen, die notwendig sind, um nach dessen Weisungen die Bureauarbeiten auszuführen. Die Arbeitsraten sollen gleichmäßig unter die Beamten der beiden Länder verteilt werden. In persönlicher Hinsicht bleiben die Beamten den für Beamte geltenden Vorschriften ihres Staates unterstellt. Die übrigen Arbeitskräfte werden vom Oberkomitee selbst angestellt.

(4) Seine Geschäftsordnung regelt das Oberkomitee selbst.

Article 401

(1) Falls sich die beiden Mitglieder des Oberkomitees über eine zu dessen Wirkungskreise gehörende Maßnahme nicht einigen können, entscheidet auf Anrufen eines von ihnen ein Obmann. Der Obmann wird von den beiden Regierungen auf die Dauer eines Jahres bestellt. Können sich die Regierungen über seine Wahl nicht einigen, so wird der Präsident der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen gebeten werden, ihn zu bestimmen. In diesem Falle muß der Obmann, unbeschadet anderweitiger Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen, Angehöriger einer im Kriege von 1914 bis 1920 neutral gebliebenen Macht sein, der nicht im Dienste eines der beiden Staaten steht oder gestanden hat und womöglich im Abstimmungsgebiete wohnt.

(2) Die Bezüge des Obmanns werden von den beiden Regierungen gemeinsam festgesetzt. Falls diese

au cas où ceux-ci ne pourraient s'entendre, ils seront fixés par le Président de la Direction générale des Chemins de fer fédéraux suisses.

3. — Chacun des deux Gouvernements est en droit de saisir la Commission Mixte de la décision de l'arbitre dans les deux mois qui suivront la notification de cette décision (voir article 499); aucun effet suspensif n'en résultera.

Article 402

Sauf stipulations contraires du présent titre, l'organisation et la gestion des affaires des deux directions seront soumises aux prescriptions de l'Etat dont elles relèvent.

Section II Finances

Article 403

1. — Les recettes et les dépenses afférentes au Comité supérieur et dont celui-ci établit le budget, conformément à l'article 397, chiffre 1°, seront portées aux budgets des deux directions d'après les principes suivants:

- 1° Les recettes, hormis les cas prévus à l'article 406, sont réparties par moitié.
- 2° Le traitement du membre du Comité supérieur, nommé par chacun des deux Gouvernements, est à la charge de la direction intéressée.
- 3° Les traitements des fonctionnaires qui sont fournis au Comité supérieur par les directions, sont à la charge de la direction qui a fourni ces fonctionnaires.
- 4° Les honoraires de l'arbitre et toutes dépenses concernant le personnel ou le matériel du Comité supérieur sont à charge de chaque direction par moitié.

2. — Le budget, ainsi que toutes modifications ou dépassements, doivent être approuvés par les deux Gouvernements.

Article 404

Le Comité supérieur procède chaque mois, avec les directions, au règlement du compte de ses recettes et dépenses (article 403), en se servant des ressources de la caisse locale du chemin de fer.

Article 405

Chaque direction établit le budget de son réseau.

Article 406

1. — A moins qu'il ne s'agisse de recettes locales ou concernant exclusivement le trafic intérieur d'un réseau, le budget et les comptes des recettes du trafic seront établis pour les deux réseaux par les directions en se conformant aux règles convenues pour la répartition des quote-parts (voir Règlement d'exécution ad articles 435 et 437).

2. — Le budget et les comptes des recettes et dépenses afférentes à l'échange de matériel roulant avec les autres chemins de fer, seront établis par les directions pour les deux réseaux, d'après la formule adoptée par le Comité supérieur (voir article 447, alinéa 4).

sich nicht einigen können, wird der Präsident der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen die Beziehe festsetzen.

(3) Jede der beiden Regierungen hat das Recht, gegen die Entscheidung des Obmanns binnen zwei Monaten nach ihrer Bekanntgabe die Gemischte Kommission für Oberschlesien anzurufen (vgl. Artikel 499). Die Anrufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Artikel 402

Soweit in diesem Abschnitte nicht ein anderes festgesetzt worden ist, gelten für die Organisation und die Geschäftsführung der beiden Direktionen die Vorschriften des eigenen Staates.

Abschnitt II Finanzen

Artikel 403

(1) Die gemäß Artikel 397 Ziffer 1 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Oberkomitees werden in die Haushalte der beiden Direktionen nach folgenden Grundsätzen mit aufgenommen:

1. Die Einnahmen werden, soweit nicht Artikel 406 Anwendung findet, je zur Hälfte verteilt.
2. Die Beziehe des von jeder der beiden Regierungen ernannten Mitglieds des Oberkomitees trägt die beteiligte Direktion.
3. Die Beziehe der Beamten, die dem Oberkomitee von den Direktionen überwiesen werden, tragen die abgebenden Direktionen.
4. Die Beziehe des Obmanns sowie alle sonstigen Personal- und sachlichen Ausgaben des Oberkomitees trägt jede Direktion zur Hälfte.

(2) Die Veranschlagung sowie alle Abänderungen und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung der beiden Regierungen.

Artikel 404

Das Oberkomitee verrechnet seine gemeinsamen Einnahmen und Ausgaben (Artikel 403) monatlich mit den Direktionen unter Benutzung der örtlichen Eisenbahnkasse.

Artikel 405

Jede Direktion stellt einen Haushalt für ihr Eisenbahnnetz auf.

Artikel 406

(1) Die Verkehrseinnahmen werden, soweit sie nicht örtliche sind oder nicht lediglich im inneren Verkehr eines Eisenbahnnetzes entstehen, nach den vereinbarten Grundsätzen für die Anteilsausscheidung (vgl. Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435 und 437) für die beiden Eisenbahnnetze von den Direktionen veranschlagt und verrechnet.

(2) Die Einnahmen und Ausgaben an Wagenmieten im Verkehre mit anderen Bahnen werden nach dem von dem Oberkomitee festzusezenden Schlüssel für die beiden Eisenbahnnetze von den Direktionen veranschlagt und verrechnet (vgl. Artikel 447 Abs. 4).

3. — Le budget et les comptes des autres recettes et dépenses seront établis à part pour chaque réseau.

Article 407

Les prestations d'un réseau à l'autre seront compensées en nature; dans la mesure où ce ne sera pas possible, on établira un décompte réciproque.

Article 408

1. — Les directions indiquent chaque année au Comité supérieur les montants des recettes et des dépenses à la clôture de l'exercice.

2. — Le Comité supérieur en fait le relevé, transmet celui-ci avec ses observations, s'il y a lieu, aux deux Gouvernements, et publie le tout de la manière la plus appropriée.

Section III

Travaux et exploitation

Sous-Section I

Chemins de fer à voie normale

Article 409

Pour la construction et l'entretien des installations, ainsi que pour le service de l'exploitation du réseau de chacune des deux directions, feront règle, sauf stipulations contraires du présent titre, les dispositions et prescriptions de l'Etat dont relève la direction intéressée, ainsi que les instructions données par cette dernière.

Article 410

Les lignes de chemins de fer existantes seront maintenues pour le trafic d'un territoire à l'autre et pour le trafic en transit. Elles devront être entretenues en bon état et être équipées de façon à répondre en tout temps au développement du trafic.

Article 411

1. — Le trafic d'un territoire à l'autre entre les réseaux des deux directions a lieu sur les lignes ci-après :

- a) Wodzislaw (Loslau)-Annaberg,
- b) Sumin-Nensa,
- c) Gierałtowice-Sosnitza,
- d) Kochłowice-Sosnitza,
- e) Wolfgangweiche-Poremba,
- f) Chebzie (Morgenroth)-Hindenburg,
- g) Chebzie (Morgenroth)-Borsigwerk,
- h) Chebzie (Morgenroth)-Karf,
- i) Chebzie (Morgenroth)-Bobrek Haltepunkt,
- k) Chorzów-Beuthen Hauptbahnhof,
- l) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof,
- m) Beuthen West-Szarlej,
- n) Karf-Nowy Radzionków,
- o) Strzybnica (Friedrichshütte)-Brynek,
- p) Pawonków-Pluder,
- q) Lubliniec-Cziasnau.

2. — Les gares frontières de jonction de ces lignes sont indiquées dans le Règlement d'exécution.

(3) Die übrigen Einnahmen und Ausgaben werden für jedes Eisenbahnnetz besonders veranschlagt und verrechnet.

Artikel 407

Leistungen des einen Eisenbahnnetzes für das andere werden in natura ausgeglichen; soweit dies nicht möglich ist, findet gegenseitige Abrechnung statt.

Artikel 408

(1) Die Direktionen teilen dem Oberkomitee alljährlich die Summen der Einnahmen und Ausgaben nach Abschluß des Wirtschaftsjahrs mit.

(2) Das Oberkomitee stellt sie zusammen, übermittelt die Zusammenstellung mit etwaigen Ausführungen den beiden Regierungen und veröffentlicht diese in geeigneter Weise.

Abschnitt III

Bau und Betrieb

Unterabschnitt I

Normalspurbahnen

Artikel 409

Für den Bau und die Unterhaltung der Anlagen und für die Führung des Betriebs gelten, soweit in diesem Abschnitt nicht ein anderes bestimmt worden ist, auf dem Eisenbahnnetze jeder der beiden Direktionen die Bestimmungen und Vorschriften des eigenen Staates und die von ihr erlassenen Anweisungen.

Artikel 410

Die bestehenden Eisenbahnlinien werden für den Übergangs- und Durchgangsverkehr belassen; sie werden in einem ordnungsmäßigen, der Entwicklung des Verkehrs entsprechenden Zustand unterhalten werden.

Artikel 411

(1) Der Übergangsverkehr zwischen den Eisenbahnnetzen der beiden Direktionen erfolgt auf den nachstehenden Linien:

- a) Loslau-Annaberg,
- b) Summin-Nensa,
- c) Gierałtowiz-Sosniżka,
- d) Kochłowiz-Sosniżka,
- e) Wolfgangweiche-Poremba,
- f) Morgenroth-Hindenburg,
- g) Morgenroth-Borsigwerk,
- h) Morgenroth-Karf,
- i) Morgenroth-Bobrek Haltepunkt,
- k) Chorzow-Beuthen Hauptbahnhof,
- l) Chorzow-Beuthen oberer Bahnhof,
- m) Beuthen West-Szarlej,
- n) Karf-Neu Radzionków,
- o) Friedrichshütte-Brynek,
- p) Pawonków-Pluder,
- q) Lubliniec-Cziasnau.

(2) Die Grenzübergangsbahnhöfe dieser Strecken sind in den Ausführungsbestimmungen angegeben.

Article 412

1. — Les deux Gouvernements complèteront ou établiront à leurs propres frais dans les gares frontières de jonction sises sur leurs territoires, les installations nécessaires à la transmission du service.

2. — Si de nouvelles constructions sont nécessaires pour l'utilisation d'une gare par les deux réseaux, elles seront établies par la direction de l'Etat propriétaire et mises à la disposition de l'autre direction contre une indemnité qui comprendra les intérêts et l'amortissement du capital d'établissement.

Article 413

Les installations nécessaires dans les gares frontières pour la visite douanière et le contrôle des passeports, seront établies par la direction de l'Etat propriétaire et mises à la disposition de l'autre direction pour son usage exclusif ou pour un usage commun, moyennant une indemnité qui comprendra les intérêts et l'amortissement du capital d'établissement.

Article 414

La direction qui a l'intention de procéder à des travaux sur son réseau en informera l'autre direction si ces travaux sont de nature à influencer les conditions d'exploitation ou de trafic du réseau de cette dernière.

Article 415

Les deux directions prendront les mesures nécessaires, conformément au Règlement d'exécution, pour que l'exploitation s'opère sans à-coups dans leurs relations mutuelles.

Article 416

1. — Chaque direction prépare les horaires et les prescriptions s'y rapportant pour les lignes de son réseau; elle est compétente pour les arrêter définitivement en se conformant aux instructions des autorités supérieures de l'Etat dont elle dépend.

2. — Les horaires concernant le trafic d'un territoire à l'autre et le trafic en transit privilégié défini à l'article 468, ainsi que les prescriptions s'y rapportant, sont préparés et établis conformément aux besoins du trafic par les deux directions agissant d'un commun accord.

Article 417

L'heure de l'Europe Centrale fait règle pour les réseaux des deux directions.

Article 418

Les deux directions établiront en commun un règlement sur la formation des trains de marchandises qui assurent le trafic d'un territoire à l'autre.

Article 419

1. — Les prestations du service des trains en trafic d'un territoire à l'autre s'étendent pour chaque direction jusqu'à la gare frontière de jonction la plus proche de l'autre réseau.

Artikel 412

(1) Die beiden Regierungen werden innerhalb ihrer Hoheitsgebiete auf den Grenzübergangsbahnhöfen die für den Betriebswechsel notwendigen Anlagen auf eigene Kosten ergänzen oder herstellen.

(2) Werden für die Mitbenutzung des Bahnhofs neue bauliche Einrichtungen notwendig, so werden diese von der Direktion des Staates, dem der Bahnhof gehört, geschaffen und der mitbenutzenden Direktion gegen eine Vergütung zur Verfügung gestellt werden, welche die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals umfassen muß.

Artikel 413

Die für die Zollrevision und die Paktkontrolle auf den Grenzbahnhöfen erforderlichen Anlagen werden von der Direktion des Staates, dem die Bahnhöfe gehören, eingerichtet und der anderen Direktion gegen eine Vergütung, welche die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals umfassen muß, zur Benutzung oder Mitbenutzung zur Verfügung gestellt.

Artikel 414

Beabsichtigt eine Direktion auf ihrem Eisenbahnnetze Bauten auszuführen, so wird sie hiervon die andere verständigen, soweit diese Bauten die Betriebs- oder Verkehrsverhältnisse auf dem anderen Eisenbahnnetze zu beeinflussen geeignet sind.

Artikel 415

Die beiden Direktionen werden die erforderlichen Maßnahmen gemäß den Ausführungsbestimmungen treffen, damit sich in den gegenseitigen Verkehrsbeziehungen der Betrieb ohne Hemmung abwickelt.

Artikel 416

(1) Jede Direktion bearbeitet die Fahrpläne und die dazugehörigen Vorschriften für die Strecken ihres Eisenbahnnetzes und stellt sie in eigener Zuständigkeit nach den Weisungen ihrer vorgesetzten Staatsbehörde fest.

(2) Die Fahrpläne für den Übergangsverkehr und für den im Artikel 468 bezeichneten privilegierten Durchgangsverkehr werden nebst den dazugehörigen Vorschriften von den beiden Direktionen im gegenseitigen Einvernehmen entsprechend den Verkehrsbedürfnissen bearbeitet und festgestellt.

Artikel 417

Für die Eisenbahnnetze der beiden Direktionen gilt die mitteleuropäische Zeit.

Artikel 418

Die beiden Direktionen werden die Nancierordnung für die Güterzüge des Übergangsverkehrs vereinbaren.

Artikel 419

(1) Die Fahrdienstleistungen jeder Direktion für den Übergangsverkehr erstrecken sich bis zum nächsten Grenzübergangsbahnhof.

2. — Pour les prestations du service des trains sur les lignes de l'autre direction, la direction faisant ce service sera indemnisée par trains-kilomètres, à moins qu'il n'ait été convenu qu'elle reçoive les recettes du trafic. Dans ce dernier cas, elle paiera à l'administration de l'Etat propriétaire une indemnité pour l'utilisation de la ligne; cette indemnité sera fixée par les directions d'un commun accord.

3. — Les prestations seront, conformément à l'article 407, compensées, en premier lieu, en nature.

Article 420

1. — Chaque direction mettra, dans les gares de son réseau, à la disposition de l'autre, pour utilisation commune, les installations et aménagements nécessaires à la transmission du service.

2. — La direction dont les trains doivent partir ou arriver dans l'une des gares de l'autre direction, et qui en conséquence utilise, pour son exploitation et son trafic, la gare et le personnel de cette direction versera à celle-ci une indemnité que les deux directions fixeront d'un commun accord.

Article 421

Les changements d'itinéraire nécessités par des difficultés ou des perturbations dans l'exploitation, seront réglés par les directions entre elles.

Article 422

1. — Les agents de chaque direction sont, pendant leur séjour de service sur les lignes ou dans les gares de l'autre direction, tenus de se conformer aux ordres donnés en matière d'exploitation par les organes compétents de la direction à laquelle incombe l'exploitation.

2. — Chaque direction a le droit de placer à la gare frontière de jonction située sur le réseau de l'autre direction un représentant auquel son personnel stationné dans cette gare sera subordonné.

Article 423

La remise et l'acceptation des véhicules au point de vue technique et sous le rapport du trafic, aura lieu dans les gares frontières de jonction. Les deux directions établiront d'un commun accord la méthode à suivre.

Article 424

Il sera réservé des lignes télégraphiques et téléphoniques pour les communications de service entre les gares, services et bureaux locaux participant au trafic d'un territoire à l'autre, de même qu'entre les sièges des deux directions. Ces lignes devront répondre aux besoins du service et être entretenues en bon état. Les directions prennent les accords nécessaires à ce sujet.

Article 425

Chaque direction prêtera secours à l'autre en cas d'accident ou d'autres perturbations de service sur les lignes et dans les gares servant au trafic d'un territoire à l'autre et au trafic en transit privilégié.

(2) Leistet eine Direktion auf Strecken der anderen Fahrdienst, so wird sie hierfür nach Zugkilometern entzädigt, soweit nicht die Vereinbarung besteht, daß die fahrdienstleistende Direktion die Verkehrseinnahmen erhält. In diesem Falle hat sie für die Nutzung der Bahnstrecken der Verwaltung des Staates, dem diese gehören, eine unter den Direktionen zu vereinbarende Vergütung zu zahlen.

(3) Die Leistungen werden gemäß Artikel 407 in erster Linie in natura ausgeglichen.

Article 420

(1) Jede Direktion wird auf den Bahnhöfen ihres Eisenbahnnetzes der anderen Direktion die für den Betriebswechsel notwendigen Anlagen und Einrichtungen zur Mitbenutzung zur Verfügung stellen.

(2) Die Direktion, deren Züge auf einem Bahnhof der anderen Direktion beginnen oder endigen, wird für die Inanspruchnahme dieses Bahnhofs und seines Personals für Zwecke ihres Betriebes und Verkehrs eine unter den Direktionen zu vereinbarende Vergütung entrichten.

Article 421

Werden infolge von Betriebschwierigkeiten oder Betriebsstörungen Umleitungen notwendig, so werden sie zwischen den Direktionen geregelt werden.

Article 422

(1) Die Bediensteten jeder Direktion sind während ihres dienstlichen Aufenthalts auf den Strecken und Bahnhöfen der anderen Direktion verpflichtet, den für den Betrieb gegebenen Anordnungen der zuständigen Organe der betriebsführenden Direktion Folge zu leisten.

(2) Jede Direktion ist berechtigt, auf dem Grenzübergangsbahnhofe, der auf dem Eisenbahnnetze der anderen Direktion gelegen ist, einen Vertreter zu bestellen, dem das auf diesem Bahnhofe stationierte Personal seiner Direktion zu unterstellen ist.

Article 423

Die Übergabe und Übernahme der Wagen in technischer Beziehung und in bezug auf den Verkehr findet auf den Grenzübergangsbahnhöfen statt. Die beiden Direktionen werden das Verfahren vereinbaren.

Article 424

Für den dienstlichen Verkehr zwischen den dem Übergangsverkehr dienenden Bahnhöfen, Dienststellen, Ämtern sowie auch zwischen den Sitzen der beiden Direktionen sind Telegraphen- und Telephonleitungen vorzuhalten. Diese müssen den dienstlichen Bedürfnissen entsprechen und in ordnungsmäßigem Zustand unterhalten werden. Die Direktionen treffen die besonderen Vereinbarungen.

Article 425

Jede Direktion wird der anderen bei Unfällen und sonstigen Betriebsstörungen auf den für den Übergangs- und privilegierten Durchgangsverkehr in Betracht kommenden Strecken und Bahnhöfen Hilfe leisten.

Article 426

Les actions en dommages-intérêts exercées par des tiers et fondées sur des faits résultant de la construction ou de l'exploitation seront portées devant les tribunaux et cours de l'Etat sur le territoire duquel le dommage a été causé. Demeureront toutefois réservées les dispositions de la législation sur les transports relatives aux indemnités résultant du contrat de transport.

Article 427

1. — En tant que la responsabilité civile du chemin de fer est engagée, il incombera à la direction sur le réseau de laquelle le dommage s'est produit de répondre des conséquences des accidents de personnes et des dégâts matériels en corrélation avec le service des trains, même dans le cas où le dommage résulterait de la faute de l'autre direction ou de celle de son personnel. Cette disposition s'applique aussi bien aux rapports entre la direction et les tiers qu'aux rapports entre les directions elles-mêmes.

2. — Il est fait exception à cette règle dans les cas suivants:

- 1^o Quand le personnel de la direction qui fait le service des trains subit un accident professionnel, il incombera à cette direction de fournir les prestations auxquelles le sinistré ou ses survivants ont légalement droit.
- 2^o En cas d'avarie et de perte totale ou partielle des marchandises et bagages transportés, les dispositions légales et réglementaires sur la matière feront règle.

Article 428

1. — La visite de la douane et le contrôle des passeports ont lieu, pour les services indiqués, dans les gares énumérées ci-dessous:

- a) Gare d'Annaberg: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.
- b) Gare de Sumin: Visite douanière et contrôle des passeports, polonais et allemands, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, polonaise et allemande, pour le trafic-marchandises.
- c) Gare de Sosnitza : Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.
- d) Gare de Poremba: Visite douanière allemande, pour le trafic-marchandises.
- e) Gare de Wolfgangweiche: Visite douanière polonaise, pour le trafic-marchandises.
- f) Gare de Hindenburg: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.

Artikel 426

Für die beim Bau und aus dem Betrieb entstehenden Entschädigungsansprüche Dritter sind die Gerichte des Staates zuständig, auf dessen Gebiete der Schaden zugefügt worden ist. Die abweichenden Bestimmungen des Verkehrsrechts über Entschädigungen aus dem Beförderungsverträge bleiben unberührt.

Artikel 427

(1) Soweit eine Haftpflicht der Eisenbahn begründet ist, haftet für alle mit dem Fahrbetriebe zusammenhängenden Personen- und Sachbeschädigungen diejenige Direktion, auf deren Gebiete die Beschädigung eingetreten ist, und zwar selbst dann, wenn die Beschädigung auf das Verschulden der anderen Direktion oder ihres Personals zurückzuführen ist. Das gilt sowohl Dritten gegenüber, wie für das Verhältnis der Direktionen untereinander.

(2) Hiervon gelten folgende Ausnahmen:

1. Wenn Personal der fahrdienstleistenden Verwaltung einen Betriebsunfall erleidet, so hat diese Verwaltung die Leistungen zu tragen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen zu gewähren sind.
2. Bei Beschädigung, Gesamt- oder Teilverlust von beförderten Gütern und befördertem Gepäck gelten die besonderen gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen.

Artikel 428

(1) Die Zollrevision und die Passkontrolle finden auf den nachstehend aufgeführten Bahnhöfen für die dabei bezeichneten Verkehrsarten statt:

- a) Bahnhof Annaberg: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- b) Bahnhof Summin: polnische und deutsche Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, polnische und deutsche Zollrevision für den Güterverkehr;
- c) Bahnhof Sosnitza: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- d) Bahnhof Poremba: deutsche Zollrevision für den Güterverkehr;
- e) Bahnhof Wolfgangweiche: polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- f) Bahnhof Hindenburg: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;

- g) Gare de Chebzie (Morgenroth): Visite douanière polonaise pour le trafic-marchandises des lignes marchandises Chebzie (Morgenroth)-Borsigwerk et Chebzie (Morgenroth)-Karf.
- h) Halte de Bobrek: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages de la ligne Chebzie (Morgenroth)-Beuthen.
- i) Gare de Chorzów: Visite douanière polonaise, pour le trafic-marchandises.
- j) Grubenbahnhof Redensblickschacht (Florentinegrube): Visite douanière polonaise, pour le trafic-marchandises.
- k) Gare de Beuthen Hauptbahnhof: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière allemande, pour le trafic-marchandises.
- l) Gare de Beuthen West : Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.
- m) Gare de Karf: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.
- n) Halte de Beuthen Stadtwald: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
- o) Gare de Brynnek: Visite douanière et contrôle des passeports, allemands et polonais, pour les voyageurs et les bagages.
Visite douanière, allemande et polonaise, pour le trafic-marchandises.
- p) Gare de Lubliniec: Visite douanière et contrôle des passeports, polonais et allemands, pour les voyageurs et les bagages de la ligne Lubliniec-Cziasnau.
Visite douanière, polonaise et allemande, pour le trafic-marchandises des lignes Lubliniec-Cziaman et Lubliniec-Pluder.
- q) Gare de Pawonków: Visite douanière et contrôle des passeports, polonais et allemands, pour les voyageurs et les bagages.
- r) Gare de Borsigwerk: Visite douanière allemande pour le trafic-marchandises de la ligne marchandises Borsigwerk-Chebzie (Morgenroth).
- g) Bahnhof Morgenroth: polnische Zollrevision für den Güterverkehr der Güterzugstrecken Morgenroth-Borsigwerk und Morgenroth-Karf;
- h) Haltepunkt Böbref: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr der Strecke Morgenroth-Beuthen;
- i) Bahnhof Chorzow: polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- j) Grubenbahnhof Redensblickschacht (Florentinegrube): polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- k) Bahnhof Beuthen (Hauptbahnhof): deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche Zollrevision für den Güterverkehr;
- l) Bahnhof Beuthen-West: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- m) Bahnhof Karf: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- n) Haltepunkt Beuthen-Stadtwald: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr;
- o) Bahnhof Brynnek: deutsche und polnische Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr, deutsche und polnische Zollrevision für den Güterverkehr;
- p) Bahnhof Lublinitz: polnische und deutsche Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr der Strecke Lublinitz-Cziasnau, polnische und deutsche Zollrevision für den Güterverkehr der Strecken Lublinitz-Cziasnau und Lublinitz-Pluder;
- q) Bahnhof Pawonkau: polnische und deutsche Zollrevision und Passkontrolle für den Personen- und Gepäckverkehr;
- r) Bahnhof Borsigwerk: deutsche Zollrevision für den Güterverkehr der Strecke Borsigwerk-Morgenroth.

2. — Les Gouvernements pourront, d'un commun accord, modifier les dispositions ci-dessus.

(2) Die Regierungen können im gegenseitigen Einvernehmen die vorstehenden Bestimmungen abändern.

Article 429

1. — Les agents qui accompagnent des trains en trafic d'un territoire à l'autre ou qui sont en service dans les gares de l'autre direction, recevront de l'administration à laquelle ils appartiennent des cartes d'identité établies en alle-

Artikel 429

(1) Die Bediensteten, die die Züge auf dem Eisenbahnnetz der anderen Direktion begleiten oder die auf den Bahnhöfen der anderen Direktion dienstlich tätig sind, erhalten von ihrer vorgesetzten Behörde nach dem in den Ausführungsbestimmungen angegebenen

mand et en polonais d'après le modèle convenu dans le Règlement d'exécution, et qui tiendront lieu de passeports, permis de circulation et autres pièces d'identité.

2. — Ils devront faire leur service en uniforme ou être porteurs d'insignes de service visibles.

Article 430

1. — Les matériaux ou objets dont une direction a besoin, pour raisons de service, dans une gare frontière de jonction située sur le réseau de l'autre direction, n'acquitteront pas de droits de douane.

2. — Les trains de secours qui doivent prêter assistance en cas d'accidents ou d'autres perturbations de service sur le réseau de l'autre direction seront exempts de toute formalité de douane.

Sous-Section II

Chemins de Fer à Voie Étroite

Article 431

Les dispositions des articles 409, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 429 et 430, s'appliquent également aux chemins de fer à voie étroite.

Article 432

1. — Les lignes existantes seront maintenues pour le trafic d'un territoire à l'autre et pour le trafic en transit. Elles devront être entretenues en bon état et être équipées de façon à répondre en tout temps au développement du trafic.

2. — Sont exceptées les lignes Orzegów-Poremba et Karf-Kesselgrube. La première sera interrompue au nord de Georgschacht et la seconde au nord de Neue Viktioriagrube.

Article 433

1. — Le trafic d'un territoire à l'autre sur les réseaux à voie étroite des deux directions aura lieu par les lignes indiquées ci-après:

- a) Rossberg-Maciejkowice-Paulineschacht,
- b) Rossberg-Szarlej Wapiennik (Scharley Kalkofen),
- c) Dombrowa-Kesselgrube
Rudne Piekary,
- d) Dombrowa-Naklo,
- e) Dombrowa-Sucha Góra (Trockenberg),
- f) Bobrek-Orzegów-Frydenshuta,
- g) Poremba-Frydenshuta,
- h) Rossberg-Lipiny,
- i) Beuthen Umladestelle-Lipiny.

2. — Les gares frontières de jonction de ces lignes sont indiquées dans le Règlement d'exécution.

3. — En outre, la frontière est traversée par les lignes de raccordement privées ci-après:

- k) Königsgrube Nordfeld-Grube Königsgrube Nordfeld,

Muster Ausweise in deutscher und polnischer Sprache, die als Erhalt für Pässe, Verkehrskarten und sonst vor- gesehene Personenausweise dienen.

(2) Sie haben den Dienst in Uniform oder mit einem sichtbar zu tragenden Dienstabzeichen versehen wahrzunehmen.

Artikel 430

(1) Dienstgut, das eine Direktion auf einem innerhalb des Eisenbahnnetzes der anderen Direktion gelegenen Grenzübergangsbahnhofe für Zwecke des Eisenbahndienstes gebraucht, wird zollfrei eingeführt.

(2) Die Hilfszüge, die auf dem Eisenbahnnetze der anderen Direktion bei Unfällen und sonstigen Betriebsstörungen Hilfe leisten sollen, werden zollamtlich nicht behandelt

Unterabschnitt II

Schmalspurbahnen

Artikel 431

Die Bestimmungen der Artikel 409, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 429 und 430 gelten auch für die Schmalspurbahnen.

Artikel 432

(1) Die bestehenden Eisenbahnlinien werden für den Übergangs- und Durchgangsverkehr belassen; sie werden in einem ordnungsmäßigen, der Entwicklung des Verkehrs entsprechenden Zustande unterhalten werden.

(2) Ausgenommen hiervon sind die Strecken Orzegów - Poremba und Karf - Kesselgrube. Erstere wird nördlich Georgschacht, letztere nördlich Neue Victoriagrube unterbrochen.

Artikel 433

(1) Der Übergangsverkehr zwischen den Schmalspur-Eisenbahnnetzen der beiden Direktionen erfolgt auf nachstehenden Linien:

- a) Rossberg - Maciejkowiz - Paulineschacht,
- b) Rossberg - Scharley Kalkofen,

- c) Dombrowa - Kesselgrube,
Rudy Piekary,
- d) Dombrowa - Naklo,
- e) Dombrowa - Trockenberg,
- f) Bobrek - Orzegów - Friedenshütte,
- g) Poremba - Friedenshütte,
- h) Rossberg - Lipine,
- i) Beuthen Umladestelle - Lipine.

(2) Die Grenzübergangsbahnhöfe dieser Strecken sind in den Ausführungsbestimmungen angegeben.

(3) Außerdem wird die Landesgrenze durch folgende Privatanschlüsstrecken überschritten:

- k) Königsgrube Nordfeld - Grube Königsgrube Nordfeld,

- l) Königsgrube Nordfeld-Carnalsfreudegrube,
 m) Szarlej Biały (Bleischarley)-Römhildschacht,
 n) Andalusien-Fiedlersglück,
 o) Radzionkaugrube
 Szarlej Wapiennik (Scharley) -Roccoco,
 Kalkofen
 Radzionkaugrube
 Szarlej Wapiennik (Scharley) Rudolfgrube.
 Kalkofen

- l) Königsgrube Nordfeld - Carnalsfreudegrube,
 m) Bleischarley - Römhildschacht,
 n) Andalusien - Fiedlersglück,
 o) Radzionkaugrube
 Scharley Kalkofen -Roccoco,
 p) Radzionkaugrube
 Scharley Kalkofen -Rudolfgrube.

Article 434

1. — Les visites douanières ont lieu, pour les services indiqués, dans les gares énumérées ci-dessous, sauf les modifications qui pourraient être convenues entre les deux Gouvernements :

- a) Gare de Rossberg : Visite douanière, allemande et polonaise, pour les lignes indiquées sous a) et b) de l'article 433.
- b) Gare de Dreieck Beuthen : Visite douanière allemande pour les lignes indiquées sous h) et i) de l'article 433.
- c) Gare de Redensblickschacht : Visite douanière polonaise, pour les lignes indiquées sous h) et i) de l'article 433.
- d) Gare de Bobrek : Visite douanière, allemande et polonaise, pour la ligne indiquée sous f) de l'article 433.
- e) Gare de Dombrowa : Visite douanière, allemande et polonaise, pour les lignes indiquées sous c), d) et e), de l'article 433.
- f) Gare de Poremba : Visite douanière allemande pour la ligne indiquée sous g) de l'article 433.
- g) Gare de Wolfganggrube : Visite douanière polonaise, pour la ligne indiquée sous g) de l'article 433.

2. — Les autorités douanières compétentes des deux pays prendront les mesures nécessaires pour la surveillance douanière du trafic sur les lignes de raccordement indiquées de m) à p) à l'article 433.

Section IV

Trafic

Article 435

Au moment de la remise effective des chemins de fer de l'Etat en Haute Silésie polonaise, il sera organisé un Trafic direct de la Haute Silésie. Ce trafic direct existera entre, d'une part, toutes les gares de chemins de fer de l'Etat et tous les quais de chargement publics du réseau de la direction allemande, et, d'autre part, toutes les gares des chemins de fer de l'Etat et les quais de chargement publics du réseau de la direction polonaise, ainsi qu'entre toutes les gares des chemins de fer de l'Etat et tous les quais de chargement publics d'un seul et même réseau reliés par des lignes de l'autre réseau. Dans ce but, on s'inspirera des principes suivants :

1^o Sur les lignes de l'Etat ayant le même écartement, les voyageurs, bagages, colis messageries express, transport funéraires, animaux vivants, marchandises en grande et en petite vitesse, seront expédiés directement.

Artikel 434

(1) Die Zollrevisionen finden, falls die beiden Regierungen nicht ein anderes vereinbaren, auf nachstehenden Bahnhöfen für die dabei bezeichneten Verkehrarten statt:

- a) Bahnhof Rossberg: deutsche und polnische Zollrevision für die Strecken zu a) und b) des Artikels 433,
- b) Bahnhof Dreieck Beuthen: deutsche Zollrevision für die Strecken zu h) und i) des Artikels 433,
- c) Bahnhof Redensblickschacht: polnische Zollrevision für die Strecken zu h) und i) des Artikels 433,
- d) Bahnhof Bobrek: deutsche und polnische Zollrevision für die Strecke zu f) des Artikels 433,
- e) Bahnhof Dombrowa: deutsche und polnische Zollrevision zu c), d), e) des Artikels 433,
- f) Bahnhof Poremba: deutsche Zollrevision für die Strecke g) des Artikels 433,
- g) Bahnhof Wolfganggrube: polnische Zollrevision für die Strecke zu g) des Artikels 433.

(2) Für die zollamtliche Überwachung des Bahnverkehrs auf den Anschlußstrecken zu m) bis p) des Artikels 433 treffen die zuständigen Zolldirektionsbehörden der beiden Länder die erforderlichen Maßnahmen.

Abschnitt IV

Verkehr

Artikel 435

Gleichzeitig mit der tatsächlichen Übergabe der Staatsbahnen in Polnisch-Oberschlesien wird ein direkter Verkehr (Wechselverkehr) zwischen allen Staatsbahnhauptstationen und öffentlichen Ladestellen des Eisenbahnnetzes der deutschen Direktion einerseits und allen Staatsbahnhauptstationen und öffentlichen Ladestellen des Eisenbahnnetzes der polnischen Direktion anderseits sowie zwischen allen Staatsbahnhauptstationen und öffentlichen Ladestellen eines und desselben Eisenbahnnetzes über die Strecken des anderen Eisenbahnnetzes unter dem Namen »Oberschlesischer Wechselverkehr« nach folgenden Gesichtspunkten eingeführt:

1. Auf den Staatsbahnenlinien mit derselben Spurweite werden Personen, Gepäck, Expressgut, Leichen, lebende Tiere und Eil- und Frachtgüter unmittelbar abgefertigt werden.

2° Sauf stipulations contraires du Règlement d'exécution, le trafic direct de la Haute Silésie sur les lignes à écartement normal sera soumis aux prescriptions pour le trafic allemand (*Deutsche Eisenbahnverkehrsordnung*), et sur les lignes à voie étroite, aux prescriptions du tarif des marchandises pour le chemin de fer à voie étroite de la Haute Silésie (*Gütertarif für die Oberschlesische Schmalspurbahn*) ; dans les deux cas, d'après le texte qui sera en vigueur sur ces chemins de fer le jour du transfert de la souveraineté.

3° Sauf stipulations contraires du Règlement d'exécution, on appliquera au trafic direct de la Haute Silésie les tarifs pour le transport des voyageurs, des bagages, des colis messageries express, des transports funéraires, des animaux vivants et des marchandises en grande et en petite vitesse qui seront en vigueur sur les chemins de fer de l'Etat en Haute Silésie le jour du transfert de la souveraineté.

Article 436

Les prescriptions sur le trafic, les dispositions relatives aux tarifs et les tarifs eux-mêmes, rappelés à l'article 435, chiffres 2 et 3, ne peuvent être abrogés ou modifiés qu'après entente des directions intéressées ; dans l'un et l'autre cas l'approbation du Comité supérieur est nécessaire.

Article 437

Il sera établi d'un commun accord, au profit des marchandises particulièrement importantes pour la vie économique du territoire plébiscité, des tarifs directs pour le trafic sur les lignes à écartement normal entre le réseau de la direction polonoise, en transit par le réseau de la direction allemande, et les autres chemins de fer allemands.

Article 438

Sauf stipulations contraires du présent titre, chacun des deux Etats peut, sur ses chemins de fer du territoire plébiscité de la Haute Silésie, fixer comme bon lui semble, dans l'exercice de ses droits souverains, les prescriptions relatives au trafic entre toutes gares de son territoire ainsi que les dispositions concernant les tarifs et les bases de tarifs applicables à ce trafic.

Article 439

Le bénéfice de tout tarif en vigueur sur le territoire plébiscité s'étendra aux marchandises de même nature en provenance ou à destination de la Pologne, de l'Allemagne ou de tout autre pays.

Section V

Le Matériel Roulant et Son Utilisation

Sous-Section I

Chemins de Fer à Voie Normale

Article 440

1. — Il sera prélevé sur l'effectif de l'ancienne Administration des chemins de fer de Prusse et

2. Soweit die Ausführungsbestimmungen keine abweichende Bestimmung enthalten, unterliegt der oberschlesische Wechselverkehr auf den normalspurigen Bahnen den Bestimmungen der »Deutschen Eisenbahnverkehrsordnung« und auf der Schmalspurbahn den Bestimmungen des »Gütertarifs für die oberschlesische Schmalspurbahn«, und zwar ist in beiden Fällen die auf diesen Eisenbahnen am Tage des Überganges der Staatshoheit gültige Fassung der Bestimmungen maßgebend.

3. Soweit die Ausführungsbestimmungen keine abweichende Bestimmung enthalten, werden auf den oberschlesischen Wechselverkehr die auf den Staatseisenbahnen in Oberschlesien am Tage des Überganges der Staatshoheit geltenden Tarife für die Beförderung von Personen, Gepäck, Frachtgut, Leichen, lebenden Tieren sowie von Eil- und Frachtgütern angewendet werden.

Article 436

Die im Artikel 435 Ziffer 2 und 3 festgesetzten Verkehrs vorschriften, Tarifbestimmungen und Tarife dürfen nur nach gegenseitiger Vereinbarung der beiden Direktionen aufgehoben oder abgeändert werden. In beiden Fällen ist die Genehmigung des Oberkomitees erforderlich.

Article 437

Für den Verkehr auf den Normalspurbahnen zwischen dem Eisenbahnnetz der polnischen Direktion und den übrigen deutschen Eisenbahnen über das Eisenbahnnetz der deutschen Direktion werden für die im Interesse des Wirtschaftslebens des Abstimmungsgebietes besonders wichtigen Verkehrsartikel direkte Tarife im beiderseitigen Einvernehmen eingeführt werden.

Article 438

Soweit in diesem Titel nicht ein anderes bestimmt worden ist, kann jeder der beiden Staaten in Ausübung seiner Hoheitsrechte auf seinen Eisenbahnen im oberschlesischen Abstimmungsgebiete für den Verkehr zwischen zwei Stationen seines Gebiets die Verkehrs vorschriften, Tarifbestimmungen und Tarifgrundlagen nach eigenem Ermessen festsetzen.

Article 439

Jeder Tarif, der im Abstimmungsgebiete Geltung haben wird, soll auf Waren gleicher Art angewandt werden, die aus Polen, Deutschland oder aus irgend einem anderen Lande kommen oder dorthin bestimmt sind.

Abschnitt V

Der Fahrzeugpark und seine Verwendung

Unterabschnitt I

Normalspurbahnen

Article 440

(1) Aus dem Bestande der ehemals preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung werden ausgeschieden

de Hesse, et réparti entre les deux directions des Chemins de fer de la Haute Silésie:

Matériel	Pour toute la région	dont pour	
		la direction allemande	la direction polonaise
Locomotives	1 060	630	430
Automotrices à accumulateurs	5	5	—
Voitures de voyageurs	1 721	1 021	700
Fourgons à bagages	234	164	70
Fourgons petite vitesse	460	290	170
Vagons à marchandises	40 000	20 000	20 000
Voitures de service	60	41	19

2. — Les effectifs de réserve et de réparation sont compris dans ces chiffres.

Article 441

Le prélèvement mentionné à l'article précédent sera réglé par les administrations des chemins de fer des deux États contractants, conformément au Règlement d'exécution.

Article 442

1. — Le matériel roulant revenant à la direction allemande restera propriété de l'État allemand; celui qui sera attribué à la direction polonaise deviendra propriété de l'État polonais.

2. — On fera apposer sur chaque véhicule les marques indicatrices et numéros d'ordre indiqués au Règlement d'exécution.

Article 443

Les Parties contractantes reconnaissent que par suite du transfert de la propriété du matériel roulant à l'État polonais, l'Allemagne a satisfait aux obligations lui incombant aux termes de l'article 371 du Traité de Paix de Versailles concernant le droit de la Pologne à l'attribution d'un parc de matériel roulant pour la Haute Silésie polonaise.

Article 444

Chaque direction a l'obligation de maintenir à ses propres frais, en nombre, types et capacité, le parc de matériel roulant qui lui est attribué. Elle doit l'accroître dans une mesure qui répond aux besoins du trafic, si le nombre existant de locomotives et de wagons, y compris la réserve permanente de wagons prévue à l'article 446, se révélait insuffisant.

Article 445

Chaque direction a le droit de disposer des locomotives, automotrices à accumulateurs, voitures de voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service qui lui sont attribués.

Article 446

1. — Le parc de wagons à marchandises, prélevé d'après l'article 440, sera utilisé en commun.

2. — Si ce parc ne suffit pas au transport des marchandises expédiées du territoire plébiscité, l'Allemagne et la Pologne fourniront aux Che-

und unter die beiden Direktionen der Oberschlesischen Eisenbahnen verteilt:

Fahrzeuggattung	Für das Gesamtgebiet	Davon für die deutsche	Davon für die polnische Direktion
Locomotiven	1 060	630	430
Akkumulatoren-Triebwagen	5	5	—
Personenwagen	1 721	1 021	700
Gepäckwagen	234	164	70
Packwagen	460	290	170
Güterwagen	40 000	20 000	20 000
Bahndienstwagen	60	41	19

(2) Der Reserve- und Reparaturbestand ist in diesen Zahlen enthalten.

Artikel 441

Die Eisenbahnverwaltungen der beiden vertragsschließenden Staaten werden die Ausscheidung nach den Ausführungsbestimmungen regeln.

Artikel 442

(1) Die der deutschen Direktion zufallenden Fahrzeuge bleiben Eigentum des Deutschen Reichs; die der polnischen Direktion zufallenden Fahrzeuge werden Eigentum des polnischen Staates.

(2) Die Fahrzeuge werden die in den Ausführungsbestimmungen angegebenen besonderen Merkmale und Nummern erhalten.

Artikel 443

Die vertragsschließenden Teile sind sich darüber einig, daß mit dem Übergange des Eigentums an den Fahrzeugen auf den polnischen Staat Deutschland die Verpflichtung des Artikel 371 des Friedensvertrags von Versailles hinsichtlich des Anspruchs Polens auf Beteiligung eines Fahrzeugparks für Polisch-Oberschlesien erfüllt hat.

Artikel 444

Jede Direktion hat die Verpflichtung, auf ihre Kosten den ihr zugewiesenen Fahrzeugpark nach Zahl, Gattung und Leistungsfähigkeit zu erhalten. Sie muß ihn, falls der Lokomotiven- und Wagenbestand, letzterer unter Berücksichtigung der im Artikel 446 vorgesehenen ständigen Wagenauflösung, nicht ausreichen sollte, in einem dem Verkehrsbedürfnis entsprechenden Maße vermehren.

Artikel 445

Jede Direktion hat das Recht, über den ihr zugewiesenen Bestand an Lokomotiven, Akkumulatorentriebwagen, Personenwagen, Gepäckwagen, Packwagen und Bahndienstwagen zu verfügen.

Artikel 446

(1) Der nach Artikel 440 ausgeschiedene Güterwagenpark wird gemeinschaftlich benutzt.

(2) Falls dieser Güterwagenpark zur Abfuhr der im oberschlesischen Abstimmungsgebiete zum Versand gelangenden Güter nicht ausreicht, wird den Ober-

mins de fer de la Haute Silésie, à titre de prêt, des wagons, conformément aux dispositions du Règlement pour l'emploi réciproque des wagons en trafic international (R. I. V.). En conséquence, l'Allemagne fournira pendant deux ans, chaque jour, 900 wagons ouverts ayant en moyenne une capacité de chargement de quinze tonnes. Dès la troisième année, la Pologne fournira chaque jour 150 wagons ouverts ayant une capacité moyenne de chargement de quinze tonnes, et 300 wagons, dès la quatrième année. La fourniture par l'Allemagne sera réduite d'autant. Dès la cinquième année, l'Allemagne et la Pologne fourniront chacune, par jour, 450 wagons ouverts ayant une capacité moyenne de quinze tonnes.

Article 447

1. — Il sera institué, auprès du Comité supérieur, un service de répartition des wagons à marchandises dit Service des wagons, dont le ressort comprendra les réseaux des deux directions.

2. — Un Bureau de répartition sera établi près de chaque direction.

3. — Le Service des wagons disposera de tout le parc des wagons des Chemins de fer de la Haute Silésie et des wagons fournis conformément à l'article 446, alinéa 2. Il distribuera impartiallement ces wagons entre les bureaux de répartition des deux directions.

4. — Les deux directions participeront aux recettes et dépenses nettes du Service des wagons provenant de la location des wagons, proportionnellement à l'effectif de leur parc.

Sous-Section II

Chemins de Fer à voie étroite

Article 448

1. — Le matériel roulant sera attribué de la manière suivante aux deux directions, conformément aux principes de l'article 371 du Traité de Paix de Versailles:

La direction allemande recevra :

29 locomotives.

2 124 wagons.

La direction polonaise recevra :

41 locomotives.

3 398 wagons.

2. — L'effectif de réserve et de réparation est compris dans ces chiffres.

3. — La répartition des locomotives et des wagons, d'après leur type, aura lieu conformément au Règlement d'exécution.

Article 449

Les dispositions des articles 441, 442, 443 et 444 sont applicables à la répartition du matériel roulant des chemins de fer à voie étroite.

Article 450

Les dispositions de l'article 445 font règle pour l'utilisation des locomotives et des voitures de service.

schlesischen Eisenbahnen von Deutschland und Polen mit Wagen nach den Bestimmungen des Übereinkommens für die gegenseitige Benutzung der Güterwagen im internationalen Verkehr (R.I.V.) ausgenutzt werden. Zunächst wird Deutschland im Bedarfsfalle zwei Jahre hindurch täglich 900 offene Güterwagen mit einem durchschnittlichen Ladegewicht von je 15 t beistellen. Vom dritten Jahr an wird Polen täglich 150 offene Wagen von durchschnittlich je 15 t Ladegewicht beistellen, vom vierten Jahre an täglich 300 derartige Wagen. Entsprechend wird sich die Beistellung durch Deutschland vermindern. Vom fünften Jahre an werden Deutschland und Polen täglich je 450 Güterwagen mit einem Ladegewicht von durchschnittlich je 15 t beistellen.

Article 447

(1) Bei dem Oberkomitee wird ein Güterwagenamt (»Wagenamt« genannt) eingerichtet, dessen Wirkungskreis sich über die Eisenbahnnetze beider Direktionen erstreckt.

(2) Bei jeder Direktion wird ein Wagenbureau eingerichtet.

(3) Die Verfügung über den gesamten Güterwagenpark der Oberschlesischen Eisenbahnen und über die nach Artikel 446 Abs. 2 beigestellten Güterwagen steht dem Wagenamt zu. Es wird diese Wagen unter die Wagenbüros der beiden Direktionen unparteiisch verteilen.

(4) Die beiden Direktionen werden an den Reineinnahmen und Reinausgaben des Wagenamts an Wagenmiete im Verhältnis des Bestandes ihres Wagenparkes teilnehmen.

Unterabschnitt II

Schmalspurbahnen

Article 448

(1) Der Fahrzeugpark wird nach den Grundsätzen des Artikel 371 des Friedensvertrags von Versailles in folgender Verteilung den beiden Direktionen zugewiesen:

Es wird erhalten die deutsche Direktion:

29 Lokomotiven

2 124 Wagen

Es wird erhalten die polnische Direktion:

41 Lokomotiven

3 398 Wagen.

(2) Der Reserve- und Reparaturbestand ist in diesen Zahlen enthalten.

(3) Die Unterteilung der Lokomotiven und Wagen nach Gattungen wird nach den Ausführungsbestimmungen vorgenommen werden.

Article 449

Die Bestimmungen der Artikel 441, 442, 443 und 444 finden für die Ausscheidung der Fahrzeuge der Schmalspurbahnen Anwendung.

Article 450

Für die Verwendung der Lokomotiven und Dienstwagen gelten die Bestimmungen des Artikel 445.

Article 451

Le parc des wagons à marchandises sera employé en commun.

Article 452

1. — La fourniture quotidienne des wagons sera réglée par chaque station de contrôle pour son réseau.

2. — La compensation des wagons entre les deux directions sera réglée par l'inspection du mouvement, conformément au Règlement d'exécution.

*Section VI**Ateliers**Article 453*

Les ateliers principaux de Gleiwitz, Oppeln, Ratibor et l'atelier secondaire de Rossberg, situés sur le réseau de la direction allemande et subordonnés à cette dernière, se chargeront pour les deux directions, et conformément aux prescriptions allemandes présentes ou à venir, de l'entretien du matériel roulant, de la réparation et de la fabrication de pièces de rechange et, jusqu'à nouvel arrangement, de tous les autres travaux d'entretien effectués jusqu'ici par lesdits ateliers pour les lignes du territoire plébiscité.

Article 454

Les travaux de revision et d'entretien seront exécutés en conformité des prescriptions allemandes présentes ou à venir, à moins que la direction polonaise n'estime nécessaires certaines exceptions au sujet desquelles elle s'entendra avec la direction allemande.

Article 455

1. — Les ateliers exécuteront les réparations générales nécessaires au cours de chaque année (*Laufwerksuntersuchungen*), la revision intérieure et extérieure des locomotives et la revision des autres véhicules de la direction polonaise.

2. — Dans l'intérêt d'une exploitation régulière, les ateliers exécuteront les autres ordres portant notamment sur la réparation et la fourniture des pièces de rechange, et cela pour la direction polonaise de la même manière et aussi promptement que pour la direction allemande.

Article 456

Les ateliers exécutent les ordres des deux directions au prix de revient, sans aucune majoration. Les prix de revient se composent du coût de fabrication, des frais d'administration et des frais généraux.

Article 457

Les ateliers garderont toute leur autonomie et pourvoiront eux-mêmes à l'entretien régulier et au renouvellement de leurs installations.

Article 458

Dans le cas où la direction polonaise aurait l'intention de restreindre la réparation de son matériel roulant dans les ateliers allemands ou

Article 451

Der Güterwagenpark wird gemeinschaftlich benutzt.

Article 452

(1) Die tägliche Wagengestellung regelt jede Kontrollstation für ihren Bezirk.

(2) Die Zugleitung hat die Wagenbestände nach den Ausführungsbestimmungen zwischen den beiden Direktionen auszugleichen.

*Abschnitt VI**Werkstätten**Article 453*

Die auf dem Eisenbahnnetze der deutschen Direktion liegenden und ihr unterstellten Eisenbahnhauptwerkstätten Gleiwitz, Oppeln, Ratibor und die Nebenwerkstatt Roßberg übernehmen nach den jeweils geltenden deutschen Vorschriften für beide Direktionen die Unterhaltung der Fahrzeuge, die Ausbesserung und Neuanfertigung von Ersatzteilen sowie bis auf weiteres alle sonstigen Unterhaltungsarbeiten, die bisher von diesen Eisenbahnwerkstätten für die Eisenbahnlinien des Abstimmungsgebiets ausgeführt worden sind.

Article 454

Für die Untersuchung und Unterhaltung gelten die jeweiligen deutschen Vorschriften, soweit nicht die polnische Direktion Ausnahmen für notwendig hält, über die sie sich mit der deutschen Direktion verständigen wird.

Article 455

(1) Die Eisenbahnwerkstätten haben die im Laufe jedes Jahres fälligen allgemeinen Ausbesserungen (Laufwerksuntersuchungen), äußeren und inneren Untersuchungen der Lokomotiven sowie die Untersuchungen der anderen Fahrzeuge der polnischen Direktion auszuführen.

(2) Die anderen Aufträge, insbesondere die Ausbesserungen und die Bereitstellung von Ersatzteilen, werden die Eisenbahnwerkstätten im Interesse eines geregelten Betriebes für die polnische Direktion in gleicher Weise wie für die deutsche Direktion beschleunigt ausführen.

Article 456

Die Eisenbahnwerkstätten führen die Aufträge der beiden Direktionen zu den Selbstkosten ohne Gewinnzuschlag aus. Die Selbstkosten setzen sich zusammen aus den Herstellungskosten, den Verwaltungskosten und den allgemeinen Unkosten.

Article 457

Die Eisenbahnwerkstätten werden ihre volle Selbstständigkeit beibehalten und für die ordnungsmäßige Unterhaltung und Erneuerung ihrer Anlagen selbst sorgen.

Article 458

Falls die polnische Direktion, die Ausbesserung ihrer Fahrzeuge in den deutschen Eisenbahnwerkstätten einzuschränken oder aufzugeben beabsichtigt, wird sie

d'y renoncer complètement, elle en avisera en temps utile la direction allemande.

Article 459

Le matériel roulant et autre matériel de service, ainsi que les pièces détachées ou de rechange, qui devront être expédiés d'un réseau à l'autre, aux fins de réparations ou de transformations, seront exempts de droits de douane à l'entrée comme à la sortie, pourvu que le service expéditeur atteste que les conditions requises sont remplies. Il ne sera pas non plus perçu de taxes à l'occasion de la délivrance des permis d'importation ou d'exportation, et les interdictions d'importation ou d'exportation qui pourraient exister ne seront pas applicables.

Article 460

Les ateliers locaux de petit entretien continueront à exécuter les travaux de réparation, tout au moins dans la mesure où ils les exécutaient jusqu'à ce jour.

Chapitre II

Chemins de fer d'intérêt local et tramways

Article 461

1. — Les droits de surveillance des Gouvernements sur l'exploitation de la Société anonyme des chemins de fer d'intérêt local silésiens (*Schlesische Kleinbahnaktiengesellschaft*), à Katowice, ainsi que sur l'exploitation de la Société à responsabilité limitée des tramways à vapeur de Haute Silésie (*Oberschlesische Dampfstrassenbahngesellschaft m. b. H.*) à Gleiwitz, et de la Société anonyme des chemins de fer d'intérêt local et d'électricité (*Oberschlesische Kleinbahn- und Elektrizitätsaktiengesellschaft*), à Katowice, seront exercés par les autorités allemandes (prussiennes) sur le territoire allemand, et par les autorités polonaises, sur le territoire polonais.

2. — Les compagnies de chemins de fer d'intérêt local sont tenues d'établir, dans le pays où elles n'ont pas leur siège, un poste administratif auquel toute mesure relative à la surveillance des chemins de fer d'intérêt local et toute signification pourront être au point de vue juridique valablement notifiées.

Article 462

Les autorités gouvernementales de contrôle, allemandes et polonaises, communiquent directement entre elles. Si elles ne parviennent pas à se mettre d'accord sur un point nécessitant un règlement commun, chaque Gouvernement pourra porter le différend devant la Commission Mixte (voir article 499).

Article 463

Les fonds et espèces nécessaires aux chemins de fer d'intérêt local pour leur gestion pourront passer librement d'un territoire à l'autre.

Article 464

1. — Le matériel roulant des chemins de fer d'intérêt local circulera en franchise de douane d'un pays à l'autre, sur toutes leurs lignes.

der deutschen Direktion hiervon rechtzeitig Mitteilung machen.

Artikel 459

Eisenbahnfahrzeuge oder einzelne Betriebsgegenstände sowie Ersatzstücke, die zur Ausbesserung oder Umarbeitung von einem Eisenbahnnetze auf das andere versandt werden müssen, sind bei ihrem Aus- und Eingange zollfrei, sofern die absendende Dienststelle bescheinigt, daß diese Voraussetzungen vorliegen. Auch werden in solchen Fällen Ein- und Ausfuhrabgaben nicht erhoben und etwa bestehende Ein- und Ausfuhrverbote nicht angewandt werden.

Artikel 460

Die Betriebswerkstätten werden mindestens in demselben Umfang, wie bisher, Ausbesserungsarbeiten ausführen.

Kapitel II

Kleinbahnen und Straßenbahnen

Artikel 461

(1) Die Aufsichtsbefugnisse der Regierungen über den Betrieb der Schlesischen Kleinbahnaktien-Gesellschaft in Kattowitz ebenso wie über den Betrieb der Oberschlesischen Dampfstraßenbahngesellschaft m. b. H. in Gleiwitz und der Oberschlesischen Kleinbahn- und Elektrizitätsaktiengesellschaft in Kattowitz, werden auf deutschem Gebiete von den deutschen (preußischen) Behörden, auf polnischem Gebiete von den polnischen Behörden ausgeübt werden.

(2) Die Kleinbahngesellschaften sind verpflichtet, in dem Lande, in dem sie keinen Sitz haben, eine Verwaltungsstelle einzurichten, an welche die im Kleinbahnwesen ergehenden Verfügungen und sonstige Zustellungen jeder Art mit rechtsverbindlicher Kraft für die Kleinbahnen gerichtet werden können.

Artikel 462

Die deutschen und polnischen Aufsichtsbehörden verfehren unmittelbar miteinander. Wenn sie sich über einen Punkt, der einer einheitlichen Regelung bedarf, nicht einigen können, so ist jede Regierung berechtigt, die Entscheidung der Gemischten Kommission anzuordnen (vgl. Artikel 499).

Artikel 463

Die Geldmittel, welche die Kleinbahnen für ihre Geschäftsführung benötigen, werden ungehindert von einem Gebiete in das andere gebracht werden können.

Artikel 464

(1) Der Fuhrpark der Kleinbahnen verkehrt zollfrei auf deren ganzem Netze von einem Lande zum anderen.

2. — Le matériel acquis à l'étranger par les compagnies sera, à l'importation et à l'exportation, soumis aux prescriptions relatives à la douane.

3. — Le matériel roulant et autre matériel de service, ainsi que les pièces détachées ou de rechange, qui devront être expédiés d'un territoire dans l'autre aux fins de réparations ou de transformations, seront exempts de droits de douane à l'entrée et à la sortie, comme aussi de tous autres droits perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation ou à l'occasion de la délivrance de permis d'importation ou d'exportation, pourvu que le service expéditeur atteste que les conditions requises sont remplies. Il ne sera pas non plus perçu de taxes à l'occasion de la délivrance des permis d'importation ou d'exportation, et les interdictions d'importation ou d'exportation qui pourraient exister ne seront pas applicables.

Article 465

Sur les lignes de chemins de fer d'intérêt local Beuthen-Rudzka Kúznica (Rudahammer)-Hindenburg, par territoire polonais, et Piekary-Beuthen Königsgrube-Nordfeld, par territoire allemand, il sera organisé un trafic de transit auquel seront applicables, par analogie, les articles 470, alinéas 1 et 3, les articles 473 à 477, 488, 490 à 495 ainsi que les dispositions correspondantes du Règlement d'exécution.

Article 466

Les autorités douanières des deux pays prendront des accords spéciaux au sujet du dédouanement aux endroits où les chemins de fer d'intérêt local franchissent la frontière, ainsi qu'au sujet de la surveillance douanière du trafic ferroviaire aux points de raccordement de la briqueterie à vapeur de Wilcza Dolna (Nieder-Wilcza) et de la fabrique d'engraiss de Ceres avec la ligne Ratibor-Groß Rauden-Gleiwitz.

Article 467

Les agents des compagnies mentionnées à l'article 461 que leur service appelle à franchir la frontière et qui ne possèdent pas à un autre titre un permis de circulation, en recevront un conformément à l'article 272.

Chapitre III

Trafic en transit privilégié

Section I

Dispositions Générales

Article 468

Le trafic ferroviaire qui, sur les lignes spécifiées à l'article 469 commence et se termine sur un seul et même réseau, mais doit transiter par l'autre réseau, bénéficiera de facilités spéciales conformément aux dispositions ci-dessous (Trafic en transit privilégié).

(2) Neubeschaffungen der Gesellschaften aus dem Auslande unterliegen den Zoll-, Ein- und Ausfuhrvorschriften.

(3) Eisenbahnfahrzeuge oder einzelne Betriebsgegenstände sowie Erzeugnisse, die zur Ausbesserung oder Umarbeitung aus einem Staatsgebiet in das andere versandt werden müssen, sind bei ihrem Aus- und Eingang zollfrei, sofern die absendende Dienststelle bescheinigt, daß diese Voraussetzungen vorliegen. Auch werden in solchen Fällen Ein- und Ausfuhrabgaben nicht erhoben und etwa bestehende Ein- und Ausfuhrverbote nicht angewandt werden.

Artikel 465

Auf den Kleinbahnstrecken Beuthen-Rudahammer-Hindenburg durch Polen und Piekary-Beuthen-Königsgrube Nordfeld durch Deutschland wird ein Durchgangsverkehr eingerichtet, für den sinngemäß die Artikel 470 Abs. 1 und 3 und die Artikel 473, 477, 488, 490 bis 495 nebst den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen gelten.

Artikel 466.

Wegen der zollamtlichen Behandlung des Verkehrs auf den Grenzübergangspunkten der Kleinbahnen sowie wegen der zollamtlichen Überwachung des Verkehrs auf den Anschlüssen der Dampfziegelei Nieder-Wilcza und der Düngemittelfabrik Ceres an der Linie Ratibor-Groß-Rauden-Gleiwitz treffen die beiderseitigen Zolldirektivbehörden besondere Vereinbarungen.

Artikel 467

Um es den Angestellten der in Artikel 461 genannten Gesellschaften zu ermöglichen, im Dienste die Grenze zu überschreiten, wird ihnen, falls sie nicht auf Grund der allgemeinen Bestimmungen eine Verkehrskarte erhalten, eine solche auf Grund des Artikel 272 ausgestellt werden.

Kapitel III

Privilegierter Eisenbahndurchgangsverkehr

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 468

Der Eisenbahnerverkehr, der auf den im Artikel 469 genannten Linien eines und desselben Eisenbahnnetzes beginnt und endet, aber über das andere Eisenbahnnetz geleitet wird, genießt besondere Erleichterungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen (privilegierter Durchgangsverkehr).

Article 469

1. — Le trafic en transit privilégié s'effectuera:

A. — sur les lignes:

- a) Gleiwitz-Block Miserau-voies de raccordement des houillères de Gleiwitz, pour le trafic des marchandises;
- b) Gleiwitz-Makoszowy-gare minière des Delbrückschächte, pour le trafic des marchandises;
- c) Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowskie-Góry (Tarnowitz)-Brynek, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises;
- d) Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowskie-Góry (Tarnowitz)-Lubliniec-Cziasneu, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises;

B. — sur les lignes:

- a) Chebzie (Morgenroth)-Karf-Nowy Radzionków, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises;
- b) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises;
- c) Redensblickschacht (Florentinegrube)-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, pour le trafic des marchandises;
- d) Chorzów-Blockstelle Bsw-Redensblickschacht (Florentinegrube), pour le trafic des marchandises;
- e) Chorzów-Beuthen Hauptbahnhof-Karf-Nowy Radzionków, pour le service des voyageurs; pour le trafic des marchandises seulement lorsque la ligne sous B, lettre b, ne peut faire passer tous les trains nécessaires.

2. — La liste des lignes indiquées pour le trafic en transit privilégié et les modalités de trafic prévues sur les dites lignes peuvent être modifiées ou complétées, d'un commun accord, par les autorités auxquelles les Parties contractantes auront délégué des pouvoirs à cet effet.

Article 470

1. — Tous les voyageurs, quelle que soit leur nationalité, pourront transiter, eux et leurs bagages, sans empêchement aucun, dans les trains de transit privilégié, à moins qu'en cours de route, ils ne se rendent coupables, dans le pays transité, d'un délit ou d'un crime.

2. — Le transport des voyageurs se fait en trains fermés ou en parties fermées de trains spécialement désignées à cet effet. Les bagages enregistrés seront transportés soit dans des fourgons fermés, soit dans un compartiment fermé d'un fourgon.

3. — Sur le territoire traversé, il est interdit de descendre des véhicules ou d'y monter, de recevoir dans les véhicules ou d'en descendre des objets quelconques en cours de route.

Article 471

1. — Toutes les marchandises admises au transport intérieur dans le pays qui a droit au

Artikel 469

(1) Der privilegierte Durchgangsverkehr wird eingereichtet:

A. auf den Strecken:

- a) Gleiwitz-Blok Miserau-Anschlußgleisanlagen der Gleiwitzer Steinlohlengruben für den Güterverkehr;
- b) Gleiwitz-Makoszau-Grubenbahnhof der Delbrückschächte für den Güterverkehr;
- c) Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowitz-Brynek für den Personen- und Güterverkehr;
- d) Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowitz-Lubliniec-Cziasneu für den Personen- und Güterverkehr;

B. auf den Strecken:

- a) Morgenroth-Karf-Neu Radzionkau für den Personen- und Güterverkehr;
- b) Chorzów-Beuthen, oberer Bahnhof-Scharlen für den Personen- und Güterverkehr;
- c) Redensblickschacht (Florentinegrube)-Beuthen, oberer Bahnhof-Scharlen für den Güterverkehr;
- d) Chorzów-Blockstelle Bsw-Redensblickschacht (Florentinegrube) für den Güterverkehr;
- e) Chorzów-Beuthen Hauptbahnhof-Karf-Neu Radzionkau für den Personenverkehr; für den Güterverkehr nur, wenn die Strecke zu Bb für die Durchführung der notwendigen Züge nicht ausreicht.

(2) Die Liste der für den privilegierten Durchgangsverkehr bestimmten Linien kann, ebenso wie die für diese Linien vorgesehenen Verkehrsarten, in gegenseitigem Einvernehmen der von den vertraglich schließenden Teilen hierzu ermächtigten Behörden geändert oder ergänzt werden.

Artikel 470

(1) Im privilegierten Durchgangsverkehre können alle Reisende ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit nebst ihrem Gepäck ungehindert durch das Durchgangsland fahren, es sei denn, daß sie während der Reise im Durchgangsland ein Vergehen oder Verbrechen begehen.

(2) Die Beförderung der Reisenden vollzieht sich in geschlossenen Zügen oder in hierfür besonders bestimmten geschlossenen Zugteilen. Eingeschriebenes Gepäck wird entweder in einem verschloßenen Gepäckwagen oder in einem verschloßenen Abteil des Gepäckwagens befördert.

(3) Im Durchgangsland ist das Aus- und Einsteigen sowie das Hineinnehmen oder Herausgeben von Gegenständen aller Art verboten.

Artikel 471

(1) Im privilegierten Durchgangsverkehre werden alle Waren, die im inneren Verkehre sowohl des durch-

transit et dans celui qui doit tolérer le transit seront transportées en trains entiers en transit privilégié, quelle que soit leur origine et quelle que soit la nationalité de l'expéditeur ou du destinataire.

2. — Les interdictions d'importation et d'exportation en vigueur dans le pays transité ne s'appliqueront pas au trafic en transit privilégié, et une autorisation spéciale d'importation, d'exportation ou de transit n'est pas nécessaire.

3. — Les marchandises dont le transit est permis d'après ces dispositions, ne pourront pas être saisies par voie administrative en cours de transit.

4. — Dans le pays que le train traverse en transit, le déchargement, chargement, recharge et transbordement de marchandises est interdit, sauf dans les cas exceptionnels nécessités par des raisons techniques d'exploitation.

Article 472

Si des marchandises telles que bétail, véhicules, sont transportées pour des raisons spéciales sous la surveillance de convoyeurs, les prescriptions de l'article 470 seront applicables à ces personnes et à leurs bagages.

Article 473

1. — Les transports militaires, les voyages de militaires isolés, de militaires en congé, de militaires en groupe ou unités, ainsi que les transports d'unités de police de n'importe quelle nature sont exclus du transit privilégié. Le transport de matériel de guerre n'est pas autorisé.

2. — Le transport des prisonniers civils fera, dans le service privilégié de transit, l'objet d'une convention spéciale. Elle entrera en vigueur le même jour que la convention analogue qui sera conclue pour les transports désignés à l'article 98 du Traité de Paix de Versailles.

Article 474

1. — Le trafic en transit privilégié est soumis aux lois et prescriptions du pays transité qui concernent le maintien de l'ordre et de la sécurité publique, ainsi que la police sanitaire ou vétérinaire. Une interruption ou restriction de ce trafic ne pourra avoir lieu qu'en cas de nécessité ou d'urgence absolue.

2. — Si le trafic en transit privilégié doit être interrompu ou restreint comme tel par suite de l'application des lois et prescriptions visées à l'alinéa 1, il sera néanmoins maintenu comme trafic ordinaire dans les conditions dans lesquelles ce genre de trafic doit avoir lieu.

Article 475

1. — Si l'une des Parties contractantes est en guerre, le pays transité a le droit de suspendre ou de restreindre le trafic en transit privilégié.

2. — Si, conformément à la Constitution, l'état de siège est proclamé ou des mesures exceptionnelles sont prises pour une partie du territoire

gangsberechtigten Landes als auch des Durchgangslandes zur Beförderung zugelassen sind, ohne Rücksicht auf ihren Ursprung und auf die Staatsangehörigkeit des Absenders oder Empfängers in ganzen Zügen befördert.

(2) Im Durchgangslande bestehende Ein- und Ausfuhrverbote gelten nicht für den privilegierten Durchgangsverkehr; auch ist eine besondere Erlaubnis für die Ein-, Aus- oder Durchfuhr nicht erforderlich.

(3) Waren, deren Beförderung hiernach zulässig ist, dürfen im Verwaltungsweg während des Durchgangs nicht beschlagnahmt werden.

(4) Im Durchgangslande ist das Aus-, Ein-, Zu- oder Umladen verboten, sofern nicht besondere betriebstechnische Gründe eine Ausnahme erfordern.

Artikel 472

Werden Waren (Vieh, Fahrzeuge u. dgl.) aus besonderen Gründen unter Aufsicht von Begleitpersonen befördert, so finden die Vorschriften des Artikel 470 auf diese Personen und ihr Reisegepäck entsprechende Anwendung.

Artikel 473

(1) Von der Beförderung im privilegierten Durchgangsverkehr sind militärische Transporte, Militärpersonen und Militärlauber als Einzelreisende oder in geschlossenen Verbänden, ebenso Transporte geschlossener Verbände von Polizeimannschaften irgendwelcher Art ausgeschlossen. Die Beförderung von Militärgut ist unzulässig.

(2) Über die Beförderung von Zivilgefangenen im privilegierten Durchgangsverkehr wird ein besonderes Abkommen geschlossen werden. Es wird an demselben Tage in Kraft treten, wie ein gleiches Abkommen, das für den im Artikel 98 des Friedensvertrags von Versailles bezeichneten Verkehr geschlossen werden wird.

Artikel 474

(1) Der privilegierte Durchgangsverkehr unterliegt den Gesetzen und Vorschriften des Durchgangslandes über die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit und über die Gesundheits- und Veterinärpolizei. Eine Unterbrechung oder Einschränkung des privilegierten Durchgangsverkehrs darf nur im Falle der Notwendigkeit oder äußersten Dringlichkeit eintreten.

(2) Wird der privilegierte Durchgangsverkehr bei Anwendung dieser Gesetze und Vorschriften als solcher eingestellt oder eingeschränkt, so soll er als gewöhnlicher Verkehr unter entsprechender Berücksichtigung der für diesen Verkehr vereinbarten Vorschriften aufrecht erhalten werden.

Artikel 475

(1) Wird einer der vertragsschließenden Teile in einen Krieg verwickelt, so ist das Durchgangsland berechtigt, den privilegierten Durchgangsverkehr einzustellen oder einzuschränken.

(2) Wenn verfassungsmäßig der Belagerungszustand erklärt wird oder Ausnahmemaßregeln in einem vom privilegierten Durchgangsverkehr be-

plébiscité par laquelle s'opère le transit privilégié, le trafic en transit privilégié pourra être temporairement suspendu dans cette partie du territoire.

Article 476

Toute décision portant suspension ou restriction du trafic en transit privilégié doit être communiquée aux autorités compétentes de l'autre État, autant que faire se pourra, vingt-quatre heures avant son entrée en vigueur.

Article 477

Si la légitimité d'une suspension ou d'une restriction du trafic en transit privilégié en vertu des articles 474 à 476, donne lieu à une divergence de vues, le cas pourra être porté devant la Commission Mixte (voir article 499).

Article 478

1. — Dès que la Convention générale relative à la liberté du transit, prévue à l'article 379 du Traité de Paix de Versailles et conclue à Barcelone le 10 avril 1921, sera entrée en vigueur, cette convention s'appliquera également au service de transit dans le territoire plébiscité. Toutefois, en ce qui concerne le transit privilégié, les dispositions des alinéas 2 et 3 de l'article 470, ainsi que les dispositions correspondantes du Règlement d'exécution, et l'alinéa 4 de l'article 471, resteront en vigueur.

2. — En tant que le présent titre prévoit pour le trafic en transit privilégié des facilités plus grandes que la Convention de Barcelone, ce sont les dispositions du présent titre qui seront applicables.

Section II

Trains

Article 479

1. — Le nombre des trains ou parties de trains qui devront circuler journalièrement sur les lignes indiquées à l'article 469, sera fixé par les deux directions, d'un commun accord, pour chaque période d'horaire, suivant les besoins du trafic.

2. — L'établissement des horaires se fera conformément aux dispositions de l'article 416.

Article 480

1. — La traction et la conduite des trains en transit incomberont à la direction du pays transité, à moins qu'après entente elle ne les confie à la direction du pays expéditeur.

2. — Si la conduite du train s'effectue par les soins de la direction du pays expéditeur, la direction du pays transité a le droit de faire accompagner à ses frais le dit train par des agents à elle, fonctionnant comme agents de la police du chemin de fer pour le pays transité.

3. — Les questions de détail seront réglées par les deux directions d'un commun accord.

Article 481

Les prescriptions du pays transité relatives à l'exploitation et au chargement, font règle pour les trains et parties de train en transit privilégié.

rührten Teile des Abstimmungsgebietes getroffen werden, so ist das Durchgangsland berechtigt, den privilegierten Durchgangsverkehr durch diesen Gebietsteil vorübergehend einzustellen.

Artikel 476

Jede Entscheidung über die Einstellung oder Einschränkung des privilegierten Durchgangsverkehrs ist möglichst vierundzwanzig Stunden vor ihrem Inkrafttreten den zuständigen Behörden des anderen Staates mitzuteilen.

Artikel 477

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Zulässigkeit der Einstellung oder Einschränkung des privilegierten Durchgangsverkehrs auf Grund der Artikel 474 bis 476 kann die Gemischte Kommission angerufen werden (vgl. Artikel 499).

Artikel 478

(1) Sobald das in Artikel 379 des Friedensvertrags von Versailles vorgesehene und in Barcelona am 10. April 1921 abgeschlossene allgemeine Abkommen über die Freiheit des Durchgangsverkehrs in Kraft getreten ist, wird es auch Anwendung auf den Durchgangsverkehr im Abstimmungsgebiete finden. Für den privilegierten Durchgangsverkehr bleiben jedoch die Bestimmungen des Artikel 470 Abs. 2 und 3 nebst Ausführungsbestimmung sowie der Artikel 471, Abs. 4 in Kraft.

(2) Soweit dieser Titel für den privilegierten Durchgangsverkehr größere Erleichterungen vorsieht, als das allgemeine Abkommen von Barcelona, finden die Bestimmungen dieses Titels Anwendung.

Abschnitt II

Eisenbahnen

Artikel 479

(1) Die Anzahl der Züge und Zugteile, die auf den im Artikel 469 aufgeführten Strecken täglich fahren sollen, wird entsprechend dem Verkehrsbedürfnis für jede Fahrplanperiode von den beiden Direktionen vereinbart werden.

(2) Die Aufstellung der Fahrpläne erfolgt nach den Bestimmungen des Artikel 416.

Artikel 480

(1) Die Beförderung und Begleitung der Durchgangszüge liegt entweder der Direktion des Durchgangslandes oder im Einverständnis mit dieser der Direktion des Verlandes ob.

(2) Wenn die Direktion des Verlandes den Zug begleiten lässt, so ist die Direktion des Durchgangslandes berechtigt, die Züge auch durch ihre Bedienstete als Bahnpolizeibeamte für das Durchgangsland auf eigene Kosten begleiten zu lassen.

(3) Das Nähere regeln die beiden Direktionen im gegenseitigen Einvernehmen.

Artikel 481

Für die durchgehenden Züge und Zugteile gelten die Betriebs- und Ladenvorschriften des Durchgangslandes.

Article 482

Il pourra être ajouté aux trains ou parties de trains destinés au trafic en transit privilégié, des fourgons postaux, des wagons-restaurants et des wagons-lits.

Article 483

Il sera procédé à des changements d'intinéraire dans le trafic en transit privilégié lorsque des perturbations ou des difficultés dans l'exploitation l'exigeront.

Article 484

Les opérations techniques de remise et d'acceptation des véhicules faisant partie des trains en transit privilégié seront réglées par les directions.

Article 485

En cas d'accidents ou d'autres perturbations de service, chacune des directions devra porter aide à l'autre, conformément aux dispositions de l'article 425.

Article 486

1. — La question de la responsabilité en matière d'accidents est réglée par les dispositions des articles 426 et 427.

2. — Toutefois, si la traction des trains en transit s'effectue par les soins de la direction du pays expéditeur et s'il n'y a pas eu remise et acceptation du matériel roulant au point de vue technique, la responsabilité des accidents venant à se produire sur le territoire transité par suite du mauvais état de ce matériel incombera à la direction du pays expéditeur; si la cause de l'accident ne peut être déterminée, les deux directions supporteront le dommage, chacune par moitié.

Article 487

1. — Pour les communications télégraphiques et téléphoniques de service concernant le transit privilégié, et dans la mesure où les besoins de l'exploitation et du trafic le requièrent, il sera mis à la disposition exclusive de la direction qui a droit au transit, certaines des lignes de service actuelles du territoire transité, contre remboursement des frais d'entretien et d'amortissement.

2. — En cas de besoin, et moyennant indemnité, chaque direction mettra à la disposition de l'autre, pour l'installation de nouvelles lignes télégraphiques et téléphoniques, la place nécessaire sur les poteaux existants, dans la mesure où de la place est disponible et ne lui est pas nécessaire à elle-même.

3. — Les deux directions prendront entre elles des arrangements spéciaux à ce sujet.

4. — Les lignes téléphoniques et télégraphiques pourront être utilisées par la poste, la douane et la police, lorsqu'il s'agira du service du chemin de fer. Les télégrammes et conversations téléphoniques de service sont exempts de taxes.

*Section III**Douanes**Article 488*

Le trafic en transit privilégié sera soumis à la surveillance de la douane dans le pays transité.

Article 482

In den für den privilegierten Durchgangsverkehr bestimmten Zügen oder Zugteilen können Post-, Speise- und Schlafwagen durchgeführt werden.

Article 483

Falls Betriebsstörungen oder Betriebsschwierigkeiten es erfordern, werden im privilegierten Durchgangsverkehr Umleitungen vorgenommen werden.

Article 484

Die Direktionen werden die technische Übergabe und Übernahme der Wagen in den für den privilegierten Durchgangsverkehr gefahrenen Zügen regeln.

Article 485

Bei Unfällen und sonstigen Betriebsstörungen werden sich die beiden Direktionen nach den Bestimmungen des Artikel 425 gegenseitig helfen.

Article 486

(1) Die Haftung richtet sich nach den in den Artikeln 426 und 427 getroffenen Bestimmungen.

(2) Wenn jedoch die Beförderung der Durchgangszüge durch die Direktion des Verlandes erfolgt und wenn keine technische Übergabe und Übernahme der Fahrzeuge stattfindet, so haftet die Direktion des Verlandes für die durch den schlechten Zustand dieser Fahrzeuge innerhalb des Durchgangslandes entstandenen Unfälle. Kann die Ursache nicht aufgeklärt werden, so tragen die beiden Direktionen den Schaden je zur Hälfte.

Article 487

(1) Für dienstliche Telegramme und Ferngespräche im privilegierten Durchgangsverkehr werden nach den Bedürfnissen des Betriebs und Verkehrs von den im Durchgangslande vorhandenen Eisenbahn-telegraphen- und Fernsprechleitungen der Direktion des Verlandes besondere Leitungen zum ausschließlichen Gebrauche gegen Vergütung der Unterhaltsungs- und Tilgungskosten zur Verfügung gestellt.

(2) Zur Einrichtung neuer Telegraphen- und Fernsprechleitungen stellt jede Direktion der anderen im Bedarfsfalle gegen Entschädigung Plätze am vorhandenen Bahngestänge, soweit sie frei und für eigene Zwecke nicht erforderlich sind, zur Verfügung.

(3) Die beiden Direktionen werden hierüber besondere Vereinbarungen treffen.

(4) Die Telegraphen- und Telephonleitungen dürfen von den Post-, Zoll- und Polizeibehörden benutzt werden, insoweit die Benutzung mit dem Eisenbahndienst im Zusammenhang steht. Dienstliche Telegramme und dienstliche Ferngespräche sind gebührenfrei.

*Abschnitt III**Zollwesen**Article 488*

Der privilegierte Durchgangsverkehr wird im Durchgangslande unter Zollaufsicht genommen.

Article 489

1. — Les trains ou parties de trains mentionnés aux articles 470 et 471 pourront être convoyés par des agents de la douane du pays transité. Les frais de convoiement sont à la charge du pays expéditeur, conformément au Règlement d'exécution.

2. — Le convoiement se fera, en principe, sur le réseau polonais par les agents de la douane polonoise et sur le réseau allemand par les agents de la douane allemande. Toutefois, le pays expéditeur peut faire convoyer à ses frais, par ses propres agents, les trains en transit, même dans le pays transité.

Article 490

Les voyageurs et les bagages sont exempts, en transit privilégié, de tous droits de douane et autres droits analogues, sauf le remboursement de débours. Il en est de même des marchandises en transit privilégié, y compris celles transportées dans les fourgons postaux.

Article 491

Les wagons ou les marchandises pourront être plombés par la douane. Aucune autre manipulation douanière ne pourra avoir lieu.

Article 492

Les prescriptions douanières concernant les voyageurs s'appliqueront aux agents convoyeurs du pays expéditeur.

Article 493

Pour toutes les questions concernant le trafic en transit privilégié, les autorités douanières des Parties contractantes se prêteront, sur requête, assistance mutuelle, en se fournissant des renseignements ou en procédant à des enquêtes. La correspondance se fera directement entre les autorités compétentes.

Section IV**Passeports****Article 494**

Le pays transité n'exigera des voyageurs transportés en transit privilégié ni passeports, ni permis de circulation ni autres pièces quelconques d'identité.

Article 495

1. — Les agents du chemin de fer et de la douane en service dans le trafic en transit privilégié, recevront de l'autorité dont ils dépendent, une carte d'identité, établie d'après le modèle convenu dans le Règlement d'exécution. Cette carte tiendra lieu de passeport, de permis de circulation, ou de toute autre pièce d'identité.

2. — En activité de service ils seront en uniforme, ou porteront un insigne de service visible.

3. — Les dispositions des alinéas 1 et 2 s'appliqueront également aux employés postaux et agents de surveillance appelés, le cas échéant, à accomplir un service dans le trafic en transit privilégié.

Artikel 489

(1) Die in den Artikeln 470 und 471 genannten Züge oder Zugteile können durch Zollbeamte des Durchgangslandes begleitet werden. Die Kosten der Begleitung trägt das Versandland gemäß den Ausführungsbestimmungen.

(2) Die Begleitung erfolgt grundsätzlich auf dem polnischen Eisenbahnnetze durch die polnischen, und auf dem deutschen Eisenbahnnetze durch die deutschen Zollbeamten. Indessen ist das Versandland berechtigt, die Durchgangszüge auch im Durchgangsland auf seine Kosten durch seine eigenen Beamten begleiten zu lassen.

Artikel 490

Die Personen und ihr Gepäck bleiben im privilegierten Durchgangsverkehr von allen Zoll- und ähnlichen Abgaben frei mit Ausnahme von barem Auslagen; das gleiche gilt für die Güter einschließlich der in den Postwagen beförderten.

Artikel 491

Wagen oder Güter können unter Zollverschluß genommen werden. Eine weitere Zollbehandlung findet nicht statt.

Artikel 492

Auf Begleitbeamte des Versandlandes finden die für die Reisenden geltenden Zollbestimmungen Anwendung.

Artikel 493

Die Zollbehörden der vertragsschließenden Teile werden sich in allen, den privilegierten Durchgangsverkehr betreffenden Fragen durch Erteilung von Auskünften und Vornahme von Ermittlungen auf Ersuchen des anderen Teiles gegenseitig unterstützen. Der hieraus entstehende Schriftverkehr findet unmittelbar zwischen den Direktivbehörden statt.

Abschnitt IV**Pässe****Artikel 494**

Das Durchgangsland wird von den im privilegierten Durchgangsverkehr beförderten Reisenden weder Pässe, Verkehrskarten noch sonstige Personenausweise verlangen.

Artikel 495

(1) Die im privilegierten Durchgangsverkehr dienstlich verwendeten Eisenbahn- und Zollbeamten erhalten von ihrer vorgesetzten Behörde nach dem in den Ausführungsbestimmungen enthaltenen Muster Ausweise in deutscher und polnischer Sprache, die als Ersatz für Pässe, Verkehrskarten und sonst vorgesehene Personenausweise gelten.

(2) Sie haben den Dienst in Uniform oder mit einem sichtbar zu tragenden Dienstabzeichen versehen wahrzunehmen.

(3) Die Vorschriften der Abs. 1 und 2 finden auf etwa im privilegierten Durchgangsverkehr dienstlich verwendete Post- und Überwachungsbeamte entsprechende Anwendung.

Article 496

1. — Les employés privés des wagons-restaurants et wagons-lits devront être pourvus de cartes d'identité, délivrées par la police locale du lieu de leur domicile. Ces cartes porteront les noms, prénoms, domicile, nationalité de l'employé et en outre sa signature et sa photographie. Cette dernière devra être munie du timbre officiel. Les cartes porteront également le timbre et la signature de l'autorité qui les a délivrées, et une attestation de l'administration du chemin de fer, indiquant le genre de travail accompli par l'employé dans le service des wagons-restaurants et des wagons-lits.

2. — Le visa du pays transité ne sera pas exigé.

Article 497

Les dispositions de l'article 496 sont applicables aux convoyeurs non officiels de transports de marchandises telles que bétail et véhicules. Ces personnes s'annonceront au bureau frontière d'entrée et au bureau frontière de sortie, pour que le passage de la frontière soit noté sur leur carte d'identité.

*Section V**Disposition Commune**Article 498*

Sauf stipulation contraire du présent titre, les agents convoyeurs de toute espèce désignés par le pays transité, n'auront d'autres attributions que de veiller à l'observation des prescriptions contenues dans le présent chapitre ou dans les dispositions correspondantes du Règlement d'exécution.

*Chapitre IV
Voies de recours**Article 499*

Sur demande du Gouvernement allemand ou du Gouvernement polonais, la Commission mixte se prononcera :

- 1° sur les requêtes contre les décisions de l'arbitre mentionné à l'article 401;
- 2° sur les différends pouvant s'élever sur les questions relatives aux chemins de fer d'intérêt local et tramways nécessitant un règlement commun (article 462);
- 3° sur les divergences concernant la légitimité d'une suspension ou d'une restriction du trafic en transit privilégié (article 477).

*Chapitre V
Disposition finale**Article 500*

Les deux Gouvernements sont autorisés à changer en tout temps, d'un commun accord, les dispositions contenues dans le Règlement d'exécution annexé au présent titre.

Artikel 496

(1) Die Privatangestellten der Speise- und Schlafwagen müssen mit Ausweisen der für ihren Wohnsitz zuständigen Ortspolizeibehörde versehen sein. Diese Ausweise müssen Vor- und Zuname, Wohnort, Staatsangehörigkeit, Unterschrift und amtlich abgestempeltes Lichtbild des Inhabers, Siegel und Unterschrift der ausstellenden Behörde enthalten sowie mit einer Bescheinigung der Eisenbahndirektion über die Art der Beschäftigung des Angestellten im Dienste der Speise- und Schlafwagen versehen sein.

(2) Ein Visum des Durchgangslandes wird nicht verlangt.

Artikel 497

Die Bestimmungen des Artikel 496 finden auch auf private Begleiter von Warentransporten (Wieh., Fahrzeugen u. dgl.) Anwendung. Diese Personen müssen sich bei der Grenzeingangs- und der Grenzausgangsstelle melden, damit auf ihren Ausweis ein Vermerk über den Grenzübergang gemacht werden kann.

*Abschnitt V
Gemeinsame Bestimmungen**Artikel 498*

Soweit nicht in diesem Titel ein anderes verordnet worden ist, beschränken sich die Befugnisse der vom Durchgangslande gestellten Begleitbeamten jeder Art darauf, die Einhaltung der im Kapitel III dieses Abschnittes oder in den Ausführungsbestimmungen enthaltenen Vorschriften zu überwachen.

*Kapitel IV
Rechtsmittel**Artikel 499*

Die Gemischte Kommission ist auf Anregung der deutschen oder polnischen Regierung für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. für Beschwerden gegen die Entscheidung des Obmanns des Oberkomitees (Artikel 401);
2. für die der einheitlichen Regelung bedürfenden Fragen des Kleinbahn- und Straßenbahnverkehrs (Artikel 462);
3. für Streitigkeiten über die Zulässigkeit der Einschränkung oder Einstellung des privilegierten Durchgangsverkehrs (Artikel 477).

*Kapitel V
Schlußbestimmung**Artikel 500*

Die beiden Regierungen können im gegenseitigen Einvernehmen die Bestimmungen, die in den diesem Titel als Anhang beigefügten Ausführungsbestimmungen enthalten sind, jederzeit ändern.

Annexe au Titre VIII

Règlement d'exécution

ad article 400

Le Comité supérieur se servira de la langue allemande dans ses relations avec la direction des chemins de fer de la partie allemande du territoire plébiscité. Il se servira de la langue polonaise dans ses relations avec la direction des chemins de fer de la partie polonaise du territoire plébiscité. Dans ses relations avec les particuliers, il emploiera la langue officielle du pays dans lequel le particulier a son domicile. Dans leurs relations avec le Comité supérieur, les particuliers ont le droit de se servir de l'une ou de l'autre langue. Les réponses aux requêtes des particuliers se feront dans la langue de la requête.

ad article 405

1. — Les budgets se divisent en:
 - 1^o budgets ordinaires, comprenant les recettes et les dépenses d'exploitation;
 - 2^o budgets extraordinaires qui, dans les dépenses, comprennent tous les accroissements matériels concernant les constructions, les installations mécaniques et les véhicules.
2. — Les recettes et dépenses ordinaires sont budgétées et comptabilisées d'après les schémas de comptabilité allemande présents ou à venir, les recettes et dépenses extraordinaires, d'après les prescriptions du pays intéressé, et en observant la disposition de l'alinea 1, chiffre 2^o, ci-dessus.
3. — Les budgets sont approuvés par le Gouvernement compétent et les comptes vérifiés par institutions de contrôle compétentes.

ad article 409

1. — Entre la frontière du pays et la gare frontière de jonction, le service d'exploitation se fera dans la langue et d'après les prescriptions de la direction qui a charge du service des trains.

2. — Si le personnel des trains de la direction allemande doit, en dérogation aux dispositions de l'article 419, et pour des raisons d'exploitation, dépasser les gares frontières de jonction situées sur le territoire polonais, les prescriptions allemandes actuellement en vigueur conserveront leur validité sur les tronçons desservis par le personnel allemand, à savoir : le règlement sur la construction et l'exploitation des chemins de fer, le règlement des signaux, les instructions pour le service des trains, les prescriptions pour les appareils de block et d'enclenchement, et les prescriptions relatives à la superstructure, en tant que ces règlements et prescriptions concernent le service de l'exploitation. Les modifications qui pourraient y être apportées seront communiquées à la direction allemande par la direction polonaise. De même, la direction allemande informera la direction polonaise des modifications apportées aux règlements et aux prescriptions actuels en tant que le personnel polonais devra dépasser sur les lignes allemandes les gares frontières de jonction.

Anhang zu Titel VIII

Ausführungsbestimmungen

Zu Artikel 400

Das Oberkomitee verkehrt mit der Eisenbahndirektion im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets in der deutschen, mit der Eisenbahndirektion im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets in der polnischen Sprache. Im Verfahre mit Privatparteien ist die Amtssprache des Landes maßgebend, in dem die Privatpartei ihren Wohnsitz hat. Für den Verkehr der Privatparteien mit dem Oberkomitee sind beide Sprachen gleichberechtigt. Parteieingaben sind in der Sprache der Eingabe zu beantworten.

Zu Artikel 405

1) Die Haushalte zerfallen in:

1. ordentliche, umfassend die Betriebseinnahmen und -ausgaben;
2. außerordentliche, in denen unter den Ausgaben alle Substanzvermehrungen an Bauten, maschinen Anlagen und Fahrzeugen aufgeführt werden.

(2) Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben werden nach dem jeweiligen deutschen Buchungsschema, die außerordentlichen nach den Landesvorrichtungen unter Berücksichtigung der Bestimmung unter Absatz (1) Ziffer 2 veranschlagt und verrechnet.

(3) Die Haushalte werden durch die zuständige Regierung genehmigt und die Rechnungen durch deren Kontrollinstanz geprüft.

Zu Artikel 409

(1) Zwischen der Landesgrenze und dem Grenzübergangsbahnhofe vollzieht sich der Betriebsdienst in der Sprache und nach den Vorschriften der fahrdienstleistenden Direktion.

(2) Sofern Zugpersonal der deutschen Direktion abweichend von den Bestimmungen des Artikel 419 aus Gründen des Betriebs über die auf polnischem Gebiete gelegenen Grenzübergangsbahnhöfe hinausfahren muß, werden die gegenwärtig geltenden deutschen Vorschriften, und zwar die Eisenbahnbau- und Betriebsordnung, die Signalordnung, die Fahrdienstvorschriften, die Block- und Stellwerksvorschriften und die Oberbauvorschriften, soweit sie für den Betriebsdienst maßgebend sind, ihre Gültigkeit auf den vom deutschen Personale befahrenen Strecken behalten. Etwaige Abänderungen wird die polnische Direktion der deutschen Direktion mitteilen. Ebenso wird die deutsche Direktion der polnischen Direktion Änderungen der bestehenden Vorschriften mitteilen, sofern polnisches Personal über die Grenzübergangsbahnhöfe hinaus auf deutschen Strecken fährt.

3. — Tenant compte des circonstances, le Gouvernement polonais accepte que, pendant une période transitoire qui ne pourra excéder trois ans à dater du jour du transfert de la souveraineté, et en dérogation à la disposition de l'alinéa 1 ci-dessus, le service d'exploitation y mentionné se fasse en allemand de part et d'autre. Pendant ce délai, la direction polonaise n'emploiera, pour le trafic frontière, que du personnel sachant l'allemand. Les directions s'entendront, pour chaque tronçon frontière de jonction, sur la date à laquelle la disposition relative à la langue et figurant à l'alinéa 1 entrera en vigueur.

4. — Si, conformément à l'alinéa 2, du personnel allemand doit être employé sur les lignes polonaises au delà des gares frontières de jonction, on se servira de la langue allemande dans les relations avec ce personnel.

5. — Dans leurs rapports entre eux, les chefs d'exploitation, les agents supérieurs du mouvement et les agents locaux du mouvement des deux directions utiliseront la langue allemande.

ad article 411

1. — Sur les lignes indiquées sous e) et g), il n'y aura qu'un trafic par trains de marchandises, et sur la ligne indiquée sous i), qu'un trafic par trains de voyageurs.

2. — Sont désignées comme gares frontières de jonction pour les lignes:

- a) la gare d'Annaberg,
- b) la gare de Sumin,
- c) et d) la gare de Sosnitza,
- e) la gare de Wolfgangweiche,
- f) la gare de Hindenburg,
- g) h) et i) la gare de Chebzie (Morgenroth),
- k) la gare de Beuthen Hauptbahnhof,
- l) et m) la gare de Beuthen West,
- n) la gare de Karf,
- o) la gare de Tarnowskie Góry (Tarnowitz),
- p) et q) la gare de Lubliniec.

ad article 414

Chaque direction informera l'autre à temps des travaux qu'elle projette sur les lignes frontières de jonction et qui pourraient avoir une influence sur l'exploitation.

ad article 415

Les deux directions se tiendront mutuellement au courant de la situation de l'exploitation sur leurs réseaux et se prêteront assistance par des mesures qu'elles prendront de commun accord dans chaque cas particulier. Dans le but de régler l'exploitation sur les lignes de jonction, il sera institué une inspection principale du mouvement auprès de chaque direction ainsi que des inspections du mouvement à Gleiwitz et à Beuthen auxquelles pourront être adjoints des fonctionnaires de la direction polonaise pour l'exploitation autonome des lignes limitrophes de la Haute Silésie polonaise. Les directions édicteront des instructions de service communes aux deux réseaux pour les inspections principales et pour les inspections du mouvement.

(3) Die polnische Regierung erklärt sich mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse damit einverstanden, daß, abweichend von der Bestimmung des Abs. (1), der darin bezeichnete Betriebsdienst während einer Übergangszeit, die drei Jahre, vom Tage des Übergangs der Staatshoheit gerechnet, nicht überschreiten soll, beiderseits in der deutschen Sprache ausgeübt wird. Während dieses Zeitraums wird die polnische Direktion im Grenzübergangsverkehr nur Personal verwenden, das der deutschen Sprache mächtig ist. Den Zeitpunkt, von dem ab die im Abs. (1) festgesetzte Bestimmung über die Sprache in Kraft treten soll, werden die Direktionen für jede einzelne Grenzübergangsstrecke besonders vereinbaren.

(4) Wenn gemäß Abs. (2) deutsches Personal über die Grenzübergangsbahnhöfe hinaus auf polnischen Linien verwendet werden muß, wird mit diesem Personal in deutscher Sprache verkehrt werden.

(5) Im Verkehr unter sich werden die Betriebsdezernenten, die Oberzug- und Zugleitungen der beiden Direktionen die deutsche Sprache anwenden.

Zu Artikel 411

(1) Auf den unter e) und g) aufgeführten Strecken findet nur Güterzugverkehr, auf der Strecke unter i) nur Personenverkehr statt.

(2) Als Grenzübergangsbahnhöfe werden bestimmt für die Strecken zu:

- a) der Bahnhof Annaberg,
- b) der Bahnhof Summin,
- c) und d) der Bahnhof Sosnitza,
- e) der Bahnhof Wolfgangweiche,
- f) der Bahnhof Hindenburg,
- g), h) und i) der Bahnhof Morgenroth,
- k) der Bahnhof Beuthen Hauptbahnhof,
- l) und m) der Bahnhof Beuthen-West,
- n) der Bahnhof Karf,
- o) der Bahnhof Tarnowitz,
- p) und q) der Bahnhof Lubliniec.

Zu Artikel 414

Wenn eine Direktion beabsichtigt, auf den Grenzübergangsstrecken Bauten auszuführen, die den Betrieb beeinflussen könnten, so wird sie der anderen Direktion hiervon rechtzeitig Mitteilung machen.

Zu Artikel 415

Die beiden Direktionen werden sich über die jeweilige Betriebslage auf ihren Eisenbahnnetzen ständig unterrichten und sich von Fall zu Fall durch besonders zu vereinbarende Maßnahmen unterstützen. Um den Betrieb auf den Übergangsstrecken zu regeln, werden eine Oberzugleitung bei jeder Direktion und Zugleitungen in Gleiwitz und Beuthen eingerichtet, denen Beamte der polnischen Direktion für die selbständige Betriebsabwicklung auf den angrenzenden polnisch-oberlausitzischen Strecken zugewiesen werden können. Die Direktionen werden gemeinsame Dienstanweisungen für die Oberzug- und Zugleitungen erlassen.

ad article 416

1. — Les arrêts pour la visite douanière et le contrôle des passeports dans les gares pourvues de bureaux de douane et de bureaux de passeports indiqués à l'article 428, devront être aussi courts que possible. Pour les trains de voyageurs principalement destinés aux ouvriers et employés, l'arrêt sera de 15 à 20 minutes au plus ; pour les autres trains de voyageurs, l'arrêt sera de 30 minutes au plus. Lors de l'établissement des horaires des trains de voyageurs, il faudra, autant que possible, combiner les correspondances dans les gare de jonction.

2. — Pour les trains de marchandises à destination dès au delà des gares frontières de jonction, des arrêts seront de 60 minutes au plus.

ad article 418

1 — Afin de simplifier le service dans les gares frontières de jonction et dans les gares pourvues d'un bureau de douane, et afin d'accélérer le service de la douane, on formera des trains séparés pour les marchandises franches de douane et pour les marchandises soumises à la douane. Toutefois, si la quantité de marchandises n'est pas suffisante, il ne sera formé qu'un seul train comprenant deux parties distinctes. Ces trains seront remis à la direction voisine dans les gares frontières de jonction.

2. — Les modifications nécessaires seront arrêtées d'un commun accord par les deux directions.

ad article 419

Tant que les gares frontières de jonction ne seront pas aménagées pour le changement des locomotives et du personnel, les directions s'entendront au sujet de leurs prestations pour assurer le service des trains qui dépassent ces gares frontières de jonction.

ad article 420

1. — Les directions concluront des accords spéciaux pour la jouissance en commun de chaque gare frontière de jonction et pour assurer le service du personnel dans ces gares, le tout d'après les indications générales du présent titre.

2. — Pour l'exécution du service des gares dans les gares frontières de jonction, chaque direction établira des règlements de service applicables aux gares de son réseau. En tant qu'il s'agit de service commun, les deux directions devront s'entendre pour l'établissement des dits règlements.

ad article 421

A chaque nouvelle période d'horaire, les directions se concerteront pour préparer les mesures générales propres à assurer les changements d'itinéraires.

Zu Artikel 416

(1) Die Aufenthaltszeiten für die Zollrevision und die Passkontrolle auf den im Artikel 428 aufgeführten Bahnhöfen sollen möglichst kurz bemessen sein. Für Personenzüge, die hauptsächlich dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienen, soll der Aufenthalt höchstens 15 bis 20 Minuten, für die übrigen dem Personenverkehr dienenden Züge höchstens 30 Minuten betragen. Bei der Aufstellung der Personenzugfahrpläne sind nach Möglichkeit Zuganschlüsse auf den Eisenbahnknotenpunkten vorzusehen.

(2) Für die über die Grenzübergangsbahnhöfe hinausfahrenden Güterzüge sollen die Aufenthaltszeiten höchstens 60 Minuten betragen.

Zu Artikel 418

(1) Zur Vereinfachung des Betriebsdienstes auf den Grenzübergangs- und Zollbahnhöfen und zur Beschleunigung des Zolldienstes sollen besondere Züge mit zollfreien und solche mit zollpflichtigen Gütern gebildet werden. Sind hierfür nicht genügend Güter vorhanden, so werden Züge gebildet, die beide Arten von Gütern nach Gruppen getrennt enthalten und so auf den Grenzübergangsbahnhöfen der Nachbardirektion übergeben werden.

(2) Etwa notwendige Änderungen werden die beiden Direktionen im gegenseitigen Einvernehmen vornehmen.

Zu Artikel 419

Solang die Grenzübergangsbahnhöfe für den Lokomotiv- und Personalwechsel nicht eingerichtet sind, werden die Direktionen Vereinbarungen über Fahrdienstleistungen über die Grenzübergangsbahnhöfe hinaus treffen.

Zu Artikel 420

(1) Über die Mitbenutzung jedes Grenzübergangsbahnhofs und die Bereitstellung von Personal für den Dienst auf diesen Bahnhöfen werden die Direktionen besondere Vereinbarungen nach den in diesem Abschnitte gegebenen Richtlinien treffen.

(2) Zur Regelung des Bahnhofsdienstes auf den Grenzübergangsbahnhöfen wird jede Direktion Dienstordnungen für die Bahnhöfe ihres Eisenbahnnetzes aufstellen. Soweit es sich um den gemeinschaftlichen Dienst handelt, werden sich die beiden Direktionen über die Aufstellung der Dienstordnungen verständigen.

Zu Artikel 421

Die Direktionen werden für jede Fahrplanperiode vereinbaren, welche allgemeinen Maßnahmen für Umleitungen vorzubereiten sind.

ad article 423

Les deux directions veilleront à ce que la remise et l'acceptation des véhicules et marchandises des trains continuant leur marche dans l'autre pays s'exécutent pendant les arrêts prévus à l'horaire et n'apportent aucune perturbation à l'exploitation.

ad article 425

Les deux directions détermineront pour chaque réseau les limites régionales dans lesquelles elles se prêteront assistance réciproque, et établiront un règlement sur les secours qu'elles se devront en cas d'arrêts de trains occasionnés par avaries de locomotives de traction.

ad article 429

1. — Les cartes d'identité, destinées aux agents en service dans le trafic d'un territoire à l'autre et dans les gares de l'autre direction, seront établies selon les modèles suivants :

a) pour le personnel des trains et le personnel de surveillance.

10,5 cm	(trajen en couleurs)	16 cm
	Valable jusqu'au 19..	
	Carte d'identité n°	
	M. (nom et fonction de l'agent)	
	est en service officiel dans le trafic d'un territoire à l'autre sur les Chemins de fer de la Haute Silésie,	
	ligne de	
 le 19..	
	Service	
	Signature du fonctionnaire qui a établi la carte:	
10,5 cm		Gültig bis zum 192.. Ważny do
		Ausweis (Wykaz) Nr.....
		Der (Name und Dienststellung)
		P. (nazwisko i stanowisko służbowe)
		ist im Übergangsverkehr auf den Oberschlesischen Eisenbahnen amtlich tätig
		jest zajęty służbowo w kolejowym ruchu górnospiskim sąsiedzkim
		auf der Strecke von na przestrzeni — niach
	, den 192.. dnia
		Unterschrift des Inhabers Podpis posiadacza
		Dienststelle: Urząd
		Unterschrift des ausstellenden Beamten: Podpis urzędnika wystawiającego.

b) pour le personnel des gares.

10,5 cm	(trajen en couleurs)	16 cm
	Valable jusqu'au 19..	
	Carte d'identité n°	
	M. (nom et fonction de l'agent).	
	est en qualité de	
	ce service officiel	
	à la gare de	
, le 19..	
	Service	
	Signature du fonctionnaire qui a établi la carte:	
10,5 cm		Gültig bis zum 192.. Ważny do
		Ausweis (Wykaz) Nr.....
		Der (Name und Dienststellung)
		P. (nazwisko i stanowisko służbowe)
		ist in der Eigenschaft als
		jest zajęty służbowo jako
		auf dem Bahnhof
		na dworcu
	, den 192.. dnia
		Unterschrift des Inhabers Podpis posiadacza
		Dienststelle: Urząd
		Unterschrift des ausstellenden Beamten: Podpis urzędnika wystawiającego.

Zu Artikel 423

Die beiden Direktionen werden Vorsorge treffen, daß bei durchgehenden Zügen die Übergabe und Übernahme der Wagen und Güter innerhalb der im Fahrplane vorgesehenen Aufenthaltszeiten erfolgt, damit der Betrieb keinerlei Störungen erleidet.

Zu Artikel 425

Die beiden Direktionen werden für jedes Eisenbahnnetz die Grenzen der Bezirke vereinbaren, innerhalb deren sie sich gegenseitig Hilfe leisten, und hierbei Bestimmungen über Hilfeleistung treffen, falls Züge infolge Beschädigung von Zuglokomotiven liegen bleiben.

Zu Artikel 429

(1) Die Ausweise für die Bediensteten, die im Übergangsverkehr und auf den Bahnhöfen der anderen Direktionen dienstlich tätig sind, werden nach folgendem Muster ausgestellt:

a) für das Zug- und Überwachungspersonal:

10,5 cm	(trajen en couleurs)	16 cm
	Valable jusqu'au 19..	
	Carte d'identité n°	
	M. (nom et fonction de l'agent)	
	est en service officiel dans le trafic d'un territoire à l'autre sur les Chemins de fer de la Haute Silésie,	
	ligne de	
 le 19..	
	Service	
	Signature du fonctionnaire qui a établi la carte:	
10,5 cm		Gültig bis zum 192.. Ważny do
		Ausweis (Wykaz) Nr.....
		Der (Name und Dienststellung)
		P. (nazwisko i stanowisko służbowe)
		ist im Übergangsverkehr auf den Oberschlesischen Eisenbahnen amtlich tätig
		jest zajęty służbowo w kolejowym ruchu górnospiskim sąsiedzkim
		auf der Strecke von na przestrzeni — niach
	, den 192.. dnia
		Unterschrift des Inhabers Podpis posiadacza
		Dienststelle: Urząd
		Unterschrift des ausstellenden Beamten: Podpis urzędnika wystawiającego.

b) für das stationäre Personal:

10,5 cm	(trajen en couleurs)	16 cm
	Valable jusqu'au 19..	
	Carte d'identité n°	
	M. (nom et fonction de l'agent)	
	est en qualité de	
	ce service officiel	
	à la gare de	
, le 19..	
	Service	
	Signature du fonctionnaire qui a établi la carte:	
10,5 cm		Gültig bis zum 192.. Ważny do
		Ausweis (Wykaz) Nr.....
		Der (Name und Dienststellung)
		P. (nazwisko i stanowisko służbowe)
		ist in der Eigenschaft als
		jest zajęty służbowo jako
		auf dem Bahnhof
		na dworcu
	, den 192.. dnia
		Unterschrift des Inhabers Podpis posiadacza
		Dienststelle: Urząd
		Unterschrift des ausstellenden Beamten: Podpis urzędnika wystawiającego.

au verso de a) et b).

AVIS

Cette carte d'identité doit être rendue au service qui l'a établie, dès que le porteur n'exerce plus les fonctions y indiquées, et, en tout cas, à l'expiration de la durée de sa validité.

Auf der Rückseite zu a und b:

Zur Beachtung!

Der Ausweis ist der Dienststelle, die ihn ausgestellt hat, zurückzugeben, sobald der Ausweishaber nicht mehr in dem angegebenen Dienste verwendet wird, jedenfalls jedoch mit Ablauf der Gültigkeitsdauer der Ausweise.

Uwaga!

Wykaz należy zwrócić urzędowi, który go wydał, gdy posiadacz jego już nie jest zajęty w wymienionej służbie, a w każdym razie po upływie terminu ważności wykazu.

2. — Pour les agents allemands, les cartes d'identité seront établies en allemand et en polonais et munies des couleurs de l'Etat allemand. Pour les agents polonais, elles seront établies en polonais et en allemand et munies des couleurs de la Pologne.

3. — Les cartes d'identité sous a) seront en papier brun clair et les cartes d'identité sous b) en papier gris

ad article 431

§ 1

Les dispositions du présent Règlement d'exécution relatives aux articles 414, 423, 425 et 429, s'appliquent aussi aux chemins de fer à voie étroite.

§ 2

ad article 409

1. — Entre la frontière du pays et la gare frontière de jonction, le service de l'exploitation se fera dans la langue et d'après les prescriptions de la direction qui a charge du service des trains.

2. — Si le personnel des trains de la direction allemande doit, en dérogation à l'article 419, et pour des raisons d'exploitation, dépasser les gares frontières de jonction situées sur le territoire polonais, les prescriptions allemandes sur les chemins de fer à voie étroite actuellement en vigueur conserveront leur validité sur les tronçons desservis par le personnel allemand, à savoir : les dispositions y relatives des règlements et prescriptions sur la construction et l'exploitation des chemins de fer, les signaux, le service des trains, les appareils de block et d'enclenchement et la superstructure, en tant que ces règlements et prescriptions concernent le service de l'exploitation. Les modifications qui pourraient y être apportées, seront communiquées à la direction allemande par la direction polonaise. De même, la direction allemande informera la direction polonaise des modifications apportées aux règlements et prescriptions actuels, en tant que le personnel polonais devra dépasser sur les lignes allemandes les gares frontières de jonction.

3. — Tenant compte des circonstances, le Gouvernement polonais accepte que, pendant une période transitoire qui ne pourra excéder trois ans, à dater du jour du transfert de la souveraineté et en dérogation à la disposition de l'alinéa 1 ci-dessus, le service d'exploitation y mentionné se fasse en allemand de part et d'autre.

(2) Für die deutschen Bediensteten werden die Ausweise in deutscher und polnischer Sprache und versehen mit einem Farbbeande der deutschen Reichsfarben, für die polnischen Bediensteten in polnischer und deutscher Sprache und versehen mit einem Farbbeande der polnischen Landessfarben ausgestellt.

(3) Die Ausweise zu a) sind aus hellbraunem Papier, die Ausweise zu b) aus grauem Papier herzustellen.

Zu Artikel 431

§ 1

Die Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 414, 423, 425 und 429 gelten auch für die Schmalspurbahnen.

§ 2

Zu Artikel 409

(1) Zwischen der Landesgrenze und dem Grenzübergangsbahnhofe vollzieht sich der Betriebsdienst in der Sprache und nach den Vorschriften der fahrdienstleistenden Direktion.

(2) Sofern Zugpersonal der deutschen Direktion abweichend von den Bestimmungen des Artikels 419 aus Gründen des Betriebs über die auf polnischem Gebiete gelegenen Grenzübergangsbahnhöfe hinausfahren muß, werden die für die Schmalspurbahn gegenwärtig geltenden Bestimmungen der Eisenbahnbau- und -betriebsordnung, der Signalordnung, der Fahrdienstvorschriften, der Block- und Stellwerksvorschriften und der Oberbauvorschriften, soweit sie für den Betriebsdienst maßgebend sind, ihre Gültigkeit auf den vom deutschen Personale befahrenen Strecken behalten. Etwaige Änderungen wird die polnische Direktion der deutschen Direktion mitteilen. Ebenso wird die deutsche Direktion der polnischen Direktion Änderungen der bestehenden Vorschriften mitteilen, sofern polnisches Personal über die Grenzübergangsbahnhöfe auf deutschen Strecken hinausfährt.

(3) Die polnische Regierung erklärt sich mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse damit einverstanden, daß abweichend von der Bestimmung des Abs. 1 der Übergangsdienst während einer Übergangszeit, die drei Jahre, vom Tage des Übergangs der Staatshoheit gerechnet, nicht überschreiten soll, beiderseits in der deutschen Sprache ausgeübt wird.

Pendant ce délai, la direction polonaise n'emploiera pour le trafic frontière que du personnel sachant l'allemand. Les directions s'entendront sur la date à laquelle la disposition relative à la langue et figurant à l'alinéa 1, entrera en vigueur pour chaque tronçon frontière de jonction.

4. — Si, conformément à l'alinéa 2, du personnel allemand doit être employé sur les lignes polonaises au delà des gares frontières de jonction, on se servira de la langue allemande dans les relations avec ce personnel.

5. — Tant que l'administration allemande effectuera le service des trains sur la ligne polonaise Frontière-Szarlej Wapiennik (Scharley Kalkofen) et embranchements, la langue et les prescriptions allemandes feront règle sur cette ligne.

6. — Dans leurs rapports entre eux les chefs d'exploitation et les bureaux compétents des deux directions utiliseront la langue allemande.

§ 3

ad article 415

Les deux directions se tiendront mutuellement au courant de la situation de l'exploitation et du trafic sur leurs réseaux et se prêteront assistance par des mesures qu'elles prendront de commun accord dans chaque cas particulier. Les services compétents de part et d'autre, ainsi que l'inspection du mouvement qui sera créée à Rossberg et à laquelle seront adjoints des fonctionnaires de la direction polonaise pour l'exploitation et le trafic autonome sur les lignes limitrophes de la Haute Silésie polonaise, auront pour tâche de régler l'exploitation et le trafic sur les lignes de jonction. Les directions édicteront, pour cette inspection, des instructions de service communes.

§ 4

ad article 416

Les arrêts pour la visite douanière dans les gares pourvues d'un bureau de douane et indiquées à l'article 434 devront être aussi courts que possible. Chacune des deux administrations de douane ne pourra employer plus de 10 minutes à sa visite douanière.

§ 5

ad article 419

1. — Tant que les gares frontières de jonction ne seront pas aménagées pour le changement des locomotives et du personnel, les directions s'entendront au sujet de leurs prestations pour assurer le service des trains dépassant les dites gares frontières.

2. — Le service des trains sur sa ligne Rossberg-Szarlej Wapiennik (Scharley Kalkofen) et embranchements sera effectué, jusqu'à nouvel arrangement, par la direction allemande.

§ 6

ad article 420

1. — Les directions concluront des accords spéciaux pour la jouissance en commun de chaque gare frontière de jonction et pour assurer le service du personnel d'un territoire à l'autre, le tout d'après les indications générales du présent titre.

Während dieses Zeitraums wird die polnische Direktion im Grenzübergangsverfahre nur Personal verwenden, das der deutschen Sprache mächtig ist. Den Zeitpunkt, von dem ab die im Abs. 1 festgesetzte Bestimmung über die Sprache in Kraft treten soll, werden die Direktionen für jede einzelne Grenzübergangsstrecke besonders vereinbaren.

(4) Wenn gemäß Abs. 2 deutsches Personal über die Grenzübergangsbahnhöfe hinaus auf polnischen Linien verwendet werden muß, so wird mit diesem Personal in deutscher Sprache verkehrt werden.

(5) Solange die deutsche Verwaltung den Fahrdienst auf der polnischen Strecke Landesgrenze-Scharley Kalkofen nebst Abzweigungen leistet, gelten auf dieser Strecke die deutschen Vorschriften und die deutsche Sprache.

(6) Im Verkehr unter sich werden die Betriebsdezernenten und die zuständigen Ämter der beiden Direktionen die deutsche Sprache anwenden.

§ 3

Zu Artikel 415

Die beiden Direktionen werden sich über die jeweilige Betriebs- und Verkehrslage auf ihren Eisenbahnneben ständig unterrichten und sich von Fall zu Fall durch besonders zu vereinbarende Maßnahmen unterstützen. Der Betrieb und Verkehr auf den Übergangsstrecken wird durch die zuständigen Ämter beider Teile sowie durch eine Zugleitung geregelt werden, die in Rossberg eingesetzt wird und der Beamte der polnischen Direktion für die selbständige Betriebs- und Verkehrsabwicklung auf den angrenzenden Strecken Polnisch-Oberschlesiens zugewiesen werden. Die Direktionen werden gemeinsame Dienstanweisungen für diese Zugleitung herausgeben.

§ 4

Zu Artikel 416

Die Aufenthaltszeiten für die Zollrevision auf den im Artikel 434 aufgeführten Bahnhöfen sollen möglichst kurz bemessen sein. Keine der beiden Zollverwaltungen darf auf die Zollbehandlung mehr wie 10 Minuten verwenden.

§ 5

Zu Artikel 419

(1) Solange die Grenzübergangsbahnhöfe für den Lokomotiv- und Personalwechsel nicht eingerichtet sind, werden die Direktionen Vereinbarungen über Fahrdienstleistungen über die Grenzübergangsbahnhöfe hinaus treffen.

(2) Den Fahrdienst auf der Strecke Rossberg-Scharley Kalkofen nebst Abzweigungen übernimmt bis auf weiteres die deutsche Direktion.

§ 6

Zu Artikel 420

(1) Über die Mitbenutzung jedes Grenzübergangsbahnhofs und die Bereitstellung von Personal für den Dienst auf diesen Bahnhöfen werden die Direktionen besondere Vereinbarungen nach den in diesem Abschnitte gegebenen Richtlinien treffen.

2. — Pour l'exécution du service des gares dans les gares frontières de jonction, chaque direction établira des règlements de service applicables aux gares de son réseau. En tant qu'il s'agit de service commun, les deux directions devront s'entendre pour l'établissement des dits règlements.

3. — Pendant une période transitoire que les deux directions fixeront, l'administration allemande abritera, dans les remises à locomotives de Rossberg et de Karf, les locomotives de ces remises attribuées au service polonais, et ce, contre une indemnité à fixer par les deux directions. De même l'administration polonaise acceptera, dans les remises de locomotives de Frydenshütta, pendant une période transitoire à fixer par les deux directions, les locomotives de ces remises attribuées à l'Allemagne, et ce contre indemnité.

§ 7

ad article 433

1. — Sont désignées comme gares frontières de jonction pour les lignes:

- a) et b) la gare de Rossberg,
- c) d) e) la gare de Dombrowa,
- f) la gare de Bobrek,
- g) la gare de Poremba,
- h) et i) la gare dite Dreieck Beuthen.

2. — Sur les voies industrielles indiquées sous k) à p) la remise et acceptation auront lieu pour :

- k) à la gare de Königsgrube Nordfeld,
- l) à la mine de Carnalsfreudegrube,
- m) à la mine de Römhildschacht,
- n) à la mine de Fiedlersglückgrube,
- o) et p) à la gare de Radzionkaugrube et à la gare de Szarlej Wapiennik (Scharley Kalkofen).

ad article 435

§ 1

Les demandes de détaxes en service de voyageurs et en trafic des marchandises sont réglées par le chemin de fer qui a perçu les montants réclamés. En cas d'affranchissement partiel, c'est le chemin de fer destinataire qui procède au règlement.

§ 2

Les indemnités pour perte totale ou partielle, avarie ou retard dans la livraison sont réglées par le chemin de fer expéditeur ou par le chemin de fer destinataire selon que la réclamation est adressée à l'un ou à l'autre.

§ 3

La transmission et la remise des bagages, colis messageries express, transports funéraires, animaux vivants, marchandises en grande et en petite vitesse, seront réglées par les deux directions.

§ 4

Dans le service des voyageurs, on utilisera des billets en carton ou des carnets de billets passe-partout, et dans le service des bagages des livrets à souche. Les carnets de billets passe-partout et les livrets à souche pour bagages ne doivent pas contenir de billets et de bulletins de bagages pour un trafic autre que celui de la Haute Silésie.

(2) Jede Direktion wird Dienstordnungen erlassen, die den Bahnhofsdiensst auf den Grenzübergangsbahnhöfen ihres Eisenbahnnetzes regeln. Soweit es sich um den gemeinschaftlichen Dienst handelt, werden sich die beiden Direktionen über die Aufstellung der Dienstordnungen verständigen.

(3) Für eine von den beiden Direktionen noch zu bestimmende Übergangszeit wird die deutsche Verwaltung in den Lokomotivstationen Rossberg und Karf die dort für den polnischen Dienst ausgeschiedenen Lokomotiven vorläufig gegen eine von den beiden Direktionen zu vereinbarende Entschädigung aufnehmen. Ebenso wird für eine gleichfalls von den beiden Direktionen zu vereinbarende Übergangszeit die polnische Verwaltung der Lokomotivstation Friedenshütte die dort für den deutschen Dienst ausgeschiedenen Lokomotiven vorläufig gegen Entschädigung aufnehmen.

§ 7

Zu Artikel 433

(1) Als Grenzübergangsbahnhöfe werden bestimmt für die Strecke zu:

- a) und b) der Bahnhof Rossberg,
- c) d) und e) der Bahnhof Dombrowa,
- f) der Bahnhof Bobrek,
- g) der Bahnhof Poremba,
- h) und i) der Bahnhof Dreieck Beuthen.

(2) Auf den Privatanschlussstrecken zu k) bis p) findet die Übergabe und Übernahme der Frachten statt zu:

- k) auf dem Bahnhofe Königsgrube Nordfeld,
- l) auf der Carnalsfreudegrube,
- m) auf dem Römhildschacht,
- n) auf der Fiedlersglückgrube,
- o) und p) auf dem Bahnhofe Radzionkaugrube, und auf dem Bahnhofe Scharley Kalkofen.

Zu Artikel 435

§ 1

Ansprüche auf Erstattung von Fahrgeld und Fracht werden von der Bahn geregelt, welche die beanspruchten Beträge vereinnahmt hat. Bei Teilstreckenfahrt ist die Endbahn zuständig.

§ 2

Die Entschädigungen für Gesamt- oder Teilverluste, Beschädigung oder Lieferfristüberschreitung werden von der Versuchsbahn oder von der Endbahn geregelt, je nachdem der Entschädigungsantrag bei der einen oder der anderen angebracht wird.

§ 3

Den Übergang und die Übergabe von Gepäck, Frachtgut, Leichen, lebenden Tieren sowie von Eil- und Frachtgut werden die beiden Direktionen regeln.

§ 4

Im Personenverkehr sind Kartonfahrkarten oder Blankofahrkartenblocks, im Gepäckverkehr Gepäckscheinhefte zu verwenden. Die Blankokartenblocks und die Gepäckscheinhefte dürfen Blankokarten und Gepäckscheine für einen anderen Verkehr als für den überschleißigen nicht enthalten.

§ 5

Les billets ne porteront aucune remarque quant au genre de train ; seuls les billets valables pour les trains directs seront munis d'un trait rouge vertical. Pour l'indication de l'itinéraire, le mot « über » sera remplacé par le terme « via ».

§ 6

Les abonnements de tous genres, billets aller et retour d'ouvriers, bulletins de bagages, bulletins de colis messageries express de chemin de fer et bulletins d'expédition ainsi que les lettres de voiture en grande et en petite vitesse seront libellés en allemand et en polonais ou en polonais et en allemand ; les énonciations de l'expéditeur seront faites en allemand ou en polonais ou en polonais et en allemand.

§ 7

Les deux administrations de chemins de fer agissant de concert établiront le modèle des imprimés et fixeront le nombre des exemplaires à remettre.

§ 8

Les gares du pays avoisinant ou traversé en transit seront désignées par leur nom officiel. En cas de modification du nom des gares, après réception des lignes, on utilisera dans le trafic, pendant une période transitoire de trois ans à dater du transfert de la souveraineté, l'ancien nom de la gare conjointement avec le nouveau.

§ 9

Pour l'expédition des marchandises, on se servira du mode simplifié d'expédition allemand (livre d'envoi et livre de réception sans feuille de route). Toutefois, le simple livre de réception sera remplacé par un registre plus étendu, établi d'après le modèle du livre d'envoi.

§ 10

1. — La remise des wagons plombés s'effectuera symboliquement sans constatation du chargement. Les plombs du chemin de fer expéditeur seront reconnus comme valables par l'administration du réseau avoisinant ou transité, qui, en général, ne procédera pas à un nouveau plombage.

2. — Tous les autres envois transportés dans des wagons non plombés devront être remis d'une manière effective, c'est-à-dire en procédant à une reconnaissance de la marchandise.

3. — Il en est de même des envois effectués par wagons plombés qui présenteront des indices de perte partielle ou d'avarie de la marchandise.

4. — Dans tous les cas de remise symbolique des marchandises, on admettra jusqu'à preuve du contraire, si les plombs du chemin de fer expéditeur ou du chemin de fer réceptionnaire sont intacts, que la marchandise n'a été perdue ni totalement ni partiellement sur le parcours effectué par elle avec des plombs intacts.

5. — Si les plombs du chemin de fer expéditeur ou du chemin de fer réceptionnaire sont endommagés, on admettra, jusqu'à preuve du contraire, que la perte totale ou partielle a eu lieu pendant le parcours de la marchandise entre la gare qui a

§ 5

Die Fahrkarten werden keinen Vermerk über die Zuggattung enthalten; nur die für Schnellzüge gültigen Fahrkarten sind mit einem roten senkrechten Strich zu versehen. Bei Wegeangaben wird an Stelle des Wortes »über« das Wort «via» gesetzt werden.

§ 6

Zeitkarten aller Art, Arbeiterrüffahrkarten, Ge- päckcheine, Eisenbahnpakettkarten und Beförderungs- scheine sowie Gisfrachtbriebe und Frachtbriebe werden in deutscher und polnischer Sprache oder in polnischer und deutscher Sprache ausgegeben werden. Die Eintragungen des Versenders sind in deutscher oder polnischer oder in beiden Sprachen vorzunehmen.

§ 7

Die beiden Bahnverwaltungen werden die Muster der Vordrucke und die Zahl der zu liefernden Ausfertigungen gemeinsam festsetzen.

§ 8

Die Bahnhöfe des Nachbar- oder Durchgangslandes sind mit ihren amtlichen Namen zu bezeichnen. Bei etwaiger Änderung der Stationsnamen nach der Übernahme der Linien soll während einer Übergangszeit von drei Jahren, vom Tage des Überganges der Staatshoheit ab gerechnet, im Verkehrs der alte Stationsname neben dem neuen angewendet werden.

§ 9

Für die Abfertigung von Gütern wird das deutsche vereinfachte Abfertigungsverfahren (Versand- und Empfangsbuch ohne Frachtkarten) angewendet. Jedoch soll an Stelle des einfachen Empfangsbuchs ein nach dem Muster des Versandbuchs erweitertes Empfangsbuch geführt werden.

§ 10

(1) Die Übergabe der plombierten Wagen vollzieht sich symbolisch ohne Feststellung der Ladung. Die von der Versandbahn angelegten Plomben werden von der Eisenbahnverwaltung des Nachbar- oder Durchgangslandes anerkannt, die im allgemeinen weitere Plomben nicht anlegen wird.

(2) Alle übrigen Sendungen, die in nicht plombierten Wagen befördert werden, sind tatsächlich, d. h. unter Besichtigung zu übergeben.

(3) Dasselbe geschieht mit Sendungen in plombierten Wagen, wenn sie Merkmale aufweisen, die auf Teilverlust oder Beschädigung des Inhalts schließen lassen.

(4) In allen Fällen symbolischer Übergabe von Gütern wird bei unverletzten Plomben der Versandbahn oder der übernehmenden Bahn bis zum Beweise des Gegenteils angenommen, daß auf dem Wege, den das Gut mit unverletzten Plomben durchlaufen hat, ein Gesamt- oder Teilverlust nicht eingetreten ist.

(5) Wenn die Plomben der Versandbahn oder der übernehmenden Bahn beschädigt sind, wird bis zum Beweise des Gegenteils vermutet, daß der Gesamt- oder Teilverlust auf dem Wege stattgefunden hat, den das Gut zwischen dem Bahnhofe, der die Plomben an-

apposé les plombs ou entre la gare frontière de jonction où les plombs ont été vérifiés et la gare où le dommage a été découvert.

6. — Par plombs on entend les plombs officiels, c'est-à-dire les plombs des chemins de fer ou de la douane.

7. — Si le chemin de fer réceptionnaire estime, pour une raison quelconque, qu'il est nécessaire de soumettre les envois à une visite ou de procéder à l'ouverture des wagons, ces opérations devront, autant que possible, avoir lieu à la gare frontière de jonction en présence des fonctionnaires des deux administrations intéressées.

8. — Il sera dressé procès-verbal de toutes les irrégularités constatées. En cas de constatations de ce genre dans les gares frontières de jonction les procès-verbaux devront être signés par les deux parties.

§ 11

Les deux directions édicteront des prescriptions sur l'acheminement des marchandises. Ces prescriptions devront être telles que les marchandises en grande vitesse, le bétail et les marchandises périssables, soient transportés par les moyens les plus favorables et les plus rapides. Les marchandises en petite vitesse seront transportées par la route présentant la distance totale la plus courte. Les deux directions pourront convenir d'exceptions. En cas d'empêchements au transport sur les voies d'acheminement prévues, les deux directions conviendront de routes auxiliaires.

§ 12

1. — Jusqu'à nouvel arrangement les chemins de fer secondaires ci-après :

- a) Niedobczyce-Wodzisław (Loslau)-Annaberg,
- b) Gierałtowice-Knurów-Rzędówka (Egersfeld),
- c) Przyszowice (Preiswitz)-Orzesze-Zory (Sohrau)-Pawłowice-Wodzisław (Loslau),

n'entreront pas dans le calcul des tarifs et distances tarifaires pour des points de départ et d'arrivée extérieurs à ces lignes. Le calcul des kilomètres d'application ne se fera donc, dans le trafic en transit, que sur la distance la plus courte de chacune des lignes principales suivantes :

- d) Orzesze-Rybnik-Sumin-Nensa,
- e) Katowice-Gleiwitz-Kandrzin bifurcation,
- f) Beuthen-Gleiwitz-Kandrzin bifurcation.

Ces routes servant de base au calcul des tarifs n'excluent cependant pas les taxes inférieures qui résulteraient de la réexpédition complète sur les lignes de chemins de fer secondaires indiquées ci-dessus. En cas d'acheminement par une route détournée de la route de tarification, la taxe sera répartie kilométriquement sur le parcours effectué par la marchandise, après déduction, toutefois, de la moitié de la taxe d'expédition pour le chemin de fer expéditeur et de l'autre moitié pour le chemin de fer destinataire.

2. — Les modifications à ces règles seront fixées par les deux directions d'un commun accord.

gelegt hat, oder dem Grenzübergangsbahnhof, in dem die Plomben nachgeprüft wurden, und dem Bahnhofe zurückgelegt hat, auf dem der Schaden entdeckt worden ist.

(6) Unter Plomben sind amtliche Plomben, das sind Bahn- oder Zollplomben, zu verstehen.

(7) Falls die übernehmende Bahn es aus irgend-einem Grunde für nötig erachtet, die Sendungen nachzuprüfen oder die Wagen zu öffnen, wird dies möglichst auf dem Grenzübergangsbahnhof in Gegen-wart von Beamten beider beteiligten Verwaltungen geschehen.

(8) Über alle festgestellten Unregelmäßigkeiten sind Tatbestandsaufnahmen zu fertigen. Bei derartigen Feststellungen auf Grenzübergangsbahnhöfen sind die Tatbestandsaufnahmen von beiden Seiten zu unterzeichnen.

§ 11

Die beiden Direktionen werden Vorschriften über die Leitungswägen der Güter herausgeben. Diese Leitungsvorschriften sind so aufzustellen, daß Gilgut, Vieh und leicht verderbliche Güter unter Ausnutzung der günstigsten und raschesten Beförderungsgelegenheiten gefahren werden. Frachtgüter sind über den kürzesten Weg zu fahren. Ausnahmen hiervon werden die beiden Bahnverwaltungen vereinbaren. In Fällen von Beförderungshindernissen auf den vorgesehenen Leitungswegen werden die beiden Direktionen Hilfswege vereinbaren.

§ 12

(1) Bis auf weiteres werden über nachstehende Nebenbahnen:

- a) Niedobczyce-Loslau-Annaberg,
- b) Gierałtowice-Knurów-Egersfeld,
- c) Preiswitz-Orzesze-Öhrnau-Pawlowitz-Loslau,

weder die Tarifentfernung noch die Tarife durchgerechnet. Die Ermittlungen der Tariffilometer erfolgt daher im Durchgangsverkehr nur über die jeweils kürzeste folgender Hauptbahnstrecken:

- d) Orzesze-Rybnik-Summin-Nenja,
- e) Katowice-Gleiwitz-Kandrzin Abzweigung,
- f) Beuthen-Gleiwitz-Kandrzin Abzweigung.

Diese Tarifbildungswägen schließen jedoch die Anwendung niedrigerer Frachtfäße nicht aus, die sich etwa aus der vollen Umbehandlung bei Beförderung über obige Nebenbahnen ergeben würden. Bei Leitung über einen Umweg gegenüber dem Tarifbildungswagen wird die Fracht unter Vorabzug je einer halben Abfertigungsgebühr für die Anfangs- und die Endbahn auf den Fahrweg kilometrisch verteilt.

(2) Abweichungen von dieser Regel werden die beiden Direktionen vereinbaren.

§ 13

L'étiquetage des wagons, chargés et vides, se fera en allemand et en polonais ou en polonais et en allemand. Les directions s'entendront à ce sujet.

§ 14

Les dispositions relatives à la statistique du mouvement des marchandises ne seront pas applicables au trafic en transit privilégié et non privilégié.

§ 15

Ne seront pas applicables au trafic direct de la Haute Silésie :

- 1° Jes dispositions suivantes du tarif allemand pour le service des voyageurs et des bagages, I^e partie, § 12, dispositions additionnelles, chapitre G, concernant les réductions de taxe:
 - a) en faveur des patronages de la jeunesse;
 - b) en faveur des services sanitaires publics et des maisons dites Magdalenenstifte;
 - c) pour les malades indigents et autres personnes sans ressources;
 - d) pour les hommes qui ont pris part à la guerre;
 - e) pour les blessés de guerre allemands;
- 2° les prix de barème (*Preisberechnungstafel*) pour militaires;
- 3° le tarif militaire;
- 4° d'autres tarifs visant les transports de secours (*Notstandstarife*).

§ 16

Les prix des billets directs ainsi que les taxes directes pour les transports funéraires et le transport des chiens, seront formés par la soudure des taxes, comptées jusque et depuis le point de raccordement. Toutefois, pour les distances à additionner de 1 à 5 kilomètres, les taxes totales de soudure seront calculées sur la base des distances effectives et de taux unitaires.

§ 17

La taxe des bagages se calculera pour la distance totale d'après les taux du tarif allemand des bagages, la taxe des colis messageries express pour la distance totale d'après les taux du barème allemand (*Preisberechnungstafel*).

§ 18

Le trafic des voyageurs, bagages, colis messageries express, transports funéraires, animaux et marchandises, traverse le réseau transité en franchise de tous frais de chemins de fer pour opérations en douane et de toutes autres taxes semblables, sauf en ce qui concerne le remboursement de dépenses effectivement faites par le chemin de fer. Il en est de même, en trafic d'un territoire à l'autre, pour le charbon, les minerais et les marchandises exemptes de douane.

§ 19

Les conducteurs de wagons-lits, les employés de wagons-restaurants, les femmes du service des trains D, ainsi que le personnel des trains et des locomotives, seront transportés, lorsqu'ils sont en service, sans avoir à prendre de billet.

§ 13

Die Bezeichnung der beladenen und leeren Wagen wird in deutscher und polnischer oder in polnischer und deutscher Sprache erfolgen. Die Direktionen werden sich hierüber verständigen.

§ 14

Auf den privilegierten und nichtprivilegierten Durchgangsverkehr finden die Bestimmungen über die Statistik des Warenverkehrs keine Anwendung.

§ 15

Auf den oberschlesischen Wechselverkehr werden nicht angewendet:

- (1) Nachstehende Bestimmungen des deutschen Eisenbahn-Personen- und -Gepäcktariffs, Teil I § 12, Zusatzbestimmungen Abschnitt C, über Fahrpreisermäßigungen
 - a) zugunsten der Jugendpflege,
 - b) zugunsten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenstifte,
 - c) für mittellose Kranke und andere hilfsbedürftige Personen,
 - d) für Kriegsteilnehmer,
 - e) für deutsche Kriegsbeschädigte;
- (2) Die Fahrpreise der Preisberechnungstafel für Militär;
- (3) der Militärtarif;
- (4) etwaige Notstandstarife.

§ 16

Die direkten Fahrpreise und Beförderungsgebühren für Leichen und Hunde werden durch Anstoß der bis zum Übergangspunkte und von diesem ab berechneten Gebühren gebildet. Für Anstoßentfernungen von 1 bis 5 km werden die Anstoßsätze auf Grund der wirklichen Entfernungen und der Einheitssätze berechnet.

§ 17

Die Gepäckfracht wird für die Gesamtentfernung nach den Sätzen des deutschen Gepäcktariffs, die Expressgutfracht für die Gesamtentfernung nach den Sätzen der deutschen Preisberechnungstafel berechnet werden.

§ 18

Der Personen-, Gepäck-, Expressgut-, Leichen-, Tier- und Güterverkehr durchläuft das Durchgangsland frei von allen Eisenbahngebühren für Zollabfertigung und von ähnlichen Abgaben mit Ausnahme der von den Eisenbahnen etwa verauslagten Beträge. Daselbe gilt im Verkehre von dem einen Eisenbahnnetze nach dem anderen für Kohlen, Erze und zollfreie Güter.

§ 19

Die Schaffwagenschaffner, die Bediensteten der Speisewagen, die Dienstmädchen der D-Züge und das Zug- und Lokomotivpersonal werden im Dienst ohne Fahrkarten befördert.

§ 20

Les envois de service seront traités comme les envois de particuliers et transportés avec des lettres de voiture du trafic public. Le chemin de fer expéditeur ou le chemin de fer transité, le premier pour le transport jusqu'au réseau avoisinant et le second pour le transport sur la ligne transitiée, reçoivent au plus la part de taxe leur revenant sur la taxe calculée, pour la totalité du parcours, d'après les taux du tarif de trafic direct. Le chemin de fer expéditeur ne recevra que la moitié des frais d'expédition; il n'en sera pas payé au chemin de fer transité.

§ 21

Les locomotives, voitures de voyageurs, fourgons et, lorsqu'ils sont soumis à la taxe, les wagons de marchandises, ainsi que les pièces détachées de locomotives et de voitures, à destination et en provenance des ateliers de chemins de fer, devront être munis, pour leur transport, de lettres de voitures du trafic public. Pour le calcul du prix de transport, voir l'alinéa 7 du Règlement d'exécution, ad articles 453 à 456.

§ 22

L'envoi des lettres de service et des colis de service (imprimés, billets ou autres) se fait gratuitement aux risques et périls du pays expéditeur.

§ 23

Les dispositions suivantes s'appliqueront au trafic des chemins de fer à voie étroite de la Haute Silésie:

- 1^o Dans le trafic entre les deux réseaux et dans le trafic en transit, le modèle actuel des lettres de voiture en deux parties (§ 8, alinéa premier, du tarif-marchandises) sera remplacé par un modèle en trois parties A^a, A^b et B.
- 2^o Pour les envois du réseau allemand à voie étroite au réseau polonais à voie étroite ou inversement, la lettre de voiture A^a reste aux mains de l'administration expéditrice, la lettre de voiture A^b accompagne la marchandise jusqu'à la gare destinataire. Si l'envoi est fait en port payé, la lettre de voiture A^a sert à l'administration expéditrice de document pour la perception de la taxe de transport; la lettre de voiture A^b sert à l'administration destinataire de contrôle pour la répartition des quote-parts. Si l'envoi a lieu en port dû, la lettre de voiture A^a sert à l'administration expéditrice de contrôle pour la répartition des quote-parts; la lettre de voiture A^b sert à l'administration destinataire de document pour la perception de la taxe.
- 3^o Pour les envois entre gares du même réseau, mais qui, en cours de transport, utilisent les lignes de l'autre réseau, la lettre de voiture A^b n'accompagne la marchandise que jusqu'à la dernière gare frontière du réseau transité et sert à cette administration de contrôle pour la répartition des quote-parts.

§ 20

Dienstgutsendungen sind wie Privatsendungen zu behandeln und mit Frachtbriefen des öffentlichen Verkehrs zu befördern. Die Versandbahn erhält für die Beförderung bis zum benachbarten Eisenbahnnetze ebenso wie die Durchgangsbahn für die Beförderung auf der Durchgangsstrecke höchstens ihren Frachtanteil aus der für die Gesamtbeförderungsstrecke berechneten Fracht nach den Sätzen des Tariffs für den Wechselverkehr. Absertigungsgebühren sind an die Versandbahnen nur in der halben Höhe, an die Durchgangsbahnen überhaupt nicht zu zahlen.

§ 21

Lokomotiven, Personen-, Gepäck- und frachtpflichtige Güterwagen sowie einzelne Teile der Lokomotiven und Fahrzeuge sind auf dem Wege nach und von den Eisenbahnwerkstätten mit Frachtbriefen des öffentlichen Verkehrs zu befördern. Wegen Frachtberechnung vgl. Absatz 7 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 453 bis 456.

§ 22

Der Versand von Dienstbriefen und Dienstpaketen (Drucksachen, Fahrkarten u. dgl.) erfolgt auf Gefahr des Versandlandes und völlig kostenlos.

§ 23

Für den oberschlesischen Schmalspurbahnverkehr gelten folgende Bestimmungen:

1. Im Verkehre zwischen den beiden Eisenbahnnetzen (auch im Durchgange) tritt an Stelle des bisherigen zweiteiligen Frachtbriefmusters (§ 8,1 des Gütertariffs) ein dreiteiliges Muster, bestehend aus den Teilen Aa, Ab und B.
2. Bei Sendungen vom deutschen Schmalspurbahnnetze nach dem polnischen oder umgekehrt verbleibt der Frachtbrief Aa bei der Versandverwaltung; der Frachtbrief Ab begleitet das Gut bis zum Empfangsbahnhof. Ist die Sendung frankiert, so dient der Frachtbrief Aa der Versandverwaltung als Unterlage für die Frachterhebung, der Frachtbrief Ab der Empfangsverwaltung zur Prüfung der Frachtverteilung. Im Überweisungsverfahren dient der Frachtbrief Aa der Versandverwaltung zur Prüfung der Frachtverteilung, der Frachtbrief Ab der Empfangsverwaltung als Unterlage für die Frachterhebung.
3. Bei Sendungen, deren Versand- und Empfangsbahnhof auf demselben Eisenbahnnetze liegen, die aber auf ihrem Beförderungswege eine Strecke des anderen Eisenbahnnetzes durchlaufen, begleitet der Frachtbrief Ab das Gut nur bis zum letzten Übergangsbahnhof des Eisenbahnnetzes, das von der Sendung durchlaufen wird und dient dieser Verwaltung zur Prüfung der Frachtverteilung.

4^o Dans le trafic en provenance d'une ligne à voie normale et qui passe par une gare de transbordement à destination d'une gare polonaise du réseau à voie étroite ou qui transite par des lignes polonaises à voie étroite, la lettre de voiture de la ligne à voie normale sera accompagnée d'un décalque du bordereau de transbordement établi par la gare de transbordement, décalque qui remplacera la lettre de voiture A^b. Dans le trafic en provenance d'une ligne à voie étroite et qui passe par une gare de transbordement à destination d'une voie normale, l'expéditeur devra, en service direct, joindre à la lettre de voiture de la ligne à voie normale un décalque de cette lettre. Si la gare expéditrice est située sur le territoire polonais, le décalque reste aux mains de la gare expéditrice polonaise ; si elle est située sur le territoire allemand et si l'envoi transite par des lignes polonaises, le décalque accompagnera l'envoi jusqu'à la dernière gare polonaise de jonction.

5^o Pour les envois qui doivent être traités conformément aux alinéas 2 et 3, les gares de contrôle devront tenir des registres spéciaux de trafic et les services administratifs des deux réseaux des livres spéciaux de transport qui serviront de base à la répartition des quote-parts. C'est l'administration percevant les taxes de transport qui procédera à leur répartition. Chaque administration a le droit de vérifier la répartition faite par l'autre administration.

6^o En cas d'acheminement par une voie détournée, différente de celle qui a servi de base au calcul du tarif, la taxe sera répartie kilométriquement sur le parcours effectif, sous déduction, s'il y a lieu, de la taxe d'expédition qui appartiendra par moitié au chemin de fer expéditeur et au chemin de fer destinataire. Les administrations intéressées concluront des conventions spéciales pour l'acheminement du trafic.

7^o Les envois en provenance du réseau polonais et qui arrivent à Rossberg à destination des gares de la ligne Poremba-Matheshof devront être acheminés par Lipiny ; les envois arrivant entre Rossberg et Karf pour la même ligne ne devront être acheminés que par Bobrek-Frydenshuta ; tous les envois pour la ligne Matheshof-Gleiwitz passeront exclusivement par Borsigwerk. Ces dispositions feront règle aussi longtemps que des raccordements plus directs n'auront pas été créés.

8^o Afin de rendre les opérations douanières aussi rapides que possible, on instituera un mode simplifié dont les détails seront réglés par les autorités douanières compétentes de part et d'autre.

ad article 437

1. — Seront appliquées au trafic des marchandises les dispositions de la Convention internationale sur le transport des marchandises par chemins de fer, signée à Berne le 14 octobre 1890, et les modifications et adjonctions contenues dans la Déclaration additionnelle du 20 septembre 1893 ainsi que dans les Conventions additionnelles des

4. Im Verkehre von der Vollbahn über einen Umladebahnhof nach einem polnischen Bahnhofe der Schmalspurbahn oder über polnische Schmalspurbahnstrecken wird dem Frachtbriefe der Vollbahn von dem Umladebahnhof eine Pause der Umladenachweisung beigegeben, die den Frachtbrief ab ersetzt. Im Verkehre von der Schmalspurbahn über einen Umladebahnhof nach der Vollbahn hat im Wechselverkehre der Absender dem Vollbahnafrachtbriefe eine Pause beizugeben. Liegt die Versandstation auf polnischem Gebiet, so bleibt die Pause bei der polnischen Versandstation; liegt sie im deutschen Gebiet und geht die Sendung über polnische Strecken, so begleitet die Pause die Sendung bis zum letzten polnischen Übergangsbahnhofe.
5. Für die Sendungen, die nach den Ziffern 2 und 3 zu behandeln sind, haben die Kontrollbahnhöfe besondere Verkehrsbücher und die Verwaltungsstellen der beiden Eisenbahnnetze besondere Frachtbücher zu führen, die auch die Unterlagen für die Frachtverteilung bilden. Die Frachtverteilung wird von der die Frachtgebühren einziehenden Verwaltung vorgenommen. Jeder Verwaltung steht die Nachprüfung der von der anderen Verwaltung vorgenommenen Frachtverteilung zu.
6. Wird die Leitung über einen anderen Weg als den Tarifbildungsweg vorgenommen, so wird die Fracht unter Vorabzug je einer Hälfte der etwa eingerechneten Absertigungsgebühr für die Anfangs- und die Endbahn auf den Fahrweg filometrisch verteilt. Beziiglich der Verkehrsleitung werden die beteiligten Verwaltungen besondere Vereinbarungen treffen.
7. Die vom polnischen Schmalspurnetze in Rossberg ankommenden, nach Bahnhöfen der Strecke Poremba-Matheshof bestimmten Sendungen sind über Lipine, die zwischen Rossberg und Karf ankommenden, nach Bahnhöfen der gleichen Strecke bestimmten Sendungen nur über Bobrek-Friedenshütte zu leiten. Sämtliche Sendungen für die Strecke Matheshof-Gleiwitz laufen nur über Borsigwerk. Diese Vereinbarungen gelten nur so lange, als nicht kürzere Verbindungen geschaffen werden.
8. Um eine möglichst schnelle Zollabsertigung zu erzielen, wird ein vereinfachtes Absertigungsverfahren eingeführt werden, dessen Einzelheiten durch die beiderseits zuständigen Zolldirektivbehörden geregelt werden sollen.

Zu Artikel 437

(1) Der Güterverkehr unterliegt den Bestimmungen des Berner Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 mit den Änderungen und Ergänzungen, die in der Zusatzklärung vom 20. September 1893 und in den Zusatzübereinkommen vom 16. Juni 1898 und vom 19. September 1908 enthalten sind. Notwendige An-

16 juin 1898 et 19 septembre 1906. Le soin de modifier ou de compléter ces dispositions, s'il y a lieu, est réservé aux deux administrations de chemins de fer qui s'entendent à cet effet. Ces modifications et adjonctions devront être insérées dans les tarifs et perdront leur validité dès que la Pologne aura adhéré pour son réseau de Haute Silésie à la Convention internationale de Berne susmentionnée. Le trafic des marchandises est en outre soumis aux dispositions des tarifs qui sont ou seront en vigueur.

2. — Pour les marchandises indiquées dans la nomenclature des marchandises des tarifs exceptionnels 6, 7, 7b, 7c, 7d, 8 et 18 du tarif-marchandises allemand, II^e partie, fascicule C, sous-fascicule C. II du 1^{er} novembre 1921, il sera toujours établi, dans la même mesure et aux mêmes conditions que pour le trafic entre le réseau de la direction allemande et les autres lignes allemandes, des tarifs directs pour le trafic entre le réseau de la direction polonaise et les autres lignes allemandes ; ces tarifs entreront en vigueur en même temps que les tarifs pour le service direct entre les deux réseaux.

3. — Les taux unitaires allemands, présents ou à venir, des tarifs exceptionnels de l'alinéa 2 ci-dessus et, en cas de suppression de ces tarifs, les taux unitaires allemands, présents ou à venir, des classes normales de chargement par wagon complet, prévus pour ces marchandises, seront calculés directement de la gare expéditrice à la gare destinataire. Les frais d'expédition prévus pour ces tarifs exceptionnels ou pour les classes normales de chargement par wagon complet ne seront ajoutés à ces taux directs qu'une seule fois.

4. — Les prescriptions des deux alinéas précédents ne s'appliqueront pas aux tarifs exceptionnels accordés pour le soulagement de calamités locales dans le trafic entre le réseau de la direction allemande et les autres chemins de fer de l'Allemagne.

5. — Dans le trafic direct entre le réseau de la direction polonaise et les chemins de fer allemands, en transit par le réseau de la direction allemande, il ne sera perçu pour les charbons, minéraux et marchandises en franchise de douane aucun frais de chemin de fer pour les formalités en douane ni aucun droit analogue, à l'exception des débours effectifs du chemin de fer.

6. — L'élaboration d'autres tarifs communs, y compris les tarifs des voyageurs, bagages et colis messageries express, pourra faire l'objet d'accords spéciaux entre les administrations de chemins de fer intéressées.

7. — En cas d'application de tarifs directs, l'expédition directe se fera sur la base de feuilles de route.

8. — Les dispositions du Règlement d'exécution ad article 435, §§ 1, 2, 3, 10, 11, 18, 19 et 22, concernant le trafic direct de la Haute Silésie seront également applicables.

9. — Les envois de service de toute nature (à l'exception des lettres de service et colis de service mentionnés dans le Règlement d'exécution ad article 435, § 22), seront traités comme des envois privés et transportés avec des lettres de voiture du trafic public.

derungen und Ergänzungen werden der Vereinbarung unter den beiden Bahnverwaltungen vorbehalten. Sie sind in die Tarife aufzunehmen und verlieren ihre Gültigkeit, sobald Polen für sein oberösterreichisches Eisenbahnnetz dem Berner Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigetreten sein wird. Der Güterverkehr unterliegt außerdem den Bestimmungen der jeweils geltenden Tarife.

(2) Für die in den Warenverzeichnissen der Ausnahmetarife 6, 7, 7b, 7c, 7d, 8 und 18 des Deutschen Eisenbahn-Gütertariffs Teil II, Heft C, Teilheft C II vom 1. November 1921 aufgeführten Güter werden in demselben Umsange und unter denselben Bedingungen wie jeweils für den Verkehr zwischen dem Eisenbahnnetz der deutschen Direktion und den übrigen deutschen Eisenbahnen direkte Tarife für den Verkehr zwischen dem Eisenbahnnetz der polnischen Direktion und den übrigen deutschen Eisenbahnen aufgestellt und gleichzeitig mit den Tarifen für den Wechselverkehr zwischen den beiden Eisenbahnnetzen eingeführt.

(3) Die jeweiligen deutschen Einheitssätze der nach Absatz 2 in Betracht kommenden Ausnahmetarife und für den Fall ihrer Aufhebung die jeweiligen Einheitssätze der für diese Güter vorgesehenen normalen Wagenladungsklassentarife werden von der Versandstation bis zur Empfangsstation durchgerechnet. Die für die Ausnahmetarife oder die normalen Wagenladungsklassentarife festgesetzten jeweiligen Abfertigungsgebühren werden in diese direkten Frachtsätze nur einmal eingerechnet.

(4) Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden Absätze finden auf Ausnahmetarife zur Milderung oder Behebung öffentlicher Notstände örtlicher Natur im Verkehre zwischen dem Eisenbahnnetz und den übrigen deutschen Eisenbahnen keine Anwendung.

(5) Im unmittelbaren Verkehre zwischen dem polnischen Direktionsbezirk und dem übrigen Deutschland über das Eisenbahnnetz der deutschen Direktion werden für Kohlen, Erze und zollfreie Güter feinerlei Eisenbahngebühren für die Zollabfertigung und keine ähnlichen Abgaben mit Ausnahme der von den Eisenbahnen etwa verauslagten Beträge erhoben.

(6) Die Aufstellung weiterer Verbandstarife, auch für den Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr, bleibt der Vereinbarung der beteiligten Bahnverwaltung vorbehalten.

(7) Bei Anwendung direkter Tarife findet unmittelbare Abfertigung auf Grund von Frachtkarten statt.

(8) Die für den oberösterreichischen Wechselverkehr in Gütern geltenden Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435 §§ 1, 2, 3, 10, 11, 18, 19 und 22 sind auch hier anzuwenden.

(9) Dienstgutsendungen aller Art (ausgenommen die im § 22 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435 bezeichneten Dienstbriefe und Dienstpakete) sind wie Privatsendungen zu behandeln und mit Frachtbriefen des öffentlichen Verkehrs zu befördern.

§ 1

La gestion d'affaires concernant le trafic direct de la Haute Silésie et les tarifs communs est confiée à la direction allemande.

§ 2

1. — Dans le trafic direct de la Haute Silésie, comme dans le trafic de transit entre les gares d'un même réseau par les lignes de l'autre réseau, et aussi dans le trafic direct par le réseau allemand entre le réseau polonais et les autres chemins de fer allemands, les participations aux taxes entre les chemins de fer qui prennent part au transport, sauf en ce qui concerne les accords pris en vertu des lettres e) et f) ci-dessous, seront réglées de la façon suivante :

- a) Sur les prix des billets directs (y compris les abonnements mensuels, abonnements hebdomadaires, billets de retour, etc.) chaque administration de chemin de fer reçoit les taxes de soudure indiquées pour le calcul des prix de ces billets.
- b) Les recettes provenant du transport des bagages, chiens, colis messageries express, transports funéraires, animaux vivants, marchandises en grande et en petite vitesse, seront réparties à raison des kilomètres parcourus sous déduction préalable de la taxe d'expédition qu'elles pourraient comprendre. Le chemin de fer expéditeur et le chemin de fer destinataire se partageront la taxe d'expédition par moitié. Si une administration de chemin de fer participe au transport par deux ou plusieurs tronçons séparés, sa quote-part de recettes sera proportionnelle à la somme des longueurs de ces tronçons.
- c) Les frais d'ordre purement local (y compris, le cas échéant, les frais de manœuvres) reviennent à l'administration sur le réseau de laquelle ils se sont produits.
- d) Les recettes provenant des trafics envisagés dans le Règlement d'exécution ad article 438, seront réparties de manière que l'administration du réseau transité reçoive, dans tous les cas, les parts de taxes auxquelles elle aurait droit pour le même transport gare à gare si le tarif avait été établi sur les bases du trafic direct.
- e) L'établissement et le décompte des taxes pour le transport des wagons postaux, des wagons-postes supplémentaires, des compartiments postaux, des wagons-restaurants et des wagons-lits, feront l'objet d'une entente spéciale des deux directions.
- f) Pour les exceptions prévues aux cas d'acheminement réguliers (voir Règlement d'exécution ad article 435, § 11, avant-dernière phrase), ainsi que pour les routes auxiliaires (voir Règlement d'exécution ad article 435, § 11, dernière phrase), les règles de participation seront établies d'un commun accord par les directions intéressées.

§ 1

Die Geschäftsführung in den oberschlesischen Wechseltarifen sowie in den Verbandstarifen wird der deutschen Direktion übertragen.

§ 2

(1) Im oberschlesischen Wechselverkehr sowie im Durchgangsverkehr zwischen Bahnhöfen desselben Eisenbahnnetzes über die Linien des anderen Eisenbahnnetzes und auch im direkten Verkehr zwischen dem polnischen Eisenbahnnetz und den übrigen deutschen Eisenbahnen über das deutsche Eisenbahnnetz werden die Gebührenanteile der an der Beförderung beteiligten Bahnen, soweit nicht die im folgenden unter den Buchstaben e und f bezeichneten Vereinbarungen Platz greifen, auf folgenden Grundlagen ermittelt:

- a) Aus den direkten Fahrpreisen (auch Monats-, Wochen-, Rückfahrfarten usw.) erhält jede Bahnverwaltung die zur Tarifbildung aufgegebenen Anstoßsätze.
- b) Die Einnahmen aus der Beförderung von Gepäck, Hunden, Expressgut, Leichen und lebenden Tieren sowie von Eil- und Frachtgütern werden unter Vorabzug der etwa eingerechneten Abfertigungsgebühr auf den Fahrweg kilometrisch verteilt. Von der Abfertigungsgebühr erhalten die Versandbahn und die Empfangsbahn je die Hälfte. Ist der Transport über zwei oder mehrere getrennte Strecken einer Eisenbahnverwaltung geführt worden, so erhält diese einen Frachtanteil nach der Summe der Streckenlänge.
- c) Die Gebühren rein örtlicher Natur (einschließlich etwaiger Verschiebegebühren) erhält diejenige Bahnverwaltung, auf deren Netze sie entstanden sind.
- d) Die Verkehrseinnahmen aus dem in der Ausführungsbestimmung zu Artikel 438 angegebenen Verkehr werden in der Weise verteilt, daß die Verwaltung der Durchgangsbahn in allen Fällen diejenigen Gebührenanteile erhält, die sie für die Beförderung in derselben Stationsverbindung erhalten würde, wenn der Tarif nach den Grundsätzen des Wechselverkehrs aufgestellt worden wäre.
- e) Die Berechnung und Abrechnung der Gebühren für die Beförderung der Postwagen, Posteisenbahnwagen (Postbeiwagen) und Postabteile, der Speise- und Schlafwagen bleibt besonderer Vereinbarung überlassen.
- f) Bei besonders vereinbarten Ausnahmen von den regelmäßigen Leitungswegen (vgl. Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435 § 11 vorletzter Satz) sowie bei Hilfswegen (vgl. Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435 § 11 letzter Satz) sind die Grundlagen für die Verteilung der Gebühren von den beteiligten Direktionen besonders zu vereinbaren.

2. — En ce qui concerne le trafic commun (*Verbandsverkehr*) les règles mentionnées à l'alinéa 1 ne seront applicables qu'aux tarifs concernant les marchandises spécifiées à l'alinéa 2 du Règlement d'exécution ad article 437.

§ 3

Chaque direction veillera à l'organisation du contrôle des recettes sur son propre réseau. Pour le trafic direct et le trafic commun, les deux directions prendront les accords de comptabilité et de décompte nécessaires.

§ 4

Le droit et l'avoir devront être portés à la connaissance de l'autre direction, dans les deux mois qui suivront le dernier jour du mois comptable. Le règlement des comptes devra avoir lieu avant le 15 du troisième mois qui suivra le mois comptable ; tout avoir portera intérêt à 5 % l'an, dès le 20 du mois qui suit le mois comptable. En outre, il sera payé un intérêt moratoire de 5 % l'an pour toutes sommes qui n'auront pas été versées le premier jour du quatrième mois qui suit le mois comptable ; ces intérêts courront dès ce jour jusqu'au jour du paiement.

ad article 438

1. — Le prix des transports effectués entre les gares d'un seul et même réseau mais passant par les lignes de l'autre réseau indiquées à l'alinéa 2, peut, sur demande du chemin de fer qui est à la fois expéditeur et destinataire, être calculé de bout en bout sur la base des tarifs intérieurs de ce dernier pour les voyageurs, bagages, colis messageries express, transports funéraires, animaux, marchandises en grande et petite vitesse. Cette dérogation ne soustrait toutefois pas ce trafic au trafic direct de Haute Silésie. En conséquence le tarif y relatif doit être inséré dans le trafic direct de Haute Silésie et non dans les tarifs intérieurs des deux réseaux.

2. — Entrent en considération les lignes suivantes :

1° Du territoire allemand au territoire allemand par le territoire polonais :

- Gleiwitz Block-Miserau-Voies industrielles de la houillère de Gleiwitz ainsi que de la houillère de Oehringen, pour le trafic des marchandises seulement ;
 - Gleiwitz-Makoszowy-Gare de la Mine des Delbrückschäfte, pour le trafic des marchandises seulement.
 - Karf - Beuthen Stadtwald - Tarnowskie Góry (Tarnowitz)-Brynek pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises.
 - Karf - Beuthen Stadtwald - Tarnowskie Góry (Tarnowitz)-Lubliniec-Cziasnau, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises.
- 2° Du territoire polonais au territoire polonais par le territoire allemand :
- Chebzie (Morgenroth)-Karf-Nowy Radzionków, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises.

(2) Im Verbandsverkehre finden die im Abs. 1 dieses Paragraphen aufgeführten Grundsätze nur auf die im Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 437 bezeichneten Güter Anwendung.

§ 3

Jede Direktion richtet die für ihren Bereich erforderlichen Verkehrscontrollen ein. Im Wechsel- und Verbandsverkehre werden die beiden Direktionen die für die Verrechnung und Abrechnung notwendigen Vereinbarungen treffen.

§ 4

Schuld und Forderung sind spätestens zwei Monate nach dem Verrechnungsmonat bekannt zu geben. Die Begleichung muß bis zum 15. des dritten Monats geschehen, der dem Verrechnungsmonat folgt. Jedes Guthaben ist vom 20. des auf den Verrechnungsmonat folgenden Monats ab mit 5 v. H. für das Jahr zu verzinsen. Für Forderungen, die am ersten Kalendertage des vierten auf den Verrechnungsmonat folgenden Monats unbeglichen sind, werden von diesem Tage ab bis zum Tage des Ausgleichs außerdem 8 v. H. Verzugszinsen für das Jahr gezahlt werden.

Zu Artikel 438

(1) Zwischen Stationen eines und desselben Eisenbahnnetzes über die im Abs. 2 aufgeführten Strecken des anderen Eisenbahnnetzes können auf Verlangen der Versand- und Empfangsbahn die im Binnenvorkehre dieser Bahn jeweils geltenden Personen-, Gepäck-, Expressgut-, Leichen-, Tier-, Eil- und Frachtguttarife durchgerechnet werden. In der Zugehörigkeit zum Wechselverkehre tritt hierdurch eine Änderung nicht ein. Die Durchführung der Maßnahme muß deshalb im Tarife für den oberösterreichischen Wechselverkehr und nicht in den für jedes der beiden Eisenbahnnetze geltenden Binnentarifen stattfinden.

(2) Folgende Strecken kommen in Frage:

- Von deutschen durch polnisches nach deutschem Gebiet:
 - Gleiwitz-Blok Miserau-Abschlußgleis anlagen der Gleiwitzer Steinkohlengrube sowie Öhringengrube, nur für den Güterverkehr;
 - Gleiwitz-Makoszau-Grubenbahnhof der Delbrückschäfte, nur für den Güterverkehr;
 - Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowiz-Brynek, für den Personen- und Güterverkehr;
 - Karf-Beuthen Stadtwald-Tarnowiz-Lubliniec-Cziasnau, für den Personen- und Güterverkehr.
- Von polnischem durch deutsches nach polnischem Gebiet:
 - Morgenroth-Karf-Neu Radzionkau, für den Personen- und Güterverkehr;

- b) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, pour le service des voyageurs et le trafic des marchandises.
- c) Redensblickschacht (Florentinegrube)-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, pour le trafic des marchandises seulement.
- d) Chorzów-Blockstelle Bsw-Redensblickschacht (Florentinegrube), pour le trafic des marchandises seulement.

3. — Toute modification à l'alinéa 2 devra faire l'objet d'un accord entre les deux administrations de chemins de fer.

ad article 440

1. — Du nombre des locomotives destinées au réseau allemand:

- 450 constituent l'effectif des locomotives en ordre de marche,
- 180 l'effectif en réparation, et du nombre des locomotives destinées au réseau polonais:
- 300 constituent l'effectif des locomotives en ordre de marche,
- 130 l'effectif en réparation.

2. — La répartition par types du nombre de locomotives attribuées à chaque réseau se fera d'après l'annexe 1 du présent Règlement.

3. — Le nombre des locomotives en ordre de marche fixé pour chaque réseau doit être obtenu:

- 1^o par l'attribution de toutes les locomotives qui se trouvent en service sur chaque réseau au moment du transfert de la souveraineté;
- 2^o par l'envoi des locomotives qui, pendant le premier mois qui suivra le transfert de la souveraineté, quitteront les ateliers principaux de la direction allemande après réparation;
- 3^o par l'envoi de locomotives qui seront prélevées sur le reste du parc de l'ancienne Administration des chemins de fer de Prusse et de Hesse.

4. — En suite des mesures indiquées à l'alinéa 3, le réseau allemand devra posséder, dans les quatorze jours qui suivront le transfert de la souveraineté, un effectif de 400 locomotives en ordre de marche, et, si possible, dans le mois qui suivra ce délai, mais au plus tard dans les six semaines, un effectif total de 450 locomotives en ordre de marche; le réseau polonais dans les quatorze jours qui suivront le transfert de la souveraineté, un effectif de 245 locomotives en ordre de marche et, si possible, dans le mois qui suivra ce délai, mais au plus tard dans les six semaines, un effectif total de 300 locomotives en ordre de marche.

5. — Seront comprises dans le nombre des locomotives en ordre de marche attribuées au réseau polonais, les locomotives qui ont été retirées du territoire plébiscité pour être conduites en Pologne et n'ont pas été rendues au territoire plébiscité avant le 1^{er} janvier 1922.

6. — Le nombre des locomotives en réparation fixé pour chaque réseau sera prélevé:

- 1^o sur le nombre des locomotives qui, sur chaque réseau, ne seront pas en ordre de marche lors du transfert de la souveraineté,

b) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, für den Personen- und Güterverkehr;

- c) Redensblickschacht (Florentinegrube)-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej, nur für den Güterverkehr;
- d) Chorzów-Blockstelle Bsw-Redensblickschacht (Florentinegrube), nur für den Güterverkehr.

(3) Änderungen des Abs. (2) müssen zwischen den beiden Bahnverwaltungen vereinbart werden.

Zu Article 440

(1) Von der für das deutsche Eisenbahnnetz bestimmten Zahl bilden

450 Lokomotiven den Bestand der betriebsfähigen Lokomotiven,

180 » den Ausbesserungsbestand; von der für das polnische Eisenbahnnetz bestimmten Zahl bilden

300 Lokomotiven den Bestand der betriebsfähigen Lokomotiven,

130 » den Ausbesserungsbestand.

(2) Die Untererteilung der jedem Eisenbahnnetz zugeteilten Zahl von Lokomotiven nach Gattungen ist entsprechend der Anlage 1 vorzunehmen.

(3) Die für jedes Eisenbahnnetz festgesetzte Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven soll erreicht werden:

1. durch Zuteilung der auf jedem Eisenbahnnetz beim Übergange der Staatshoheit im Betrieb befindlichen Lokomotiven;
2. durch Zuführung der Lokomotiven, die während des ersten Monats nach dem Übergange der Staatshoheit die Hauptwerkstätten der deutschen Direktion nach vollendetem Ausbesserung verlassen werden;
3. durch Zuführung von Lokomotiven, die dem übrigen Bestande der ehemals preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung entnommen werden.

(4) Infolge der im Abs. 3 angegebenen Maßnahmen soll das deutsche Eisenbahnnetz innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Übergange der Staatshoheit einen Bestand von 400 betriebsfähigen Lokomotiven, möglichst nach einem weiteren Monate, spätestens nach sechs Wochen einen Gesamtbestand von 450 betriebsfähigen Lokomotiven, das polnische Eisenbahnnetz innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Übergange der Staatshoheit einen Bestand von 245 betriebsfähigen Lokomotiven, möglichst nach einem weiteren Monate, spätestens nach sechs Wochen einen Gesamtbestand von 300 betriebsfähigen Lokomotiven besitzen.

(5) Auf die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven, die dem polnischen Eisenbahnnetz zufallen, sind die Lokomotiven anzurechnen, die aus dem Abstimmungsgebiete nach Polen weggeführt und bis zum 1. Januar 1922 dem Abstimmungsgebiete nicht wieder zurückgegeben worden sind.

(6) Die als Ausbesserungsbestand für jedes Eisenbahnnetz festgesetzte Zahl von Lokomotiven in Reparatur soll entnommen werden:

1. aus der Zahl der auf jedem Eisenbahnnetz beim Übergange der Staatshoheit vorhandenen, nicht betriebsfähigen Lokomotiven,

2^o sur le nombre des locomotives se trouvant dans les ateliers principaux de la direction allemande pour réparation, à moins que ces locomotives ne fassent partie de celles qui sont indiquées à l'alinéa 3, chiffre 2.

7. — Toutes les locomotives qui, en plus du nombre des locomotives réparties, se trouvent dans le territoire plébiscité, demeureront propriété des chemins de fer du Reich allemand et devront être mises à leur disposition.

8. — La répartition par types des voitures de voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service, attribués à chaque réseau, se fera d'après l'annexe 2 du présent Règlement. Au point de vue de l'état de roulement, il est admis que l'effectif de réparation pourra être le 11 % de l'effectif total.

9. — Les dispositions des alinéas 3 à 7 s'appliqueront également, par analogie, aux voitures de voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service.

10. — La répartition par types des wagons à marchandises attribués à chaque réseau se fera d'après l'annexe 3 du présent Règlement. Pour la répartition suivant l'état de roulement, on prendra pour base un effectif de réparation de 6 % de l'effectif total. L'âge moyen des wagons à marchandises devra, au moment de la répartition, être le même pour les effectifs attribués aux deux réseaux.

ad articles 441 et 442

1. — Il sera apposé aux locomotives, automotrices à accumulateurs, voitures à voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service, une marque de propriété correspondant à leur attribution, et un numéro. Les voitures de voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service porteront, en outre, l'indication de leur gare d'attache. Les anciennes marques de propriété seront supprimées ou modifiées.

2. — Dans le livre de service (carnet de chaudière) de chaque locomotive répartie, on insérera une note indiquant l'attribution et la modification des marques.

3. — Les anciennes marques de propriété et numéros des wagons à marchandises seront supprimés. Les wagons à marchandises attribués au réseau allemand recevront l'inscription « Oberschlesien », et, au-dessous, l'inscription « Górný Śląsk », ainsi qu'un nouveau numéro; les wagons de marchandises attribués au réseau polonais recevront l'inscription « Górný Ślask » et, au-dessous, « Oberschlesien », ainsi qu'un nouveau numéro.

4. — Il sera créé des commissions comprenant des agents de chemins de fer des deux États, qui devront procéder au choix des véhicules à répartir ainsi qu'aux changements des marques et inscriptions. Les deux administrations de chemins de fer conviendront de la formation de ces commissions et s'entendront sur les instructions de service à leur donner. Ces instructions seront basées sur les conditions pour la remise des véhicules aux territoires cédés qui ont été établies par le Comité pour la répartition des véhicules de

2. aus der Zahl der zur Ausbesserung in den Hauptwerkstätten der deutschen Direktion befindlichen Lokomotiven, soweit sie nicht unter die im Abs. 3 Ziffer 2 bezeichneten Lokomotiven fallen.

(7) Alle Lokomotiven, die sich über die Zahl der verteilten Lokomotiven hinaus im Abstimmungsgebiete befinden, bleiben Eigentum der deutschen Reichsbahn und sind dieser zur Verfügung zu stellen.

(8) Die Unterverteilung der jedem Bezirke zufallenden Personenwagen, Gepäckwagen, Packwagen und Bahndienstwagen nach Gattungen ist entsprechend der Anlage 2 vorzunehmen. Der Ausscheidung betriebsfähigen Materials ist ein Ausbesserungsbestand von 11 v. H. des Gesamtbestandes zu grunde zu legen.

(9) Die Bestimmungen der Absätze 3 bis 7 finden auch auf die Personen-, Gepäck-, Pack- und Bahndienstwagen sinngemäß Anwendung.

(10) Die Unterverteilung der jedem Eisenbahnnetze zufallenden Güterwagen nach Gattungen ist entsprechend der Anlage 3 vorzunehmen. Der Ausscheidung betriebsfähigen Materials ist ein Ausbesserungsbestand von 6 v. H. des Gesamtbestandes zugrunde zu legen. Das Durchschnittsalter eines Güterwagens soll für den jedem Eisenbahnnetze zugehörigen Bestand zur Zeit der Ausscheidung gleich hoch sein.

Zu Artikel 441 und 442

(1) An den Lokomotiven, Akkumulatorentriebwagen, Personen-, Gepäck-, Pack- und Bahndienstwagen wird ein ihrer Zuteilung entsprechendes Eigentumsmerkmal und eine Nummer angebracht. Die Personen-, Gepäck-, Pack- und Bahndienstwagen erhalten außerdem die Anschrift ihres Heimatsbahnhofs. Die bisherigen Eigentumsmerkmale sind zu löschen oder abzuändern.

(2) In das Betriebsbuch (Kesselheft) jeder ausgeschiedenen Lokomotive ist ein Vermerk aufzunehmen, aus dem die Zuteilung sowie die Abänderung der Anschriften hervorgeht.

(3) An den Güterwagen sind die bisherigen Eigentumsmerkmale und Nummern zu löschen. Dafür erhalten die dem deutschen Eisenbahnnetze zufallenden Güterwagen die Anschrift »Oberschlesien« und darunter »Górný Śląsk« sowie eine neue Nummer, die dem polnischen Eisenbahnnetze zufallenden Güterwagen die Anschrift »Górný Ślask« und darunter »Oberschlesien« sowie eine neue Nummer.

(4) Ausschüsse, in denen Eisenbahnbedienstete beider Staaten vertreten sind, werden die Auswahl der ausgeschiedenen Fahrzeuge und ihre Umzeichnung vornehmen. Die Bildung dieser Ausschüsse sowie die Dienstanweisung für sie vereinbaren die beiden Bahnverwaltungen. Den Anweisungen sind, soweit dieser Titel keine gegenteiligen Bestimmungen enthält, die Bedingungen für die Übergabe der Fahrzeuge an die abgetretenen Gebiete zugrunde zu legen, wie sie in dem auf Grund des Artikel 371 des Friedensvertrags von Versailles eingesetzten Ausschusse für die Zutei-

chemins de fer aux pays cessionnaires institué en vertu de l'article 371 du Traité de Paix de Versailles, à moins que ces conditions ne soient contraires aux dispositions de la présente Convention.

5. — Le frais résultant de l'activité des commissions et du changement des marques et inscriptions sont à la charge de chaque administration proportionnellement au nombre des véhicules qui lui sont attribués.

ad article 444

1. — Chaque direction tiendra à jour un inventaire de son parc du matériel roulant.

2. — Chaque direction informera l'autre des modifications que l'effectif des véhicules viendrait à surbir.

3. — Si par suite de construction d'une nouvelle ligne de chemin de fer, de la mise en valeur de nouvelles sources de production ou de raisons analogues, le parc de wagons à marchandises devait être augmenté, il incombera à l'État sur le territoire duquel le trafic s'est développé de se procurer, à ses propres frais, les wagons nécessaires ; ces wagons demeurent la propriété de l'État qui les a acquis et seront marqués conformément au Règlement d'exécution ad articles 441 et 442 ; ils seront utilisés en commun.

ad article 445

Le décompte des prestations à raison du passage des voitures de voyageurs ou des fourgons à bagages du réseau de l'une des directions sur le réseau de l'autre, se fera conformément aux conventions sur l'emploi réciproque des voitures et fourgons à bagages dans le trafic international.

ad article 446

1. — Chacune des directions, dans le cas où le nombre de wagons demandés ne serait pas atteint, a le droit de fournir aux Chemins de fer de la Haute Silésie, en plus des wagons à fournir conformément à l'article 446, autant de ses propres wagons qu'il sera nécessaire pour le transport des marchandises du territoire plébiscité destinées à l'Allemagne ou à la Pologne.

2. — En principe, tous les wagons à marchandises fournis doivent être retournés immédiatement chargés ou vides à l'administration qui les a fournis.

3. — Si les wagons fournis sont employés contrairement aux dispositions du Règlement pour l'emploi réciproque des wagons en trafic international (R. I. V.), les Chemins de fer de la Haute Silésie paieront les amendes y prévues. A l'expiration de chaque année, on constatera le nombre de contraventions commises envers une administration ayant fourni des wagons et si, au cours de l'année, le nombre de 500 contraventions envers l'une des administrations qui a fourni des wagons, n'est pas dépassé, cette dernière remboursera l'amende aux Chemins de fer de la Haute Silésie. Les amendes échues seront définitivement à la charge de la direction fautive.

4. — Si la Pologne est en mesure d'acquérir ou de louer en Allemagne, à des conditions raison-

nung von Eisenbahnfahrzeugen an die abgetretenen Gebiete festgesetzt worden sind.

(5) Die Kosten, die durch die Tätigkeit der Ausschüsse und durch die Umzeichnung entstehen, trägt jede Verwaltung im Verhältnis zur Anzahl der ihr zugeteilten Fahrzeuge.

Zu Artikel 444

(1) Jede Direktion hat fortlaufend ein Verzeichnis über den Bestand ihres Fahrzeugparkes zu führen.

(2) Änderungen des Bestandes wird eine Direktion der anderen mitteilen.

(3) Falls der Güterwagenpark infolge Neubaues einer Eisenbahnslinie, Entstehens neuer Fabriken oder aus ähnlichen Gründen vermehrt werden muß, wird der Staat, auf dessen Gebiete die Verkehrsteigerung eingetreten ist, auf seine Kosten die erforderlichen Güterwagen beschaffen. Diese Wagen bleiben Eigentum des Staates, der sie angekauft hat, und werden entsprechend den Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 441 und 442 gezeichnet. Sie werden gemeinschaftlich benutzt werden.

Zu Artikel 445

Der Ausgleich der Leistungen, die aus dem Laufe von Personen- und Gepäckwagen einer der beiden Direktionen auf dem Eisenbahnnetz der anderen hervorrufen, hat nach den Vereinbarungen für die gegenseitige Benutzung von Personen- und Gepäckwagen zu erfolgen.

Zu Artikel 446

(1) Jede der beiden Eisenbahndirektionen hat das Recht, auch über die im Artikel 446 vereinbarte Wagenbeistellung hinaus so viele eigene Wagen für die oberschlesischen Eisenbahnen beizustellen, als nötig sind, um die Beförderung der für Deutschland oder Polen bestimmten Güter aus dem Abstimmungsgebiete durchzuführen, falls die dafür angeforderten Wagen nicht in voller Anzahl gestellt werden.

(2) Sämtliche beigestellten Güterwagen sollen grundsätzlich beladen oder leer sofort an die beistellende Verwaltung zurückgesandt werden.

(3) Wenn die beigestellten Wagen entgegen den Bestimmungen für den gegenseitigen Gebrauch der Wagen im internationalen Verkehre (R. I. V.) benutzt werden, so zahlen die oberschlesischen Eisenbahnen die dort vorgegebene Buße. Nach Ablauf jedes Jahres wird die Zahl der Verstöße gegenüber jeder Verwaltung, die Wagen beigestellt hat, festgestellt. Sind in einem Jahre gegenüber einer solchen Verwaltung nicht mehr als 500 derartiger Verstöße vorgekommen, so zahlt diese Verwaltung die Buße an die oberschlesischen Eisenbahnen zurück. Verschollene Buße wird endgültig der schuldigen Direktion zur Last fallen.

(4) Sollte es Polen möglich sein, zu annehmbaren Bedingungen Güterwagen in Deutschland zu erwerben

nables, des wagons à marchandises, l'Administration des chemins de fer polonais commencera à fournir de wagons aux Chemins de fer de la Haute Silésie avant les délais prévus.

ad article 447

1. — Les mesures du mouvement nécessaires à la répartition ordonnée par le Service des wagons sont prises d'un commun accord par les deux directions.

2. — Le Service des wagons peut édicter des prescriptions relatives au service des wagons, lesquelles sont obligatoires pour les deux directions. S'il ne peut fournir le total des wagons demandés, il répartira proportionnellement le nombre des wagons à disposition.

3. — Le Service des wagons a un droit de contrôle sur les deux bureaux de répartition ainsi que sur toutes les gares des deux directions en ce qui concerne le service des wagons. Un fonctionnaire de la direction préposée au réseau où s'exerce le contrôle peut y prendre part.

4. — Le répartition des wagons sur le réseau s'opère par les soins du bureau de répartition de chaque direction.

5. — Les contrôles de wagons existant dans les gares frontières du territoire plébiscité de la Haute Silésie en trafic avec la Pologne et la Tchéco-Slovaquie seront maintenus. Entre le réseau allemand du territoire plébiscité et les autres chemins de fer de l'Allemagne, il sera établi dans les gares frontières des postes de contrôle de wagons. Tous ces postes relèvent, pour le service des wagons, du Service des wagons, et doivent, à cet égard, être considérés comme ses organes.

6. — Tous les trains arrivant à vide seront signalés préalablement au Service des wagons; en outre, tous les trains entrant à vide sur le réseau d'une direction lui seront préalablement signalés.

7. — Les bureaux de répartition des deux directions adressent deux fois par jour un rapport télégraphique au Service des wagons sur l'effectif total des wagons et sur le nombre total des wagons nécessaires, en indiquant les types séparément. Les besoins du lendemain doivent être annoncés au plus tard la veille au soir.

8. — En cas de pénurie de wagons, les directions peuvent, après en avoir avisé le Service des wagons, demander elles-mêmes la fourniture de wagons étrangers à leurs deux réseaux. Dans ce cas, c'est la direction qui a fait la demande qui paie seule la location de ces wagons.

9. — Les deux directions adhéreront en commun au Règlement pour l'emploi réciproque des wagons en trafic international (R.I.V.) et conviendront de ses dispositions avec toutes les administrations. En même temps, elles s'efforceront d'obtenir que les wagons des Chemins de fer de la Haute Silésie ne puissent être chargés qu'à destination des gares du réseau propriétaire. Par réseau propriétaire on entend ici les réseaux des deux directions.

10. — Les contrôles frontières de wagons établiront leurs relevés des échanges en deux exemplaires; l'original sera envoyé par le Service des

oder zu mieten, so wird die polnische Eisenbahnverwaltung schon vor den vorgesehenen Fristen mit der Beistellung ihrer Güterwagen für die oberschlesischen Eisenbahnen beginnen.

Zu Artikel 447

(1) Die Betriebsmaßnahmen zur Durchführung der vom Wagenamt verfügten Wagenverteilung werden von den beiden Direktionen im gegenseitigen Einvernehmen getroffen werden.

(2) Das Wagenamt kann mit verbindlicher Kraft für die beiden Direktionen Vorschriften für den Wagendienst erlassen. Es wird nötigenfalls gleichmäßige Teildeckungen anordnen.

(3) Das Wagenamt hat das Recht der Kontrolle in beiden Wagenbüros sowie auf allen Bahnhöfen beider Direktionen hinsichtlich des Wagendienstes. An der Kontrolle kann ein Beamter der Direktion teilnehmen, auf deren Netz die Kontrolle stattfindet.

(4) Die Verteilung der Wagen auf die Bedarfsstellen geschieht durch die Wagenbüros der Direktionen.

(5) Die bestehenden Wagenkontrollen auf den Grenzübergangsstationen des oberschlesischen Abstimmungsgebiets im Verkehr mit Polen und mit der Tschechoslowakei bleiben bestehen. Auf den Übergangsbahnhöfen zwischen dem deutschen Eisenbahnnetze des Abstimmungsgebiets und den übrigen deutschen Bahnen werden Wagenkontrollen neu errichtet. Alle diese Wagenkontrollen unterstehen bei Ausübung des Wagendienstes dem Wagenamt und sind insoweit als dessen Organe zu betrachten.

(6) Dem Wagenamt werden Bormeldungen über sämtliche anrollenden Leerzüge erstattet. Außerdem erhält jede Direktion Bormeldungen über sämtliche Leerzüge, die auf ihr Eisenbahnnetz eintreten.

(7) Die Wagenbüros beider Direktionen melden dem Wagenamt täglich zweimal telegraphisch den Gesamtwagenbestand und den Gesamtwagenbedarf, getrennt nach Gattungen. Der Bedarf für den folgenden Tag muß abends gemeldet werden.

(8) Bei Wagenmangel kann jede der beiden Direktionen nach Verständigung des Wagenamts die Beistellung von Wagen anderer Eisenbahnen für ihr Eisenbahnnetz selbständig veranlassen. Die Wagnemiete zahlt in diesem Falle die ansfordernde Direktion allein.

(9) Beide Direktionen werden gemeinsam dem Übereinkommen für die gegenseitige Benutzung der Güterwagen im internationalen Verkehr (R. I. V.) beitreten und dessen Bestimmungen mit sämtlichen Verwaltungen vereinbaren. Dabei ist die Beschränkung anzustreben, daß Wagen der oberschlesischen Eisenbahnen nur nach Bahnhöfen ihrer Heimatbahn beladen werden dürfen. Als Heimatbahn in diesem Sinne gelten die Eisenbahnnetze beider Direktionen.

(10) Die Grenzkontrollen werden ihre Übergangsnachweise in zweifacher Ausfertigung aufstellen. Das Urstück wird dem Wagenabrechnungsbureau

vagons au bureau chargé de la comptabilité du matériel roulant, à Magdebourg. Une copie restera entre les mains des contrôles frontières. Ceux-ci enverront chaque jour au Service des wagons et à la direction compétente une récapitulation des sorties et des entrées de wagons avec indication séparée du type, du nombre et du tonnage.

11. — Le bureau chargé de la comptabilité du matériel roulant, à Magdebourg, dressera, contre rémunération convenable, les décomptes entre toutes les administrations des chemins de fer et les remettra au Service des wagons près le Comité supérieur qui, après examen, procédera au règlement avec ces administrations. Chaque direction a le droit de prendre connaissance des pièces comptables à Magdebourg.

12. — Dans les gares frontières de jonction entre les deux réseaux, il sera tenu à jour un relevé sommaire des wagons avec indication séparée des wagons chargés et des wagons vides. Ce relevé qui n'aura qu'un caractère de simple information sera tenu par un seul agent pour les deux directions. Le résultat sera communiqué quotidiennement à chaque direction par écrit ou télégraphiquement.

13. — Dans les gares frontières de jonction entre les deux réseaux, il devra être procédé à une visite technique des wagons à marchandises, visite dont les détails seront fixés par les directions d'un commun accord. Les wagons endommagés seront refusés s'ils ne portent pas une étiquette établie d'après le modèle de l'annexe 4 du présent Règlement et si cette étiquette n'indique pas la direction sur le réseau de laquelle le dommage s'est produit ou a été constaté. L'étiquette sera libellée en allemand et en polonais ou inversement.

14. — Chaque direction décide, pour son propre compte, de l'admission, dans son parc de matériel roulant, des wagons appartenant à des particuliers.

ad article 448

1. — La répartition des wagons entre les deux réseaux d'après leur type se fera conformément à l'annexe 5 du présent Règlement.

2. — Les locomotives et wagons endommagés qui ont dû être retirés du service seront répartis, d'entente entre les directions, dans les mêmes proportions que celles adoptées lors du choix du matériel à répartir aux deux réseaux.

3. — Le coefficient de répartition sera appliqué en tenant compte du mode de construction (bois, fer), du tonnage et de l'âge.

4. — Les wagons appartenant à des particuliers sont considérés comme incorporés dans le parc du réseau où est située la gare d'attache du wagon.

5. — Les dispositions du Règlement d'exécution ad articles 441 et 442, sont applicables par analogie aux chemins de fer à voie étroite.

ad article 452

1. — L'alinéa 3 du Règlement d'exécution ad article 444 et les alinéas 13 et 14 du Règlement d'exécution ad article 447, sont également applicables aux chemins de fer à voie étroite.

Magdeburg durch das Wagenamt überwandt. Eine Abschrift verbleibt den Grenzkontrollen. Die Grenzkontrollen werden dem Wagenamt und der zuständigen Direktion täglich eine Zusammenstellung des Wagenausgangs und -einganges nach Gattung, Zahl und Ladegewicht geben.

(11) Das Wagenabrechnungsbureau Magdeburg wird gegen angemessene Vergütung die Abrechnungen mit sämtlichen Eisenbahnverwaltungen aufstellen und dem Wagenamt beim Oberkomitee übersenden. Das Wagenamt wird nach erfolgter Prüfung die Abrechnung mit diesen Verwaltungen vornehmen. Jeder Direktion steht das Recht zu, in Magdeburg in die Rechnungsunterlagen Einsicht zu nehmen.

(12) Auf den Grenzübergangsbahnhöfen zwischen den beiden Eisenbahnen findet fortlaufend eine summarische Wagenzählung, getrennt nach leeren und beladenen Wagen, statt. Diese nur informative Zählung wird von einem Bediensteten für beide Direktionen vorgenommen. Das Ergebnis wird täglich jeder Direktion schriftlich oder telegraphisch gemeldet.

(13) Auf den Grenzübergangsbahnhöfen zwischen den beiden Eisenbahnen hat eine technische Untersuchung der Güterwagen stattzufinden, deren Einzelheiten die Direktionen vereinbaren werden. Beschädigte Wagen werden zurückgewiesen, wenn sie nicht einen Beschriftettsel nach dem Muster der Anlage 4 tragen, und wenn dieser Zettel nicht die Direktion benennt, auf deren Gebiet der Schaden entstanden ist oder vorgefunden wurde. Der Vordruck des Zettels wird in deutscher und polnischer oder in polnischer und deutscher Sprache ausgeführt werden.

(14) Jede Direktion entscheidet selbständig über die Einstellung von Privatwagen in ihren Wagenpark.

Zu Artikel 448

(1) Die Unterverteilung der Fahrzeuge auf die beiden Eisenbahnen nach Gattungen ist nach der Anlage 5 vorzunehmen.

(2) Die aus dem Betriebe zurückgezogenen schadhaften Lokomotiven und Wagen werden in dem gleichen Verhältnisse verteilt, wie es für die Verteilung der Fahrzeuge bestimmt worden ist.

(3) Dieses Verhältnis wird auch bei Verteilung der Wagen nach Bauart (Holz und Eisen), Ladegewicht und Alter berücksichtigt werden.

(4) Die Privatgüterwagen gelten als in den Wagenpark desjenigen Eisenbahnen eingestellt, auf dem die Heimatstation der Wagen liegt.

(5) Die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 441 und 442 gelten sinngemäß auch für die Schmalspurbahnen.

Zu Artikel 452

(1) Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 444 und die Absätze 13 und 14 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 447 gelten auch für die Schmalspurbahnen.

2. — Chacune des quatre gares frontières de jonction, Rossberg, Dombrowa, Bobrek et Poremba, fait établir, par l'employé allemand et l'employé polonais qui y sont stationnés, un relevé de tous les wagons échangés, en provenance ou à destination des deux réseaux, et cela pour chaque administration séparément et selon un modèle uniforme. Ces employés vérifieront chaque jour la concordance de leurs relevés et se donneront mutuelle confirmation de cette concordance, ou feront immédiatement le nécessaire pour établir la cause des différences constatées.

3. — Le compte de chaque relevé du matériel sera journellement établi, et le résultat en sera communiqué à l'inspection du mouvement à Rossberg, qui portera ces chiffres dans un décompte du matériel selon un modèle convenu.

4. — Le décompte du matériel sera adressé à chacune des deux directions. Le doit et l'avoir seront compensés chaque semaine du fait que les wagons dus à une direction par l'autre seront rendus aux gares frontières de jonction que désignera l'inspection du mouvement.

5. — Si une direction est en retard dans la remise des wagons qu'elle doit, l'autre direction sera fondée à retenir d'autres wagons en nombre égal. La direction en demeure paiera, en outre, à l'autre direction une location, dont le montant sera fixé par les directions d'un commun accord.

ad articles 453, 454, 455, 456

1. — Aucune modification ne pourra être apportée à la construction et à l'aménagement des véhicules, ni aucune dérogation aux prescriptions concernant les matériaux employés, sans autorisation préalable de la direction compétente.

2. — Les matériaux employés par les ateliers de chemins de fer pour les travaux devront répondre aux prescriptions allemandes et seront achetés par les ateliers eux-mêmes. La direction polonaise devra se mettre d'accord avec la direction allemande dans le cas où elle estimerait nécessaire de déroger aux prescriptions allemandes.

3. — À la demande de la direction compétente, les vieux matériaux provenant des réparations de véhicules seront mis à sa disposition ou portés en compte au prix des rebuts.

4. — Les produits défectueux resteront pour compte aux ateliers de chemins de fer et non au commettant.

5. — Les véhicules qui ont besoin de réparations ou d'un examen technique devront être annoncés, conformément aux prescriptions allemandes présentes ou à venir, aux ateliers de chemins de fer. Ceux-ci se feront envoyer les véhicules et les retourneront à l'exploitation après exécution des travaux et réception par le commettant.

6. — L'étiquette d'avarie prévue dans le Règlement allemand pour l'annonce et le traitement des wagons endommagés ou soumis à un examen (*Dienstvorschrift für die Meldung und Behandlung der schadhaften und untersuchungspflichtigen Wagen*), ainsi que ses indications, seront libellées

(2) Auf jedem der vier Grenzübergangsbahnhöfe Rossberg, Dombrowa, Bobrek und Poremba haben ein deutscher und ein polnischer Beamter über die von und nach den beiden Eisenbahnnebenen übergeleiteten Wagen nach vereinbartem Muster einen Wagennachweis für jede Verwaltung besonders zu führen. Beide haben täglich die Übereinstimmung ihrer Aufschreibungen festzustellen und gegenseitig zu bestätigen sowie Unstimmigkeiten sofort aufzuflären.

(3) Jeder Wagennachweis ist täglich aufzurechnen und die Endsumme der Zugleitung in Rossberg zu melden, die diese Zahlen in eine Wagenabrechnung nach vereinbartem Muster einzutragen hat.

(4) Die Wagenabrechnung ist jeder der beiden Direktionen zuzustellen. Schuld und Guthaben werden wöchentlich dadurch ausgeglichen, daß die von einer Direktion der anderen geschuldeten Wagen auf den von der Zugleitung zu bestimmenden Grenzübergangsstationen zurückzugeben sind.

(5) Bleibt eine Direktion mit der Rückgabe der geschuldeten Wagen im Rückstande, so ist die andere Direktion berechtigt, den Rücklauf anderer Wagen in gleicher Anzahl zu sperren. Die im Verzuge befindliche Direktion zahlt der anderen Direktion außerdem eine von den Direktionen zu vereinbrende Miete.

Zu Artikel 453, 454, 455, 456

(1) Jede Änderung in der Bauart und der Ausstattung, jede Abweichung von den Vorschriften über das zu verwendende Material bedarf der Genehmigung der zuständigen Direktion.

(2) Das von den Eisenbahnwerkstätten zur Ausführung der Arbeiten zu verwendende Material muß den deutschen Vorschriften entsprechen und wird von den Werkstätten selbst beschafft. Falls die polnische Direktion Ausnahmen von den deutschen Vorschriften für notwendig hält, wird sie sich darüber mit der deutschen Direktion verständigen.

(3) Auf Antrag der zuständigen Direktion sind die bei der Ausbesserung von Fahrzeugen abfallenden Altstoffe ihr entweder zu den Altstoffpreisen in Abrechnung zu bringen oder zur Verfügung zu stellen.

(4) Fehlfabrikate fallen den Eisenbahnwerkstätten, nicht dem Besteller zur Last.

(5) Fahrzeuge, die ausgebessert oder untersucht werden müssen, werden nach den jeweils geltenden deutschen Vorschriften den Eisenbahnwerkstätten angeboten, auf Anforderung zugeführt und nach Ausführung der Arbeiten und Abnahme dem Betriebe zurückgegeben.

(6) Die in der »Dienstvorschrift für die Meldung und Behandlung der schadhaften und untersuchungspflichtigen Wagen« vorgeesehenen Meldezettel für Ausbesserungswagen werden in sinngemäßer Anwendung der Bestimmung des § 16 Biff. 5 Abs. 2 des »Übereinkommens für die gegenseitige Be-

en allemand, par analogie avec la disposition du § 16, chiffre 5, alinéa 2, du Règlement pour l'emploi réciproque des wagons en trafic international (R.I.V.). On pourra y ajouter le texte polonais.

7. — Les locomotives, voitures de voyageurs et fourgons, seront envoyés aux ateliers et ramenés des ateliers à l'intérieur des deux réseaux aux taxes normales, sous déduction de la moitié de la taxe d'expédition. Pour les wagons à marchandises, les taxes normales, sous déduction de la moitié de la taxe d'expédition, ne seront perçues que pour l'aller à l'atelier quand il y a transport à vide effectué dans ce but exclusivement (voir § 21 du Règlement d'exécution ad article 435).

8. — Pour le traitement des wagons endommagés ailleurs que sur les Chemins de fer de la Haute Silésie, les conventions conclues ou à conclure avec les administrations étrangères font règle.

9. — Pour les deux réseaux, les frais de réparation des wagons à marchandises seront payés par la direction sur la ligne de laquelle le dommage s'est produit ou a été constaté.

10. — Les deux directions sont autorisées à faire surveiller et recevoir à leurs propres frais et par leurs propres agents, dont le nombre sera fixé par elles d'un commun accord, les travaux de réparation dans les ateliers. Ces agents auront accès dans les locaux où les travaux s'exécutent; ils devront se soumettre aux prescriptions du Règlement des ateliers.

11. — Les directions établiront en commun pour ces agents chargés de la surveillance et de la réception des travaux des prescriptions réglant leurs compétences et leurs obligations.

12. — Les agents chargés de la surveillance et de la réception des travaux indiqueront, d'après les bulletins de commande établis par l'exploitation, la nature et l'étendue de la réparation; ils décideront également si, et jusqu'à quel point, il y a lieu de remédier aux autres défauts constatées en cours de réparation.

13. — Les travaux exécutés devront être vérifiés par les agents chargés de la surveillance et de la réception; ils certifieront que ces travaux ont été exécutés correctement. Ils certifieront aussi l'exactitude des factures et la concordance des travaux exécutés avec les demandes figurant sur le bulletin de commande et avec les ordres ultérieurs de réparations devenues nécessaires. Toutes les pièces nécessaires aux agents de surveillance pour la vérification des factures, devront leur être soumises.

14. — Le Comité supérieur reçoit des deux directions les données statistiques relatives à l'état des réparations du parc du matériel roulant.

ad article 462

1. — La Société Anonyme des chemins de fer d'intérêt local de la Silésie (*Schlesische Kleinbahnaktiengesellschaft*), la Société à responsabilité limitée des tramways à vapeur de la Haute Silésie (*Oberschlesische Dampfstrassenbahngesell-*

schaft der Güterwagen im internationalen Verkehr) (R.I.V.) in deutscher Sprache vorgedruckt und ausgefüllt. Die Beifügung des polnischen Wortlauts wird freigestellt.

(7) Die Lokomotiven, Personen- und Gepäckwagen werden innerhalb der beiden Eisenbahnnetze unter Berechnung der normalen, um die halbe Abfertigungsgebühr gekürzten Frachtsätze den Werkstätten zugeführt und zurückbefördert. Bei Güterwagen wird diese Fracht nur für die Zuführung nach den Werkstätten und nur dann erhoben, wenn sie aus diesem Grunde leer laufen (vgl. § 21 der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 435).

(8) Für die Behandlung beschädigter Güterwagen außerhalb der oberschlesischen Eisenbahnnetze gelten die mit den fremden Verwaltungen getroffenen oder noch zu treffenden Vereinbarungen.

(9) Innerhalb der beiden Eisenbahnnetze werden die Kosten für die Ausbesserung der Güterwagen von der Direktion bezahlt, auf deren Strecken der Schaden entstanden ist oder vorgefunden wurde.

(10) Die beiden Direktionen sind berechtigt, die Ausbesserungsarbeiten in den Werkstätten durch eigene Beamte, deren Zahl besonderer Vereinbarung zwischen ihnen vorbehalten bleibt, auf ihre Kosten überwachen und abnehmen zu lassen. Die Beamten haben Zugriff zu den Arbeitsräumen, in denen die Arbeiten ausgeführt werden; sie werden sich den Vorschriften der Werkstättenordnung unterwerfen.

(11) Die Direktionen geben für diese Überwachungs- und Abnahmebeamten gemeinsame Vorschriften heraus, die ihre Besitznisse und Obliegenheiten regeln.

(12) Die Überwachungs- und Abnahmebeamten haben nach den von dem Betriebsdienst ausgestellten Bestellzetteln Art und Umfang der Ausbesserung zu bestimmen und darüber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die während der Ausbesserung sich noch herausstellenden Mängel zu beseitigen sind.

(13) Die ausgeführten Arbeiten sind von den Überwachungs- und Abnahmebeamten nachzuprüfen; die ordnungsmäßige Ausführung ist von ihnen zu becheinigen. Sie haben ferner die Richtigkeit der Rechnungen und die Übereinstimmung der ausgeführten Arbeiten mit den auf den Bestellzetteln geforderten und den nachträglich notwendig gewordenen Arbeiten zu becheinigen. Alle Unterlagen, die für die Prüfung der Rechnungen erforderlich sind, werden den Überwachungsbeamten zur Einsicht vorgelegt.

(14) Das Oberkomitee erhält von den beiden Direktionen das statistische Material über den Ausbesserungsstand des Fahrzeugparkes.

Zu Artikel 462

(1) Die Schlesische Kleinbahn-Aktiengesellschaft, die Oberschlesische Dampfstrassenbahngesellschaft m. b. H. und die Oberschlesische Kleinbahn- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft sind zu einer vorläufigen Änderung bestehender Tarife vor der Genehmigung

schaft m. b. H.) et la Société anonyme des chemins de fer d'intérêt local et d'électricité pour la Haute Silésie (Oberschlesische Kleinbahn- und Elektrizitätsaktiengesellschaft) pourront modifier provisoirement les tarifs actuels avant d'avoir obtenu l'autorisation des autorités du contrôle ou avant qu'une décision de la Commission Mixte ne soit intervenue, si, par sentence de l'autorité arbitrale allemande ou polonaise compétente, une augmentation des salaires du personnel, des allocations d'ordre économique ou d'autres charges semblables leur sont imposées. Cette modification provisoire des tarifs pourra être appliquée dès l'instant où la sentence arbitrale entrera en vigueur, mais seulement dans la mesure nécessaire pour couvrir le surcroît de frais résultant de l'augmentation des salaires, des allocations et autres charges ci-dessus. Le calcul des nouveaux tarifs prendra pour base une recul du trafic de 10 % sur les lignes envisagées comparativement à la moyenne des trois mois précédents de pleine exploitation.

2. — Il pourra être procédé à une modification provisoire des tarifs pour cause d'augmentation des salaires du personnel ou d'allocations spéciales résultant de la libre entente des parties, ainsi qu'à d'autres modifications de tarif pour cause d'augmentation des frais d'exploitation par suite de hausse du prix des matières, du courant électrique ou des taxes et impôts, si quatorze jours après celui où la société a présenté sa demande d'élévation des tarifs, les autorités compétentes n'ont point encore rendu de décision définitive. Dans ce cas, les tarifs pourront provisoirement être augmentés dans la mesure nécessaire pour couvrir, non seulement le surcroît de frais résultant du relèvement des salaires, des allocations et autres charges semblables, mais encore les autres excédents de dépenses, le tout sur la base d'un recul du trafic équivalent à celui indiqué plus haut.

3. — Dans chaque cas, le droit de fixer définitivement les tarifs demeure réservé aux autorités gouvernementales du contrôle, et, s'il y a lieu, à la Commission Mixte.

ad article 465

1. — Aux endroits où les chemins de fer franchissent la frontière, il sera installé des bureaux allemands et polonais pour le contrôle de passeports et la visite douanière.

2. — Pendant la durée du parcours en territoire transité, les fenêtres et les portières des compartiments occupés par les voyageurs en transit et leurs bagages resteront fermées.

3. — Pendant le transit, les trains sur route pourront être convoyés par des agents de douane du pays transité. Les frais de convoi seront à la charge du pays qui bénéficie du transit. L'administration des douanes de ce pays pourra également faire accompagner ces trains par ses propres agents.

4. — Sur la ligne Beuthen-Rudzka Kuznica (Rudahammer)-Hindenburg, les voyageurs désirant monter ou descendre en territoire polonais

durc die Aufsichtsbehörden oder der Entscheidung durch die Gemischte Kommission berechtigt, wenn ihnen durch Spruch der zuständigen deutschen oder polnischen Schiedsstelle eine Erhöhung der Bezüge des Personals, die Zahlung von Wirtschaftsbeihilfen o. dgl. auferlegt wird. Eine solche vorläufige Tarifänderung darf zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem der Schiedsspruch in Kraft tritt, jedoch nur in dem Maße, daß unter Annahme eines Verkehrsrückgangs von 10 v. H. auf allen dem Tarif unterworfenen Strecken gegenüber dem Durchschnitte der drei vorangegangenen Monate vollen Betriebs lediglich die durch die Lohnerhöhung und ähnliche Lasten der bezeichneten Art entstehenden Mehrkosten ausgeglichen werden.

(2) Falls im Wege freier Vereinbarung die Bezüge des Personals erhöht oder besondere Beihilfen gewährt werden, und falls sich die Betriebskosten durch gesteigerte Material- und Strompreise oder Abgaben erhöhen, dürfen Tarifänderungen unter der Voraussetzung vorläufig vorgenommen werden, daß 14 Tage nach Stellung des Antrags seitens der Gesellschaft eine endgültige Entscheidung durch die zuständige Behörde noch nicht getroffen worden ist. Die Tariferhöhung darf in dem Maße erfolgen, daß unter Annahme eines Verkehrsrückgangs des im Abs. 1 bezeichneten Umfangs außer den Mehrkosten aus Lohnerhöhungen, Wirtschaftsbeihilfen o. dgl. auch die anderen Mehrkosten ausgeglichen werden.

(3) In jedem Falle bleibt die Entscheidung über die endgültig zulässigen Tarife den Aufsichtsbehörden und gegebenenfalls der Gemischten Kommission vorbehalten.

Zu Artikel 465

(1) An beiden Grenzübergängen werden deutsche und polnische Pass- und Zollstellen eingerichtet.

(2) Die Durchgangsreisenden werden einschließlich des von ihnen mitgeführten Gepäcks während der Fahrt durch das polnische Gebiet in den inneren Wagenabteilen untergebracht, deren Fenster und Türen verschlossen zu halten sind.

(3) Die Wagen werden durch Zollbeamte des Durchgangslandes begleitet. Die Kosten der Begleitung trägt das Land, welches das Recht auf den Durchgang hat. Die Zollverwaltung dieses Landes ist berechtigt, die Wagen durch eigene Beamte begleiten zu lassen.

(4) Auf der Strecke Beuthen-Rudahammer-Hindenburg dürfen die Wagen von Reisenden benutzt werden, die innerhalb des polnischen Gebiets ein- und

pourront faire usage des trains sur route, à condition de rester sur la plate-forme pendant le trajet en territoire polonais et de passer la visite douanière et le contrôle des passeports à la frontière.

5. — Sur la ligne Piekary-Beuthen-Königgrube Nordfeld, les trains sur route transitant en territoire allemand sont affectés principalement au transport des ouvriers. Les voyageurs désirant monter ou descendre en territoire allemand ne pourront pas faire usage de ces trains. Les deux Gouvernements fixeront d'un commun accord le nombre des trains et leurs horaires.

6. — Les règlements applicables aux voyageurs seront affichés en allemand et en polonais à l'intérieur de voitures.

ad article 470

1. — Pendant le trajet des trains ou de parties de trains privilégiés sur le territoire transité, les portières et les fenêtres des voitures seront fermées.

2. — Pour ces trains ou parties de trains, on utilisera des voitures à couloirs.

3. — Les prescriptions applicables aux voyageurs pour le trafic en transit privilégié, seront portées à leur connaissance à l'aide d'écriteaux placés à l'intérieur des voitures et rédigés en allemand et en polonais.

ad article 481

1. — Les deux directions s'entendront, pour chaque période d'horaire, sur l'importance et la composition des trains de voyageurs, des parties de trains et des trains de marchandises en transit.

2. — Les deux directions s'entendront, dans chaque cas particulier, lorsqu'elles voudront modifier l'importance et la composition des trains ou intercaler des trains facultatifs devenus nécessaires, au cours d'une période d'horaire, par suite d'une intensification du trafic ou pour toute autre raison.

ad article 482

1. — Les deux directions s'entendront pour chaque période d'horaire sur les wagons-poste, wagons-restaurants et wagons-lits à atteler dans les trains, ainsi que sur les compartiments postaux qu'il y aura lieu de réserver.

2. — L'accès des wagons-restaurants et des wagons-lits, ainsi que leur utilisation, ne sont permis qu'aux voyageurs des trains et parties de trains privilégiés.

ad article 483

Les directions s'entendront sur les changements d'itinéraires ; dans ce but elles prendront d'un commun accord les mesures préparatoires d'ordre général pour chaque période d'horaire.

ad article 484

Par dérogation à la disposition de l'article 423, il n'y aura ni remise, ni acceptation de véhicules dans les trains fermés qui servent au trafic en transit privilégié sur les lignes de :

- Gleiwitz-Block-Miserau-Voies industrielles de raccordement de la mine de Gleiwitz ;

aussteigen wollen. Sie werden während der Durchfahrt auf die Plattformen der Wagen verwiesen und an der Grenze zoll- und paßamtlich abgefertigt.

(5) Die auf der Strecke Piekar-Beuthen-Königgrube Nordfeld durch Deutschland durchlaufenden Wagen dienen hauptsächlich der Beförderung von Arbeitern nach und von ihrer Arbeitsstelle. Sie dürfen von Reisenden, die innerhalb des deutschen Gebiets ein- oder aussteigen wollen, nicht benutzt werden. Das Nähere, insbesondere über die Zahl und die Fahrpläne der durchlaufenden Wagen, werden die beiden Regierungen vereinbaren.

Zu Artikel 470

(1) Während der Fahrt der privilegierten Züge und Zugteile durch das Durchgangsland sind die Wagen und Fenster verschlossen zu halten.

(2) In den Zügen oder Zugteilen sind Durchgangswagen zu verwenden.

(3) Die für die Reisenden im privilegierten Durchgangsverkehr geltenden Vorschriften sind im Innern der Wagen in deutscher und polnischer Sprache anzuhängen.

Zu Artikel 481

(1) Die beiden Direktionen vereinbaren für jede Fahrplanperiode die Stärke und Zusammensetzung der Personenzüge, der Teile von Personenzügen und der Durchgangsgüterzüge.

(2) Über Veränderungen der Stärke und Zusammensetzung der Züge sowie über Einlegung von Bedarfsszügen, die sich während der Fahrplanperiode infolge von Verkehrssteigerungen oder aus sonstigen Gründen als notwendig ergeben sollten, werden sich die beiden Direktionen von Fall zu Fall verständigen.

Zu Artikel 482

(1) Die Direktionen treffen für jede Fahrplanperiode Vereinbarungen über die in die Züge einzustellenden Post-, Speise- und Schlafwagen, sowie über die zur Verfügung zu stellenden Postabteile.

(2) Der Zutritt zu den Speise- und Schlafwagen und ihre Benutzung ist nur den Reisenden der privilegierten Züge und Zugteile gestattet.

Zu Artikel 483

Die Direktionen regeln die Umleitungen im Be-nehmen miteinander; sie vereinbaren für jede Fahrplanperiode, welche allgemeinen Maßnahmen zu diesem Zwecke zu treffen sind.

Zu Artikel 484

Abweichend von der im Artikel 423 getroffenen Bestimmung unterbleibt die Übergabe und Übernahme der in den geschlossenen Zügen für den privilegierten Durchgangsverkehr laufenden Wagen auf den Strecken:

- Gleiwitz-Block Miserau-Anschlußgleisanlage der Gleiwitzer Grube,

- b) Gleiwitz-Makoszowy-Delbrückschächte ;
- c) Chebzie (Morgenroth) - Karf - Nowy Radzionkow ;
- d) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej ;
- e) Chorzów-Beuthen Hauptbahnhof-Nowy Radzionkow ;
- f) Chorzów - Blockstelle Bsw - Redensblickschacht ;
- g) Redensblickschacht-Beuthen West-Szarlej, en tant que la traction est assumée par la direction du pays expéditeur.

ad article 487

1. — Chaque direction établit sur son réseau les lignes télégraphiques et téléphoniques aux frais de la direction dans l'intérêt de laquelle ces lignes sont posées. Chaque direction doit entretenir en état de service les lignes télégraphiques et téléphoniques installées sur son réseau.

2. — Les deux directions s'entendront au sujet des autres installations techniques, ainsi que sur la répartition réciproque des frais résultant de l'entretien, de l'amortissement et autres charges.

ad article 489

1. — En transit privilégié, les bagages enregistrés seront transportés dans des compartiments fermés. L'apposition par la douane des plombs au compartiment à bagages pourra être effectuée à l'arrivée du train à la gare frontière par le convoyeur douanier du pays transité sans qu'il y ait lieu de procéder à une acceptation formelle du bagage. Dans ce cas, le convoyeur douanier du pays transité devra constater que les plombs sont intacts au moment où le train quitte la gare frontière.

2. — L'Administration douanière du pays transité a le droit de faire accompagner les trains dès la dernière gare de départ du pays expéditeur jusqu'à la première gare située au delà de son réseau.

3. — Il est interdit aux voyageurs d'ouvrir les portières. Si les voyageurs doivent quitter le train pour des raisons ayant trait au service des chemins de fer, ou par suite d'accident, ils resteront, eux et leurs bagages, sous surveillance douanière jusqu'à leur départ.

4. — Tout train en transit privilégié pourra être accompagné d'un ou de deux convoyeurs. Si ce nombre paraissait insuffisant, l'Administration douanière de chaque pays sera en droit d'employer des convoyeurs supplémentaires. Toutefois il ne pourra y avoir plus d'un convoyeur par quatre véhicules.

5. — Le pays qui a droit au transit devra rembourser au pays transité les frais de convoiement. Ces frais seront calculés sur la base des échelles de traitement, règlement de frais de route et autres dispositions applicables dans le pays transité aux deux classes inférieures des fonctionnaires ou employés qui, d'après les prescriptions de leur pays, sont appelées à exécuter ce service. Pour faciliter ce calcul, on fixera un montant à forfait en prenant, pour chaque groupe de fonctionnaires et d'employés, la moyenne entre le traitement maximum et minimum et la moyenne

- b) Gleiwitz-Makoszowy-Delbrückschächte,
- c) Morgenroth-Karf-Neu Radzionkau,
- d) Chorzów-Beuthen oberer Bahnhof-Szarlej,
- e) Chorzów-Beuthen Hauptbahnhof-Neu Radzionkau,
- f) Chorzów-Blockstelle Bsw.-Redensblickschacht,
- g) Redensblickschacht-Beuthen West-Szarlej, sofern die Zugbeförderung durch die Direktion des Versandlandes erfolgt.

Zu Artikel 487

(1) Jede Direktion führt den Bau von Telegraphen- und Fernsprechleitungen auf ihrem Eisenbahnnetz auf Kosten der Direktion aus, in deren Interesse die Leitungen gezogen werden. Die betriebsfachere Unterhaltung der Telegraphen- und Fernsprechleitungen liegt jeder Direktion auf ihrem Eisenbahnnetze ob.

(2) Die weiteren technischen Einrichtungen sowie die gegenseitige Verrechnung der Kosten für die Unterhaltung, Tilgung usw. sind von den beiden Direktionen zu vereinbaren.

Zu Artikel 489

(1) Das eingeschriebene Gepäck wird für die Durchfahrt unter Raumverschluß gelegt. Der Zollverschluß an dem Zollgepäckraume kann bei der Ankunft des Zuges auf dem Grenzbahnhofe durch den Zollbegleiter des Durchgangslandes ohne formliche Übernahme der Stufe angelegt werden. In diesem Falle ist die Unverletztheit des Verschlusses beim Wiederaustritte des Zuges aus dem Grenzbahnhofe durch den Zollbegleiter des Durchgangslandes festzustellen.

(2) Die Zollbehörde des Durchgangslandes hat das Recht, die Züge bereits von der letzten Abgangsstation des Versandlandes bis zur ersten Station jenseits des Durchgangslandes begleiten zu lassen.

(3) Das Öffnen der Wagentüren ist den Reisenden verboten. Sollten die Reisenden den Zug aus Gründen des Eisenbahndienstes oder infolge eines Unfalls verlassen müssen, so bleiben sie mit ihrem Gepäck bis zur Weiterfahrt unter Zollaufsicht.

(4) Jedem privilegierten Zuge können ein oder zwei Begleiter beigegeben werden. Die Zollbehörde jedes Landes behält sich vor, wenn diese Zahl sich als ungenügend erweisen sollte, Zusatzbegleiter zu stellen, jedoch soll die Zahl der Begleiter nicht mehr als höchstens je einer für vier Wagen betragen.

(5) Das Land, das ein Recht auf den Durchgang hat, verpflichtet sich, dem Durchgangslande die Begleitkosten zu erstatten. Diese Kosten werden auf Grund der Besoldungs-, Reisekosten- und anderen Bestimmungen berechnet, die im Durchgangslande für die beiden niedrigsten, zu diesem Dienste nach Maßgabe der Dienstvorschriften ihres Landes berufenen Beamten- oder Angestelltengruppen gelten. Zur Erleichterung der Berechnung wird der Betrag in der Weise pauschaliert, daß für jede Beamten- und Angestelltengruppe das Mittel zwischen dem Höchst- und Mindesteinkommen sowie der Durchschnittsbetrag der

des frais de route. Ces frais de convoiement seront remboursés, pour chaque trimestre échu, sur la base d'un compte qui sera envoyé par le pays transité au pays expéditeur.

6. — Comme bureau de décompte, l'Allemagne désigne la Section des douanes et des impôts de consommation du Département provincial des Finances à Oppeln (*Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern des Landesfinanzamtes Oppeln*). La Pologne désignera le plus tôt possible une autorité de douane.

7. — L'État débiteur devra effectuer le paiement dans les quatorze jours qui suivront la date de réception de la facture par son bureau de décompte. Si le paiement n'a pas lieu dans ce délai, la somme due portera intérêt au taux de 5 %. Le paiement sera effectué en monnaie ayant cours légal dans la partie du territoire plébiscité appartenant à l'État créancier.

8. — Les bureaux de décompte se feront connaître mutuellement les caisses désignées pour recevoir et effectuer les paiements.

ad articles 488 à 493

1. — La fermeture douanière se fera par plombage du wagon s'il s'agit d'un wagon couvert ; elle se fera de toute autre manière jugée utile par l'autorité douanière si la marchandise se trouve dans un wagon ouvert ou si le plombage d'un wagon couvert ne peut avoir lieu à cause du personnel convoyeur (dans les transports d'animaux par exemple).

2. — L'administration des chemins de fer établira, pour les véhicules de tout train en transit, une feuille de train, dont le texte imprimé, libellé en allemand et en polonais ou inversement, sera arrêté d'un commun accord par les autorités du chemin de fer et les autorités douanières. Cette feuille devra être remise en deux exemplaires aux autorités douanières allemandes et en trois exemplaires aux autorités douanières polonaises. Les lettres de voitures seront mises à la disposition du bureau de douane frontière avec les feuilles de train. En cas d'expéditions par groupes, le nombre des colis de chaque wagon sera indiqué sur la feuille de train.

3. — Les modifications que pourraient subir la composition du train, le contenu des wagons et les fermures, doivent être mentionnées sur la feuille de train. Si plusieurs wagons vides se succèdent, il suffira de les indiquer sommairement.

4. — Les documents concernant des envois de marchandises soumis au contrôle de la douane et à celui de l'administration des contributions doivent être mentionnés sur la feuille de train.

5. — Si des wagons à marchandises sont attelés à des trains de voyageurs, ces wagons seront traités en douane comme s'ils faisaient partie de trains de marchandises.

6. — Les plombs apposés par les autorités douanières du pays expéditeur ne peuvent être levés temporairement sur le territoire transité que dans les cas prévus au chapitre III du présent titre, ou pour des nécessités impérieuses du service des chemins de fer. Le transbordement n'est permis que pour des raisons de service. Dans ces

Reisegeldzuschüsse angesetzt wird. Die Kosten werden für jedes abgelaufene Vierteljahr auf Grund einer Aufstellung erstattet, die von dem Durchgangslande dem Versandlande zu übersenden ist.

(6) Als Abrechnungsstelle bestimmt Deutschland die Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern des Landesfinanzamts Oppeln. Polen wird baldmöglichst eine Zolldirektivbehörde bestimmen.

(7) Das zahlungspflichtige Land wird binnen vierzehn Tagen nach dem Eingange der Rechnung bei seiner Abrechnungsstelle Zahlung leisten. Erfolgt die Zahlung nicht fristgemäß, so ist die geschuldete Summe mit 5 v. H. zu verzinsen. Die Zahlung ist in der Währung zu bewirken, die für den dem fordernen Staate gehörenden Teil des Abstimmungsgebiets als gesetzliche Währung gilt.

(8) Die Abrechnungsstellen werden sich gegenseitig bekanntgeben, welche Kassen die Zahlungen bewirken und annehmen.

Zu Artikel 488 bis 493.

(1) Die Zollsicherung der Waren erfolgt bei gedeckten Wagen durch Zollverschluß des Wagens, bei offenen Wagen und bei denjenigen gedeckten Wagen, deren Zollverschluß wegen der mitfahrenden Begleitung ausgeschlossen ist (z. B. bei Tieren), nach dem Ermessen der Zollbehörde.

(2) Über die Wagen jedes das Durchgangsland durchlaufenden Zuges muß von der Bahnverwaltung eine Zugliste nach einem Muster mit deutschem und polnischem oder polnischem und deutschem Vordruck geführt werden, das im gegenseitigen Einverständnis der Bahn- und Zollbehörden entworfen werden wird. Von dieser Zugliste sind zwei Ausfertigungen für die deutschen und drei Ausfertigungen für die polnischen Zollbehörden bestimmt. Den Grenzzollämtern werden mit den Zuglisten die Frachtbriefe zur Verfügung gestellt. Bei Stückgutsammelsendungen ist die Zahl der Stückgüter jedes Wagens in der Zugliste anzugeben.

(3) Veränderungen in der Zusammensetzung des Zuges, an dem Inhalte der Wagen und an den Verschlüssen sind in der Zugliste zu vermerken. Es genügt, mehrere aufeinanderfolgende leere Wagen summarisch anzugeben.

(4) Papiere über WarenSendungen, die unter Zoll- und Steuerkontrolle stehen, sind der Zugliste anzufügen.

(5) In Personenzüge eingestellte Güterwagen werden zollamtlich ebenso behandelt, wie in Güterzüge eingestellte Güterwagen.

(6) Eine vorübergehende Öffnung der Zollverschlüsse darf im Durchgangslande nur in den im Kapitel III dieses Titels vorgesehenen Fällen oder aus zwingenden Gründen des Eisenbahndienstes vorgenommen werden. Die Umladung ist nur aus Gründen des Eisenbahnbetriebs zulässig. In solchen Fällen regelt sich die zollamtliche Behandlung nach

cas, les opérations douanières se feront conformément aux règlements en vigueur dans le pays. Le transbordement des marchandises, la levée des plombs de douane, les motifs de ces opérations ainsi que l'apposition de nouveaux plombs, devront être constatés dans la feuille de train et, le cas échéant, dans les documents de douane et les documents relatifs au paiement de droits, taxes et autres contributions. Il sera procédé de la même façon au cas où, en cours de route, une fermeture aura été intentionnellement ou accidentellement endommagée, ou des marchandises auront été volées d'un wagon, et le procès-verbal de constatation sera, autant que possible, dressé en présence d'agents de la douane. Les mesures prises et les raisons qui les ont dictées devront être consignées dans la feuille de train et, le cas échéant, dans les documents de douane et documents relatifs au paiement de droits, taxes et autres contributions. Il y sera joint un extrait du procès-verbal. La remise en route des wagons qui auront subi un arrêt pour les raisons prévues ci-dessus devra se faire à la première occasion.

7. — L'entrée et la sortie du train devront être indiquées pour les deux territoires sur la feuille de train. Les irrégularités constatées à cet égard devront faire l'objet d'une mention et les mesures commandées par les circonstances seront prises.

ad article 495

1. — La carte d'identité sera établie d'après le modèle suivant :



Verso.

AVIS

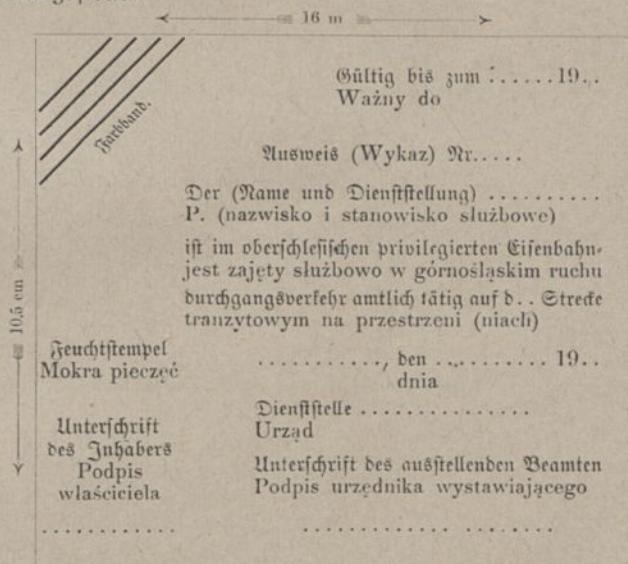
Cette carte d'identité doit être rendue au service qui l'a établie dès que le porteur n'exerce plus les fonctions indiquées, et, en tout cas, à l'expiration de la durée de sa validité.

den Bestimmungen des Durchgangslandes. Die Umładung der Güter, die Öffnung des Zollverschlusses und ihre Ursachen sowie die Erneuerung des Verschlusses sind in der Zugliste und in etwaigen Zoll- und Steuerpapieren zu beurkunden. Ebenso wird verfahren, wenn ein Verschluß unterwegs absichtlich oder durch zufällige Umstände verlegt wird, oder Waren aus einem Wagen gestohlen werden; jedoch ist der Tatbestand tunlichst unter Beziehung von Zollbeamten festzustellen. Das Veranlaßte und die Gründe hierfür sind in der Zugliste und in den etwa vorhandenen Zoll- und Steuerpapieren zu vermerken. Die Tatbestandsaufnahme ist beizufügen. Die Weiterbeförderung der hierdurch aufgehaltenen Wagen hat mit der nächsten Gelegenheit zu erfolgen.

(7) Der Eintritt des Zuges in das Durchgangsland ist, ebenso wie der Austritt aus diesem, in der Zugliste zu bescheinigen. Hierbei festgestellte Anstände sind besonders zu vermerken; zugleich sind die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Zu Artikel 495

(1) Der Ausweis wird nach folgendem Muster ausgestellt:



Rückseite

Zur Beachtung!

Der Ausweis ist der Dienststelle, die ihn ausgestellt hat, zurückzugeben, sobald der Ausweisinhaber nicht mehr in dem angegebenen Dienst verwendet wird, jedenfalls jedoch mit Ablauf der Gültigkeitsdauer der Ausweise.

Uwaga!

Wykaz na'eży zwrócić urzędowi, który go wydał, gdy jego posiadacz już nie jest zajęty w wynienionej służbie, a w każdym razie po upływie terminu ważności wykazu.

2. — Pour les agents allemands, les cartes d'identité seront établies en allemand et en polonais et munies des couleurs de l'Allemagne. Pour les agents polonais, elles seront établies en polonais et en allemand et munies des couleurs de la Pologne.

3. — Ces cartes d'identité seront en carton blanc.

(2) Für die deutschen Bediensteten werden die Ausweise in deutscher und polnischer Sprache und versehen mit einem Farbband der deutschen Reichsfarben, für die polnischen Bediensteten in polnischer und deutscher Sprache und versehen mit einem Farbband der polnischen Landesfarben ausgestellt.

(3) Die Ausweise sind aus weißem Karton herzustellen.

Annexe № 1

au Règlement d'exéution
ad article 440

Anlage Nr. 1

zu den Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 440

Répartition des locomotives

a) Suivant leur type.

Désignation	Type	Nombre pour la direction allemande polonaise	
Locomotives pour trains directs et trains omnibus	S 3	2	8
	S 5	1	—
	S 6	6	6
	S 10	—	7
	P 4	9	28
	P 6	—	7
	P 8	64	27
Total		82	83
Locomotives pour trains de marchandises	G 3	4	7
	G 5	15	15
	G 7	50	33
	G 8	—	7
	G 8 ¹	152	36
	G 9	9	—
	G 10	68	29
Total		298	127
Locomotives à tender	T 7	13	20
	T 8	—	2
	T 9	79	92
	T 11	12	18
	T 12	9	6
	T 13	52	20
	T 14	45	8
	T 16	37	54
	T 18	3	—
	Total	250	220
Total général		630	430

Unterverteilung der Lokomotiven

a) Nach Gattungen.

Bezeichnung	Gattung	Anzahl für die deutsche polnische Direction	
Schnell- und Personenzuglokomotiven	S 3	2	8
	S 5	1	—
	S 6	6	6
	S 10	—	7
	P 4	9	28
	P 6	—	7
	P 8	64	27
Zusammen		82	83
Güterzuglokomotiven	G 3	4	7
	G 5	15	15
	G 7	50	33
	G 8	—	7
	G 8 ¹	152	36
	G 9	9	—
	G 10	68	29
Zusammen		298	127
Tenderlokomotiven	T 7	13	20
	T 8	—	2
	T 9	79	92
	T 11	12	18
	T 12	9	6
	T 13	52	20
	T 14	45	8
	T 16	37	54
	T 18	3	—
Zusammen		250	220
Im ganzen		630	430

b) Suivant leur état de fonctionnement :

Désignation	Type	Nombre pour la direction allemande polonaise	
Locomotives en ordre de marche		450	300
Locomotives en réparation		180	130
Total		630	430

b) Nach Betriebsfähigkeit.

Bezeichnung	Gattung	Anzahl für die deutsche polnische Direction	
Betriebsfähige Lokomotive		450	300
Außebesserungslokomotiven		180	130
Im ganzen		630	430

Annexe N° 2
au Règlement d'exécution
ad article 440.

Répartition des voitures de voyageurs, fourgons à bagages, fourgons petite vitesse et voitures de service, suivant le type

Désignation	Marques spéciales	Nombre pour la direction allemande	Nombre pour la direction polonaise
<i>Voitures à voyageurs:</i>			
Vagons-lits à 4 essieux .	Schlaf	4	3
Voitures à intercirculation à 4 essieux avec passerelles et à soufflets en cuir	ABBü ABCCü	15	8
Voitures à 4 essieux ...	Bü BCCü	10	5
,, à 4 essieux ...	CCü	12	10
Voitures à compartiments distincts, à 4 essieux	ABB ABCC	12	4
Id. à 4 essieux	CC	14	6
Total des voitures à 4 essieux		67	36
Voitures à compartiments distincts, à 3 essieux 1 ^{re} , 2 ^e et 1 ^{re} , 2 ^e , 3 ^e classes	AB ABC	40	25
Voitures à 3 essieux 2 ^e et 2 ^e , 3 ^e classes	B BC	60	40
Voitures à 3 essieux 3 ^e classe	C	200	131
Voitures à 3 essieux, 4 ^e classe	D	340	230
Voitures à 3 essieux, 1 ^{re} , 2 ^e classes (avec passerelles)	ABi	5	2
Voitures à 3 essieux, 2 ^e , 3 ^e classes	BCi	35	28
Voitures à 3 essieux, 3 ^e classe	Ci	50	30
Total des voitures à 3 essieux.....		730	486
Voitures à compartiments distincts à 2 essieux 1 ^{re} , 2 ^e et 1 ^{re} , 2 ^e , 3 ^e classes	AB ABC	2	3
Voitures à 2 essieux, 2 ^e classe	B	3	3
Voitures à 2 essieux, 2 ^e , 3 ^e et 2 ^e , 3 ^e , 4 ^e classes	BC-BCD	10	9
Voitures à 2 essieux, 3 ^e classe	C	30	20
Voitures à 2 essieux, 3 ^e , 4 ^e et 4 ^e classes	CD-D	7	5
Voitures à 2 essieux avec passerelles, 1 ^{re} , 2 ^e et 2 ^e , 3 ^e classes	ABi BCi	14	12
Voitures à 2 essieux, 3 ^e classe	Ci	12	10
Voitures à 2 essieux, 4 ^e classe	Di	70	51
Total des voitures à 2 essieux		154	113
Vagons à marchandises aménagés pour le transport des voyageurs	N Ndi, Nei	26 44	20 45
Total		70	65
Total général		1 021	700

Anlage Nr. 2
zu den Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 440.

Unterverteilung der Personenwagen, Gepäckwagen, Packwagen und Bahndienstwagen nach Gattungen

Bezeichnung	Gattungszeichen	Anzahl für die deutsche polnische Direktion	
Personenwagen			
4 achsige Schlafwagen	Schlaf	4	3
4 achsige Durchgangswagen mit Übergangsbrücken und Faltenbälgen	ABBü ABCCü	15	8
4 achsige desgl.	BBü BCCü	10	5
4 achsige desgl.	CCü	12	10
4 achsige Abteilwagen	ABB ABCC	12	4
4 achsige Abteilwagen	CC	14	6
Zusammen 4 achsige Wagen		67	36
3 achsige Abteilwagen I./II. und I./II./III. Klasse	AB ABC	40	25
3 achsige II. und II./III. Klasse	B BC	60	40
3 achsige III. Klasse	C	200	131
3 achsige IV. Klasse	D	340	230
3 achsige Wagen mit Übergangsbrücken I./II. Klasse ..	ABi	5	2
3 achsige II./III. Klasse	BCi	35	28
3 achsige III. Klasse	Ci	50	30
Zusammen 3 achsige Wagen		730	486
2 achsige Abteilwagen I./II. u. I./II./III. Klasse	AB ABC	2	3
2 achsige II. Klasse	B	3	3
2 achsige II./III. u. II./III./IV. Klasse	BC BCD	10	9
2 achsige III. Klasse	C	30	20
2 achsige III./IV. u. IV. Klasse	CD D	7	5
2 achsige Wagen mit Übergangsbrücken I./II. u. II./III. Klasse	ABi BCi	14	12
2 achsige III. Klasse	Ci	12	10
2 achsige IV. Klasse	Di	70	51
Zusammen 2 achsige Wagen ..		154	113
Für Personenbeförderung eingerichtete Güterwagen	N Ndi, Nei	26 44	20 45
Zusammen....		70	65
Zum ganzen....		1 021	700

Désignation	Marques spéciales	Nombre pour la direction allemande	Nombre pour la direction polonaise	Bezeichnung	Gattungszeichen	Anzahl für die deutsche polnische Direktion
<i>Fourgons à bagages pour trains de voyageurs.:</i>				<i>Personenzug gepäckwagen</i>		
à 4 essieux avec passerelle	PPü	17	4	4 achsig mit Übergangsbrücke	PPü	17
à 4 essieux sans passerelle	PP	2	4	4 achsig ohne Brücke	PP	2
3 essieux	P	93	40	3 achsig	P	93
2 essieux	P	14	10	2 achsig	P	14
Fourgons à bagages avec compartiment postal	P post	38	12	Gepäckwagen mit Postabteil	P post	38
Total		164	70	Im ganzen....		164 70
<i>Fourgons petite vitesse à deux essieux pour trains de marchandises</i>	Pg	290	170	Güterzugpaßwagen 2 achsig	Pg	290
Total		290	170	Im ganzen....		290 170
<i>Voitures de service:</i>				<i>Bahndienstwagen</i>		
Voitures d'inspection, à 4 essieux (salons)	Sans	1	1	Bereisungswagen, 4achsig (Salon)		1 1
Voitures sanitaires		3	1	Arztwagen	Ohne	3 1
Vagons de secours à outils		8	3	Hilfsgerätwagen	beson-	8 3
Voitures d'équipes	marques	3	1	Mannschaftswagen	dere	3 1
Vagons à chaudière		6	5	Heizkesselwagen	Gat-	6 5
Vagons-réervoir de gaz		11	5	Gastransportwagen	tungss-	11 5
Vagons d'étalonnage....	spéciales	3	1	Eichungswagen	zeichen	3 1
Vagons d'étalonnage supplément		3	1	Gewichtsbeiwagen		3 1
Vagons-grues		3	1	Kranwagen		3 1
Total		41	19	Im ganzen....		41 19

Annexe N° 3
au Règlement d'exécution
ad article 440.

**Répartition des wagons à marchandises
suivant leur type.**

Désignation	Ton- nage	Mar- ques	Nombre pour la direction allemande polonaise	
Couverts à 2 es- sieux	10.0	G	850	510
	12.5	Gm	1,080	640
	15	Gml	90	50
Total		G	2,020	1,200
Couverts à 2 es- sieux avec frein à air comprimé ou conduite d'air.	10	N	30	10
	12.5			
	10	N	70	20
Total		N	100	30
Vagons à be- stiaux à 2 es- sieux	10	Vn	4	2
	15	Ven	8	4
		Venmx	8	4
Total		V	20	10
Ouverts à 2 es- sieux	10	Ok		
	12.5	Ock		
	15	Oqk	2.750	3,000
	20	Omk		
		Oemk	10,100	11,000
		Oqmk		
		Ommk	3,650	4,000
Total		O	16,500	18,000
Vagons à rails, à 2 essieux id. à 4	15	Sml	150	270
	20	Smm		
	35	SS	50	80
Total		S	200	350
Vagons à ran- chers à 2 es- sieux	10	R	60	30
	12.5			
	15	Rm	240	120
Total		R	300	150
Vagons à bois	10	H, Hsr	130	40
	15	Hmsr		
	15	Hmrz	70	20
Total		H	200	60
Vagons à chaux, à deux essieux	10	K	100	10
	15	Km	400	40
Total		K	500	50
Vagons de tra- vaux	10	X		
	12.5			
	15		160	150
Total général .			20,000	20,000

Anlage Nr. 3
zu den Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 440.

**Unterverteilung
der Güterwagen nach Gattungen.**

Bezeichnung	Gade- ge- wicht	Gat- tungs- zeichen	Anzahl für die deutsche Direktion		polnische
Bedeckte 2 achsige	10,0	G	850		510
	12,5	Gm	1 080		640
	15	Gml	90		50
Zusammen....		G	2 020		1 200
Bedeckte 2 achsige mit Luftdruck- bremsen ob. Lei- tung	10	N	30		10
	12,5				
	10	N	70		20
Zusammen....		N	100		30
Biehwagen 2 achsig	10	Vn	4		2
	15	Ven	8		4
		Venmx	8		4
Zusammen....		V	20		10
Offene 2 achsige	Ok,				
	Ock				
	Oqk	2 750			3 000
Offene 2 achsige	Omk,				
	Oemk				
	Oqmk	10 100			11 000
Offene 2 achsige	Ommk	3 650			4 000
Zusammen....		O	16 500		18 000
Schienentrans- portwagen 2 achsig	15	Sml	150		270
	20	Smm			
	35	SS	50		80
Zusammen....		S	200		350
Rungenwagen, 2 achsig	10	R	60		30
	12,5				
	15	Rm	240		120
Zusammen....		R	300		150
Holztranspor- twagen	10	H, Hsr	130		40
	15	Hmsr,			
	15	Hmrz.	70		20
Zusammen....		H	200		60
Kaltwagen, 2 ach- sig	10	K	100		10
	15	Km	400		40
Zusammen....		K	500		50
Arbeitswagen ...	10	X			
	12,5				
	15				
Zusammen....					
Im ganzen			20 000		20 000

Récapitulation

Type	Initiales des marques spéciales	Direction			
		allemande		polonaise	
		Nombre	Tonnage	Nombre	Tonnage
Couverts	G	2,020	27,680	1,200	16,400
Couverts	N	100	1,070	30	320
Vagons à bestiaux	V	20	240	10	120
Ouverts	O	16,500	255,440	18,000	278,750
Vagons à rails..	S	200	4,300	350	7,400
Vagons à ranchers	R	300	4,300	150	2,150
Vagons à bois ..	H	200	2,650	60	800
Vagons à chaux.	K	500	7,000	50	700
Vagons de travaux	X	160	2,000	150	1,870
Total	—	20,000	304,680	20,000	308,510

Dans chaque type, le quart environ des wagons est pourvu d'un équipement de frein.

Zusammenstellung

Art	Haupt- gattungs- zeichen	Deutsche Direktion		Polnische Direktion	
		Anzahl	Lade- gewicht	Anzahl	Lade- gewicht
Bedeckte Wagen.....	G	2 020	27 680	1 200	16 400
Bedeckte Wagen.....	N	100	1 070	30	320
Viehwagen	V	20	240	10	120
Öffene Wagen	O	16 500	255 440	18 000	278 750
Schienewagen	S	200	4 300	350	7 400
Rungenwagen	R	300	4 300	150	2 150
Holztransportwagen ..	H	200	2 650	60	800
Kalzwagen	K	500	7 000	50	700
Arbeitswagen	X	160	2 000	150	1 870
Zusammen	—	20 000	304 680	20 000	308 510

Innerhalb jeder Gattung entfallen etwa $\frac{1}{4}$ der Gesamtzahl auf Wagen mit Bremseinrichtung.

Annexe No 4

au Règlement d'exécution
ad article 447.

Modèle d'étiquette

pour wagons dont l'avarie a été constatée lors de la visite technique à la frontière germano-polonaise.

Fond rouge.

Haute Silésie

Vagon (type) N°
du chemin de fer de

Impression en noir.

avarié sur le réseau de la
Direction
dirigé pour réparation sur
l'atelier de

Timbre de la gare.

Annexe No 5

au Règlement d'exécution,
ad article 448

Répartition des véhicules attribués aux administrations des chemins de fer à voie étroite

Désignation	Marques spéciales	Nombre pour la Direction allemande polonaise	
Locomotives à tender	T 31	4	4
" "	T 31 ¹	3	8
" "	T 37	8	11
" "	T 38	11	16
" "	T 39	3	2
Total des locomotives		29	41
Vagons à marchandises ouverts	O	1 970	3 200
Vagons à minerai de plomb	B	—	52
Vagons à chaux	K	33	65
Vagons à bord bas	N	12	24
Vagons à ranchers	R	26	—
Vagons à bois (individuellement	Hh	82	56
Voitures d'inspection		1	1
Total des wagons		2 124	3 398

Les autres voitures de service sont attribuées au réseau sur lequel elles ont jusqu'ici stationnée.

Anlage Nr. 4

zu den Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 447.

Muster

für Beklebezettel für Wagen, deren Beschädigung bei der technischen Untersuchung an der deutsch-polnischen Grenze festgestellt worden ist.

rote Grundfarbe
Tlo czerwone

Oberschlesien
Górny Śląsk

Wagen (Gattung)
Wagon (rodzaj)
der

Nr.
Nr.
Bahn
kolei

beschädigt im Direktionsbezirk

uszkodzony w Dyrekcji

Schwarzer
Aufdruck
czarny druk

zur Wiederherstellung nach der
do naprawy w

Werftstatt in

warsztatach w

Stationstempel
pieczętka stacji

Anlage Nr. 5

zu den Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 448

Unterteilung der Fahrzeuge der Schmalspurbahnen auf die Verwaltungen

Bezeichnung	Gattungszeichen	Anzahl für die deutsche polnische Direktion	
Tenderlokomotiven	T 31	4	4
"	T 31 ¹	3	8
"	T 37	8	11
"	T 38	11	16
"	T 39	3	2
Lokomotiven im ganzen		29	41
Güterwagen, offene	O	1 970	3 200
Bleierzwagen	B	—	52
Kalkwagen	K	33	65
Niederbordwagen	N	12	24
Rungenwagen	R	26	—
Holzwagen, einzeln	Hh	82	56
Bereisungs-(Personen-) Wagen		1	1
Wagen im ganzen		2 124	3 398

Sonstige Bahndienstwagen werden dem Bezirke zugeteilt, in dem sie bisher stationiert waren.

Titre IX**Personnel des Chemins de Fer****Chapitre Premier****Fonctionnaires et employés au service temporaire des chemins de fer polonais.****Article 501**

1. — Après la remise des chemins de fer à la Pologne, une partie des fonctionnaires allemands de chemin de fer continuera temporairement à faire son service auprès de l'Administration des chemins de fer polonais, si ces fonctionnaires manifestent leur volonté d'assumer le service aux conditions qui suivent.

2. — Les fonctionnaires seront choisis individuellement par l'Administration des chemins de fer polonais d'entente avec l'Administration des chemins de fer allemands.

3. — Par «fonctionnaires» on entend, dans le présent titre, non seulement les fonctionnaires supérieurs, mais aussi les employés dont la situation est déterminée par les règles générales du service de l'Etat, et ce, par opposition aux employés (Angestellte) dont la situation est fixée par contrat de droit privé (voir article 545). Par «agents», on entend, dans le présent titre, les fonctionnaires, employés (Angestellte) et ouvriers.

Article 502

A moins que le présent titre n'en dispose autrement ou que le contraire ne résulte de l'organisation des chemins de fer du Reich, l'Administration des chemins de fer allemands au sens de ce titre est représentée par la Direction allemande d'Oppeln.

Article 503

La durée du service des fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais sera au plus de douze mois à compter du premier jour du trimestre du calendrier qui suivra la remise des chemins de fer.

Article 504

1. — Le service des fonctionnaires sera limité au territoire de la Haute Silésie polonaise; celui du personnel des trains pourra, toutefois, s'étendre dans un rayon de trente kilomètres au delà de ce territoire.

2. — Les fonctionnaires, s'ils y consentent, pourront être déplacés à l'intérieur du territoire où doit se faire leur service. Ce consentement n'est pas nécessaire quand il s'agit de les détacher passagèrement dans une autre localité.

Article 505

1. — Les fonctionnaires allemands au service de l'Administration des chemins de fer polonais

Titel IX**Eisenbahnpersonal****Kapitel 1****Deutsche Beamte und Angestellte im zeitweiligen Dienste bei der polnischen Eisenbahnverwaltung****Artikel 501**

(1) Nach der Übergabe der Eisenbahnen an Polen wird ein Teil der deutschen Eisenbahnbeamten, so weit sie sich freiwillig unter den nachstehenden Bedingungen dazu bereit erklären, noch vorübergehend bei der polnischen Eisenbahnverwaltung Dienst verrichten.

(2) Die einzelnen Beamten werden von der polnischen Eisenbahnverwaltung im Einvernehmen mit der deutschen Eisenbahnverwaltung ausgewählt.

(3) Der Ausdruck »fonctionnaires« im vorliegenden Titel umfaßt nicht nur die oberen Beamten, sondern auch die übrigen Beamten, auf welche die das Beamtenverhältnis regelnden allgemeinen staatlichen Bestimmungen gutrassen, im Gegensatz zu den »employés« (Angestellten), die im Vertragsverhältnis stehen (vgl. Artikel 545). Unter »agents« (Bediensteten) sind im vorliegenden Titel Beamte, Angestellte und Arbeiter zu verstehen.

Artikel 502

Soweit der vorliegende Abschnitt nicht ein anderes bestimmt oder aus der Organisation der Reichsbahn sich ein anderes ergibt, wird die deutsche Eisenbahnverwaltung im Sinne dieses Abschnitts durch die deutsche Eisenbahndirektion in Oppeln vertreten.

Artikel 503

Die Dauer der Dienstleistung der deutschen Beamten im polnischen Eisenbahndienst erstreckt sich auf höchstens zwölf Monate, von dem auf den Übergang der Staatshoheit folgenden Ersten des Kalendervierteljahrs ab gerechnet.

Artikel 504

(1) Die Verwendung der Beamten beschränkt sich auf das Gebiet Polnisch-Oberschlesiens; das Fahrpersonal kann jedoch auch bis zu einem Umkreis von 30 km außerhalb dieses Gebiets verwandt werden.

(2) Versetzungen innerhalb des Verwendungsbereichs können mit Zustimmung des Beamten angeordnet werden. Diese Bestimmung ist für vorübergehende Verwendung (Kommandierungen) nicht erforderlich.

Artikel 505

(1) Die im Dienste der polnischen Eisenbahnverwaltung beschäftigten deutschen Beamten sind als von

seront considérés comme mis en congé par l'Administration des chemins de fer allemands et seront réintégrés dans le service ferroviaire allemand même si, entre temps, les chemins de fer du Reich avaient été l'objet de transformations.

2. — Seront considérés comme fonctionnaires allemands, dans le sens susmentionné, les fonctionnaires à poste permanent (*planmässige*) ou à poste non permanent (*ausserplanmässige*) qui, le jour du transfert de la souveraineté, se trouveront stationnés en Haute Silésie polonaise et auront manifesté, de façon non équivoque, leur volonté de demeurer au service du Reich. Ceux de ces fonctionnaires qui auront perdu leur nationalité allemande en vertu des stipulations de la deuxième partie de la présente Convention, seront tenus de la recouvrer le plus tôt possible par option.

3. — Seront en outre considérés comme étant en congé les fonctionnaires allemands qui, lors du transfert de la souveraineté ou après ce transfert, auront été, par suite d'entente des deux Administrations, déplacés à titre temporaire du territoire allemand pour être mis à la disposition de l'Administration des chemins de fer polonais.

4. — Le congé prend fin :

- 1^o au moment où le fonctionnaire cesse d'être en service auprès de l'Administration polonaise (articles 538 à 540) ;
- 2^o dès l'entrée du fonctionnaire au service définitif de la Pologne (article 543) ;
- 3^o à l'expiration du délai prévu à l'article 503.

Article 506

Le Gouvernement polonais garantit aux fonctionnaires allemands au service de l'Administration des chemins de fer polonais tous les droits civils et politiques dont jouit le personnel polonais, sauf le droit d'écrire et d'être élu aux assemblées représentatives de l'Etat ou des autres personnes juridiques du droit public.

Article 507

1. — Les fonctionnaires allemands, ainsi que ceux parmi leurs descendants et autres membres de leur famille qui vivent dans leur ménage, sont exempts du service militaire polonais ; ils ne peuvent, sans l'assentiment du Gouvernement allemand, être contraints à faire partie de troupes de police, gardes civiques ou autres formations analogues.

2. — Les dispositions exceptionnelles frappant les étrangers ne leur sont point applicables.

Article 508

1. — Les fonctionnaires allemands, ainsi que les membres de leur famille qui vivent dans leur ménage, sont, en principe, exempts de tous impôts polonais sur le capital et sur le revenu ainsi que de toutes autres contributions frappant les personnes ou les fortunes, à l'exception des taxes communales, taxes d'églises et taxes scolaires. Il ne pourra, en particulier, être perçu aucune taxe sur tout ou partie du traitement. En ce qui concerne les taxes communales, taxes d'églises et taxes scolaires, ainsi que les impôts fonciers, impôts sur la propriété bâtie et autres impôts

der deutschen Eisenbahnverwaltung beurlaubt anzusehen und werden in den deutschen Eisenbahndienst zurückerommen, auch wenn die Reichsbahn inzwischen eine andere Gestalt angenommen haben sollte.

(2) Als deutsche Beamte in diesem Sinne gelten die am Tage des Überganges der Staatshoheit in Polnisch-Oberschlesien stationierten planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, die ihren Willen, deutsche Reichsbeamte zu bleiben, unzweideutig kundgetan haben. Dabei ist Voraussetzung, daß Beamte, welche die Reichsangehörigkeit auf Grund der Bestimmungen des zweiten Teiles dieses Abkommens verlieren, diese sobald als möglich durch Option wieder erwerben.

(3) Als beurlaubt gelten ferner solche Beamte, die von der deutschen Eisenbahnverwaltung im Einvernehmen mit der polnischen Eisenbahnverwaltung bei und nach dem Übergange der Staatshoheit vorübergehend in den polnischen Eisenbahndienst abgeordnet werden sollten.

(4) Der Urlaub endet:

1. durch Beendigung der dienstlichen Tätigkeit bei der polnischen Eisenbahnverwaltung (Artikel 538 bis 540);
2. durch den endgültigen Übertritt des Beamten in polnischen Dienst (Artikel 545);
3. durch Zeitablauf (Artikel 505).

Article 506

Die polnische Regierung gewährleistet den im Dienste der polnischen Eisenbahnverwaltung stehenden deutschen Beamten alle bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, mit Ausnahme des aktiven und passiven Wahlrechts für öffentliche Körperschaften, in dem gleichen Umfang, in dem sie den polnischen Beamten zustehen.

Article 507

(1) Die deutschen Beamten sind nebst den in ihrem Haushalt lebenden Abkömmlingen und sonstigen Familienangehörigen vom polnischen Militärdienst befreit und können ohne Genehmigung der deutschen Regierung nicht zum Eintritt in Polizeitruppen, Bürgerwehren oder ähnliche Formationen gezwungen werden.

(2) Ausnahmebestimmungen zu Ungunsten von Ausländern finden auf sie keine Anwendung.

Article 508

Die deutschen Beamten sowie die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen sind grundsätzlich von allen polnischen Kapital-, Einkommen- und sonstigen Personal- und Vermögenssteuern mit Ausnahme der Kommunal- und Kirchensteuern sowie der Schulabgaben befreit. Namentlich darf das Dienstekommen weder insgesamt noch teilweise mit Abgaben irgendwelcher Art belegt werden. Mit Bezug auf Kommunal- und Kirchensteuern, Schulabgaben, Grund-, Gebäude- und sonstigen Ertragssteuern dürfen sie nicht schlechter als die polnischen Beamten gestellt werden. Bei der Erhebung einer Wertzu-

réels, les fonctionnaires allemands ne pourront être traités plus défavorablement que les fonctionnaires polonais. En cas de perception d'un impôt de plusvalue, le prix de vente, s'il est touché en monnaie polonaise, sera calculé en marks allemands par conversion au cours du change ; les dispositions de l'article 307, § 4, alinéas 2 et 3, s'appliquent à la détermination du cours du change.

2. — Il ne sera perçu aucune taxe pour l'exemption de services ou prestations du genre mentionné à l'article 507.

Article 509

1. — Les fonctionnaires allemands ne sont point soumis à la juridiction militaire polonaise ; ils ne peuvent être poursuivis et jugés que par les tribunaux polonais ordinaires.

2. — Il ne pourra être procédé à des perquisitions et à des arrestations que dans les conditions prévues par le Code de Procédure criminelle allemand en vigueur au moment où ces mesures seront prises.

Article 510

Le Gouvernement polonais sera responsable de tous dommages causés à la personne, à la vie, à la santé, à la propriété ou aux droits patrimoniaux des fonctionnaires allemands par des actes illégaux de représentants de pouvoirs publics, à moins que le fonctionnaire lésé n'ait lui-même donné de justes motifs à l'action de ces représentants. Il en sera de même pour les dommages de semblable nature causés par des particuliers à des fonctionnaires en raison de leur nationalité, sauf s'il est prouvé qu'il y a eu faute de la part de ces derniers. Si les lois ne suffisent pas à assurer la réparation complète du dommage, l'Administration des chemins de fer polonais paiera la différence ; dans ce cas, et quand il s'agira de dommages à des choses, il sera tenu compte de l'usure de celles-ci. S'il y a eu faute de la part du fonctionnaire, le montant des dommages-intérêts subira une réduction proportionnelle.

Article 511

Conformément aux dispositions du III^e Titre de la 1^{re} Partie de la présente Convention, les biens, droits et intérêts des fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais, des membres de leur famille vivant dans leur ménage et de leurs domestiques, ainsi qu'en cas de décès de ces fonctionnaires, de leurs survivants, ne peuvent pas être liquidés. Les dispositions de la première phrase de l'article 6 ne sont pas applicables.

Article 512

1. — Les dispositions de l'article 164 sont applicables par analogie aux fonctionnaires allemands qui, étant au service des chemins de fer polonais, appartiennent ou voudront appartenir à des syndicats allemands de chemins de fer.

2. — Les fonctionnaires allemands au service de l'administration des chemins de fer polonais devront s'abstenir de tous agissements anti-polonais.

wachststeuer ist der etwa in polnischer Währung erzielte Erlös in deutsche Mark zum Tageskurse nach Maßgabe des Artikels 307 § 4 Abs. 1 und 2 umzurechnen.

(2) Abgaben für die Befreiung von Dienstleistungen der im Artikel 507 erwähnten Art werden nicht erhoben werden.

Artikel 509

(1) Die deutschen Beamten sind der polnischen Militärgerichtsbarkeit entzogen und dürfen nur von ordentlichen polnischen Gerichten verfolgt und abgeurteilt werden.

(2) Haussuchungen und Festnahmen sind nur unter den gleichen Voraussetzungen zulässig, wie sie die jeweils geltende deutsche Strafprozeßordnung vorsieht.

Artikel 510

Die polnische Regierung haftet für allen Schaden an Leib und Leben, Gesundheit, Eigentum und Vermögensrechten, der den deutschen Beamten aus gesetzwidrigen Eingriffen öffentlicher Organe erwächst, sofern nicht der Beamte zum Eingreifen begründete Veranlassung gegeben hat. Das gleiche gilt von Schäden derselben Art, die den Beamten wegen ihrer Nationalität von Privatpersonen zugefügt worden sind, sofern den Beamten nicht ein Verschulden nachgewiesen wird. Reichen die gesetzlichen Bestimmungen zum vollen Ersatz des Schadens nicht aus, so zahlt die polnische Eisenbahnverwaltung den Unterschiedsbetrag, wobei bei Sachschäden der Nutzungswert zu berücksichtigen ist. Bei eigenem Verschulden des Beamten tritt eine entsprechende Minderung des Schadensbetrags ein.

Artikel 511

Gemäß den Bestimmungen des dritten Titels des ersten Teiles dieses Abkommens können die Güter, Rechte und Interessen der im Dienste der polnischen Eisenbahn beschäftigten deutschen Beamten, der in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen, ihres Dienstpersonals, sowie im Falle ihres Todes ihrer Hinterbliebenen nicht liquidiert werden. Die Bestimmungen des ersten Satzes des Artikels 6 finden keine Anwendung.

Artikel 512

(1) Die Bestimmungen des Artikels 164 finden entsprechende Anwendung auf deutsche Beamte im polnischen Eisenbahndienste, die deutschen eisenbahngewerkschaftlichen Organisationen angehören oder angehören wollen.

(2) Die im polnischen Eisenbahndienste beschäftigten deutschen Beamten haben sich jeder polenfeindlichen Betätigung zu enthalten.

Article 513

Les fonctionnaires allemands au service de l'Administration des chemins de fer polonais désigneront pour la défense de leurs intérêts purement personnels et économiques auprès de la Direction allemande et de la Direction polonoise un homme de confiance et, en cas d'empêchement de celui-ci, désigneront son suppléant. Il sera permis à ce Représentant du personnel d'entretenir librement des rapports avec l'Administration des chemins de fer allemands et l'Administration des chemins de fer polonais, ainsi qu'avec les fonctionnaires allemands au service de l'Administration des chemins de fer polonais dans quelque poste que ce soit.

Article 514

L'Administration des chemins de fer polonais tiendra compte, dans toute la mesure où les circonstances le permettront, des susceptibilités nationales des fonctionnaires allemands à son service. Sauf en ce qui concerne les membres de la Direction des chemins de fer et les chefs de service, elle évitera, autant que possible, de donner pour supérieurs à des fonctionnaires allemands des fonctionnaires polonais qui, précédemment, leur étaient inférieurs en rang et en traitement.

Article 515

1. — Les fonctionnaires allemands sont tenus de remplir consciencieusement leurs devoirs de service, de se conformer aux instructions officielles de l'Administration des chemins de fer polonais et d'observer une attitude loyale à l'égard de la Pologne. Si demande leur en est faite, ils donneront une déclaration écrite dans ce sens. Ils ne pourront, toutefois, être invités à prêter le serment demandé aux fonctionnaires polonais.

2. — Si un fonctionnaire allemand quitte prématièrement le service de son propre chef (voir articles 538 à 540), il aura à répondre de son acte devant l'Administration des chemins de fer allemands.

3. — L'ignorance de la langue polonaise ne pourra entraîner aucune conséquence préjudiciable pour les fonctionnaires allemands, soit en matière de service soit sous le rapport pécuniaire ou à tout autre égard. Il ne pourra notamment être exercé sur eux aucune contrainte pour leur faire apprendre le polonais.

4. — Les fonctionnaires allemands pourront être rendus responsables, conformément aux prescriptions polonaises, des dommages causés par eux. On appliquera toutefois les prescriptions allemandes si elles sont moins rigoureuses que les prescriptions polonaises.

5. — Si un fonctionnaire allemand détruit ou endommage intentionnellement des biens appartenant aux chemins de fer polonais (sabotage), l'Administration des chemins de fer allemands, faisant application des prescriptions allemandes, punira le fonctionnaire fautif et lui fera payer des dommages-intérêts. Elle mettra à la disposition de l'Administration des chemins de fer polonais le montant des dommages-intérêts qui

Artikel 513

Zur Wahrnehmung ihrer rein persönlichen und wirtschaftlichen Interessen bei der deutschen und der polnischen Direktion wird von den im polnischen Eisenbahndienste tätigen deutschen Beamten ein Vertrauensmann und für den Fall seiner Verhinderung ein Vertreter bestimmt, dem der ungehinderte Verkehr mit der deutschen und der polnischen Eisenbahnverwaltung und den bei der polnischen Eisenbahnverwaltung tätigen deutschen Beamten einschließlich der deutschen Beamten bei den einzelnen Eisenbahndienststellen zu gestatten ist.

Artikel 514

Die polnische Eisenbahnverwaltung wird auf das nationale Empfinden der Beamten jede angemessene Rücksicht nehmen. Sie wird, abgesehen von den Mitgliedern der Eisenbahndirektion und von den Vorständen der Ämter, nach Möglichkeit keine polnischen Beamten als Vorgesetzte bestellen, die früher im Range und Gehalt unter den deutschen Beamten standen.

Artikel 515

(1) Die deutschen Beamten sind gehalten, ihre Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, den amtlichen Anordnungen der polnischen Eisenbahnverwaltung nachzukommen und Polen gegenüber ein loiales Verhalten an den Tag zu legen. Auf Verlangen ist eine entsprechende schriftliche Erklärung abzugeben. Zur Ableistung eines Diensteides wie die polnischen Beamten können sie jedoch nicht veranlaßt werden.

(2) Verläßt ein deutscher Beamter eigenmächtig und vorzeitig seinen Dienst (vgl. Artikel 538 bis 540), so wird die deutsche Eisenbahnverwaltung ihn dafür zur Verantwortung ziehen.

(3) Aus der Unkenntnis der polnischen Sprache darf den deutschen Beamten kein dienstlicher, geldlicher oder sonstiger Nachteil erwachsen, namentlich darf ein Zwang zur Erlernung der polnischen Sprache nicht ausgeübt werden.

(4) Die deutschen Beamten können zum Ersatz für den von ihnen verursachten Schaden nach den polnischen Bestimmungen herangezogen werden. Sind die deutschen Vorschriften milder, so greifen diese Platz.

(5) Sofern ein Beamter mutwillig Eigentum der polnischen Eisenbahnen zerstört oder beschädigt (Sabotage), wird die deutsche Eisenbahnverwaltung den schuldigen Beamten nach den deutschen Bestimmungen bestrafen und haftbar machen. Den aus diesem Anlaß eingezogenen Haftbetrag wird sie der polnischen Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen. Die Feststellung des Tatbestandes und die Abschätzung des Schadens erfolgt im Einvernehmen

lui auront été versés à cette occasion. Il sera procédé à la constatation des faits et à l'évaluation du dommage d'un commun accord entre les deux Administrations. Si elles ne parviennent pas à s'entendre, c'est le Comité supérieur qui se prononce.

Article 516

1. — Les fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais continueront à bénéficier, pour leur nomination définitive ou leur avancement, des expectatives (*Anwartschaften*) telles qu'elles leur sont reconnues, au moment du transfert de la souveraineté, par les prescriptions allemandes.

2. — Les nominations définitives et les avancements seront faits par l'Administration des chemins de fer allemands dans l'ordre prévu par les listes actuelles du personnel et le nombre nécessaire de postes budgétaires leur sera réservé. Ces nominations et avancements seront reconnus par l'Administration des chemins de fer polonais avec toutes leurs conséquences, y compris celles qui se rapportent aux traitements.

Article 517

Les fonctionnaires devront être affectés à des fonctions ou occupations correspondant à leurs connaissances personnelles et à leur rang de service. Les principes allemands qui règlent la matière devront être respectés dans la mesure du possible.

Article 518

1. — Les dispositions allemandes, présentes ou à venir, feront règle pour la classification des fonctionnaires allemands dans l'échelle des traitements, ainsi que pour le montant et le mode de paiement du traitement total, indemnités de vie chère y comprises. Toutes les mesures en découlant seront prises d'entente avec l'Administration des chemins de fer allemands. Les traitements desdits fonctionnaires ne pourront être inférieurs aux traitements correspondants des fonctionnaires au service des chemins de fer allemands ; ils ne pourront non plus être inférieurs aux traitements des fonctionnaires polonais occupant en Haute Silésie polonaise des fonctions semblables.

2. — Dans le cas où, depuis le transfert de la souveraineté, le coût de la vie aurait renchéri sensiblement en Haute Silésie polonaise comparativement aux conditions d'existence en Allemagne, les indemnités de vie chère seront, sur demande du Représentant du personnel, augmentées proportionnellement à condition que de telles indemnités soient également payées aux fonctionnaires des chemins de fer polonais en service dans la Haute Silésie polonaise.

3. — Les dispositions du premier alinéa s'appliquent aussi aux frais de déménagement, de déplacements passagers, aux indemnités de route, allocations supplémentaires, etc. La classification allemande des localités, du 13 janvier 1922, fait règle.

4. — Le fonctionnaire dont la famille habite un endroit autre que la localité de service, même hors des frontières de la Haute Silésie polonaise, recevra, outre les traitements, frais et allocations de

mit der deutschen Eisenbahnverwaltung. Im Streitfall entscheidet das Oberkomitee.

Article 516

(1) Allen deutschen Beamten im polnischen Eisenbahndienste bleiben die vorhandenen Anwartschaften auf Anstellung und Beförderung erhalten, wie sie ihnen beim Übergange der Staatshoheit nach den deutschen Bestimmungen zustehen.

(2) Anstellungen und Beförderungen erfolgen durch die deutsche Eisenbahnverwaltung in der Reihenfolge, in der die Beamten in den bisherigen Listen aufgeführt sind, wofür die erforderliche Anzahl Haushaltstellen bereitgehalten wird. Die Bestellungen und Beförderungen werden von der polnischen Eisenbahnverwaltung mit allen Folgen, auch auf dem Gebiete des Dienstekommens, anerkannt.

Article 517

Die Beamten sind ihrer Ausbildung und Dienststellung entsprechend zu beschäftigen. Dabei sind die deutschen Grundsätze tunlichst zu beachten.

Article 518

(1) Für die Einordnung der Beamten in die Beoldungsklassen und Beoldungsstufen sowie für die Höhe und die Zahlungsart des gesamten Dienstekommens einschließlich der Teuerungszuschläge sind die Grundsätze der jeweils geltenden deutschen Beoldungsbestimmungen maßgebend. Alle derartigen Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der deutschen Eisenbahnverwaltung. Die Bezüge der Beamten dürfen nicht geringer sein als die entsprechenden Bezüge der Beamten im deutschen Eisenbahndienste; sie dürfen auch nicht hinter den Bezügen der in Polnisch-Oberschlesiens tätigen polnischen Eisenbahnbeamten in entsprechender Dienststellung zurückbleiben.

(2) Sollten gegenüber dem Zeitpunkt des Überganges der Staatshoheit die Lebensverhältnisse in Polnisch-Oberschlesiens sich im Vergleiche zu den Lebensverhältnissen in Deutschland wesentlich verteuern, so tritt auf Antrag des Vertrauensmanns der Beamenschaft eine entsprechende Erhöhung der Teuerungszuschläge ein, sofern solche Teuerungszuschläge auch den in Polnisch-Oberschlesiens tätigen polnischen Eisenbahnbeamten gezahlt werden.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 beziehen sich auch auf Umzugsgebühren, Kommandogelder, Dienstreiseentschädigungen, Nebengebühren u. dgl. Die deutsche Ortsklasseneinteilung vom 13. Januar 1922 wird anerkannt.

(4) Ist die Familie eines Beamten an einem anderen Orte als dem Dienstort auch außerhalb Polnisch-Oberschlesiens untergebracht, oder macht der Beamte von dem Rechte Gebrauch, sie an einem solchen

toute nature mentionnés au présent titre, l'indemnité pour ménage à part telle qu'elle est prévue par les dispositions allemandes, présentes ou à venir, sur les journées de service (*Reichsverkehrsblatt* 1922, page 49); il bénéficiera des dispositions polonaises appliquées en Haute Silésie polonaise si elles lui sont plus avantageuses. Il en sera de même lorsque le fonctionnaire aura fait usage du droit d'installer sa famille dans une localité hors des frontières de la Haute Silésie polonaise.

Article 519

1. — A titre de compensation pour leur service temporaire auprès d'une Administration étrangère, les fonctionnaires allemands recevront de l'Administration des chemins de fer polonais, au moment de quitter le service polonais, une indemnité spéciale.

2. — Le montant de cette indemnité est fixé comme suit :

Marks 900, par mois pour les fonctionnaires des groupes allemands de traitement 1-5 ;

Marks 1050, par mois pour les fonctionnaires des groupes allemands de traitement 6-8 ;

Marks 1200, par mois pour les fonctionnaires des groupes allemands de traitement 9-12.

3. — A la demande des fonctionnaires allemands, le premier versement de cette indemnité leur sera remis, à titre d'avance, le 30 septembre 1922, et les versements suivants à la fin de chaque trimestre du calendrier. En cas d'interruption de service dépassant au total cinq semaines — cas de maladie exceptés — l'indemnité ci-dessus sera réduite proportionnellement à la durée excédant ces cinq semaines.

4. — Pour les fonctionnaires allemands qui touchent l'indemnité de ménage à part, conformément à l'article 518, alinéa 4, l'indemnité sous alinéa 2 ci-dessus sera réduite de 20% tant qu'ils n'habiteront pas avec leur famille.

5. En cas de faute ayant entraîné le renvoi ou l'ouverture d'une procédure disciplinaire, conformément à l'alinéa 3 de l'article 523, le paiement de l'indemnité sous alinéa 2 ci-dessus sera suspendu jusqu'à ce qu'une décision intervienne. Si le renvoi est rapporté ou si la procédure disciplinaire n'aboutit pas à une révocation le montant retenu sera versé au fonctionnaire.

Article 520

Les allocations péquéniaires qui, après le retour des fonctionnaires allemands au service allemand, viendraient à être accordées rétroactivement aux fonctionnaires polonais des chemins de fer de la Haute Silésie polonaise pour une période pendant laquelle les fonctionnaires allemands ont été au service de la Pologne en vertu du présent titre, devront être également versées à ces fonctionnaires.

Orte unterzubringen, so ist ihm eine Entschädigung für getrennte Haushaltsführung in gleicher Höhe wie sie in den jeweils geltenden deutschen Bestimmungen über Beschäftigungstagegelder (vgl. *Reichsverkehrsblatt* 1922 S. 49) vorgesehen ist, außer den sonst in diesem Titel bezeichneten Bezug und Gebühren aller Art zu zahlen, sofern nicht die polnischen Bestimmungen in Polnisch-Oberschlesien günstiger sind.

Artikel 519

(1) Für die vorübergehende Dienstleistung bei einer fremden Verwaltung wird den deutschen Beamten beim Wiederausscheiden aus dem polnischen Dienste von der polnischen Eisenbahnverwaltung außerdem eine besondere Abfindung gewährt.

(2) Die Höhe dieser Abfindung wird festgesetzt auf:

900 M monatlich für die Beamten der deutschen Besoldungsgruppen 1 bis 5,

1050 M monatlich für die Beamten der deutschen Besoldungsgruppen 6 bis 8,

1200 M monatlich für die Beamten der deutschen Besoldungsgruppen 9 bis 12.

(3) Die Abfindung wird auf Wunsch der deutschen Beamten vorschüssigweise erstmalig am 30. September 1922, später am Schluß eines jeden Kalendervierteljahrs gezahlt. Von Krankheitsfällen abgesehen, wird bei Dienstunterbrechungen, die insgesamt länger als fünf Wochen dauern, die obige Abfindung entsprechend der die fünf Wochen überschreitenden Zeitdauer gekürzt.

(4) Bei deutschen Beamten, die gemäß Artikel 518 Abs. 4 eine besondere Entschädigung für getrennte Haushaltführung erhalten, wird die im Abs. 2 dieses Artikels bezeichnete Abfindung für die Dienstleistung in Polen um 20 v. H. für die Zeit der getrennten Haushaltführung ermäßigt.

(5) Bei einer Verfehlung, welche die Kündigung oder ein förmliches Disziplinarverfahren gemäß Artikel 523 Abs. 3 zur Folge hat, wird die Zahlung der Abfindungssumme bis zur Entscheidung vorläufig gesperrt. Bei Rücknahme der Kündigung oder bei Nichtentfernung aus dem Amte wird der gesperrte Betrag nachgezahlt.

Artikel 520

Geldliche Zuwendungen, die polnischen Eisenbahnbeamten in Polnisch-Oberschlesien nach Rückübernahme der deutschen Beamten in den deutschen Dienst rückwirkend für eine Zeit gemacht werden, in der deutsche Beamte auf Grund dieses Titels polnische Dienste verrichtet haben, müssen auch diesen Beamten zugute kommen.

Article 521

Tous les paiements de traitements, d'allocations, d'indemnités et autres versements à effectuer en vertu du présent titre devront l'être en monnaie allemande (marks allemands à la valeur nominale).

Article 522

1. — En vue de la défense des intérêts économiques et professionnels des fonctionnaires allemands, un fonctionnaire supérieur allemand collaborera, en qualité de co-directeur du personnel allemand, à toutes les mesures intéressant le personnel allemand et qui sont de la compétence de la Direction (engagements, promotions, traitements, questions générales touchant les congés, parcours gratuit, transferts, déplacements passagers, logement, uniforme, institutions pour le bien-être du personnel, assistance, punitions, recours, tableaux réguliers de service, affectation du personnel, dommages-intérêts, etc.). Ce co-directeur deviendra membre ordinaire de la Direction polonaise. A son égard, le pouvoir disciplinaire sera exercé en commun par le Président de la Direction des chemins de fer allemands d'Oppeln et par celui de la Direction des chemins de fer polonais de Katowice. En fixant ses occupations, on tiendra compte du temps qui doit lui être réservé pour l'accomplissement de ses devoirs de co-directeur du personnel.

2. — Le co-directeur sera autorisé à se procurer, par l'entremise de la Direction des chemins de fer d'Oppeln, tous les décrets du Ministre des Communications du Reich concernant les questions de personnel; il aura aussi le droit pour son service de correspondre verbalement ou par écrit avec cette direction.

3. — Le nombre des fonctionnaires allemands attachés au service du personnel sera autant que possible proportionnel au nombre des fonctionnaires allemands par rapport au nombre des fonctionnaires polonais.

Article 523

1. — Le pouvoir disciplinaire à l'égard des fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais sera exercé conformément aux prescriptions allemandes en vigueur au moment du transfert de la souveraineté.

2. — Les infractions à la discipline, qui ne sont possibles que d'une simple mesure d'ordre (avertissement, réprimande, amende), seront liquidées par la Direction polonaise conformément à l'article 522.

3. — En cas d'accusation basée sur des faits graves susceptibles d'entraîner le renvoi du fonctionnaire, dont le service peut être dénoncé, ou l'ouverture d'une enquête disciplinaire à fins de révocation, s'il s'agit d'un fonctionnaire ne pouvant être que révoqué, la Direction des chemins de fer polonais, après constation des faits, et, si la Direction allemande le demande, complément d'enquête, pourra mettre le fonctionnaire inculpé à la disposition de la Direction des chemins de fer d'Oppeln. L'alinéa 5 de l'article 519 sera applicable en l'espèce.

Artikel 521

Alle Zahlungen von Diensteinkommenbeträgen und anderen Zuwendungen und Bezügen sowie alle sonstigen Zahlungen auf Grund dieses Titels sind in deutscher Währung (Reichsmark zum Nennwert) zu leisten.

Artikel 522

(1) Bei der Bearbeitung der zur Zuständigkeit der Eisenbahndirektion gehörenden Personalangelegenheiten (Anstellung, Beförderung, Besoldung, allgemeine Urlaubsfragen, Freifahrt, Versezung, Kommandierung, Wohnung, Dienstkleidung, Wohlfahrt, Unterstützung, Bestrafung, Beschwerden, regelmäßige Dienstpläne, Beschäftigung, Heranziehung zum Schadenersatz u. dgl.) wird zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der deutschen Beamten ein oberer deutscher Beamter als Personalkodezernent mitwirken, der ordentliches Mitglied der polnischen Eisenbahndirektion wird. Die Disziplinargewalt über ihn wird gemeinsam von den Präsidenten der Eisenbahndirektionen Oppeln und Katowitz ausgeübt. Bei Aufstellung seines Beschäftigungsplans wird auf seine Tätigkeit als Personalkodezernent Rücksicht genommen.

(2) Ihm wird gestattet, sich durch Vermittlung der Eisenbahndirektion Oppeln alle Erlassen des Reichsverkehrsministers, die Personalangelegenheiten betreffen, zu verschaffen und auch mit dieser Eisenbahndirektion in dienstlichen Fragen mündlich und schriftlich zu verkehren.

(3) Die Zahl der deutschen Personalerpedienten wird möglichst dem Verhältnis entsprechen, in dem deutsche Beamte im Vergleich zu polnischen vorhanden sind.

Artikel 523

(1) Die Disziplinargewalt wird gegenüber den im polnischen Eisenbahndienste tätigen deutschen Beamten unter Anwendung der beim Übergange der Staatshoheit bestehenden deutschen Vorschriften ausgeübt.

(2) Disziplinarische Verfehlungen, die durch eine Ordnungsstrafe (Warnung, Verweis, Geldstrafe) ihre Sühne finden können, werden von der polnischen Eisenbahndirektion gemäß Artikel 522 erledigt.

(3) Im Falle der Anschuldigung wegen eines schweren Vergehens, das die Dienstenlassung durch Kündigung bei fühlbar angestellten Beamten oder die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele auf Amtsentfernung bei unfühlbar angestellten Beamten zur Folge haben würde, kann die polnische Eisenbahndirektion nach Feststellung des Tatbestandes, der gegebenenfalls auf Wunsch der deutschen Eisenbahnverwaltung zu ergänzen ist, den Beamten der deutschen Eisenbahndirektion Oppeln zur Verfügung stellen. Artikel 519 Abs. 5 findet Anwendung.

Article 524

1. — Les dossiers personnels des fonctionnaires allemands et tous les dossiers relatifs à des questions générales touchant le personnel seront mis à la disposition du co-directeur allemand pour qu'il en puisse prendre connaissance. Lors du retour d'un fonctionnaire au service allemand, son dossier personnel sera remis à la Direction des chemins de fer allemands.

2. — Sur demande de l'Administration des chemins de fer allemands, les dossiers personnels des fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais lui seront confiés temporairement. En outre, il sera établi et il sera envoyé à l'Administration des chemins de fer allemands, sur sa demande, les feuilles matricules concernant ses fonctionnaires au service polonais.

Article 525

Tant que les fonctionnaires allemands seront au service de l'exploitation, tous les ordres dans ce service seront, par mesure de sécurité, donnés en langue allemande. La Feuille officielle et toutes les publications officielles de la Direction de Katowice paraîtront en polonais et en allemand. Toutes les questions personnelles ou disciplinaires touchant les fonctionnaires allemands seront traitées avec eux, oralement ou par écrit, en langue allemande.

Article 526

Pour les heures de service et les heures de repos des fonctionnaires allemands, on appliquera par analogie les prescriptions allemandes qui sont ou seront en vigueur.

Article 527

1. — Les congés et le parcours gratuit accordés aux fonctionnaires allemands seront réglés d'après les principes qui sont ou seront en vigueur sur les chemins de fer allemands. Le congé pourra toujours être passé avec les membres de la famille, les personnes faisant partie du ménage et les domestiques, hors des frontières de la Haute Silésie polonaise.

2. — Le droit au parcours gratuit sera également accordé, conformément aux dispositions allemandes, sur le réseau des chemins de fer du Reich.

3. — Si les prescriptions polonaises en vigueur en Haute Silésie polonaise sur les congés et le parcours gratuit étaient plus libérales, on les appliquera en lieu et place des prescriptions allemandes.

Article 528

Les personnes mentionnées au premier alinéa de l'article 527 obtiendront gratuitement, non seulement à leur départ définitif du pays (article 542), mais encore en cas de voyages de vacances en Allemagne, le visa nécessaire du passeport; elles jouiront de la franchise de douane pour les bagages à leur usage personnel.

Article 529

Les fonctionnaires allemands tenus de porter l'uniforme conserveront l'uniforme allemand, y compris la casquette de service, et ne pourront être contraints à porter des insignes étrangers.

Artikel 524

(1) Die Personalakten der deutschen Beamten und alle Akten über allgemeine Personalangelegenheiten stehen dem deutschen Personalkooperationsen zwecks Einführung zur Verfügung. Bei Rückkehr eines Beamten in den deutschen Dienst werden dessen Personalakten der übernehmenden Eisenbahndirektion übergeben.

(2) Auf Antrag der deutschen Eisenbahnverwaltung werden die Personalakten der deutschen Beamten dieser vorübergehend überlassen, ebenso wird die Anfertigung und Übersendung eines Personalienbogens der beurlaubten Beamten an die deutsche Eisenbahnverwaltung gestattet.

Artikel 525

Solange deutsche Beamte tätig sind, wird im Betriebsdienst zur Verhütung von Gefahren die deutsche Sprache als alleinige Kommandosprache angewandt. Das Amtsblatt und alle amtlichen Veröffentlichungen der Kattowitzer Eisenbahndirektion erscheinen in polnischer und in deutscher Sprache. Ferner findet in allen Personal- und Disziplinarangelegenheiten der deutschen Beamten der mündliche und schriftliche Verkehr mit ihnen in deutscher Sprache statt.

Artikel 526

Für die Dienst- und Ruhezeiten der deutschen Beamten sind die jeweils geltenden deutschen Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

Artikel 527

(1) Die deutschen Beamten erhalten Urlaub und Freifahrt nach den jeweilig geltenden deutschen Grundfächern. Sie können den Urlaub mit Familien- und Hausangehörigen und Dienstpersonal jederzeit außerhalb Polnisch-Oberschlesiens verbringen.

(2) Das Recht auf freie Fahrt wird nach den deutschen Bestimmungen auch innerhalb des deutschen Reichsbahngebiets gewährleistet.

(3) Sollten die im Polnisch-Oberschlesien geltenden polnischen Bestimmungen, betreffend Urlaub und Freifahrt, günstiger sein, so sind diese anzuwenden.

Artikel 528

Die im Artikel 527 Abs. 1 bezeichneten Personen erhalten außer bei der Abwanderung (Artikel 542) auch für Urlaubsreisen das erforderliche Passivum für Reisen nach Deutschland unentgeltlich; zugleich genießen sie Zollfreiheit für das für ihren persönlichen Gebrauch bestimmte Reisegepäck.

Artikel 529

Die zum Tragen von Uniform verpflichteten Beamten behalten die deutsche Reichsuniform einschließlich der deutschen Dienstmütze und können zum Anlegen fremder Abzeichen nicht gezwungen werden.

Article 530

1. — Le logement de service ou logement locatif de service (*Dienstmietwohnung*) des fonctionnaires allemands au service de l'Administration des chemins de fer polonais ne pourra être retiré à aucun d'eux. Ces fonctionnaires ne pourront pas être contraints à recevoir d'autres personnes dans leur logement de service ou logement locatif de service tant que leur famille n'aura pas déménagé. S'il s'agit de leur logement particulier, ces fonctionnaires seront exempts de toutes les mesures de la police ou des offices de logement qui ont trait à l'évacuation forcée, totale ou partielle, des logements.

2. — Les fonctionnaires allemands quittant le service des chemins de fer polonais, ou leurs survivants, auront le droit de continuer à occuper, pendant un délai maximum de trois mois, leur logement de service ou leur logement locatif de service jusqu'à ce qu'ils puissent s'installer dans un logement de leur nouveau lieu de service ; ce délai courra à dater du premier jour du mois du calendrier qui suit la cessation du service. Toutefois, le fonctionnaire sera tenu de céder à son successeur pour lui seul, une partie du logement, avec part à la cuisine, contre remboursement proportionnel du loger, sauf si des raisons spéciales s'y opposaient. Les plaintes adressées au Comité supérieur n'auront pas d'effet suspensif.

Article 531

Si un fonctionnaire allemand a du terrain de l'administration à sa disposition, il s'entendra avec son successeur sur les conditions de la reprise de ce terrain en conformité des prescriptions allemandes en vigueur jusqu'ici. Il devra en particulier être permis au fonctionnaire allemand de faire la récolte, à défaut de quoi il lui sera payé une indemnité équitable pour la fumure et les soins donnés aux plantations.

Article 532

Les droits aux soins médicaux gratuits et au libre choix du médecin, tels qu'ils existent au moment du transfert de la souveraineté, seront maintenus. Est également garanti l'exercice des droits résultant de la qualité de membre des caisses-maladie, caisses pour soins pharmaceutiques et caisses de décès existantes. Les médecins allemands attitrés du chemin de fer qui sont encore en activité demeureront à la disposition des fonctionnaires allemands. Les certificats de ces médecins auront la même valeur officielle que les certificats des médecins polonais attitrés du chemin de fer. En cas de maladies chroniques et d'accidents, et s'il n'y a pas de médecins attitrés allemands sur place, le Comité supérieur, si demande lui en est faite, fera appeler le médecin allemand le plus proche.

Article 533

Si des fonctionnaires allemands des chemins de fer sont au bénéfice de contrats d'assurance contre le vol avec effraction, le vol simple et l'incendie, ils pourront correspondre librement avec les compagnies d'assurances ayant leur siège en Allemagne.

Artikel 530

(1) Keinem im Dienste der polnischen Eisenbahnverwaltung stehenden deutschen Beamten darf seine Dienst- oder Dienstmietwohnung entzogen werden. Auch dürfen solche Beamte nicht gezwungen werden, in die Dienst- oder Dienstmietwohnungen fremde Personen aufzunehmen, bis sie mit ihrer Familie die Wohnung geräumt haben. Sie sind von allen Maßnahmen der Polizei- und Wohnungsämter, die sich auf die zwangsläufige Räumung ihrer Privatwohnung oder von Teilen derselben beziehen, befreit.

(2) Beim Ausscheiden aus dem polnischen Eisenbahndienste steht den Beamten oder ihren Hinterbliebenen bis zum Bezahlen einer Wohnung am neuen Dienstorte das Recht der Weiterbenutzung der bisherigen Dienst- oder Dienstmietwohnung bis zur Höchstdauer von drei Monaten, von dem auf die Dienstbeendigung folgenden Monatsersten an gerechnet, zu. Der Beamte ist jedoch verpflichtet, seinem Nachfolger für dessen Person einen Teil seiner Wohnung unter Mitbenutzung der Küche gegen anteilige Erstattung des Mietzinses zu überlassen, sofern nicht besondere Gründe entgegenstehen. Eine Beschwerde an das Oberkomitee hat keine aufschiebende Wirkung.

Artikel 531

Hat ein deutscher Beamter Dienstland, so vollzieht sich die Auseinandersetzung mit dem Nachfolger nach den bisher geltenden deutschen Bestimmungen. Insbesondere muß dem Beamten die Überleitung gestattet oder für Dungung und Aufwuchs eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

Artikel 532

Die zur Zeit des Überganges der Staatshoheit bestehenden Rechte auf freie ärztliche Behandlung und freie Arztwahl bleiben erhalten. Ebenso wird die Ausübung der Rechte aus der Mitgliedschaft bei bestehenden Kranken-, Arznei- und Sterbekassen gewährleistet. Auch müssen für die deutschen Beamten die bisherigen deutschen Bahnärzte, soweit sie noch vorhanden sind, weiter zur Verfügung stehen. Die Ärzte dieser Ärzte stehen amtlich den Ärzten der polnischen Bahnärzte gleich. Bei chronischen Krankheiten und bei Unfällen wird, wenn ein deutscher Bahnarzt am Orte fehlt, auf Verlangen der nächst erreichbare deutsche Arzt durch Anordnung des Oberkomitees zugezogen werden.

Artikel 533

Soweit für die deutschen Eisenbahnbeamten Einbruch-, Diebstahl- und Brandversicherungsverträge bestehen, wird der ungehinderte Verkehr mit den Organen der Versicherungsgesellschaften im Deutschen Reich wie bisher gewährleistet.

Article 534

La Direction des chemins de fer polonais accordera aux fonctionnaires allemands à son service les mêmes secours que reçoivent les fonctionnaires des chemins de fer en Allemagne.

Article 535

1. — Les prescriptions de la loi allemande du 18 juin 1901 sur l'assistance des fonctionnaires en cas d'accidents professionnels (*Reichsgesetzblatt* 1901, page 211), avec dispositions additionnelles et règlement d'exécution, seront applicables aux fonctionnaires allemands au service des chemins de fer polonais, ainsi qu'à leurs survivants.

2. — Les demandes en découlant devront être adressées à l'Administration des chemins de fer allemands (voir article 502) à qui incombera le soin de fixer et de payer les indemnités, conformément aux dispositions allemandes, après entente avec l'Administration des chemins de fer polonais. Les autorités supérieures allemandes conserveront leurs compétences en cette matière.

3. — Si, outre la loi mentionnée à l'alinéa 1 ci-dessus, des prescriptions administratives allemandes prévoient une assistance en cas d'accident, ces prescriptions s'appliqueront également aux fonctionnaires allemands.

4. — La Pologne remboursera à l'Administration des chemins de fer allemands toutes les sommes déboursées par cette dernière en vertu des dispositions du présent article.

Article 536

1. — La mise à la retraite d'un fonctionnaire allemand, ainsi que la fixation et le paiement de sa pension, seront effectués par l'Administration des chemins de fer allemands d'après les prescriptions allemandes. Il en sera de même, en cas de décès du fonctionnaire, pour la fixation et le paiement des allocations aux survivants.

2. — L'Administration des chemins de fer polonais paiera le trimestre de grâce (*Gnadenquartal*). Elle accordera aux retraités ou, en cas de décès, aux survivants, tous les droits spécifiés aux articles 506 à 513, 527, 528, 530, 531 et 542.

3. — Les délais indiqués aux articles 530 et 542 commenceront à courir le jour du décès ou de la mise à la retraite.

Article 537

1. — En ce qui concerne les pensions de retraite et les allocations accordées aux survivants, l'Administration des chemins de fer polonais remboursera au Reich une part de ces pensions et allocations proportionnelles à la durée du service que le fonctionnaire allemand a passé auprès d'elle par rapport au nombre total de ses années de service. Dans l'application de cette disposition on ne distinguerà pas si la mise à la retraite a eu lieu pendant que le fonctionnaire était au service des chemins de fer polonais ou après son retour au service allemand.

2. — A ces versements, pourra être substitué, à la suite d'un accord des deux administrations de chemins de fer, le paiement d'une somme forfaitaire.

Article 534

Die polnische Eisenbahndirektion wird den in ihrem Dienste beschäftigten deutschen Beamten Unterstützungen in dem bei der deutschen Eisenbahnverwaltung üblichen Umfang gewähren.

Article 535

(1) Die Vorschriften des Reichsgesetzes, betreffend Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 18. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. 1901 S. 211) und die dazu erlassenen Ergänzung- und Ausführungsbestimmungen finden auf die im polnischen Eisenbahndienste beschäftigten deutschen Beamten und deren Hinterbliebene entsprechende Anwendung.

(2) Daraus entstehende Ansprüche sind an die deutsche Eisenbahnverwaltung (Artikel 502) zu richten, der im Einvernehmen mit der polnischen Eisenbahnverwaltung die Festsetzung und Zahlung der Bezüge nach den deutschen Bestimmungen obliegt. Die Zuständigkeit der deutschen Behörden höherer Instanz bleibt bestehen.

(3) Soweit neben dem im Abs. 1 bezeichneten Gesetze deutsche Verwaltungsbestimmungen Unfallfürsorge vorsehen, werden diese Bestimmungen auch auf die deutschen Beamten angewendet werden.

(4) Für alle aus den Bestimmungen dieses Artikels entstehenden Aufwendungen wird Polen die deutsche Eisenbahnverwaltung schadlos halten.

Article 536

(1) Die Versetzung eines deutschen Beamten in den Ruhestand sowie die Festsetzung und Zahlung seines Ruhegehalts erfolgt nach den deutschen Bestimmungen durch die deutsche Eisenbahnverwaltung. Das gleiche gilt auch im Falle des Todes eines Beamten für die Festsetzung und Zahlung der Hinterbliebenenbezüge.

(2) Die polnische Eisenbahnverwaltung zahlt das Gnadenquartal. Sie gewährt dem Pensionär oder im Todesfalle den Hinterbliebenen die in den Artikeln 506 bis 513, 527, 528, 530, 531 und 542 bezeichneten Rechte.

(3) Die in den Artikeln 530 und 542 bestimmten Fristen laufen vom Todestag oder vom Pensionierungstage.

Article 537

(1) Die polnische Eisenbahnverwaltung erstattet dem Reiche einen der Dauer der Dienstleistung bei ihr im Verhältnis zur Gesamtdienstleistung entsprechenden Anteil an den Pension- und Hinterbliebenenbezügen, gleichviel ob die Pensionierung während der Dienstleistung bei der polnischen Eisenbahnverwaltung oder nach Rückkehr in den Reichsdienst erfolgt.

(2) An Stelle dieser Beträge kann nach näherer Vereinbarung der Eisenbahnverwaltungen eine Pauschalvergütung gezahlt werden.

Article 538

A moins que les deux administrations de chemins de fer ne soient convenues d'un autre mode de procéder, le retransfert des fonctionnaires à l'Administration des chemins de fer allemands ne pourra avoir lieu qu'à la fin d'un trimestre du calendrier. Le retransfert devra être notifié à cette Administration trois mois d'avance, avec indication des noms des intéressés; ceux-ci seront avisés de la même façon. Le retransfert s'effectuera sans délai dans les cas spécifiés aux articles 515, alinéa 5, et 523, alinéa 3, ainsi qu'en cas de maladie si cette dernière ne résulte pas du service et dure sans interruption depuis plus de quatre semaines.

Article 539

L'Administration des chemins de fer allemands reprendra immédiatement à son service le fonctionnaire qui en fera la demande, si les conditions du présent titre n'ont pas été remplies à son égard.

Article 540

Si un fonctionnaire allemand désire rentrer au service du Reich avant l'expiration du délai indiqué à l'article 503, il ne pourra demander son retransfert que pour la fin d'un trimestre du calendrier. Sa demande devra être adressée par écrit trois mois d'avance à l'Administration des chemins de fer allemands et à l'Administration des chemins de fer polonais.

Article 541

Dans les cas prévus aux articles 538 à 540, les fonctionnaires retransférés à l'Administration des chemins de fer allemands recevront les indemnités de transfert fixées par les prescriptions allemandes en vigueur à ce moment-là, plus le remboursement de leurs débours, à moins que ceux-ci ne soient déjà couverts par les frais de déplacement. Ces sommes seront pour un tiers à la charge de la Pologne.

Article 542

1. — A la condition que leur retour en Allemagne s'effectue dans les six mois, à compter du premier jour du mois qui suit la fin de leur service, la Pologne garantit aux fonctionnaires allemands, ou, en cas d'empêchement, à leurs mandataires, le transport gratuit de leur avoir (mobilier, vivres, combustibles, animaux — petit et gros bétail, abeilles, etc. — approvisionnements de fourrage et tous autres objets) ainsi que l'exemption de tous droits de douane, taxes et autres redevances. La disposition ci-dessus s'applique également aux membres de la famille des fonctionnaires allemands vivant dans leur ménage, à leurs domestiques et, en cas de décès des fonctionnaires, à leurs survivants, ainsi qu'à leurs mandataires; elle s'étend à tout ce qui est propriété de ces personnes le jour de leur déménagement. Une visite des objets ne pourra avoir lieu qu'au domicile du fonctionnaire et qu'au moment du déménagement. Il n'y aura point de visite en cours de route ou à la frontière. Les objets emportés ne peuvent être frappés, lors du déménagement, d'un droit de rétention pour

Artikel 538

Sofern die beiden Eisenbahnverwaltungen keine anderweitige Ubmachung treffen, erfolgt die Rücküberweisung der Beamten zum Schluß eines Kalendervierteljahrs. Sie ist unter namentlicher Bezeichnung der Personen der deutschen Eisenbahnverwaltung und den Beamten unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist anzugezeigen. Die Rücküberweisung erfolgt ohne Frist in den Fällen der Artikel 515 Abs. 5 und 523 Abs. 3 sowie in Krankheitsfällen, wenn die Krankheit nicht in ursächlichem Zusammenhange mit der Dienstausübung steht und ununterbrochen länger als vier Wochen dauert.

Artikel 539

Die Rückübernahme durch die deutsche Verwaltung erfolgt im Einzelfall auf Wunsch eines Beamten ohne Frist, wenn die Bestimmungen dieses Titels gegenüber dem Beamten nicht eingehalten worden sind.

Artikel 540

Sofern ein deutscher Beamter schon vor Ablauf der im Artikel 503 vorgesehenen Dienstdauer in den Reichsdienst zurückzuföhren wünscht, kann dies nur zum Schluß eines Kalendervierteljahrs erfolgen. Der Antrag ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist der deutschen und der polnischen Eisenbahnverwaltung schriftlich einzureichen.

Artikel 541

In den Fällen der Artikel 538 bis 540 erhalten die zurücküberwiesenen Beamten Versetzungsgebühren nach den jeweils geltenden deutschen Bestimmungen zuzüglich der Entschädigung für entstandene Auslagen, soweit diese nicht durch die Versetzungsgebühren gedeckt sind. Die Beträge werden von Polen zu einem Drittel getragen.

Artikel 542

(1) Polen sichert den deutschen Beamten oder im Falle ihrer Behinderung deren Beauftragten das Recht zu, innerhalb 6 Monaten, von dem auf die Beendigung der dienstlichen Tätigkeit folgenden Monatsersten an gerechnet, ihre gesamte Habe, einschließlich des Hausrats, der Lebensmittel, der Heizmaterialien und des gesamten Viehes (Groß- und Kleinviehes, Bienen u. dgl.) sowie der Futtervorräte für die Tiere, fracht-, zoll-, gebühren- und abgabenfrei abzutransportieren. Diese Vergünstigung bezieht sich auch auf die im Haushalte des Beamten lebenden Familienmitglieder, auf ihre Dienstboten und im Falle des Todes des Beamten auf seine Hinterbliebenen sowie auf die Beauftragten dieser Personen; sie umfaßt alles, was am Tage des Abzugs ihr Eigentum ist. Eine Untersuchung der Sachen ist nur beim Abzug im Hause des Beamten zulässig; unterwegs oder an der Grenze ist davon abzusehen. Auch dürfen diese Sachen beim Abzug nicht zum Gegenstand eines Zurückbehaltungsrechts wegen etwaiger Forderungen des Staates, der Gemeinden oder sonstiger öffentlicher Körperschaften sowie von Privatpersonen gemacht werden, soweit nicht Urteile

créances de l'État, des communes, d'autres corporations publiques ou de particuliers, sauf en vertu de jugements ou d'arrêts des tribunaux civils ordinaires. Il ne pourra non plus être exigé d'attestations établissant qu'il n'y a pas de créances de ce genre. Toutefois, cette disposition ne s'applique pas aux certificats établissant que les impôts et les taxes scolaires ont été payés.

2. — Pendant le délai prévu au premier alinéa du présent article, les fonctionnaires, les membres de leur famille, ou leurs mandataires, seront autorisés à entrer librement dans la Haute Silésie polonaise, et il leur sera accordé, en ce qui concerne les passeports, toutes les facilités compatibles avec les prescriptions en vigueur.

3. — A la demande du fonctionnaire, il sera mis à sa disposition, pour son déménagement, au maximum deux wagons du type dont il a besoin.

Article 543

La Pologne se réserve le droit de conserver définitivement à son service certains fonctionnaires allemands de chemin de fer s'ils y consentent.

Article 544

1. — Les fonctionnaires allemands passant définitivement au service de la Pologne quittent de ce fait le service du Reich et perdent tous droits envers lui.

2. — Le Gouvernement polonais reconnaît et assurera aux fonctionnaires passant définitivement du service des Chemins de fer allemands au service des Chemins de fer polonais tous les droits et expectatives qu'ils auront acquis en étant au service des Chemins de fer allemands (nomination définitive, avancement, traitement, pension, allocations aux survivants), étant entendu qu'il leur sera tenu compte de toutes les années passées au service public allemand.

3. — Les dispositions de l'article 519 ne seront point applicables à ces fonctionnaires.

Article 545

Les dispositions des articles 501 à 544 sont applicables par analogie aux employés allemands (*Angestellte*) au service temporaire des chemins de fer polonais.

Chapitre II

Ouvriers de chemins de fer

Article 546

1. — L'Administration des chemins de fer polonais reprendra, le jour du transfert des chemins de fer, tous les ouvriers, y compris les ouvriers auxiliaires figurant dans l'état nominatif du personnel au 1^{er} avril 1921, sans que ces ouvriers aient besoin de s'annoncer auprès des services des Chemins de fer polonais. Si l'effectif des ouvriers dépasse le nombre indiqué par l'état du personnel, on éliminera les ouvriers en surnombre autant que faire se pourra sans se préoccuper de leur qualité

ou des décisions des ordentlichen Zivilgerichte ouvrir. Es dürfen auch keine Bescheinigungen, daß solche Forderungen nicht bestehen, aus diesem Anlaß gefordert werden. Dies gilt indessen nicht von Bescheinigungen des Inhalts, daß Steuern und Schulabgaben bezahlt worden sind.

(2) Pendant la période indiquée au paragraphe 1, les fonctionnaires, leurs familles et leurs mandataires peuvent entrer librement dans la Haute Silésie polonaise et seront autorisés à obtenir les mêmes facilités pour les passeports que celles qui sont en vigueur.

(3) À la demande d'un fonctionnaire, il sera mis à sa disposition, pour son déménagement, au maximum deux wagons du type dont il a besoin.

Article 543

Polen conserve le droit de conserver définitivement à son service certains fonctionnaires allemands de chemin de fer s'ils y consentent.

Article 544

(1) Les fonctionnaires allemands qui quittent définitivement le service de la Pologne perdent tous leurs droits envers le Reich.

(2) Les fonctionnaires allemands qui quittent définitivement le service des Chemins de fer polonais obtiennent tous les droits et expectatives qu'ils avaient au service des Chemins de fer allemands (nomination définitive, avancement, traitement, pension, allocations aux survivants), étant entendu qu'ils seront tenus compte de toutes les années passées au service public allemand.

(3) Les fonctionnaires allemands qui quittent définitivement le service des Chemins de fer polonais obtiennent tous les droits et expectatives qu'ils avaient au service public allemand.

Article 545

Les dispositions des articles 501 à 544 sont applicables par analogie aux employés allemands (*Angestellte*) au service temporaire des chemins de fer polonais.

Kapitel 2

Eisenbahnarbeiter

Article 546

(1) La Pologne conserve le droit de conserver définitivement à son service certains fonctionnaires allemands de chemin de fer s'ils y consentent.

de ressortissants d'un Etat ou d'un autre ; l'élimination portera d'abord, si possible, sur les ouvriers qui sont entrés au service du chemin de fer en dernier lieu. Le nombre de ces éliminations devra réduire l'effectif des ouvriers à celui porté sur l'état du 1^{er} avril 1921.

2. — Les ouvriers qui sont en surnombre dans un service seront envoyés dans les services qui n'ont pas leur plein effectif ou seront notés d'avance dans ce but.

3. — Dans les six mois qui suivront le transfert des chemins de fer, l'Administration des Chemins de fer polonais n'éliminera pas plus d'ouvriers allemands qu'il ne sera licencié d'ouvriers polonais du service des Chemins de fer allemands dans la partie allemande du territoire plébiscité.

Article 547

1. — Les ouvriers allemands au service des Chemins de fer polonais devront s'abstenir de tous agissements anti-polonais. Seront applicables par analogie, les dispositions de l'alinéa premier de l'article 515.

2. — Le co-directeur allemand du personnel devra collaborer conformément à l'alinéa premier de l'article 522, à toutes les mesures qui concernent l'échange et le renvoi d'ouvriers allemands ou qui touchent à des questions ouvrières d'ordre général.

Article 548

L'Administration des chemins de fer polonais appliquera l'échelle des salaires concernant les ouvriers, telle qu'elle existera à la date de la remise des chemins de fer. Elle reconnaîtra également comme valable la classification des localités.

Article 549

1. — Les ouvriers de chemins de fer qui désirent entrer au service de l'Allemagne et qui manifestent cette volonté dans les six mois après la remise des chemins de fer seront, au cours du mois qui suivra leur déclaration, échangés contre des ouvriers polonais de la partie allemande du territoire plébiscité.

2. — Ces ouvriers bénéficieront des dispositions des articles 511 et 542. Chacune des deux administrations des chemins de fer payera la moitié des indemnités de déménagement.

3. — De même, l'Administration des chemins de fer allemands appliquera les dispositions des deux alinéas ci-dessus aux ouvriers polonais à son service qui veulent entrer au service de la Pologne.

4. — L'Administration des chemins de fer polonais garantira aux ouvriers mentionnés à l'alinéa 3 ci-dessus les droits et expectatives qu'ils auront acquis comme membres d'une caisse allemande d'assurance contre les maladies, d'une caisse allemande de pension pour ouvriers ou d'une assurance allemande contre les accidents ou enfin d'une assurance allemande en faveur des survivants ; elle les acceptera comme membres des caisses correspondantes polonaises avec tous leurs droits et avantages ci-dessus.

so viele aus, daß die Zahl der verbleibenden Arbeiter dem Kopfstat vom 1. April 1921 entspricht.

(2) Arbeiter, die an einer Dienststelle überzählig sind, werden zur Ausfüllung von Lücken an anderer Stelle verwandt oder vorgemerkt.

(3) Die polnische Eisenbahnverwaltung wird innerhalb 6 Monaten seit dem Übergange der Eisenbahnen keine Entlassungen deutscher Arbeiter in größerer Anzahl vornehmen, als polnische Arbeiter im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets aus dem deutschen Eisenbahndienst ausscheiden.

Artikel 547

(1) Die deutschen Arbeiter sind verpflichtet, sich jeder polenfeindlichen Betätigung zu enthalten. Die Bestimmungen des Artikels 515 Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.

(2) Bei Maßnahmen, die den Austausch und die Entlassung deutscher Arbeiter betreffen, sowie bei allen Arbeiterangelegenheiten allgemeiner Art ist der deutsche Personalkodex zern gemäß Artikel 522 Abs. 1 zu beteiligen.

Artikel 548

Die polnische Eisenbahnverwaltung tritt in die mit den Arbeitern am Tage der Übernahme der Eisenbahnen bestehenden Lohntarife einschließlich des Ortsklassenverzeichnisses ein.

Artikel 549

(1) Eisenbahnarbeiter, die in den deutschen Dienst zu treten wünschen und diesen Willen innerhalb 6 Monaten seit der Übernahme der Eisenbahn zu erkennen geben, werden gegen polnische Arbeiter aus dem deutschen Teile des Abstimmungsgebiets innerhalb eines Monats nach Abgabe ihrer Erklärung ausgetauscht.

(2) Die polnische Regierung wird ihnen die gleichen Erleichterungen zugestehen, wie sie in den Artikeln 511 und 542 den Beamten zugestanden sind. Umzugsschädigungen zahlt jede Eisenbahnverwaltung zur Hälfte.

(3) In gleicher Weise wird die deutsche Eisenbahnverwaltung sich verhalten, wenn polnische Arbeiter, die in deutschem Dienst stehen, in polnische Dienste treten wollen.

(4) Den im Abs. 3 bezeichneten Arbeitern sichert die polnische Eisenbahnverwaltung die aus der Mitgliedschaft bei einer deutschen Kranken- oder Arbeiterpensionskasse oder Unfall- und Hinterbliebenenversicherung erworbenen Rechte und Anwartschaften zu und wird sie mit diesen Rechten und Anwartschaften in ihre entsprechenden Kassen übernehmen.

Chapitre III

Service de liquidation (Abwicklungsstelle)

Article 550

1. — Pour la liquidation des travaux restant à accomplir par l'Administration des chemins de fer allemands après la remise des chemins de fer à la Pologne (travaux de décompte, triage des dossiers et des plans, transmissions d'affaires particulières, remise des lignes, des biens-fonds, des bâtiments, des objets d'inventaire, des matières, etc.) il sera institué à Katowice un Service de liquidation (*Abwicklungsstelle*) dirigé par des fonctionnaires supérieurs allemands qu'assistera le personnel allemand nécessaire.

2. — La durée de l'activité de ce service à Katowice sera déterminée par l'Administration des chemins de fer allemands d'entente avec le Comité supérieur.

3. — L'Administration des chemins de fer polonais réservera gratuitement à cet effet les locaux de service nécessaires dans le bâtiment de la Direction et autorisera les fonctionnaires et employés du Service de liquidation à voyager gratuitement et sans aucune entrave sur le réseau de la direction et à utiliser librement le téléphone et le télégraphe pour les besoins du service; elle transportera gratuitement les lettres et envois de service. L'Administration accordera au Service de liquidation toutes les facilités dont il aura besoin pour accomplir sa tâche; sa correspondance ne sera point soumise à la censure.

4. — Les fonctionnaires de l'Administration des chemins de fer allemands y compris les délégués du Ministère des Communications du Reich, seront autorisés à entrer dans la Haute Silésie polonaise et à y séjourner pour contrôler les travaux du Service de liquidation.

Article 551

Les fonctionnaires du Service de liquidation pourront, en cas de besoin, être échangés contre d'autres; ils relèveront de l'Administration allemande des chemins de fer et seront représentés, eux aussi, par l'homme de confiance mentionné à l'article 513. Leur traitement sera payé par le Reich. Leurs dossiers personnels seront conservés à l'Administration allemande des chemins de fer.

Article 552

Le Gouvernement polonais accorde aux fonctionnaires et employés du Service de liquidation les droits et facilités mentionnés aux articles 506 à 513, 527, 530, premier alinéa, deuxième phrase, 533 et 542, tels qu'il les accorde aux fonctionnaires allemands au service temporaire de ses chemins de fer.

Chapitre IV
Dispositions diverses

Article 553

1. — Le Gouvernement polonais accordera aux fonctionnaires, employés et ouvriers des chemins de fer allemands qui, à l'occasion de la remise des

Kapitel III

Abwickelungsstelle

Artikel 550

(1) Zur Abwicklung der nach der Übergabe der Eisenbahnen an Polen verbleibenden deutschen Dienstaufgaben (Abrechnungsarbeiten, Aussondierung der Akten und Pläne, Übergabe der Geschäfte im einzelnen, Übergabe der Strecken, der Liegenschaften, der Gebäude, der Inventarien, der Materialien u. dgl.) wird unter Leitung von deutschen oberen Beamten nebst dem erforderlichen deutschen Personal eine deutsche Abwickelungsstelle in Katowitz errichtet.

(2) Die Dauer der Tätigkeit dieser Stelle in Katowitz wird im Einvernehmen mit dem Oberkomitee von der deutschen Eisenbahnverwaltung bestimmt.

(3) Die polnische Eisenbahnverwaltung wird im Direktionsgebäude die hierzu erforderlichen Diensträume unentgeltlich bereithalten, den Beamten und Angestellten der Abwickelungsstelle die unentgeltliche und ungehinderte Bereisung des Direktionsbezirkes, die freie Benutzung des Fernsprechers und Telegraphen für dienstliche Zwecke sowie die freie Beförderung von Dienstbriefen und Dienstgütern gestatten und alle Erleichterungen gewähren, die zur Erledigung der Dienstaufgaben der Abwickelungsstelle erforderlich sind. Der Schriftverkehr der Abwickelungsstelle unterliegt nicht der Briefzensur.

(4) Zur Überprüfung der Arbeiten der Abwickelungsstelle wird den Beamten der deutschen Eisenbahnverwaltung einschließlich der Kommissare des Ministers Einreise und Aufenthalt in Polnisch-Oberschlesien gestattet.

Artikel 551

Die Beamten der Abwickelungsstelle, die im Bedarfssfalle gegen andere ausgetauscht werden können, unterstehen der deutschen Eisenbahnverwaltung und werden durch den im Artikel 513 bezeichneten Vertrauensmann mitvertreten. Ihre Bejöldung erfolgt durch das Deutsche Reich. Ihre Personalakten bleiben bei der deutschen Eisenbahnverwaltung.

Artikel 552

Die polnische Regierung räumt den Beamten und Angestellten der Abwickelungsstelle die gleichen Rechte und Vergünstigungen ein, die in den Artikeln 506 bis 513, 527, 530 Abs. 1 Satz 2, 533 und 542 den vorübergehend im Dienste ihrer Eisenbahnverwaltung tätigen deutschen Beamten gewährt worden sind.

Kapitel IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 553

(1) Die polnische Regierung räumt den Beamten, Angestellten und Arbeitern der deutschen Eisenbahnverwaltung, die aus Anlaß der Übergabe der Eisen-

chemins de fer, retourneront en Allemagne ou y seront déjà retournés, mais qui auront laissé provisoirement en Haute Silésie polonaise des membres de leur famille vivant dans leur ménage, des domestiques ou des biens, les droits stipulés aux articles 507 à 511, 527, alinéa 2, 528, 530 et 542, tels qu'ils sont reconnus aux fonctionnaires allemands de chemins de fer au service temporaire de la Pologne. Ces mêmes droits sont stipulés au profit des personnes susmentionnées et, en cas d'empêchement, au profit de leurs mandataires; tous auront le droit d'entrer dans la Haute Silésie polonaise. Le délai indiqué aux articles 530 et 542 commence à courir du jour de la remise des chemins de fer et sera, dans le cas de l'article 530, limité à un mois.

2. — Seront admis au bénéfice des mesures de l'alinéa 1 ci-dessus, à condition qu'ils se trouvent dans les mêmes circonstances, les fonctionnaires retraités allemands, les survivants de fonctionnaires, employés et ouvriers allemands de chemin de fer, ainsi que les fonctionnaires, employés et ouvriers allemands en service dans les gares frontières ou gares frontières de jonctions sur territoire allemand.

3. — L'Administration des chemins de fer allemands signalera immédiatement à l'Administration des chemins de fer polonais les logements d'agents allemands sur le point de devenir vacants, afin que les agents polonais puissent s'assurer ces logements; d'une manière générale, elle viendra en aide à l'Administration des chemins de fer polonais pour procurer à son personnel des logements dans la mesure du possible. Les agents de chemins de fer allemands seront invités à donner avis en ce sens le plus tôt possible.

Article 554

1. — Les dispositions des articles 510, 528, 530, alinéa 2, 531, 542 et 545 seront applicables par analogie aux agents qui passent définitivement de la partie allemande du territoire plébiscité au service de l'Administration des chemins de fer polonais, si ces agents ont déclaré, dans le délai d'un mois à dater du jour du transfert de la souveraineté, vouloir passer au service polonais.

2. — Les délais prévus aux articles 530, alinéa 2, et 542 commencent à courir du jour où l'agent fait la déclaration en question.

3. — Par suite du passage à l'Administration polonaise des agents mentionnés à l'alinéa 1 ci-dessus, tous les droits qu'ils avaient acquis envers l'Administration des chemins de fer allemands seront considérés comme éteints.

Chapitre V Voies de recours

Article 555

1. — Dans toutes les questions traitées au présent titre et qui sont de la compétence de l'Administration des chemins de fer, mais sur lesquelles l'Administration allemande et l'Administration polonaise ou le personnel allemand au service polonais et l'Administration polonaise ou enfin le co-directeur du personnel, désigné

bahnen nach Deutschland abwandern oder bereits abgewandert sind, aber ihre Familien, Hausangehörigen und ihr Dienstpersonal oder ihre Vermögenswerte einstweilen in Polnisch-Oberschlesien zurücklassen oder zurückgelassen haben, für sie selbst und die bezeichneten Personen oder im Falle ihrer Verhinderung deren Beauftragten die gleichen Rechte ein, wie sie in den Artikeln 507 bis 511, 527 Abs. 2, 528, 530 und 542 den vorübergehend im polnischen Dienste tätigen deutschen Beamten gewährt werden sind. Insbesondere ist ihnen oder ihren Beauftragten die Einreise in Polnisch-Oberschlesien zu gestatten. Die in den Artikeln 530 und 542 erwähnte Frist läuft vom Tage der Übergabe der Bahnen ab und beschränkt sich im Falle des Artikels 530 auf einen Monat.

(2) Unter den gleichen Voraussetzungen gelten die Bestimmungen des Abs. 1 auch für die Pensionäre und Hinterbliebenen der Eisenbahnbediensteten sowie für die deutschen Bediensteten, die auf den deutschen Grenzbahnhöfen, einschließlich der Grenzübergangsbahnhöfe, Dienst verrichten.

(3) Demgegenüber wird die deutsche Eisenbahnverwaltung zur Sicherung von Privatwohnungen für polnische Eisenbahnbedienstete von jedem bevorstehenden Freiwerden einer Wohnung eines deutschen Eisenbahnbediensteten der polnischen Eisenbahnverwaltung unverzüglich Kenntnis geben und sie auch sonst bei der Sicherung von Wohnungen nach Möglichkeit unterstützen. Die deutschen Eisenbahnbediensteten werden veranlaßt werden, alsbald entsprechende Meldungen zu erstatten.

Artikel 554

(1) Die Bestimmungen der Artikel 510, 528, 530 Abs. 2, 531, 542 und 545 finden auf die Bediensteten, die aus dem deutschen Teile des Abstimmungsgebietes in den Dienst der polnischen Eisenbahnverwaltung dauernd übergetreten, sinngemäß Anwendung, sofern diese Bediensteten ihren Willen zum Übertritte binnen einem Monate vom Tage des Übergangs der Staatshoheit ab erklärten haben.

(2) Die Fristen der Artikel 530 Abs. 2 und 542 laufen vom Tage der bezeichneten Erklärung der Bediensteten ab.

(3) Mit dem Übertritt erlöschen sämtliche Rechte, die diese Bediensteten bis dahin gegenüber der deutschen Eisenbahnverwaltung erworben haben.

Kapitel 5. Rechtsschutz

Artikel 555

(1) In allen zur Zuständigkeit der Eisenbahnverwaltung gehörenden Angelegenheiten dieses Titels, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der polnischen Eisenbahnverwaltung oder zwischen dem im polnischen Eisenbahndienste beschäftigten deutschen Personal und der polnischen Eisenbahnverwaltung oder zwischen dem im Ar-

à l'article 522, et le Président de la Direction des chemins de fer polonais sont en désaccord, il appartiendra au Comité supérieur de les débattre (voir articles 400 et 401).

2. — Il en est de même des désaccords entre les agents mentionnés à l'article 554 et l'Administration des chemins de fer allemands.

3. — Les requérants et leur homme de confiance (article 513) seront autorisés à se présenter personnellement devant le Comité supérieur si la Direction a déjà pris une décision ou si elle la retarde sans de justes motifs.

4. — Chacun des deux Gouvernements aura le droit de recourir auprès de la Commission Mixte, conformément aux disposition de l'article 401 alinéa 3.

Article 556

Si un conflit vient à se produire au sujet des droits appartenant à l'Administration des chemins de fer allemands aux termes des articles 550 et 551, ou au sujet des réclamations nées des articles 506, 507 et 512, la Commission Mixte, sur demande du Gouvernement allemand, se prononcera à défaut de compétence de l'Administration des chemins de fer.

Article 557

1. — Si les agents visés à l'article 555, alinéas 1 et 2, présentent des revendications en vertu des articles 508, 509, 510, 511, 530, alinéa 1, phrase 3, et des articles 545, 549, alinéas 2 et 3 et des articles 552, 553 et 554, le Comité supérieur, en cas de contestation, et sur demande de la partie plaignante, éclaircira l'affaire, à défaut de compétence de l'Administration des chemins de fer, et se mettra en rapport avec les autorités intéressées de l'administration civile locale pour obtenir un règlement à l'amiable.

2. — L'agent intéressé sera autorisé à exposer personnellement ses revendications devant le Comité supérieur.

Article 558

Les dispositions des articles 55 à 63 sur la procédure applicable à l'exercice du droit d'option, seront, par analogie, appliquées au règlement des différends relatifs aux revendications présentées en vertu des articles 542, 545, 549, alinéas 2 et 3, 552, 553 et 554.

Article 559

Toute action intentée en vue de faire valoir des revendications, conformément aux articles 510 (phrase 3), 515 (alinéa 4), 518, 519, 520, 521, 531, 536 (alinéa 2, phrase 1), 545, 548, 552, 553 et 554, pourra être portée devant les tribunaux civils ordinaires.

Article 560

Tout agent des chemins de fer allemands au service polonais, qui aura à présenter à la Pologne une réclamation basée sur les dispositions du présent titre, devra la soumettre par écrit avant la date à laquelle il quitte le service polonais ou au plus tard dans un délai de quatre semaines à partir de cette date. Il ne sera tenu compte d'aucune réclamation présentée ultérieurement. Si

tifel 522 bezeichneten Personalkodezernenten und dem Präsidenten der polnischen Eisenbahndirektion entstehen, entscheidet das Oberkomitee (vgl. Artikel 400 und 401).

(2) Dies bezieht sich auch auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den im Artikel 554 bezeichneten Bediensteten und der deutschen Eisenbahnverwaltung.

(3) Den beschwerdeführenden Bediensteten und dem Vertrauensmann (Artikel 513) ist der persönliche Vortrag beim Oberkomitee zu gestatten, sofern eine Entscheidung der Direktion schon getroffen worden ist oder ungerechtfertigt verzögert wird.

(4) Gegen die Entscheidung des Obmanns des Oberkomitees steht jeder Regierung die Anrufung der Gemischten Kommission gemäß Artikel 401 Abs. 3 zu.

Artikel 556

Über Rechte, welche der deutschen Eisenbahnverwaltung auf Grund der Artikel 550 und 551 zu stehen, sowie über Ansprüche, die auf Grund der Artikel 506, 507 und 512 erhoben werden können, entscheidet, soweit deren Regelung nicht zur Zuständigkeit der Eisenbahnverwaltung gehört, im Streitfall auf Anrufung der deutschen Regierung die Gemischte Kommission.

Artikel 557

(1) Werden von den im Artikel 555 Abs. 1 und 2 bezeichneten Bediensteten Ansprüche auf Grund der Artikel 508, 509, 510, 511, 530 Abs. 1 Satz 3, 545, 549, Abs. 2 und 3, 552, 553 und 554 erhoben, so wird, soweit deren Regelung nicht zur Zuständigkeit der Eisenbahnverwaltung gehört, im Streitfall auf Anrufung des Beschwerdeführers das Oberkomitee, soweit möglich, den Sachverhalt aufklären und sich zum Zwecke gütlicher Erledigung mit der beteiligten Landesverwaltungsbehörde ins Benehmen setzen.

(2) Der persönliche Vortrag beim Oberkomitee ist den bezeichneten Bediensteten zu gestatten.

Artikel 558

Für die Entscheidung von Streitigkeiten über Ansprüche auf Grund der Artikel 542, 545, 549 Abs. 2 und 3, 552, 553 und 554 finden die in den Artikeln 55 bis 63 bezeichneten Vorschriften über das Verfahren bei Ausübung der Rechte der Optanten entsprechende Anwendung.

Artikel 559

Für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Grund der Artikel 510, Satz 3, 515, Abs. 4, 518, 519, 520, 521, 531, 536, Abs. 2 Satz 1, und der Artikel 545, 548, 552, 553 und 554 steht der Rechtsweg vor den ordentlichen Landesgerichten offen.

Artikel 560

Ansprüche, die auf Grund der Bestimmungen dieses Titels gegen Polen entstanden sind, erlöschen binnen vier Wochen nach dem Ausscheiden des Berechtigten aus dem polnischen Eisenbahndienst, es sei denn, daß sie vor dem Ausscheiden oder spätestens vier Wochen nach dem Ausscheiden schriftlich angemeldet worden sind. Erfährt der Berechtigte die den Anspruch begründenden Tatsachen erst nach dem Ausscheiden, so

l'intéressé n'a connaissance des faits donnant un fondement à sa réclamation que postérieurement à la date où il a quitté le service, le délai de quatre semaines ne courra que du jour où ces faits sont parvenus à sa connaissance.

Chapitre VI
Disposition finale

Article 561

Toutes les dispositions du présent titre pourront être modifiées par les deux Administrations de chemins de fer agissant d'un commun accord. Elles seront valables même si la forme économique ou administrative des Chemins de fer allemands ou polonais venait à changer.

beginnt die Frist von vier Wochen mit dem Ablauf des Tages, an dem der Berechtigte vor den Tatsachen erfahren hat.

Kapitel 6
Schlußbestimmung

Artikel 561

Alle Bestimmungen dieses Titels können durch Einvernehmen der beiden Eisenbahnverwaltungen abgeändert werden. Sie gelten auch für den Fall einer Abänderung der Wirtschafts- oder Verwaltungsförder der deutschen oder der polnischen Eisenbahnen.

Sixième Partie

Commission mixte et Tribunal arbitral de Haute Silésie

Titre Premier

Organisation

Article 562

1. — La Commission mixte a son siège à Katowice et se compose de deux Membres allemands, de deux Membres polonais, ainsi que d'un Président d'une autre nationalité.

2. — Les Membres doivent être natifs de Haute Silésie ou être particulièrement au courant des affaires de Haute Silésie, soit par suite de leur profession ou de leur activité comme fonctionnaires, soit pour avoir séjourné plusieurs années en Haute Silésie.

3. — La Commission mixte prend ses résolutions conformément aux dispositions de la présente Convention.

Article 563

§ 1

1. — Le Tribunal arbitral a son siège à Beuthen et se compose d'un Arbitre polonais et d'un Arbitre allemand, ainsi que d'un Président d'une autre nationalité.

2. — Ne peuvent être nommés Arbitres que les personnes qui, d'après les lois de l'Etat qui les nomme, possèdent les aptitudes nécessaires pour remplir les fonctions de juge d'un tribunal ordinaire ou administratif. Leur fonction d'Arbitre doit être leur fonction principale ; comme autres fonctions, ils ne pourront exercer que des fonctions judiciaires ou académiques.

3. — Les Arbitres sont nommés pour trois ans ; ils peuvent être renommés.

§ 2

Avant l'expiration de la période pour laquelle ils sont nommés, les Arbitres ne peuvent être destitués de leurs fonctions que pour les mêmes raisons, suivant la même procédure et par la même autorité que des juges d'un tribunal de deuxième instance en Pologne (*sqd apalacyjny*) ou en Allemagne (*Oberlandesgericht*) selon leur nationalité.

§ 3

1. — Les Arbitres sont indépendants. Ils ne sont liés par aucune instruction.

2. — Le Tribunal arbitral rend ses sentences conformément aux dispositions de la présente Convention et conformément aux lois en vigueur, pourvu que ces lois ne soient pas en contradiction avec les dispositions de la présente Convention. Un examen de la concordance ne peut toutefois avoir lieu que quand il n'est pas exclu par la Convention.

Teil VI

Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht für Oberschlesien

Titel I

Organisation

Artikel 562

(1) Die Gemischte Kommission hat ihren Sitz in Katowitz; sie besteht aus zwei deutschen und zwei polnischen Mitgliedern sowie aus einem Präsidenten fremder Staatsangehörigkeit.

(2) Die Mitglieder müssen in Oberschlesien geboren oder mit den oberschlesischen Verhältnissen durch ihren Beruf, ihre dienstliche Tätigkeit oder durch mehrjährige Aufenthalt in Oberschlesien besonders vertraut sein.

(3) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 563

§ 1

(1) Das Schiedsgericht hat seinen Sitz in Beuthen; es besteht aus einem deutschen und einem polnischen Schiedsrichter sowie aus einem Präsidenten fremder Staatsangehörigkeit.

(2) Die Schiedsrichter müssen nach den Gesetzen des Staates, der sie ernennt, die Fähigung zum Richteramt bei den ordentlichen oder den Verwaltungsgerichten besitzen. Sie versehen ihr Amt als Hauptamt; als Nebenämter dürfen sie nur richterliche oder akademische Ämter bekleiden.

(3) Die Schiedsrichter werden auf drei Jahre ernannt; ihre Wiederernennung ist zulässig.

§ 2

Vor Ablauf der Zeit, für die sie ernannt werden, können die Schiedsrichter nur aus denselben Gründen, in denselben Formen und durch dieselbe Stelle ihres Amtes entthoben werden, wie die Richter eines Gerichts zweiter Instanz (des Appellationsgerichts) in Polen oder (des Oberlandesgerichts) in Deutschland.

§ 3

(1) Die Schiedsrichter sind unabhängig. Sie sind an keine Weisungen gebunden.

(2) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und gemäß den geltenden Gesetzen, soweit sie nicht den Bestimmungen dieses Abkommens zuwiderlaufen. Die Übereinstimmung der Gesetze mit den Bestimmungen dieses Abkommens darf jedoch nur geprüft werden, wenn dies nicht ausdrücklich in diesem Abkommen ausgeschlossen worden ist.

Article 564

1. — Le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais s'adresseront en commun au Conseil de la Société des Nations pour le prier de nommer les Présidents de la Commission mixte et du Tribunal arbitral.

2. — Le Gouvernement allemand nomme les membres allemands de la Commission mixte et l'Arbitre allemand ; le Gouvernement polonais nomme les Membres polonais et l'Arbitre polonais.

Article 565

1. — L'installation solennelle du Président de la Commission mixte et du Président du Tribunal arbitral se fait par un délégué du Gouvernement allemand et un délégué du Gouvernement polonais agissant ensemble.

2. — L'installation solennelle des Membres de la Commission mixte se fait par le Président de la Commission ; celle des Arbitres, par le Président du Tribunal arbitral.

Article 566

1. — Si le Président de la Commission mixte ou le Président du Tribunal arbitral est empêché d'exercer ses fonctions pendant un certain temps, le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais s'adresseront au Conseil de la Société des Nations pour qu'il nomme un remplaçant, en prenant, s'il y a lieu, l'avis du Président à remplacer.

2. — Si un Membre de la Commission mixte ou un Arbitre est empêché, c'est le Gouvernement qui a nommé la personne à remplacer qui nommera le remplaçant. Les remplaçants des Membres de la Commission mixte et des Arbitres doivent avoir les mêmes aptitudes que celles exigées pour ceux qu'ils remplacent. Les remplaçants des Arbitres ne peuvent exercer, outre leurs fonctions de remplaçants, que des fonctions judiciaires ou académiques. Ils ne peuvent pas exercer la profession d'avocats ou de conseils.

Article 567

Si le Président de la Commission mixte ou le Président du Tribunal arbitral sont temporairement empêchés d'exercer leurs fonctions, les affaires administratives de la Commission mixte seront gérées par un membre allemand et par un membre polonais à désigner au début de chaque année par leur Gouvernement ; les affaires administratives du Tribunal arbitral seront gérées par les deux Arbitres.

Article 568

1. — Le Président de la Commission mixte et le Président du Tribunal arbitral nomment, sur une base paritaire et après accord avec les deux Gouvernements, les fonctionnaires et les assistants nécessaires.

2. — Ils fixent également, après accord avec les deux Gouvernements, le titre officiel de ces fonctionnaires.

Article 564

(1) Die deutsche Regierung und die polnische Regierung werden gemeinsam den Völkerbundrat um die Ernennung der Präsidenten der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts ersuchen.

(2) Die deutsche Regierung ernennt die deutschen Mitglieder der Gemischten Kommission und den deutschen Schiedsrichter; die polnische Regierung ernennt die polnischen Mitglieder und den polnischen Schiedsrichter.

Article 565

(1) Die förmliche Einführung des Präsidenten der Gemischten Kommission und des Präsidenten des Schiedsgerichts erfolgt gemeinschaftlich durch einen Bevollmächtigten der deutschen Regierung und einen Bevollmächtigten der polnischen Regierung.

(2) Die Mitglieder der Gemischten Kommission werden durch den Präsidenten der Gemischten Kommission, die Schiedsrichter durch den Präsidenten des Schiedsgerichts förmlich eingeführt.

Article 566

(1) Ist der Präsident der Gemischten Kommission oder der Präsident des Schiedsgerichts für längere Zeit an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so werden die deutsche Regierung und die polnische Regierung den Völkerbundrat um die Ernennung eines Vertreters ersuchen, nachdem sie, soweit tunlich, den zu vertretenden Präsidenten gehört haben.

(2) Ist ein Mitglied der Gemischten Kommission oder ein Schiedsrichter verhindert, so ernennt die Regierung, die den zu Vertretenden ernannt hat, den Vertreter. Die Vertreter müssen dieselben Eigenschaften haben, die für die Vertretenen selbst vorgeschrieben sind. Die Vertreter der Schiedsrichter dürfen im Hauptamt nur richterliche oder akademische Ämter bekleiden; den Beruf eines Rechtsanwalts oder berufsmäßigen Rechtsberaters dürfen sie nicht ausüben.

Article 567

Sind der Präsident der Gemischten Kommission oder der Präsident des Schiedsgerichts vorübergehend an der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte verhindert, so werden die Verwaltungsgeschäfte der Gemischten Kommission von einem deutschen Mitglied und von einem polnischen Mitglied, die von ihrer Regierung zu Beginn jedes Geschäftsjahrs zu bezeichnen sind, die Verwaltungsgeschäfte des Schiedsgerichts von den beiden Schiedsrichtern wahrgenommen.

Article 568

(1) Der Präsident der Gemischten Kommission und der Präsident des Schiedsgerichts ernennen die erforderlichen Beamten und Hilfskräfte auf paritätischer Grundlage und im Einvernehmen mit den beiden Regierungen.

(2) Sie bestimmen ebenfalls die Amtsbezeichnungen dieser Beamten im Einvernehmen mit den beiden Regierungen.

3. — Les Chefs des deux bureaux ne doivent être ni allemands ni polonais.

4. — Les Présidents donnent les instructions de service au personnel de leurs bureaux respectifs. Les fonctionnaires et les employés de la Commission mixte et du Tribunal arbitral relèvent hiérarchiquement de leur Président. Ils doivent lui promettre solennellement, la main dans la main en guise de serment, d'accomplir fidèlement leur devoir.

5. — Le Président ne congédiera un fonctionnaire ou un employé, s'il est polonais ou allemand, qu'après en avoir référé au Gouvernement de l'intéressé.

6. — La Commission mixte et le Tribunal arbitral élaborent eux-mêmes le règlement intérieur.

Article 569

1. — Chaque Gouvernement nomme un Agent d'État pour représenter auprès de la Commission mixte et auprès du Tribunal arbitral les intérêts auxquels il doit veiller. La nomination est notifiée par écrit aux deux Présidents, ainsi qu'à l'autre Gouvernement. Elle subsiste tant que le rappel de l'Agent et la nomination d'un autre Agent ne sont pas notifiées de la même manière.

2. — L'Agent d'État aura à sa disposition les conseillers et assistants nécessaires pour le seconder. Il peut se faire remplacer par eux soit d'une manière générale, soit pour certaines espèces d'affaires, soit pour une affaire déterminée.

Article 570

1. — La Commission mixte et le Tribunal, arbitral, les Présidents et les Membres de la Commission mixte et du Tribunal arbitral, ainsi que les fonctionnaires et les employés au service de la Commission mixte et du Tribunal arbitral, jouissent en matière pénale, sur le territoire des deux Etats contractants, de la même protection spéciale que les autorités et les fonctionnaires du pays.

2. — Le Président de la Commission mixte et le Président du Tribunal arbitral sont respectivement compétents pour prendre l'initiative de toute poursuite (*Strafantrag*) pour des délits commis contre la Commission mixte, le Tribunal arbitral ou les Membres et fonctionnaires de ces institutions.

Article 571

Les Membres ou fonctionnaires de la Commission mixte ou du Tribunal arbitral, de nationalité polonaise ou allemande, sont punis pour tous délits commis dans l'exercice de leurs fonctions, par les autorités de leur Etat, de la même manière que s'ils étaient fonctionnaires de cet Etat.

Article 572

1. — Les Parties contractantes garantissent les priviléges et immunités diplomatiques aux deux Présidents, aux Membres de la Commission mixte, aux Arbitres, aux Chefs des deux bureaux, ainsi qu'aux Agents d'Etat. Si ces personnes sont des ressortissants de l'un des deux Etats contrac-

(3) Die Leiter der beiden Büros dürfen weder Deutsche noch Polen sein.

(4) Die Präsidenten erlassen die Dienstanweisungen für das Personal ihrer Büros. Die Beamten und Angestellten der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts unterstehen dienstlich ihren Präsidenten. Sie haben diesen durch Handschlag an Eides Statt die treue Erfüllung ihrer Dienstpflichten zu geloben.

(5) Der Präsident wird einen Beamten oder Angestellten, wenn dieser Pole oder Deutscher ist, erst entlassen, nachdem er sich darüber mit der Regierung des Staates, dem der Beamte oder Angestellte angehört, ins Benehmen gesetzt hat.

(6) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht geben sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Artikel 569

(1) Jede Regierung ernennt einen Staatsvertreter, der die von ihr wahrgenehmenden Interessen bei der Gemischten Kommission und bei dem Schiedsgerichte geltend macht. Die Ernennung wird den beiden Präsidenten und der anderen Regierung schriftlich mitgeteilt. Sie gilt, bis die Abberufung und die Ernennung eines anderen Staatsvertreters in gleicher Weise mitgeteilt worden ist.

(2) Dem Staatsvertreter werden die zu seiner Unterstützung erforderlichen Referenten und Hilfskräfte beigegeben. Er kann ihnen seine Vertretung allgemein oder für bestimmte Arten von Geschäften oder in einzelnen Sachen übertragen.

Artikel 570

(1) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht, die Präsidenten sowie die Mitglieder der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts und die bei der Gemischten Kommission und dem Schiedsgericht angestellten Beamten genießen in dem Gebiete der beiden vertragsschließenden Staaten denselben besonderen strafrechtlichen Schutz, der den Landesbehörden und Landesbeamten gewährt wird.

(2) Den Strafantrag bei Vergehen gegen die Gemischte Kommission, gegen das Schiedsgericht oder gegen deren Mitglieder oder Beamte stellt der Präsident der Gemischten Kommission oder der Präsident des Schiedsgerichts.

Artikel 571

Wenn sich die Mitglieder oder die Beamten der Gemischten Kommission oder des Schiedsgerichts, die Deutsche oder Polen sind, eines Amtsvergehens schuldig machen, werden sie von den Behörden ihres Staates ebenso bestraft, als wenn sie die strafbare Handlung im Dienste ihres eigenen Staates begangen hätten.

Artikel 572

(1) Die vertragsschließenden Teile sichern den beiden Präsidenten, den Mitgliedern der Gemischten Kommission, den Schiedsrichtern, den Leitern der beiden Büros und den Staatsvertretern die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen zu. Gehören diese Personen einem der beiden vertragsschließenden Staaten

tants, elles n'auront droit aux priviléges et immunités en question que dans le territoire de l'autre État.

2. — Les fonctionnaires et les employés au service de la Commission mixte, du tribunal arbitral ou des Agents d'État — en tant qu'ils se trouvent en service sur le territoire de celui des deux États dont ils ne sont pas ressortissants — sont exemptés

1^o de tous impôts et taxes relatifs à leur traitement et aux autres émoluments résultant de leur service auprès de la Commission mixte ou du Tribunal arbitral, à l'exception des taxes et impôts dus à la commune ou aux églises et des taxes scolaires;

2^o de la juridiction ordinaire pour tout ce qui touche à leur activité officielle, ainsi que de la détention préventive, à moins qu'il ne s'agisse de poursuites pour crime;

3^o de l'obligation de témoigner des faits relevant de leur activité officielle, à moins que le Président de la Commission mixte ou celui du Tribunal arbitral, ou l'Agent d'État, selon les cas n'autorise le témoignage.

3. — Les locaux de la Commission mixte et du Tribunal arbitral sont inviolables.

Article 573

1. — Les deux Gouvernements remettront aux Présidents de la Commission mixte et du Tribunal arbitral, par l'intermédiaire de leurs délégués mentionnés à l'article 565, une carte d'identité leur permettant de passer la frontière et séjourner dans l'une et l'autre partie du territoire plébiscité sans avoir besoin de passeports ou autre pièce d'identité.

2. — Pour les autres personnes mentionnées à l'article 572, les papiers d'identité nécessaires leur seront fournis par l'intermédiaire des Agents d'État sur demande du Président. Il en sera de même en ce qui concerne les membres des Commissions arbitrales ou de conciliation prévues par la présente Convention.

Article 574

1. — Les émoluments des Présidents de la Commission mixte et du Tribunal arbitral, ainsi que les traitements, à fixer d'accord avec le Gouvernement polonais et avec le Gouvernement allemand, des fonctionnaires et des assistants des bureaux, enfin les frais du service, seront payés par moitié par la Pologne et par l'Allemagne.

2. — Les Arbitres touchent uniquement un traitement fixé d'accord avec eux avant leur nomination.

3. — En matière de revendications relatives au paiement de leurs traitements et indemnités, les Membres de la Commission mixte et du Tribunal arbitral peuvent recourir aux tribunaux de leur pays.

an, so gelten diese Vorrechte und Befreiungen nur für das Gebiet des anderen Staates.

(2) Die Beamten und Angestellten bei der Gemischteten Kommission, bei dem Schiedsgericht und bei den Staatsvertretern genießen, soweit sie sich dienstlich auf dem Gebiete des Staates aufhalten, dessen Angehörige sie nicht sind, Befreiung

1. von allen Abgaben und Steuern auf das Gehalt und die übrigen Einnahmen aus ihrer dienstlichen Tätigkeit bei der Gemischteten Kommission oder bei dem Schiedsgerichte, mit Ausnahme der Kommunal- und Kirchensteuern sowie der Schulabgaben;
2. von der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Ansehung ihrer dienstlichen Tätigkeit sowie von der Untersuchungshaft, sofern es sich nicht um die Verfolgung wegen eines Verbrechens handelt;
3. von der Pflicht zur Ablegung eines Zeugnisses über Vorgänge, die ihre amtliche Tätigkeit betreffen, soweit nicht der Präsident der Gemischteten Kommission oder der Präsident des Schiedsgerichts oder der Staatsvertreter den ihm unterstellten Beamten oder Angestellten die Ablegung des Zeugnisses gestattet.

(3) Die Diensträume der Gemischteten Kommission und des Schiedsgerichts sind unverletzlich.

Artikel 573

(1) Die beiden Regierungen werden den Präsidenten der Gemischteten Kommission und des Schiedsgerichts durch die im Artikel 565 bezeichneten Bevollmächtigten einen Ausweis übergeben, der ihnen gestattet, ohne Paß oder anderes Ausweispapier die Grenze zu überschreiten und sich in beiden Teilen des Abstimmungsgebietes aufzuhalten.

(2) Den anderen im Artikel 572 bezeichneten Personen werden die erforderlichen Ausweise durch die Vermittlung der Staatsvertreter auf Antrag der Präsidenten übergeben. Das gleiche gilt für die Mitglieder der in diesem Abkommen vorgesehenen Schieds- und Schlüchtungsstellen.

Artikel 574

(1) Die Gehälter der Präsidenten der Gemischteten Kommission und des Schiedsgerichts sowie die im Einvernehmen mit der polnischen Regierung und der deutschen Regierung festzusehenden Gehälter der Beamten und Hilfskräfte der Bureaus und die aus der Tätigkeit beider Behörden entstehenden sachlichen Kosten werden von Polen und Deutschland je zur Hälfte getragen.

(2) Die Schiedsrichter erhalten nur ein Gehalt, das mit ihnen vor ihrer Ernennung zu vereinbaren ist.

(3) Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Mitglieder der Gemischteten Kommission und des Schiedsgerichts auf Gehalt und Entschädigungen ist der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten ihres Landes gegeben.

Article 575

Les Présidents de la Commission mixte et du Tribunal arbitral établissent leur budget annuel d'accord avec les Agents d'Etat.

Article 576

L'emploi de la langue officielle de la Commission mixte et du Tribunal arbitral est réglé comme suit :

§ 1

Langue des débats

1. — Les Présidents se servent de la langue qui leur est familière. Quant aux autres personnes participant officiellement aux débats, elles se servent de la langue allemande ou polonaise.

2. — Les déclarations, requêtes, résolutions et décisions doivent être traduites en allemand ou en polonais, et, s'il y a lieu, dans les deux langues.

3. — Les personnes qui participent aux débats sans qualité officielle, se servent de la langue allemande ou polonaise, à moins qu'elles ne sachent ni l'une ni l'autre.

4. — La traduction sera faite par le Président, par un Membre de la Commission mixte ou par un Arbitre et, le cas échéant, par un interprète.

5. — Le procès-verbal est rédigé en allemand et en polonais.

§ 2

Langues du service intérieur.

1. — Dans le service intérieur, chacun peut se servir de l'allemand et du polonais.

2. — Les circulaires de service d'un caractère général, les affiches dans les bureaux, etc., devront être rédigées en allemand et en polonais.

3. — Aura la première place, la langue officielle du pays dans lequel se trouve la Commission ou le Tribunal.

§ 3

Langues du service extérieur.

Les requêtes adressées à la Commission mixte ou au Tribunal arbitral doivent être rédigées en polonais ou en allemand. La réponse sera rédigée dans la même langue, à moins que le destinataire y renonce. Pour le reste, toutes les pièces, communications, notifications officielles, citations, etc., destinées à une autorité allemande ou à destination de l'Allemagne, doivent être rédigées en allemand, et toutes les pièces, communications, notifications officielles, citations, etc., destinées à une autorité polonaise ou à destination de la Pologne, doivent être rédigées en polonais.

§ 4

Les dispositions du présent article s'appliquent d'une manière analogue aux Commissions arbitrales ou de conciliation instituées en vertu de la présente Convention.

Article 575

Die Präsidenten der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts stellen den Haushaltsplan für ihre Behörde für jedes Geschäftsjahr im Einvernehmen mit den Staatsvertretern auf.

Article 576

Über die Amtssprache der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts wird folgendes bestimmt:

§ 1

Verhandlungssprache

(1) Die Präsidenten bedienen sich der Sprache, die ihnen geläufig ist. Die übrigen Amtspersonen bedienen sich der deutschen oder der polnischen Sprache.

(2) Erklärungen, Anträge, Beschlüsse und Entscheidungen werden ins Deutsche oder ins Polnische, gegebenenfalls in beide Sprachen, übertragen.

(3) Richtbeamte Personen dürfen sich in den Verhandlungen der deutschen oder der polnischen Sprache bedienen, es sei denn, daß sie keine der beiden Sprachen beherrschen.

(4) Die Übersetzung wird von dem Präsidenten, von einem Mitglied der Gemischten Kommission oder einem Schiedsrichter, erforderlichenfalls von einem Dolmetscher, vorgenommen.

(5) Das Protokoll wird in deutscher und in polnischer Sprache geführt.

§ 2

Sprache des inneren Dienstes

(1) Im inneren Dienste kann sich jeder der deutschen oder der polnischen Sprache bedienen.

(2) Innere Verfügungen allgemeiner Art, Anschläge in den Bureauräumen usw. werden deutsch und polnisch abgesetzt.

(3) An erster Stelle steht die Amtssprache des Staates, in dessen Gebiete sich der Sitz der Gemischten Kommission oder des Schiedsgerichts befindet.

§ 3

Sprache des äußeren Dienstverkehrs

Eingaben an die Gemischte Kommission oder an das Schiedsgericht sind in polnischer oder in deutscher Sprache abzufassen. Sie werden in derselben Sprache beantwortet, falls nicht der Einsender darauf verzichtet. Im übrigen werden alle Schriftstücke, Mitteilungen, Zustellungen, Ladungen usw., die an eine deutsche Behörde oder nach Deutschland gerichtet sind, deutsch und alle Schriftstücke, Mitteilungen, Zustellungen, Ladungen usw., die an eine polnische Behörde oder nach Polen gerichtet sind, polnisch abgesetzt.

§ 4

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf die in diesem Abkommen eingesetzten Schieds- und Schlichtungsstellen entsprechende Anwendung.

Titre II
Procédure et Compétence
Chapitre premier
Commission mixte

Article 577

1. — Sauf disposition contraire, la Commission mixte ne s'occupe d'une affaire qu'à la demande de l'un des Agents d'Etat.

2. — La procédure est introduite par une requête écrite de l'Agent d'Etat. Cette requête doit comprendre des conclusions précises.

3. — Elle comprend de plus :

- 1^o un exposé détaillé des faits sur lesquels se basent les conclusions ;
- 2^o l'indication des modes de preuves ;
- 3^o l'indication des dispositions de la présente Convention sur lesquelles se fondent les conclusions.

4. — L'Agent d'Etat peut retirer sa demande de son propre chef, tant que la requête n'a pas été notifiée officiellement à l'autre Agent d'Etat. Après la notification officielle de la requête, il ne peut la retirer qu'avec le consentement de l'autre Agent d'Etat.

*Article 578***§ 1**

1. — Le Président examine si les requêtes introduites auprès de la Commission mixte répondent aux conditions prévues à l'article 577, et si elles émanent de personnes compétentes.

2. — Si elles ne répondent pas aux conditions de l'article 577, alinéas 1 et 2, le Président peut les rejeter comme non-recevables. Le Président peut fixer un délai pour curer ces vices de forme, et rejeter la demande comme non-recevable à l'expiration du dit délai.

3. — Si les autres conditions prévues à l'article 577 ne sont pas remplies, le Président peut exiger que ces lacunes soient remplies.

§ 2

1. — Si la requête est recevable, le Président désigne immédiatement un rapporteur et un corapporteur.

2. — Le rapporteur doit être ressortissant de l'Etat d'où émane la requête. Le corapporteur doit appartenir à l'autre Etat.

Article 579

1. — La Commission mixte statue, après débat oral, sur le point de savoir si les conclusions formulées dans la requête sont fondées, en tout ou en partie. Seront convoqués pour le débat, les Agents d'Etat et autres personnes intéressées, si elles sont parties en cause ou si elles doivent être citées en application des stipulations de la présente Convention.

Titel II
Verfahren und Zuständigkeit
Kapitel I
Gemischte Kommission

Artikel 577

(1) Die Gemischte Kommission tritt, soweit nicht ein anderes bestimmt worden ist, nur auf Antrag eines Staatsvertreters in Tätigkeit.

(2) Das Verfahren wird durch eine schriftliche Eingabe des Staatsvertreters eingeleitet. Die Eingabe muß einen bestimmten Antrag enthalten.

(3) Sie soll ferner enthalten:

1. eine eingehende Darstellung der Tatsachen, auf die der Antrag gestützt wird;
2. die Bezeichnung der Beweismittel;
3. die Angabe der Bestimmungen dieses Abkommens, die den Antrag begründen.

(4) Der Staatsvertreter kann den Antrag zurücknehmen, bevor die Eingabe dem anderen Staatsvertreter zugestellt worden ist. Nach der Zustellung kann er ihn nur mit Zustimmung des anderen Staatsvertreters zurücknehmen.

*Artikel 578***§ 1**

(1) Der Präsident prüft, ob die der Gemischten Kommission eingereichte Eingabe den im Artikel 577 bezeichneten Erfordernissen entspricht, und ob sie von einer zuständigen Person ausgeht.

(2) Entspricht die Eingabe nicht den Erfordernissen des Artikels 577 Abs. 1 und 2, so kann der Präsident sie als unzulässig zurückweisen. Der Präsident kann eine Frist zur Behebung der Mängel setzen und die Eingabe nach Ablauf dieser Frist als unzulässig zurückweisen.

(3) Wenn die anderen im Artikel 577 bezeichneten Erfordernisse nicht erfüllt worden sind, kann der Präsident verlangen, daß das Fehlende nachgeholt wird.

§ 2

(1) Ist die Eingabe zulässig, so bestimmt der Präsident unmittelbar einen Berichterstatter und einen Mitberichterstatter.

(2) Der Berichterstatter muß Angehöriger des Staates sein, dem die Partei angehört, von der die Eingabe ausgeht; der Mitberichterstatter muß Angehöriger des anderen Staates sein.

Artikel 579

(1) Die Gemischte Kommission stellt auf Grund einer mündlichen Verhandlung fest, ob der in der Eingabe gestellte Antrag ganz oder teilweise begründet ist. Zur Verhandlung sind die Staatsvertreter und andere beteiligte Personen zu laden, wenn sie Parteien sind, oder wenn ihre Ladung nach den Bestimmungen dieses Abkommens vorgeschrieben ist.

2. — Les débats ne sont pas publics. La parole sera donnée, en premier lieu, au rapporteur et au corapporteur, ou à toute autre partie en cause.

3. — Les personnes convoquées conformément aux dispositions de l'alinéa 1, doivent avoir l'occasion de présenter des demandes et de donner des explications orales.

Article 580

1. — La Commission mixte est autorisée à demander au Tribunal arbitral, ainsi qu'aux autorités judiciaires et administratives des parties allemande et polonaise du territoire plébiscité, des consultations motivées.

2. — Les autorités administratives sont tenues de donner suite à de telles demandes.

Article 581

1. — La Commission mixte peut, à l'unanimité, renvoyer à tous les stades de la procédure une question d'ordre technique ou de comptabilité à un ou plusieurs experts-délégués.

2. — Les avis des experts-délégués doivent être soumis à la Commission mixte, qui vérifie sans débats s'ils ne contiennent pas d'erreurs de droit relatives aux dispositions de la présente Convention. S'il n'y a pas d'erreur de droit ou d'autre erreur manifeste, ces avis sont confirmés par la Commission mixte. Dans le cas contraire, la Commission mixte peut soit renvoyer à nouveau la question aux experts-délégués pour qu'ils modifient leur avis, soit statuer elle-même sur le différend après avoir infirmé l'avis des experts-délégués.

Article 582

§ 1

1. — En tant que la présente Convention prévoit la conclusion, entre les deux Parties contractantes ou les deux Gouvernements, d'accords concernant l'exécution ou l'application de stipulations contenues dans la présente Convention, et en tant que ces accords ne pourront se faire dans un délai raisonnable, la Commission mixte pourra — sauf stipulation contraire de la présente Convention — soumettre aux Parties des projets de règlement, pourvu qu'une entente soit urgente et indispensable pour la mise en exécution et l'application des dispositions relatives aux questions auxquelles a trait l'entente prévue.

2. — La proposition est censée être acceptée par les Parties contractantes si un autre accord n'est pas intervenu dans le délai d'un mois à dater de la notification de cette proposition aux Agents d'Etat.

3. — Toute proposition acceptée au sens du présent article aura la même force et valeur qu'un accord valablement conclu entre les deux Parties. Elle sera publiée dans les journaux officiels de la Silésie allemande et de la Silésie polonaise.

§ 2

La Commission pourra également proposer des arrangements relativement aux questions pour lesquelles le partage de la Haute Silésie nécessite un arrangement entre les deux Parties, pourvu

(2) Die Verhandlung ist nichtöffentliche. Zuerst erhalten der Berichterstatter und der Mitberichterstatter sowie die Parteien das Wort zu ihren Ausführungen.

(3) Den in Abs. 1 bezeichneten Personen ist Gelegenheit zu geben, Anträge zu stellen und sich mündlich zur Sache zu äußern.

Artikel 580

(1) Die Gemischte Kommission ist befugt, das Schiedsgericht sowie die Gerichte und Verwaltungsbehörden im deutschen und im polnischen Teile des Abstimmungsgebiets um begründete Gutachten zu ersuchen.

(2) Die Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen stattzugeben.

Artikel 581

(1) Die Gemischte Kommission kann in jeder Lage des Verfahrens durch einstimmigen Beschluss eine Angelegenheit technischer oder rechnerischer Art einem oder mehreren sachverständigen Delegierten überweisen.

(2) Die Gutachten der Delegierten werden der Gemischten Kommission vorgelegt, die ohne Verhandlung prüft, ob sie auf einem Rechtsirrtum über die Bestimmungen dieses Abkommens beruhen. Liegt kein Rechtsirrtum und kein anderer offensichtlicher Irrtum vor, so bestätigt die Gemischte Kommission das Gutachten. Andernfalls kann sie die Angelegenheit an die Delegierten zwecks Änderung des Gutachtens zurückverweisen oder das Gutachten aufheben und die Angelegenheit selbst erledigen.

Artikel 582

§ 1

(1) Soweit dies Abkommen den Abschluß von Vereinbarungen zwischen den vertragsschließenden Teilen oder den beiden Regierungen über die Ausführung oder Anwendung von Bestimmungen dieses Abkommens vorsieht, und sofern diese Vereinbarungen nicht in angemessener Frist zustande kommen, kann die Gemischte Kommission vorbehaltlich abweichender Bestimmungen dieses Abkommens den vertragsschließenden Teilen eine Regelung der Angelegenheit vorstellen, wenn eine Einigung dringend und unentbehrlich ist für die Durchführung und Anwendung der Bestimmungen, die sich auf die Angelegenheit beziehen, für welche die Einigung vorgesehen ist.

(2) Der Vorschlag gilt als von den vertragsschließenden Teilen angenommen, wenn nicht innerhalb eines Monats nach seiner Mitteilung an die Staatsvertreter eine Vereinbarung anderen Inhalts zustande kommt.

(3) Ein im Sinne dieses Artikels angenommener Vorschlag hat dieselbe Geltung und Wirkung wie eine zwischen den beiden Teilen gültig zustande gekommene Vereinbarung. Er wird in den Amtsblättern für Deutsch-Oberschlesien und für Polnisch-Oberschlesien veröffentlicht.

§ 2

Die Gemischte Kommission kann auch in Fragen, die sich aus der Teilung Oberschlesiens ergeben und über die eine Verständigung der beiden Teile notwendig ist, eine Regelung der Angelegenheit vor-

que, pour chaque cas, les deux Parties aient convenu expressément de la compétence de la Commission mixte pour proposer un arrangement tenant lieu de celui sur lequel les deux Parties ne pourraient éventuellement tomber d'accord.

Article 583

Outre les dispositions du présent chapitre, la compétence de la Commission mixte est également déterminée expressément dans les autres titres pour les matières dont ils traitent.

Article 584

1. — Les Gouvernements feront sans délai tout le nécessaire pour se conformer aux résolutions de la Commission mixte.

2. — Les Agents d'État tiendront la Commission mixte au courant des mesures qu'ils auront prises à cet effet.

Article 585

1. — S'il vient à la connaissance du Président de la Commission mixte des faits, circonstances ou situations qui, à son avis, ne sont pas conformes aux dispositions de la présente Convention, le Président est libre d'attirer sur eux l'attention de l'Agent d'État compétent.

2. — L'Agent d'État est alors tenu de transmettre sans délai la communication à son Gouvernement.

Article 586

§ 1

1. — Il sera créé au siège de la Commission mixte, pour quinze ans au plus, un Comité consultatif du travail qui se composera d'un Président et de dix assesseurs.

2. — Le Président et deux assesseurs sont nommés chacun pour trois ans par le Conseil d'Administration du Bureau international du Travail. Le Président ne doit être ni allemand, ni polonais. Des deux assesseurs nommés par le Conseil d'Administration, l'un doit être polonais, l'autre doit être allemand.

3. — Ces assesseurs sont proposés par le Gouvernement allemand et par le Gouvernement polonais qui les choisissent parmi les experts de leur pays en matière de législation du travail. Ils ne peuvent être ni employeurs, ni employés.

4. — Quant aux huit autres assesseurs, ils sont nommés pour une année, quatre par le Gouvernement polonais et quatre par le Gouvernement allemand, et sont choisis en nombre égal parmi les employeurs et employés de leur partie respective du territoire plébiscité. Avant de les nommer, le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais doivent s'entendre avec les syndicats d'employeurs et d'employés compétents allemands et polonais respectivement reconnus dans le territoire plébiscité.

5. — Chaque Gouvernement nomme de la même manière un suppléant par assesseur.

6. — La nomination se fait pour l'année, du 1^{er} janvier au 31 décembre. Elle peut être renouvelée. Les nominations pour l'année 1922 prennent fin le 31 décembre 1922.

schlagen, wenn beide Teile von Fall zu Fall ausdrücklich vereinbaren, daß die Gemischte Kommission zuständig sein soll, ihnen eine Regelung vorzuschlagen, die eine freie Verständigung ersetzt.

Artikel 583

Abgesehen von den Bestimmungen dieses Kapitels ist die Zuständigkeit der Gemischten Kommission auch in den anderen Titeln für die darin geregelten Angelegenheiten ausdrücklich festgestellt.

Artikel 584

(1) Beide Regierungen werden unverzüglich alles Erforderliche veranlassen, um den von der Gemischten Kommission gefassten Beschlüssen zu entsprechen.

(2) Die Staatsvertreter werden die Gemischte Kommission über die Maßnahmen, die zu diesem Zweck unternommen werden, auf dem laufenden halten.

Artikel 585

(1) Erhält der Präsident der Gemischten Kommission Kenntnis von Tatsachen, Umständen oder Verhältnissen, die nach seiner Überzeugung mit den Bestimmungen dieses Abkommens nicht in Einklang sind, so steht es ihm frei, die Aufmerksamkeit des zuständigen Staatsvertreters darauf zu lenken.

(2) Der Staatsvertreter ist verpflichtet, seiner Regierung unverzüglich von dieser Mitteilung Kenntnis zu geben.

Artikel 586

§ 1

(1) Am Sitz der Gemischten Kommission wird für höchstens fünfzehn Jahre ein begutachtender Ausschuß für Arbeitsfragen gebildet; er besteht aus einem Vorsitzenden und zehn Beisitzern.

(2) Der Vorsitzende und zwei Beisitzer werden vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts je auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Der Vorsitzende darf weder Deutscher noch Pole sein. Von den beiden vom Verwaltungsrat zu ernennenden Beisitzern muß der eine Pole, der andere Deutscher sein.

(3) Diese Beisitzer werden von der deutschen Regierung und von der polnischen Regierung aus dem Kreise der arbeitsrechtlichen Sachverständigen ihres Landes vorgeschlagen. Sie dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein.

(4) Von den übrigen acht Beisitzern werden vier von der polnischen Regierung und vier von der deutschen Regierung je zur Hälfte aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Abstimmungsgebietes auf ein Jahr ernannt. Vor der Ernennung hat die deutsche Regierung die maßgebenden deutschen, die polnische Regierung die maßgebenden polnischen, im Abstimmungsgebiete anerkannten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zu hören.

(5) Jede Regierung ernennt auf die gleiche Weise für jeden Beisitzer einen Stellvertreter.

(6) Die Ernennung erfolgt für das Kalenderjahr. Wiederernennung ist zulässig. Die Ernennungen für das Jahr 1922 gelten bis zum 31. Dezember 1922.

§ 2

1. — Avant de trancher une contestation au sujet de la non-reconnaissance ou de la restriction des droits des syndicats d'employeurs et d'employés, conformément au titre I^e de la quatrième partie de la présente Convention, la Commission mixte doit, à la requête d'un des Agents d'Etat, demander l'avis du Comité consultatif du travail.

2. — Avant de s'adresser au Comité consultatif, la Commission mixte est tenue, autant que faire se peut, d'établir l'état de l'affaire. Le Comité consultatif est lié par les constatations de la Commission mixte.

3. — L'avis est voté à la majorité des voix du Comité consultatif réuni au complet; il doit être présenté à la Commission mixte par écrit avec exposé des motifs.

4. — A la demande de la Commission mixte, l'avis doit être expliqué oralement devant elle par un ou plusieurs membres du Comité.

§ 3

1. — Avant que la Commission mixte prenne position quant à la question de savoir si de nouvelles dispositions polonaises en matière de législation du travail, au sens de l'article 1, peuvent être déférées par le Gouvernement allemand à la Cour permanente de Justice internationale afin qu'elle se prononce à son égard, la Commission mixte est tenue, à la requête d'un des Agents d'Etat, de prendre l'avis du président et des deux assesseurs nommés par le Conseil d'Administration du Bureau international du Travail, pour savoir si les nouvelles dispositions polonaises en question sont ou ne sont pas propres à être substituées aux dispositions en vigueur.

2. — La demande de l'avis doit être adressée au Président du Comité consultatif. L'avis doit être donné par écrit. La Commission mixte peut demander que l'avis soit expliqué devant elle par une personne ayant participé à sa rédaction.

§ 4

1. — Dans toutes les contestations en matière de travail qui lui sont présentées, la Commission mixte peut demander conseil aux huit membres haut silésiens du Comité consultatif. Il en est de même en ce qui concerne les cas des paragraphes 2 et 3, si ni l'un ni l'autre des Agents d'Etat ne demande l'avis du Comité consultatif ou de son Président et des deux membres nommés par le Conseil d'Administration du Bureau international du Travail.

2. — L'opinion des huit membres haut silésiens du Comité consultatif doit résulter d'un vote après discussions orales tenues au siège de la Commission mixte. L'avis voté à la majorité des voix des huit membres est motivé et remis par écrit à la Commission mixte.

3. — A défaut d'une majorité de voix, les différents avis peuvent être présentés. A la demande de la Commission mixte, les avis doivent être expliqués devant elle par une ou plusieurs personnes ayant participé à leur rédaction.

4. — Les avis ne peuvent être votés que si les huit membres sont réunis.

§ 2

(1) Vor der Entscheidung der Streitigkeiten über die Nichtanerkennung oder die Beschränkung der Bezugsnisse von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen gemäß dem ersten Titel des vierten Teiles dieses Abkommens hat die Gemischte Kommission auf Antrag eines Staatsvertreters ein Gutachten des Begutachtenden Ausschusses für Arbeitsfragen einzuhören.

(2) Bevor die Gemischte Kommission sich an den Begutachtenden Ausschuss wendet, hat sie den Sachverhalt, soweit tunlich, festzustellen. Der Ausschuss ist an diese Feststellungen gebunden.

(3) Das Gutachten wird mit Stimmenmehrheit des vollzähligen Ausschusses beschlossen und der Gemischten Kommission schriftlich mit Begründung vorgelegt.

(4) Auf Verlangen der Gemischten Kommission ist das Gutachten durch ein oder mehrere Mitglieder des Ausschusses mündlich vor ihr zu erläutern.

§ 3

(1) Vor der Stellungnahme der Gemischten Kommission zu der Frage, ob gemäß Artikel 1 und 2 neue polnische Bestimmungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts geeignet sind, von der deutschen Regierung dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe zur Entscheidung vorgelegt zu werden, hat die Gemischte Kommission auf Antrag eines Staatsvertreters ein Gutachten des Vorsitzenden und der beiden vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ernannten Beisitzer darüber einzuholen, ob die neuen polnischen Bestimmungen ihrem Inhalt nach geeignet sind, an die Stelle der geltenden Bestimmungen zu treten.

(2) Das Ersuchen ist an den Vorsitzenden des Begutachtenden Ausschusses zu richten. Das Gutachten ist schriftlich zu erstatten. Die Gemischte Kommission kann verlangen, daß das Gutachten durch eine an der Abfassung beteiligte Person vor ihr erläutert wird.

§ 4

(1) Die Gemischte Kommission kann in allen bei ihr anhängigen Angelegenheiten auf dem Gebiete des Arbeitsrechts den Rat der acht oberösterreichischen Mitglieder des Begutachtenden Ausschusses in Anspruch nehmen. Das gleiche gilt, wenn in den Fällen der §§ 2 und 3 keiner der beiden Staatsvertreter das Gutachten des gesamten Ausschusses oder das seines Präsidenten und der vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ernannten beiden Mitglieder beantragt.

(2) Die Meinungsäußerung der acht oberösterreichischen Mitglieder des Begutachtenden Ausschusses wird durch Abstimmung nach mündlicher Verhandlung am Sitz der Gemischten Kommission ermittelt. Das von der Mehrheit beschlossene Gutachten ist zu begründen und der Gemischten Kommission schriftlich zu überweisen.

(3) Kommt eine Mehrheit nicht zustande, so können die verschiedenen Gutachten vorgelegt werden. Auf Verlangen der Gemischten Kommission sind die Gutachten vor ihr durch eine oder mehrere an der Abfassung beteiligte Personen zu erläutern.

(4) Die Gutachten können nur bei Anwesenheit der acht Mitglieder beschlossen werden.

§ 5

1. — Sauf les cas d'urgence, le Comité consultatif se réunit régulièrement une fois par an, en séance plénière, sur convocation du Président. Les huit membres haut silésiens siègent lorsque les affaires l'exigent.

2. — Le Bureau international du Travail recevra copie légalisée de chaque avis fourni soit par le Comité consultatif, soit par une catégorie de ses membres.

§ 6

Les dispositions de l'article 576 de la sixième partie de la présente Convention, relatives à la langue, sont applicables *mutatis mutandis* au Comité consultatif. Les avis doivent être rédigés en polonais et en allemand.

§ 7

Les affaires du Comité consultatif sont confiées au secrétariat de la Commission mixte. Si, selon l'avis de la Commission mixte, ces affaires nécessitent un secrétaire spécial, ce dernier sera nommé après accord avec le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais par le Bureau international du Travail. Il ne doit être ni allemand ni polonais.

§ 8

1. — Le Président du Comité consultatif et le secrétaire mentionné au paragraphe précédent jouissent des priviléges et immunités prévus à l'article 572, alinéa 1.

2. — Les articles 570, 571 et 573 leur sont applicables *mutatis mutandis*.

§ 9

1. — Les membres du Comité consultatif ne touchent pas de traitement, mais des indemnités pour chaque jour de travail, de séance et de déplacement, ainsi que le remboursement des frais de voyage.

2. — Le montant des indemnités du Président sera fixé conformément aux dispositions en usage au Bureau international du Travail.

3. — Le montant des indemnités des assesseurs sera fixe conformément aux dispositions qui seront arrêtées par les Gouvernements respectivement.

4. — Les frais généraux du Comité consultatif sont imputés sur les frais de la Commission mixte.

§ 10

La Commission mixte élabore le règlement intérieur du Comité consultatif après avoir pris l'avis du Président du dit Comité.

§ 11

Les dispositions du présent article relatives au Comité consultatif n'entreront en vigueur que lorsque le Conseil d'Administration du Bureau international du Travail aura fait part aux deux parties qu'il accepte les fonctions prévues dans lesdites dispositions.

§ 5

(1) Außer in dringenden Fällen tritt der Begutachtende Ausschuss jährlich mindestens einmal auf Einberufung durch den Vorsitzenden zu einer Vollversammlung zusammen. Die acht oberschlesischen Mitglieder tagen, so oft die Geschäftslage es erfordert.

(2) Das Internationale Arbeitsamt erhält von jedem Gutachten des Ausschusses oder eines Teiles seiner Mitglieder eine beglaubigte Abschrift.

§ 6

Die Bestimmungen des Artikel 576 über die Sprache finden auf den Begutachtenden Ausschuss entsprechende Anwendung. Die Gutachten sind polnisch und deutsch abzufassen.

§ 7

Die Geschäfte des Begutachtenden Ausschusses werden von dem Sekretariate der Gemischten Kommission geführt. Erfordert die Geschäftsführung nach Auffassung der Gemischten Kommission einen besonderen Sekretär, so wird dieser vom Internationalen Arbeitsamt im Einvernehmen mit der deutschen Regierung und der polnischen Regierung ernannt; er darf weder Deutscher noch Pole sein.

§ 8

(1) Der Präsident des Begutachtenden Ausschusses und der im § 7 bezeichnete Sekretär genießen die im Artikel 572 Abs. 1 vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen.

(2) Die Artikel 570, 571 und 573 finden entsprechende Anwendung.

§ 9

(1) Die Mitglieder des Begutachtenden Ausschusses beziehen kein Gehalt; sie erhalten Entschädigungen für jeden Arbeits-, Sitzungs- und Reisetag sowie Erstattung der Reisekosten.

(2) Die Höhe der Entschädigungen für den Vorsitzenden wird nach den beim Internationalen Arbeitsamt üblichen Bestimmungen festgesetzt.

(3) Für die Höhe der Entschädigungen der Beisitzer sind die Bestimmungen maßgebend, die jede der Regierungen für die von ihr ernannten Beisitzer festsetzt.

(4) Die Kosten des Begutachtenden Ausschusses sind ein Teil der Kosten der Gemischten Kommission.

§ 10

Die Geschäftsordnung für den Begutachtenden Ausschuss erlässt die Gemischte Kommission unter Bezugnahme des Präsidenten des Ausschusses.

§ 11

Die Bestimmungen dieses Artikels über den Begutachtenden Ausschuss treten erst in Kraft, nachdem der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beiden Teilen mitgeteilt hat, daß er die in ihnen bezeichneten Aufgaben übernehmen wird.

Chapitre II
Tribunal arbitral

Article 587

1. — Les parties en cause peuvent se faire représenter devant le Tribunal arbitral soit par un avocat inscrit à un tribunal allemand ou polonais, soit par un professeur ou privat-docent d'une université allemande ou polonaise, soit, s'il s'agit de la propriété industrielle, par un agent de brevets allemand ou polonais. Le règlement du Tribunal arbitral décidera la question de savoir si les parties peuvent se faire représenter par toute autre personne qualifiée.

2. — Si l'État est lui-même partie, il pourra se faire représenter par son Agent d'État.

Article 588

§ 1.

1. — Si, dans une affaire haut silésienne, le jugement ou la décision dépend de l'interprétation d'un article de la présente Convention, chaque partie en cause peut, jusqu'à la fin des débats en deuxième instance, demander que la question d'interprétation soit soumise au Tribunal arbitral (évocation).

2. — On entend par affaire haut silésienne une affaire portée en première instance devant un tribunal quelconque, y compris les tribunaux administratifs, situé dans le territoire plébiscité, ou devant les autorités administratives dudit territoire qui ne reçoivent pas d'ordres par la voie hiérarchique. On entend également par affaire haut silésienne une affaire portée en première instance devant un tribunal quelconque, y compris les tribunaux administratifs, situé en dehors du territoire plébiscité, ou devant des autorités administratives qui ne reçoivent pas d'ordres par la voie hiérarchique, pourvu qu'elle provienne d'une partie du territoire plébiscité qui relève en première instance de la juridiction des dits tribunaux ou autorités.

§ 2

Le tribunal ou l'autorité en question repousse la demande d'évocation s'il estime que son jugement ou sa décision ne dépend pas de l'interprétation, ou si l'évocation ne lui paraît pas admissible conformément aux dispositions de la présente Convention. Il peut repousser la demande si la question d'interprétation a déjà été tranchée par le Tribunal arbitral et publiée dans son recueil officiel, ou si la demande ne repose manifestement que sur des motifs dilatoires.

§ 3

Une application erronée des dispositions du paragraphe 2 sera considérée par les tribunaux et autorités des deux pays comme un vice essentiel de procédure.

§ 4

Sauf dispositions expressément contraires de la présente Convention, l'interprétation du Tribunal arbitral lie les tribunaux et autorités des deux pays pour leur jugement ou décision.

Kapitel II
Das Schiedsgericht

Artikel 587

(1) Die Parteien können sich vor dem Schiedsgerichte durch einen bei einem deutschen oder einem polnischen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt oder einen Professor oder Privatdozenten einer deutschen oder polnischen Hochschule, sowie in Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes durch einen deutschen oder polnischen Patentanwalt vertreten lassen. Die Geschäftsordnung des Schiedsgerichts bestimmt, inwieweit sie sich durch andere geeignete Personen vertreten lassen dürfen.

(2) Ist der Staat Partei, so kann er sich durch den Staatsvertreter vertreten lassen.

Artikel 588

§ 1

(1) Wenn in einer oberschlesischen Angelegenheit das Urteil oder die Entscheidung von der Auslegung eines Artikels dieses Abkommens abhängt, kann jede Partei bis zum Schlusse der Verhandlung zweiter Instanz verlangen, daß die Auslegungsfrage dem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorgelegt wird (Evokation).

(2) Als oberschlesische Angelegenheit gilt eine Angelegenheit, die in erster Instanz bei einem im Abstimmungsgebiete gelegenen Gerichte jeder Art einschließlich der Verwaltungsgerichte, oder bei einer dort gelegenen Verwaltungsbehörde, die an keine Weisungen der vorgesetzten Behörde gebunden ist, anhängig gemacht worden ist. Als oberschlesische Angelegenheit gilt auch eine Angelegenheit, die in erster Instanz bei einem außerhalb des Abstimmungsgebietes gelegenen Gerichte jeder Art, einschließlich der Verwaltungsgerichte, oder bei einer den Weisungen der vorgesetzten Behörde nicht unterworfenen Verwaltungsbehörde anhängig gemacht worden ist, wenn sie aus einem Teile des Abstimmungsgebietes stammt, für den diese Gerichte oder Behörden in erster Instanz zuständig sind.

§ 2

Die Gerichte oder Verwaltungsbehörden lehnen den Antrag ab, wenn sie die Abhängigkeit des Urteils oder der Entscheidung von der Auslegungsfrage verneinen, oder wenn sie die Evokation nach den Bestimmungen dieses Abkommens für unzulässig halten. Sie können den Antrag ablehnen, wenn die Auslegungsfrage von dem Schiedsgerichte bereits entschieden und in der Sammlung der Entscheidungen veröffentlicht oder wenn der Antrag offenbar zum Zwecke der Verschleppung gestellt worden ist.

§ 3

Eine unrichtige Anwendung der Bestimmungen des § 2 ist von den Landesgerichten oder Landesbehörden als wesentlicher Mangel des Verfahrens zu behandeln.

§ 4

Die Auslegung des Schiedsgerichts ist für die Gerichte und Verwaltungsbehörden bei ihrem Urteil oder ihrer Entscheidung bindend, soweit nicht die Bestimmungen dieses Abkommens ausdrücklich ein anderes vorschreiben.

Article 589

1. — Le tribunal ou l'autorité qui est saisi d'une affaire haut silésienne peut, jusqu'à ce que le jugement ou la décision soit rendu en deuxième instance, la porter devant le Tribunal arbitral s'il le considère comme compétent. Il est tenu de le faire si l'Agent d'Etat de son pays le demande.

2. — Si le Tribunal arbitral se reconnaît compétent, il prend l'affaire dans l'état où elle lui a été présentée.

Article 590

1. — La compétence du Tribunal arbitral n'affecte celle des tribunaux et autorités administratives des Parties contractantes que dans les limites des dispositions de la présente Convention.

2. — Les parties en cause ne peuvent pas, par un accord, étendre la compétence du Tribunal arbitral au delà des limites prévues dans la présente Convention.

3. — Les parties en cause dans une affaire peuvent se mettre d'accord pour substituer, en ce qui concerne cette affaire, la compétence d'un tribunal ou d'une autorité d'un des deux pays à celle du Tribunal arbitral.

Article 591

1. — La sentence du Tribunal arbitral ne produit ses effets, dans les deux Etats, qu'à l'égard des parties en cause et pour l'affaire seule au sujet de laquelle elle est prononcée.

2. — Si, conformément aux dispositions de la deuxième partie de la présente Convention ou à l'article 588, il s'agit de déterminer la nationalité d'une des parties en cause, la sentence du Tribunal arbitral relative à la nationalité produira ses effets *erga omnes* dans les territoires des deux Parties contractantes.

Article 592

1. — Le Tribunal arbitral publie ses sentences dans un recueil officiel en allemand et en polonais, lorsqu'elles sont d'un réel intérêt jurisprudentiel.

2. — Si, dans une affaire relative à la Haute Silésie, un tribunal ou une autorité administrative veut déroger à une sentence ainsi publiée, ce tribunal ou cette autorité administrative devra soumettre la question à la décision du Tribunal arbitral avec l'exposé de ses raisons. La sentence du Tribunal arbitral lie le tribunal ou l'autorité intéressée.

Article 593

Lorsque le Tribunal arbitral s'est prononcé sur le fond d'une affaire, l'exécution de la sentence ou les mesures d'application sont provoquées, à la demande d'une des parties, par l'Agent d'Etat du pays dans lequel l'exécution ou l'application doit avoir lieu. L'exécution ou l'application se font dans les mêmes conditions et avec les mêmes formalités que l'exécution ou l'application d'une décision analogue d'une autorité nationale.

Article 594

Dans ses règles de procédure, le Tribunal arbitral décidera dans quelles conditions une affaire close pourra être rouverte.

Article 589

(1) Wenn Gerichte oder Verwaltungsbehörden in einer oberschlesischen Angelegenheit das Schiedsgericht für zuständig halten, können sie diese Angelegenheit, bevor das Urteil oder die Entscheidung zweiter Instanz ergangen ist, dem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorlegen. Die Angelegenheit muß dem Schiedsgerichte vorgelegt werden, wenn der Staatsvertreter ihres Landes es beantragt.

(2) Bejaht das Schiedsgericht seine Zuständigkeit, so übernimmt es die Angelegenheit in der Lage, in der sie ihm vorgelegt worden ist.

Article 590

(1) Durch die Zuständigkeit des Schiedsgerichts wird die Zuständigkeit der Landesgerichte oder Landesbehörden nur insoweit berührt, als sich dies aus den Bestimmungen dieses Abkommens ergibt.

(2) Die Parteien können die Zuständigkeit des Schiedsgerichts über den in diesem Abkommen vorgesehenen Umfang nicht durch Vereinbarung erweitern.

(3) Die Parteien können für eine bestimmte Angelegenheit an Stelle der Zuständigkeit des Schiedsgerichts die Zuständigkeit von Landesgerichten oder Landesbehörden vereinbaren.

Article 591

(1) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind in beiden Staaten nur für die Parteien und nur für die Angelegenheit, in der sie ergehen, verbindlich.

(2) Stellt das Schiedsgericht gemäß dem zweiten Teile dieses Abkommens oder gemäß Artikel 588 die Staatsangehörigkeit einer Partei fest, so hat die Entscheidung über die Staatsangehörigkeit in den Gebieten beider vertragsschließenden Teile absolute Rechtskraft.

Article 592

(1) Das Schiedsgericht veröffentlicht seine Entscheidungen, soweit sie von grundsätzlicher Bedeutung sind, in einer amtlichen Sammlung in deutscher und in polnischer Sprache.

(2) Wollen Gerichte oder Verwaltungsbehörden in einer Oberschlesiens betreffenden Angelegenheit von einer veröffentlichten Entscheidung abweichen, so haben sie die Angelegenheit unter Darlegung ihrer Gründe dem Schiedsgerichte zur Entscheidung vorzulegen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist für sie bindend.

Article 593

Hat das Schiedsgericht in der Sache selbst entschieden, so veranlaßt auf den Antrag einer Partei der Staatsvertreter des Landes, in dem die Entscheidung auszuführen oder anzuwenden ist, die Ausführung der Entscheidung oder die zu ihrer Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Die Ausführung oder die Anwendung erfolgt unter denselben Voraussetzungen und in denselben Formen wie die Ausführung oder die Anwendung entsprechender Entscheidungen der Landesbehörden.

Article 594

Das Schiedsgericht bestimmt in seiner Verfahrensordnung, unter welchen Voraussetzungen die Wiederaufnahme eines Verfahrens zulässig ist.

Article 595

1. — Le Tribunal arbitral peut prélever des taxes en raison de sa procédure.

2. — Le fisc du Reich, des États allemands et de la province *Oberschlesien*, et le fisc de l'État polonais et de la voïvodie de Silésie, sont exempts de ces taxes.

3. — Les dispositions relatives à la nature et au montant des taxes, aux débours et provisions, ainsi qu'aux frais d'avocats, seront déterminées par le règlement intérieur; il en est de même de la question de savoir à qui incombe les frais.

4. — Les dispositions de l'article 593 s'appliquent également aux décisions concernant les frais.

Chapitre III**Dispositions communes à la Commission mixte et au Tribunal arbitral***Article 596***§ 1**

La Commission mixte et le Tribunal arbitral élaboreront eux-mêmes leur règlement de procédure en tenant compte des principes et des dispositions contenus dans la présente partie.

§ 2

1. — Les règlements de procédure doivent être publiés dans le *Reichsgesetzblatt* et le *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej*. Ils entrent en vigueur quinze jours après leur publication dans ces deux organes.

2. — Jusqu'à l'entrée en vigueur de ces règlements, la Commission mixte et le Tribunal arbitral régleront leur procédure selon les nécessités.

§ 3

Il en est de même des modifications aux dits règlements.

Article 597

Les Présidents de la Commission mixte et du Tribunal arbitral examinent si, avant d'avoir recours à eux, il a été fait, conformément aux dispositions de la présente Convention, appel aux Commissions arbitrales ou de conciliation ou à d'autres organisations intermédiaires prévues dans cette Convention ou encore aux autorités ou tribunaux nationaux compétents au premier chef. Dans la négative, une demande ne sera pas recevable.

Article 598

1. — Sauf dispositions contraires de la présente partie, la Commission mixte et le Tribunal arbitral délibèrent et statuent en séance plénière.

2. — La Commission mixte et le Tribunal arbitral statuent à la majorité absolue.

3. — La procédure et le règlement intérieur fixeront les limites de l'autonomie des présidents dans la préparation et la direction des débats.

Article 599

1. — La Commission mixte et le Tribunal arbitral peuvent rendre, à la demande de l'un des Agents d'État ou d'une des parties, des résolu-

Artikel 595

(1) Für das Verfahren vor dem Schiedsgerichte können Gebühren erhoben werden.

(2) Der Fiskus des Reichs, der Länder und der Provinz Oberschlesien, sowie der Fiskus des polnischen Staates und der Wojewodschaft Schlesien sind von Gebühren befreit.

(3) Die Geschäftsordnung stellt die Vorschriften über Art und Höhe der Gebühren, über Auslagen und Vorschüsse sowie über die Kosten der Vertretung auf; das Gleiche gilt für die Frage der Kostentragung und der Kostenerstattung.

(4) Die Vorschriften des Artikels 593 finden auf die Entscheidung über die Kosten entsprechende Anwendung.

Kapitel III**Gemeinsame Bestimmungen über Gemischte Kommission und Schiedsgericht***Artikel 596***§ 1**

Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht geben sich unter Beachtung der in diesem Abschnitt enthaltenen Grundsätze und Bestimmungen ihre Verfahrensordnung selbst.

§ 2

(1) Die Verfahrensordnungen sind im Reichsgesetzblatt und im Dziennik Ustaw zu veröffentlichen. Sie treten vierzehn Tage nach der Veröffentlichung in beiden Gesetzblättern in Kraft.

(2) Bis zum Inkrafttreten der Verfahrensordnungen regeln die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht ihr Verfahren entsprechend den Bedürfnissen.

§ 3

Das gleiche gilt für Änderungen der Verfahrensordnungen.

Artikel 597

Die Präsidenten der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts prüfen, ob gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens vor der Aufrufung der Gemischten Kommission oder des Schiedsgerichts die Schieds- und Schlichtungsstellen oder andere in diesem Abkommen vorgesehene Zwischeninstanzen oder die in erster Linie zuständigen Landesgerichte oder Landesbehörden mit der Angelegenheit befasst worden sind. Ist dies unterblieben, so weisen die Präsidenten die Anträge als unzulässig ab.

Artikel 598

(1) Soweit in diesem Teile nicht ein anderes bestimmt worden ist, verhandeln und beschließen die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht in voller Besetzung.

(2) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht beschließen mit Stimmenmehrheit.

(3) Die Verfahrens- und Geschäftsordnungen bestimmen, in welchem Umfang die Präsidenten für die Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen selbstständig verfügen dürfen.

Artikel 599

(1) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht können auf Antrag eines Staatsvertreters oder einer Partei in den ihnen geeignet schenenden

lutions et sentences provisoires dans les cas qui leur paraissent appropriés. Il en est ainsi notamment lorsqu'il est établi d'une manière plausible qu'une mesure immédiate s'impose pour la protection d'un droit menacé ou pour éviter un dommage considérable.

2. — La sentence provisoire du Tribunal arbitral ne doit pas contenir d'ordre à exécuter, mais seulement le règlement provisoire ou la confirmation d'un état de choses existant.

Article 600

Si une résolution de la Commission mixte ou une sentence du Tribunal arbitral dépend de l'interprétation de l'article 256 du Traité de Paix de Versailles, la procédure doit être suspendue.

Article 601

§ 1

1. — La Commission mixte et le Tribunal arbitral peuvent recueillir les preuves qu'ils jugent nécessaires et peuvent, entre autres, entendre sous serment des témoins et experts résidant dans le territoire plébiscité. La convocation tiendra lieu de saufconduct.

2. — La formule de serment sera conforme aux dispositions de procédure civile en vigueur dans le pays dans lequel a lieu l'audition des témoins ou experts. Le faux serment ou les fausses déclarations en tenant lieu seront punis par les Parties contractantes comme des délits commis auprès de leurs propres autorités.

§ 2

1. — Dans les limites du territoire plébiscité, la Commission mixte et le Tribunal arbitral peuvent recueillir toutes preuves nécessaires, soit par eux-mêmes, soit par un de leurs Membres désigné à cet effet, soit par l'intermédiaire de l'Agent d'Etat compétent. En dehors des limites du territoire plébiscité, le Président devra recourir à l'intermédiaire de l'Agent d'Etat pour faire recueillir par les autorités compétentes toutes preuves nécessaires.

2. — Toutes les autorités polonaises et allemandes sont tenues d'accorder leur concours gratuit à la Commission et au Tribunal arbitral. Tous les frais et remboursements de débours à prélever par ces autorités seront portés immédiatement par elles au crédit de la Commission mixte et du Tribunal arbitral. Toutefois, les débours nécessités par une consultation ou expertise seront remboursés aux autorités nationales par l'instance internationale.

Article 602

1. — Les peines disciplinaires pour non-comparution ou pour désobéissance à la Commission mixte ou au Tribunal arbitral, ainsi que pour refus non justifié de témoigner ou de prêter serment, sont fixées par les lois relatives à l'organisation judiciaire et à la procédure civile en vigueur dans le pays dont le délinquant est ressortissant.

Fällen einstweilige Beschlüsse und Entscheidungen erlassen. Dies gilt insbesondere, wenn glaubhaft gemacht wird, daß eine sofortige Maßnahme zum Schutze eines bedrohten Rechts oder zur Abwendung wesentlicher Schäden notwendig ist.

(2) Die einstweilige Entscheidung des Schiedsgerichts darf nicht die Anordnung der Erfüllung, sondern nur eine einstweilige Regelung oder die Sicherung eines bestehenden Zustandes enthalten.

Artikel 600

Hängt ein Beschluß der Gemischten Kommission oder eine Entscheidung des Schiedsgerichts von der Auslegung des Artikel 256 des Friedensvertrags von Versailles ab, so ist das Verfahren auszusetzen.

Artikel 601

§ 1

(1) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht können die von ihnen für erforderlich erachteten Beweise erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige, die sich im Abstimmungsgebiet aufhalten, eidlich vernehmen. Die geladenen Personen haben freies Geleit.

(2) Die Eidesformel richtet sich nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung des Gebiets, in dem die Vernehmung stattfindet. Die Verletzung der Eidespflicht oder die Abgabe einer unrichtigen eidesstattlichen Versicherung wird von den vertragsschließenden Teilen ebenso bestraft, als wenn diese Vergehen vor ihren eigenen Behörden begangen worden wären.

§ 2

(1) Innerhalb des Abstimmungsgebiets können die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht die von ihnen für erforderlich erachteten Beweise selbst oder durch ein von ihnen damit beauftragtes Mitglied oder durch Vermittlung des zuständigen Staatsvertreters erheben. Außerhalb des Abstimmungsgebiets müssen die Präsidenten sich der Vermittlung des Staatsvertreters bedienen, um die erforderlichen Beweise durch die zuständigen Landesbehörden erheben zu lassen.

(2) Alle polnischen und deutschen Behörden sind der Gemischten Kommission und dem Schiedsgerichte zur unentgeltlichen Amtshilfe verpflichtet. Die Kosten und Auslagen, welche die Landesbehörden zu erheben berechtigt sind, werden unmittelbar der Gemischten Kommission und dem Schiedsgerichte gutgeschrieben. Jedoch werden die Auslagen für Gutachten der Landesbehörden von den internationalen Instanzen erstattet.

Artikel 602

(1) Die Verhängung von Ordnungsstrafen wegen Richterscheinens, wegen Ungehorsams sowie wegen unberechtigter Verweigerung eines Zeugnisses oder Eides wird durch die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeßordnung des Staates, dessen Angehöriger der zu Bestrafende ist, geregelt.

2. — Les peines disciplinaires en question seront infligées, à la demande de la Commission mixte ou du Tribunal arbitral, par le *Amtsgericht* ou le *sqd powiatowy* du lieu de résidence du délinquant. Ces tribunaux suivront la procédure ordinaire.

3. — Le produit des amendes est gardé par l'État qui les a perçues.

Article 603

Dans les affaires portées devant la Commission mixte ou le Tribunal arbitral, les communications, notifications officielles et citations, sont assurées, à la demande du Président, par l'Agent d'État du pays où elles doivent être faites.

Article 604

1. — La Commission mixte et le Tribunal arbitral examinent d'office leur compétence.

2. — Si la Commission mixte s'est déclarée compétente ou incomptente dans une affaire, le Tribunal arbitral est lié par cette décision.

Article 605

1. — Si, contrairement aux autorités nationales, la Commission mixte ou le Tribunal arbitral admettent ou nient leur compétence, c'est la décision de la Commission mixte ou du Tribunal arbitral qui l'emporte.

2. — Les effets juridiques de cette décision seront réglées comme des questions relevant de la juridiction intérieure de l'État.

Disposition finale

Article 606

1. — L'activité de la Commission mixte, celle du Tribunal arbitral, ainsi que celle des Commissions de conciliation prévue dans la présente Convention, cesse après quinze ans à dater du transfert de la souveraineté.

2. — Après cette date, la Commission mixte ne prend plus de résolutions.

3. — Le Tribunal arbitral liquidera les affaires encore pendantes.

4. — En ce qui concerne les mesures d'application et l'exécution de ses sentences, l'article 593 restera applicable.

5. — Les deux Gouvernements se réservent de régler dans un accord spécial la liquidation de l'avoir de la Commission mixte et du Tribunal arbitral.

La présente Convention sera ratifiée aussitôt que possible. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Oppeln.

La Convention entrera en vigueur aussitôt que la Commission interalliée de Gouvernement et de Plébiscite de Haute Silesie aura fait parvenir aux deux Parties contractantes la notification prévue aux alinéas 1 et 2 du paragraphe 6 de l'annexe à l'article 88 du Traité de Paix de Versailles.

(2) Diese Ordnungsstrafen werden auf Eruchen der Gemischten Kommission oder des Schiedsgerichts von dem Amtsgericht oder *sqd powiatowy* des Ortes, an dem der Bestrafende sich aufhält, verhängt. Hierfür ist das gewöhnliche Verfahren dieser Gerichte maßgebend.

(3) Geldstrafen behält der Staat, der sie eingezogen hat.

Artikel 603

Mitteilungen, Zustellungen, Ladungen in den bei der Gemischten Kommission oder dem Schiedsgericht anhängigen Sachen werden auf Eruchen der Präsidenten von dem Staatsvertreter des Landes, in dem sie vorgenommen werden sollen, veranlaßt.

Artikel 604

(1) Die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht prüfen ihre Zuständigkeit von Amts wegen.

(2) Hat die Gemischte Kommission sich in einer Sache für zuständig oder für unzuständig erklärt, so ist diese Entscheidung für das Schiedsgericht bindend.

Artikel 605

(1) Bejahen oder verneinen die Gemischte Kommission oder das Schiedsgericht im Gegensatz zu den staatlichen Behörden ihre Zuständigkeit, so geht die Entscheidung der Gemischten Kommission oder des Schiedsgerichts vor.

(2) Die rechtlichen Wirkungen dieser Entscheidung werden wie Fragen, die sich aus der inneren Gerichtsbarkeit des Staates ergeben, geregelt.

Schlussbestimmung

Artikel 606

(1) Die Tätigkeit der Gemischten Kommission, des Schiedsgerichts und der in diesem Abkommen vorgesehenen Schlichtungsstellen endet mit dem Ablauf von fünfzehn Jahren nach dem Übergange der Staatshoheit.

(2) Die Gemischte Kommission faßt nach diesem Zeitpunkt keine Beschlüsse mehr.

(3) Das Schiedsgericht führt die bei ihm schweden Sachen zu Ende.

(4) Für die Anwendung und Ausführung seiner Entscheidungen bleibt Artikel 593 maßgebend.

(5) Die beiden Regierungen behalten sich vor, die Auseinandersetzung über das Vermögen der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts durch besondere Übereinkunft zu regeln.

Das vorliegende Abkommen soll so bald wie möglich ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Oppeln ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt in Kraft, sobald die Interalliierte Regierungs- und Abstimmungskommission für Oberschlesien den beiden vertragsschließenden Teilen die in den Absätzen 1 und 2 des § 6 des Anhang zum Artikel 88 des Friedensvertrags von Versailles vorgesehene Mitteilung hat zukommen lassen.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Genève le quinze mai mil neuf cent vingt-deux, en trois originaux, dont un sera conservé par chacune des deux Parties contractantes, et dont le troisième sera conservé aux archives du Secrétariat permanent de la Société des Nations.

(L. S.) (*Signé*): *Eugen Schiffer.*

(L. S.) (*Signé*): *Casimir Olszowski.*

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Genf am 15. Mai 1922 in dreifacher Urkchrift, von denen je eine von jedem der vertragsschließenden Teile und die dritte in den Archiven des Sekretariats des Völkerbundes aufbewahrt werden wird.

(L. S.) gez. *Eugen Schiffer.*

(L. S.) gez. *Casimir Olszowski.*

Protocole final

Au moment de signer la Convention, les Parties contractantes sont tombées d'accord sur ce qui suit:

I

La Convention, à l'exception des articles 64 à 158 (Protection des minorités), ne s'applique pas à la partie du cercle de Namslau qui appartient au territoire plébiscité.

II

Les Parties contractantes sont d'accord que la Convention, qui règle uniquement une situation exceptionnelle limitée au territoire plébiscité, ne peut servir de base à aucune revendication d'Etats tiers en matière de traitement de la nation la plus favorisée.

III

Les deux Parties contractantes peuvent, d'un commun accord, modifier ou abolir toutes les dispositions du régime transitoire.

IV

Le Gouvernement polonais déclare ne pas abandonner son point de vue juridique que la Pologne n'est pas subrogée à la Prusse en ce qui concerne les baux à ferme relatifs aux domaines d'Etat situés en Haute Silésie polonaise. Le Gouvernement polonais se déclare néanmoins prêt, pour des motifs d'équité, à se subroger à la Prusse en ce qui concerne les baux à ferme dont l'expiration est antérieure au 1^{er} juillet 1926, pour toute la durée du bail, et en ce qui concerne les baux à ferme dont l'expiration est postérieure à cette date, jusqu'au 30 juin 1926. Le Gouvernement polonais ne reconnaît pas la prolongation des baux à ferme convenue pour les domaines de Olszynica (Bielitzhof), Kopciowice, Marklowice Górne, et s'en tient à la durée du bail originairement fixée.

Le Gouvernement allemand se déclare, sans pour cela accepter le point de vue juridique du Gouvernement polonais, d'accord avec la déclaration qui précède, et prendra à sa charge les dommages-intérêts que les fermiers pourraient revendiquer en raison de la terminaison prématurée du bail.

Pour le reste, les lois en vigueur demeurent applicables.

V

Rentrent dans la notion de droits subjectifs au sens de l'article 4, paragraphe 2, chiffre 3, les brevets et autres droits de propriété industrielle. La Pologne reconnaîtra ces droits, conformément aux dispositions de l'article précédent, et les respectera sans qu'il faille de nouvelle demande ou de nouvel enregistrement.

VI

En ce qui concerne les avocats et les notaires de nationalité allemande, qui, au moins depuis le

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des vorstehenden Abkommens sind die vertragsschließenden Teile über folgendes übereingekommen:

I

Abgesehen von den Artikeln 64 bis 158 (Schutz der Minderheiten) findet das Abkommen auf den zum Abstimmungsgebiete gehörenden Teil des Kreises Namslau keine Anwendung.

II

Die vertragsschließenden Teile sind übereinstimmend davon ausgegangen, daß das Abkommen, das lediglich außerordentliche auf das Abstimmungsgebiet beschränkte Verhältnisse regelt, dritten Staaten nicht als Grundlage für die Geltendmachung von Ansprüchen auf die Behandlung als meistbegünstigte Nation dienen kann.

III

Die vertragsschließenden Teile können alle Bestimmungen des Übergangsregimes im beiderseitigen Einvernehmen abändern oder aufheben.

IV

Die polnische Regierung erklärt, daß sie ihren Rechtsstandpunkt nicht aufgebe, nach dem Polen nicht verpflichtet ist, in die Pachtverträge über die in Polnisch-Oberschlesien belegenen preußischen Staatsdomänen einzutreten. Sie erklärt sich jedoch aus Billigkeitsrücksichten bereit, in Pachtverträge, die vor dem 1. Juli 1926 ablaufen, für die im Vertrage vereinbarte Zeit und in die Pachtverträge, die mit einem späteren Tage ablaufen, für die Zeit bis zum 30. Juni 1926 einzutreten. Bezuglich der Domänen Bielitzhof, Kopciowitz und Ober-Marklowitz erkennt die polnische Regierung die Verlängerung der Pachtverträge nicht an und hält sich an die ursprünglich vereinbarte Pachtzeit.

Die deutsche Regierung erklärt, ohne damit den Rechtsstandpunkt der polnischen Regierung als richtig anzuerkennen, ihr Einverständnis mit der vorstehenden Erklärung der polnischen Regierung und übernimmt die Pflicht, den Pächtern für die Schäden, die ihnen aus der vorzeitigen Auflösung der Pachtverträge erwachsen könnten, Ersatz zu leisten.

Im übrigen bleiben für die Beurteilung des Rechtsverhältnisses die geltenden Gesetze maßgebend.

V

Zu den subjektiven Rechten im Sinne des Artikel 4 § 2 Ziff. 3 gehören auch Patente und andere gewerbliche Schutzrechte. Polen wird diese Rechte nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Artikels anerkennen und achten, ohne daß es einer neuen Anmeldung oder einer neuen Eintragung bedarf.

VI

Bezuglich der Rechtsanwälte und Notare deutscher Reichsangehörigkeit, die spätestens seit dem 1. Januar

1^{er} janvier 1922 jusqu'à la date du transfert de la souveraineté, étaient domiciliés en Haute Silésie polonaise, le Gouvernement polonais a en vue le règlement suivant:

- a) Les avocats, même s'ils ne deviennent pas ressortissants polonais, pourront continuer à exercer leur profession jusqu'au 1^{er} janvier 1923 auprès de tous les tribunaux de la Haute Silésie polonaise, en raison de l'intention du Gouvernement polonais d'introduire le système d'admission simultanée. Dans l'intervalle, les dispositions nécessaires seront édictées. L'admission ne pourra dépendre des opinions politiques ni de raisons de race ou de langue. Les avocats qui ont opté perdront, un an après leur changement de nationalité, le droit d'exercer leur profession.
- b) Les notaires qui acquerront la nationalité polonaise, pourront continuer à exercer leur profession jusqu'au 31 décembre 1922, en respectant les prescriptions qui seront édictées relativement à leurs titres et à leurs cachets. Le droit des notaires d'exercer leur profession expire avec la perte de la nationalité polonaise par voie d'option.
- c) Les avocats et notaires qui ne sont pas à même d'exercer leur profession dans la langue officielle, pourront se servir de la langue allemande jusqu'au 15 juillet 1926.

VII

Au cas où Monsieur Félix Calonder ne serait pas disposé à assumer les fonctions d'arbitre prévues à l'article 4, paragraphe 5, le Président de la Commission mixte sera prié d'accepter ces fonctions.

VIII

Les questions juridiques relatives aux institutions suivantes: *Oberschlesische Fürstentumslandschaft in Ratibor*, *Schlesische Provinzial-Feuersozietät*, *Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt*, *Schlesische Provinzial-Haftpflicht-Versicherungsanstalt*, *Schlesische Provinzial-Viehversicherungsanstalt*, *Schlesische Provinzial-Hilfskasse*, ainsi que les autres personnes juridiques du droit public dont la sphère d'activité se trouve divisée par la ligne frontière, feront l'objet d'un règlement spécial.

IX

La Commission mixte et le Tribunal arbitral ne sont pas compétents pour statuer sur les questions relatives à l'application de l'article 25, paragraphe 3, même en cas d'évocation.

X

Les personnes quittant le pays après avoir opté ne seront pas traitées d'une manière différente du reste de la population en ce qui concerne le recouvrement des arrérages d'impôts, abstraction faite des impôts pour l'année en cours et pour le trimestre précédent l'émigration.

XI

Le Gouvernement allemand et le Gouvernement polonais déclarent qu'ils prendront en considération d'une manière bienveillante et atténueront

1922 und bis zum Übergange der Staatshoheit in Polnisch-Oberschlesien ansässig sind, hat die polnische Regierung folgende Regelung in Aussicht genommen:

- a) Die Rechtsanwälte können, auch wenn sie nicht polnische Staatsangehörige werden, ihren Beruf bis zum 1. Januar 1923 ausüben und zwar, da die polnische Regierung beabsichtigt, die Simultanzulassung einzuführen, bei allen Gerichten Oberschlesiens. In der Zwischenzeit werden die notwendigen Bestimmungen erlassen werden. Die Zulassung darf weder von den politischen Anschauungen noch von dem Volkstum oder der Sprache abhängig sein. Rechtsanwälte, die das Optionsrecht ausgeübt haben, verlieren ein Jahr nach dem Wechsel der Staatsangehörigkeit das Recht auf Ausübung ihres Berufs.
- b) Die Notare, welche die polnische Staatsangehörigkeit erwerben, können ihren Beruf bis zum 31. Dezember 1922 unter Berücksichtigung der Vorschriften, die über ihre Amtsbezeichnung und Siegel erlassen werden, fortsetzen. Das Recht der Notare auf Ausübung ihres Berufs erlischt mit dem Verluste der polnischen Staatsangehörigkeit infolge Ausübung des Optionsrechts.
- c) Rechtsanwälte und Notare, die nicht imstande sind, ihren Beruf in der Amtssprache auszuüben, dürfen sich bis zum 15. Juli 1926 der deutschen Sprache bedienen.

VII

Falls Herr Félix Calonder nicht geneigt sein sollte, das Schiedsrichteramt gemäß Artikel 4 § 5 des Abkommen zu übernehmen, soll der Präsident der Gemischt Kommission um Übernahme des Schiedsrichteramts gebeten werden.

VIII

Die Rechtsfragen, die sich beziehen auf: die Oberschlesische Fürstentumslandschaft in Ratibor, die Schlesische Provinzial-Feuersozietät, die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, die Schlesische Provinzial-Haftpflichtversicherungsanstalt, die Schlesische Provinzial-Viehversicherungsanstalt, die Schlesische Provinzial-Hilfskasse und andere juristische Personen des öffentlichen Rechts, deren Tätigkeitskreis durch die Grenze durchschnitten wird, sollen den Gegenstand einer besonderen Regelung bilden.

IX

Die Gemischt Kommission und das Schiedsgericht sind nicht zuständig zu Entscheidungen über die Anwendung des Artikel 25 § 3, auch nicht im Wege der Evokation.

X

Eine unterschiedliche Behandlung abwandernder Optanten gegenüber der übrigen Bevölkerung soll hinsichtlich der Einziehung rückständiger Steuern, abgesehen von den Steuern für das laufende und für das der Abwanderung vorgehende Kalendervierteljahr, nicht stattfinden.

XI

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung geben die Erklärung ab, daß sie gewillt sind, etwaige Härten, die sich gegenüber auswandernden Optanten

les rigueurs qui pourraient résulter de mesures prises pour le recouvrement du *Reichsnopfer* ou de la *danina* à l'égard de personnes abandonnant le pays en raison de leur opiton.

Le Gouvernement polonais déclare que l'article 36 ne saurait porter en rien atteinte aux droits qu'il revendique en vertu de l'article 297 j du Traité de Paix de Versailles.

XII

Le Gouvernement polonais s'engage à permettre aux fonctionnaires allemands et à leurs familles de conserver leurs logements en Haute Silésie polonaise pendant le trimestre en cours au moment du transfert de la souveraineté, et tout le trimestre qui suit. Ces fonctionnaires et leurs familles devront quitter leurs logements après l'expiration de ce délai.

XIII

Le Gouvernement allemand exprime sa confiance que le Gouvernement polonais laissera en fonctions un nombre suffisant d'instituteurs d'écoles primaires pour faire face aux besoins des institutions scolaires de minorité.

Le Gouvernement polonais déclare qu'il a l'intention, tout en se réservant d'examiner chaque cas particulier, de laisser en fonctions le nombre nécessaire d'instituteurs.

XIV

Les deux Parties contractantes sont d'accord que les dispositions relatives à l'enseignement moyen et supérieur ont été convenues sous condition de réciprocité.

XV

Aucune disposition de la Convention ne modifie en rien les stipulations des articles 65 à 72.

XVI

I. — En dressant les actes de naissance ou de mariage, les officiers de l'état-civil dans le territoire plébiscité sont tenus, à la demande des intéressés, d'ajouter au nom de famille, écrit dans la langue officielle, le même nom dans l'écriture propre à la langue allemande ou polonaise. Peuvent en faire la demande:

- a) dans les cas de naissance légitime, le père, ou, si celui-ci est décédé, la mère;
- b) dans les cas de naissance illégitime, la mère;
- c) lorsqu'il s'agit d'orphelins ou d'autres personnes sous tutelle, le représentant légal;
- d) dans les cas de mariage, chacun des fiancés, pour son propre nom de famille.

Dans les actes de décès, l'inscription additionnelle en question aura lieu sur simple preuve que la personne décédée s'était servie de cette écriture.

II. — Pour les inscriptions déjà faites dans les registres de l'état-civil l'absence de l'inscription additionnelle en question dans les noms de famille des personnes auxquelles se rapporte l'inscription, sera considérée, à la demande de l'intéressé, comme le résultat d'une erreur clérical au sens de l'article 18 des prescriptions relatives à

aus Betreibungsmaßnahmen für das Reichsnopfer oder für die Denina ergeben könnten, in wohlwollender Weise zu berücksichtigen und zu mildern.

Die polnische Regierung gibt die Erklärung ab, daß durch die Bestimmungen des Artikel 36 die von ihr auf Grund des Artikel 297 j des Friedensvertrags von Versailles beanspruchten Rechte nicht berührt werden.

XII

Die polnische Regierung ist verpflichtet, den deutschen Beamten und ihren Familien zu gestatten, daß sie ihre Wohnungen in Polnisch-Oberschlesien während des beim Übergange der Staatshoheit laufenden und des ganzen folgenden Kalendervierteljahres behalten dürfen. Nach Ablauf dieser Frist haben diese Beamten und ihre Familien die Wohnungen zu räumen.

XIII

Die deutsche Regierung spricht das Vertrauen aus, daß die polnische Regierung eine genügende Zahl von Lehrern an den Volksschulen im Amte lassen wird, um den Erfordernissen der Minderheitsschuleinrichtungen gerecht werden zu können.

Die polnische Regierung erklärt, daß sie beabsichtigt, vorbehaltlich der Prüfung jedes Einzelfalles, die erforderliche Anzahl von Lehrern im Amte zu belassen.

XIV

Die vertragsschließenden Teile sind darüber einig, daß die Bestimmungen über das mittlere und höhere Schulwesen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit vereinbart worden sind.

XV

Keine Bestimmung des Abkommens ändert irgendwie die Bestimmungen der Artikel 65 bis 72 ab.

XVI

I. Die Standesbeamten des Abstimmungsgebiets sind verpflichtet bei der Beurkundung von Geburten und Eheschließungen auf Antrag dem in der AmtsSprache geschriebenen Familiennamen die der deutschen oder polnischen Sprache eigentümlichen Schriftzeichen beizufügen. Antragsberechtigt sind:

- a) bei ehelichen Geburten der Vater und, wenn dieser verstorben ist, die Mutter;
- b) bei unehelichen Geburten die Mutter;
- c) für Waisen und andere Personen unter Vormundschaft deren gesetzlicher Vertreter;
- d) bei Eheschließungen jeder der Verlobten für seinen Familiennamen.

Bei der Beurkundung von Sterbefällen hat die Beifügung auf Grund des einfachen Nachweises zu erfolgen, daß der Verstorbene sich dieser Schriftzeichen bedient hat.

II. Sind bei bereits abgeschlossenen Eintragungen in den Standesregistern die in Ziffer I erwähnten Schriftzeichen den Familiennamen der Personen, auf die sich die Eintragung bezieht, nicht beigefügt, so wird dieser Mangel auf Antrag des Beteiligten als offensichtlicher Schreibfehler im Sinne des Artikel 18 der Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über

l'exécution de la Loi sur la tenue des registres de l'état-civil et du mariage du 25 mars 1899 (*Reichsgesetzblatt*, page 225). La rectification sera faite dans la forme simplifiée prévue par cette loi, au moyen d'une simple annotation marginale ratifiée par l'autorité de surveillance de l'état-civil.

Peuvent faire la demande :

- 1) pour les actes de naissance :
 - a) l'intéressé ;
 - b) pour les mineurs, lorsqu'il s'agit d'enfants légitimes, le père, ou, si celui-ci est décédé, la mère ; lorsqu'il s'agit d'enfants illégitimes, la mère ;
- 2) en ce qui concerne les mariages, chacun des époux, pour son propre nom de famille.

III. — Les dispositions des alinéas I et II s'appliquent à l'inscription dans les registres des désinences grammaticales, propres à la langue polonaise, des noms de femmes mariées ou de jeunes filles.

IV. — Si l'orthographe ou la forme du prénom dans la langue de la minorité diffère de son orthographe ou de sa forme dans la langue officielle, elle sera, sur demande, inscrite ou ajoutée après coup, à côté de l'orthographe ou de la forme officielle.

V. — Les demandes de changement ou de suppression de certaines lettres du nom de famille en vue de rendre ce nom conforme à son orthographe ou à sa forme allemande ou polonaise, seront examinées par les deux Gouvernements avec la plus grande bienveillance.

VI. — Peuvent faire les demandes prévues aux alinéas IV et V, les mêmes personnes que celles énumérées à l'alinéa II.

XVII.

I. — *ad article 160* : Ne rentrent pas dans la définition des syndicats d'employeurs, les syndicats économiques (*wirtschaftliche Syndicate*), les corporations de métiers (*Innungen*) et les unions de corporations de métiers (*Innungsverbände*).

2. — *ad article 161* : Rentrent en tout cas dans la définition des syndicats d'employés, tous les syndicats représentant les tendances suivantes :

Syndicats allemands.

- | | |
|-----------------------------|--|
| 1. Syndicats libres..... | } des ouvriers et
des employés.
(<i>Hirsch-Duncker</i>). |
| 2. Syndicats chrétiens..... | |
| 3. Syndicats libéraux..... | |

Syndicats polonais.

- | | |
|--|------------------------------------|
| 4. Union syndicale polonaise
(<i>Zjednoczenie Zawodowe Polski</i>).
5. Union centrale polonaise
(<i>Centralny Związek Zawodowy Polski</i>). | } des ouvriers et
des employés. |
|--|------------------------------------|

Le fait de s'occuper d'autres questions de nature économique, comme par exemple le développement de la vie culturelle de la classe ouvrière, l'instruc-

die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung vom 25. März 1899 (Reichsgesetzbl. S. 225) angesehen. Die Verichtigung des Standesregisters wird in der durch dieses Gesetz vorgeschriebenen vereinfachten Form eines mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzutragenden Randvermerkes vorgenommen.

Antragsberechtigt sind:

1. bei Geburtsurkunden:
 - a) der Beteiligte,
 - b) bei Minderjährigen, soweit es sich um eine eheliche Geburt handelt, der Vater, und wenn dieser verstorben ist, die Mutter; bei unehelichen Kindern die Mutter;
2. bei Eheschließungen jeder Ehegatte für seinen Familiennamen.

III. Die Bestimmungen der Absätze I und II finden Anwendung auf die Eintragung der polnischen Sprache eigentümlichen grammatischen Endungen der Frauen- und Mädchennamen.

IV. Weicht die Schreibart oder die Form des Vornamens in der Sprache der Minderheit von der Schreibart oder der Form der Amtssprache ab, so ist auf Antrag der Vorname neben der amtlichen Schreibart oder Form auch in der Schreibart oder Form der Minderheit einzutragen oder nachträglich hinzuzufügen.

V. Anträge auf Änderung oder Weglassung einzelner Buchstaben des Familiennamens zum Zwecke der Anpassung des Namens an die deutsche oder polnische Schreibart oder Form werden von beiden Regierungen mit dem größten Wohlwollen behandelt werden.

VI. In den Fällen der Abs. IV und V sind dieselben Personen antragsberechtigt wie die in Abs. II bezeichneten.

XVII.

1. Zu Artikel 160: Wirtschaftliche Syndikate, Innungen und Innungsverbände fallen nicht unter den Begriff der »Arbeitgebervereinigung«.

2. Zu Artikel 161: Unter den Begriff der »Arbeitnehmervereinigung« fallen jedenfalls alle Vereinigungen folgender Richtungen:

Deutsche Gewerkschaften:

- | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Freie Gewerkschaften | } der Arbeiter und
Angestellten |
| 2. Christliche Gewerkschaften | |
| 3. Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften | |

Polnische Gewerkschaften:

- | | |
|--|------------------------------------|
| 4. Polnische Berufsvereinigung
(<i>Zjednoczenie Zawodowe Polskie</i>) | } der Arbeiter und
Angestellten |
| 5. Polnischer Zentralverband
(<i>Centralny Związek Zawodowy Polski</i>) | |

Die Beschäftigung mit sonstigen Fragen wirtschaftlicher Art, wie beispielsweise der kulturellen Hebung oder volkswirtschaftlichen Belehrung der Ar-

tion de la classe ouvrière au point de vue économique ou l'encouragement donné à la création de coopératives de consommation, n'ôte pas à un syndicat son caractère de syndicat d'employés.

3. — *ad article 164*: L'exercice de l'activité d'un syndicat ne devra pas dépendre de conditions qui ne sont pas prévues par les lois en vigueur dans le territoire plébiscité au moment du transfert de la souveraineté, comme par exemple l'inscription à un registre, la notification de la composition du bureau aux autorités administratives, etc., pour autant que de telles restrictions ne seront pas introduites dans la partie allemande du territoire plébiscité.

4. — *ad article 168*: On entend par contrats collectifs pour l'ensemble du territoire plébiscité, les contrats collectifs dont l'application s'étend au territoire allemand ainsi qu'au territoire polonais, sans dépasser toutefois les limites du territoire plébiscité.

XVIII.

L'admissibilité de l'évocation, en cas de différends de droit privé sur le point de savoir si des contrats collectifs sont conformes aux dispositions du titre « Syndicats d'employeurs et d'employés », résulte des dispositions de l'article 588 concernant l'évocation.

XIX.

Au cas où les organisations visées à l'article 227, paragraphe 3, alinéa 2, ne seraient pas établies dans le délai d'un mois à dater du transfert de la souveraineté, la Commission mixte fera, à la demande de l'une des Parties contractantes, des propositions aux deux Gouvernements en vue de remédier par de nouveaux accords aux inconvénients résultant de cette situation.

XX.

Les dispositions du titre « Finances » ne portent en rien atteinte aux dispositions du paragraphe 244 du Code civil allemand.

XXI.

ad article 349, paragraphe 1

Le degré de rendement suivant est convenu:

1. — Etablissement de Zawada:

Les travaux devront être conduits de façon à obtenir un rendement journalier d'environ 20,000 mètres cubes, en procédant, au besoin, au forage d'un nouveau trou de sonde et à l'abaissement du niveau d'eau.

2. — Etablissement Adolfschacht:

Les installations de chaudières et de machines devront être établies de manière à pouvoir envoyer, d'une façon permanente, vers les territoires à alimenter, la quantité d'eau fournie par les trois trous de sonde actuellement en exploitation. En particulier, les pompes d'alimentation devront pouvoir abaisser le niveau d'eau du trou de sonde N° 3 autant que possible, jusqu'à ce qu'il vienne affleurer immédiatement au-dessus du raccord de pompes actuel. On espère

beiterklasse oder konsumvereinslichen Bestrebungen, nehmen einer Vereinigung nicht den Charakter als Arbeitnehmervereinigung.

3. *Zu Artikel 164*: Die Ausübung der Tätigkeit einer Vereinigung darf nicht an Voraussetzungen geknüpft werden, die in den zur Zeit des Übergangs der Staatshoheit im Abstimmungsgebiete geltenden Gesetzen nicht enthalten sind, wie etwa Eintragung in ein Register, Anmeldung des Vorstandes bei Verwaltungsbehörden usw., soweit nicht etwa im deutschen Teile des Abstimmungsgebiets solche Beschränkungen eingeführt werden.

4. *Zu Artikel 168*: Unter »Gemeinsamen Tarifverträgen für das Abstimmungsgebiet« sind Tarifverträge zu verstehen, deren räumlicher Geltungsbereich sich auf deutisches wie auf polnisches Staatsgebiet erstreckt, über die Grenzen des Abstimmungsgebiets aber nicht hinausreicht.

XVIII.

Die Zulässigkeit der Evokation im Falle von privatrechtlichen Streitigkeiten über die Frage, ob Tarifverträge mit den Bestimmungen des Titels »Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen« im Einklang stehen, ergibt sich aus den Vorschriften des Artikels 588 über die Evokation.

XIX.

Sollten die im Artikel 227 § 3 Abs. 2 vorgesehenen Organisationen nicht innerhalb eines Monats nach dem Übergange der Staatshoheit errichtet sein, so wird die Gemischte Kommission auf Antrag eines der vertragschließenden Teile den beiden Regierungen Vorschläge unterbreiten, um im Wege neuer Vereinbarungen den Unzuträglichkeiten abzuholzen, die sich hieraus ergeben.

XX.

Durch die Bestimmungen des Titels »Finanzen« werden die Vorschriften des § 244 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht berührt.

XXI.

Zu Artikel 349 § 1: Folgende Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wasserwerke wird beabsichtigt:

1. *Wasserwerk Zawada*: Das Werk soll erforderlichenfalls durch Niederbringen eines neuen Bohrlochs und bergmännische Absenkung des Wasserspiegels so ausgebaut werden, daß eine tägliche Wasserförderung von etwa 20 000 cbm erreicht wird.

2. *Wasserwerk Adolfschacht*: Die Kessel- und Maschinenanlagen sollen derart ausgestaltet werden, daß sie dauernd im Stande sind, die gesamte Ergiebigkeit der jetzt vorhandenen drei Bohrlöcher dem Versorgungsgebiete zuzuführen. Insbesondere sollen die Zubringerpumpen den Wasserspiegel des Bohrloches 3 möglichst bis unmittelbar über den jetzigen Pumpenananschluß absenken können. Es wird erwartet, daß alsdann die Wasserförderung des Werkes auf etwa 20 cbm in der Mi-

que le débit journalier de cette usine sera de ce fait porté à environ 20 mètres cubes par minute, c'est-à-dire 28 à 29,000 mètres cubes par jour.

XXII.

En même temps que la Convention, sera ratifié et entrera en vigueur, un Accord spécial concernant les *Grenzübergangsbahnhöfe — dworce graniczne.*

XXIII.

Les deux Gouvernements se communiqueront l'un à l'autre le montant des indemnités qu'ils ont l'intention d'accorder aux Membres de la Commission mixte, ainsi que le montant du traitement des Arbitres et des Agents d'Etat.

XXIV.

Si, aux termes de la Convention, le point de départ d'un délai est la date du transfert de la souveraineté, ce délai, sauf stipulation contraire de la Convention, commencera à courir un mois après l'entrée en vigueur de la Convention.

XXV.

Au cas où une erreur d'impression se serait glissée dans le texte officiel de la Convention, les deux Gouvernements entreront sans délai en pourparlers, sur la demande de l'un d'eux, afin de corriger l'erreur. Le Président du Tribunal arbitral pourra être invité à prendre part à ces pourparlers. Les corrections établies d'accord entre les représentants des deux Gouvernements, seront considérées comme ayant force obligatoire et seront publiées dans les journaux officiels des deux États, à savoir dans le *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* et dans le *Reichsgesetzblatt*.

Cette clause n'est valable que jusqu'au 1^{er} janvier 1923.

Fait à Genève, le quinze mai mil neuf cent vingt deux.

(L. S.) (*Signé*): *Eugen Schiffer.*

(L. S.) (*Signé*): *Casimir Olszowski.*

nute, das sind 28 000 bis 29 000 cbm täglich, gebracht wird.

XXII.

Gleichzeitig mit dem Abkommen soll das besondere Abkommen über die Grenzübergangsbahnhöfe ratifiziert werden und in Kraft treten.

XXIII.

Die beiden Regierungen werden sich gegenseitig den Betrag der Entschädigungen mitteilen, den sie den Mitgliedern der Gemischten Kommission zu gewähren beabsichtigen, sowie den Betrag des Gehaltes der Schiedsrichter und der Staatsvertreter.

XXIV.

Ist nach dem Inhalt des Abkommens für den Anfang einer Frist der Übergang der Staatshoheit maßgebend, so beginnt die Frist, falls nicht in dem Abkommen ein anderes bestimmt ist, einen Monat nach dem Inkrafttreten des Abkommens.

XXV.

Sollte der amtliche Text des Abkommens einen Druckfehler aufweisen, so werden die beiden Regierungen, sobald eine von ihnen es wünscht, unverzüglich in Erörterungen über die Beseitigung des Druckfehlers eintreten. Der Präsident des Schiedsgerichts kann gebeten werden, an den Erörterungen teilzunehmen. Die von den Vertretern der beiden Regierungen festgestellten Verbesserungen sollen verbindliche Kraft haben und in den amtlichen Gesetzesblättern beider Staaten, dem *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* und dem *Reichsgesetzblatt*, veröffentlicht werden.

Diese Bestimmung gilt bis zum 1. Januar 1923.

7.

Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

Deutsch-polnisches Abkommen
betreffend die Überleitung der Rechtspflege im ober-
schlesischen Abstimmungsgebiet.

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, die Fortführung der durch die Teilung Oberschlesiens beeinflußten Rechtsangelegenheiten im Interesse der beiderseitigen Bevölkerung tunlichst zu erleichtern, sind übereinkommen, darüber Vereinbarungen zu treffen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Deutsche Regierung:

den Geheimen Oberjustizrat, Ministerialrat Herrn Dr. Georg Crusen,

die Polnische Regierung:

den Vizeminister Herrn Dr. Zygmunt Seyda.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

§ 1.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die zur Zeit des Überganges der Rechtspflege in den Landgerichtsbezirken Beuthen, Gleiwitz, Oppeln und Ratibor anhängig waren und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages noch nicht rechtskräftig erledigt sind, werden, soweit sich nicht aus den Bestimmungen der §§ 2 bis 5 etwas anderes ergibt, von dem Gerichte, bei dem der Rechtsstreit anhängig ist, oder, falls dieses Gericht fortgesessen ist, von demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte gleicher Ordnung fortgeführt, zu dessen Bezirk der Amtssitz des bisherigen Prozeßgerichts gehört.

§ 2.

Ist die Klage bei einem Gericht erhoben, bei dem ein ausschließlicher Gerichtsstand für sie begründet war, und würde, wenn die Klage zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages erhoben worden wäre, ein Gericht gleicher Ordnung des anderen Staates ausschließlich zuständig sein, so ist der Rechtsstreit an dieses Gericht abzugeben.

§ 3.

(1) Ist für die Klage kein ausschließlicher Gerichtsstand begründet, so gelten folgende Bestimmungen:

(2) Auf übereinstimmenden Antrag beider Parteien ist der Rechtsstreit an das im Antrag bezeichnete Gericht des anderen Staates abzugeben.

(3) Würde ein Gericht gleicher Ordnung des anderen Staates zuständig sein, wenn die Klage zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages erhoben worden wäre, so ist der Rechtsstreit auf Antrag auch nur einer der Parteien an dieses Gericht abzugeben,

Układ Niemiecko-Polski

w przedmiocie przejęcia wymiaru sprawiedliwości na górnoukraińskim obszarze plebiscytowym.

Rządy Niemieckie i Polskie, powodowane życzeniem, aby, ile możliwości ułatwić zgodnie z interesami obu ludności dalsze prowadzenie spraw sądowych, na które miał wpływ podział Górnego Śląska, zgodziły się na zawarcie w tym przedmiocie umowy i mianowały w tym celu swymi pełnomocnikami:

Rząd Niemiecki:

Tajnego Nadzorca Sprawiedliwości, Radcę Ministerialnego P. Dr. Georg Crusen;

Rząd Polski:

Wiceministra P. Dr. Zygmunta Seyde.

Pełnomocnicy, po wzajemnym przedłożeniu sobie pełnomocnictw, i po uznaniu ich za wystarczające i należyte co do formy, ugodyli się co do następujących postanowień:

Artykuł 1.

Cywylne sprawy sporne.

§ 1.

O ile z postanowień §§ 2 do 5 nie wynika co innego, cywilne sprawy sporne, zawsze w chwili przejęcia wymiaru sprawiedliwości w okręgach Sądów Krajowych w Bytomiu, Gliwicach, Opolu i Raciborzu, a niezałatwione prawomocnie w chwili wejścia w życie niniejszego układu, prowadzić będzie dalej sąd, w którym sprawa zawiązała, albo w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, równorzędny niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa dotychczasowego sądu procesowego.

§ 2.

Jeżeli skarga została wniesiona przed sąd, który był wyłącznie właściwy do jej rozpoznania, a byłby właściwy w razie wniesienia skargi dopiero w chwili wejścia w życie niniejszego układu sąd równorzędny drugiego państwa, natenczas winno się przekazać spor temuż sądowi.

§ 3.

(1) Jeżeli dla skargi nie jest uzasadniona wyłączna właściwość sądu, natenczas obowiązywać będą następujące postanowienia:

(2) Na zgodny wniosek obu stron należy przekazać spor wskazanemu we wniosku sądowi drugiego państwa.

(3) Gdyby dla skargi, w razie jej wniesienia dopiero w chwili wejścia w życie niniejszego układu, był właściwy równorzędny sąd drugiego państwa, natenczas na wniosek nawet jednej ze stron należy spor przekazać temuż sądowi, o ile

sofern zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages das im § 1 bezeichnete Gericht nicht zuständig wäre. Unter mehreren zuständigen Gerichten des anderen Staates hat der Antragsteller und, wenn beide Parteien die Abgabe beantragen, der Beklagte die Wahl.

§ 4.

(1) Ist das Deutsche Reich oder der Preußische Staat Partei, so treten die Behörden des Polnischen Staates in den Rechtsstreit ein, sofern nach den getroffenen oder noch zu treffenden Vereinbarungen in Ansehung des in Streit befindlichen Anspruchs Polen an die Stelle des Reichs oder Preußens tritt.

(2) Ist das Deutsche Reich oder der Preußische Staat oder der Polnische Staat Beklagter und ist nicht der Gerichtsstand des § 24 der deutschen Zivilprozeßordnung begründet, so ist der Rechtsstreit an das Gericht abzugeben, in dessen Bezirk der Staat, für den der Rechtsstreit fortgesetzt wird, seinen allgemeinen Gerichtsstand hat; die Bestimmungen des § 3 Abs. 3 finden keine Anwendung.

§ 5.

(1) Über die Abgabe eines Rechtsstreites kann ohne mündliche Verhandlung entschieden werden. Die Parteien sind vor der Entscheidung zu hören.

(2) In den Fällen des § 3 ist der Antrag, und zwar von Streitgenossen gemeinschaftlich, spätestens im ersten Termin, in welchem nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages zur Sache verhandelt wird, zu stellen. Er kann in der Berufungsinstanz bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung, auf welche das Urteil ergeht, vorsorglich für den Fall der Zurückverweisung an die Vorinstanz gestellt werden.

(3) Eine Anfechtung des die Abgabe anordnenden Beschlusses findet nicht statt. Mit der Verkündung oder Zustellung dieses Beschlusses wird der Rechtsstreit bei dem im Beschuß bezeichneten Gericht anhängig. Der Beschuß ist für dieses Gericht bindend.

(4) Die in dem Verfahren vor dem abgebenden Gericht erwachsenen Kosten werden als Teil der Kosten behandelt, welche bei dem im Beschuß bezeichneten Gericht erwachsen. Auf die Verhandlung und Entscheidung über die Abgabe finden die Vorschriften des § 47 Abs. 1 und 3 des deutschen Gerichtskostengegesetzes Anwendung.

§ 6.

(1) Soweit die Rechtsstreitigkeiten aus den im § 1 bezeichneten Landgerichtsbezirken bei einem Oberlandesgericht — Appellationsgericht — oder dem Reichsgericht — Obersten Gericht — anhängig sind, finden die Bestimmungen der §§ 1 bis 5 entsprechende Anwendung.

(2) Zurückverweisungen erfolgen an die sich aus der Anwendung der §§ 1 bis 5 ergebenden Gerichte. Für die vorsorglich zu stellenden Anträge gilt das im § 5 Abs. 2 Satz 2 Gesagte.

§ 7.

(1) Werden in Rechtsstreitigkeiten der im § 1 bezeichneten Art vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangene Urteile nach diesem Zeitpunkt durch Rechtsmittel angefochten, so ist zur Verhandlung

w chwili wejścia w życie niniejszego układu nie przysługiwałaby właściwość sądowi wymienionemu w § 1. Wybór z pośród kilku właściwych sądów drugiego państwa przysługuje wnioskodawcy, a, gdy obie strony żądają przekazania, stronie pozwanej.

§ 4.

(1) Jeżeli stroną jest Państwo Niemieckie albo Prusy, to sprawę przejmą władze Państwa Polskiego, o ile według zawartych lub przyszłych umów, Polska wstąpi odnośnie do spornego roszczenia w miejsce Państwa Niemieckiego lub Prus.

(2) Jeżeli Państwo Niemieckie lub Prusy albo Państwo Polskie jest stroną pozwaną, a nie jest uzasadniona właściwość wynikająca z przepisu § 24 niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych, natomaszt należy spór przekazać sądowi, w którego okręgu państwo, dla którego sprawa dalej prowadzoną będzie, ma powszechną właściwość; przepisów ustępu 3. § 3. nie należy stosować.

§ 5.

(1) O przekazaniu sprawy można orzec bez rozprawy ustnej. Przed wydaniem rozstrzygnięcia należy wysuchać strony.

(2) W wypadkach w § 3 wymienionych winna strona, a przy uczestnikach sporu winni oni wspólnie, podać wniosek najpóźniej na pierwszym terminie, na którym po wejściu w życie niniejszego układu odbędzie się rozprawa merytoryczna. W instancji odwoławczej można aż do chwili zakończenia ustnej rozprawy, na której zapada wyrok, podać taki wniosek ewentualnie na wypadek zwrotienia sprawy do ponownego rozpoznania w poprzedniej instancji.

(3) Uchwała zarządzająca przekazanie sprawy, nie ulega zaskarżeniu. Z chwilą ogłoszenia lub doręczenia tej uchwały sprawa będzie zawisła w sądzie w uchwale wskazanym. Uchwała jest dla tego sądu obowiązująca.

(4) Koszty wynikłe w postępowaniu przed sądem przekazującym należy uważać za część kosztów powstałych przed sądem wskazanym w uchwale. Do rozprawy i orzeczenia w przedmiocie przekazania stosować należy przepisy ustępu 1 i 3 § 47. niemieckiej ustawy o kosztach sądowych.

§ 6.

(1) O ile sprawy sporne z okręgów Sądów Krajowych wymienionych w § 1, są zawisłe w Wyższym Sądzie Krajowym — Sądzie Apelacyjnym — lub w Sądzie Rzeszy — Sądzie Najwyższym —, należy stosować odpowiednio postanowienia §§ 1 do 5.

(2) Sprawy zwraca się do ponownego rozpoznania sądom, które są miarodajne przy zastosowaniu postanowień §§ 1 do 5. Do wniosków ewentualnych należy stosować przepis zdania 2. ustępu 2 § 5.

§ 7.

(1) W razie zaskarżenia za pomocą środków prawnych wyroków wydanych przed wejściem w życie niniejszego układu w sprawach spornych, wymienionych w § 1, właściwym będzie do roz-

und Entscheidung über das Rechtsmittel dasjenige Gericht zuständig, zu dessen Bezirk zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages der Sitz des Gerichts gehört, dessen Urteil angefochten wird. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 finden entsprechende Anwendung.

(2) Wird ein Urteil, das bei Inkrafttreten dieses Vertrages bereits rechtskräftig und in einem Rechtsstreit ergangen ist, der in einem der Landgerichtsbezirke Beuthen, Gleiwitz, Oppeln oder Ratibor anhängig war, nach Inkrafttreten dieses Vertrages im Wege der Wiederaufnahme angefochten, so ist zur Verhandlung und Entscheidung für den Bereich seines Staates dasjenige Gericht zuständig, zu dessen Bezirk zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages der Sitz des Gerichtes gehört, dessen Urteil angefochten wird. Für den Bereich des anderen Staates ist das Gericht zuständig, bei dem der Beflagte des Wiederaufnahmeverfahrens seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, in Ermangelung eines solchen das Gericht, bei dem in Gemäßheit des § 23 der Zivilprozeßordnung gegen ihn Klage erhoben werden kann.

§ 8.

In dem Verfahren über die Abgabe eines Rechtsstreites sowie bei Einlegung eines Rechtsmittels können die Parteien sich durch jeden bei einem deutschen Gericht oder bei einem polnischen Gericht des oberschlesischen Abtretungsgebietes zugelassenen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen.

§ 9.

Ist bei einem Rechtsstreit der im § 1 bezeichneten Art, der in höherer Instanz zur Zeit des Überganges der Rechtspflege anhängig ist, daß bisherige Prozeßgericht erster Instanz fortgefallen, so bestimmt das höhere Gericht, sofern weder die Abgabe des Verfahrens noch eine Zurückverweisung erfolgt, für das weitere Verfahren an Stelle des bisherigen Prozeßgerichtes erster Instanz ein inländisches Gericht gleicher Ordnung.

§ 10.

Mahnsachen, auf welche die im § 1 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, werden von dem Gerichte fortgeführt, bei welchem der Zahlungsbefehl beantragt ist. Wird Widerspruch oder Einspruch erhoben, so gelten die Bestimmungen über anhängige Rechtsstreitigkeiten. Gehört der Anspruch zur Zuständigkeit der Landgerichte — Bezirksgerichte —, so gelten die Bestimmungen der §§ 7 und 8 entsprechend für den Fall, daß der Rechtsstreit nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages bei dem Landgerichte — Bezirksgerichte — anhängig wird.

§ 11.

(1) Für Aufgebotsachen, auf welche die im § 1 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, gelten die Bestimmungen über anhängige Rechtsstreitigkeiten entsprechend. Für die nach Inkrafttreten dieses Vertrages anhängig werdenden Anfechtungsklagen gelten die Bestimmungen der §§ 7 und 8 entsprechend.

(2) In einem Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung einer Person, die, wenn sie noch lebte, zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen würde, wird das

prawy i rozstrzygnięcia o środku prawnym sąd, w którego okręgu w chwili wejścia w życie niniejszego układu leży siedziba sądu, którego wyrok jest zaskarżony. Postanowienia §§ 2 do 6 należy w odpowiedni sposób stosować.

(2) Jeżeli wyrok prawomocny w chwili wejścia w życie niniejszego układu a zapadły w sprawie spornej zawiszej w okręgach jednego ze Sądów Krajowych w Bytomiu, Gliwicach, Opolu lub Raciborzu, zostanie zaskarżony w drodze wznowienia postępowania po wejściu w życie nieniejszego układu, to do rozprawy i rozstrzygnięcia w obrębie swego państwa jest właściwym sąd, w którego okręgu w chwili wejścia w życie niniejszego układu leży siedziba sądu, którego wyrok jest zaskarżony. W obrębie państwa drugiego jest właściwym sąd, w okręgu którego powierzany w postępowaniu o wznowienie ma swoją powszechną właściwość, a w braku tejże sąd, przed którym może być przeciwko niemu wniesiona skarga stosownie do postanowień § 23. niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych.

§ 8.

W postępowaniu o przekazanie sporu oraz przy wniesieniu środka prawnego strony mogą udzielić pełnomocnictwa do swego zastępstwa adwokatom, dopuszczonym do występowania przed sądami niemieckimi lub przed sądami polskimi polożonymi na odstępionym górnoukraińskim obszarze.

§ 9.

Jeżeli dla sporu wymienionego w § 1, a zawsze w chwili przejścia wymiaru sprawiedliwości w wyższej instancji, dotychczasowy sąd procesowy pierwnej instancji uległ zwinięciu, natenczas sąd wyższej instancji, w miejsce dotychczasowego sądu procesowego pierwnej instancji wyznacza dla dalszego postępowania równorzędny sąd krajowy, o ile nie nastąpi przekazanie postępowania lub zwrócenie sprawy do ponownego rozpoznania.

§ 10.

Sprawy upominawcze, do których odnoszą się warunki § 1, prowadzi dalej sąd, w którym wniesiono o wydanie nakazu zapłaty. W razie wniesienia opozycji lub sprzeciwu należy stosować przepisy o zwisłych sprawach spornych. Jeżeli roszczenie należy do właściwości Sądów Krajowych — Sądów Okręgowych — należy stosować w odpowiedni sposób przepisy §§ 7 i 8 wówczas, gdy spór zawiśnie w Sądzie Krajowym — Sądzie Okręgowym — po wejściu w życie niniejszego układu.

§ 11.

(1) Do spraw wywoławczych, do których odnoszą się warunki § 1, należy odpowiednio stosować przepisy o zwisłych sprawach spornych. Do skarg zaczepiających czynności prawne, zwisłych po wejściu w życie niniejszego układu, należy stosować w odpowiedni sposób przepisy §§ 7 i 8.

(2) Dalsze postępowanie wywoławcze celem uznania osoby za zmarłą, która, gdyby jeszcze żyła, posiadałaby w chwili wejścia w życie niniejszego układu obywatelstwo niemieckie, prowadzi Sąd

Verfahren von dem Amtsgericht Beuthen fortgeführt, falls das Gericht, bei dem es anhängig ist, seinen Sitz in dem an Polen fallenden Teile des oberschlesischen Abstimmungsgebietes hat. Würde diese Person die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, so wird das Verfahren von dem Kreisgericht Kattowitz fortgeführt, falls das Gericht, bei dem es anhängig ist, seinen Sitz in dem bei dem Deutschen Reiche verbleibenden Teile des oberschlesischen Abstimmungsgebietes hat.

(3) Das Kreisgericht Kattowitz sowie alle polnischen Gerichte sind befugt, in Aufgabotsachen zum Zwecke der Todeserklärung die im § 22 der deutschen Verordnung von 9. August 1917 — Reichsgesetzblatt Seite 704 — vorge sehene Auskunft von dem Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber (Allgemeine Verfügung des Preußischen Justizministeriums vom 23. Februar 1920 — Preußisches Justizministerialblatt Seite 80) unmittelbar einzuholen.

(4) Die polnischen Gerichte sind verpflichtet, die nach Ziffer 4 der Allgemeinen Verfügung des Preußischen Justizministers vom 20. August 1917 (Preußisches Justizministerialblatt Seite 291) erforderlichen Mitteilungen dem Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber beim Reichsministerium des Innern unmittelbar zu übersenden.

§ 12.

Konkursverfahren, auf welche die im § 1 bezeichneten Voraussetzungen sinngemäß zutreffen, werden von dem Gerichte, bei dem sie anhängig sind, oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, von demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte fortgeführt, zu dessen Bezirk der Amtsitz des bisherigen Konkursgerichtes gehört. Würde, falls der Eröffnungsantrag zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages gestellt worden wäre, nur ein Gericht des anderen Staates zuständig sein, so ist das Verfahren an dieses Gericht abzugeben.

§ 13.

(1) Zwangsvollstreckungen, auf welche die im § 1 bezeichneten Voraussetzungen sinngemäß zutreffen, werden von dem Gerichte, in dessen Bezirk das Verfahren betrieben wird, oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, von demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte gleicher Ordnung fortgeführt, zu dessen Bezirk der Amtsitz des bisherigen Vollstreckungsgerichtes gehört. Würde, falls die Zwangsvollstreckung zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages begonnen hätte, ein Gericht des anderen Staates zuständig sein, so ist das Verfahren an dieses Gericht abzugeben.

(2) Auf das Verfahren bei Anträgen, Einwendungen und Erinnerungen gemäß § 766 der Zivilprozeßordnung finden die Bestimmungen des Abs. 1 sowie des § 5 Abs. 1, 3, 4 und des § 8 sinngemäß Anwendung.

(3) Werden nach Inkrafttreten dieses Vertrages Prozeßhandlungen in der Zwangsvollstreckung vorgenommen, die bei dem Prozeßgericht vorzunehmen sind, so ist für sie dasjenige Gericht zuständig, zu dessen Bezirk zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages der Sitz des bisherigen Prozeßgerichts gehört. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 und 8 finden sinngemäß Anwendung.

Powiatowy w Bytomiu, jeżeli sąd, w którym postępowanie zawisło, ma swą siedzibę na przypadającej Polsce części górnoukraińskiego obszaru plebiscytowego. Jeżeliby osoba ta posiadała obywatelstwo polskie, dalsze postępowanie prowadzi Sąd Powiatowy w Katowicach, jeżeli sąd, w którym postępowanie zawisło, ma swą siedzibę na pozostalej przy Państwie Niemieckiem części górnoukraińskiego obszaru plebiscytowego.

(3) W sprawach wywolawczych celem uznania osoby za zmarłą tak Sąd Powiatowy w Katowicach, jak również wszystkie polskie sądy są uprawnione do bezpośredniego zasięgania, od Centralnego Biura Wywiadowczego dla strat osób wojskowych i grobów poległych (Ogólne zarządzenie pruskiego Ministra Sprawiedliwości z dnia 23 lutego 1920 Dz. Urz. pruskiego Ministerstwa Sprawiedliwości str. 80) wywiadu, przewidzianego w § 22. niemieckiego rozporządzenia z dnia 9 sierpnia 1917 — Dziennik Ustaw Rzeszy str. 704.

(4) Polskie sądy są obowiązane wiadomości określone pod liczbą 4 Ogólnego Zarządzenia pruskiego Ministra Sprawiedliwości z dnia 20 sierpnia 1917 (Dz. Urz. pruskiego Ministerstwa Sprawiedliwości str. 291) przesyłać bezpośrednio do Centralnego Biura Wywiadowczego dla strat osób wojskowych i grobów poległych przy Ministerstwie Spraw Wewnętrznych Rzeszy.

§ 12.

Postępowania upadłościowe, do których odpowiednio odnoszą się warunki § 1, prowadzi dalej sąd, w którym one zawisły, albo w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży dotychczasowa siedziba sądu upadłościowego. O ile jedynie sąd drugiego państwa byłby właściwy, gdyby w chwili wejścia w życie niniejszego układu podano wniosek o otwarcie postępowania upadłościowego, natenczas należy przekazać postępowanie owemu sądowi.

§ 13.

(1) Przymusowe wykonania, do których odpowiednio odnoszą się warunki wymienione w § 1, prowadzi dalej sąd, w którego okręgu postępowanie się toczy, albo w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten równorzędny niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa dotychczasowego sądu wykonawczego. Jeżeliby dla przymusowego wykonywania rozpoczętego w chwili wejścia w życie niniejszego układu był właściwy sąd drugiego państwa, wówczas należy przekazać postępowanie owemu sądowi.

(2) Do postępowania w razie wniosków, zażaleń i przypomnień na podstawie § 766 niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych, mają odpowiednie zastosowanie postanowienia ust. 1 jak i też ustępów 1, 3, 4 § 5 oraz § 8.

(3) Jeżeli po wejściu w życie niniejszego układu będą wykonane w przymusowem wykonaniu czynności procesowe, które należy wykonać w sądzie procesowym, natenczas jest dla nich właściwym ten sąd, do którego okręgu należy dotychczasowy sąd procesowy w chwili wejścia w życie niniejszego układu. Postanowienia §§ 2 do 6 i 8 mają odpowiednie zastosowanie.

§ 14.

(1) Arrestverfahren, auf welche die im § 1 bezeichneten Voraussetzungen sinngemäß zutreffen, werden von dem Gerichte, bei dem sie anhängig sind, oder falls dieses Gericht fortgesunken ist, von denjenigen deutschen oder polnischen Gerichte fortgeführt, zu dessen Bezirk der Amtssitz des bisherigen Arrestgerichtes gehört. Ist der Arrest nicht bei dem Gerichte der Hauptache beantragt und würde, falls der Arrestantrag zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages gestellt worden wäre, die gleiche Zuständigkeit nur bei einem Gericht des anderen Staates gegeben sein, so ist das Verfahren an dieses Gericht abzugeben.

(2) Ist das Arrestverfahren bei dem Gericht der Hauptache anhängig gemacht worden und wird nach den Grundsätzen dieses Vertrags die Hauptache an ein Gericht des anderen Staates abgegeben, so ist auch das Arrestverfahren an das entsprechende Gericht des anderen Staates abzugeben.

(3) Die Bestimmungen des § 5 Abs. 1, 3 und 4, des § 6 und des § 8 finden sinngemäß Anwendung.

§ 15.

Auf das Verfahren bei einstweiligen Verfügungen finden die Bestimmungen des § 14 entsprechende Anwendung.

§ 16.

Auf die Erledigung von Beschwerden finden, soweit in diesem Vertrage nichts Abweichendes bestimmt ist, die §§ 1 bis 9 entsprechende Anwendung.

§ 17.

(1) Urteile, die in einer unter § 1 oder § 6 dieses Artikels fallenden Sache vor oder nach Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind oder ergehen und nach diesem Zeitpunkt Rechtskraft erlangen, werden im Deutschen Reich und in Polen als rechtskräftig anerkannt und in der gleichen Weise wie inländische Urteile vollstreckt, ohne daß die besonderen Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile zur Anwendung kommen, es sei denn, daß sie im Gerichtsstand des Vermögens (§ 23 der deutschen Zivilprozeßordnung) ergangen sind. Die Vollstreckungsklausel erteilt der Schreiber desjenigen Gerichts, das die Urkchrift des Schuldtitels zu verwahren hat. Entsprechendes gilt für den Notar. Die Vollstreckungsklausel lautet: »Vorstehende Ausfertigung wird dem usw. (Bezeichnung der Partei) zum Zwecke der Zwangsvollstreckung im Deutschen Reich und im Polnischen Staate erteilt.« War die Vollstreckungsklausel bereits erteilt, so erhält sie den Zusatz: »Es wird bescheinigt, daß die Zwangsvollstreckung auch im Polnischen Staate (Deutschen Reich) zulässig ist.« Für Urteile, welche im Gerichtsstand des Vermögens ergangen sind, darf die Vollstreckungsklausel in dieser besonderen Form nicht erteilt werden. Wird behauptet, daß eine solche Vollstreckungsklausel oder ein solcher Ergänzungsvermerk nach den Bestimmungen dieses Abkommens nicht hätte erteilt werden dürfen, so kann der Schuldner, falls die Vollstreckung in dem anderen Staate stattfindet, Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel oder des Ergänzungsvermerks auch bei dem Vollstreckungsgericht erheben.

§ 14.

(1) Postępowania w sprawach aresztowych, do których odpowiednio odnoszą się warunki wymienione w § 1, prowadzi dalej sąd, w którym zawiśły, albo w razie gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa dotyczeńowego sądu aresztowego. Jeżeli nie żądano aresztu w sądzie sprawy głównej, a w razie podania wniosku o areszt w chwili wejścia w życie niniejszego układu, równie właściwym byłby tylko sąd drugiego państwa, natenczas należy przekazać postępowanie owemu sądowi.

(2) Jeżeli postępowanie w sprawie aresztowej zawiśło przed sądem sprawy głównej, a wedle zasad niniejszego układu przekazano sprawę główną sądowi drugiego państwa, należy także przekazać postępowanie w prawie aresztowej odpowiedniemu sądowi drugiego państwa.

(3) Postanowienia ustępów 1, 3, i 4 § 5 oraz § 6 i § 8 mają odpowiednie zastosowanie.

§ 15.

Do postępowania w razie tymczasowych zarządzeń, mają postanowienia § 14 odpowiednie zastosowanie.

§ 16.

Przy załatwianiu zażaleń mają postanowienia §§ 1 do 9 odpowiednie zastosowanie, o ile w niniejszym układzie odmienne nie postanowiono.

§ 17.

(1) Wyroki, które w sprawie objętej § 1 albo § 6 tego artykułu, wydano lub też wyda się przed lub po wejściu w życie niniejszego układu, i które uzyskają prawomocność po tym czasie, uznaje się za prawomocne w Państwie Niemieckiem i w Polsce i wykonuje się w ten sam sposób jak wyroki krajowe, nie stosując szczególnych przepisów o uznaniu i wykonaniu wyroków zagranicznych, z wyjątkiem, gdy je wydano na podstawie właściwości według miejsca majątku (§ 23 niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych). Klauzuli wykonalności udziela sekretarz tego sądu, do którego należy przechowanie pierwotnego tytułu dłużnego. Postanowienie to odnosi się odpowiednio do notariusza. Klauzula wykonalności brzmi: »Powyższy wypis udziela się i. t. d. (wymienienie strony) celem przymusowego wykonania w Państwie Niemieckiem i w Państwie Polskiem.« Jeżeli już udzielono klauzuli wykonalności, otrzymuje ona dodatek: »Poświadczam, że wykonanie przymusowe dozwolone jest także w Państwie Niemieckiem (Polskiem).« Nie wolno udzielić klauzuli wykonalności wedle tej szczególnej formy, wyrokom wydanym na podstawie właściwości według miejsca majątku. W razie twierdzenia, że wedle postanowień niniejszego układu nie było wolno udzielić takiej klauzuli wykonalności lub takiego dodatku uzupełniającego, może dlużnik, gdy wykonanie odbywa się w drugiem państwie, podnieść zarzuty przeciwko dopuszczalności klauzuli wykonalności lub dodatku uzupełniającego także przed sądem egzekucyjnym.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 finden auf andere nicht nur vorläufig vollstreckbare Titel, die in Angelegenheiten der in den §§ 1, 6 und 10 bis 16 dieses Artikels und in dem Artikel 3 § 2 dieses Vertrages bezeichneten Art vor oder nach Inkrafttreten dieses Vertrages entstanden sind oder entstehen, entsprechende Anwendung.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 1 und des Abs. 2 finden auf vollstreckbare Titel keine Anwendung, die sich gegen das Deutsche Reich, ein deutsches Land, den Polnischen Staat oder eine deutsche oder polnische juristische Person des öffentlichen Rechtes richten.

§ 18.

(1) Soweit gemäß § 17 dieses Artikels ein deutscher Vollstreckungstitel in Polen anerkannt wird, ist für die Entscheidung über Einwendungen, die den zu vollstreckenden Anspruch selbst betreffen, für den Bereich des Polnischen Staates ein polnisches Gericht zuständig; das zuständige Gericht und das Verfahren werden durch Anordnung der polnischen Justizverwaltung bestimmt.

(2) Soweit gemäß § 17 dieses Artikels ein polnischer Vollstreckungstitel im Deutschen Reich anerkannt wird, ist für die Entscheidung über Einwendungen, die den zu vollstreckenden Anspruch selbst betreffen, für den Bereich des Deutschen Reiches das deutsche Gericht zuständig, bei dem der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand im Sinne der deutschen Zivilprozeßordnung hat, in Ermangelung eines solchen das Gericht, bei dem in Gemäßheit des § 23 der deutschen Zivilprozeßordnung gegen ihn Klage erhoben werden kann.

§ 19.

In allen aus den §§ 1 bis 18 sich ergebenden Angelegenheiten haben die deutschen und die polnischen Gerichte einander unmittelbare Rechtshilfe in weitestem Umfange zu leisten. In Anziehung des Armenrechts, der Sicherheitsleistung wegen der Prozeßkosten und der Vorschußspflicht werden Deutsche von polnischen Gerichten, Polen von deutschen Gerichten ebenso wie Inländer behandelt.

Artikel 2.

Strafsachen.

§ 1.

Strafverfahren, die zur Zeit des Übergangs der Rechtspflege in den Landgerichtsbezirken Beuthen, Gleiwitz, Oppeln und Racibor gerichtlich anhängig waren und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages noch nicht rechtskräftig erledigt sind, werden von dem Gerichte, bei dem das Verfahren anhängig ist, fortgeführt oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, von demjenigen deutschen oder polnischen Gericht gleicher Ordnung übernommen, zu dessen Bezirk der Amtsitz des bisher mit dem Verfahren befaßten Gerichts gehört.

§ 2.

(1) Würde nach § 1 ein Strafverfahren gegen einen Deutschen, der zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen

(2) Postanowienia ustępu 1 mają odpowiednie zastosowanie do innych nie tylko tymczasowo wykonalnych tytułów, które powstały lub które powstają przed lub po wejściu w życie niniejszego układu w sprawach, należących do rodzaju spraw określonych w §§ 1, 6 oraz 10 do 16 tego artykułu i w § 2 artykułu 3 niniejszego układu.

(3) Postanowienia ustępu 1 i ustępu 2 nie mają zastosowania do tytułów wykonalnych, skierowanych przeciwko Państwu lub Krajowi Niemieckiemu, Państwu Polskiemu, oraz przeciwko niemieckiej lub polskiej osobie prawnej prawa publicznego.

§ 18.

(1) O ile wedle § 17 niniejszego artykułu uznaje się w Państwie Polskiem niemiecki tytuł wykonalny, na obszarze Państwa Polskiego sąd polski właściwym jest do rozstrzygnięcia zarzutów dotyczących samego roszczenia będącego przedmiotem wykonania; zarządzeniem polskiego zarządu wymiaru sprawiedliwości oznaczy się właściwy sąd oraz sposób postępowania.

(2) O ile wedle § 17 niniejszego artykułu uznaje się w Państwie Niemieckiem polski tytuł wykonalny, na obszarze Państwa Niemieckiego właściwym jest do rozstrzygnięcia zarzutów dotyczących samego roszczenia będącego przedmiotem wykonania sąd niemiecki, przed którym w myśl przepisów niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych dłużnik posiada swoja powszechna właściwość, a w braku tejże, sąd, przed którym może być przeciwko niemu wniesiona skarga wedle § 23 niemieckiej ustawy o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych.

§ 19.

We wszystkich sprawach wynikających z §§ 1 do 18 sądy niemieckie i polskie mają sobie nawzajem udzielać bezpośredniej pomocy prawnej w jak najszerzym zakresie. Co do prawa ubogich, dania zabezpieczenia dla kosztów procesowych i obowiązku składania zaliczek, będą sądy niemieckie obywatele polskich a sądy polskie obywatele niemieckich, traktowały na równi z własnymi obywatełami.

Artykuł 2.

Sprawy karne.

§ 1.

Postępowania karne, zawsze w chwili przejścia wymiaru sprawiedliwości w okręgach Sądów Krajowych w Bytomiu, Gliwicach, Opolu i Raciborzu, a przed wejściem w życie niniejszego układu prawomocnie jeszcze niezałatwione, prowadzi dalej sąd, w którym postępowanie zawiązło, albo w razie gdy sąd ten uległ zwinięciu, przejmie je ten równorzędny niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa sądu, prowadzącego dotyczącego postępowanie.

§ 2.

(1) Gdyby w myśl § 1 sąd polski miał przejąć postępowanie karne przeciw obywatełowi niemieckiemu, który w chwili wejścia w życie niniejszego układu w obrębie Państwa Niemieckiego

Reiche hat, von einem polnischen Gericht zu übernehmen sein, so geht auf Verlangen des Angeklagten das Verfahren auf ein deutsches Gericht über, sofern die unter Anklage stehende Tat nach den deutschen Strafgesetzen verfolgt werden kann.

(2) Würde nach § 1 ein Strafverfahren gegen einen Polen, der zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Polen hat, von einem deutschen Gericht fortzuführen sein, so geht auf Verlangen des Angeklagten das Verfahren auf ein polnisches Gericht über, sofern die unter Anklage stehende Tat nach den polnischen Strafgesetzen verfolgt werden kann.

(3) Richtet sich ein Strafverfahren sowohl gegen Deutsche wie gegen Polen, so ist unter den obigen Voraussetzungen das Verfahren entsprechend zu teilen.

(4) Der Angeklagte muß das Verlangen bis zum Beginn der ersten Hauptverhandlung stellen; er ist möglichst frühzeitig hierauf hinzuweisen. Das Gericht, auf welches das Verfahren übergeht, wird von der preußischen oder polnischen Justizverwaltung bestimmt.

§ 3.

(1) Soweit Strafverfahren aus den im § 1 bezeichneten Landgerichtsbezirken zur Zeit des Übergangs der Rechtspflege infolge Einlegung der Revision bei einem Oberlandesgericht — Appellationsgericht — oder dem Reichsgericht — Obersten Gericht — abhängig waren und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages noch nicht rechtskräftig erledigt sind, findet die Bestimmung des § 1 entsprechende Anwendung. Das gleiche gilt für die Erledigung von Beschwerden.

(2) Zurückverweisungen von Strafverfahren erfolgen an die sich aus der Anwendung der §§ 1 und 2 ergebenden Gerichte. Im Falle des § 2 muß der Übergang des Verfahrens verlangt werden bis zum Beginn der ersten Hauptverhandlung vor dem Gericht, an das die Sache zurückverwiesen ist; der Hinweis soll bereits von dem Revisionssgericht gegeben werden, damit die Sache gegebenenfalls unmittelbar an das Gericht des anderen Staates zurückverwiesen werden kann.

§ 4.

(1) Werden in Strafverfahren der im § 1 bezeichneten Art Urteile, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind, erst nach diesem Zeitpunkt durch Rechtsmittel angefochten, so entscheidet dasjenige Gericht, das nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages dem Gericht, dessen Urteil angefochten ist, oder dem gemäß § 1 an seine Stelle getretenen Gericht im Rechtszug übergeordnet ist. Die Bestimmungen des § 2 finden entsprechende Anwendung.

(2) Wird nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages die Wiederaufnahme eines Verfahrens beantragt, in dem das letzte Urteil vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen ist, so finden die Vorschriften der §§ 1 und 2 entsprechende Anwendung.

ma swe zamieszkanie albo w braku tegoż swe zwykłe miejsce pobytu, wówczas na żądanie oskarżonego postępowanie przechodzi na sąd niemiecki, o ile czyn będący przedmiotem oskarżenia może być ścigany wedle niemieckich ustaw karnych.

(2) Gdyby w myśl § 1, sąd niemiecki miał prowadzić dalej postępowanie karne przeciw obywatelowi polskiemu, który w chwili wejścia w życie niniejszego układu ma w obrębie Państwa Polskiego swe zamieszkanie, albo w braku tegoż, swe zwykłe miejsce pobytu, wówczas na żądanie oskarżonego postępowanie przechodzi na sąd polski, o ile czyn będący przemiotem oskarżenia może być ścigany wedle polskich ustaw karnych.

(3) Jeżeli postępowanie karne skierowane jest tak przeciwko obywatelom niemieckim jak i obywatelom polskim, należy je pod powyższymi warunkami w odpowiedni sposób rozdzielić.

(4) Oskarżony winien jest podnieść powyższe żądanie przed rozpoczęciem pierwszej rozprawy głównej, o czem należy go jaknajwcześniej pouczyć. Pruski lub polski zarząd wymiaru sprawiedliwości oznaczy sąd, na który postępowanie przechodzi.

§ 3.

(1) O ile postępowania karne z okręgów Sądów Krajowych, wymienionych w § 1, w chwili przejęcia wymiaru sprawiedliwości z powodu wniesienia rewizji zawisły w Wyższym Sądzie Krajowym — Sądzie Apelacyjnym — lub w Sądzie Rzeszy — Sądzie Najwyższym — i w chwili wejścia w życie niniejszego układu nie były jeszcze prawomocnie załatwione, należy stosować odpowiednio postanowienia § 1. To samo odnosi się do załatwiania zażeleń.

(2) Do ponownego rozpoznania należy przekazać sprawy karne sądowi, którego właściwość wynika z postanowień §§ 1 i 2. W wypadku § 2 żądanie przekazania postępowanie winno być wniesione przed rozpoczęciem pierwszej rozprawy głównej w sądzie, któremu sprawę do ponownego rozpoznania przekazano; pouczenia w tym kierunku powinien udzielić już sąd rewizyjny, aby w danym razie można sprawę przekazać bezpośrednio sądowi drugiego państwa.

§ 4.

(1) Jeżeli w postępowaniach karnych, określonych w § 1, wyroki wydane przed dniem wejścia w życie nieniejszego układu, dopiero po tym dniu zaskarżono za pomocą środków prawnych, natenczas rozstrzyga ten sąd, który po wejściu w życie niniejszego układu jest instancją wyższą dla sądu, którego wyrok uległ zaskarżeniu, albo dla sądu, który wstąpił w jego miejsce w myśl § 1. Postanowienia § 2 należy stosować w odpowiedni sposób.

(2) Jeżeli po wejściu w życie niniejszego układu żąda się wznowienia postępowania, w którym ostatni wyrok zapadł przed wejściem w życie niniejszego układu, natenczas należy stosować odpowiednio postanowienia §§ 1 i 2.

§ 5.

Ermittlungsverfahren, die in den im § 1 bezeichneten Landgerichtsbezirken zur Zeit des Übergangs der Rechtspflege schwieben und bei Inkrafttreten dieses Vertrages noch schwieben, werden, sobald sich herausstellt, daß zur Aburteilung nur Gerichte des anderen Staates zuständig sein werden, von der Staatsanwaltschaft, bei der sie anhängig sind, der Staatsanwaltschaft des anderen Staates übergeben. Das gleiche gilt für gerichtliche Voruntersuchungen dieser Art, sobald sich herausstellt, daß zur Aburteilung nur Gerichte des anderen Staates zuständig sein würden, wenn die öffentliche Klage erst nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages erhoben worden wäre.

§ 6.

Kann ein unter diesen Vertrag fassendes Strafverfahren von den Behörden des hiernach zuständigen Staates deshalb nicht durchgeführt werden, weil der Beschuldigte sich in dem anderen Staate aufhält und Angehöriger dieses Staates ist, so hat auf Verlangen des zuständigen Staates der Aufenthaltsstaat die Strafverfolgung zu übernehmen, sofern die Straftat auch nach seinem Strafgesetz verfolgt werden kann. Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht wird von der preußischen oder polnischen Justizverwaltung bestimmt.

§ 7.

Soweit Strafurteile (Strafbefehle) aus den im § 1 bezeichneten Landgerichtsbezirken zur Zeit des Übergangs der Rechtspflege bereits vollstreckbar waren, oder soweit Strafurteile in den Fällen des § 3 Abs. 1 nach dem Übergang infolge der Verwendung der Revision vollstreckbar geworden sind, wird die Strafvollstreckung von der Vollstreckungsbehörde des Gerichts, dessen Urteil zu vollstrecken ist, eingeleitet oder fortgeführt, oder, falls dieses Gericht fortgefallen ist, von der Vollstreckungsbehörde desjenigen deutschen oder polnischen Gerichts übernommen, zu dessen Bezirk der Amtsbezirk des Gerichts gehört, dessen Urteil zu vollstrecken ist.

§ 8.

(1) Verurteilte, gegen welche zur Zeit der Überleitung der Rechtspflege mit der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe aus einem vor dieser Zeit rechtskräftig beendeten Strafverfahren begonnen ist, können den Übergang der Strafvollstreckung auf Vollstreckungsbehörden des Staates, dessen Angehörige sie sind, verlangen, wenn es sich um Freiheitsstrafen handelt, die zur Zeit des Verlangens noch in einer Dauer von mindestens sechs Wochen zu vollstrecken sind, und ferner die Straftat, wegen der die Vollstreckung erfolgt, auch nach dem Strafgesetz des die Vollstreckung übernehmenden Staates verfolgt werden kann.

(2) Der Übergang der Vollstreckung muß binnen zwei Wochen nach dem Hinweis des Verurteilten auf diese Befugnis verlangt werden; der Hinweis soll möglichst frühzeitig erfolgen.

(3) Bezuglich Verurteilter der im Abs. 1 bezeichneten Art kann auch der nach § 7 zur Vollstreckung zuständige Staat den Übergang der Vollstreckung verlangen, wenn es sich um Freiheitsstrafen handelt,

§ 5.

Dochodzenia, które w chwili przejścia wymiaru sprawiedliwości w okręgach Sądów Krajowych, wymienionych w § 1, były w toku i toczą się jeszcze w chwili wejścia w życie niniejszego układu, przekaże prokuratura, która je prowadzi, prokuraturze drugiego państwa, skoro się okaże, iż do osądzenia są właściwe jedynie sądy drugiego państwa. To samo odnosi się do sądowych śledztw wstępnych tego samego rodzaju, skoro się okaże, że do osądzenia byłyby właściwe jedynie sądy drugiego państwa, gdyby skargę publiczną wniesiono dopiero po wejściu w życie niniejszego układu.

§ 6.

Jeżeli postępowania karnego podpadającego pod niniejszy układ, władze właściwego państwa nie mogą przeprowadzić dlatego, ponieważ posądzony przebywa na obszarze drugiego państwa i jest jego obywatelem, natenczas na żądanie właściwego państwa, państwo miejsca pobytu winno przejąć ściganie karne, o ile przestępstwo także według jego ustawodawstwa karnego może być ścigane. Pruski lub polski zarząd wymiaru sprawiedliwości oznaczy prokuraturę lub sąd.

§ 7.

O ile wyroki karne (mandaty karne) wydane w okręgach sądów Krajowych wymienionych w § 1 w chwili przejścia wymiaru sprawiedliwości były już wykonalne, albo, o ile wyroki karne w wypadkach ustępu 1 § 3 po przejściu wymiaru sprawiedliwości uzyskały wykonalność z powodu odrzucenia rewizji, natenczas władza wykonawcza sądu, którego wyrok ma być wykonany, wdroży wykonanie kary lub je dalej przeprowadzi, albo też w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, przejmie je władza wykonawcza tego niemieckiego lub polskiego sądu, w którego obwodzie leży siedziba urzędowa sądu, którego wyrok ma być wykonany.

§ 8.

(1) Skazani, przeciw którym w chwili przejścia wymiaru sprawiedliwości rozpoczęto wykonywanie kary na wolności na podstawie przed tym czasem prawomocnie ukończonego postępowania karnego, mogą żądać przejścia wykonania kary na władze wykonawcze państwa, którego są obywatelem, jeżeli chodzi o kary na wolności, których wykonanie w chwili postawienia żądania ma jeszcze trwać przez okres conajmniej sześciotygodniowy a pozatem przestępstwo, za które nastąpiło skazanie, wolno ścigać także według ustawy karnej państwa przejmującego wykonanie kary.

(2) Przejścia wykonania musi się żądać w przeciągu dwóch tygodni po pouczeniu skazanego, iż przysługuje mu to prawo; pouczenie powinno nastąpić jaknajwcześniej.

(3) Co do skazanych oznaczonych w ustępie 1, także państwo właściwe według § 7 do wykonania kary może żądać przejścia jej wykonania, jeżeli chodzi o kary na wolności, których wyko-

die zur Zeit des Verlangens noch in einer Dauer von mindestens sechs Monaten zu vollstrecken sind, und wenn auf die Straftat die im Abs. 1 bezeichnete Voraussetzung zutrifft. Das Verlangen soll in diesen Fällen bis zum Ablauf von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages gestellt werden.

(4) Die Behörde, welche für die Vollstreckung und die im Vollstreckungsverfahren notwendig werdenden gerichtlichen Entscheidungen nach der Übernahme der Vollstreckung zuständig ist, wird von der preußischen oder polnischen Justizverwaltung bestimmt.

§ 9.

Gesamtstrafen, deren Einzelstrafen von Gerichten des Abtretungsgebiets und von beim Deutschen Reich verbliebenen Gerichten festgesetzt sind, werden von demjenigen der beiden Staaten vollstreckt, der nach dem Gesamtbetrag der von seinen Gerichten erkannten Einzelstrafen an der Gesamtstrafe am höchsten beteiligt ist, oder der bei gleich hohen Beiträgen mit der Vollstreckung zuerst beginnt oder bereits begonnen hat. § 8 findet entsprechende Anwendung.

§ 10.

(1) Kann ein unter diesen Vertrag fallendes Urteil in dem für die Vollstreckung zuständigen Staate deshalb nicht vollstreckt werden, weil der Verurteilte sich in dem anderen Staate aufhält und Angehöriger dieses Staates ist, oder weil das Vermögen des zu einer Geldstrafe Verurteilten sich in dem anderen Staate befindet, so hat auf Verlangen des zuständigen Staates der andere Staat die Strafvollstreckung zu übernehmen, sofern die Straftat, wegen deren die Verurteilung erfolgt ist, auch nach seinem Strafgesetze verfolgt werden kann. Die Behörde, welche für die Vollstreckung und die im Vollstreckungsverfahren notwendig werdenden gerichtlichen Entscheidungen zuständig ist, wird von der preußischen oder polnischen Justizverwaltung bestimmt.

(2) Die beigetriebene Geldstrafe bleibt dem betreibenden Staat.

§ 11.

(1) In allen Fällen geht mit der Strafvollstreckung auch das Gnadenrecht auf den vollstreckenden Staat über.

(2) Eine Erstattung von Kosten der Strafvollstreckung findet in keinem Falle statt.

(3) Bei Überführung von Untersuchungs- oder Strafgefangenen trägt der übergebende Teil die Kosten bis zur Übergabe einschließlich der Kosten der Rückreise der übergebenden Beamten, der übernehmende Teil die Kosten der Hinreise der übernehmenden Beamten und des Weitertransports der übergebenen Gefangenen nach der Übergabe.

§ 12.

(1) Die deutschen und die polnischen Staatsanwaltschaften und Gerichte haben in den aus diesem Vertrage sich ergebenden Angelegenheiten einander Rechtshilfe zu leisten.

(2) Die Angehörigen des einen Staates werden jedoch dem anderen Staat nicht zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert. Auch findet eine Zwangs-

nanie in chwili postawienia żądania ma jeszcze trwać przez okres conajmniej sześciu miesięcy i gdy przestępstwo odpowiada warunkom oznaczonym w ustępie 1. Żądanie należy w tych wypadkach postawić przed upływem 4 miesięcy po wejściu w życie niniejszego układu.

(4) Pruski lub polski zarząd wymiaru sprawiedliwości oznaczy władzę, która będzie właściwą dla wykonania oraz dla rozstrzygnięć sądowych potrzebnych w postępowaniu po przejęciu wykonania.

§ 9.

Kary łączne, których kary pierwiastkowe wyznaczyły sądy polozone na obszarze odstąpionym, oraz sądy pozostałe przy Państwie Niemieckiem, wykonywuje z pomiędzy obu państw to, które po zliczeniu kar pierwiastkowych wyznaczonych przez jego sądy najbardziej się przyczyniło do wysokości kary łącznej, albo też które przy równej wysokości kar pierwiastkowych, pierwsze przystąpi lub już przystąpiło do wykonania kary. Postanowienia § 8 należy odpowiednio stosować.

§ 10.

(1) Jeżeli wyrok, podpadający pod niniejszy układ, w państwie właściwem dla wykonania nie może być wykonana z powodu, iż skazany przebywa na obszarze drugiego państwa i jest jego obywatelem, albo ponieważ majątek skazanego na grzywnę znajduje się w drugiem państwie, natenczas na żądanie właściwego państwa, państwo drugie winno przejąć wykonanie kary, o ile przestępstwo za które nastąpiło skazanie, może być ścigane także według ustawy karnej tegoż państwa. Pruski lub polski zarząd wymiaru sprawiedliwości oznaczy władzę, która będzie właściwą dla wykonania oraz dla rozstrzygnięć sądowych potrzebnych dla wykonania kar.

(2) Grzywna pobrana przypada państwu, które ją pobrało.

§ 11.

(1) We wszystkich wypadkach przechodzi wraz z wykonaniem kary prawo ulaskawienia na państwo wykonywające.

(2) W żadnym wypadku nie zwraca się kosztów wykonania kary.

(3) Przy transporcie więźniów śledczych i skazańców ponosi strona wydająca koszty aż do chwili wydania łącznie z kosztami podróży powrotnej urzędnika oddającego, zaś strona odbierająca koszty podróży urzędnika odbierającego do miejsca odbioru i dalszego transportu odebranych więźniów.

§ 12.

(1) Niemieckie i polskie prokuratury oraz sądy winny sobie udzielać wzajemnie pomocy prawnej w sprawach, z niniejszego układu wynikających.

(2) Obywatele jednego państwa nie będą atoli wydawani drugiemu państwu w celu ich ścigania i karania. Również nie będzie miało miejsca

gestellung von Zeugen und Sachverständigen vor die Behörden des fremden Staates nicht statt.

§ 13.

(1) Die Strafregister, die in den im § 1 bezeichneten Landgerichtsbezirken geführt sind, werden bis auf weiteres von den bisherigen Registerbehörden fortgeführt oder, falls diese Registerbehörden fortgesunken sind, von denjenigen deutschen oder polnischen Registerbehörden übernommen, zu deren Bezirk der Amtsbezirk der bisherigen Registerbehörde gehört.

(2) Gerichtlichen und anderen öffentlichen Behörden beider Staaten ist auf ihr Ersuchen über den Inhalt der Register kostenfrei Auskunft zu erteilen.

(3) Strafnachrichten, an deren weiterer Aufbewahrung in seinen Registern der eine Staat kein Interesse hat, werden nach näherer Vereinbarung zwischen den Justizverwaltungen des Deutschen Reichs und Polens allmählich ausgesondert und dem anderen Staat zur Verfügung gestellt.

Artikel 3.

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

§ 1.

Für die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in den Landgerichtsbezirken Beuthen, Gleiwitz, Oppeln und Ratibor gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 8.

§ 2.

(1) Ist ein Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit noch nicht endgültig erledigt, so erfolgt die Erledigung durch das Gericht, bei dem die Angelegenheit anhängig ist oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, durch dasjenige deutsche oder polnische Gericht gleicher Ordnung, zu dessen Bezirk der Amtsbezirk dieses Gerichts gehört.

(2) Das Gericht hat jedoch die Sache an ein Gericht gleicher Ordnung des anderen Staates abzugeben, falls dieses für die Angelegenheit zuständig wäre, wenn sie erst zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages anhängig geworden wäre. Ist zu diesem Zeitpunkte sowohl ein deutsches als auch ein polnisches Gericht zuständig, so findet eine Abgabe nur dann statt, wenn diejenige Person, die für den Gerichtsstand maßgebend ist, dem anderen Staat zu dieser Zeit angehört, oder wenn einer der Beteiligten die Abgabe beantragt und sämtliche übrigen Beteiligten ihr zustimmen.

(3) Wenn alle Erben zustimmen, so gilt für die erbrechtlichen Verhältnisse ein Erblasser, der ohne Ausübung des Optionsrechts vor Ablauf der Optionsfrist verstorben ist, im Falle des Art. 91 Abs. 3 des Vertrages von Versailles als Deutscher, im Falle des Art. 91 Abs. 4 des Vertrages von Versailles als Pole.

(4) Die Bestimmungen des Art. 1 § 5 Abs. 1, 3 und 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 3.

(1) Soweit ein Grundbuchamt ein Grundbuch in Besitz hat, das sich auf Grundstücke bezieht, die im Bezirk des anderen Staates belegen sind, hat es das Grundbuch an das zuständige Grundbuchamt des

prymusowe sprowadzanie świadków oraz znawców przed władzą obcego państwa.

§ 13.

(1) Rejestry kar, prowadzone w okręgach Sądów Krajowych, wymienionych w § 1 będą prowadzić nadal aż do dalszego zarządzenia dotychczasowe władze rejestrów, albo w razie, gdy uległy zwinięciu, przejmą je te niemieckie lub polskie władze rejestrów, w których okręgu leży siedziba urzędowa dotychczasowej władz rejestrów.

(2) Sędziom oraz innym publicznym władzom obu państw należy na ich żądanie udzielać bezpłatnie wyjaśnień o treści rejestrów.

(3) Zawiadomienia o skazaniu, których dalszego zachowywania w rejestrach nie wymaga interes danego państwa, będą na mocy bliższego porozumienia między zarządami wymiaru sprawiedliwości Państwa Niemieckiego i Polski stopniowo z rejestrów wyłączone i oddane do rozporządzenia drugiemu państwu.

Artykuł 3.

Sprawy niesporne.

§ 1.

Do spraw niespornych w okręgach Sądów Krajowych w Bytomiu, Gliwicach, Opolu i Raciborzu odnoszą się przepisy §§ 2 do 8.

§ 2.

(1) Jeżeli postępowanie w sprawie niespornej nie zostało jeszcze ostatecznie ukończone, natęczas zakończy je sąd, w którym sprawa zawisła, albo w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten równorzędny niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa tego sądu.

(2) Sąd ten winien jednakże przekazać sprawę równorzędnemu sądowi drugiego państwa wówczas, gdyby ten był właściwy dla sprawy, jeżeliby ona zawisła dopiero w chwili wejścia w życie niniejszego układu. Gdyby w tej chwili był właściwy zarówno niemiecki lub polski sąd, wówczas przekazanie sprawy może nastąpić jedynie w tym wypadku, gdy osoba, według której oznacza się właściwość sądową, posiada w tym czasie obywatelstwo drugiego państwa, albo gdy jeden z interesowanych podał wniosek o przekazanie sprawy, a wszyscy na to się zgodzą.

(3) Za zgodą wszystkich dziedziców uważa się w stosunkach prawno-spadkowych spadkodawcę, który zmarł przed upływem czasokresu opcynnego nie wykonał prawa opcji w wypadku ustępu 3 artykułu 91 Traktatu Wersalskiego za obywatela niemieckiego, a w wypadku ustępu 4 artykułu 91 za obywatela polskiego.

(4) Przepisy ustępów 1, 3 i 4 § 5 artykułu 1 należą stosować w odpowiedni sposób.

§ 3.

(1) O ile urząd hipoteczny posiada księgi wieczystą odnoszącą się do nieruchomości położonych w okręgu drugiego państwa, winien on księgi wieczystą przekazać właściwemu urzędowi hipo-

anderen Staates abzugeben. Der Zeitpunkt der Abgabe ist öffentlich bekanntzumachen.

(2) Amtshandlungen, die ein unter Abs. 1 fallenden Grundbuchamt vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen hat, können wegen örtlicher Unzuständigkeit nicht angefochten werden.

(3) In welcher Weise zu verfahren ist, wenn nur ein Teil eines Grundbuchbandes an das Grundbuchamt des anderen Staates abzugeben ist, oder wenn ein Grundbuchblatt nicht ausschließlich über Grundstücke geführt ist, die nur im Bezirke eines der beiden Staaten belegen sind, ergibt sich aus der Anlage.

(4) Entsprechendes gilt für Bahn- und Bergwerksgrundbücher.

§ 4.

(1) Gerichtliche Register werden von dem Gerichte fortgeführt, das bisher das Register geführt hat, oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, von demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte, zu dessen Bezirk der Amtsitz dieses Gerichts gehört.

(2) Soweit jedoch nach den zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages maßgebenden Verhältnissen ein Gericht des anderen Staates zur Führung des Registers zuständig sein würde, sind diesem Gerichte beglaubigte Auszüge aus dem Register zu übergeben. Inwieweit statt dessen in einzelnen Fällen das Register selbst unter Zurückbehaltung beglaubigter Auszüge abzugeben ist, bleibt der Vereinbarung durch die preußische und die polnische Justizverwaltung vorbehalten.

(3) Der Zeitpunkt der Abgabe ist öffentlich bekanntzumachen.

(4) Die Vorschriften des § 3 Abs. 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 5.

Testamente und Erbverträge bleiben bei dem Gericht verwahrt, bei dem sie in amtliche Verwahrung genommen sind, oder falls dieses Gericht fortgesunken ist, bei demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte, zu dessen Bezirk der Amtsitz dieses Gerichts gehört. Bis zum 31. Dezember 1923 kann jedoch der deutsche Erblasser die Abgabe an ein deutsches Gericht, der polnische Erblasser die Abgabe an ein polnisches Gericht verlangen. Hat der Erblasser seinen letzten Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat gehabt und ist er vor Ablauf dieser Frist gestorben, ohne die Abgabe des Testaments verlangt zu haben, so kann bis zur Öffnung des Testaments jeder gesetzliche Erbe innerhalb der Frist die Abgabe beantragen, es sei denn, daß ein anderer Erbe widerspricht.

§ 6.

(1) Gerichtliche Urkunden bleiben bei dem Gerichte verwahrt, bei dem sie sich befinden, oder, falls dieses Gericht fortgesunken ist, bei demjenigen deutschen oder polnischen Gerichte, zu dessen Bezirk der Amtsitz dieses Gerichts gehört.

(2) Das gleiche gilt für die von dem Gerichte verwahrten Notariatspapiere (Urkünften, Register usw.). Ist jedoch der frühere Amtsitz des Notars im

tecznemu drugiego państwa. Chwilę przekazania należy podać do publicznej wiadomości.

(2) Czynności urzędowe dokonane przed wejściem w życie niniejszego układu przez urząd hipoteczny, podpadający pod przepis ustępu 1, nie podlegają zaskarżeniu z powodu miejscowości niewłaściwości.

(3) Załącznik do niniejszego układu określa sposób, w jaki należy postępować, jeżeli tylko część poszczególnego tomu księgi wieczystej przekazuje się urzędowi hipotecznemu drugiego państwa, lub jeżeli karta księgi wieczystej nie dotyczy wyłącznie nieruchomości położonych tylko w obrębie jednego z dwoi tych państw.

(4) Odpowiednie przepisy stosują się do ksiąg wieczystych kolejowych i górniczych.

§ 4.

(1) Rejestry sądowe prowadzić będzie nadal sąd, który je dotychczas prowadził, albo w razie gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa dotychczasowego sądu.

(2) Gdyby jednak według stosunków, miarodajnych w chwili wejścia w życie niniejszego układu, do prowadzenia rejestru właściwym był sąd drugiego państwa, natenczas należy temu sądowi wręczyć uwierzytelne wyciągi z rejestru. Późniejsze porozumienie między pruskim a polskim zarządem wymiaru sprawiedliwości ustali, o ile w poszczególnych wypadkach zamiast przesyłania wyciągu ma być przekazany sam rejestr z zatrzymaniem na miejscu uwierzytelionych wyciągów.

(3) Chwilę przekazania należy podać do publicznej wiadomości.

(4) Przepisy ustępu 2 § 3 należy odpowiednio stosować.

§ 5.

(1) Testamenty oraz układy spadkowe przechowuje sąd, który je wziął w urzędowe przechowanie albo w razie, gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten niemiecki lub polski sąd, w którego okręgu leży siedziba urzędowa dotychczasowego sądu. Spadkodawca, będący obywatelem niemieckim, może jednak do dnia 31 grudnia 1923r. żądać przekazania wymienionych dokumentów sądowi niemieckiemu, a spadkodawca będący obywatelem polskim, przekazania sądowi polskiemu. Jeżeli spadkodawca miał swoje ostatnie zamieszkanie w drugiem państwie umawiając się, a zmarł przed upływem tego czasokresu nie żądając wydania testamentu, natenczas aż do otwarcia testamentu może każdy ustawowy dziedzic w powyższym czasokresie żądać przekazania, o ile inny dziedzic temu się nie sprzeciwie.

§ 6.

(1) Dokumenty sądowe przechowywa sąd, w którym się znajdują, albo w razie gdy sąd ten uległ zwinięciu, ten niemiecki lub polski sąd, w którego obwodzie leży siedziba urzędowa dotychczasowego sądu.

(2) To samo odnosi się do aktów notarialnych, będących w przechowaniu sądu (pierwopsisów, rejestrów i t. d.). Jeżeli wszakże poprzednia sie-

Bezirke des anderen Staates belegen, so sind die Papiere an dasjenige Gericht des anderen Staates abzugeben, zu dessen Bezirk der frühere Amtssitz des Notars gehört.

§ 7.

Aussertigungen, beglaubigte Abschriften und beglaubigte Auszüge von gerichtlichen und notariellen Urkunden einschließlich der Erbscheine sowie von lebenswilligen Verfügungen können unter Anwendung des bisher geltenden Rechts von der Behörde oder dem Notar verlangt werden, welche die Urkchrift innehaben. Entsprechendes gilt von der Ausstellung von Zeugnissen jeder Art.

§ 8.

(1) Die Gerichte haben zwecks Erleichterung der Überleitung einander unmittelbare Rechtshilfe in weitestem Umfange zu leisten. Dies gilt insbesondere für die Erteilung von beglaubigten Abschriften aus Grundbüchern, Registern, Grundaufnahmen und Nachlaßakten.

(2) In den übergeleiteten Angelegenheiten werden in Ansehung des Armenrechts und der Vorschußpflicht Deutsche von polnischen Gerichten, Polen von deutschen Gerichten ebenso wie Inländer behandelt.

§ 9.

(1) Befindet sich das Vermögen eines Familienfideikomisses ganz in einem der beiden Staaten, so untersteht das Fideikomiss diesem Staate.

(2) Befindet sich das Fideikommissvermögen teils in dem einen, teils in dem anderen Staate, so werden die preußische und die polnische Justizverwaltung die infolge der Überleitung der Rechtspflege erforderlich werdenden Änderungen in der Staatsaufsicht über das Fideikomiss durch Vereinbarung regeln. Hierbei sollen Fideikomisse, zu denen außer Grundbesitz auch anderes Vermögen gehört, unter Berücksichtigung der Wertverhältnisse und Zweckbestimmungen der einzelnen Bestandteile in der Regel dem Staate unterstellt werden, in dessen Gebiet sich der zum Fideikomiss gehörige Grundbesitz befindet. Kommt binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages eine Einigung nicht zustande, so behalten, falls nicht die Frist durch Vereinbarung verlängert wird, die beiderseitigen Regierungen sich alle Rechte vor.

(3) Die Bestimmungen des Friedensvertrages bleiben unberührt. Der Frage der Herausgabe von Eigentum, das sich in Deutschland befindet, soll nicht vorgegriffen werden.

Artikel 4.

Rechtshilfe und Legalisation von Urkunden.

§ 1.

(1) Im Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Anteil an dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet finden unbeschadet der besonderen Bestimmungen in Artikel 1 § 19 und Artikel 3 § 8 dieses Vertrages die Bestimmungen des Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 mit der Maßgabe Anwendung, daß für alle Fälle, in

dziba urzędowa notarjusza leży w obrębie drugiego państwa, wówczas akta należy oddać temu sądowi drugiego państwa, w którego obwodzie leży poprzednia siedziba urzędowa notarjusza.

§ 7.

Udzielenia wypisów, uwierzytelnych odpisów oraz uwierzytelnych wyciągów z dokumentów sądowych i notarialnych, włącznie z świadectwami spadkowymi tudzież rozporządzeniami ostatniej woli, można przy zastosowaniu dotychczas obowiązującego prawa żądać od władzy lub notarjusza, u którego znajduje się pierwotny. Przepis ten stosuje się odpowiednio do wystawiania świadectw wszelkiego rodzaju.

§ 8.

(1) Celem ułatwienia przejęcia wymiaru sprawiedliwości sądy winny sobie udzielać wzajemnie bezpośredniej pomocy prawnej w jaknajszerszym zakresie. Dotyczy to zwłaszcza udzielania uwierzytelnych odpisów z ksiąg wieczystych, rejestrów, aktów gruntowych i spadkowych.

(2) Pod względem prawa ubogich oraz obowiązku składania zaliczek na koszty, uważa się w przejętych sprawach obywateli niemieckich w sądach polskich a obywateli polskich w sądach niemieckich na równi z własnymi obywatelami.

§ 9.

(1) Jeżeli majątek fideikomisowy znajduje się całkowicie na obszarze jednego z państw, wówczas fideikomis podlega władzy tego państwa.

(2) Jeżeli majątek fideikomisowy znajduje się częściowo na obszarze jednego, częściowo na obszarze drugiego państwa, natemazas pruski i polski zarząd wymiaru sprawiedliwości ustala w drodze umowy zmiany w nadzorze państwowym nad fideikomisem konieczne wskutek przejęcia wymiaru sprawiedliwości. Przytem fideikomisy, obejmujące oprócz nieruchomości także inny majątek, powinny być przy uwzględnieniu stosunku wartości oraz przeznaczenia poszczególnych części składowych, z reguły podporządkowane państwu, na którego obszarze znajduje się nieruchomość należąca do fideikomisu. Jeżeli w przeciągu 2 lat po wejściu w życie niniejszej umowy nie dojdzie do porozumienia, oba Rządy, o ile czasokres ten w drodze umowy nie zostanie przedłużony, zastrzegają sobie wszelkie prawa.

(3) Postanowienia Traktatu Pokojowego pozostają nienaruszone. Kwestji wydania własności znajdującej się w państwie niemieckiem, nie przesądu się.

Artykuł 4.

Pomoc prawna i uwierzytelnienia dokumentów.

§ 1.

(1) W stosunkach między niemiecką a polską częścią obszaru plebiscytowego mają zastosowanie, bez ujmy dla szczególnych postanowień § 19 artykułu 1 i § 8 artykułu 3 niniejszej umowy, — postanowienia Układu Haskiego z dnia 17 lipca 1905 w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych, z tem, że dozwolone jest

denen durch dies letztgenannte Abkommen der Rechts-hilfesverkehr für die Mitteilung gerichtlicher und außergerichtlicher Urkunden sowie für die Erledigung von Ersuchungsschreiben geregelt ist, den deutschen und den polnischen gerichtlichen Behörden des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes der unmittelbare Geschäftsverkehr miteinander gestattet wird.

(2) In dem unmittelbaren Geschäftsverkehr werden die Schreiben der beiderseitigen Behörden in deren Amtssprache abgefaßt.

(3) Gemäß den Vorbehalten im Artikel 3 Abs. 2 und im Artikel 19 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß können die in diesen Artikeln vorgeschriebenen Übersetzungen der dort bezeichneten Schriftstücke auch von einem beeidigten Dolmetscher des ersuchenden Staates be-glaubigt werden.

§ 2.

(1) Der Artikel 17 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß findet nur mit der weiteren Maßgabe Anwendung, daß der Kläger oder Intervenient seinen Wohnsitz entweder in dem Staate, vor dessen Gericht er auftritt, oder in dem Anteil des anderen Staates an dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben muß.

(2) Die in den Artikeln 18 und 19 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß vorgesehene Voll-streckbarkeitserklärung erfolgt lediglich für den Bereich des Anteils des um sie ersuchten Staates an dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

(3) Gemäß dem Vorbehalt im Artikel 19 Abs. 3 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß wird die dort vorgesehene Bescheinigung des höchsten Justizverwaltungsbeamten über die Zuständigkeit der Behörde, welche die Erklärung über die Rechtskraft der Kostenentscheidung abgibt, nicht verlangt werden.

(4) Die Bestimmungen der Artikel 20 bis 23 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß finden auf die Angehörigen der beiden Vertragsstaaten ohne Rücksicht auf den Wohnsitz Anwendung.

§ 3.

(1) Gemäß dem Vorbehalt im Artikel 7 Abs. 2 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß wird die Erstattung der durch die Mitwirkung eines Voll-ziehungsbeamten in den Fällen des Artikels 3 des Abkommens entstandenen Auslagen nicht verlangt werden.

(2) Ebenso wird gemäß dem Vorbehalt im Artikel 16 Abs. 2 des Abkommens die Erstattung der Auslagen für Zeugenentschädigungen und für die wegen Richterscheinens eines Zeugen erforderlich ge-wordene Mitwirkung eines Vollziehungsbeamten nicht verlangt werden. Das gleiche gilt in Ansehung der im Artikel 23 Abs. 2 des Abkommens erwähnten Auslagen für Zeugenentschädigungen.

(3) Soweit nach dem Haager Abkommen über den Zivilprozeß in Verbindung mit den Abs. 1 und 2 dieses Paragraphen Kosten in Rechnung gestellt

bezpośrednie znoszenie się z sobą niemieckich i polskich władz sądowych górnouśląskiego obszaru plebiscytowego we wszystkich wypadkach, w których wspomniany układ unormował wzajemny stosunek pomocy prawnej w udzielaniu sądowych i pozasądowych dokumentów oraz w załatwianiu wezwani.

(2) Pisma obopólnych władz w celu bezpośredniego znoszenia się między sobą będą układane w ich języku urzędowym.

(3) Stosownie do zastrzeżeń w ustępie 2 artykułu 3 oraz w L. 3 ustępu 2 i w ustępie 3 artykułu 19 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych wymagane powyższymi artykułami tłumaczenia wymienionych tam pism, mogą być również uwierzytel-niane przez zaprzysiężonego tłumacza państwa wzywającego.

§ 2.

(1) Artykuł 17 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych stosuje się jedynie z tem dalszem postanowieniem, że powód lub interwenient muszą posiadać swoje miejsce zamieszkania albo w państwie, w którego sądzie występują, albo w części górnouśląskiego obszaru plebiscytowego przypadają drugiemu państwu.

(2) Oświadczenie wykonalności przewidziane w artykułach 18 i 19 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych, wydane zostaje jedynie na obszar części górnouśląskiego terenu plebiscytowego przypadają państwu o nie wezwaniem.

(3) Stosownie do zastrzeżenia w ustępie 3 artykułu 19 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych nie będzie się żądać przewidzianego tamże potwier-dzenia najwyższego urzędnika wymiaru sprawiedliwośc, o właściwości władz, udzielającej zaświadczenie prawomocności rozstrzygnięć o kosztach.

(4) Postanowienia artykułów 20 do 23 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych mają zastosowanie do obywateli obu umawiających się państw, bez względu na miejsce zamieszkania.

§ 3.

(1) Stosownie do zastrzeżenia w ustępie 2 artykułu 7 Ukladu Haskiego w przedmiocie postępowania w spornych sprawach cywilnych, nie będzie się żądać zwrotu wydatków powstałych w wypadkach artykułu 3 powołanego ukladu przez działalność urzędnika wykonawczego.

(2) Również nie będzie się żądać stosownie do zastrzeżenia w ustępie 2 artykułu 16 ukladu zwrotu wydatków poniesionych z powodu wynagrodzenia świadków i z powodu działalności urzędnika wy-konawczego koniecznej wskutek niestawienia się świadka. To samo odnosi się w wypadku ustępu 2 artykułu 23 ukladu do wydatków spowodowanych wynagrodzeniami świadków.

(3) Koszty, które można zarachować w myśl Ukladu Haskiego o postępowaniu w cywilnych sprawach spornych oraz ustępów 1 i 2 niniejszego

werden können, werden sie nach den Vorschriften berechnet, die in dem ersuchten Staate für gleiche Handlungen in einem insändischen Verfahren gelten.

§ 4.

(1) Urkunden, die von einem im oberschlesischen Abstimmungsgebiet belegenen Gerichte oder von einer der obersten oder höheren deutschen oder polnischen Verwaltungsbehörden aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Siegel oder Stempel des Gerichts oder der Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch im oberschlesischen Abstimmungsgebiet keiner Beglaubigung (Legalisation).

(2) Den gerichtlichen Urkunden werden die von einem Gerichtsschreiber eines im oberschlesischen Abstimmungsgebiete belegenen Gerichtes oder von einem Notar, dessen Amtssitz im oberschlesischen Abstimmungsgebiet liegt, unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehenen Urkunden gleichgestellt, sofern diese Unterschrift nach den Gesetzen des Teiles genügt, dem das Gericht oder der Notar angehört.

(3) Die preußische und die polnische Justizverwaltung werden sich die unter Abs. 1 fallenden Verwaltungsbehörden sowie deren Änderungen bekanntgeben.

§ 5.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 dieses Artikels finden auch vor den Gerichten außerhalb des oberschlesischen Abstimmungsgebiets in solchen Angelegenheiten Anwendung, die an sie im Wege des Rechtszuges von Gerichten des Abstimmungsgebiets gelangen.

§ 6.

Als oberschlesisches Abstimmungsgebiet im Sinne dieses Artikels gelten lediglich diejenigen Amtsgerichtsbezirke, die ihrem ganzen Umfange nach zum Abstimmungsgebiet gehört haben.

Artikel 5.

Schlussbestimmungen.

§ 1.

(1) Gerichtliche Akten sind derjenigen Justizbehörde zu überlassen, welche die betreffende Angelegenheit nach den obigen Überleitungsbestimmungen fortzuführen hat.

(2) Zurückgelegte Akten bleiben bei der Justizbehörde, bei der sie sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages befinden, oder, falls diese Behörde fortgesunken ist, bei derjenigen deutschen oder polnischen Behörde, zu deren Bezirk der Amtssitz dieser Justizbehörde gehört. Ergibt sich, daß eine Angelegenheit, über welche die Akten geführt sind, wieder aufzunehmen und nach den obigen Überleitungsbestimmungen von einer Behörde des anderen Staates fortzuführen ist, so sind sie dieser Behörde zu überlassen.

§ 2.

(1) Soweit nach den Bestimmungen dieses Vertrages ein anhängiges Verfahren auf ein Gericht des anderen Staates übergeht, werden von diesem die noch ausstehenden Gesamtkosten des Verfahrens ein-

paragrafu, należy obliczać, wedle przepisów, obowiązujących w państwie wezwaniem dla równorzędnych czynności w postępowaniu krajowem.

§ 4.

(1) Dokumenty sporządzone, wystawione lub uwierzytelionne przez sąd polożony na górnosłaskim obszarze plebiscytowym, albo przez jedną z najwyższych lub wyższych niemieckich lub polskich władz administracyjnych oraz zaopatrzone w pieczęć lub stempel sądu lub władzy, nie potrzebują dla używania ich w górnosłaskim obszarze plebiscytowym żadnego uwierzytelnienia (legalizacji).

(2) Dokumenty podpisane przez sekretarza sądowego sądu górnosłaskiego obszaru plebiscytowego albo przez notariusza mającego siedzibę urzędową na górnosłaskim obszarze plebiscytowym oraz zaopatrzone w pieczęć urzędową, uważa się za równorzędne z dokumentami sądowymi, o ile podpis ten wystarcza wedle ustaw państwa, do którego należy sąd względnie notariusz.

(3) Pruski i polski zarząd wymiaru sprawiedliwości podadzą sobie do wiadomości władze administracyjne podpadające pod ustęp 1 jakież ich zmiany.

§ 5.

W sprawach, które ze sądów obszaru plebiscytowego w toku instancji wpłyńły do sądów polożonych poza górnosłaskim obszarem plebiscytowym, mają także zastosowanie przepisy §§ 1 do 4 niniejszego artykułu.

§ 6.

Jako górnosłaski obszar plebiscytowy w rozumieniu niniejszego artykułu uważa się jedynie okręgi tych sądów powiatowych, które w całości należały do obszaru plebiscytowego.

Artykuł 5.

Postanowienia końcowe.

§ 1.

(1) Akta sądowe należy przekazać tej władzy sądowej, która według powyższych postanowień o przejęciu wymiaru sprawiedliwości ma odnośną sprawę w dalszym ciągu prowadzić.

(2) Akta odłożone pozostają u władzy sądowej, u której się znajdują w chwili wejścia w życie niniejszego układu, albo w razie gdy uległa zwinięciu, u tej niemieckiej lub polskiej władzy, w której okręgu leży siedziba urzędowa tejże władzy sądowej. Jeżeli się okaże, że pewną sprawę, której akta prowadzono, należy wznowić i że według powyższych postanowień o przejęciu wymiaru sprawiedliwości ma ją prowadzić dalej władza drugiego państwa, natomas akta takiej sprawy winny być owej władzy przekazane.

§ 2.

(1) O ile według postanowień niniejszego układu zawsze postępowanie przejęte będzie przez sąd drugiego państwa, ten ostatni ściągnie wszystkie niepobrane jeszcze koszty postępowania; koszty

gezogen; eine Erstattung der bis zum Übergang erwachsenen Kosten an den abgebenden Staat findet nicht statt.

(2) Ebenso werden Kosten der in diesem Vertrage vorgesehenen Rechtshilfe nicht erstattet.

§ 3.

Als Zeitpunkt des Überganges der Rechtspflege im Sinne dieses Vertrages gilt für die an Polen übergebenen Gerichte der Tag der Vollziehung des Protokolls über die Übergabe des Gerichtes, im übrigen der Tag der Vollziehung des Protokolls über die Übergabe des zuerst an Polen übergebenen Gerichtes.

§ 4.

Hat ein Beteiligter, welcher zur Wahrung einer Frist jenseits der neuen Grenzlinie eine Erklärung abzugeben hatte, diese Frist ohne sein Verschulden nicht eingehalten, so ist ihm auf Antrag die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu erteilen. Die Frist für den Antrag endet in diesem Falle frühestens mit dem Ablauf von einem Monat nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages.

§ 5.

Soweit die Zuständigkeit für eine nach diesem Vertrage auf eine deutsche Behörde überzuleitende Angelegenheit nicht in Preußen, sondern in einem anderen zum Deutschen Reich gehörenden Lande begründet ist, tritt die Justizverwaltung dieses Landes an die Stelle der preußischen Justizverwaltung.

§ 6.

Der preußischen Justizverwaltung, handelnd im Namen des Reichs, und der polnischen Justizverwaltung bleibt es vorbehalten, weitere Überleitungsbestimmungen zur Ergänzung der Ausführung dieses Vertrages, insbesondere auch hinsichtlich der Hinterlegungssachen, zu vereinbaren.

§ 7.

(1) Mit dem Ablaufe des Tages, welcher auf die in § 6 des Annexes zu Artikel 88 des Friedensvertrages von Versailles vorgesehene Notifikation der Entscheidung über Oberschlesien durch die Internationale Kommission an die Deutsche und an die Polnische Regierung folgt, gelten bis zu dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Abkommens alle von diesem Abkommen betroffenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Ausnahme derjenigen, in welchen die Abgabe nicht oder nur auf übereinstimmenden Antrag beider Parteien zulässig wäre, als unterbrochen.

(2) Während der im Abs. 1 bezeichneten Frist gilt in den von diesem Abkommen betroffeneren Strafverfahren der Lauf der für die Einlegung von Rechtsmitteln gegebenen Fristen als gehemmt.

Artikel 6.

(1) Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Warschau ausgetauscht werden.

wynikle do chwili przejęcia nie będą zwracane państwu, przekazującemu sprawę.

(2) Podobnie nie będą zwracane koszty pomocy prawnej przewidzianej w niniejszym układzie.

§ 3.

Za chwilę przejęcia wymiaru sprawiedliwości w znaczeniu niniejszego układu uważa się odnośnie do oddanych Polsce sądów dzień podpisania protokołu o przejęciu sądu, pozatem dzień podpisania protokołu o przejęciu przez Polskę sądu oddanego jako pierwszy.

§ 4.

Jeżeli strona, która celem zachowania czasokresu miala złożyć oświadczenie poza nową linią graniczną, czasokresu tego bez własnego zawinięcia uchybiła, należy jej na wniosek przyznać przywrócenie do poprzedniego stanu. Czasokres do podania wniosku upływa w tym wypadku najwcześniej w miesiąc po wejściu w życie niniejszego układu.

§ 5.

O ile w sprawach, które na podstawie niniejszego układu przejmą władze niemieckie, będzie właściwa zamiast pruskiej, władza innego do Państwa Niemieckiego należącego kraju, natenczas w miejsce pruskiego zarządu wymiaru sprawiedliwości wstępnie zarząd wymiaru sprawiedliwości tegoż kraju.

§ 6.

Pruski zarząd wymiaru sprawiedliwości działający w imieniu Państwa Niemieckiego polski zarząd wymiaru sprawiedliwości, zastrzegają sobie możliwość ułożenia się w przedmiocie dalszych postanowień dotyczących przejęcia wymiaru sprawiedliwości, mających na celu uzupełnienie wykonania niniejszego układu, zwłaszcza także co do spraw deozjacyjnych.

§ 7.

(1) Z upływem następnego dnia, po notyfikacji Rządom niemieckiemu i polskiemu w myśl § 6 aneksu do artykułu 88 Traktatu Wersalskiego przez Komisję Miedzysojuszniczą rozstrzygnięcia w sprawie Górnego Śląska, uważa się wszystkie objęte niniejszym układem cywilne sprawy sporne aż do wejścia w życie niniejszego układu, za przerwane, z wyjątkiem tych, gdzie przekazanie jest wykluczone lub jedynie dozwolone na zgodny wniosek obu stron.

(2) W czasokresie oznaczonym w ustępie 1 wstrzymuje się w postępowaniach karnych objętych niniejszym układem bieg czasokresów przepisanych do złożenia środków prawnych.

Artykuł 6.

(1) Układ niniejszy ma być ratyfikowany a dokumenty ratyfikacyjne jaknajrychlej wymienione w Warszawie.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 4 dieses Abkommens können mit Monatsfrist gekündigt werden.

(3) Der Vertrag tritt mit dem Ablauf eines Monats nach der in § 7 seines Artikels 5 erwähnten Notifikation in Kraft mit Ausnahme der Bestimmung dieses § 7, welche bereits mit dem Ablaufe des auf die Notifikation folgenden Tages in Kraft tritt.

(4) Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urkchrift.

Kattowitz, den 12. April 1922.

(gez.) Dr. Georg Crusen.

(gez.) Dr. Zygmunt Seyda.

(Siegel.)

(2) Postanowienia artykułu 4 niniejszego układu mogą być wypowiedziane z zachowaniem jednomyślnego czasokresu.

(3) Układ niniejszy wchodzi w życie z upływem jednego miesiąca po wymienionej w § 7 artykułu 5 notyfikacji, za wyjątkiem postanowień tegoż § 7, które wchodzą w życie bezzwłocznie z upływem dnia następnego po notyfikacji.

W dowód powyższego Pełnomocnicy podpisali niniejszy układ i zaopatryli go swymi pieczęciami.

Wygotowano w dwóch egzemplarzach w Katowicach, dnia 12. kwietnia 1922r.

(gez.) Dr. Georg Crusen.

(gez.) Dr. Zygmunt Seyda.

Anlage zum Artikel 3 § 3 Abs. 3 des deutsch-polnischen Abkommens, betreffend die Überleitung der Rechtspflege.

§ 1.

Soweit die bei einem Grundbuchamt befindlichen Grundbücher sich auf Grundstücke beziehen, die im Bezirke des anderen Staates belegen sind, gelten die folgenden Bestimmungen:

§ 2.

Beziehen sich alle Blätter eines Grundbuchbandes auf Grundstücke, die im Bezirke des anderen Staates belegen sind, so sind die Blätter nicht zu schließen, sondern zur Abgabe an den anderen Staat bereit zu halten. Darüber, wann die Abgabe zu erfolgen hat, wird durch Übereinkommen der beiderseitigen Justizverwaltungen Bestimmung getroffen werden.

Mit dem Grundbuchband sind die Grundakten, sowie besonders verwahrte Urkunden (Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte, § 46), falls ein ganzer Grundbuchbezirk im Bezirke des anderen Staates belegen ist, auch die sich auf den Grundbuchbezirk beziehenden Katasterurkunden und Schriften und das Eigentümerverzeichnis (Geschäftsordnung § 45 Abs. 6, § 47) zur Abgabe bereit zu halten. Das gleiche gilt bei Grundstücken, die kein Grundbuchblatt haben, für die sich auf sie beziehenden Schriften.

Die Grundakten sind daraufhin durchzusehen, ob sie Eintragungsbewilligungen, Verfügungen oder sonstige Urkunden enthalten, die sich auf Grundstücke beziehen, welche im Bezirke des eigenen Staates belegen sind. Bejahendenfalls sind beglaubigte Abschriften zu den Grundakten dieser Grundstücke zu nehmen.

§ 3.

Beziehen sich einzelne Blätter eines Bandes auf Grundstücke, die im Bezirke des anderen Staates belegen sind, so sind diese Blätter auszutrennen und zu einem mit einem einfachen Umschlag zu versehenen »Abgabeband« zu vereinigen, in welchem sie neue fortlaufende Nummern erhalten.

In den Abgabeband können auch Blätter verschiedener Grundbuchbezirke aufgenommen werden. Soweit es die Zahl der Blätter erforderlich macht, sind mehrere Abgabebände mit durchlaufenden Blattnummern zu bilden.

Ist zu befürchten, daß durch die Austrennung der Grundbuchband zu sehr leidet oder erscheint sonst die Austrennung ungünstig, insbesondere, weil nur wenige Blätter auszutrennen sind oder weil die Eintragungen eines Blattes wegen Mangel an Raum an anderen Stellen desselben oder eines anderen Bandes fortgeführt sind, so können die Blätter, deren Austrennung in Frage kommt, auch geschlossen werden. Ihr Inhalt ist dann auf ein neues Blatt des Abgabebandes zu übertragen.

Załącznik

do § 3 artykułu 3 niemiecko-polskiej umowy w przedmiocie przejęcia wymiaru sprawiedliwości na górnoukraińskim obszarze plebiscytowym.

§ 1.

O ile księgi wieczyste znajdujące się w urzędzie hipotecznym odnoszą się do gruntów położonych w obrębie drugiego państwa, należy stosować następujące postanowienia:

§ 2.

Jeżeli wszystkie karty księgi wieczystej dotyczą nieruchomości, położonych w obrębie drugiego państwa, nie należy kart zamknąć, lecz trzymać je w pogotowiu celem przekazania drugiemu państwu. Termin, w którym przekazanie ma nastąpić, ustanowi się w drodze porozumienia między obustronnymi zarządami wymiaru sprawiedliwości.

Razem z księgią wieczną należy przygotować przekazanie aktów gruntowych, jak również osobno przechowywanych dokumentów (ordynacja dla sekretarjatów sądowych przy sądach powiatowych § 46), a w razie, gdy cały obszar objęty księgią wieczną, leży w obrębie drugiego państwa, także przekazanie odnoszących się do tego obszaru dokumentów katastralnych i pism, jak również spisu właścicieli (ordynacja dla sekretarjatów sądowych przy sądach powiatowych ustęp 6 § 45, § 47). To samo odnosi się do wszelkich pism, dotyczących nieruchomości nie mających karty gruntowej.

Akta gruntowe winny być przejrzone, celem stwierdzenia, czy nie zawierają jakich zezwoleń na wpis, zarządzeń, lub innych dokumentów, odnoszących się do nieruchomości, położonych w obrębie własnego państwa. W tym ostatnim wypadku należy sporządzić uwierzytelne odpisy dla aktów gruntowych dotyczących tych nieruchomości.

§ 3.

Jeżeli poszczególne karty tomu odnoszą się do nieruchomości położonych w obrębie drugiego państwa, natenczas winno się karty te wydzielić i złączyć w jedną »księgę zdawczą«, zaopatrzoną w zwykłą okładkę, w której otrzymają one nowe liczby porządkowe.

W księdze zdawczej można zamieścić karty różnych obwodów hipotecznych. O ile liczba kart tego wymaga, winno się założyć więcej ksiąg zdawczych, z bieżącymi nieprzerwanie liczbami kart.

Jeżeli zachodzi obawa, że przez wydzielenie tomu księgi gruntowej zbyt ucierpi, albo jeżeli wydzielenie z innych przyczyn jest niewskazane, w szczególności dlatego, że tylko kilka kart należy wydzielić, lub, że wpisów dotyczących tej samej karty z powodu braku miejsca dokonano w innych miejscach tego samego lub innego tomu księgi, natenczas można karty, które miały być wydzielone, także zamknąć. Treść ich winno się wówczas przenieść na nową kartę księgi zdawczej.

Auf den Abgabeband finden die Bestimmungen des § 2 entsprechende Anwendung.

Erscheint es zweckmäßiger, den ganzen Band abzugeben, weil sich die überwiegende Mehrzahl der Blätter auf Grundstüke bezieht, die im Bezirke des anderen Staates belegen sind, so sind die Blätter, die sich auf Grundstüke beziehen, welche im Bezirke des eigenen Staates belegen sind, zu schließen. Ihr Inhalt ist dann auf ein neues Blatt eines beim Grundbuchamt verbleibenden Bandes zu übertragen. Die Abgabe mitgenommener Grundbuchbände kann bei Vorliegen obiger Voraussetzungen von der polnischen Justizverwaltung verlangt werden.

§ 4.

Wird ein Grundbuchblatt über mehrere Grundstücke geführt, von denen die einen im Bezirke des eigenen Staates, die anderen im Bezirke des anderen Staates belegen sind, so sind die letzteren von Amts wegen auf ein neues Blatt des Abgabebandes abzuschreiben.

Befindet sich nur ein Teil eines Grundstücks im Bezirke des anderen Staates, so ist der Teil von Amts wegen auf ein neues Blatt des Abgabebandes abzuschreiben. Die Abschreibung kann erfolgen, auch wenn nur bezüglich des im eigenen Staate belegenen Grundstücksteils ein beglaubigter Auszug aus dem Steuerbuch und eine von dem Fortschreibungsbeamten beglaubigte Karte vorliegt.

In den Fällen der Abs. 1 und 2 ist bei Übertragung der Eintragungen in der zweiten und dritten Abteilung eine Gesamthaft sowohl auf dem alten, als auch auf dem neuen Blatte erkennbar zu machen. Die Abschreibung ist sämtlichen aus dem Grundbuch ersichtlichen Personen, zu deren Gunsten eine Eintragung erfolgt war, bekanntzumachen. Auf die Bekanntmachung kann verzichtet werden. Für das neue Blatt sind neue Grundakten anzulegen. Die bisherigen Grundakten haben bei dem Grundbuchamt zu verbleiben. Die Bestimmungen des § 2 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

Erscheint es zweckmäßiger, daß ganze Blatt abzugeben, weil die Eintragungen überwiegend Grundstücke oder Grundstücksteile betreffen, die im Bezirke des anderen Staates belegen sind, so sind die im Bezirke des eigenen Staates belegenen Grundstücke oder Grundstücksteile auf ein neues Blatt eines beim Grundbuchamt verbleibenden Bandes abzuschreiben. Die Bestimmungen des Abs. 2 Satz 2 sowie des Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

(gez.) Dr. Georg Crusen. (gez.) Dr. Zygmunt Seyda.

Do ksiąg zdawczych należy stosować odpowiednio przepisy § 2.

Jeżeli wydanie całego tomu księgi okaże się bardziej celowem, ponieważ przeważna część jej kart odnosi się do nieruchomości położonych w obrębie drugiego państwa, natomas winno się zamknąć karty odnoszące się do nieruchomości własnego państwa. Treść ich winno się następnie przenieść na nową kartę jednego z tomów, pozostających w urzędzie hipotecznym. Jeżeli zachodzą powyższe warunki, natomas polski zarząd wymiaru sprawiedliwości może zażądać zwrotu zabranych ksiąg wieczystych.

§ 4.

Jeżeli w skład karty gruntowej wchodzi więcej nieruchomości, z których jedne są położone we własnym, a inne w drugim państwie, natomas winno się te ostatnie z urzędu odpisać na nową kartę księgi zdawczej.

Jeżeli tylko część nieruchomości leży w obrębie drugiego państwa, winno się z urzędu tę część odpisać na nową kartę księgi zdawczej. Odpis może nastąpić także wówczas, gdy tylko co do położonej we własnym państwie części nieruchomości znajduje się uwierzyteliony wyciąg z księgi podatkowej i wyciąg uwierzyteliony przez urzędnika katastralnego.

W wypadkach przewidzianych w ustępach 1 i 2 należy przy przenoszeniu wpisów w drugim i trzecim oddziale uwidoczyć odpowiedzialność łączną zarówno w nowej jak i starej karcie. O odpisaniu należy powiadomić wszystkie osoby widoczne z księgi wieczystej, na rzecz których wpis nastąpił. Zawiadomienia tego można się zrzec. Dla nowej karty winno się założyć nowe akta gruntowe. Pierwotne akta gruntowe pozostają w urzędzie hipotecznym. Postanowienia ustępu 3 § 2 należy stosować odpowiednio.

Jeżeli okazuje się bardziej celowem przekazać całą kartę, gdyż wpisy dotyczą przeważnie nieruchomości lub części nieruchomości położonych w obrębie drugiego państwa, natomas winno się nieruchomości lub części nieruchomości położone we własnym państwie, odpisać na nową kartę księgi wieczystej, pozostająccej w urzędzie hipotecznym. Postanowienia zdania 2 ustępu 2, jak i ustępu 3, stosuje się odpowiednio.

(gez.) Dr. Georg Crusen. (gez.) Dr. Zygmunt Seyda.

Schlussprotokoll.

Kattowitz, den 12. April 1922.

Bei Unterzeichnung des vorstehenden Abkommens betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet erklären die Bevollmächtigten im Namen ihrer Regierungen, daß zwischen der Deutschen Regierung und der Polnischen Regierung Einverständnis über das Folgende besteht:

1. Die §§ 13 und 17 des Artikels 1 des Vertrages finden keine Anwendung bei gerichtlichen Entscheidungen, die einen Anspruch auf Schadenersatz wegen einer unerlaubten Handlung zum Gegenstande haben, die im oberschlesischen Abstimmungsgebiet in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1921 aus Anlaß des Nationalitätenkampfes begangen ist. Rechtsstreitigkeiten, einschließlich etwaiger Mahnsachen über Ansprüche der vorerwähnten Art, die unter die Bestimmung des § 1 des Artikels 1 des Vertrages fallen, sind, in Abweichung von der Bestimmung in § 3 Abs. 3 dieses Artikels, auf Antrag auch nur einer der Parteien, an das Gericht des anderen Staates, das zuständig wäre, wenn die Klage zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages erhoben wäre, auch dann abzugeben, wenn zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages auch das im § 1 des genannten Artikels bezeichnete Gericht zuständig wäre; das Entsprechende gilt in den Fällen der §§ 6 und 7 des genannten Artikels.

2. Im Falle des § 17 des Artikels 1 des Vertrages wird ein deutscher auf Zahlung einer Geldsumme in deutscher Mark lautender Vollstreckungstitel im Gebiet des Polnischen Staates in gleicher Weise vollstreckt wie ein gleichartiger polnischer auf Zahlung einer Geldsumme in fremder Währung lautender Vollstreckungstitel; in der Vollstreckungsklausel ist zum Ausdruck zu bringen, daß der beizutreibende Betrag in deutscher Mark ausgedrückt ist. Das Entsprechende gilt für polnische auf Zahlung einer Geldsumme in polnischer Mark lautende Vollstreckungstitel, die im Gebiete des Deutschen Reiches vollstreckt werden sollen.

3. Die Bestimmungen des § 17 des Artikels 1 des Vertrages und der Ziffer 1 dieses Schluss-Protokolls finden entsprechende Anwendung auf diejenigen im Deutschen Reich entstandenen Vollstreckungstitel, die nach dem 31. Dezember 1921 bis zum Übergange der Rechtspflege rechtskräftig oder unanfechtbar geworden sind, mit der Maßgabe jedoch, daß diese Titel nur im Deutschen Reich und in Polnisch-Oberschlesien vollstreckt werden.

Protokół końcowy.

Katowice, dnia 12. kwietnia 1922 r.

Przy podpisaniu powyższego układu w przedmiocie przejęcia wymiaru sprawiedliwości na górnosłaskim obszarze plebiscytowym oświadczają pełnomocnicy w imieniu swych Rządów, że Rządy Niemiecki i Polski uzgodniły swe zapatrywania co do następujących spraw:

1. Postanowień §§ 13 i 17 artykułu 1 układu nie stosuje się do rozstrzygnięć sądowych w sprawach o roszczenia odszkodowaniowe za niedozwolone czynności popełnione z powodu walk narodowych na górnosłaskim obszarze plebiscytowym w czasie od 1. maja do 31. lipca 1921. Sprawy sporne o wymienione roszczenia, łącznie ewentualnych spraw upominawczych, do których stosują się postanowienia § 1 artykułu 1 układu, należy odmiennie od postanowień ustępu 3 § 3 tegoż artykułu na wniosek chociażby tylko jednej strony przekazać sądowi drugiego państwa, który byłby właściwy, jeżeli skarga była wniesiona w chwili wejścia w życie układu, a to nawet w tym wypadku, gdyby w chwili wejścia w życie układu był także właściwy sąd określony w § 1 wymienionego artykułu; odpowiednie postanowienia stosować należy w wypadkach przewidzianych w §§ 6 i 7 wspomnianego artykułu.

2. We wypadkach § 17 artykułu 1 układu będą na obszarze Państwa Polskiego niemieckie tytuły wykonawcze, opiewające na zapłatę sumy pieniężnej w markach niemieckich w równej mierze wykonywane jak równorzędne polskie tytuły wykonawcze opiewające na zapłatę sumy pieniężnej w obcej walucie; w klauzuli wykonalności należy zaznaczyć, że kwota mająca być sciągnięta jest wyrażona w markach niemieckich. Odpowiednie postanowienia stosuje się do polskich tytułów wykonawczych, mających być wykonywanymi na obszarze Państwa Niemieckiego a opiewających na zapłatę sumy pieniężnej w markach polskich.

3. Postanowienia § 17 artykułu 1 układu oraz liczby 1 niniejszego protokołu końcowego mają odpowiednie zastosowanie do tych tytułów wykonalnych powstałych w Państwie Niemieckiem, które stały się prawomocnymi albo niezaskarżalnymi po dniu 31. grudnia 1921 r. aż do dnia przejęcia wymiaru sprawiedliwości, z tem atoli ograniczeniem, iż tytuły te wykonyuje się wyłącznie w Państwie Niemieckiem i w polskiej części Górnego Śląska.

4. Mit der im § 9 Abs. 2 des Artikels 3 des Vertrages vorgesehenen Änderung der Staatsauffidt über ein Fideikommiß ist auch der Übergang der Bezugnis verbunden, hinsichtlich derartiger Fideikomisse materielle Rechtsänderungen vorzunehmen, vorbehaltlich des Rechtes der vertragsschließenden Regierungen, vor oder bei Abschluß eines Abkommens über die Änderung der Staatsauffidt wegen der Auseinandersetzung der Vermögen besondere Bestimmungen zu treffen oder zu vereinbaren.

Ausgefertigt in doppelter Urtschrift.

(gez.) Dr. Georg Crusen. (gez.) Dr. Zygmunt Seyda.
Siegel.

4. Ze zmianą nadzoru państwowego nad fideikomisem przewidzianą w ustępie 2 § 9 artykułu 3 ustawy, połączone jest także przejście uprawnienia do przeprowadzenia materiałnych zmian prawnych odnośnie do fideikomisów tego rodzaju, z zastrzeżeniem prawa dla Rządów zawierających umowę, aby przed zawarciem lub przy zawieraniu umowy o zmianie nadzoru państwowego wydały osobne przepisy co do podziału majątków albo ugodoziły się co do takowych.

Wygotowano w dwóch egzemplarzach.

(gez.) Dr. Georg Crusen. (gez.) Dr. Zygmunt Seyda.

8.

Postcheckabkommen.

Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Postcheckverkehr.

Deutschland
einerseits

Polen
anderseits

haben zum Zwecke der Sicherstellung des Postcheckverkehrs zwischen Polnisch-Oberschlesiens und dem Deutschen Reich zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Deutschland: Herrn Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.,

Polen: Herrn Casimir Olszowski, bevollmächtigten Minister.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

Grundlagen des Verkehrs.

§ 1.

Im Verkehre zwischen dem Deutschen Reich und dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens sind zu gelassen:

- a) Einzahlungen mit Zahlkarte aus dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens auf Postcheckkonten im Deutschen Reich,
- b) Auszahlungen durch Zahlungsanweisungen in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens aus Postcheckkonten im Deutschen Reich.

Die Aufträge können auch telegraphisch erledigt werden.

Auf das Postcheckverfahren werden die Vorschriften des Postcheckgesetzes und der Postcheckordnung für das Deutsche Reich angewandt.

§ 2.

Die deutsche Reichspostverwaltung ist befugt, den Höchstbetrag für Zahlungsanweisungen zu begrenzen, der an einem Tage oder in einem bestimmten Zeitraum in Auftrag gegeben werden kann, und ebenso kann die polnische Postverwaltung den Höchstbetrag für Zahlkarten begrenzen.

§ 3.

Die Vordrucke zu Zahlkarten werden von der polnischen Postverwaltung nach den amtlichen Vordrucken des innerdeutschen Verkehrs hergestellt. Auf Ersuchen der polnischen Postverwaltung wird die deutsche Postverwaltung die Lieferung der Vordrücke vermitteln.

Układ między Polską, a Niemcami w przedmiocie pocztowego obrotu czekowego.

Polska z jednej strony, Niemcy z drugiej strony w celu zapewnienia pocztowego obrotu czekowego pomiędzy Górnym Śląskiem polskim, a Rzeszą Niemiecką, zamianowały na swych pełnomocników:

Polska — pana Kazimierza Olszowskiego,
Ministra Pełnomocnego,

Niemcy — pana Eugeniusza Schifera, b. Ministra Rzeszy.

Pełnomocnicy ci, po wymianie swych pełnomocnictw, uznanych za sporządzone w dobrej i należytej formie, zawarli układ następujący:

Artykuł 1.

Zasady obrotu.

§ 1.

W obrocie między Rzeszą Niemiecką a Górnym Śląskiem polskim dopuszcza się:

- a) wpłaty zapomocą kart płatniczych z Górnego Śląska polskiego na pocztowe konta czekowe w Rzeszy Niemieckiej,
- b) wyплатy z pocztowych kont czekowych w Rzeszy Niemieckiej, dokonane na Górnym Śląsku polskim za pomocą przekazów płatniczych.

Zlecenia mogą być uskuteczniane również telegraficznie.

W postępowaniu pocztowo-czekowym mają zastosowanie przepisy Pocztoowej Ustawy czekowej i Pocztowej Ordynacji czekowej dla Rzeszy niemieckiej.

§ 2.

Administracja poczt Rzeszy ma prawo ograniczyć dla przekazów płatniczych kwotę maksymalną, którą wolno przekazać w jednym dniu lub w pewnym okresie czasu. W taki sam sposób administracja poczt polskich może ograniczyć kwotę maksymalną dla kart płatniczych.

§ 3.

Administracja poczt polskich sporządzi formularze kart płatniczych według urzędowych formularzy, używanych w wewnętrznym ruchu niemieckim. Na życzenie administracji poczt polskich administracja poczt niemieckich pośredniczyć będzie w dostarczaniu formularzy.

§ 4.

Die Bewohner des an Polen gefallenen Teiles Oberschlesiens können bei einem deutschen Postscheckamt ein Konto unterhalten. Die Sendungen der deutschen Postscheckämter und Postanstalten an die Postscheck Kunden in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens, die Sendungen dieser Ämter und Anstalten mit den Postanstalten in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens sowie die Briefe der Postscheck Kunden in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens an die deutschen Postscheckämter werden in Postscheckangelegenheiten gebührenfrei befördert. Für die Versendung der Briefe der Postscheck Kunden an die deutschen Postscheckämter sind besondere Briefumschlüsse (§ 10 Ziffer 2 des Postscheckgesetzes für das Deutsche Reich) zu benutzen. Werden andere Briefumschlüsse benutzt, so unterliegen die Sendungen der gewöhnlichen Briefgebühr.

Artikel 2.

Gebühren.

Für Einzahlungen mit Zahlkarte auf Konten bei den Postscheckämtern im Deutschen Reich und für Auszahlungen, die bei den Postanstalten in dem an Polen abgetretenen Teile Oberschlesiens durch Zahlungsanweisung zu erledigen sind, werden die Gebühren nach § 5 des Postscheckgesetzes für das Deutsche Reich erhoben.

Es vergütet

- die polnische Postverwaltung an die deutsche Reichspostverwaltung für jede Einzahlung eine Gebühr von 80 Pfennig,
- die deutsche Reichspostverwaltung an die polnische Postverwaltung für jede Auszahlung eine Gebühr von 75 Pfennig.

Sollten sich aus dieser Gebührenteilung Unbilligkeiten ergeben, so bleibt eine andere Regelung jederzeit vorbehalten.

Die Telegraphen- und sonstigen Nebengebühren verbleiben der Verwaltung, die sie vereinahmt hat.

Artikel 3.

Abrechnung.

Über die Schuld und Forderung aus dem Zahlkarten- und Zahlungsanweisungsverkehr wird monatlich abgerechnet. Auf die Abrechnungsschuld aus diesem Verkehrs sind im Laufe des Monats mindestens fünf Abschlagszahlungen für Zeiträume von je 6 Tagen zu leisten. Die Frist, nach deren Ablauf die Schuld zu verzinsen ist, sowie die Höhe des Zinsfußes werden von den beiden Verwaltungen vereinbart. Der Zinsfuß darf jährlich 5 vom Hundert nicht übersteigen.

Die Gläubigerverwaltung kann jederzeit die Bezahlung der ihr zustehenden Beträge verlangen. In einem solchen Falle setzt sie unter Berücksichtigung der Entfernung den Zeitpunkt fest, bis zu dem die Zahlung erfolgen muß. Zahlt die Schuldnerverwaltung nicht innerhalb der gesetzten Frist, so wird der für die Verzinsung der Schuld vorgesehene Zinsfuß um jährlich 2 vom Hundert erhöht, gerechnet vom dritten Tage an, der auf den Ablauf der gesetzten Frist folgt.

§ 4.

Mieszkańcy Górnego Śląska polskiego mogą utrzymywać konta w pocztowych urzędach czekowych niemieckich. Przesyłki niemieckich pocztowych urzędów czekowych, tudzież zakładów pocztowych czekowych, przeznaczone dla pocztowych klijentów czekowych na Górnym Śląsku polskim, przesyłki tychże urzędów i zakładów do zakładów pocztowych na Górnym Śląsku polskim, jakież listy pocztowych klijentów czekowych na Górnym Śląsku polskim do niemieckich pocztowych urzędów czekowych, w sprawach dotyczących czeków pocztowych, uskutecznia się bezpłatnie. Do wysyłki listów pocztowych klijentów czekowych do niemieckich pocztowych urzędów czekowych używa się osobnych kopert (§ 10, 1. 2 Pocztowej Ustawy czekowej dla Rzeszy Niemieckiej). Jeżeli użyta będzie inna koperta, natęczas przesyłka podlega zwykłej opłacie za listy.

Artykuł 2.

Oplaty.

Za wpłaty za pomoc kart płatniczych na konta w pocztowych urzędach czekowych Rzeszy Niemieckiej, jakież za wyplaty załatwiane za pomocą przekazów płatniczych w urzędach pocztowych Górnego Śląska polskiego, pobiera się opłaty według § 5-go Pocztowej Ustawy czekowej dla Rzeszy Niemieckiej.

Z pobranych opłat uiszcza:

- administracja poczt polskich administracji poczt niemieckich za każdą w płatę — należność wynoszącą 80 fenigów,
- administracja poczt niemieckich administracji poczt polskich za każdą wyplatę — należność wynoszącą 75 fenigów.

Gdyby ten podział opłat okazał się niesłuszny, zastrzega się w każdej chwili inne uregulowanie tegoż.

Oplaty telegraficzne oraz jakiekolwiek należności uboczne przypadają administracji, która je pobrała.

Artykuł 3.

Rozliczenie.

Rozliczenie długów i należności z obrotu kart i przekazów płatniczych następuje co miesiąc. Na poczet dlułu, wynikającego z rozliczenia tego obrotu należy dokonać w ciągu miesiąca przynajmniej 5-ciu splat za każdy sześciodniowy okres czasu. Obie administracje umówią termin, po upływie którego dług podlega oprocentowaniu, jakież wysokość stopy procentowej. Stopa procentowa nie może przekraczać pięciu od sta rocznie.

Administracja, będąca wierzycielem, może każdego czasu zażądać zapłaty kwot jej należnych. W takim wypadku ustala ona, z uwzględnieniem odległości, termin, do którego należy dokonać zapłaty. Jeżeli administracja, będąca dłużnikiem, nie zapłaci w ustalonym czasie, natęczas stopa procentowa, przewidziana dla oprocentowania dlułu, podwyższa się rocznie o dwa od sta, a to licząc od dnia trzeciego, który następuje po upływie wyznaczonego terminu.

Artikel 4.

Gewährleistung.

Ist dem Postscheckkunden nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes und nach den gesetzlichen Vorschriften über den Postscheckverkehr Schadensersatz zu leisten, so liegt die Verpflichtung zur Zahlung des Ersatzbetrags an den Postscheckkunden der Verwaltung ob, die das Konto führt. Dieser Verwaltung steht, wenn der Ersatzbetrag 10 Mark übersteigt, der Rückgriff gegen die andere Verwaltung nach folgenden Bestimmungen zu:

- Ist der Schaden im Bereich einer einzigen Verwaltung verursacht, so haftet diese ausschließlich.
- Ist der Schaden im Bereich der beiden Verwaltungen verursacht, so haftet jede Verwaltung für den in ihrem Bereich verursachten Schaden. Ist eine solche Unterscheidung nach den Umständen des Falles nicht möglich, so ist der Schaden von beiden Verwaltungen zu gleichen Teilen zu ersehen.

Für die auf Zahlkarten eingezahlten Beträge regelt sich die Ersatzpflicht und das Ersatzverfahren wie für Postanweisungen.

Vor der Zahlung des Ersatzbetrags ist die Verwaltung, gegen die der Rückgriff geltend gemacht werden soll, zu hören.

Artikel 5.

Vermittlungspostscheckamt.

Den Postscheckverkehr mit dem an Polen abgetretenen Teile Oberschlesiens vermittelt das Postscheckamt in Breslau.

Artikel 6.

Währung.

Das Abkommen hat das Bestehen der deutschen Währung in dem an Polen abgetretenen Teile Oberschlesiens zur Voraussetzung.

Artikel 7.

Zeitweilige Einstellung des Dienstes.

Jede der beiden Verwaltungen kann den Postscheckverkehr ganz oder teilweise einstellen, wenn außergewöhnliche Umstände diese Maßnahme rechtfertigen. Sie hat die beteiligte Verwaltung unverzüglich, nötigenfalls telegraphisch, zu benachrichtigen.

Artikel 8.

Dauer des Abkommens.

Dieses Abkommen gilt nur für die Dauer der Zeit, während der die deutsche Mark die einzige gesetzliche Münzeinheit im polnischen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens ist. Jede Verwaltung kann jedoch das Abkommen jederzeit mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

Sollten sich nach der einen oder anderen Richtung Unbilligkeiten ergeben, so behalten sich die Verwaltungen vor, deswegen erneut in Verbindung zu treten.

Artykuł 4.

Odpowiedzialność.

Jeżeli w myśl ogólnych przepisów prawa cywilnego i według postanowień Ustaw o pocztowym obrocie czekowym należy pocztowym kliencjom czekowym płacić odszkodowanie, natęczas obowiązek odszkodowania ich spada na tę administrację, która prowadzi konto. O ile kwota odszkodowania przekracza 10 mk., administracja ta ma prawo regresu do drugiej administracji wedle następujących przepisów:

- jeżeli szkoda została spowodowana w obrębie jednej tylko administracji, to odpowiada ona wyłącznie,
- jeżeli szkoda została spowodowana w obrębie obu administracji, natęczas odpowiada każda administracja za szkodę spowodowaną w jej obrębie. Jeżeli takie rozróżnienie w danym wypadku nie jest możliwe, obie administracje pokryją szkodę w równych częściach.

Obowiązek odszkodowania, jakotęż postępowanie odszkodowawcze za kwoty, wpłacone za pomocą kart płatniczych, normuje się wedle odnośnych przepisów, obowiązujących dla przekazów pocztowych.

Przed wyплатą odszkodowania należy wysuchać administracji, przeciw której ma być zgłoszony regres.

Artykuł 5.

Pocztowy Urząd czekowy pośredniczący.

W pocztowym obrocie czekowym z Górnym Śląskiem polskim pośredniczy pocztowy urząd czekowy we Wrocławiu.

Artykuł 6.

Waluta.

Układ ten opiera się na założeniu, że na Górnym Śląsku polskim utrzymana zostanie waluta niemiecka.

Artykuł 7.

Przejściowe zawieszenie ruchu.

Każda z administracji może zawiesić pocztowy obrót czekowy, całkowicie albo częściowo, jeżeli nadzwyczajne okoliczności usprawiedliwiają takie zarządzenie. Administracja ta winna zawiadomić o tem administrację zainteresowaną bezzwłocznie, w razie potrzeby telegraficznie.

Artykuł 8.

Czas trwania układu.

Układ ten obowiązuje na czas, w ciągu którego marka niemiecka będzie jedyną prawną jednostką walutową na Górnym Śląsku polskim. Każda z administracji może jednakże wypowiedzieć układ ten każdego czasu za trzymiesięcznym wymówieniem.

Gdyby z układu tego wyniknęły niekorzystne następstwa dla jednej lub drugiej strony, obie administracje zastrzegają sobie możliwość nawiązania ponownych rokowań.

Artikel 9.**Ausführungsbestimmungen.**

Diesem Abkommen sind als Anlage Ausführungsbestimmungen beigefügt. Die Ausführungsbestimmungen können von den beiden Regierungen im gegenseitigen Einverständnisse jederzeit abgeändert werden.

Artikel 10.**Inkrafttreten.**

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen zusammen mit den Urkunden über das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 ausgetauscht werden. Es tritt gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft.

Zur Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Genf am 15. Mai 1922.

Eugen Schiffer

Casimir Olszowski

Artykuł 9.**Postanowienia Wykonawcze.**

Do układu niniejszego dołączone są jako załączniki Postanowienia Wykonawcze. Postanowienia Wykonawcze mogą być zmienione przez oba Rządy każdego czasu, za wspólnym porozumieniem.

Artykuł 10.

Układ niniejszy winien być ratyfikowany i dokumenty ratyfikacyjne winny być wymienione równocześnie z dokumentami ratyfikacyjnymi, dotyczącymi konwencji polsko-niemieckiej w sprawie Górnego Śląska z d. 15. maja 1922 r.

Układ niniejszy staje się prawomocnym równocześnie ze wspomnianą Konwencją.

W dowód czego Pełnomocnicy podpisali niniejszy Układ i zaopatryli go swemi pieczęciami.

Wygotowano w dwu egzemplarzach w Genewie, dnia piętnastego maja, tysiąc dziewięćset dwudziestego drugiego roku.

Casimir Olszowski

Eugen Schiffer

Ausführungsbestimmungen zum Abkommen für den Postscheckverkehr zwischen dem Deutschen Reiche und dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens.

§ 1.

Betriebsdienst.

1. Die Postanstalten in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens sind verpflichtet, die an ein deutsches Postscheckamt gerichteten Anträge auf Eröffnung eines Postscheckkontos entgegenzunehmen, nach den für den inneren Verkehr erlassenen Vorschriften zu behandeln und dem zuständigen Postscheckamt zu senden.

2. Die Postanstalten in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens haben Bestellungen auf die von der deutschen Reichspostverwaltung herausgegebenen Verzeichnisse der Postscheck Kunden entgegenzunehmen, an das Postscheckamt in Breslau weiterzugeben und den Betrag auf das Postscheckkonto Nr. I dieses Amtes zu überweisen.

§ 2.

Zahlkarten.

1. Bei den Zahlkarten ist besonders darauf zu achten, daß der Betrag und die Nummer des Kontos auf dem Hauptteil und dem Abschnitt übereinstimmen sowie, daß der Postscheckkunde nach Namen und Wohnort bezeichnet ist. Undeutliche Zahlen hat der Annahmebeamte auf der Zahlkarte mit blauer Tinte oder Tintenstift zu wiederholen. Zahlkarten bis 50 Mark, auf deren Hauptteil die Betragsangabe eingedruckt, diese aber nachträglich durch einen deutlichen Neuaufdruck auf einen höheren Betrag geändert worden ist, sind nicht zu beanstanden. Ist der für die Eintragung des Betrags bestimmte Raum der Zahlkarte nicht ganz ausgefüllt, so muß ihn der Annahmebeamte durch einen starken liegenden Strich schließen, auch wenn der Absender den nicht ausgefüllten Raum schon durchgestrichen hat. Ebenso sind die Lücken zwischen den einzelnen Wörtern durch starke liegende Striche auszufüllen, wenn bei der Wiederholung des Betrags in Buchstaben die Markwährung nicht zusammenhängend geschrieben ist.

2. Die Postanstalten in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens senden die eingelieferten Zahlkarten für Konten bei den Postscheckämtern im Deutschen Reiche dem Postamt in Katowitz, das die Freimarken auf der Vorderseite der Zahlkarten durchstanzt.

3. Das Postamt in Katowitz stellt zunächst die nach dem Postscheckamt in Breslau und anschließend daran die nach den übrigen Postscheckämtern gerichteten Zahlkarten mit der Rechenmaschine auf einem Rechenstreifen zusammen und rundet die Schlusssumme auf veltausend Mark nach unten ab.

Postanowienia Wykonawcze.

§ 1.

Służba ruchu.

I. Urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim zobowiązane są przyjmować wnioski o otwarcie pocztowego konta czekowego, skierowane do jakiegokolwiek urzędu pocztowego czekowego niemieckiego, załatwiać je według przepisów wydanych dla ruchu wewnętrznego i przesyłać do właściwego pocztowego urzędu czekowego.

II. Urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim winny przyjmować zamówienia na spisy pocztowych klientów czekowych, wydane przez Administrację poczt Rzeszy niemieckiej, kierować zamówienia te do pocztowego Urzędu czekowego we Wrocławiu i przekazywać odnośne kwoty na pocztowe konto czekowe No. I tego Urzędu.

§ 2.

Karty płatnicze.

I. Odnośnie do kart płatniczych należy zwracać szczególną uwagę na to, aby kwota i numer konta umieszczone na części głównej i na odcinku zgadzały się ze sobą, oraz aby podane było nazwisko i miejsce zamieszkania pocztowego klienta czekowego. Urzędnik, przyjmujący kartę płatniczą, na której znajdują się niewyraźne cyfry, winien cyfry te powtórzyć niebieskim atramentem lub chemicznym ołówkiem. Należy nie kwestionować kart płatniczych na sumę do 50-u marek, na których kwota, wydrukowana na głównej części karty, została następnie za pomocą nowego wyraźnego druku zmieniona na kwotę wyższą. Jeżeli miejsce na karcie płatniczej, przeznaczone do wpisania kwoty, nie jest całkowicie wypełnione, urzędnik, przyjmujący kartę, winien je wypełnić za pomocą grubej, poziomej kreski, chociażby wysyłający już przekreślił niewypełnione miejsce. Tak samo należy wypełnić wolne miejsce między poszczególnymi wyrazami za pomocą grubych poziomych kresek, jeżeli przy powtóreniu kwoty literami wypisano walutę markową z odstępami.

2. Urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim przesyłają karty płatnicze, nadane na konta pocztowych urzędów czekowych Rzeszy niemieckiej, Urzędowi pocztowemu w Katowicach, który przebiją znaczki pocztowe na przedniej stronie karty płatniczej.

3. Urząd pocztowy w Katowicach zestawia za pomocą maszyny do rachowania na jednym pasku rachunkowym najpierw karty płatnicze, przeznaczone dla pocztowego urzędu czekowego we Wrocławiu, i bezpośrednio za tem karty płatnicze, przeznaczone dla innych pocztowych urzędów czeko-

Beim Monatswechsel werden für den alten und für den neuen Monat besondere Rechenstreifen gefertigt.

4. Das Postamt in Katowic sendet dem Postscheckamt in Breslau den Rechenstreifen mit den Zahlkarten für dieses Amt. Den übrigen Postscheckämtern überweist es die Zahlkarten unmittelbar in den hellgrünen Zahlkartenumschlägen.

5. Unanbringliche Zahlkartenbeträge verfallen dem polnischen Staat.

§ 3.

Zahlungsanweisungen.

1. Die Zahlungsanweisungen werden von zwei Beamten des Postscheckamts unterschrieben, mit dem Hochdruckstempel bedruckt und offen abgesandt. Bei telegraphischen Zahlungsanweisungen erhält die Bestimmungspostanstalt eine in der gleichen Weise zu behandelnde Einzahlungsmeldung.

2. Ausgezahlte Zahlungsanweisungen werden durchloch oder durch Abschneiden einer Ecke als ausgezahlt kenntlich gemacht.

3. Unbestellbare Zahlungsanweisungen werden mit einem Vermerk über den Grund der Unbestellbarkeit versehen und an das Postscheckamt, das sie ausgefertigt hat, unter Umschlag gesandt.

4. Die Zahlungsanweisungen werden in dem an Polen abgetretenen Gebiet Oberschlesiens gebührenfrei nach- oder an das Aufgabepostscheckamt zurückgesandt.

wych, zaokrąglając sumę końcową do pełnych tysięcy marek w dół. Z upływem każdego miesiąca, sporządza się oddzielne paski rachunkowe za ubiegły i za następny miesiąc.

4. Urząd pocztowy w Katowicach przesyła pocztowemu urzędowi czekowemu we Wrocławiu pasek-rachunkowy wraz z kartami płatniczymi, przeznaczonymi dla tego urzędu. Innym urzędom czekowym przesyła tenże urząd karty płatnicze bezpośrednio w jasno zielonych kopertach, przeznaczonych dla kart płatniczych.

5. Kwoty kart płatniczych, których nie można doręczyć lub zwrócić, przypadają na rzecz Państwa Polskiego.

§ 3.

Przekazy płatnicze.

1. Przekazy płatnicze podpisują dwaj urzędnicy pocztowego urzędu czekowego. Winny one być zaopatrzone stemplem wypukłym i wysłane w stanie otwartym. Przy telegraficznych przekazach płatniczych, urząd pocztowy miejsca przeznaczenia otrzymuje doniesienie o wpłacie, które należy załatwiać w ten sam sposób.

2. Dla uwidocznienia, że przekaz został wypłacony, przedziurawia się go, lub odcina się jego róg.

3. Na przekazach płatniczych, których nie można było doręczyć, sporządza się dopisek o przyczynie niedoręczenia i wysyła się przekazy te w kopercie do pocztowego, urzędu czekowego, który je wystawił.

4. Zwrot przekazów płatniczych wysyłającemu pocztowemu urzędowi czekowemu, jak również przesyłanie tychże w ślad za adresatem, odbywa się na Górnym Śląsku polskim bezpłatnie.

§ 4.

Rechnungsverfahren.

Zwischen den beiden Verwaltungen wird abgerechnet

- über die Beträge der gutgeschriebenen Zahlkarten (§ 2),
- über die Beträge der ausgezählten Zahlungsanweisungen (§ 3).

A. Zahlkarten.

Bei den Postanstalten in dem an Polen gefallenen Gebiet Oberschlesiens werden die Annahmelisten für Zahlkarten am 8., 15., 23. und am Letzten des Monats abends abgeschlossen. Am Kopfe jedes Heftes ist die Zahl der telegraphischen Zahlkarten, die der Annahmelisten beigelegt werden, zu vermerken. Die Annahmelisten wird am Abend des Tages, der auf den Tag der Abschließung folgt, an die Rechnungsstelle des Postscheckamts in Breslau gesandt. Fällt der für die Absendung bestimmte Tag auf einen Sonn- oder Feiertag, so braucht die Liste erst am folgenden Werktag abgesandt zu werden.

Sind im Laufe eines Monats überhaupt keine Zahlkarten eingezahlt worden, so ist dem Postscheckamt in Breslau eine Leeranzeige zu senden.

Postępowanie przy rozliczaniu.

Obie Administracje rozliczają się:

- co do kwot kart płatniczych, zapisanych na dobro (§ 2),
- co do kwot wypłaconych przekazów płatniczych (§ 3).

A. Karty Płatnicze.

Urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim zamykają listy przyjęć kart płatniczych dnia ósmego, piętnastego, dwudziestego trzeciego i ostatniego każdego miesiąca wieczorem. W nagłówku każdego zeszytu należy podać ilość telegraficznych kart płatniczych, dołączonych do listy. Listę przyjęć odsyła się wieczorem dnia, który następuje po dniu zamknięcia, do oddziału obrachunkowego pocztowego Urzędu czekowego we Wrocławiu. Jeżeli dzień wysyłki przypada na niedzię, lub święto, lista może być odesłana następnego dnia powszedniego.

Jeżeli w ciągu miesiąca nie wplacono żadnej kwoty na karty płatnicze, należy przesłać zawiadomienie pocztowemu Urzędom czekowemu we Wrocławiu.

B. Zahlungsanweisungen.

1. Die Postanstalten in dem an Polen gefallenen Gebiet Oberschlesiens senden die ausgezahlten Zahlungsanweisungen an das Postamt in Kattowitz. Dieses überweist die Zahlungsanweisungen an die Rechnungsstelle des Postscheckamts in Breslau mit Tagesliste, an deren Fuß die Stückzahl angegeben wird.

2. Beim Monatswechsel — und zwar bis zum 8. einschließlich des neuen Monats — werden für die im Monat vorher und für die im neuen Monat ausgefertigten ausgezahlten Zahlungsanweisungen besondere Tageslisten aufgestellt. Später noch vorkommende Zahlungsanweisungen aus dem alten Monat sind in die Tagesliste für den neuen Monat aufzunehmen. Die am 8. gefertigte Tagesliste für den alten Monat ist mit dem Vermerk »Schluß für den Monat« zu versehen und an die Rechnungsstelle des Postscheckamts in Breslau zu senden. Liegen am 8. aus dem alten Monat keine Zahlungsanweisungen mehr vor, so wird eine Leerliste mit dem Vermerk »Schluß für den Monat« abgesandt.

Abschlagszahlungen.

1. Abschlagszahlungen sind für die Zeiträume vom 1. bis 4., 1. bis 8., 1. bis 17., 1. bis 23. und 1. bis Monatsleitzen, ferner vom 1. des Rechnungsmonats bis 4. des neuen Monats sowie vom 1. des Rechnungsmonats bis 8. des neuen Monats zu leisten. Zu dem Zweck ermittelt das Postamt in Kattowitz am 5., 9., 18. und 24. des laufenden sowie am 1., 5. und 9. des neuen Monats aus den Schlüsselsummen der abgängenen Rechenstreifen für Zahltarten sowie aus der Tagesliste über Zahlungsanweisungen seine Schuld und Forderung gegenüber der deutschen Reichspostverwaltung. Fällt einer dieser Tage (Stichtage) auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist die Feststellung an dem darauffolgenden Werktag vorzunehmen. Eine Abschrift der Zusammenstellung sendet das Postamt in Kattowitz an das Postscheckamt in Breslau.

2. Übersteigt die Forderung einer Verwaltung 50 000 Mark, so sind an diese Abschlagszahlungen in Höhe ihrer Forderung zu leisten.

3. Am 5. und 9. des Monats faßt das Postamt in Kattowitz die Angaben für den alten und den neuen Monat so zusammen, daß aus ihnen die Gesamtforderung und Gesamtschuld jeder Verwaltung ermittelt wird und danach die Abschlagszahlungen geleistet werden.

4. Spätestens am 2. Werktag nach dem Stichtag hat die zu einer Abschlagszahlung verpflichtete Verwaltung den Betrag an die andere Verwaltung zu zahlen, und zwar

- an die deutsche Reichspostverwaltung auf das Reichsbankkonto der General-Postkasse in Berlin,
- an die polnische Postverwaltung auf ein von ihr noch zu bezeichnendes Konto.

B. Przekazy Platnicze.

1. Urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim przesyłają wyplacone przekazy płatnicze do Urzędu pocztowego w Katowicach. Urząd ten kieruje przekazy płatnicze do oddziału obrachunkowego pocztowego Urzędu ciekowego we Wrocławiu wraz z listą dzienną, w której na końcu podana jest ilość przekazów.

2. Z upływu każdego miesiąca, a to do dnia ósmego następnego miesiąca włącznie-należy sporządzić listy dzienne dla przekazów płatniczych, wyplaconych i wystawionych w ubiegłym i w następnym miesiącu, dla każdego miesiąca osobna. Wpływające późniejsze przekazy płatnicze z ubiegłego miesiąca należy wegańcę do listy dziennej następnego miesiąca. Listę dzienną, sporządzoną dnia ósmego, za miesiąc ubiegły, należy zaopatrzyć dopiskiem »zamknięcie za miesiąc« i odesłać do oddziału obrachunkowego pocztowego Urzędu Ciekowego we Wrocławiu. Jeżeli dnia ósmego nie ma przekazów płatniczych z ubiegłego miesiąca, należy wysłać niewypełnioną listę z dopiskiem »zamknięcie za miesiąc«.

Splaty.

1. Splaty należy uskuteczniać za okresy czasu: od dnia 1-go do 4-go, od 1-go do 8-go, od 1-go do 17-go, od 1-go do 23-go i od 1-go do ostatniego dnia miesiąca, następnie od 1-go dnia miesiąca rachunkowego do 4-go dnia następnego miesiąca, w końcu od 1-go dnia miesiąca rachunkowego do 8-go dnia następnego miesiąca. W tym celu Urząd pocztowy w Katowicach ustala dług swój oraz należność swoją wobec Administracji poczt Rzeszy w dniach 5-go, 9-go, 18-go i 24-go miesiąca bieżącego i w dniach 1-go, 5-go i 9-go następnego miesiąca na podstawie sum końcowych odesłanych pasków rachunkowych dla kart płatniczych, oraz na podstawie listy dziennej dla przekazów płatniczych. Jeżeli jeden z tych dni umówionych przypada na niedzielę lub święto, natenczas stwierdzenie to będzie dokonane w następnym dniu powszednim. Odpis zestawienia przesyła Urząd pocztowy w Katowicach pocztowemu Urzędom ciekowemu we Wrocławiu.

2. Jeżeli należność jednej Administracji przerakcza kwotę 50.000 marek, to splata nastąpi w wysokości należności.

3. W dniach 5-go i 9-go każdego miesiąca Urząd pocztowy w Katowicach zestawia dane za ubiegły i następny miesiąc w taki sposób, aby na ich podstawie ustalono całkowitą należność oraz całkowity dług każdej z obu Administracji, i aby wedle tego uskuteczniano splaty.

4. Najpóźniej drugiego dnia powszedniego po dniu ustalonym, Administracja, zobowiązana do splaty, winna przesłać odnośną kwotę drugiej Administracji, a mianowicie:

- dla Administracji poczt Rzeszy niemieckiej na konto Generelnej Kasy Pocztowej w Banku Rzeszy w Berlinie,
- dla Administracji Poczty polskich na konto, które będzie przez nią w przyszłości wskazane.

Endgültige Abrechnung.

1. Auf Grund der von den Postämtern in dem an Polen gefallenen Teile Oberschlesiens eingegangenen Annahmelisten für Zahlkarten und der Monatssumme der vom Postamt in Kattowitz eingegangenen Tageslisten über ausgezahlte Zahlungsanweisungen ermittelt das Postscheckamt in Breslau die Schuld und Forderung der beiden Verwaltungen, stellt hierüber eine Abrechnung auf und sendet diese dem Postamt in Kattowitz sowie eine Abschrift dem Postscheckbüro des Reichspostministeriums. Die für den Rechnungsmonat schon geleisteten Abschlagszahlungen sind in der Abrechnung zu berücksichtigen.

2. Die Schlufzahlungen sind binnen zwei Tagen nach Empfang der Abrechnung zu leisten.
 3. Über die Gebühren wird besonders abgerechnet.

Schiffer

Olszowski

Rozrachunek ostateczny.

1. Na podstawie list przyjęć dla kart platniczych, nadesłanych przez urzędy pocztowe na Górnym Śląsku polskim, oraz na podstawie sumy miesięcznej list dziennych dla wyplaconych przekazów platniczych, nadesłanych przez Urząd pocztowy w Katowicach, pocztowy Urząd Czekowy w Wrocławiu ustala dług oraz należność obu Administracji, zestawia na tej podstawie obrachunek i przesyła go Urzędowi pocztowemu w Katowicach, a odpis do Pocztowego Biura Czeskiego Ministerium Poczty Rzeszy. Splaty, uskutecznione już na poczet miesiąca rachunkowego, winny być uwzględnione w obrachunku.

2. Ostateczna splata winna być dokonana w ciągu dwu dni po otrzymaniu obrachunku.
 3. Oplaty będą przedmiotem osobnego rozliczenia.

Olszowski

Schiffer



Im gleichen Verlage erscheint demnächst:

Führer durch das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vom 15. Mai 1922

Eine kurzgefaßte und volkstümliche Darstellung
der wichtigsten Bestimmungen
des Genfer Abkommens

Herausgegeben vom
Deutsch-ober Schlesischen Volksbund für Polnisch-Schlesien
zur Wahrung der Minderheitsrechte e. V.

Umfang etwa 6 bis 7 Druckbogen
Preis etwa 12 bis 15 Mark

Das Genfer Abkommen wird für die nächsten 15 Jahre das wirtschaftliche Gesetzbuch für Polnisch-Schlesien bilden. Jeder Berufstand, der Großindustrielle, der Kleingewerbetreibende und Handwerker, der Kaufmann, der Landwirt und Beamte, jede Handels- und Industriegesellschaft, jeder Rechtsanwalt und Notar — sie alle werden sich mit dem Inhalte des umfangreichen und schwierigen Werkes bekannt machen müssen. Eine volkstümliche Einführung in den Geist und Gedankenkreis des Abkommens will die neueste Veröffentlichung des Deutsch-ober Schlesischen Volksbundes für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte bieten, dessen Aufgabe es vor allem ist, der deutschen Bevölkerung im Abtretungsgebiete als Rechtsberater zur Seite zu stehen.

Das Büchlein ist in durchaus verständlicher Sprache gehalten, setzt keinerlei Rechtskenntnisse voraus und wendet sich besonders an den einfachen Mann aus dem Volke. Aber auch demjenigen, der in der Lage ist, den Wortlaut des Abkommens zu studieren, wird dieser kurzgefaßte Leitfaden zur ersten Übersicht willkommen sein.

Kattowitzer Buchdruckerei und Verlags-A.-G.
vorm. G. Siwinna, Kattowitz.

Oberschlesien

mit der durch die Grenzkommission gemäß
der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom
20. 10. 1921 vorläufig festgelegten
Demarkationslinie.

Zeichenerklärung:

Demarkationslinie

© STADT über 25000 Einwohner

© Stadt bis "

© Kirchdorf

© Kleinst. Ortschaft

Geb. Vorwerk, Mühle, Brücke etc.

Die Provinzhauptstadt ist doppelt,
die Kreishauptstädte sind einfach
unterstrichen.

Reichsgrenze

alte neue

Provinzgrenze

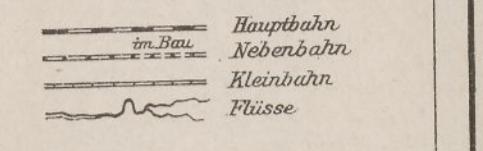
Kreisgrenze

Grenze des Abstimmungsgebietes

Chaussee

gebaut Landstraße

Fährweg



Maßstab 1: 250000

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 km.





BIBLIOTEKA GŁÓWNA

351640L/1